

Jahrbuch für Antisemitismusforschung

19

Herausgegeben von Wolfgang Benz

Metropol

Jahrbuch für Antisemitismusforschung 19

Herausgegeben von Wolfgang Benz
für das Zentrum für Antisemitismusforschung
der Technischen Universität Berlin

Redaktion:

Werner Bergmann, Brigitte Mihok, Peter Widmann
Geschäftsführende Redakteurin: Juliane Wetzel



| METROPOL

Redaktionsanschrift: Zentrum für Antisemitismusforschung
Technische Universität Berlin
Ernst-Reuter-Platz 7
D-10587 Berlin

ISBN: 978-3-940938-92-3

ISBN: 978-3-86331-798-0 (E-Book)

ISSN: 0941-8563

© 2010 Metropol Verlag
Ansbacher Straße 70 · D-10777 Berlin
www.metropol-verlag.de
Alle Rechte vorbehalten
Druck: MB Medienhaus Berlin

Inhalt

VORWORT	9
WOLFGANG BENZ	
Antisemitismusforschung als akademisches Fach und öffentliche Aufgabe	17
JOACHIM KRAUSS	
Die Festschreibung des mitteleuropäischen Zigeunerbildes Eine Quellenkritik anhand des Werkes von Heinrich M. G. Grellmann	33
ESTHER QUICKER	
Die „Zigeuner“ und wir Stimmen zu den Roma in der rumänischen Transformationsgesellschaft	57
IULIA-KARIN PATRUT	
Roma als Helfer des „Jüdisch“-Bösen Bram Stoker und Franz Kafka	76
WOLFGANG ASCHAUER	
Antiziganismus in Ungarn – der Topos der unwürdigen Armen im Roma-Diskurs	102
VERENA KNAUS · HIL NRECAJ · PETER WIDMANN	
Auf dem Weg ins Elend Kinder aus Familien kosovarischer Roma, Ashkali und Balkan-Ägypter in Deutschland und im Kosovo	116

ULRICH OPFERMANN

- „Die Jenischen und andere Fahrende“
Eine Minderheit begründet sich 126

JOHANNES LEICHT

- Biopolitik, Germanisierung und Kolonisation
Alldeutsche Ordnungsutopien einer ethnisch homogenen
„Volksgemeinschaft“ 151

ULRIKE HEITMÜLLER

- Mein Großvater, der Antisemit:
Prediger Friedrich Heitmüller 178

JULIA SCHWARZ

- Visueller Antisemitismus in den Titelkarikaturen des „Stürmer“ 197

SVETLANA BURMISTR

- „Die Völker Europas wollen samt und sonders die Juden nicht“
Die Judenverfolgung im Spiegel der Minsker Zeitung 217

MATTHIAS VETTER

- Die letzte „fünfte Kolonne“
Antisemitismus und stalinistische Minderheitenpolitik 234

MICHAEL HÖTTEMANN · FELIX KNAPPERTSBUSCH · BJÖRN MILBRADT

- Transnationale Aspekte in antisemitischen
Feind-, Fremd- und Wir-Bildern 269

RUTH ORLI MOSSER

- „Abendland in Christenhand“
Zur antimuslimischen Wahlkampf-Rhetorik der FPÖ
unter Heinz-Christian Strache 297

MARKUS MECKL

Pressefreiheit und Aufklärung

Zur Diskussion um Mohammed-Karikaturen

und „Organentnahmen“ durch die israelische Armee 319

WINFRIED MEYER

NS-Justiz gegen Judenhelfer:

„Vernichtung durch Arbeit“ statt Todesstrafe

Das Urteil des Sondergerichts Freiburg i. Br. gegen den

Berliner Maler Franz Heckendorf und seine Vollstreckung 331

BRIGITTE MIHOK

Das „Haus des Terrors“ in Budapest:

Spiegelbild der nationalen Geschichtsdeutung? 363

SHLOMO SHAFIR

Willy Brandt, die Juden und Israel 379

MONA KÖRTE

Die Angst vor der eigenen Frage

Oskar Roehlers „Jud Süß – Film ohne Gewissen“ 405

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN 411

Vorwort

Einen thematischen Schwerpunkt der 19. Ausgabe dieses Jahrbuchs bilden die Beiträge zum Antiziganismus, die aus einer Tagung des Zentrums für Antisemitismusforschung am 9. und 10. Juli 2010 in der TU Berlin hervorgingen. Entgegen der maliziösen Feststellung einer auch sonst wenig informierten Berichterstatteerin („Das Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung untersucht jetzt auch den ‚Antiziganismus‘, Vorurteile gegen Zigeuner. Die politische Absicht verstellt den Blick auf das politische Phänomen“, FAZ 14. 7. 2010) hat die Erforschung von Resentiments gegen Sinti und Roma seit Langem einen Platz im Zentrum. Mehrere Buchpublikationen und Konferenzen, Untersuchungen im Auftrag von UNICEF und viele Beiträge im Jahrbuch seit dessen erster Ausgabe 1992 zeugen davon. Eine Begründung für die Einbeziehung von Vorurteilen gegen andere Minderheiten in die Agenda der Antisemitismusforschung, die sich als Vorurteilsforschung in einem erweiterten Sinne begreift, findet sich in dem hier abgedruckten Text meiner Abschiedsvorlesung am 21. Oktober 2010 in der TU Berlin.

Joachim Krauß unterzieht den Klassiker einer inzwischen überholten, aber immer noch wirkenden „Zigeunerforschung“, die vor allem Vorurteile gegen die Minderheit verbreitete, einer quellenkritischen Analyse. Heinrich Moritz Gottlieb Grellmann, der zur Zeit der Aufklärung, aber ohne aufklärerischen oder emanzipatorischen Anspruch in Göttingen wirkende Gelehrte, ließ 1783 ein Buch erscheinen, das unter dem Titel „Die Zigeuner“ beanspruchte, Ursprünge, Lebensart, Sitten und Schicksale „dieses Volkes“ zu erhellen. Mit Grellmanns Darstellung wurden tatsächlich aber die Negativbilder einer durch Fremdheit und Randständigkeit stigmatisierten Minorität in Europa in prorassistischer Weise fixiert.

Eine empirische Untersuchung zum „Zigeuner“-Bild in der postkommunistischen Transformationsgesellschaft Rumäniens zeigt anhand der Analyse von Aufsätzen von über 500 Schülern an zwölf rumänischen Schulen, verfasst 2004, die tiefe Verwurzelung von Feindbildern und Vorurteilen gegenüber den Roma. Esther Quicker präsentiert in ihrem Beitrag erste Ergebnisse der empirischen Studie.

Anhand Bram Stokers Roman „Dracula“ und Franz Kafkas „Schloß“ sowie weiterer Texte Kafkas erörtert Iulia-Karin Patrut literarische Folgen von Semantiken des

Juden und des „Zigeuners“, die der Ab- und Ausgrenzung dienten. Sie hatten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausgebildet und blieben lange wirkmächtig in der Exklusion der beiden miteinander in bestimmte negative Zusammenhänge gebrachten Gruppen.

An drei Parametern analysiert Wolfgang Aschauer den aktuellen Diskurs über Roma in Ungarn: Integration, Kriminalität, Sozialhilfe; diese Topoi bilden die Leitlinien antiziganistischer Einstellung in der Mehrheitsgesellschaft. Diskursive Zuschreibungen („alle Raub-Straftaten wurden von Roma begangen“) bestimmen ebenso das Wirklichkeitsbild wie die Gewissheit, dass Roma als Sozialhilfe-Empfänger ihre Armut selbst verschuldet haben bzw. diese agieren, um ungerechtfertigte Leistungen zu erzwingen. Kulturalistische und rassistische Argumente finden in der Roma-Debatte breite Resonanz und sind, wie Wahlergebnisse zeigen, in Ungarn derzeit konsensfähig. Antiziganismus, so das Fazit der Analyse, ist das in der ungarischen Gesellschaft dominante Wirklichkeitsmodell.

Beunruhigende Befunde erbrachte auch die empirische Studie zur Situation von Kindern kosovarischer Roma in Deutschland und nach ihrer Rückführung in den Kosovo (Verena Knaus, Hil Nrecaj, Peter Widmann). Die Untersuchung wurde im Auftrag von UNICEF vom Zentrum für Antisemitismusforschung und einem internationalen Forscherteam Anfang des Jahres 2010 durchgeführt. Die Studie zeigt, dass dem Kindeswohl nicht Rechnung getragen wird, dass die Familien in Armut getrieben und traumatisiert werden, dass Kinder und Jugendliche in ihren Bildungschancen drastisch behindert sind. In der Folge wird ein beträchtlicher Teil der Abgeschobenen wieder in Deutschland erscheinen, das sie als ihre Heimat empfinden. Sie werden dann aber von vornherein den Status von Illegalen haben. Auch für die französische Regierung, die entgegen EU-Recht Roma nach Rumänien abschiebt, müsste diese Erkenntnis von Interesse sein.

Dem Publikum ist die Minderheit der „Jenischen“ weithin unbekannt, die im deutschsprachigen Raum und in Frankreich lebt. Es handelt sich um eine sowohl nach ihrer Größe wie ihrer Herkunft und Eigenart schwer zu definierende Gruppe, die im Selbstverständnis ein Volk ist, eine eigene Sprache hat und eine eigene Kultur. Wahrgenommen als Fahrende oder – in der Sprache des Nationalsozialismus – als „nach Zigeunerart Umherziehende“, sozial marginalisiert und öffentlich nicht repräsentiert trat die Minderheit in der Debatte um die Widmung des Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma in Berlin an die Öffentlichkeit.

Am Denkmal werden nach der Intervention auch Verfolgungsmaßnahmen gegen „Angehörige der eigenständigen Opfergruppe der Jenischen und andere Fahrende“ genannt. Der Begriff „Jenisch“ ist seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts bekannt, als Gruppenbezeichnung tritt er im 19. Jahrhundert in Erscheinung. Die Bezeichnung dient vor allem der Ausgrenzung Randständiger, die in „unehrlichen“ Gewerben tätig, die obdachlos oder nicht sesshaft sind, die eine Art Rotwelsch untereinander sprechen und weiter nicht definiert sind.

Seit wenigen Jahren organisiert sich die Minderheit in Verbänden und Interessenvertretungen auf nationaler (d. h. eidgenössischer und deutscher) und internationaler Ebene. Ulrich Opfermann beschreibt den politischen und gesellschaftlichen Gründungsprozess der Repräsentation der Minderheit, die sich in Deutschland als Verfolgungsoffer des Nationalsozialismus und in der Schweiz als Objekt genozidaler Praxis durch Kindesfortnahmen versteht.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg und lange vor der nationalsozialistischen Expansion und deren Folgen forderten die Protagonisten des Alldeutschen Verbandes Hasse, Claß und Hugenberg mehr Lebensraum für eine ethnisch homogene deutsche „Volksgemeinschaft“, als das Deutsche Reich ihn in seinen Grenzen von 1914 zu bieten schien. Die rassistische Argumentation der konservativ-großbürgerlichen Vordenker, die damit zu Hitlers Ideengebern wurden, sah Deportationen und Enteignungen „fremden Volkstums“ vor und formulierte Postulate auf großzügige Abtretung menschenleeren Landes von den Nachbarn im Westen und im Osten. Der Monströsität des Planes bewusst, formulierte Heinrich Claß scheinheilig auch die Gegen Gründe in seinem Pamphlet „Wenn ich der Kaiser wär“ (1912): Der Gedanke verletze die Gefühle des Kulturmenschen, stehe auch im Widerspruch zum Völkerrecht, nämlich die „Evakuierung“ eines von Europäern (Franzosen und Polen) besiedelten Territoriums. Aber dennoch könne – in äußerster Not – die Notwendigkeit eintreten, dass „vom besiegten Gegner im Westen oder Osten menschenleeres Land“ verlangt werden müsse. Die „kulturell, rechtlich und moralisch dem Zeitempfinden noch so fremde Maßregel“ käme nur dann in Betracht, wenn „übermütige Feinde uns angegriffen haben und dann von uns niedergeworfen sind“.

Übermütige Feinde waren also gefragt, um eine Bevölkerungspolitik nach rassistischen Kategorien in Gang setzen zu können. 1939 wurde dieses Konzept der „ethnischen Flurbereinigung“ dann realisiert, die Konsequenz bestand wenig später in der Vertreibung der Deutschen. Als Ansiedler in den „menschenleeren

Gebieten“ hatten die Alldeutschen Militärs außer Diensten vorgesehen, einige Jahrzehnte später träumte Heinrich Himmler von der Kolonisierung eroberten Landes im Osten durch Familien seiner SS. Die Utopie der Alldeutschen eines ständisch organisierten autoritären Staates mit einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ schloss die Lösung der „Judenfrage“ ein – der Antisemitismus radikalisierte sich mit den ausbleibenden militärischen Erfolgen im Ersten Weltkrieg, die die alldeutschen Ziele illusorisch machten. Die ihnen zugrunde liegende biologistische Ideologie einer Bevölkerungspolitik kam dagegen im nationalsozialistischen Programm wenige Jahre später zur vollen Blüte. Johannes Leicht macht diese Entwicklungslinien in seinem Beitrag „Biopolitik, Germanisierung und Kolonisation“ deutlich.

Mehr als andere Publikationen hat Julius Streichers „Stürmer“ die Vorstellung vom Juden negativ bestimmt, und das lange über die Jahre 1923 bis 1945 hinaus, in der das antisemitische Hetzblatt erschien. Unter Rückgriff auf gängige Bildtraditionen prägte der Zeichner Philipp Rupprecht mit seinen Karikaturen das Bild des „Stürmer-Juden“, ausgestattet mit physiognomischen und materiellen Attributen, die das Konstrukt real erscheinen ließen und leicht wiedererkennbar machten. Zwei Stereotypen propagierte der „Stürmer“, den reichen Juden als Ausbeuter, Verführer und Verderber, und den armseligen Juden als Rabbiner, Hausierer, Künstler, der auf andere Weise Abscheu, Angst und Abneigung erregt. Julia Schwarz betrachtet die Ikonografie der Stürmer-Karikaturen und beschreibt anhand von Typologie, Symbolik und Thematik die anhaltende Wirkung der stereotypen Judenbilder in Gestalt des „jüdischen Intellektuellen“, des „jüdischen Kommunisten“, des „jüdischen Teufels“, des „jüdischen Kapitalisten“, des „jüdischen Rassenschänders“. Die jüdische Religion als unheimliche, fremdartige und gefährliche Macht ergibt sich als kollektive Stereotype wie die „jüdische Weltverschwörung“ aus den wirkungsmächtigen Karikaturen des „Stürmer“.

Islam-Kritiker wie Antisemiten und Journalisten, die ihren professionellen Anspruch zur Information und Aufklärung des Publikums vertreten, berufen sich nach unsensiblen oder beleidigenden Veröffentlichungen gegenüber Protesten stets auf die Meinungs- und Pressefreiheit. An zwei bekannten Beispielen, den Mohammed-Karikaturen in der dänischen Zeitung „Jyllands-Posten“ 2005 und einem Bericht über angebliche Organentnahmen von Palästinenser-Opfern durch die israelische Armee im schwedischen Aftonbladet 2009 untersucht Markus Meckl das

Plädoyer auf Pressefreiheit, wenn antisemitische Stereotype agiert und antimuslimische Ressentiments bedient werden.

Judenfeindschaft in einer evangelikalen Kirche wird in einer biografischen Skizze des Predigers Friedrich Heitmüller (1888–1965) thematisiert. Der Gründer der „Freien Evangelischen Gemeinde Hamburg“, der nach dem Zweiten Weltkrieg zum Präsidenten des Internationalen Bundes Evangelischer Freikirchen aufstieg, vereinigte in seinen Überzeugungen einen nationalistischen und theologisch begründeten Antisemitismus, anfängliche Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus, dann nach einer Phase opportunistischer Anbiederung Kritik an der NSDAP. Dauerhaft blieb die Judenfeindschaft des Evangelisten, der in seiner Freikirche immer noch in hohem Ansehen steht.

Ausländerfeindlichkeit gehört seit Langem zu den Markenzeichen der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Spätestens seit dem Frühjahr 2005, als Heinz-Christian Strache die Führung der Partei übernahm, charakterisiert die Agitation gegen Muslime und den Islam die politischen Aussagen der FPÖ. Mit dem Slogan „Abendland in Christenhand“, im Europawahlkampf 2009 als zentrale Aussage verwendet, hat die FPÖ grenzüberschreitende Wirkungen erzielt, die die rechtsextreme NPD in Deutschland inspiriert und das Schweizer Referendum zum Minarett-Verbot beeinflusst haben. Ruth Orli Mosser untersucht anhand der Kampagnen zum österreichischen Nationalrat und zum EU-Parlament Rhetorik und Metaphorik des ausländerfeindlichen und kulturrassistischen Diskurses, mit dem die FPÖ seit 2005 ihr Wunschbild Europa als christlich-abendländische Wertegemeinschaft darstellt, um durch die Beschwörung einer drohenden Islamisierung Europas insbesondere Muslime auszugrenzen und den Islam als Religion zu diskriminieren.

Das „Haus des Terrors“ in Budapest ist Sinnbild der ungarischen Erinnerungskultur, die sowohl die Zeit des Faschismus wie die des Kommunismus als Katastrophen der fremdbestimmten Nation begreift. Ein Eigenanteil an der Entwicklung ist mit dieser Deutung ausgeschlossen, Verantwortung und Schuld oder gar Kollaboration kommen im national-ungarischen Geschichtsbild nicht vor, der Judenmord ist als internationale Tragödie ohne Konnotation mit ungarischem Antisemitismus verortet, daran wird in einem „Holocaust-Gedenkzentrum“ seit 2004 an weniger prominentem Ort erinnert. Auch die offizielle Akzeptanz der Geschichte des Genozids an den ungarischen Juden ändert nichts daran, dass Sinnstiftung durch

die Geschichte für die ungarische Mehrheitsbevölkerung in nationalen Opfernarrativen als Folge deutscher bzw. sowjetischer Okkupation stattfindet, in die das Schicksal der ungarischen Juden nicht einbezogen ist.

War Stalin Antisemit? Als Indizien für diese Vermutung dienen vor allem die Prozesse gegen Ärzte und das jüdische Antifaschistische Komitee Anfang der 1950er-Jahre sowie die Gerüchte über eine geplante Deportation der Juden in der Sowjetunion. Matthias Vetter untersucht das Problem im Kontext der stalinistischen Minderheitenpolitik. Eingeordnet in das universale Feindbild des sowjetischen Diktators ergibt sich ein komplexer Befund: Abgesehen von persönlichen Ressentiments gegen Juden waren sowohl Antisemitismus als auch „jüdischer Nationalismus“ unerwünschte politische Strömungen, die im Rahmen strategischer Überlegungen gegen „feindliche Minoritäten“ unter Dauerverdacht standen. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges waren Minderheiten in der Sowjetunion, zumal wenn sie Diaspora-Charakter hatten, als potenzielle „Feinde im Inneren“ Repressionen ausgesetzt. In diesem Zusammenhang ist, wie Vetter in gründlicher Kenntnis der Archive bilanziert, auch die stalinistische Judenpolitik zu sehen.

Dass auch in den besetzten Gebieten im Zweiten Weltkrieg antisemitische Propaganda der deutschen Okkupationsmacht den Judenmord explizit nicht thematisierte, gehört zu Svetlana Burmistrs Untersuchungsergebnis, das sie aus der Analyse der „Minsker Zeitung“ gewinnt. Juden wurden zwar als Fremdkörper, Schädlinge, Feinde, Schmarotzer usw. stigmatisiert, aber die Realität der Verfolgung sollte auch dort, wo das Publikum mit ihr unmittelbar konfrontiert war wie in Weißrussland, nicht benannt werden.

Nach landläufiger Ansicht stand auf Hilfe für Juden im NS-Staat die Höchststrafe, tatsächlich waren Bürger des Deutschen Reiches aber nicht von einem Todesurteil bedroht, wenn sie Juden versteckten oder ihnen zur Flucht ins Ausland verhalfen. Gleichwohl galt dem Regime solches Tun als im höchsten Maße verwerflich, aber aus ideologischen Gründen – um die Geschlossenheit der Volksgemeinschaft auch in „Rassenfragen“ zu bestätigen – war es nicht opportun, Prozesse wegen „Judenhilfe“ unter öffentlicher Aufmerksamkeit mit drakonischen Urteilen zu führen. Denn die Delikte waren ohne Zweifel widerständiges Verhalten, für das Publizität unerwünscht war. Der Fall des Berliner Malers Franz Heckendorf, der mehreren Berliner Juden zur rettenden Flucht in die Schweiz verhalfen hatte, zeigt ein Kapitel nationalsozialistischer Justizpolitik: Statt des Todesurteils wurde zwar

nur auf Zuchthaus erkannt (und das eigentliche Delikt „Judenschmuggel“ mit dem Motiv der Gewinnsucht kaschiert), aber die Härte der Vollstreckung intendierte das Zugrundegehen des Verurteilten bis hin zur Deportation in das KZ Mauthausen in den letzten Tagen der NS-Zeit.

Bündnisse ideologisch nicht nur heterogener, sondern antagonistischer Gruppierungen, deren Bindekitt Antizionismus (und atavistischer Judenhass) bildet, werden im Beitrag von Michael Höltemann, Felix Knappertsbusch und Björn Milbradt analysiert, der ausgehend von Klaus Holz' Forschungen zur „Figur des Dritten“ transnationale Aspekte antisemitischer Feindbild-Konstruktionen in den Blick nimmt. Interessant sind die theoretischen Begründungen, die in Texten von Antiimperialisten (vulgo Linksradiكالen), Neonazis und Islamisten geboten werden, um Solidarisierung gegen Israel und „die Juden“ zu rechtfertigen, wie etwa beim al-Quds-Tag und anderen Gelegenheiten demonstriert.

Willy Brandts Verhältnis zu Israel ist Gegenstand eines Beitrags von Shlomo Shafir, dem israelischen Journalisten und Historiker, der aus profunder Kenntnis der deutschen Sozialdemokratie die deutsch-israelischen Beziehungen im Kontext der Geschichte des Zionismus betrachtet. Brandts Vision des Friedens im Nahen Osten, die er als Chef der sozialistischen Internationale seit 1976 zu verwirklichen hoffte, scheiterte an real-politischen Gegebenheiten. Shafir schildert den deutschen Sozialdemokraten als einen schwierigen Partner israelischer Politik, dessen Ansehen vor allem auf seiner persönlichen Integrität als Antifaschist, auf seinem Symbolwert für das „andere Deutschland“ und seiner uneingeschränkten Empathie für die Opfer des Holocaust beruhte.

Oskar Roehlers „Jüd Süß – Film ohne Gewissen“, der im September 2010 in die Kinos kam, hat eine Debatte über seine Tendenz ausgelöst, als er im Februar 2010 auf der Berlinale gezeigt wurde. Vertreter der Berliner Jüdischen Gemeinde bescheinigten nach einer geschlossenen Aufführung, der Film sei nicht antisemitisch. Die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland war übereinstimmend mit dem Experten Friedrich Knilli (Prof. em. der TU Berlin) gegenteiliger Ansicht. Der Versuch, den Film auf der Sommeruniversität des Zentrums für Antisemitismusforschung zur Diskussion zu stellen, scheiterte am Desinteresse der Verleihfirma. Im letzten Beitrag dieses Jahrbuchs bespricht Mona Körte den Film.

Antisemitismusforschung als akademisches Fach und öffentliche Aufgabe

Welche Valenz kann eine Wissenschaft beanspruchen, die auf einem schiefen Begriff gründet, welchen Beitrag zur Erhellung der Welt kann sie leisten und mit welchen Definitionen, Theorien und Methoden arbeitet sie? Diese Fragen richten sich an die Antisemitismusforschung, die seit 1982 an der Technischen Universität Berlin institutionalisiert ist und gelegentlich Kontroversen auslöst.¹

Begriffe und Definitionen

Die Missverständnisse beginnen mit dem Begriff Antisemitismus, der Ende des 19. Jahrhunderts geprägt wurde, um dem Gegenstand fanatischen Eifers, dem Hass gegen Juden und dem Versuch, die bürgerliche Emanzipation der Juden rückgängig zu machen, eine wissenschaftliche Begründung zu geben. „Semiten“ sollten als Angehörige einer ethnischen Gruppe verstanden werden, obwohl es sich bei dem Terminus nur um eine Konstruktion von Philologen handelt, die eine semitische Sprachfamilie ausmachten, die vom Assyrisch-Babylonischen über das Kanaanäisch-Hebräisch-Moabitisch-Phönikisch-Punische zum Eblischen und Aramäischen reicht und das Äthiopische einschließt. Mit „Rassen“ hat das nichts zu tun, aber zur Propagierung des modernen Antisemitismus, einer Rassenideologie, die sich gegen die Juden richtete und einer wissenschaftlichen Mimikry bedurfte, war der Begriff tauglich. Er hat sich nicht nur durchgesetzt, sondern war wirkungsmächtig wie kaum ein anderer bis zum Genozid mit sechs Millionen Opfern. Da weltweit alle wissen, was mit dem Terminus gemeint ist, wäre es sinnlos, einen anderen zu

1 Der Text der Abschiedsvorlesung in der TU Berlin am 21. Oktober 2010 wurde für den Druck geringfügig erweitert und mit Belegen versehen.

suchen. Man muss also die Vokabel Antisemitismus als Verabredung akzeptieren, Judenfeindschaft im weitesten Sinne mit diesem Begriff zu bezeichnen.

Das Wort „Antisemitismus“ dient einerseits als Oberbegriff für jede Art von Judenfeindschaft, andererseits charakterisiert es im engeren Sinne als Bildung des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts eine neue, pseudowissenschaftlich und nicht religiös, sondern mit angeblichen Rasseigenschaften und -merkmalen argumentierende Form des antijüdischen Vorbehalts. Von diesem modernen Antisemitismus ist der religiös motivierte, ältere Antijudaismus zu unterscheiden.² Solche Differenzierung fällt manchen schwer, die ausgezogen sind, Judenfeindschaft zu bekämpfen, als Rüstzeug dazu aber mit (natürlich berechtigten) Emotionen auskommen wollen und den aktuellen Antisemitismus als „modern“ bezeichnen, sich mit Definitionen weiter auch keine Mühe machen und applaudieren, wenn immer wieder ein „neuer Antisemitismus“ konstatiert wird, wie es ihn vermeintlich noch nicht zuvor gegeben habe. Was „Antisemitismus“ eigentlich sei, wird aber nicht nur von Böswilligen gefragt, für die es Judenfeindschaft gar nicht gibt, allenfalls eine, wie sie meinen, berechnete Reserve gegenüber Juden, weil diese vermutlich dazu Anlass bieten. Unter bedenklichem Wiegen des Hauptes stellen auch als Berufene vor die Kamera gebetene Intellektuelle gerne fest, man müsse erst einmal genau definieren, was Antisemitismus bedeute, wenn ein unerfreulicher Vorfall zu kommentieren ist. Wäre die Rezeption von Wissenschaft populärer, müsste man die Frage „Was ist Antisemitismus denn nun eigentlich?“ nicht immer wieder aufwerfen. Denn es gibt alltagstaugliche Definitionen.

Als politisches Instrumentarium dient die vom „European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia“ und der Menschenrechtsorganisation der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit“ vorgeschlagene Arbeitsdefinition: „Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder

2 Vgl. Thomas Nipperdey/Reinhard Rürup, Antisemitismus, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck, Stuttgart 1972–1992, Bd. 1, S. 129–153; s. a. Christhard Hoffmann, Christlicher Antijudaismus und moderner Antisemitismus. Zusammenhänge und Differenzen als Problem der historischen Antisemitismusforschung, in: Leonore Siegele-Wenschkewitz (Hrsg.), *Christlicher Antijudaismus und Antisemitismus. Theologische und kirchliche Programme Deutscher Christen*, Frankfurt a. M. 1994, S. 293–317.

Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein. Oft enthalten antisemitische Äußerungen die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass ‚die Dinge nicht richtig laufen‘. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt negative Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.“³

Im modernen Sprachgebrauch versteht man unter Antisemitismus die Gesamtheit judenfeindlicher Äußerungen, Tendenzen, Ressentiments, Haltungen und Handlungen unabhängig von ihren religiösen, rassistischen, sozialen oder sonstigen Motiven. Nach der Erfahrung nationalsozialistischer Ideologie und Herrschaft wird Antisemitismus als ein gesellschaftliches Phänomen verstanden, das als Paradigma für die Bildung von Vorurteilen und die politische Instrumentalisierung daraus konstruierter Feindbilder dient.

Vorurteile und Stereotype

Judenfeindschaft ist, so die Erkenntnis interdisziplinärer Forschung, die Projektion von Vorurteilen auf eine Minderheit.⁴ Das hat für die Mehrheit verschiedene Funktionen und Vorteile. Festzuhalten bleibt, dass „der Jude“, den der Antisemit meint und bekämpft, mit real existierenden Juden nichts zu tun hat. Es sind Konstrukte, Bilder von zähem Leben, wie die Geschichte des antisemitischen Vorurteils beweist, des ältesten sozialen, kulturellen, politischen Ressentiments überhaupt. Die aktuellen Ausprägungen von Judenfeindschaft sind unterschiedlich und weisen nationale Besonderheiten auf wie den sekundären Antisemitismus in Deutschland und Österreich, dessen Argumente sich an Entschädigungen und Wiedergutmachungsleistungen nach dem Holocaust festmachen. Rassistisch argumentierender Antise-

3 Deutsche Übersetzung 2008 durch European Forum on Antisemitism/American Jewish Committee Berlin.

4 Vgl. Wolfgang Benz/Angelika Königseder (Hrsg.), *Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung*, Berlin 2002.

mitismus tritt immer in rechtsextremen Zusammenhängen auf – dazu gehört auch die Leugnung des Holocaust – seine Verbreitung ist allgemein, aber unterschiedlich intensiv.

Dagegen findet religiöser Antijudaismus mit seinen traditionellen Formen („Gottesmord-Vorwurf, Ritualmordlegenden) in den Gesellschaften Osteuropas größere Resonanz als im Westen. Akut ist der Antizionismus, der an sich nicht mit Antisemitismus gleichgesetzt werden darf, sich aber durch fanatische Parteinahme gegen Israel und durch die Übernahme von judenfeindlichen Stereotypen und Argumentationsmustern („Weltherrschaftsstreben“, Verschwörungsfantasien) zu einer aktuellen Sonderform der Judenfeindschaft entwickelt hat, die derzeit größte Verbreitung findet.

Der Nahost-Konflikt hat mit der zweiten Intifada eine Dimension weitab vom eigentlichen Schauplatz Israel/Palästina erhalten. Die Solidarisierung junger Muslime mit den Palästinensern in Frankreich und Belgien, den Niederlanden und Großbritannien, Staaten mit einem verhältnismäßig großen Bevölkerungsanteil arabisch-islamischer Herkunft, äußert sich nicht nur in israelfeindlicher Propaganda und in Demonstrationen bis hin zu Ausschreitungen, es wird dabei auch traditioneller Antisemitismus instrumentalisiert. In Osteuropa dient Judenfeindschaft bei der Selbstdefinition nationaler Mehrheiten als Leitmotiv. Das Vorurteil gegen Juden funktioniert als Katalysator für nationalistische und fundamentalistische Strömungen und bildet den gemeinsamen Nenner für antiliberale, antikapitalistische, antikommunistische und antiaufklärerische Bewegungen.

Die Wurzeln des Ressentiments gegenüber Juden im christlichen Selbstverständnis und die lange gesellschaftliche Tradition bedingen, dass jeder Erklärungsversuch auch die Geschichte des Antisemitismus in den Blick nehmen muss. Das verführt im Kampf um die Deutungshoheit dann Kritiker akademischen Umgangs der Judenfeindschaft zur Behauptung, Antisemitismusforschung sei eine ausschließlich historisch ausgerichtete Wissenschaft, die sich nur für „tote Juden“ interessiere, vor alltäglicher aktueller Diskriminierung von Juden in der Bundesrepublik oder vor der Bedrohung Israels die Augen schließe. Als Provokation vorgebracht, hat das möglicherweise Wirkung, weil es Ressentiments bedient, entspricht aber nicht der Realität.

Kampf um Deutungshoheit

Argwohn gegen eine akademische Behandlung des Gegenstands „Judenfeindschaft“ wird aus diametralen politischen Lagern artikuliert. Linksradikale begegnen sich punktuell mit Konservativen und Rechtsradikalen, wenn gegen unerwünschte Ergebnisse der Wissenschaft mobil gemacht werden muss. Andere agieren aus eigener Mission. Allein die Tatsache, dass in Berlin ein „Zentrum für Antisemitismusforschung“ existiert, beunruhigt einen älteren Herrn, der sich die Mühe machte, in drei langen handschriftlichen Briefen dem Leiter dieses Zentrums seine Meinung über „die Juden“ mitzuteilen.⁵ Unter dem Datum 22. März 2009 kommt er im ersten von 26 Punkten, in die er seine Ausführungen strukturiert hat, auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ zu sprechen und liefert einen Beweis für die Hartnäckigkeit und Zählebigkeit stereotypengeleiteter Überzeugung: „Sie begründen“, schreibt der offensichtlich gebildete Herr, „den Beweis für die Fälschung der Protokolle nur mit einem richterlichen Urteil aus der Schweiz in den 1930er-Jahren. Weil der Prozess offensichtlich von den Juden selbst angeschoben wurde, sollte wohl damit jeder Zweifel ausgeräumt und so Unangenehmes endgültig vom Tisch geschafft werden. Die Möglichkeiten eines Gefälligkeitsurteils oder eines Fehltrurteils beleuchten Sie nicht.“

Der Autor des Briefes bezog sich auf eine Publikation über die „Protokolle der Weisen von Zion“ – einer historischen Inkunabel des Antisemitismus mit größter aktueller Wirkung –, in der die Wirkungsgeschichte und die Aktualität verschwörungstheoretischen Denkens als einer zentralen Kategorie der Judenfeindschaft betrachtet wurden; so war der Berner Prozess dort auch nur beiläufig erwähnt.⁶ Deutlich wird aus der Zuschrift nicht nur die Fixiertheit auf bestimmte Positionen und Argumentationsmuster, deutlich wird vor allem die Kontinuität im alltäglichen judenfeindlichen Diskurs und die Festlegung auf Emotionen: „Allein die Tatsache, dass sich hier bei uns in Berlin ein Zentrum für Antisemitismusforschung befindet, lässt die Vermutungen zu, die der Sache selbst nicht dienlich sein können, wie die mir vorliegenden Ergebnisse nach meiner Meinung zeigen.“ Die Argumentation,

5 Archiv des Zentrums für Antisemitismusforschung, TU Berlin.

6 Wolfgang Benz, *Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung*, München 2001.

in der vor allem die bekannten Stereotypen zum Nahost-Konflikt bemüht werden, läuft darauf hinaus – wie es am Stammtisch landauf, landab artikuliert wird – zu „beweisen“, dass es doch an den Juden liegen muss, dass man sie nicht mag. Die These, dass Judenfeindschaft ein Konstrukt der Mehrheitsgesellschaft ist und instrumentale Funktionen hat, wird mit Empörung zurückgewiesen. Auch das gehört zum Alltag der Antisemitismusforschung. Die Reaktionen auf die Rede des einstigen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann haben es vor einigen Jahren öffentlich gemacht.

Das Zentrum für Antisemitismusforschung wird von manchen als Einrichtung gesehen, die amtlichen Charakter hat oder wenigstens von der deutschen Regierung unterstützt wird. Andere denken, es gehöre zu den nicht wenigen Aktivistengruppen, die gegen die Feinde Israels kämpfen. Wieder andere, denen Internetforen, aber auch Zeitungen wie die „Jerusalem Post“ als Forum ihrer Kampagnen dienen, werfen dem Zentrum vor, dass es nicht in Diensten einseitiger Interessen steht. Das Zentrum ist ein unabhängiges akademisches Institut an der Technischen Universität Berlin, und sein weltweites Renommee gründet nicht auf politischen Aufträgen, der Teilnahme an Kampagnen oder auf Aktionismus, sondern auf seinen Forschungen. Dazu gehören Studien über die aktuelle Judenfeindschaft von Muslimen ebenso wie Forschungen zum Holocaust, eine Geschichte der Rettung von Juden in der NS-Zeit in sieben und eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Konzentrationslager in neun Bänden sowie ein mehrbändiges Handbuch des Antisemitismus, das ohne zeitliche und geografische Grenzen Judenfeindschaft von der Antike bis zur Gegenwart, von Martin Luther bis zu Ahmadinedschad in allen Formen und Erscheinungen beschreibt.

Dass dieses Institut zur Erforschung der Judenfeindschaft in Deutschland errichtet wurde, hat viele Gründe. Die Beobachtung und Analyse des aktuellen Antisemitismus, das Bild Israels in der öffentlichen Meinung gehören zu den Gegenständen des Interesses ebenso wie Grundlagenforschung zum Wesen des Vorurteils. Die Beschäftigung mit Judenfeindschaft auf universitärer Basis ist in Deutschland ein Erfordernis der politischen Kultur. Demokratie und Toleranz als Grundlage menschlichen Zusammenlebens gehören zu den wichtigsten Lehren aus der Zeit des Nationalsozialismus. Dazu ist die ständige Prüfung des Zustands der Gesellschaft an ihrem sensibelsten Punkt, der Einstellung der Mehrheit gegenüber der jüdischen Minderheit und gegenüber Juden überhaupt, notwendig.

Theorien der Judenfeindschaft

Der interdisziplinäre Charakter der Antisemitismusforschung bedingt nicht nur ihren Methodenpluralismus, sondern auch viele Erklärungsmodelle.⁷ Die Vielfalt der Theorien des Antisemitismus entspricht der Vielfalt der Erscheinungsformen des Phänomens. Historische Interpretationen, zurückgehend bis zur Judenfeindschaft in der Antike,⁸ haben in vieler Beziehung Vorreiterfunktion. Die Bedeutung des „modernen Antisemitismus“ im 19. Jahrhundert wird von der historischen Forschung als Reflex in einer Modernisierungskrise dargestellt,⁹ bei der ganz verschiedene Einflüsse, Traditionen, Strukturen zusammenwirken, um auf soziale Umschichtungsprozesse, Wert- und Legitimationsprobleme der bürgerlichen Gesellschaft zu reagieren. Nation und Nationalismus bieten ein Erklärungsmodell für Judenfeindschaft,¹⁰ die politische Positionierung ist ebenfalls von Bedeutung und kann charakteristische Ausprägungen von Antisemitismus zur Folge haben.¹¹ Die Krisentheorie ist anwendbar auf verschiedene Epochen, auf die Industrialisierungsphase ebenso wie auf die Periode nach dem Ersten Weltkrieg und – partiell – auf die Zeit nach der Wende in Deutschland; die Krisenzeiten sind jeweils charakterisiert durch erhebliche soziale Spannungen, die Frustrationen und Aggressionen zur Folge haben, die nach Entladung drängen und Objekte suchen, die die Funktion von „Schuldigen“ erfüllen („Sündenbock“-Theorie). Die Angst vor individuellem oder kollektivem Statusverlust ist konstitutiv für das Krisenmodell, in der Nachwendekrise der 1990er-Jahre spielen Ausländer

- 7 Herbert A. Strauss/Werner Bergmann(Hrsg.), *Current Research on Antisemitism*, Berlin/New York, 3 Bde.; Lars Rensmann, *Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität*, Hamburg 1998; Detlev Claussen, *Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus*, Frankfurt a. M. 1987.
- 8 Vgl. Zvi Yavetz, *Judenfeindschaft in der Antike*, München 1997.
- 9 Rainer Erb/Werner Bergmann, *Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860*, Berlin 1989; Shulamit Volkov, *Die Juden in Deutschland 1780–1918*, München 1994.
- 10 Klaus Holz, *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*, Hamburg 2001.
- 11 Matthias Brosch u. a. (Hrsg.), *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland*, Berlin 2007; Thomas Haury, *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*, Hamburg 2002.

(Asylbewerber ebenso wie Ansässige) die Rolle des Aggressionsobjektes wie in der Modernisierungskrise des ausgehenden Jahrhunderts die Juden.¹²

Theorien der Psychologie und der Psychoanalyse sind seit Langem in der Antisemitismusforschung etabliert.¹³ Die Lehre vom autoritären Charakter,¹⁴ der Ansatz über die Wechselwirkung von Frustration und Aggression sind ohne die Erkenntnisse der Freudschen Psychoanalyse nicht denkbar, im Zusammenwirken mit den Sozialwissenschaften haben sich individuelle Erklärungsmodelle (Autoritätskonflikt, Erziehungstraumata, Frustration aus innerem Konflikt) zu Gruppentheorien erweitert, die Antisemitismus als Vorurteilsstrukturen definieren, die im Verhältnis von (jüdischer) Minderheit und Mehrheitsgesellschaften in Konfliktsituationen zum Tragen kommen.¹⁵ Konkurrenzbeziehungen sozialer und ethnischer Genese spielen in solchen Erklärungsmodellen eine große Rolle, sie sind insbesondere hilfreich bei der Interpretation von ideologisch bestimmten Konflikten, die ursprünglich auf Konkurrenzprobleme zurückgehen, wie etwa Xenophobie.

Erfahrung oder Befürchtung von Mangel (oft in Verbindung mit drohendem Statusverlust) sind wesentlich bei der Selbstwahrnehmung sozialer Positionen und prägen das Verhalten gegenüber Minderheiten, deren Wertigkeit geringer als die eigene eingeschätzt wird. Daraus abgeleitet erklärt die Deprivationstheorie die Entstehung und Wirkung von Vorurteilen aus Erfahrungen (z. B. mit vermeintlich bessergestellten Einwanderern), die den sozialen Aufstieg von Minderheiten vor dem befürchteten Abstieg der eigenen Gruppe zum Hintergrund haben und sich in negativen Stereotypen äußern.¹⁶

12 Samuel Salzborn, *Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich*, Frankfurt a. M./New York 2010..

13 Vgl. die gesellschaftstheoretischen und psychoanalytischen Beiträge des Psychiatrischen Symposions zum Antisemitismus aus dem Jahr 1944 in New York: Ernst Simmel (Hrsg.), *Antisemitismus*, Frankfurt a. M. 1993; Elisabeth Brainin/Vera Ligeti/Samy Teicher, *Vom Gedanken zur Tat. Zur Psychoanalyse des Antisemitismus*, Frankfurt a. M. 1993.

14 Theodor W. Adorno, *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt a. M. 1973; Theodor W. Adorno/Max Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt a. M. 1986.

15 Benz/Königseder (Hrsg.), *Judenfeindschaft als Paradigma*.

16 Vgl. Wolfgang Benz, *Antisemitismusforschung*, in: Michael Brenner/Stefan Rohrbacher (Hrsg.), *Wissenschaft vom Judentum. Annäherungen nach dem Holocaust*, Göttingen 2000, S. 111–120.

Antisemitismus als Paradigma

Monokausale Erklärungen werden dem komplexen Phänomen des Antisemitismus nicht gerecht, daraus resultiert das notwendige Zusammenwirken von Disziplinen, Methoden und Theorien. Der Antisemitismus dient aufgrund seiner langen Existenz und seiner vielfältigen Erscheinungsweisen als das exemplarische Phänomen für die Erforschung von Gruppenkonflikten und sozialen Vorurteilen. Mit den gegenwärtigen Migrationsprozessen und mit der Neuformierung von Gesellschaften mit großen ethnischen Minderheiten in Europa wiederholen sich strukturell viele Konflikte und Problemstellungen, die wir aus der Geschichte des Zusammenlebens von Juden und Nichtjuden kennen. Deswegen kann sich Antisemitismusforschung nicht auf den engeren Gegenstand der Feindschaft gegen Juden beschränken. Das Fach muss sich erweitern von der Untersuchung des speziellen Ressentiments und seiner Wirkungen zur allgemeinen und übergreifenden Problematik von Vorurteil und Diskriminierung, Ausgrenzung von Minderheiten und Xenophobie. Migrationsprozesse und Minoritätenkonflikte sind daher unter allgemeinen und übergreifenden theoretischen Ansätzen ebenso Teil der Antisemitismusforschung wie die Geschichte der Diskriminierung und Verfolgung einzelner soziologischer, ethnischer, religiöser, politischer Minderheiten. Ziel ist eine umfassende Vorurteilsforschung, die grundsätzlich jedes geeignete Forschungsfeld einbeziehen kann, wenn es dem paradigmatischen Charakter entspricht. Komparatistische Studien haben dementsprechend korrespondierend zur Methodenvielfalt hohen Stellenwert in der Antisemitismusforschung.¹⁷

In diesem Sinn muss der Begriff des Antisemitismus erweitert und als Forschungsstrategie verstanden werden, die Phänomene wie die Verfolgung der Sinti und Roma, die Diskriminierung von Minderheiten wie z. B. „Asoziale“ einbezieht, ausgrenzende Ideologien, die mit biologistischem Determinismus, Sozialdarwinismus, rassistischen antiegalitären Bestrebungen und ähnlichen Theoremen agieren, in den Blick nimmt. Jugendgewalt, Rechtsextremismus, Ausländerhass sind damit Themenfelder einer Antisemitismusforschung, die Antworten auf komplexe Problemzusammenhänge sucht und die vielfältigen Feindbilder und Vorurteile in politischem, sozialem und kulturellem Zusammenhang analysiert.

17 Werner Bergmann/Mona Körte (Hrsg.), *Antisemitismusforschung in den Wissenschaften*, Berlin 2004.

Von allem Anfang an hat sich die Antisemitismusforschung des Berliner Zentrums nicht darauf beschränkt, den Hass gegen die Juden, seine Ursachen, Formen und Wirkungen zu untersuchen. In seiner Antrittsvorlesung gab der Gründungsdirektor des Zentrums, Herbert A. Strauss, 1982 seiner Hoffnung Ausdruck, dass durch die Erforschung des Antisemitismus „neue Einsichten für das Verständnis zum Beispiel auch der Gastarbeiter-Minderheiten in den westlichen Industrieländern gewonnen werden können“. Als Ansatz schlug Strauss das Studium der Vorurteils- und Akkulturationsprozesse und der Minderheitenbeziehungen vor, die in den USA, seiner konstitutionellen und intellektuellen Heimat nach der Flucht aus NS-Deutschland 1943, „zur politischen und sozialen Kultur gehören, in ihren Fortschritten wie in ihren Rückschlägen“. ¹⁸ Die von „Islamkritikern“ vorgetragenen Stigmatisierungen von Muslimen, die als Gastarbeiter in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen wurden und dann Bürgerrecht erwarben, sind vor dem Hintergrund unzulänglicher Integrationspolitik eines der Forschungsfelder, die Strauss meinte.

Antisemitismusforschung als Wissenschaft wird unter aktueller politischer Tendenz – der Fixierung auf die Bedrohung Israels durch einen sich ausbreitenden massiven Antizionismus insbesondere in der islamischen Welt – aus politischem Interesse infrage gestellt. Vorgetragen werden in Kampagnen Postulate zur Instrumentalisierung von Wissenschaft, fixiert auf ein Freund-Feind-Schema ohne intellektuellen Anspruch, aber ohne Scheu vor Denunziation. Kampagnen sind undifferenziert und verlangen die Einnahme unbedingter Positionen. Wissenschaftliche Analyse und Interpretation des Problems der Judenfeindschaft, die sich nicht in den Dienst manichäischer Weltansicht nehmen lassen dürfen, werden dann fanatisch diffamiert und die Betrachtung der Methoden der Diskriminierung anderer Minderheiten als der jüdischen für unzulässig erklärt, wenn Erkenntnisse der Antisemitismusforschung paradigmatisch benutzt werden. Das wird als Relativierung des ausschließlich zu beklagenden Übels der Judenfeindschaft verstanden und von politischen und publizistischen Interessenvertretern mit dem törichten Argument bekämpft, der Vergleich (z. B. traditioneller Praktiken des Antisemitismus mit dem Vorgehen von „Islamkritikern“) werte das eine ab und das andere auf.

18 Herbert A. Strauss, Antisemitismusforschung als Wissenschaft, in: Benz/Königseder (Hrsg.), Judenfeindschaft als Paradigma, S. 22–28, zit. S. 24.

Antisemitismusforschung marginalisiert auch keineswegs den Holocaust, wenn sie Methoden der Diskriminierung in den Blick nimmt, die zuerst von Judenfeinden gegen Juden benutzt wurden und später von Islamhassern gegen Muslime angewandt werden.

Der Anspruch auf Deutungshoheit, was Antisemitismus nun eigentlich sei und wer berechtigt ist, ihn zu erforschen, wird mit unterschiedlicher Begründung erhoben. Moralische und philosophische Argumente werden immer dann vorgebracht, wenn es um politische oder auch ökonomische Interessen geht. Philosemitismus und Betroffenheit bieten genauso wenig taugliche Instrumente zum Umgang mit dem Übel (d. h. seiner Erforschung und Bekämpfung) wie naive Politik. Das gilt auch für parlamentarische und regierungsamtliche oder von internationalen Gremien initiierte Anstrengungen der Beschäftigung mit dem Problem Antisemitismus. Sie beginnen in der Regel mit neuen Definitionsversuchen (die Judenfeindschaft gerne bei irgendwelchen Anderen verorten) und enden nach Mutmaßungen mit Resolutionen. Die Einsicht, dass Antisemitismus (als Einstellung, als Haltung, als Bekenntnis, als Waffe) nicht aus der Welt zu schaffen ist, muss trotzdem nicht in Resignation enden. Ziel ist vielmehr, Judenfeindschaft als gesellschaftliches Phänomen zu begreifen und Aufklärung dagegenzusetzen, um sie öffentlich zu ächten, einzudämmen und politisch zu marginalisieren.

Ähnlich schwer zu erklären wie die Tatsache, dass Antisemitismus kein Reflex auf Charaktereigenschaften oder Handlungen von Juden ist, vielmehr ein Konstrukt der Mehrheitsgesellschaft, die sich von Interessen und politischen Zielen geleitet ihr Bild vom Juden macht, ist es, die Notwendigkeit von Antisemitismusforschung als einer Wissenschaft darzulegen. Wissenschaft bedeutet Analyse und Interpretation eines Sachverhalts mit Methoden der Rationalität und dem Ziel der Objektivität. Max Weber hat in einer klassischen Formulierung als Voraussetzung politischen und wissenschaftlichen Handelns die Verbindung von Leidenschaft und Augenmaß gefordert. Das ist immer noch richtig, und so abstrus die Vorstellung ist, ein fanatischer Judenfeind könne fruchtbare Antisemitismusforschung treiben, so selbstverständlich ist das Postulat nach Empathie mit der Minderheit, mit der sich der Forscher beschäftigt. Das Augenmaß bei aller Leidenschaft für den Gegenstand besteht aber darin, dass das Motiv des Antisemitismusforschers nicht im Verlangen nach Beifall aus den Reihen der Minderheit bestehen darf. Antisemitismusforschung ist eine Dienstleistung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, nicht

Anbiederung an die Opfer von Abneigung, Aggression, Diskriminierung und Verfolgung. Das Ziel der Antisemitismusforschung besteht demnach in der Aufklärung der Mehrheit über Entstehung, Ausformung, Wirkung und Folgen einer aus Hass, Kalkül und Tradition generierten feindseligen Einstellung gegenüber der Minderheit der Juden.

Leitfunktion der Antisemitismusforschung

Mit dem Plädoyer, Feindschaft gegen andere Minderheiten und stigmatisierte Gruppen in die Antisemitismusforschung einzubeziehen, weil diese das methodische Instrumentarium paradigmatisch entwickelt hat und ständig weiterentwickelt, ist die Absage an die akademische Institutionalisierung spezieller Forschungsthemen wie Antiziganismus oder Islamophobie verbunden.¹⁹ Nicht weil solche Forschung nicht notwendig wäre, im Gegenteil. Ebenso wie die Instrumentalisierung eines Forschungsgebiets für Sonderinteressen jeweiliger Gruppen abgelehnt werden muss, ist die Zersplitterung der Vorurteilsforschung auf mehreren Mikroebenen schädlich, weil sie zwangsläufig an Ressourcen Mangel leidet und den gesellschaftlichen Kontext sowie größere Zusammenhänge aus den Augen zu verlieren droht.

Die Leitfunktion der Antisemitismusforschung im engeren Sinne in einer erweiterten Vorurteilsforschung ergibt sich aus der Tatsache, dass Judenfeindschaft das älteste existierende politische, kulturelle, religiöse, soziale und ökonomische Vorurteil mit der katastrophalen Folge des bislang größten Genozids der Menschheitsgeschichte ist. Die Bedeutung der Juden und der Judenfeindschaft wird auch nicht gemindert, wenn andere Minderheiten von der Antisemitismusforschung in den Blick genommen werden, wie von Interessierten lautstark beklagt wird. Motive solcher Unterstellung mögen in grundsätzlichem Argwohn gegen Wissenschaft, in Opferkonkurrenz, in der Sorge um nachlassende Empathie liegen. Vorurteilsforschung als Beschreibung des Vorgehens, als Strategie des

19 Der Begriff Islamophobie löst bei manchen „Islamkritikern“ hysterische Reaktionen aus, deren Begründung nicht nachvollziehbar ist. Zur Etablierung des Themas und des Terminus vgl. das neu gegründete Jahrbuch für Islamophobieforschung, hrsg. von Farid Hafez (Innsbruck 2010 f.); s. a. Wolfgang Benz (Hrsg.), *Islamfeindschaft und ihr Kontext. Dokumentation der Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“*, Berlin 2009.

Ergründens und Beurteilens von Hass gegen eine Minderheit, die in der historischen Katastrophe des Holocaust mündete, ist auch keine Marginalisierung. Ebenso wie vergleichende Genozidforschung die Einzigartigkeit der Shoah nicht infrage stellt, bedeutet vergleichende Vorurteilsforschung, die von der Antisemitismusforschung ihren Ausgang nimmt, keine Bagatellisierung des historischen und aktuellen Judenhasses.

Empathie, Emotion, Interessen

Zwei Determinanten sind Voraussetzung jeder Beschäftigung mit Judenfeindschaft. Die eine ist der Holocaust als Menetekel, wie Ressentiments gegen eine Minderheit mörderisch enden. Und das aus dem Judenmord resultierende Trauma der Opfer und ihrer Nachkommen kennt keine Verjährung, ebenso wenig wie die Scham der Nachkommen der Täter. Die andere Determinante ist das Verhältnis zu Israel, dem Staat der Juden, dessen Handlungen man im Einzelnen kritisieren darf wie die eines jeden Staats, dessen Existenzrecht aber nicht zur Disposition steht.

Der zweiten Intifada gegen Israel, dem Terrorakt des 11. September 2001, dem Bramabarsieren und Säbelrasseln des iranischen Diktators Ahmadinedschad ist im Westen viel Vernunft und Liberalität zum Opfer gefallen. Populisten und verantwortungslose Demagogen versuchen der Welt einzureden, alle Gläubigen einer Religion, der des Islam, seien aus dem einen Grund, weil sie Muslime sind, suspekt. Intoleranz gegen sie wird propagiert, weil man sich schützen müsse, weil ihre Religion aggressiv sei und eigentlich gar keine Religion, sondern eine politische Bewegung, die seit Jahrhunderten gegen „den Westen“ agiere und Europa, das christliche Abendland, zu dominieren drohe. Dass diese Agitation nicht auf Rechtsextremisten beschränkt bleibt, wo man sie vermutet und wo sie nach wie vor Kernthema ist und ihren Ausgang genommen hat, sondern dass die Hysterie, die sich „Islamkritik“ nennt, auch Publizisten, Wissenschaftler, Politiker ergriffen hat, von denen man größere Rationalität und mehr Toleranz erwarten darf, gehört zu den betrübenden Entwicklungen unserer Tage. Bedenklich sind nicht nur die Traditionen, die beschworen werden, sondern vor allem auch die Methoden, mit denen agitiert wird.

Bedrohungsängste und ihre Traditionen

Antisemitismus wird mit Vorurteilen und stereotypen Bildern vom Juden agiert und instrumentalisiert. Dies gilt auch für Einstellungen gegenüber anderen Minderheiten. Wenn eine Umfrage ergibt, dass 80 % der Deutschen den Islam als „fanatische und gewalttätige Religion“ sehen,²⁰ dann beruht diese Erkenntnis nicht auf der Beschäftigung mit Inhalten und Lehrmeinungen, nicht auf Kenntnis von Koran und Sunna, nicht auf dem Studium von Geschichte und Kultur des Islam. Die Umfrage spiegelt vielmehr Angst und Abneigung, stimuliert durch Resentiments, deren Tradition weit zurückreicht. Die stereotype Wahrnehmung der anderen Kultur gründet sich, von Demagogen entfacht, auf überlieferte Konnotationen und Assoziationen, die Kerne der Argumentation im Diskurs über den Islam bilden und nicht mehr hinterfragt werden, weil sie Bestandteil überlieferten „Wissens“ sind.

Die mit größerer Leidenschaft als erkennbarer Sachkunde beschworene Gefahr einer „Islamisierung Europas“,²¹ ausgetragen in Kopftuchdebatten, artikuliert im Verlangen nach Minarettverboten, agiert mit hasserfüllten Tiraden in der Blogger-Szene, greift auf jahrhundertealte Deutungsmuster zurück. Feindschaft gegen den Islam argumentiert seit dem Mittelalter mit schlichten Thesen der Abwehr, die durch Koran-Polemik Religion und Kultur des Islam als inhuman denunzieren und durch kulturrassistische Postulate den Muslimen generell negative Eigenschaften zusprechen. Die Strategie des islamfeindlichen Diskurses zielt dahin, „Islam“ als Einheit erscheinen zu lassen, für die islamistischer Terror typisch ist. Der aktuelle „islamkritische“ Diskurs hat erhebliche xenophobe und kulturrassistische Züge, bedient Überfremdungsängste, argumentiert durchgängig mit religiösen Vorbehalten, die seltsamerweise in den säkularisierten Gesellschaften Europas mit großem Ernst vorgetragen und nachempfunden werden. Die Vorstellungen von Despotie (begin-

20 Vgl. Thomas Naumann, Feindbild Islam. Historische und theologische Gründe einer europäischen Angst, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, Wiesbaden 2009, S. 19.

21 Vgl. Angelika Königseder, Feindbild Islam, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17 (2008), S. 17–44; Peter Widmann, Der Feind kommt aus dem Morgenland. Rechtspopulistische „Islamkritik“ um den Publizisten Hans-Peter Raddatz suchen die Opfergemeinschaft mit Juden, in: ebenda, S. 45–68.

nend in der Familie), Gewaltbereitschaft, Bildungsunlust reichen weit zurück. Sie werden bekräftigt durch Verweise auf aktuellen Terrorismus durch Islamisten und auf das Unrechtsregime im Iran, das sich selbst durch Terror im Inneren und Drohungen nach außen längst diskreditiert hat.

Seit dem Fall von Konstantinopel 1453 und seit die Türken 1527 erstmals vor Wien standen, gehört die Furcht vor der Bedrohung des Abendlands durch den Islam zu den gängigen Stereotypen, die sich bei Bedarf in Feindbildern aktualisieren lassen.²² „Türken“ waren im Hohen Mittelalter als Muslime zu emblematischen Feinden des christlichen Westens geworden. Sie spielten diese Rolle, was weithin vergessen ist, in der Neukonstituierung des Feindbilds Muslim auch im verschwörungstheoretischen Kontext der Judenfeindschaft. So war 1321 in Südfrankreich der Vorwurf der Brunnenvergiftung an die Juden mit der Beschuldigung verknüpft, Muslime hätten sie dazu angestiftet. In der Reformationszeit gehörte zu den gängigen Anklagen gegen Juden, die in den Legenden von Ritualmord, Hostienfrelve und Brunnenvergiftung konkretisiert wurden, auch die Vorstellung, sie seien mit dem Teufel im Bund und paktierten heimlich mit den Türken. Eine solche spekulative Koalition wäre heute nicht mehr vorstellbar. Die aktuelle Islamkritik, wie sie auch von jüdischer Seite (aus nachvollziehbaren Gründen angesichts der Bedrohung Israels und offensiv gelebter Judenfeindschaft von Muslimen) vehement vorgetragen wird, hat kein historisches Gedächtnis und kein Problembewusstsein für die Austauschbarkeit der Stigmatisierung von Gruppen. Fixiert auf ihr Feindbild müssen Populisten gegen differenzierende Betrachtungsweisen wüten und ihre eindimensionale Weltsicht verteidigen. Dass demagogische Islamfeindschaft, die Hass gegen eine fremde Kultur predigt und Intoleranz proklamiert, an anderen Traditionen der Feindseligkeit gegen Menschen wie dem Antisemitismus oder dem Antiziganismus zu messen ist, steht wissenschaftlich außer Frage.

Wer dies thematisiert, etwa auf Parallelen zur Agitation des organisierten Antisemitismus im späten 19. Jahrhundert verweist, mit der gegen die Emanzipation der Juden in Deutschland gekämpft wurde, muss damit rechnen, mit Krawall überzogen zu werden, weil er angeblich Judenfeindschaft mit Feindschaft gegen Muslime gleichgesetzt habe. Worum es wirklich geht, bleibt dabei außer Acht. Es geht um

22 Vgl. den Beitrag von Ruth Orli Mosser, „Abendland in Christenhand“. Zur antimuslimischen Wahlkampf-Rhetorik der FPÖ unter Heinz-Christian Strache, in diesem Band.

Toleranz in der demokratischen Gesellschaft, um das Bemühen, Diskriminierung und Ausgrenzung minoritärer Gruppen zu verstehen und einen Beitrag zu leisten, um dieses zu verhindern. Es geht auch darum, aus der Geschichte der Judenfeindschaft zu lernen. Alle Anstrengung, den Holocaust zu erforschen und zu verstehen, um die Erfahrung der Katastrophe des Judenmords für die Entwicklung einer demokratischen, humanen und toleranten Gesellschaft zu nutzen, wäre vergeblich, wenn anstelle der Juden andere Gruppen stigmatisiert würden. Diese Nutzenanwendung aber ist der Sinn einer Antisemitismusforschung, die sich nicht in die Pflicht von Interessen nehmen lassen darf, die sich vielmehr über die akademische Erkenntnis hinaus als Dienst für die Gesellschaft versteht.

Die Festschreibung des mitteleuropäischen Zigeunerbildes

Eine Quellenkritik anhand des Werkes von Heinrich M. G. Grellmann

Zum Zigeunerbild

Dass Zigeunerbilder keine Selbstbilder sind, sondern Konstruktionen von Gelehrten, Dichtern, Beamten, Regierenden oder Medien und in maximaler Distanz zu den damit Gezeichneten stehen, sollte ein verzichtbarer Hinweis sein. Der Charakter dieser Fremdbilder ist hinlänglich bekannt und Gegenstand zahlreicher Publikationen. Insbesondere die sprach- und literaturwissenschaftliche Forschung hat hierzu wesentliche Beiträge geleistet. Die dabei entstandene Dominanz diskursorientierter Arbeiten ist nicht ausschließlich fachgeschuldet. In Bezug auf die Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte der historisch unter dem Begriff „Zigeuner“¹ gefassten Gruppen herrscht weiterhin ein akuter Quellenmangel. Dieser wird begleitet von einem nur allzu häufig nicht sachgerechten Umgang mit den Quellen und einer kritikwürdigen Interpretation. Die bestehenden Lücken lassen Raum zum Theoretisieren, das aufgrund der Armut an Empirie vielfach spekulativ gerät. Auch können die Fehlstellen nicht durch Verweise auf eine bis zu sechshundertjährige Kontinuität der Verfolgung und Vernichtung gefüllt werden.² Sehr wohl aber

- 1 Die Bezeichnung findet in der Untersuchung als Quellenbegriff gegenstandsbedingt fast ausschließlich ohne Hervorhebung Anwendung, da in ihr, wie Opfermann treffend formuliert, die „Blickrichtung der Mehrheitsgesellschaft“ zum Ausdruck kommt. Zitiert nach Ulrich Friedrich Opfermann, „Seye kein Ziegeuner, sondern kayserlicher Cornet.“ Sinti im 17. und 18. Jahrhundert. Eine Untersuchung anhand archivalischer Quellen, Berlin 2007, S. 31–38, hier S. 38.
- 2 Z. B. Wolfgang Wippermann, Antiziganismus – Entstehung und Entwicklung der wichtigsten Vorurteile, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Zwischen Romantisierung und Rassismus. Sinti und Roma 600 Jahre in Deutschland, Stuttgart 1998, S. 37–42. Wippermann stellt im Anhang zu seinem Beitrag unter dem Schlagwort: „500 Jahre Antiziganismus“ auszugsweise Dokumente vor.

finden sich beide Elemente wiederkehrend im Umgang der europäischen Gesellschaften mit „Zigeunern“; und in der Moderne erfuhren sie die Radikalisierung, die Sinti und Roma in die Vernichtungslager zwang.

Das Zigeunerbild, das sich durch Literatur, Politik, Medien und Wissenschaft zieht, ist bis in die neueste Geschichte fast ausschließlich ein Negativbild. Doch lässt sich daraus ein historischer Determinismus ableiten, der von der Aufklärung in die deutschen Vernichtungslager führt.³ In der Forschung herrscht Konsens darüber, dass die Herausbildung des modernen, wissenschaftlich begründeten Zigeunerbildes in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu verorten ist. Die Zeit der Spätaufklärung ist für wesentliche europäische Fremdbilder ein entscheidender Markstein. Zum einen gewannen rassentheoretische Konzepte an Kontur, zum anderen traten zunehmend Elemente des (modernen) Antisemitismus zum Antijudaismus hinzu. Parallel dazu kam es in Gelehrtenkreisen und den Staatsverwaltungen zu Debatten um die Judenemanzipation. Mit der Georg-August-Universität in Göttingen ist es die führende deutsche Denkfabrik, die diese Debatten und deren wesentliche Protagonisten vereinigt.⁴

Ein historisches Dokument⁵

Die Formulierung und Etablierung des modernen Zigeunerbildes ist untrennbar mit einem Göttinger Wissenschaftler verbunden: Heinrich Moritz Gottlieb Grellmann. Er gründete seine akademische Laufbahn wenigstens zum Teil auf der

- 3 Claudia Breger, Grellmann der „Zigeunerforscher“ der Aufklärung, in: Udo Engbring-Romang/Daniel Strauß (Hrsg.), *Aufklärung und Antiziganismus*, Seeheim 2003, S. 50–65, hier S. 57: „Die Imagination der Mehrheitsgesellschaft hat Zigeuner schon lange vor 1933 umgebracht.“
- 4 Rainer Erb/Werner Bergmann, *Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860*, Berlin 1989; Hans Erich Bödeker/Philippe Büttgen/Michel Espagne (Hrsg.), *Die Wissenschaft vom Menschen in Göttingen um 1800. Wissenschaftliche Praktiken, institutionelle Geographie, europäische Netzwerke*, Göttingen 2007.
- 5 Claudia Breger, Heinrich Moritz Gottlieb Grellmann – Überlegungen zu Entstehung und Funktion rassistischer Deutungsmuster im Diskurs der Aufklärung, in: Barbara Danckwortt/Thorsten Querg/Claudia Schöningh (Hrsg.), *Historische Rassismusbeforschung. Ideologen – Täter – Opfer*, Hamburg 1995, S. 34–69, hier S. 36.

Beschäftigung mit Ursprung, Sprache und Eigenschaften der „Zigeuner“. Seine von ihm als „Erstgeburt“ bezeichnete Schrift „Die Zigeuner“ aus dem Jahr 1783 ebenso wie die Zweitaufgabe von 1787 galt zwei Jahrhunderte zumindest in ihrem ethnografischen Teil als eine wissenschaftliche und damit exakte Beschreibung.⁶ So ist es auch schlüssig, wenn ihm die „Tsiganologie“ zuerkennt, Begründer der Disziplin zu sein. Im Jahr 2009 stilisiert ein Autor aus diesem Umfeld Grellmann sogar zum „Gründungsvater der Nationalbewegung der Zigeuner“.⁷

Ungeachtet dieses Euphemismus ist die Wirkungsgeschichte eine andere. Wie Claudia Breger zu Recht bemerkt, stehen Autor und Werk für die Modernisierung der aus der frühen Neuzeit herüberraagenden Zigeunerbilder. Wolfgang Wippermann sieht in Grellmann den Begründer eines „Rassenantiziganismus“, der sich vor dem „Rassenantisemitismus“ etabliert habe.⁸ Dass hierbei der Fokus nicht nur auf Grellmann zu richten ist, haben Breger, Stefanie Kugler und Katrin Ufen in ihren Arbeiten dargelegt.⁹ Dennoch gilt Grellmann auch bei ihnen als Hauptfigur in der Formierung von Zigeunerforschung und Zigeunerbild. Gemeint ist, dass aufgrund der bereits erfolgten Untersuchungen eine erneute Beschäftigung mit dem Thema zu begründen ist.

- 6 Goethe-und Schiller-Archiv Weimar (GSA), Bestand Bertuch 06/659, Brief Grellmanns vom 24. Februar 1782; Heinrich Moritz Gottlieb Grellmann, *Die Zigeuner. Ein historischer Versuch über die Lebensart und Verfassung, Sitten und Schicksahle dieses Volks in Europa, nebst ihrem Ursprunge*, Dessau/Leipzig 1783; ders., *Historischer Versuch über die Zigeuner: betreffend die Lebensart und Verfassung, Sitten und Schicksale dieses Volks seit seiner Erscheinung in Europa, und dessen Ursprung*, Göttingen 1787.
- 7 Reimer Gronemeyer, *Zigeuner im Spiegel früher Chroniken und Abhandlungen. Quellen vom 15. bis zum 18. Jahrhundert*, Gießen 1987, S. 11; zu letzterem Jens Bengelstorf, *Die „anderen Zigeuner“*. Zur Ethnizität der Rudari und Bajeschi in Südosteuropa, Leipzig 2009, S. 39.
- 8 Breger, Grellmann, S. 36; Wippermann, *Antiziganismus*, S. 40; ders., *Wie die Zigeuner. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich*, Berlin 1997, S. 101.
- 9 Katrin Ufen, *Aus Zigeunern Menschen machen*. Heinrich Moritz Gottlieb Grellmann und das Zigeunerbild der Aufklärung, in: Wulf D. Hund (Hrsg.), *Zigeuner. Geschichte und Struktur einer rassistischen Konstruktion*, Duisburg 1996, S. 67–90; insbesondere: Stefanie Kugler, *Kunst-Zigeuner. Konstruktionen des „Zigeuners“ in der deutschen Literatur der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Trier 2004, S. 84 und 97. Kugler sieht auch in anderen zeitgenössischen wissenschaftlichen Texten rassentheoretische Betrachtungsweisen gegeben. Differenzierter: Wilhelm Solms, *Zigeunerbilder. Ein dunkles Kapitel der deutschen Literaturgeschichte. Von der frühen Neuzeit bis zur Romantik*, Würzburg 2008, S. 117–127.

In der kritischen Auseinandersetzung mit Autor und Werk erfolgt eine terminologische Festschreibung, die von „ethnisch-rassistischer Konstruktion“ über „rassistischen Antiziganismus“ und „antiziganistischen Rassismus“ bis hin zu einem „Rassenantiziganismus“ reicht, aber von einer mangelnden Nutzung der Primärquellen begleitet ist. Diese diskurstheoretisch bedingte Terminologie verfügt noch immer nicht über einen ausreichend fundierten Forschungsstand, der folgende Formulierung rechtfertigt: „Auch wenn der Begriff ‚Rasse‘ bei Grellmann nicht auftaucht, war seine Darstellung doch eindeutig rassistisch geprägt.“¹⁰ Zweifelsfrei ist Grellmanns in zwei Ausgaben erschienene Buch wirkungsgeschichtlich als Standardwerk und Schlüsseldokument in der Festschreibung des europäischen Zigeunerbildes zu betrachten. Aber wie konnte es dazu kommen? Ist diese Leistung dem Autor, dem geschichtlichen und wissenschaftlichen Kontext oder der Rezeption des Buches geschuldet? Zur Untersuchung dieser Fragen sollen weniger beachtete Zusammenhänge und historische Quellen im Kontext ihrer Zeit und Entstehung gelesen werden.

Quellenkritisches

Ungeachtet der Bedeutung, die die „Tsiganologie“ Grellmann einräumt, haben deren Vertreter die kritische Auseinandersetzung mit dem Werk bis in die jüngste Gegenwart versäumt. Die erste umfangreiche Kritik erfuhren Autor und Werk im Jahr 1986 in Martin Ruchs im Fach Volkskunde an der Universität Freiburg eingereichten Dissertationsschrift.¹¹ In den 1990er-Jahren knüpften vermehrt Wissenschaftler an diese Publikation an und arbeiteten zahlreiche problematische Seiten des Werkes heraus. Wim Willems ist nach Ruch bis heute der einzige Autor, der sich mit der Suche und Auswertung von Primärquellen beschäftigt hat. Ihm gelingt es, wesentliche Ergänzungen, Korrekturen und erweiterte Perspektiven zu Ruchs Grundlagentext zu liefern. Andererseits teilt Willems die in diesem Forschungsfeld offensichtlich nach wie vor bestehende Hoffnung, den entscheidenden Beitrag zum

10 Marion Bonillo, „Zigeunerpolitik“ im Deutschen Kaiserreich 1871–1918, Frankfurt a. M. u. a. 2001, S. 40.

11 Martin Ruch, Zur Wissenschaftsgeschichte der deutschsprachigen „Zigeunerforschung“ von den Anfängen bis 1900, Freiburg i. Br. 1986.

geografisch-historisch-theoretischen Ursprung der „Zigeuner“ leisten zu können.¹² Damit begibt er sich auf ein umkämpftes Feld, in dem eine Vielzahl von Akteuren bemüht ist, die Leistungen anderer durch Nichtnennung, Fehldeutung oder Minimalisierung zu würdigen, um den eigenen Anspruch auf alleingültige Annahmen zu stützen. Aufgrund der geringen Quellendichte ist dies äußerst wirksam. In dieses Muster passen sich auch Teile der „Antiziganismusforschung“ ein, die sich durch einen Zuwachs an Interpretation und einen Mangel an empirisch gewonnenem Wissen auszeichnet. In Bezug auf Grellmann ist eine diskurslastige Fixierung auf sein Werk festzustellen. Problematisch ist, dass zum einen keine ausreichend sprachlich-emotionale Distanz zum Untersuchungsgegenstand gewahrt wird.¹³ Zum anderen geraten in Kritik und Dekonstruktion der Aufklärung¹⁴ historische und personelle Zusammenhänge zu sehr aus dem Blick, obwohl sie notwendige Erklärungen leisten könnten. Daraus ergeben sich zahlreiche Nachlässigkeiten, die dazu führen, dass auch biografische Daten ungebrochen falsch reproduziert werden. In der Dominanz diskurstheoretischer Arbeiten wiegt ein unzureichendes systematisches Quellenstudium schwer.¹⁵

- 12 Wim Willems, *In Search of the True Gypsy: from Enlightenment to Final Solution*, London/New York 1997. Eine Kritik durch Yaron Matras, *The Role of Language in mystifying and de-mystifying Gypsy Identity*, in: Nicholas Saul/Susan Tebbutt (Hrsg.), *The Role of the Romanies*, Liverpool 2004. S. 53–78, hier S. 60.
- 13 Bereits bei Ruch findet sich eine in Teilen zu engagierte Kritik: „Integration ist auch Völkermord“. Ruch, *Wissenschaftsgeschichte*, S. 113.
- 14 Hierzu kritisch Herbert Heuß, *Aufklärung oder Mangel an Aufklärung? Über den Umgang mit den Bildern vom „Zigeuner“*, in: Engbring-Romang/Strauß (Hrsg.), *Aufklärung*, S. 11–33.
- 15 Exemplarisch Erich Bödecker/Rudolf Vierhaus (Hrsg.), *Biographische Enzyklopädie der deutschsprachigen Aufklärung*, München 2002, S. 115. Im Eintrag zu Grellmann sind die Jahresangaben zu Geburt, Studienabschluss und Professorenberufung fehlerhaft, obwohl auf die Literatur mit den korrekten Angaben verwiesen wird: Willems, *In Search*. Dieser wiederum schreibt Grellmann fälschlicherweise eine russische Abstammung zu. Ebenda, S. 41. Hierunter fällt auch, dass Ruch nur die Zweitausgabe des Werkes heranzog und Exemplare der Erstausgabe für nicht auffindbar hält, ders., *Wissenschaftsgeschichte*, S. 103. Ufen, *Aus Zigeunern Menschen machen*, S. 70, Anm. 7.

Die Entstehungsgeschichte im biografischen Kontext

In der wirkungsgeschichtlichen Bedeutung tritt die Biografie des Autors in den Hintergrund. Gleichwohl ist ihre Einbeziehung gerade im vorliegenden Fall zum Verständnis des Werkes, seiner Entstehung und seiner ersten Verbreitung unabdingbar. Bereits Grellmanns Geburtsjahr birgt Fragen und Unklarheiten. Die Literatur nennt mehrheitlich das Jahr 1756. Abweichungen ergeben sich einerseits durch den Nachruf von Grellmanns Freund und Professorenkollegen Johann Gottlieb Gerhard Buhle (1763–1821), der das Jahr 1758 angibt.¹⁶ Andererseits findet sich in den Kirchenbüchern der evangelischen Kirche in Jena der Eintrag: „Heinrich Moritz Gottlieb Grellmann geboren am 7. Dezember 1753 in Jena, Sohn des Meister Paul Christian Grellmann, Bäcker.“¹⁷ Plausible Gründe für eine eventuelle Manipulation des Geburtsjahres lassen sich durchaus finden: Grellmann besuchte von April 1771 bis April 1776 das Wilhelm-Ernst-Gymnasium in Weimar. Zum Zeitpunkt des Schulabschlusses war er bereits 22 Jahre alt und damit ca. fünf Jahre älter als seine Mitschüler.¹⁸ Zu seinen Lehrern zählten u. a. Johann Karl August Musäus (1735–1787) und der über Weimars Grenzen bekannte Schuldirektor Johann Michael Heinze (1717–1790), dessen jüngste Tochter Grellmann 1791 heiraten wird.¹⁹ Aus der Weimarer Zeit rührt die Bekanntschaft mit Friedrich Justin Bertuch (1747–1822) her, der als Beamter, Unternehmer, Übersetzer und Verleger tätig war und zu seinem langjährigen engagierten Förderer wurde. Im Jahr des Schulabschlusses begann Grellmann ein Theologiestudium an der Landesuniversität Jena, die sich zu diesem Zeitpunkt in einer Umbruchphase befand. Hier gehörte der Orientalist Johann Gottfried Eichhorn (1752–1827) zu seinen Lehrern. Als

16 Ihm folgend Heinrich Wilhelm Rotermund, *Das gelehrte Hannover, oder Lexicon von Schriftstellern die seit der Reformation in Königreich Hannover gelebt haben*, Bd. 2, Bremen 1823, S. 167.

17 Karl Rudolph, *Heinrich Moritz Gottlieb Grellmann und seine Ahnen*. Auszug aus dem Jenaischen Kirchenbuch, Jena 1932. Hierzu auch Willems, *In Search*, S. 41, dessen Angabe somit als gesichert gelten kann.

18 Zu seinen Schulfreunden zählte u. a. der 1761 geborene und erfolgreiche Bühnenautor August von Kotzebue (1761–1819), der ein Jahr nach Grellmann die Schule abschloss. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Bestand Höhere Schulen in Weimar, Nr. 59 und Nr. 60 Schulmatrikel des Wilhelm-Ernst-Gymnasiums, S. 90 und S. 332.

19 Willems, *In Search*, S. 42.

fortgeschrittener Theologiestudent predigte Grellmann im Jenaer und Weimarer Umland, spätestens im Zuge dessen kann eine Bekanntschaft mit Johann Gottfried Herder (1744–1803) als sicher gelten.²⁰ Nach neun Semestern, zu Ostern 1781, ging Grellmann vorerst ohne akademischen Abschluss nach Göttingen, wohin er den angehenden Arzt Christoph Wilhelm Hufeland (1762–1836) begleitete.²¹ Dabei konnte er auf die Fürsprache von Eichhorn und Bertuch bei dem Göttinger Geschichtsprofessor August Ludwig Schlözer (1735–1809) bauen. In dessen „Briefwechsel, meist historischen und politischen Inhalts“, hatte er bereits Ende 1780 eine seiner ersten Publikationen veröffentlicht.²² Grellmann avancierte in den folgenden Jahren zu Schlözers Sekretär und engstem Mitarbeiter. Dieser sah in ihm eines der hoffnungsvollsten Talente der zeitgenössischen Geschichtsforschung und förderte seine wissenschaftliche Karriere.²³

Mit Hufeland teilte Grellmann anfangs nicht nur die Unterkunft, sondern auch die Freundschaft zu Kotzebue und Georg Christoph Lichtenberg (1742–1799). Aus der Studiendauer und dem verspäteten Schulabschluss lässt sich schließen, dass Grellmann von seiner Familie nicht die für das Studium notwendige finanzielle Unterstützung erhielt. Diese Tatsache sollte eine wichtige Rolle bei der Frage spielen, wie Grellmann an wesentliche Materialien zu seinem Buch über die „Zigeuner“ ge-

20 Herder hatte seit Herbst 1776 in Weimar die Stelle des Generalsuperintendenten inne.

21 Nach Götz von Selle (Hrsg.), *Die Matrikel der Georg-August-Universität zu Göttingen 1734–1837*, Hildesheim/Leipzig 1937, S. 258 finden sich folgende Einträge: 2. Mai 1781 12 336 Immatrikulationsnr. Henric. Maurit. Gottlieb Grellmann, Jenensis, theol., ex ac. Jenensi; 2. Mai 1781 12 337 Christophorus Wilhelmus Hufeland, Vinariensis, med., ex ac. Jenensi. Hufeland gibt in seinen autobiografischen Aufzeichnungen eine kurze Charakterisierung Grellmanns: „Ich reiste in Gesellschaft des Stud. Grellmann, eines mehrere Jahre älteren, gesetzten, ernsten, streng sittlichen Menschen, der auch seine Studien in Göttingen vollenden wollte, der mit mir in ein Haus zog und, wie ich nachher erst anzunehmen Ursache hatte, im stillen vom Vater beauftragt war, mein beratender Freund und Beobachter zu sein, ohne daß ich es je bemerkt habe.“ Walter von Brun, *Hufeland. Leibarzt und Volkserzieher. Selbstbiographie von Christoph Wilhelm Hufeland*, neu hrsg. und eingeleitet, Stuttgart 1937, S. 56.

22 Proben von D. Luthers Einsichten in die Handelspolitik. Aus dessen Büchern vom Kaufhandel und Wucher vom J. 1524 im IVten Teil seiner Werke (Wittenbergk, 1589), in: *Briefwechsel*, Bd. 7, (1780) 41, S. 265–270; Martin Peters, *Altes Reich und Europa. Der Historiker, Statistiker und Publizist August Ludwig (v.) Schlözer (1735–1809)*, Münster/Hamburg/London 2003, S. 228.

23 Ebenda, S. 225.

langte. Hintergrund ist der Ankauf der Bibliothek des Göttinger Professors, Mineralogen und Sprachforschers Christian Wilhelm Büttner (1716–1801) durch Grellmanns Landesherrn Herzog Carl August von Sachsen-Weimar, der u. a. aus diesem Anlass im März 1781 in Göttingen weilte. Die umfassende Bibliothek musste im Vorfeld katalogisiert werden. Büttner betraute damit seinerseits seinen ehemaligen Mieter und Protegé, den aus Siebenbürgen stammenden Bäckerssohn und späteren Göttinger Philosophieprofessor Michael Hißmann (1752–1784). Aus dem Weimarer Umfeld des Herzogs – zu nennen sind Goethe (1749–1832), Bertuch und Eichhorn – wurde auf eine zügige Katalogisierung gedrängt und Grellmann als weiterer Bearbeiter vorgeschlagen.²⁴ Durch Bertuch finanziell unterstützt, nahm dieser den Auftrag an, der ihn fast zwei Jahre beschäftigte. Aus dem seit Sommer 1781 bestehenden Kontakt sollte Grellmann die Hauptquelle seines Sprachvergleichs gewinnen, zugleich bestärkte Büttner, in dessen Haus er zu Ostern 1782 zog, Grellmann in seiner Beschäftigung mit „Zigeunern“ aus historischer Perspektive.²⁵ Den äußeren Anlass hierzu bot der Aufenthalt eines englischen Wissenschaftlers in Göttingen im Sommer 1781, der Forschungen zur Herkunft der „Zigeuner“ betrieb.²⁶ Grellmann erkannte für sich in dieser Frage eine publizistische Chance. Als Subtext ist zu beachten, dass der zu diesem Zeitpunkt bereits 27-Jährige weiter ohne Abschluss und auf finanzielle Unterstützung angewiesen war, er sich in einem Umfeld wohlhabender und aufstiegsgewisser Kommilitonen befand und innerhalb der Göttinger Professorenschaft ein erbittertes Konkurrenzverhältnis herrschte.²⁷ Wollte er in diesem Kontext bestehen, bedurfte es eines Themas, das sich schnell erarbeiten ließ und trotzdem Aufmerksamkeit versprach. Der Erfolg sollte sich langfristig einstellen: 1784 Privatdozent, 1787 außerordentlicher Professor, 1794 ordentlicher

24 Johann Karl Schuller, Magister Hißmann in Göttingen. Ein Beitrag zur siebenbürgisch-sächsischen Gelehrten-geschichte, in: Archiv des Vereins für siebenbürgische Landeskunde, Bd. VI (1864) 2, S. 201–230, hier S. 208; GSA, Bestand Büttner 105/131, Brief Eichhorns vom 24. Juni 1781.

25 Christian Wilhelm Büttner, Vergleichungs-Tafeln der Schriftarten verschiedener Völker, in denen vergangenen und gegenwärtige Zeiten, Göttingen 1771, S. 4; GSA, Bestand Bertuch 06/659, Brief Grellmanns vom 24. Februar 1782.

26 Ebenda; Willems, In Search, S. 25.

27 Die Konkurrenz erstreckte sich über Hörerzahl und Publikationsmenge bis hin zum öffentlichen Aufsehen, das Veröffentlichungen verursachten. Idealtypus war der Historiker Schlözer, vgl. Peters, Altes Reich.

Professor. Inwiefern die Buchveröffentlichung mehr als eine formale Voraussetzung darstellte und Grellmann für die Buchinhalte honoriert wurde, ist nicht mit Sicherheit zu bestimmen.²⁸

Die Entstehungsgeschichte im wissenschaftlichen Kontext

Die gesellschaftliche Stellung von „Zigeunern“, ihre Sprache, Herkunft und Kultur waren zu diesem Zeitpunkt keine relevanten Themen und als Forschungsgegenstand der umfassenden Beschäftigung durch etablierte Gelehrte unwürdig.²⁹ Grellmann war sich des Balanceaktes bewusst, Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung seines Werkes ist in diesem Kontext zu lesen. Er hob gezielt die staatsrelevante Bedeutung des Themas hervor. Damit folgte er gleichzeitig seinem eigentlichen Beweggrund: der Profilierung zur Begründung einer Karriere im Staatsdienst oder in der Wissenschaft.³⁰ Letzteres hoffte er auch durch die Abhandlung zu Sprache und Herkunft der „Zigeuner“ erreichen zu können. Der ethnografische erste Teil des Werkes diente vorrangig der Unterhaltung des durch Länder-, Reise- und Völkerbeschreibungen geschulten Publikums. Grellmann sah es als seine Aufgabe, den gemeinen Mann über die Betrügereien der „Zigeuner“ aufzuklären. Zudem hatte er den Anspruch, einen Beitrag zur Geschichts- und Völkerkunde zu leisten.³¹ Mit diesen Ansätzen verband er erfolgreich die Forschungsschwerpunkte, die insbe-

28 Ruch, *Wissenschaftsgeschichte*, S. 132 f.

29 Thomas Fricke, *Zur Sozialgeschichte der Zigeuner im Zeitalter des Absolutismus*, in: Engbring-Romang/Strauß (Hrsg.), *Aufklärung*, S. 101–117, hier S. 101.

30 Grellmann empfahl sich bei Goethe für die Aufnahme in den Dienst seines Landesherren. *Klassik Stiftung Weimar/Goethe- und Schiller-Archiv* (Hrsg.), *Briefe an Goethe*. Gesamtausgabe in Regestform, 1/196, Dezember 1784, [http://ora-web.swkk.de/goe_reg_online/regest.vollanzeige?id=225; letzter Zugriff am 19. 7. 2010]. Goethe ließ sich während seines ersten Aufenthalts in Göttingen im September 1783 die Post an Grellmanns Adresse senden, Elmar Mittler/Elke Purpus/Georg Schwedt (Hrsg.), „Der gute Kopf leuchtet überall hervor“. Goethe, Göttingen und die Wissenschaft, Göttingen 1999, S. 10.

31 *Berichte der allgemeinen Buchhandlung der Gelehrten vom Jahre 1782*, (September 1782) 9, Abschnitt III, Vierte Ankündigung der Gesellschaft des Verlags für Gelehrte und Künstler für die Zulieferung bis spätestens Ostern 1783, S. 215 f., Nr. 45: Die Zigeuner. Ein historischer Versuch von H. M. G. Grellmann, ungefähr 28 Bogen in med. 4to. Subskriptionspreis 20 Gr. Ladenpreis 1 Rthlr.

sondere Schlözer personifizierte: Sprachvergleich, Ethnografie sowie Bevölkerungspolitik.

Das wissenschaftliche und publizistische Wirken seines akademischen Mentors war mitentscheidend für Grellmanns weitere Quellen wie für die Ausgestaltung seines Werkes. Ein wesentliches Moment stellt der Einfluss dar, den die Göttinger Universität und insbesondere Schlözer auf die geistige und politische Elite Ungarns und Siebenbürgens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ausübten.³² Die protestantischen Studenten strebten aus der geistigen Enge der Habsburger Monarchie nach Göttingen, wo sie eine für sie ungeahnte Freiheit des Wortes und des Denkens erlebten. Gleichzeitig erfuhren sie, dass ihre Herkunftsregion bezüglich Geschichte, Kultur und Bevölkerungszusammensetzung weitgehend eine Terra incognita war. Diese Erfahrung kollidierte mit dem Selbstverständnis als Verteidiger der abendländischen Kultur gegen die osmanische Herrschaft. Infolgedessen kam es einer nationalen Aufgabe gleich, Materialien und Abhandlungen zur Geschichte der Herkunftsregion an die Göttinger Universität zu übersenden.³³ Mit dem Wissenstransfer wurden zunehmend auch Informationen über die sehr differenzierte Romabevölkerung in Ungarn und Siebenbürgen transportiert. Hinter den durchaus wahrgenommenen Unterschieden zeichneten sich die Roma durch ihre Sprache, Kultur und soziostrukturellen Besonderheiten als eigenständige Gruppe ab. Im ungarischen und siebenbürgischen Verständnis wurden sie ihrer zahlenmäßigen und gesellschaftlichen Präsenz entsprechend als geduldete Nation verstanden, wobei der Bedeutungsgehalt nicht dem modernen Nationsbegriff entsprach, aber stets mehr als den sozialen Stand umfasste.

- 32 István Futaky, „Die Völkergeschichte hat wenige Beispiele einer solchen Veredlung“. Die ungarische Geschichte an der Göttinger Universität im 18. Jahrhundert, in: Márta Fata (Hrsg.), *Das Ungarnbild der deutschen Historiographie*, Stuttgart 2004, S. 31–48, hier S. 39.
- 33 Die Universitätsbibliothek verfügte seinerzeit wohl über den umfassendsten Bestand an *Hungarica*, ebenda, S. 35. Der Historiografie kam die Aufgabe zu, Privilegien der eigenen Gruppe zu legitimieren und durchzusetzen bzw. die der anderen anzugreifen. Schlözer war es, der zum einen der ungarischen Historiografie entscheidende Anstöße auf der Suche nach der Herkunft der Ungarn gab und zum anderen im Auftrag der Siebenbürger Sachsen eine antiungarische Legitimationsschrift zur Wahrung ihrer historischen Privilegien verfasste. Peters, *Altes Reich*.

Einen in diesem Zusammenhang bedeutenden Text und für Grellmann einen der wichtigsten Bezugspunkte (22 Verweise) stellt die Schrift des Jesuiten Franz/Francesco Griselini (1717–1784) dar, in dem er eine Beschreibung des Banats vornahm.³⁴ Diese Dokumentation der erfolgreichen Durchsetzung von Habsburgischer Verwaltung, Kolonialisierung und Wirtschaftsvorstellung schließt eine Darstellung von „Zigeunern“ im Banat ein. Die auch separat erschienene Abhandlung behandelt neben dem Versuch eines Nachweises ägyptischer Herkunft die Habsburgischen (Zwangs)maßnahmen zur „Besserung der Zigeuner“.³⁵ Aus eben dieser Quelle gewann Christian Wilhelm von Dohm (1751–1820) 1781 den Vergleich für die von ihm als deutlich günstiger bezeichneten Erfolgsaussichten einer bürgerlichen Verbesserung der Juden: „Sie sind keine rohe [sic!] oder verwilderte [sic!] Zigeuner.“³⁶ Dohms Werk löste insbesondere in Göttingen, dem er als Absolvent, Schüler Schlözers und Freund vieler Gelehrter verbunden war, erbitterte Kontroversen aus.³⁷ Einen der schwersten, ihn persönlich und von unerwarteter Seite treffenden Angriff erfuhr er von seinem Freund Hißmann, der Dohms Schrift in den Göttingischen Anzeigen von gelehrten Sachen (GGA) im Dezember 1781 besprochen und erbittert kritisiert hatte.³⁸ Er wendete Dohms Argument und betonte,

34 Franz Griselini, Versuch einer politischen und natürlichen Geschichte des Temeswarer Banats in Briefen an Standespersonen und Gelehrte, Wien 1780.

35 Franz Griselini, Etwas von den Zigeunern überhaupt, und insbesondere von den Zigeunern in dem Temeswarer Bannat, in: Neueste Mannigfaltigkeiten, 157. Woche 1781, S. 3–13; Beschluß der Abhandlung von den Zigeunern in dem Temeswarer Bannat, in: Neueste Mannigfaltigkeiten, 158. Woche 1781, S. 17–25.

36 Christian Wilhelm Dohm, Über die bürgerliche Verbesserung der Juden, Berlin/Stettin 1781, S. 91. Er verweist als Beleg auf seine Veröffentlichung Christian Wilhelm Dohm, Materialien für die Statistik und neuere Staatengeschichte, Bd. 3, Lemgo 1781, S. 373 ff. Dort findet sich eine kommentierte Wiedergabe von Griselinis Text und fachliche Kritik an dessen Schlussfolgerung sowie ein ausführlicherer Vergleich zwischen Juden und Zigeunern. Wippermann sieht bei Dohm „antiziganistische Vorurteile“. Wippermann, Antiziganismus, S. 40.

37 Anna-Ruth Löwenbrück, Judenfeindschaft im Zeitalter der Aufklärung. Eine Studie zur Vorgeschichte des modernen Antisemitismus am Beispiel des Göttinger Theologen und Orientalisten Johann David Michaelis (1717–1791), Frankfurt a. M. 1995.

38 Zugabe zu den Göttingischen gelehrten Anzeigen (GGA) (1. 12. 1781) 48, S. 753–763. Dohm hatte Hißmann um eine Besprechung gebeten. Trotz der erlittenen Verletzung nannte er Hißmann nicht in der Erwiderung auf seine Gegner und führte keinen Bruch der Freundschaft herbei, Schuller, Hißmann, S. 215–220.

„dass sich sogar die Zigeuner, [...], zu einem bessern Volk werden modeln lassen, als die Juden; denn ein unerzogenes Kind ist bildsamer, als ein verzogenes.“³⁹

Die Kontroverse um Dohms Schrift konnte Grellmann nicht entgangen sein, zumal er mit Hißmann aufgrund der Arbeiten am Katalog zu der Büttnerschen Bibliothek in Kontakt stand und sich bereits mit dem Thema befasste. Auch wenn die „Zigeuner“ in der Auseinandersetzung um Wege zur Emanzipation der Juden nur Randfiguren waren, nahm Grellmann die staatsrelevante Perspektive auf, um Wert und Erfolgsaussichten seines Buches zu erhöhen. Mit der Einbeziehung dieses Aspektes konnte er sich zudem der Unterstützung Bertuchs gewiss sein, hatte dieser doch 1782 einen sozialpolitischen Text zur Armenfürsorge und der Eindämmung von Bettelei verfasst.⁴⁰

In dieser Situation veröffentlichte der Staatsrechtler und Sprachforscher Johann Christian Christoph Rüdiger (1751–1822) auf der Grundlage eines Sprachvergleichs seine Forschungsergebnisse zur indischen Herkunft der „Zigeuner“. Doch nicht nur in diesem Punkt kam er Grellmann zuvor.⁴¹ Rüdiger hatte in seinen Text, in Anlehnung an Grisellini, umfangreiche Ausführungen zur historischen und aktuellen Situation eingeflochten und thematisierte, anders als dieser und Dohm folgend, eine gesellschaftliche Verantwortung für die Lage der „Zigeuner“. Mit Verweis auf Dohm äußerte er auch die Hoffnung, Veränderungen für die gesellschaftliche Stellung der „Zigeuner“ bewirken zu können.⁴² Dieser Anspruch war für Hißmann erneut Anlass, sich in der Besprechung von Rüdigers Text im September 1782 vehement gegen einen Vergleich von Juden und „Zigeunern“ zu stellen: „[...] ein Zigeuner ist in jeder Rücksicht mehr werth, als zwölf Juden. [...]; das ganze Volk ist noch

39 GGA (1. 12. 1781) 48, S. 760. Erb/Bergmann, Nachtseite, S. 45, Anm. 107.

40 Stadtmuseum Weimar, Friedrich Justin Bertuch, *Wie versorgt ein kleiner Staat am besten seine Armen und steuert die Betteley*. Nachdruck der 1782 erschienenen Schrift, *Weimarer Schriften zur Heimatgeschichte und Naturkunde* (1978), 39.

41 Johann Christian Christoph Rüdiger, *Von der Sprache und Herkunft der Zigeuner aus Indien*, in: ders., *Neuester Zuwachs der teutschen fremden und allgemeinen Sprachkunde in einigen Aufsätzen, Bücheranzeigen und Nachrichten*, Bd. 1, Leipzig/Halle 1782, S. 37–84. Auch wenn ein zeitgenössischer Germanist apodiktisch vermerkt: „Aber seit dem Büttner vermuthete, Rüdiger behauptete und Grellmann bewies.“ Johann Christoph Adelung, *Mithridates oder allgemeine Sprachkunde mit dem Vater Unser als Sprachprobe in bey nahe fünfhundert Sprachen und Mundarten*, Bd. 1, Berlin 1806, S. 238.

42 Rüdiger, *Sprache und Herkunft*, S. 48.

außerdem so geistreich, erfinderisch und arbeitsam, daß die Juden, bey einer solchen Vergleichung, weit hinter ihm zurückbleiben.“⁴³ Bei dieser Gelegenheit wiederholte Hißmann die im April geäußerte These von der Flucht der „Zigeuner“ im Zusammenhang mit den Eroberungen und Verwüstungen Tamerlans (Timurs) im ausgehenden 14. Jahrhundert. Grellmann bediente sich dieser Vermutung. Dass sich Hißmann umfassender mit der Zigeunerthematik befasste und für Grellmann als Quellen- und Gedankengeber fungierte, wird an einer weiteren Besprechung deutlich. Im April 1782 rezensierte er Franz Josef Sulzers (1727–1791) zweiten Band der Reise- und Landesbeschreibung „Geschichte des transalpinischen Daciens“, auf den Grellmann 17-mal verweisen wird. Hißmann wendet sich bezüglich der „Zigeuner“ vehement gegen Griselinis Ägyptentheorie und dessen allgemeine Unkenntnis des südosteuropäischen Raumes. Mit Verweis auf Büttners Sprachmaterial bezeichnet er die „Zigeuner“ als „Hindostaner“.⁴⁴ Trotz der eingehenden Beschäftigung mit dem Thema und einer unsicheren akademischen Laufbahn schrieb Hißmann keinen umfassenderen Text über „Zigeuner“. Auch ihm waren sie nur ein Randthema im Wissenschaftsbetrieb. Erst Grellmann erkannte darin eine Chance. Inwiefern ihm Hißmann Material überließ oder mit ihm kooperierte, ist unbekannt.

Grellmanns Methode

Die Publikationen über „Zigeuner“ vor dem Erscheinen von Grellmanns Werk nur als Kompilation der vorhandenen Literatur beschreiben zu wollen, wäre verfehlt. Die Autoren waren stets bemüht, ihre Zigeunerbilder dem Verständnis und den Notwendigkeiten ihrer Zeit anzupassen. Wesentliche Gemeinsamkeiten zeigen sich neben einem bloßen Zusammentragen des Stoffes in einer Realitätsferne, einem mangelnden Zuwachs empirischen Wissens und einer Eskalationsdynamik. Verkürzt formuliert, ließe sich letztere wie folgt charakterisieren: Je größer die Wissenslücken, desto drastischer die Sprachbilder der Autoren zur Beschreibung eines

43 GGA (14. 9. 1782) 37, S. 589 ff., S. 590.

44 GGA (13. 4. 1782) 15, S. 225–237; Franz Josef Sulzer, Geschichte des transalpinischen Daciens, das ist, der Walachei, Moldau und Bessarabiens, im Zusammenhange mit der Geschichte des übrigen Daciens, als ein Versuch der allgemeinen dacischen Geschichte mit kritischer Feder entworfen, Bd. 2, Wien 1781.

als abweichend unterstellten Sozialverhaltens. Im Zuge der gesellschaftlichen Umbrüche nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges erreichte das Negativbild im ausgehenden 17. Jahrhundert seine schärfste Ausprägung.⁴⁵ Vor der Durchsetzung des Nationenbegriffs als ordnendem Schema mögen die sozialen Merkmale zur Beschreibung von „Zigeunern“ dominiert haben, eine exakte Zuordnung war hingegen nicht möglich und eine Gleichsetzung mit einem polizeilichen, d. h. sozialpolitischen Ordnungsbegriff wäre zu einseitig.⁴⁶

Ebenso wenig ist es möglich, aus den überlieferten Zigeunerbildern auf Grellmanns Verständnis und Wissen über „Zigeuner“ im Vorfeld seiner Abhandlung zu schließen. Es ist aber davon auszugehen, dass der in der streng reglementierten Jenaer und Weimarer Ständegesellschaft Aufgewachsene vor der Erarbeitung des Buches über kein aktives Wissen zum Thema verfügte, geschweige denn je mit den von ihm Beschriebenen in Kontakt gekommen ist.⁴⁷ Aus diesem Grund erscheint es nur schlüssig, Grellmanns Methode als Kompilieren zu bezeichnen, zumal sich aus dieser Vorgehensweise zahlreiche inhaltliche Brüche ableiten lassen.⁴⁸ Grellmann setzte aber nicht nur eine Traditionslinie fort. Weder entsprach das einfache Zusammentragen von Vorhandenem dem wissenschaftlichen Standard der führenden deutschen Universität im ausgehenden 18. Jahrhundert, noch wären Grellmanns Methoden damit ausreichend gekennzeichnet.⁴⁹ Er wusste durchaus quellenkritisch zu arbeiten, wie die ausführliche Auseinandersetzung mit der These über die ägyptische Herkunft der „Zigeuner“ zeigt.⁵⁰ Zugleich verdeutlicht der umfassende wissenschaftliche Apparat mit über 450 Anmerkungen – in der Zweitausgabe über

45 Thomas Fricke, „Zigeuner“ im Zeitalter des Absolutismus. Bilanz einer einseitigen Überlieferung. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung anhand südwestdeutscher Quellen, Pfaffenweiler 1996; Solms, Zigeunerbilder, S. 101.

46 Leo Lucassen, Zigeuner. Die Geschichte eines polizeilichen Ordnungsbegriffes in Deutschland 1700–1945, Köln u. a. 1996. Kritisch Claudia Breger, Ortlosigkeit des Fremden. „Zigeunerinnen“ und „Zigeuner“ in der deutschsprachigen Literatur um 1800, Köln u. a. 1998, S. 2, Anm. 7; Opfermann, „Seye kein Ziegeuner“, S. 65 und S. 116; Fricke, Zur Sozialgeschichte, S. 103–107.

47 Dieses Urteil fällt bereits ein Zeitgenosse: Johann Heinrich Biester, Ueber die Zigeuner; besonders im Königreich Preußen, in: Berlinische Monatsschrift (1793) 21, S. 108–165, S. 360–393, hier S. 151.

48 Kugler, Kunst-Zigeuner, S. 62.

49 Nicht wie Ufen, Aus Zigeunern Menschen machen, S. 68 meint.

50 Ruch, Wissenschaftsgeschichte, S. 90–93.

500 – das Bestreben, Thesen und Argumentationen mehrfach abzusichern.⁵¹ Grellmann stellte Aussagen gegeneinander, wog ab und deutete neu. Diese äußere wissenschaftliche Form ließ ihn als Begründer „tsiganologischer“, sich wissenschaftlich gebender Forschung gelten.

Grellmanns Zugang zu den Quellen

Grellmann brüstet sich im Vorwort des Zusammentragens verstreutester Informationen, wodurch es ihm möglich gewesen sei, sowohl einen ethnografisch-völkerkundlichen Abschnitt zu verfassen, als auch in einem zweiten historischen und sprachvergleichenden Teil die indische Abstammung zu beweisen. Seine Eigenleistung betonend, ist er bemüht, die Quellen oder die Autorenschaft wesentlicher Erkenntnisse und Aussagen ungenannt oder kaum identifizierbar zu lassen.⁵² Darüber hinaus entzogen sich seine beiden zeitgenössischen Hauptquellen der allgemeinen Nachprüfbarkeit: Büttners Material zum Sprachvergleich wurde nie publiziert, und die Artikelserie in der Wiener Zeitschrift „Kaiserlich Königliche allergnädigste privilegierte Anzeigen aus sämtlichen kaiserlich königlichen Erbländern“ aus den Jahren 1775/76 hatte außerhalb des Habsburger Raumes kaum Verbreitung gefunden.⁵³ Sie bildete die Vorlage für den gesamten ersten Teil seiner Arbeit und umfasst ca. ein Viertel aller Anmerkungen. Eine Antwort auf die Frage, wie Grellmann Kenntnis von der Artikelserie erhalten konnte, bleibt spekulativ. Sie sollte aber im Kontakt zu Schlözer und Hißmann zu finden sein. Beide verfügten über umfangreiche Verbindungen in den ungarischen und siebenbürgischen Raum.⁵⁴

51 Z. B. auf S. 71 der Erstauflage mit sechs Nachweisen für eine Aussage.

52 Wie der Fall Rüdigers zeigt, dessen Leistung Grellmann bewusst minimiert. Gegenüber Bertuch ist er nach Hißmanns Rezension sehr bemüht, die Notwendigkeit einer eigenen Publikation zu rechtfertigen: Willems, In Search, S. 59.

53 In den GGA (8. 4. 1782) 43, S. 350–352, hier S. 350 heißt es zum „Ungarischen Magazin“, das in Pressburg erschien und Beiträge der Wiener Anzeigen neu abdruckte: „Allein die Anzeigen sind außerhalb den Oesterreichischen Staaten so selten, daß man die darin befindlichen Aufsätze fast den Handschriften gleich, schätzen kann.“

54 Lorenz Hüfner, Schlözer und Ungarn. Ein Beitrag zur internationalen Wirksamkeit August Ludwig von Schölzers, Berlin 1972 (Diss.); Carl Göllner, Die Beziehungen des Aufklärungsphilosophen Michael Hißmann zu seiner siebenbürgischen Heimat, in: Forschungen zur Volks- und Landeskunde (1960) 3, S. 79–97.

Unter Schlözers Studenten und damit Grellmanns Kommilitonen befanden sich auch Zipser Landsleute des Gelehrten und evangelischen Theologen Samuel Augustini ab Hortis (1729–1792), der in der genannten Zeitschrift in 39 Folgen sein zusammengetragenes Wissen über „Zigeuner“ in Ungarn und Siebenbürgen publiziert hatte.⁵⁵ Wenngleich dessen Autorenschaft bis 1994 unbekannt blieb, da Augustini seine Artikel mithilfe des Kürzels „ab H.“ anonymisierte, kann dies für dessen Zeitgenossen Grellmann nicht in gleicher Weise gelten. Spätestens zur Zweitausgabe seines Werkes musste er um den Verfasser seiner Hauptquelle wissen, auf die er in über einhundert Anmerkungen verweist.⁵⁶ Dass Grellmann den Autor nicht nennt, dürfte seinen Grund in der Nachahmung von Text und Gliederung haben. Auch die Quellenverweise seiner Vorlage übernimmt er fast vollständig. Vorrangig auf dieser basiert sein Material für den historischen Abschnitt. Nur in diesem Teil seiner Abhandlung ist ihm eine wissenschaftliche Eigenleistung in Form von Literaturstudium zuzuerkennen, wobei ihm die sehr gute Ausstattung der Göttinger Universitätsbibliothek zugutekam. Die weiteren Literatur- und Quellenverweise verdankt er anderen Autoren: Dohm, Grisellini sowie Rüdiger und vor allem den Rezensenten der „Göttingischen Anzeigen“ Hißmann und Ludwig Albrecht Gebhardi (1735–1802). Letzterer war ein Kenner ungarischer Geschichte. Er hatte neben Griselinis Text mit Josef Benkös (1740–1814) Landesbeschreibung Siebenbürgens eine andere Hauptquelle besprochen (16 Verweise), die ihm ergänzt um weitere Quellen noch vor Grellmann auch zur Beschreibung von „Zigeunern“

55 Samuel Augustini ab Hortis, Von dem heutigen Zustande, sonderbaren Sitten und Lebensart, wie auch von den übrigen Eigenschaften und Umständen der Zigeuner in Ungarn, Bratislava 1994. Folgende Verweise beziehen sich auf den zusammengefassten Neuabdruck. Den verantwortlichen Bearbeiterinnen Viera Urbancova/Emilia Horváthova ist es zu verdanken, dass der Autor der 1775/76 erschienen Artikelreihe ermittelt wurde. Hierzu die Einführung Urbancova, Samuel Augustini ab Hortis und seine vergessene Monographie über die Zigeuner in Ungarn, S. 89–99, hier S. 89.

56 Im Vorwort der Zweitausgabe dankt Grellmann dem aus der Zips stammenden Daniel Cornides, der zur protestantischen Elite Ungarns zählte und 1781/82 mit Augustini eine wissenschaftliche Auseinandersetzung geführt hatte. Andrea Seidler, Zur Frage der Qualitätssicherung in ungarischen gelehrten Journalen des späten 18. Jahrhunderts: Der Gelehrtenstreit um die Herkunft des Wortes „Kutsche“, in: WEBFU [Wiener elektronische Beiträge des Instituts für Finno-Ugristik] 2007 [<http://webfu.univie.ac.at/texte/seidleroe.pdf>]; letzter Zugriff am 19. 7. 2010].

diente.⁵⁷ Aus diesen Hinweisen resultiert die absolute Dominanz der Belegstellen aus dem heute slowakisch-ungarisch-rumänischen Raum, die ca. dreiviertel aller Anmerkungen des ethnografischen Teils umfassen. Im Gegensatz zu den Hinweisgebern hatte Grellmann nicht zu dieser historischen Region gearbeitet, kannte weder die sozialen Realitäten noch die Autoren, geschweige denn, dass er den Quellenwert der Texte hätte einschätzen können. Ein Blick auf die Gesamtzahl der Quellen zeigt außerdem, dass die suggerierte Quellendichte keineswegs bestand, z. B. verweist er auf die zehn häufigsten Quellen über 250-mal.

Grellmanns Umgang mit Quellen sei an einem Beispiel verdeutlicht, das außerdem geeignet ist, den von Iulia-Karin Patruț und Herbert Uerlings definierten Diskursraum Mittel-Osteuropa zu illustrieren.⁵⁸ Bereits Augustini – der Verfasser von Grellmanns Hauptquelle – kritisierte, dass Autoren über „Zigeuner“ schrieben, die nicht mit den Realitäten vertraut waren. Hierbei nimmt er Bezug auf einen 25 Zeilen umfassenden Text des niedersächsischen Mediziners Franz Ernst Brückmann (1697–1753) aus dem Jahr 1725, der von „Zigeunern“ in Ungarn und Siebenbürgen handelte und sie der Aasfresserei bezichtigte. Obwohl Augustini ihn nicht als zuverlässige Quelle gelten lässt, zieht er den Text viermal als Beleg für wichtige Aussagen heran. Grellmann wiederum verweist nicht nur auf die entsprechenden Stellen in Augustinis Text, sondern zusätzlich in elf Fällen auf Brückmann.⁵⁹ In der weiteren Ausgestaltung des Diskursraumes werden nachfolgend ost- und südosteuropäische Autoren Grellmanns Aussagen wiederum auf ihre Länder anwenden und erneut überzeichnen, wodurch der verhängnisvolle Verstärkungseffekt entsteht.

57 István Futaky/Kristin Schwamm, *Die Ungarn betreffenden Beiträge in den Göttingischen Gelehrten Anzeigen, 1739–1839*, Budapest 1987; Joseph Benkö, *Transsilvania sive magnus Transilvaniae principatus*, Bd. 1 u. 2, Vindobonae (Wien) 1777/78; GGA (18. 3. 1780) 12, S. 177–187 und GGA (10. 6. 1780) 24, S. 374–384; Ludwig Albrecht Gebhardi, *Geschichte des Reichs Ungarn und der damit verbundenen Staaten*, Bd. 3, Leipzig 1781, S. 30 ff.

58 Iulia-Karin Patruț/Herbert Uerlings, *Fremde Arme – arme Fremde. „Zigeuner“ in Literaturen Mittel- und Osteuropas*. Einleitung, in: dies./George Guțu (Hrsg.), *Fremde Arme – arme Fremde. „Zigeuner“ in Literaturen Mittel- und Osteuropas*, Frankfurt a. M. u. a. 2007, S. 9–36, hier S. 10–15.

59 Augustini, *Von dem heutigen Zustande*, S. 101 f.; (Franz Ernst Brückmann), *Von den Zigeunern und ihrer Lebensart in Ungarn*, in: *Sammlung von Natur- und Medicin- wie auch hierzu gehörigen Kunst -und Literatur-Geschichten, so sich in Schlesien und andern Ländern begeben und ans Licht gestellt (1725)* 33, S. 69.

Grellmanns ambivalente Zigeunerkonstruktion

Der Konstruktionscharakter von Grellmanns Schrift wurde wiederholt aufgezeigt und ihm zuerkannt, das Zigeunerbild modernisiert und – in Wippermanns Terminologie – eine „Rassisierung“ traditioneller Vorurteile und Stereotype betrieben zu haben. Michael Zimmermann urteilt deutlich differenzierter. Er verortet das Werk im vorrassistischen Raum, in dem der Erziehungsgedanke und die Konstruktion eines „Ursprungscharakters“ als Ausdruck des Volksgeistes im Herderschen Sinne noch keinen unlösbaren Widerspruch darstellten.⁶⁰ Unabhängig von der unterschiedlichen Bewertung zeigt sich, dass in den meisten Fällen ein systematisches Gegenlesen von Grellmanns Quellen nur unzureichend erfolgt. Gerade dieser Schritt wäre jedoch notwendig, um zu klären, worin sein genuiner Beitrag zum modernen Zigeunerbild besteht oder ob – und wenn ja, in welchem Umfang – die ihm zugeschriebenen Deutungen bereits in seinen Quellen vorgegeben sind.⁶¹ Ein Blick auf die Hauptquelle zeigt, dass die pejorative Konstruktion eines Volkscharakters der „Zigeuner“ schon bei Augustini angelegt ist. Auch für ihn stand, trotz vereinzelter Zweifel, nicht infrage, dass es sich nur um einen unerfreulichen und schädlichen Volkscharakter handeln konnte.⁶² Hierbei spielt eine wesentliche Rolle, dass Augustini divergierende soziale Realitäten wahrnimmt, diese in seinem homogen angelegten „Zigeunerkonzept“ aber keinen Niederschlag finden. Grellmann übernahm das „Zigeunerkonzept“, das er nun aber aus dem Referenzraum herauslöste und auf die Gesamtheit der „Zigeuner“ übertrug.⁶³

Die Annahme, dass es sich bei den „Zigeunern“ um eine eigene, einheitliche und nichteuropäische Nation handeln würde, fand er in den zeitgenössischen Texten von Augustini, Dohm, Griselini und Rüdiger. Insofern ist die ihm zugeschriebene Konstruktion der „Zigeuner“ als ethnische Gruppe ebenso wenig seine Leistung wie die Herleitung der geografischen Herkunft aufgrund von Sprachforschungen. Im

60 Wippermann, *Wie die Zigeuner*, S. 101; Michael Zimmermann, *Zigeunerpolitik und Zigeunerdiskurse im Europa des 20. Jahrhunderts*, in: ders. (Hrsg.), *Zwischen Erziehung und Vernichtung. Zigeunerpolitik und Zigeunerforschung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2007, S. 34.

61 Erst mit diesem Schritt wäre die von Breger angesprochene textliche Fortwirkung des Werkes ausreichend analysierbar. Breger, Grellmann, S. 36.

62 Augustini, *Von dem heutigen Zustande*, S. 101.

63 Ruch, *Wissenschaftsgeschichte*, S. 108.

Wunsch, eine wissenschaftliche Eigenleistung zu erbringen, verlässt Grellmann das erforschte Terrain und weist den „Zigeunern“ bereits in der Herkunftsgesellschaft eine sozial und kulturell deklassierte Stellung zu, indem er sie der Kaste der „Suders“ zuordnet, ihm zufolge eine Klasse von *Parias*.⁶⁴ Abgeleitet aus der Herkunftsfrage, schreibt er den „Zigeunern“ orientalische und antibürgerliche Moralvorstellungen und Praktiken zu, die er für schwer veränderbar hält. Muster zur Illustrierung lieferten ihm vor allem seine südosteuropäischen Quellen. Eine besondere Stellung nimmt dabei der siebenbürgisch-sächsische Autor Lorenz Töppelt (lat. Laurentius Toppeltinus, 1640/41–1670) ein, der 1667 mit Anspruch auf Allgemeingültigkeit formuliert: „Sie sind jähzornig bis zur Borniertheit, verschlagen, flink, hochmütig, geschwätzig, Trunkenbolde, Diebe und Lügner, voreilig, uneins, und in Streitigkeiten ohne Vernunft.“⁶⁵ Grellmann, der 14-mal auf diese Quelle verweist, zitiert sie nach Augustini und findet sie bei Benkö wie Gebhardi bestätigt, die Töppelt ebenfalls umfassend verwendeten. Grellmann folgt ihnen in einer weiteren Überzeichnung des Negativbildes.

Es ist sehr eindrücklich, wie er dabei sowohl Hißmanns positive Einlassungen über „Zigeuner“ als auch dessen massive fachliche und in Göttingen bekannte Kritik an Benkö ignorierte.⁶⁶ Beispielsweise hatte Hißmann eigene positive Beobachtungen bezüglich des Dienstes von „Zigeunern“ in der österreichischen Armee formuliert. Grellmann greift die Aussage auf, um das betreffende Kapitel wie folgt zu beschließen: „Lauter Schaden und Nachtheil also, und hingegen so gut als gar keinen Nutzen von diesem Volke, man mag es betrachten, in welcher Rück-

64 Den Begriff konnte er u. a. bei M. Hißmann, *Über die Shanscrita*, in: *Göttingisches Magazin der Wissenschaften und Literatur* 1 (1780) 4, S. 269–293, hier S. 279 finden, wo auch auf das sprachvergleichende Material Büttners verwiesen wird.

65 Laurentius Toppeltinus, *Origines et occasus Transsylvanorum; seu erutae nationes Transsylvaniae, earumque ultimi temporis revolutiones, historica narratione breviter comprehensae*, Lugduni (Lyon) 1667, S. 57. Eine Teilübersetzung bei Gronemeyer, *Zigeuner*, S. 71. Für die Unterstützung bei der Übersetzung dieses und Benkö's Text sei an dieser Stelle Ronny Kaiser ausdrücklich gedankt.

66 Benkö hatte bei der Göttinger Akademie der Wissenschaften um Aufnahme als korrespondierendes Mitglied nachgesucht. Durch Büttner wurde Hißmann 1781 mit einer Expertise beauftragt, die negativ ausfiel. Bodo Fehlig/Istvan Futaky/Michael Katzschmann, *Hungarica Gottingensia. Verzeichnis der Ungarn betreffenden Archivbestände in Göttingen (1734–1945)*, München 1978, S. 18, S. 36.

sicht man will!“⁶⁷ Umso bemerkenswerter ist Grellmanns Wendung in den zwei folgenden Abschnitten zu Duldung und „Besserungsbemühungen“, wo er, ganz die herrschaftspolitische Bedeutung seiner Ausführungen im Blick, die Chancen zur Nutzbarmachung von „Zigeunern“ als Menschen und Bürger propagiert. Grellmann kann sich den gesellschaftlichen Einschluss nur in Form von Assimilierung denken. Dies aber steht der ihm zugeschriebenen „rassistischen Determinierung“ des Zigeunerbildes entgegen – und darin kommt die extreme Ambivalenz und mangelnde Kohärenz des Werkes zum Ausdruck.⁶⁸

Das „wirkungsmächtige Werk“⁶⁹

Grellmann ist ein Autor, der weder im wissenschaftlichen noch im sozialpolitischen Sinne den Idealen der Aufklärung verpflichtet war. Seiner Schrift fehlt jeder Anspruch, durch eigene Forschung zu Erkenntnis und Verständnis zu gelangen. Er formte sein homogenes und Allgemeingültigkeit beanspruchendes Zigeunerbild vor allem auf der Grundlage zeitgenössischer Texte. Dabei folgte er dem Diktum erfolgreicher Reisebeschreibungen, das er wählte, um dem Publikum durch Sensationen Unterhaltung zu bieten und gleichzeitig Unbekanntes in eine vertraute Form zu bringen.⁷⁰ Dies ist einer der wichtigsten Gründe, weshalb sich Grellmann gegenüber den zeitgenössischen Texten von Rüdiger und Biester durchsetzte. Die von diesen in Anlehnung an Dohm deutlich formulierten emanzipatorischen Bestrebungen finden in Grellmanns Schrift lediglich abgeschwächt und rein deklaratorisch Niederschlag. Gerade diese Tatsachen machen sein Werk wirkungsgeschichtlich so weitreichend. Als ein Autor, der von der wissenschaftlichen Autorität der Göttinger Universität profitierte, konnte er mit dieser Vorgehensweise im Zeitalter der aufstrebenden Wissenschaften einen verhängnisvollen Standard begründen.

67 Hißmann in GGA (14. 9. 1782) 37, S. 590; Grellmann, Zigeuner, S. 133. In der zweiten Ausgabe wird der Satz durch ein „fast“ eingeleitet, ders., Versuch, S. 173.

68 Breger, Ortlosigkeit, S. 197.

69 Kugler, Kunst-Zigeuner, S. 62.

70 Lászlo Tarnoi, Deutschsprachige Ungarnbilder um 1800, in: Holger Fischer (Hrsg.), Das Ungarnbild in Deutschland und das Deutschlandbild in Ungarn, München 1996, S. 31–54, hier S. 32.

Über „Zigeuner“ ließ sich problemlos aus den Studierstuben und im fleißigeren Fall aus den Bibliotheken heraus fantasieren und formulieren – unter der Maßgabe, Authentizität durch einen verstärkenden Effekt in der Negativzeichnung zu suggerieren.

Die Wirkkräftigkeit von Grellmanns Werk zeigt sich früh in dem empirischen Forschungsversuch des Königsberger Philosophieprofessors Christian Jakob Kraus (1753–1807), dessen Leitfragen zur Sprache, zum uneuropäischen Körperbau und unbürgerlichen Charakter auf Grellmann als publizistische Vorlage verweisen. Während Kraus eine weitgehend ergebnisoffene Prüfung anstrebte, war sein wichtigster Feldforscher, der Pfarrer Christian Gottfried Zippel (1742–1815), bereits mit der empirischen Bestätigung von Grellmanns Zigeunerbild beschäftigt.⁷¹

Als ein weiteres Indiz für die herausragende Wirkungsgeschichte von Grellmanns Schrift können das unzählige Male genannte und vor allem das ungenannte Kopieren seines Werkes, die lobenden Besprechungen, die zeitnahen Übersetzungen und die bereits 1787 erfolgte Zweitaufgabe mit erneuten Übersetzungen gelten.⁷² Es stellt sich die Frage, ob dieser Erfolg in Form von wissenschaftlicher Karriere und vielfacher Rezeption ausschließlich aus der Formulierung eines neuartigen „eindeutig rassistisch[en]“⁷³ Zigeunerbildes resultierte oder ob sich weitere Gründe finden lassen.

Wiederum ist für die Auseinandersetzung mit Grellmanns Werk bemerkenswert, dass sich weder Hinweise auf die schwierigen Publikationsbedingungen für einen jungen Autor ohne Reputation und gesicherte soziale Stellung noch auf die Verbreitungswege wissenschaftlicher Literatur im 18. Jahrhundert finden lassen. Bereits ein Blick auf das Deckblatt gibt hierzu weiteren Aufschluss. Die Erstausgabe erschien auf „Kosten der Verlags-Kasse“ und war „zu finden in der Buchhandlung der Gelehrten“ zu Dessau und Leipzig.⁷⁴ Die Buchhandlung gehörte während ihres

71 Kurt Röttgers, Kants Kollege und seine ungeschriebene Schrift über die Zigeuner, Heidelberg 1993, S. 55. Hierzu auch Ufen, *Aus Zigeunern Menschen machen*, S. 87–90, hier S. 68–82; Gertrud Bense, Christian Gottfried Zippel – sein Beitrag zu multilingualen Studien in der Zeit um 1800, in: *Annaberger Annalen*, 12 (2004), S. 107–122.

72 Ufen, *Aus Zigeunern Menschen machen*, S. 85 nennt den „Zeitgeist“ als Grund für die fehlende zeitgenössische Kritik und damit für Grellmanns doppelten Erfolg.

73 Solms, *Zigeunerbilder*, S. 121.

74 Es ist unverständlich, weshalb Breger anführt, die Erstausgabe verfüge über keine Verlagsangabe, dies., *Ortlosigkeit*, S. 396.

Bestehens (1781–1785) zu den Zentren der deutschen Aufklärung und hatte sich einer Stärkung der Autorenrechte gegenüber dem Diktat der Verleger verschrieben. Zu ihren Autoren zählten u. a. Bertuch, Heinze, Herder, Schlözer sowie der Weimarer Literat und Herausgeber Christoph Martin Wieland (1733–1813).⁷⁵ Der Verlag kooperierte mit der Verlagskasse, die es mittellosen Autoren ermöglichte, ihre Bücher in Druck zu geben und gleichzeitig weitgehende Rechte über ihre Manuskripte zu wahren. Wieland und Bertuch gehörten zu den Aktionären, und nur folgerichtig konnte Grellmann sein Werk von der Verlagskasse finanziert in Dessau veröffentlichen, zumal er für deren Werke Subskribenten in Göttingen geworben hatte.⁷⁶ Aus seiner und Bertuchs Bekanntschaft und Freundschaft zu den führenden deutschen Gelehrtenkreisen erwuchs der erstrangige und sicherste Verbreitungsweg des Werkes, zumal sich Bertuch auch um Rezensenten bemühte.⁷⁷ Im Schatten des aufklärerischen Nimbus von Verlag, Universität und Mentoren formulierte Grellmann ein extremes Bild der Fremdheit sowie der zeiten- und länderübergreifenden Randständigkeit. Durch die damit einhergehende Minimierung der gesellschaftlichen Verantwortung begründete er das herrschaftspolitisch bequemere Bild im Gegensatz zu Dohm, Rüdiger und Biester. Zugleich stand er zu sehr unter dem Eindruck der Publizität von Dohms Schrift, als dass er den „Zigeunern“ eindeutig eine in ihrer Abstammung begründete Minderwertigkeit und Unveränderbarkeit zuschreiben konnte, noch dass er eine diesbezügliche Änderung von Grund auf ablehnte. Die umfassenden Ausführungen zu den „Besserungsbemühungen“ der Habsburgischen Verwaltung zeigen, dass Grellmann sie für möglich erachtete. Ein weiteres Indiz gegen die Eindeutigkeit der rassistischen Konstruktion ist der Umgang mit der Hautfarbe, die bereits in seinen Quellen als Anzeichen „zigeunerischer Verderbnis“ galt. Grellmann hält sie für abwaschbar.⁷⁸ Als argumentative Stütze für den rassistischen Charakter seiner Zigeunerkonstruktion wurde wiederholt auf die Göttinger Professoren Johann Friedrich Blumenbach (1752–1840) und Christoph Meiners (1747–1810) verwiesen. Letzterer hatte drei Jahre nach Erscheinen von Grellmanns Werk weitgehende rassentheoretische Überlegungen publiziert und

75 Stephanie Rahmede, *Die Buchhandlung der Gelehrten zu Dessau. Ein Beitrag zur Schriftstelleremanzipation um 1800*, Wiesbaden 2008, S. 91.

76 GSA, Bestand Bertuch 06/659, Brief Grellmanns vom 24. Februar 1782.

77 Willems, *In Search*, S. 42.

78 Augustini, *Von dem heutigen Zustande*, S. 139; Grellmann, *Zigeuner*, S. 31.

darin im Zuge seiner eurozentristischen Rassenhierarchie unter anderem Versklavung und Kolonialisierung gerechtfertigt. So notwendig es ist, auf diesen Zusammenhang hinzuweisen, so ist auch zu berücksichtigen, dass sich für Grellmann schon allein aufgrund der erbitterten Konkurrenz zwischen Meiners und Schlözer allzu offene Bezüge verboten.⁷⁹

Sein Werk ist ein Sammelsurium böartigster Beschreibungen, Unterstellungen und Deutungsversuche, aber es fehlt die rassentheoretische Fundierung. Diese lieferte er auch nicht in der nach Meiners Grundlagenwerk erschienenen Zweitausgabe. Grellmann war zu wenig genuiner Denker und Forscher, um als Begründer eines „Rassenantiziganismus“ gelten zu können.⁸⁰ Zuzuerkennen ist ihm die Rolle eines Wissensverwalters, „Übersetzers“ und Multiplikators tradierter Zigeunerbilder in die Moderne.

Die Gründe für das Ausbleiben substanzieller zeitgenössischer Kritik sind vor allem in dem mangelnden Interesse und daran gekoppelt dem fehlenden Wissen zu suchen. Grellmann hatte eine Lücke gefüllt, die kein Forschungsdesiderat im eigentlichen Sinne des Wortes war. Sein Buch fand freundliche Aufnahme, Kontroversen löste es nicht aus. Mit Hinweis auf die Rezeption von Dohms Schrift ist die zeitgenössische Relevanz von Grellmanns Werk deutlich geringer einzuschätzen. Damit wird auch verständlich, weshalb sich der Autor nicht weiter mit dem Thema beschäftigte.⁸¹ Grellmanns Antrieb war nicht ein ungewöhnlicher Zigeunerhass,

79 Breger, Grellmann, S. 54; Ufen, *Aus Zigeunern Menschen machen*, S. 78–80; Friedrich Lotter, Christoph Meiners und die Lehre von der unterschiedlichen Wertigkeit der Menschenrassen, in: Hartmut Boockmann/Hermann Wellenreuther (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft in Göttingen*, Göttingen 1987, S. 52, S. 34.

80 Willems, *In Search*, S. 45.

81 Auch nicht, als sich ihm die Gelegenheit bot: ders., *Statistische Aufklärungen über wichtige Theile und Gegenstände der österreichischen Monarchie*, Bd. 1, Göttingen 1795. Grellmann fungiert als Herausgeber, Redakteur oder Übersetzer anonym verfasster Beiträge, u. a. (János Molnár), *Politisch-kirchliches Manch Hermaeon von den Reformen Kaiser Josephs vorzüglich in Ungern mit nützlichen Winken zur Richtung der Gesinnungen des Adels, der Geistlichkeit und des Volks auf dem nächsten bevorstehenden Reichstag*, 15. März 1790, S. 229–434. Auf S. 355 ff. wird die Tötung von Zigeunern im Großhoner Komitat aufgrund des Vorwurfs der Menschenfresserei kritisiert – Grellmann hatte sich in seinem Buch umfassend dazu ausgelassen – und S. 380 heißt es zu den vielerlei Nationen in Ungarn: [...] „Zigeunern, dem räthselhaftesten Völklein.“ Abermals findet sich kein Kommentar.

das Thema war ihm gleichgültig, abgesehen davon, dass es ein Mittel zum Zweck eigener Profilierung war. Während sich das Zigeunerthema für ihn darin erschöpfte, lieferte sein Buch der später erfolgenden rassistischen Konstruktion eine materialreiche Grundlage, weshalb Grellmann in der Literatur über „Zigeuner“ einen bedeutenden Platz einnimmt.

Die „Zigeuner“ und wir

Stimmen zu den Roma in der rumänischen Transformationsgesellschaft

Laut European Value Survey steigt die Toleranz in Rumänien seit 1993 kontinuierlich an. In einer aktuellen Studie hinterfragen Gábor Fleck und Cosima Rughiniş diesen Befund, indem sie auf das wachsende „Bewusstsein für politische Korrektheit“ – somit auch für passende Antworten bei standardisierten Umfragen – hinweisen, hinter dem sich der „vorurteilsgeladene Diskurs“ inzwischen versteckte. Manifestationen der Intoleranz, wie die Reaktionen auf einen Aufruf des Popstars Madonna gegen die Ausgrenzung der Roma, die im vergangenen Jahr die westliche Presse beschäftigten, lassen einen Blick hinter die Kulissen des „demokratischen Spiels“, das die Rumänen nach Ansicht des Parlamentariers der Sozialdemokratischen Partei (PSD) Mădălin Voicu „im Lauf der Transformationszeit gelernt hätten“, mittels qualitativ ausgerichteter Methoden sinnvoll erscheinen.¹

Ziel einer Studie der Verfasserin war die detaillierte Beschreibung dominierender Bilder vor dem Hintergrund des gegenwärtigen rumänischen Diskurses; sie basiert auf der Analyse von Aufsätzen, die 507 Schüler im Alter von 11 bis 16 Jahren aus zwölf rumänischen Schulen zum Thema „Die Roma/Zigeuner Rumäniens“ 2004 schrieben.² Damit die Texte weitgehend unbeeinflusst, absichtsfrei und spontan produziert werden konnten, wurden die Schuldirektoren erst am Tag der Durchführung benachrichtigt, die teilnehmenden Klassen wenige Minuten vor

- 1 Zitate und Ergebnisse des Value Survey sind entnommen aus: Gábor Fleck/Cosima Rughiniş (Hrsg.), *Vino mai aproape. Incluziunea și excluziunea romilor în societatea românească de azi*, Bukarest 2008, S. 13 f.
- 2 Den Teilnehmern wurde zudem ein kurzer Fragebogen vorgelegt, der Fragen nach sozio-ökonomischen Daten, Kontakten zu Roma sowie Wissen über Geschichte und Sprache der Roma enthielt. Die Arbeit wird als Dissertation, voraussichtlich im Wintersemester 2010/2011, an der Universität Jena eingereicht (Arbeitstitel: „Das Bild der Roma in der rumänischen Transformationsgesellschaft“).

Schreibbeginn festgelegt und die Texte anonym und in Anwesenheit der Verfasserin geschrieben.

Im Fokus der Untersuchung standen die Ausprägungen des Bildes in verschiedenen Wir-Gruppen und Mikrokosmen der Transformationsgesellschaft. Ziel war es, so ein tieferes Verständnis der Entstehung und Funktion rumänischer Roma-Bilder zu erhalten.³

Die Stadt Cluj als multikulturelles Zentrum und Einzugsgebiet für Schüler aus verschiedenen Regionen Transsilvaniens, mit einer Vielfalt an Schultypen in Vierteln mit heterogener Struktur und Bevölkerung erwies sich als günstiger Ort für die Materialsammlung. Trotz der im Konzept vorgesehenen Zufallsauswahl wurde eine ausgewogene Zusammensetzung der Teilnehmer hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zu ethnischen Gruppen, Religionsgemeinschaften und Geschlecht, ihres Status- und Bildungshintergrunds, ihres schulischen und häuslichen Umfelds erreicht. Dies erhöhte die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse. Ihre überregionale Relevanz konnte durch eine Ausweitung des Untersuchungsgebietes auf Sibiu und Satu Mare nachgewiesen werden.⁴

Dem „Bild“ als neutralem Oberbegriff wurden ausnahmslos alle Aussagen zu den Roma als Gruppe zugeordnet, einschließlich Haltungen und Emotionen, ohne selektiv vorzugehen und nach bereits in der Literatur als „Zigeunerstereotype“ benannten Textelementen zu suchen, um kein „stereotypes Bild vom Bild“ zu erzeugen.⁵

- 3 Obwohl es nicht in erster Linie Aufgabe der Analyse ist, den Wahrheitsgehalt der Aussagen zu beurteilen, werden Aspekte, zu denen empirische Studien vorliegen, im soziokulturellen Kontext betrachtet, um eine Einschätzung des Realitätsbezugs zu ermöglichen.
- 4 Die folgenden Zitate und Ergebnisse sind den 332 Aufsätzen aus dem Kreis Cluj entnommen (Übersetzung aus dem Rumänischen durch die Verfasserin, aus dem Ungarischen Olga Wellmann, Texte aus Schulen mit Deutsch als Unterrichtssprache unverändert mit Angabe „dt.“). Da die Texte in anderen Regionen von ifa-Kulturmanagern gesammelt wurden, denen in erster Linie Schulen mit Deutsch als Unterrichtssprache zugänglich waren, hätte deren Einbeziehen in die quantitative Gesamtauswertung das Ergebnis verzerrt. Sie wurden daher separat analysiert und mit den unter ähnlichen Voraussetzungen zustande gekommenen Ergebnissen verglichen. Ferner stellt ein Exkurs 34 Aufsätze von Schülern dar, die sich laut Fragebogen den Roma zuordneten.
- 5 Aus diesem Grund wurden die Textelemente zunächst mit Mitteln der systematischen qualitativen und quantitativen Inhaltsanalyse, angelehnt an Philipp Mayrings Konzept (Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim 1997), Topoi zugeordnet,

Dominierende Bilder

Die Mehrheit der Befragten (61 %) zeichnet ein negatives Bild, wobei die stark ablehnenden Stimmen (44 %) gegenüber den gemäßigten überwiegen. In der negativen Sichtweise werden die Roma vor allem als Einheit mit „typischen Wesenszügen“, daher andersartigem Verhalten und niedriger sozialer Stellung geschildert. Nicht nur inhaltlich, sondern auch formal sind die Texte von großer Uniformität geprägt. Affirmative Aussagen werden ohne logische Verknüpfung aneinandergereiht, kausale Zusammenhänge selten hergestellt.

Kriminelle Neigung, die sich insbesondere in Diebstahl äußere, ist der herausragende Eigenschaftstopos, gefolgt von Schmutz, Bettelei, Vulgarität und Aggressivität. Faulheit sowie übermäßiger Konsum von Alkohol und Tabak, der von Verschwendungssucht, verantwortungslosem Umgang mit Geld und Vernachlässigung der Familie zeugt, bis hin zu Vernachlässigung und Misshandlung der Kinder sowie Unterdrückung der Frauen gehören ebenfalls zu den häufigsten Topoi. Charaktereigenschaften sind in Formulierung und Argumentation meist untrennbar mit äußeren Merkmalen – schmutzig, da sie „Wasser nicht mögen“, „schmierige Menschen“ – und sozialen Aspekten wie Armut und Arbeitslosigkeit – „arm, weil faul“ – verbunden. 15 % betonen, Roma seien „auch Menschen“, sodass die Klassifizierung als Menschen als nicht selbstverständlich erscheint. Die Hautfarbe, in der Vorstellung entgegen optisch wahrnehmbaren Gegebenheiten „schwarz“, steht als physische Eigenschaft im Vordergrund – oft trotz der in anderem Kontext verbreiteten Bewunderung für gebräunte Haut in abwertender Weise. Das buchstäbliche Schwarz-Weiß-Denken veranschaulicht die starke Polarisierung. Roma werden als

deren Häufigkeit und Verbindung zu persönlichen und gesellschaftlichen Faktoren festgestellt wurde, ohne wertende Begriffe einzusetzen. Stattdessen werden häufig gewählte Themen als „Topoi“ bezeichnet. Erst in der weiteren Interpretation erfolgt eine Klassifizierung als „Stereotype“ oder „Vorurteile“. Die in der Fachliteratur teils widersprüchlich verwendeten Begriffe können an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Als Stereotype werden, vereinfachend gesagt, kulturell verwurzelte, verbreitete Topoi definiert, deren Inhalt nicht empirisch belegt ist. Vorurteile unterscheiden sich von Stereotypen insbesondere dadurch, dass sie persönlich verinnerlicht wurden (vgl. Jens Förster, Kleine Einführung in das Schubladendenken, München 2007, S. 35). Dabei kann es sich sowohl um Stereotype als auch um persönlich entwickelte Generalisierungen handeln, die nicht allgemein verbreitet sind.

„augenfällig anders“ gedacht, da sie als „andersartig“ empfunden werden, woraus ein großes Abgrenzungsbedürfnis spricht. Die „schwarze Hautfarbe“ symbolisiert in diesem Zusammenhang schlechten Charakter, Schmutz und soziale Unterlegenheit.⁶ „Ich mag sie nicht, weil sie schwarz und hässlich sind.“ – „Es gibt eine große Differenz zwischen Rumänen und Roma. Wir haben eine weiße Haut, aber sie haben eine schwarze, schmutzige Haut.“ – „Wir sind anders als sie, weil unsere Familien sehr anständig sind, nicht stehlen, nicht betteln, nicht vulgär sprechen.“ – „Sie sind Bettler, sie versuchen dir Dinge zu verkaufen, manchmal folgen sie dir auf der Straße. [...] Sie haben auch dunkle Gesichter und brüllen auf der Straße. Wenn man im Auto sitzt, kommen die Bettler-Zigeuner und bitten um Geld und das reizt.“ (dt.)

Mangelnde Bildung, Prahlerei und Arroganz werden den Roma in einer geringeren Zahl der Texte zum Vorwurf gemacht. „Die Roma sind sehr ungebildet und wollen auch nichts lernen.“ – „Es gefällt mir nicht an den Zigeunern, dass sie großtun.“

Auf der anderen Seite zeichnen 30 % ein neutrales bis positives, darunter 19 % sogar ein sehr positives Bild von den Roma. Hinzu kommen 9 % ambivalente Ansichten. Im Weiteren werden einige Gründe für die Gegensätzlichkeit und geringe Neutralität der Sichtweisen gezeigt.

Die Stellungnahme zu den Roma als Frage von Bildung, Einkommen und Status

Zwischen den untersuchten Wir-Gruppen zeigten sich deutliche Unterschiede im Roma-Bild, insbesondere bei Unterteilung nach Einkommen und Status: Je höher die soziale Position ist, desto vehementer die Ablehnung der Roma, desto häufiger die Topoi „Vulgarität“ und „Schmutz“, desto bedeutender der Topos „schnelle Vermehrung“. „Soweit ich im Fernsehen gesehen habe, wohnen die Roma in verlassenen, schmutzigen Häusern, streiten sich die ganze Zeit und vermehren sich sehr schnell. Ich war nie in einem Romahaus und ich hätte Angst, dahin zu gehen, weil sie sehr vulgär sind.“

6 Vgl. Gordon W. Allport, *Die Natur des Vorurteils*, Köln 1971, S. 141–150, zum rassistischen Diskurs in den USA.

Noch klarer kristallisierte sich der Bildungshintergrund als differenzierender Faktor heraus: Von Schülern aus Akademiker-Familien werden die Roma verstärkt, auch im Vergleich zu anderen mit hohem Status, als eine „unzivilisierte, unterste soziale Klasse“ definiert. „Die Kultur der Roma unterscheidet sich sehr von der der Rumänen oder Deutschen, sie sind noch ein Barbarenvolk, das stiehlt, ohne Schamgefühle, beschmutzt und einfach nicht zivilisiert werden will. Die Häuser der Roma entsprechen ihrem Lebensstil: ein unförmiges, aus Blech, Plastik, Holz und Tüten gebautes Haus, in dem sich mehrere Familien drängeln und die Hygiene vernachlässigen.“

Armut wird oft mit fehlendem Anstand assoziiert, Bettelei als unehrliche Tätigkeit und Ausdruck eines Arbeitsunwillens betrachtet, der angeboren ist oder frühzeitig anerzogen wird. Ein Viertel – im Gegensatz zu nur 8 % der Nicht-Akademiker – beschreibt die Roma als faul. Nahezu ebenso viele (sonst 12 %) empfinden sie als aufdringlich und unverschämt, wofür häufig Erfahrungen mit bettelnden Menschen als Beleg genannt werden, die nicht nur Emotionen von Geiztheit bis hin zu Abscheu und Hass auslösen, sondern auch ein Gefühl, das fast ausschließlich bei akademischem Hintergrund beschrieben wird: Angst.

„Ich habe Angst vor Zigeunern. Hier in Rumänien sind sie ziemlich arm. Sie betteln und oft stehlen sie. Sie sind aggressiv und unerzogen, also versuche ich, soweit es geht, ganz wenig mit Zigeunern in Kontakt zu kommen.“ (dt.) – „Die, die schmutzig sind, hasse ich am meisten. Ich weiß nicht, warum sie nicht arbeiten, sondern stehlen.“ (dt.) – „Es gefällt mir nicht, dass alle Roma dafür bekannt sind, dass sie betteln und immer Geld wollen. Sie sollten für ihre Kultur, für ihre Musik und ihr Essen gelobt werden. Aber sie stören dich, wenn du sie am Autofenster lehnen siehst, und wenn du ihnen nichts gibst, werden sie zudringlicher und du wirst sie nur los, nachdem die Ampel grün geworden ist.“ (dt.)

Die Bekämpfung der Armut wird vornehmlich als Angelegenheit der Roma betrachtet („Die reichen Roma sollten den armen helfen.“), während von den übrigen Befragten eher die Verantwortung der Gesamtgesellschaft thematisiert wird. Charakteristisch sind ausdrückliches Desinteresse („Über ihre Kultur weiß ich kaum etwas, weil ich nicht die nötige Neugier hatte, mich für sie zu interessieren.“ – „Ich kenne keinen einzigen Rom, aber ich würde es mir auch nicht wünschen.“) und die Ablehnung persönlicher Beziehungen. Je weniger Kontakt besteht, desto stärker wird betont, Roma seien unschwer identifizierbar. „Wenn

ich auf der Straße bin, kann ich Zigeuner sofort erkennen.“ Neben den gängigen „Erkennungsmerkmalen“ Hautfarbe, Tracht, Sprache und Verhalten führen Schüler mit akademischem Hintergrund gerne das „Geruchsargument“ an, das eine starke Abneigung, das sprichwörtliche „Nicht-Riechen-Können“, ausdrückt. Distanzhalten zu den Roma bis hin zu einer strikten Trennung der Lebensbereiche erscheint mittels dieser Argumentation naturgegeben, die Abneigung instinktiv, irrationale Gefühlszustände werden „entschuldigt“.⁷ „Sie sind nicht wie wir. Sie sind angezogen wie Tiere [...]. Sie waschen sich nicht und sind schmutzig! Sie haben einen so unangenehmen Geruch! [...] Ich glaube, dass der größte Teil der Roma schlecht ist.“

Bestandteil der Erziehung in Akademiker-Familien ist es, Roma, etwa in Form einer Warnung vor dem „Zigeuner mit dem Sack“, als Drohmittel einzusetzen. Zudem werden sie als Menschen „unter dem eigenen Niveau“ präsentiert, mit denen man „nichts gemeinsam“ habe. Die von Kindheit an gepflegte Distanz legt zusammen mit einem hohen Statusbewusstsein das Fundament für eine selbstbewusst zur Schau getragene Haltung der Überlegenheit. „Ihre Wesenszüge sind negativ. Als ich klein war, haben meine Eltern mich immer gewarnt, dass ich mich von den Zigeunern fernhalten soll, dass sie stehlen, seltsame Sachen machen, sich mit dir anlegen, und wenn du dich ihnen nicht unterwirfst, kann es sein, dass sie dich schlagen. Meine Meinung über die Zigeuner ist, dass sie sich, wenn sie zu unserer Welt gehören wollen, sehr anstrengen müssen, auf unser Niveau zu kommen.“ – „Ich würde nie in derselben Schulbank mit einem Romakind sitzen, das schmutzige Kleider, Hosen, kaputte Schlappen trägt und, vor allem, das nicht Rumänisch kann. Sehen Sie, viele sagen, dass sie unserem Land Schande machen, viele sagen, dass sie ungebildete Leute sind, vor allem wegen der Sprache, die unmöglich zu verstehen ist, außer für einige.“

Verstärkend wirkt ein elitäres schulisches Umfeld, was sich insbesondere an Schulen mit Deutsch als Unterrichtssprache zeigte, die hohes Prestige genießen und als „Eliteschmieden“ gelten. Sie werden heute der Untersuchung nach fast ausschließlich von Kindern ethnischer Rumänen besucht, die meist in angesehenen, intellektuellen Berufen tätig sind. In den „deutschen Schulen“ äußern sich nahezu 100 % der Akademiker-Kinder extrem ablehnend. Rassistisches Gedankengut bis

7 Siehe Allport, Vorurteil, S. 146 ff.

hin zur Idee der Vertreibung und Auslöschung der Roma ist hier verbreiteter.⁸ „Ich, nichts für ungut, halte sie nicht aus, sie stören mich, und meiner Ansicht nach müssten sie von der Erdoberfläche gelöscht werden.“ (dt.)

Die Wahrnehmung „typischer“ Elemente in Sprache, Musik und Wohnstil

Was als Element von Roma-Kultur im engeren Sinn wahrgenommen wird, beschreiben die Schüler im Gegensatz zu sozialen Topoi überwiegend neutral. In den wertenden Schilderungen hält sich Positives und Negatives in etwa die Waage. Thematisiert werden in erster Linie Bereiche der Architektur und der Musik, weniger oft der Sprache und des Brauchtums. Die Ansichten dazu sind vor allem eine „Prestigefrage“: Unabhängig vom Bildungshintergrund nimmt die Wertschätzung mit steigendem Status ab.

Symptomatisch sind die Ausführungen zu den nach 1989 entstandenen Bauwerken, die Roma gehören, die innerhalb traditioneller Gemeinschaften leben, und die im rumänischen und gesamteuropäischen Diskurs als „Paläste“ bezeichnet werden, ein dominierendes Thema in den Aufsätzen.⁹ Die Mehrheit bewundert die „Villen mit vielen Stockwerken“, „Türmchen“ und einem „glänzenden Dach“, die zu märchenartigen Beschreibungen einer prunkvollen, reich verzierten Ausstattung anregen. Mit steigendem Status werden die Häuser zunehmend abgelehnt – obwohl, oder gerade weil, sie ein sichtbares Zeichen dafür sind, dass Roma nicht ausschließlich zu den verachteten Armen gehören. Teilnehmer mit hohem sozialem

- 8 Es sollte hier auch die Rezeption rumäniendeutscher Literatur als Faktor einbezogen werden, deren Vertreter wegen der Betrachtung der Roma „aus der Herrschaftswarte“ kritisiert wurden. U. a. Walter Myss, „Tanz in Ketten“ und Heinrich Zillichs „Zwischen Grenzen und Zeiten“, in: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 26 (1977) 4, S. 264 f.
- 9 Empirische Studien zu den soziokulturellen Hintergründen, die auf Gesprächen mit den Besitzern der Häuser basieren, sind bislang nicht erschienen. Überlegungen dazu aus der Außenperspektive sowie Ausführungen zu architektonischen Aspekten enthalten: Rudolf R. Graef, *Zigeunerpaläste. Die Architektur der Roma in Rumänien*, Cluj Napoca 2007; Bruno Andreşoiu/Adrian Ciocăzanu (Hrsg.), *Kastello. Palate ale rromilor din România*, Bukarest 2008. Eindrücke von Gesprächen und Erlebnissen mit den Bewohnern umfasst: Patricio Corno/Renata Calzi/Carlo Gianferro, *Gypsy Architecture*, Fellbach 1997.

Status zeichnen einen besonders drastischen Gegensatz zwischen „Hütten“ und „Palästen“, die sie für geschmacklos, kitschig, protzig und überladen halten, wobei manche den Besitzern wie auch wohlhabenden Roma im Allgemeinen soziale Verantwortungslosigkeit vorwerfen. „Es gibt Roma, die Geld haben und die ganze Zeit mit allen Arten von dicken Ketten und Schmuck herumlaufen. Diese Tatsache nervt mich am meisten, weil sie nicht daran denken, dass es andere gibt, die bedürftiger sind als sie.“ Verbreitete Statussymbole, wie Löwenstatuen am Eingang, werden in diesem Kontext als unangemessen empfunden. Die Bewohner seien „neureich“ und auf illegalem Weg zu Geld gekommen, zudem sei der „schmutzige, vulgäre, tierähnliche“ Charakter, mit dem gemeinhin die Verachtung armer Roma begründet wird, unveränderlich, weshalb auch reiche Roma „zusammengepfercht“ lebten, statt ihren Wohnraum zu nutzen. „Die Bewohner ziehen genauso zerfetzte Kleider an, d. h. sie ändern nichts an ihrem Aussehen oder an ihren Manieren, sie wohnen nur in einem großen Haus. Und das Geld dafür haben sie gestohlen.“ – „Es gibt zwei Kategorien von Roma: arme – reiche. Die Reichen wohnen in Villen oder sogar Palästen mit vielen Zimmern, weil sie Gold kaufen und verkaufen. Trotzdem haben sie dieselben Wesenszüge. Obwohl sie reich sind und große Häuser haben, wohnen sie nur in einem Zimmer oder zweien, sie leben zusammengepfercht.“ – „Die Roma, die reich sind, bauen sich riesengroße Häuser, deren Konstruktion sie meistens nicht mal beenden. Ihre Häuser haben silberne Dächer, haben Hunderte von Zimmern und sehen ganz kitschig aus. Im Inneren weiß ich nicht, wie ihre Häuser aussehen.“ (dt.) – „Die Zigeuner beginnen ein Problem zu sein. Sie werden sehr reich und haben furchtbare Häuser.“

Nach den „Palästen“ sind die „Manele“ ein beliebter Topos. Die Manele sind Teil einer ethnisch nicht gebundenen, in den 1990er-Jahren entstandenen Richtung der Popmusik mit westlichen und östlichen Einflüssen, die in Rumänien wie auch in anderen Ländern Südosteuropas, etwa in Serbien unter der Bezeichnung „Turbofolk“, sehr beliebt ist. Hier handelt es sich zwar nicht um ein „romaspezifisches“ Phänomen, es wird jedoch, da sich ein großer Teil der Interpreten – wie auch in anderen Bereichen der rumänischen Musik – den Roma zuordnet, als solches wahrgenommen. Mit steigendem Status geraten die Manele stärker in den Blick und werden als „billige, geschmacklose Musik“ abgelehnt. Bei mittlerem und niedrigem Status hingegen werden sie positiver aufgenommen und spielen zudem eine geringere Rolle in der Beschreibung als traditionelle Musikarten, die unter

den Bezeichnungen Roma- oder „Zigeunermusik“ und Lăutari-Musik bekannt sind und als „schöne“, „gefühlvolle“ Melodien „mit schnellerem Rhythmus“ größere Akzeptanz finden.

Während die Musik von der Mehrheit geschätzt wird, sind die Äußerungen zur Sprache selten positiv. Sie beziehen sich zum einen auf eine „typische“ Sprechweise im Rumänischen, die in den Texten vorrangig als Beleg für Vulgarität und Unzivilisiertheit angeführt wird. Den Roma wird vorgeworfen, nicht fließend und „mit komischem Akzent“ Rumänisch zu sprechen, insbesondere aber einen „obszönen, schmutzigen“ Wortschatz zu benutzen, geprägt von Beschimpfungen und Flüchen. Zum anderen beziehen sie sich auf die Romani-Dialekte, zu denen die neutralen Stimmen gegenüber den negativen leicht überwiegen. Gerade bei fehlenden Kenntnissen – 72 % konnten kein authentisches Romani-Wort nennen – wird die Sprache als hart, unhöflich und vulgär eingestuft, was wiederum mit steigendem Status häufiger der Fall ist. „Ihre Sprache ist überhaupt nicht höflich. Wenn einer von ihnen mit mir spricht, kommt es mir vor, als würde mein Hündchen Carlos bellen. Sie sind sehr abstoßend“ – „Sie fluchen sehr viel. Ein Glück, dass sie in ihrer Sprache fluchen.“ – „Durch die Sprache, die sie sprechen, hat man den Eindruck, dass sie sich dauernd streiten.“ – „Die Sprache, die sie außer dem Rumänischen sprechen, und zwar die Zigeunersprache, erscheint mir sehr kompliziert und verworren. Vielleicht kommt es ihnen nicht so vor, weil sie sie schon von klein auf lernen.“

Die Abwertung ist zunächst dadurch zu erklären, dass die aus altindischen Sprachen hervorgegangenen Romani-Dialekte als „verwirrend und kompliziert“ sowie „unverständlich“ erlebt werden und den Roma zugeschriebene Charaktereigenschaften darauf übertragen werden. Ein weiterer Grund ist, dass die Fremdwörter aus dem Romani im Rumänischen oft zur Umgangssprache gehören und teils als „unanständig“ empfunden werden, weshalb „schlechter Wortschatz“ und „Romani-Wörter“ im allgemeinen Bewusstsein synonym gesetzt werden. Dieser Wahrnehmung liegt ein Diskurs zugrunde, der bereits in den 1920er-Jahren an Bedeutung gewann, als Romani-Entlehnungen eine Modeerscheinung unter Intellektuellen wurden. Journalisten und Schriftsteller, die meist keine Romani-Kenntnisse besaßen, bedienten sich aus dem Romani oder erfanden Pseudo-Entlehnungen, um publikumswirksame Effekte meist komischer Art zu erzielen. Die dabei entstandene Fantasiesprechweise, die zur Ausschmückung der Rolle der Dummen,

Ungebildeten und „Bäurischen“ erfunden worden war, wird noch heute als authentische Sprechweise der Roma betrachtet.¹⁰

Interethnische Beziehungen

Die Beobachtungen zum interethnischen Zusammenleben in Rumänien werden vom Topos „Diskriminierung, Ungleichheit, Diffamierung der Roma“ dominiert, das in einem Viertel aller Texte, unabhängig vom Roma-Bild der Schreibenden, zur Sprache kommt. „Sie werden von den Einwohnern diskriminiert und jeder Diebstahl wird ihnen zur Last gelegt. [...] Einmal war ich in einem Laden und eine Romafrau wartete in der Schlange, sie war vor mir. Die Verkäuferin hat mich zuerst bedient, nicht die Frau vor mir.“

15 % der Schüler üben Kritik an den Zuständen, wobei Geschlechts- und Religionszugehörigkeit von Relevanz sind: Protestanten sowie Frauen fordern häufiger eine Gleichstellung der Roma als Orthodoxe und Katholiken sowie männliche Teilnehmer. Auch bei persönlichem Kontakt oder mittlerem bis niedrigem Status wird Diskriminierung häufiger kritisiert. „Ich habe einen Freund, der Rom ist und mit dem ich mich ziemlich gut verstehe. Ich behandle ihn nicht anders, auch wenn er Rom ist. Am Aussehen erkennt man nicht, dass er Rom ist. [...] Ich bin nicht einverstanden damit, dass Leute die Roma diskriminieren, weil wir alle gleich sind, unabhängig von der Nationalität.“

Etwas weniger als die Hälfte der Schüler kennt nach eigenen Angaben niemanden, der als Rom identifiziert wird. Wiederum ist der Bildungshintergrund hier ausschlaggebender als andere Faktoren wie Geschlecht oder Alter. Schüler aus Akademiker-Familien gaben zu 70 % an, keine persönlichen Beziehungen zu haben, was nicht nur mit fehlenden Gelegenheiten, sondern auch mit Desinteresse und dem Wunsch nach Abstand zusammenhängt. Bei hohem Status ohne akademischen

10 Tatsächlich stammt der Großteil der rumänischen Umgangssprache nicht aus dem Romani. Die entlehnten Wörter haben zudem im Romani meist keinen „anrühigen“ Beiklang, sondern wurden erst im Rumänischen mit Tabubereichen konnotiert. Siehe dazu die Diplomarbeit der Verfasserin, *Der Einfluss der Roma auf die Kultur Rumäniens und Spaniens – Vorurteil und Wirklichkeit*, Universitäten Bamberg/Jena 2003.

Hintergrund ist dies seltener der Fall, während die Kontakte bei mittlerem und niedrigem Status am intensivsten sind.

Persönliche Erlebnisse sind, wenn vorhanden, meist zentrales Thema. Hierbei verlieren Generalisierungen zur sozialen Stellung an Bedeutung. Stattdessen werden Roma mehr als Individuen wahrgenommen sowie als Gruppe, die in Lebensstil und Kulturelementen nicht vom Bevölkerungsdurchschnitt abweicht oder eigene Traditionen pflegt, die befürwortet werden. Gemeinsamkeiten rücken stärker in den Blick. „Ich glaube, sie sind Menschen genau wie wir, nur dass sie ihre Traditionen mehr beachten, nicht nur in den Dörfern, sondern auch in den Städten. Sie sind sehr freundlich, haben schöne Lieder und eine Sprache, die für uns ungewohnt ist, aber trotzdem melodios.“ – „Die Roma sind uns ähnlich, weil sie auch Menschen sind, eine Seele haben und so denken wie wir. Die Roma unterscheiden sich von uns durch manche Sitten. Sie tragen andere Kleider als wir und üben andere Handwerke aus, zum Beispiel sind die meisten Roma ‚auriști‘, das heißt, sie beschäftigen sich mit Gold, um Schmuck herzustellen.“ – „Ich habe die Wohnung einiger Roma besucht und es ist vielleicht ein bisschen anders als bei uns, das Haus ist mit allen möglichen bunten Materialien und Bildern geschmückt, etc.“ – „Ich war ein einziges Mal im Haus und es ist mir ziemlich schön vorgekommen. Es war sauber, es gab viel Gold und es gab viele Sachen aus Kristall. Mir ist es wie ein gewöhnliches Haus vorgekommen, voll mit interessanten und sauberen Sachen. Meine Meinung ist, dass die Zigeuner ganz gewöhnliche und saubere Menschen sind.“

Die Mehrzahl der Befragten hat meist engen oder sehr engen (41 %) persönlichen Kontakt zu Roma, wobei regelmäßige, enge Beziehungen weitaus häufiger positiv beschrieben werden als lose Bekanntschaften.¹¹ Die Auswirkung auf das Gesamtbild der Roma als Gruppe ist offensichtlich. Da sich die Beziehungen überwiegend positiv gestalten, verbessert Kontakt im Durchschnitt das Roma-Bild deutlich.¹² Bei losem Kontakt werden die Bekannten noch häufig vor dem Hintergrund

11 Insgesamt trifft dies auf 53 % der Kontakte zu, während 15 % sie negativ und 10 % neutral oder ambivalent beschreiben. Die Übrigen machen keine Angaben.

12 Nur bei einem guten Verlauf der Beziehungen ist das Gesamtbild überdurchschnittlich positiv. Mehr als ein Viertel der Befragten hat trotz positiver persönlicher Erfahrungen ein schlechtes Bild, während infolge schlechter Erfahrungen sogar ausnahmslos alle Beschreibungen der Roma als Gruppe und somit deutlich mehr als bei fehlendem Kontakt abwertend sind.

der gängigen Eigenschaftstopoi gesehen, zu denen sie jedoch teils als „sauber, ordnungsliebend“ und „kultiviert, höflich“ in Kontrast gesetzt werden. Weiterhin werden Fleiß, Familiensinn und Religiosität, mit abnehmender Häufigkeit, genannt. „Sie ziehen sich sehr gut an und die Hauptsache ist, dass sie sich regelmäßig waschen.“ – „[...] sie ist fleißig und macht alles, was an Hausarbeit zu machen ist. [...] Einmal war ich bei ihnen zu Hause, und es ist ganz sauber, es ist wie in einem rumänischen Haus. Im Hof haben sie Gemüse, das sie anbauen. Sie zieht sich ganz schön an und ich glaube, sie gehört der orthodoxen Religion an, denn dort haben sie ihr Mädchen taufen lassen.“

Enge Bekannte und Freunde werden insbesondere durch Freigebigkeit und Hilfsbereitschaft, Respekt vor dem anderen, Humor, Mut, Verständnis für Probleme sowie ein „gutes Herz“ charakterisiert. „Ich habe Freundinnen, die Roma sind, und ich verstehe mich mit ihnen besser als mit den Rumäninnen. [...] Es gefällt mir an ihnen, dass sie mich in der Not verstehen. Wir haben die rumänische Sprache mit ihnen gemeinsam.“ – „Mein bester Freund ist Gabi. Ihn mag ich, weil er mir im Unglück hilft und zu mir hält [...]. Wenn er Geld hat, dann gehen wir zusammen in den Laden“.

Die Schule, mehr noch die gemeinsame Schulklasse, erwies sich als der häufigste und für viele, insbesondere im städtischen Raum, einzige Rahmen, in dem persönliche Begegnungen stattfinden. Im regelmäßigen Kontakt entstehen viele Freundschaften. „Ich habe eine Klassenkameradin romischer Nationalität [...] und ich verstehe mich sehr gut mit ihr. Noch nie haben wir uns gestritten. Sie hört Zigeunermusik und mir gefällt sie nicht, aber das stört mich nicht, im Gegenteil, ich freue mich für sie. Ich mag sie sehr gern, sie ist verständnisvoll, ein guter Mensch und eine echte Freundin.“

Im Vergleich mit der Nachbarschaft ist die Schule dennoch ein relativ ungünstiges Kontaktumfeld, was nicht nur auf den unfreiwilligen Charakter der Begegnung zurückzuführen ist, sondern manchmal auch auf ein ungleiches Verhältnis zwischen den Ethnien, das mit Misstrauen und Ausschluss der Roma-Mitschüler verbunden ist. „Unser Klassenkamerad war Rom. Wir haben uns nicht besonders gut verstanden, weil er Komplexe hatte wegen unserer Art, weil die anderen uns schräg anschauten, weil wir mit ihm sprachen und unsere Mitschüler ihn sogar aus ihrem Kreis ausschlossen, weil er eine andere Hautfarbe hatte (schwarz).“

In zwei Schulen mit hohem Roma-Anteil wurden Antidiskriminierungsprogramme¹³ durchgeführt. Hier bauten 93 % der Befragten engere Beziehungen auf, überdurchschnittlich viele davon mit positivem Verlauf. Nur 19 % hatten ein negatives Roma-Bild – im Gegensatz zu fast 80 % in einer Schule mit hohem Roma-Anteil ohne entsprechendes Programm. Zudem wurde der Unterschied zwischen Stadt und Land als Erfahrungsraum deutlich. In ländlichen Gebieten entstanden deutlich intensivere Kontakte; Interaktion und Kontaktmöglichkeiten sind hier vielfältiger. Neben gemeinsamem Schulbesuch und benachbartem Wohnen lernten einige der Befragten Roma im Rahmen wirtschaftlicher Beziehungen, als Haushaltshilfen oder Arbeiter auf den Feldern der Eltern, kennen. Zudem wird eine größere Bandbreite an gemeinsamen Freizeitaktivitäten genannt, etwa gemeinsame Feste, Fußballspiele und Kirchenbesuche. „Man kann sehr gut mit ihnen auskommen. Wir machen viele gemeinsame Feten, und manchmal laden sie die Ungarn ein. Manchmal ziehen sie sich schöner an als die Ungarn. [...] Die Zigeuner in Marosvécs haben jedes Jahr einen Ball, der am ersten Sonntag im Juli stattfindet. Auf diesen Ball gehen nicht nur Roma.“

Interpretationsansätze¹⁴

Das negative Roma-Bild im soziokulturellen Kontext

Insbesondere in negativ wertenden Texten deuten gleiche Wendungen und Topoi sowie Verweise auf Informationen aus den Medien und von Erziehungsberechtigten darauf hin, dass die Wahrnehmung gesellschaftlich verbreiteten, anerzogenen Mustern folgt. Diese spiegeln ausnahmslos Stereotype wider, die auf verschiedenen

13 Nach Aussagen der Direktoren, Gesprächen mit Schulmediatoren und eigener Beobachtung sowie Arbeitsberichten umfassten die im Rahmen des EU-Programms PHARE initiierten Maßnahmen zum einen gemeinsame Rituale wie Fußballturniere, musikalische Veranstaltungen und Feste, in einer der beiden Schulen auch das Angebot an alle Schüler, Romani-Grundkenntnisse zu erwerben sowie die gezielte Instruktion der Lehrer bezüglich der Gleichstellung der Schüler, an der anderen Schule den Einsatz eines Mediators aus einer der örtlichen Roma-Gemeinschaften.

14 Die Interpretation, die hier nur in Ansätzen wiedergegeben werden kann, basiert, neben der Auswertung des Textkorpus, auf der Auswertung der während mehrerer Forschungs-

Ebenen des rumänischen Diskurses nach 1989 präsent sind und durch das Internet zunehmend ungefiltert verbreitet werden. Mit einem drastischen Beispiel verdeutlicht Valeriu Nicolae, Berater des Open Society Institute Budapest, gängige Wahrnehmungsmuster: Im Oktober 2005 meldete ein rumänischer Fernsehsender in einer Talkshow, die Polizei habe in der Wohnung eines ethnischen Rumänen die Leiche eines grausam ermordeten 11-jährigen Roma-Mädchens gefunden. Die erste Reaktion des Publikums war Empörung darüber, dass „Roma nicht auf ihre Kinder aufpassen“ könnten. Als in derselben Talkshow eine Nachricht über eine Auseinandersetzung zwischen Roma-Gruppen folgte, verlangte ein Zuschauer, „alle Zigeuner sollten erschossen werden“.¹⁵

Insbesondere Schüler aus einkommensstarken Familien schreiben den Roma weltweit verbreitete Stereotype für Gruppen zu, die als sozial unterlegen wahrgenommen und ausgegrenzt werden.¹⁶ Kulturelle Unterlegenheit steht für sie damit in Verbindung: Als „Romakultur“ wird mit steigendem Status zunehmend das betrachtet, was als „kulturell niedrigstehend“ gilt, wie am Beispiel der Manele und der umgangssprachlichen Sprechweise deutlich wurde. Auch dieses Ergebnis lässt sich auf populäre und intellektuelle Diskurse zurückführen, etwa die aktuelle Ethnisierung der Manele durch nationalistische, romafeindliche „Anti-Manelisten“ sowie die historische Fehleinschätzung der rumänischen Umgangssprache durch anerkannte Sprachwissenschaftler, die die Wurzeln des „normabweichenden“ Wortschatzes in erster Linie im Romani suchten.¹⁷ Folglich kann die „Vulgarisierung“ der rumänischen Sprache und Gesellschaft, die in gegenwärtigen intellektuellen

reisen gesammelten Materialien, insbesondere der nach 1989 erschienenen Literatur zum Roma-Bild in rumänischen Medien, im Internet, im Film, in Alltagssprache und Witzen, und wurde durch eine Reihe von Experten-Interviews unterstützt. Für nähere Ausführungen und Quellenangaben sei auf die in Kürze erscheinende Dissertation verwiesen, sowie, neben der bereits genannten Diplomarbeit und den im Folgenden genannten Artikeln der Verfasserin, auf den Beitrag Aktuelle rumänische Roma-Bilder im Licht der Europäisierung, in: Iulia Dondorici (Hrsg.), Rumänien heute, Wien 2010.

- 15 Valeriu Nicolae, Multiculturalismul eşuat. Discriminarea romilor în mass-media, in: Observator Cultural (Juli 2008) 434 (www.observatorcultural.ro; letzter Zugriff m 19. 7. 2010).
- 16 Vgl. Norbert Elias/John L. Scotson, Etablierte und Außenseiter, Frankfurt a. M. 1993, S. 21 ff.
- 17 Siehe Quicker, Einfluss, S. 59.

Debatten häufig beklagt wird, den Roma angelastet werden.¹⁸ Dagegen werden Beiträge von Roma zur „Hochkultur“ ignoriert bzw. hier fallen ethnische Aspekte nicht ins Gewicht. So wurde die „Entheiligung“ der Stadt Wien, die als wichtiges kulturelles Zentrum betrachtet wird, durch Roma, die einer fragwürdigen, nicht bestätigten Pressemeldung zufolge in einem Stadtpark Schwäne verspeist hätten, in der rumänischen Öffentlichkeit breit diskutiert und nahezu als „Landesverrat“ instrumentalisiert.¹⁹ Zeitgleich fanden Preisverleihungen für zeitgenössische Komposition, die der rumänische Rom Adrian C. Gaspar in Wiener Musikwettbewerben gewann,²⁰ wenig ethnisch orientierte Beachtung – ebenso wenig wie der hoch angesehene Jazzpianist Johnny Răducanu, im Gegensatz zu populären Manele-Interpreten wie Nicolae Guță, als „Zigeuner“ verunglimpft wird.

Die Vorwürfe an die „Palast“-Bewohner zeigen exemplarisch zum einen, wie flexibel tradierte Auffassungen an aktuelle Phänomene angepasst werden, und zum anderen, dass die Sorge um die eigene Position ein Auslöser für die Aktivierung von Vorurteilen gegenüber den Roma ist. Gerade einkommensstarke Nicht-Roma fühlen sich durch das neue kulturelle Selbstbewusstsein, den gesellschaftlichen Aufstieg und den Wunsch nach Anerkennung, die der neue Baustil reicher Roma ausdrückt, provoziert und bedrängt, was durch die Übertragung der „Unterschicht“-Topoi auf reiche Roma kompensiert wird.

Dass unter den befragten Schülern aus einkommensstarken, insbesondere aber hochgebildeten Kreisen die Ablehnung besonders stark war, tolerante Haltungen dagegen selten, zeigt, dass das negative Roma-Bild bzw. die Polarisierung zwischen dem „schwarzen Zigeuner“ als Negativ und dem „weißen Rumänen“ als Positiv für sie gegenwärtig eine wichtige Funktion erfüllt. Die gesteigerte Emotionalität in dieser Gruppe zeugt von einer starken Verinnerlichung der Stereotype und somit einer vorurteilsgeladenen Einstellung.

18 U. a. Liviu Papadima, Die rumänische Literatur vom 19. Jahrhundert bis heute, in: Thede Kahl/Michael Metzeltin/Mihai-Răzvan Ungureanu, Rumänien, Wien/Berlin/Münster 2006, S. 397.

19 Vgl. Iulia-Karin Patrut, Rumänien in der EU – Roma in Rumänien, in: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Zweimal Fremdes, 15. 3. 2007 (<http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/527864.html>; letzter Zugriff am 19. 7. 2010).

20 Die Zukunft der jungen Roma-Musik, in: Volksgruppen, ORF.at, 15. 12. 2009 (<http://volksgruppen.orf.at/roma/aktuell/stories/117097/>; letzter Zugriff am 19. 7. 2010).

Historische Wurzeln

Für die Haltung der Überlegenheit lassen sich historische Wurzeln bereits in der Einstellung der Feudalherren zur Zeit der Versklavung der Roma bis Mitte des 19. Jahrhunderts finden, die jedoch auch gegenüber leibeigenen Nicht-Roma zum Tragen kam. Erst nach dem Ende der Sklaverei bestand die Notwendigkeit, trotz des durch aufklärerische Ideen inspirierten Gleichheitsgedankens das Fortbestehen sozialer Benachteiligung zu rechtfertigen, weshalb die Idee einer Andersartigkeit aus ethnischen Gründen an Bedeutung gewann.²¹

Die Roma wurden mit Beginn des 20. Jahrhunderts, insbesondere für die städtische Oberschicht, zunehmend zu Objekten der Belustigung und ein Gegenbild zum „stolzen Rumänen“, etwa als Anti-Held auf Bühnen und in literarischen Werken. Vorwürfe wie die mangelnde Beherrschung des Rumänischen wurden außer gegenüber den Juden auch gegen Roma erhoben, die jedoch noch nicht wie die jüdische Bevölkerung zu Feinden der Nation stilisiert, sondern als harmlose Clowns dem Gespött preisgegeben wurden. Allerdings verfestigten sich die Grundlagen für heutige Einstellungen, indem prominente Intellektuelle ein Zigeunerbild zwischen Exotisierung und stark negativen Annahmen zum „Volkscharakter“ verinnerlicht, das sich im westlichen Europa ausgebreitet hatte. In den 1930er- und 1940er-Jahren folgten maßgebliche Wissenschaftler in Publikationen über Roma dem faschistischen Zeitgeist. Bei der Verfolgung und Ermordung Zehntausender Roma in den Vernichtungslagern Transnistriens zeigte sich, dass der Übergang von Spott zu Verachtung und Auslöschung der Existenz fließend war. Eine gezielte Instrumentalisierung als Feindbild fand jedoch erst im Postkommunismus statt.

21 Allport, Vorurteil, S. 230, über die geringe Spürbarkeit von Vorurteilen bei „festgelegtem ‚Modus Vivendi‘ zwischen Herr und Diener“. Zur Wirkung aufklärerischer Ideen sowie der Ausbreitung deutscher „Zigeunerbilder“ siehe u. a. Martin Ruch, Zur Wissenschaftsgeschichte der deutschsprachigen „Zigeunerforschung“ von den Anfängen bis 1900, Freiburg 1986; Wim H. Willems, In Search of the True Gypsy. From Enlightenment to Final Solution, London/Portland 1997. Zur Übernahme von Stereotypen, v. a. durch Mihail Kogălniceanu, siehe Vortrag der Verfasserin im Rumänischen Kulturinstitut Berlin zum Thema „Zigeuner‘-Stereotypen als deutscher Kulturexport? – der Einfluss H. M. G. Grellmanns auf die rumänische Forschung zu den Roma“ vom 23. Juli 2008; sowie dies., Kinderschreck und Tagedieb? – Zum Romabild der Rumänen, in: Kristina Werndl (Hrsg.), Rumänien nach der Revolution, Wien 2007.

Fazit

Als Schlüsselfaktoren bei der Einschätzung von Roma kristallisierten sich Kontakt, Status und Bildung heraus. Sie lassen auf eine tiefe Gespaltenheit der Gesellschaft und eine bewusste Abgrenzung der Einkommensstarken, Westorientierten und Gebildeten von anderen Schichten schließen. Die Aktivierung von Vorurteilen bringt Angehörige der Eliten in Zeiten schnellen Wandels auf den ersten Blick einigen Nutzen. In der Distanzierung von den Roma demonstrieren sie Abstand zu allem, was Rumänien in ihren Augen eine Randstellung verleiht – Armut, Mangel an Bildung, Rückständigkeit –, mit dem Ziel, dem „Balkanischen“ innerhalb der rumänischen Kultur zu entkommen und Rumänien als modernes Land zu präsentieren.²² Die Verschärfung der sozialen Gegensätze lässt sich auf einen einfachen Nenner bringen, wenn diese ausschließlich als Problem von Roma wahrgenommen wird, sodass ihre Eindämmung kein gesamtgesellschaftliches Anliegen ist. Distanzierung von einer „ethnischen Gruppe“ schafft zugleich Abstand zum Problem der Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung. Enttäuschungen über die Möglichkeiten der freien Marktwirtschaft werden kompensiert, Ängste und Unzufriedenheit finden ein Ventil. Sieht man die eigene Stellung wie auch die des Landes innerhalb Europas bedroht, gibt es ein Gefühl von Sicherheit, einen leicht erkennbaren Feind der Gesellschaft auszumachen und auszugrenzen. Die medial überaus präsente Sorge um das Image Rumäniens im westlichen Ausland,²³ die nationalistische Kreise zusätzlich fördern und mit Ressentiments gegenüber den Roma verbinden, verstärkt die Ablehnung vor allem in den überwiegend westlich orientierten elitären Schichten. „Sie haben unser Land schon oft vor der ganzen Welt blamiert und sie würden uns weiter vor der ganzen Welt demütigen. Sogar der Landesname ist ROM = Zigeuner, MANIA = Wahnsinn. Ich möchte einmal aus unserem Land weggehen.“ – „Die Zigeunermusik, die Bräuche, ihre Häuser schockieren einen richtig, und wenn wir so weitermachen, könnte es sein, dass wir nirgendwohin kommen und uns bald alle ‚Zigeuner‘ nennen, und so wird auch unser Land genannt werden.“

22 Vgl. Lucian Boia, *Geschichte und Mythos*, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 186, zur Ablehnung „des Östlichen“ innerhalb der rumänischen Kultur.

23 Vgl. zur Imagesorge Mircea Cărtărescu, *Baroane!*, Bukarest 2005, S. 40 f.

Für künftige Initiativen zur Verbesserung der Situation der Roma sollte in Betracht gezogen werden, dass gerade in den Kreisen, die maßgeblich an deren Umsetzung beteiligt sind, unter der Oberfläche romafeindliche Einstellungen gären – wobei die Orientierung an westlichen Vorbildern eine bedeutende Rolle spielt. Weitere qualitative Untersuchungen zum Roma-Bild in westlichen Ländern erscheinen angesichts der hohen Diskriminierungsrate in einigen alten EU-Staaten, in erster Linie Italien und Griechenland, notwendig.²⁴ Initiativen der EU gewinnen an Glaubwürdigkeit, wenn die geistigen Fundamente der Ausgrenzung sich auch in Westeuropa verändern.

An den positiven Einstellungen und Erfahrungen im rumänischen Kontext, die in dieser Studie erkennbar werden und deren Anteil mit 20 % (dazu 19 % neutral/ambivalent) hier bemerkenswert hoch ist, können zukünftige Programme ansetzen: Im Rahmen der bisher einzigen ähnlichen Studie zum Thema in Spanien wurden zwar mehr neutrale und ambivalente (49 %), mit nur 2,5 % jedoch deutlich weniger positive Texte verfasst.²⁵

Toleranz, die erst dann zu stabilen interethnischen Beziehungen führt, wenn sie nicht nur „Akzeptanz, das Aushalten einer Gruppe, die man eigentlich nicht mag“ bedeutet, sondern Sympathie für „die Anderen“ einschließt,²⁶ hat demnach in Rumänien, trotz der derzeit folgenreichen Funktion des negativen Bildes, bisher eine relativ gute Basis. Diese erklärt sich der Studie zufolge weitgehend aus dem nahen, regelmäßigen und meist als positiv erlebten Kontakt breiter Teile der Bevölkerung mit Roma.

Da die Schule gerade im städtischen Umfeld häufig der einzige Ort war, an dem Begegnungen stattfanden, hatte sie eine hohe Bedeutung für den Verlauf der interethnischen Beziehungen. Insbesondere Antidiskriminierungsprogramme schufen hier die Grundlagen für ein positives Bild. Vor diesem Hintergrund ist die zunehmende Schulsegregation nicht nur aufgrund der Isolation von Roma-Schülern in

24 Siehe die neue Erhebung der EU-Agentur für Grundrechte vom 22. 4. 2009 (http://www.focus.de/politik/ausland/eu-studie-minderheiten-in-der-eu-massiv-diskriminiert_aid_392250.html; <http://fra.europa.eu/eu-midis/>; für beide letzter Zugriff am 19. 7. 2010).

25 Tomás Calvo Buezas, *¿España racista?. Voces payas sobre los gitanos*, Barcelona 1990.

26 Vgl. Förster, *Schubladendenken*, S. 260.

ungenügend ausgestatteten Schulen, sondern auch wegen der geringeren Möglichkeiten zum interethnischen Kontakt überaus besorgniserregend.²⁷

27 Siehe u. a. Costel Bercuș, Die Situation der Roma in Rumänien, in: Max Matter (Hrsg.), Die Situation der Roma und Sinti nach der EU-Osterweiterung, Göttingen 2005, S. 43 ff. Im Dorf Cojocna, das während der Untersuchung mehrfach besucht wurde, nahmen nach Aussagen der im dortigen Dorfzentrum tätigen Soziologen und Sozialarbeiter zunehmend mehr Eltern ethnischer Rumänen und Ungarn ihre Kinder von der Dorfschule, um sie in angesehene, besser ausgestattete Schulen im Zentrum von Cluj zu schicken. Nach 1989 konnten zunächst nur ältere Menschen, die aufgrund gemeinsamer Arbeit in Fabriken oder anderer Gelegenheiten schon vor dem Umsturz Kontakt zu Roma hatten, für interethnische Dorfprojekte gewonnen werden. Danach schuf u. a. das PHARE-Programm neue gemeinsame Rituale, insbesondere im schulischen Umfeld, wodurch sich das Roma-Bild jüngerer Dorfbewohner verbesserte und positive Kontakte entstanden. Diese Entwicklung wird durch die beschriebene Segregation gefährdet.

Roma als Helfer des „Jüdisch“-Bösen

Bram Stoker und Franz Kafka

Zur Genese eines Abgrenzungs-Fantasmas

Mittels der Semantiken des „Jüdischen“ und „Zigeunerischen“,¹ aber auch des „Osteuropäischen“ entstanden in der populären wie in der akademischen Wissensproduktion des 18. und 19. Jahrhunderts im westlichen Europa Grenzfiguren, die dazu geeignet waren, das eigene Selbstverständnis als bürgerliche Nation und als Urheber der geltenden Episteme zu konsolidieren. Juden und Roma, besonders jene, die aus dem europäischen Osten kamen, wurden mit diesen Semantiken konfrontiert und konnten es in ihren Selbstentwürfen kaum vermeiden, auf die Stigmata Bezug zu nehmen. Die ethnografische und anthropologische Wissensproduktion sowie die Reiseliteratur des ausgehenden 18. und des 19. Jahrhunderts wirkten mit an der Orientalisierung der besagten Gruppen und Räume, und auch die Literatur setzte sich intensiv mit den Vorstellungen von Fremdheit, mit damit verbundenen psychischen (Projektions)prozessen und auch mit dem, was internalisierte Zuschreibungen anrichten, auseinander. Literatur experimentierte ad personam mit Modi der Relativierung, Verschiebung oder gar Auflösung der Semantiken aus der Wissensproduktion.

- 1 „Zigeuner“ bezeichnet die (sehr heterogene) Gruppe der mit diesem Begriff Stigmatisierten; sie ist gerade nicht deckungsgleich mit den Roma und vor allem nicht mit den deutschen Sinti, von denen viele sesshaft und gut integriert waren. In der Zeit vor 1900 richtete sich die staatliche Überwachung und Verfolgung i. A. gegen Umherziehende (zu denen auch etwa Jenische sowie Deutsche oder Briten gehörten, die weder Sinti noch Roma waren), daneben auch Angehörige der Minderheit, sobald sie unterwegs waren (z. B. weil sie ein mobiles Gewerbe ausübten) oder etwa weil sie als Roma aus Osteuropa nach Deutschland oder Großbritannien kamen und sich noch nicht niederlassen konnten. Vgl. Herbert Uerlings, Stigma „Zigeuner“. Formen der Stigmatisierung der „Zigeuner“ im deutschsprachigen Raum, in: Herbert Uerlings/Iulia-Karin Patrut/Maria Sass (Hrsg.), Europa und seine „Zigeuner“. Literatur- und kulturgeschichtliche Studien, Sibiu/Hermannstadt 2007, S. 84–117.

„Jüdisches“ und „Zigeunerisches“ wurden nicht erst im Vorfeld des Nationalsozialismus zusammengebracht.² Ohne Rücksicht auf grundlegende Unterschiede zwischen beiden Gruppen und ohne Rücksicht auf erfolgreiche Inklusionen in die Mehrheitsgesellschaft – sei es als Gelehrte, als Handwerker oder Händler, durch Ehe oder Konversion – wurden beide ab den 1770er-Jahren kontinuierlich aufeinander bezogen, hinsichtlich ihrer Funktion als Gegenfolien der Nation in eins gesetzt und dabei immer wieder als Außenseiter konstruiert.³ Das bedeutet auch, dass die Gleichung, derzufolge das „Jüdische“ als „Drittes“ gegenüber den antagonistisch aufgefassten Nationen galt,⁴ um die Semantiken des „Zigeunerischen“ erweitert werden kann – spätestens seit Christian Conrad Wilhelm Dohm, Johann Gottfried Herder und Heinrich Moritz Gottlieb Grellmann, in jeweils unterschiedlicher Manier und mit je eigener Problematik behaftet, beide Gruppen miteinander verglichen und die entsprechenden Beschreibungssemantiken aneinander koppelten.⁵

- 2 Juden und „Zigeuner“ werden z. B. gemeinsam als Verfolgte bzw. zu Verfolgende genannt bei: Ludwig von Rönne/Heinrich Simon, Die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Juden in den sämtlichen Landesteilen des Preussischen Staates. Eine Darstellung und Revision der gesetzlichen Bestimmungen über ihre staats- und privatrechtlichen Zustände. Mit Benutzung der Archive der Ministerien des Innern und der Justiz, Breslau 1843, S. XI, hier erscheinen sie als „vogelfrei“. Als „Verbrecher“ erscheinen sie bei Hugo Herz, Verbrecher und Verbrechertum in Österreich, Tübingen 1908, vor allem in dem Kapitel „Die Kriminalität der Zigeuner und Juden“, S. 152 ff. Anhaltspunkte lieferte Wolfgang Wippermann, „Wie die Zigeuner“. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich, Berlin 1997.
- 3 Vgl. in Bezug auf die Juden: Andreas Biefang, „Volksgenossen“. Nationale Verfassungsbewegung und „Judenfrage“ in Deutschland 1850–1878, in: Peter Alter/Claus-Ekkehard Bärsch/Peter Berghoff (Hrsg.), Die Konstruktion der Nation gegen die Juden, München 1999, S. 49–64. In Bezug auf die „Zigeuner“ siehe Slawomir Kapralski, The Voices of a Mute Memory. The Holocaust and the Identity of the Eastern European Romanies, in: Felicitas Fischer von Weikersthal/Christoph Garstka/Urs Heftrich/Heinz-Dietrich Löwe (Hrsg.), Der nationalsozialistische Genozid an den Roma Osteuropas. Geschichte und künstlerische Verarbeitung, Köln 2008, S. 93–112, hier S. 97.
- 4 So der Befund von Klaus Holz, Die Figur des Dritten in der nationalen Ordnung der Welt, in: Soziale Systeme 6 (2000) 2, S. 269–290.
- 5 Johann Gottfried Herder, Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit, Berlin 1965, Kap. XVI.5, S. 435–437; Christian Conrad Wilhelm von Dohm, Über die bürgerliche Verbesserung der Juden. 2 Teile, Berlin/Stettin 1781–1783, S. 90 f.; Heinrich Moritz Gottlieb Grellmann, Historischer Versuch über die Zigeuner betreffend die Lebensart und Verfassung, Sitten und Schicksale dieses Volks seit seiner Erscheinung in Europa und dessen Ursprung. Zweite, viel veränderte und vermehrte Auflage, Göttingen 1787, S. 3.

Diese Argumentation rekurrierte auf einen externen Raumbezug, der die grundlegende Fremdheit beider im westlichen Europa bezeugen sollte. Dieser eigentliche Heimatraum war zunächst im Orient gefunden. Schon der Statistiker und frühe Ethnograf Grellmann schreibt in dem in seiner Wirkung kaum zu überschätzenden „Versuch“, „daß Zigeuner ein Volk des Orients sind“,⁶ und dass ihre angebliche Unfähigkeit, auf ihre Eigenarten zu verzichten, in ihrer Herkunft begründet sei; eben dies verbinde sie mit den Juden, deren „Beharrlichkeit“⁷ ebenfalls ihrer „orientalischen Abstammung“⁸ zu verdanken sei. Im Laufe des 19. Jahrhunderts verlegte man diesen „Heimatraum“ zunehmend in den europäischen Osten, der in dieser Zeit in zahlreichen Reiseaufzeichnungen, Skizzen wie Abhandlungen ohnehin zunehmend orientalisiert wurde.⁹ In dieser Zeit verließen viele Roma (etwa nach der Aufhebung der Sklaverei in den rumänischen Fürstentümern) und auch viele Juden (u. a. im Umfeld neuer rechtlicher Benachteiligungen oder Pogrome) den europäischen Osten. Die Neuankömmlinge galten im Westen als Beleg für die „eigentliche“ Andersartigkeit beider Gruppen – auch jener Sinti und Juden, die seit Jahrhunderten in Deutschland lebten.

Hinsichtlich des Wissens über die „Zigeuner“ kann man seit der Aufklärung von einem „Diskursraum Mittel- und Osteuropa“ sprechen, der sich mit populären Berichten und Reisebeschreibungen im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend stabilisierte und der von grundlegenden Machtasymmetrien geprägt war: Gültige Theorien und Beschreibungsparadigmen der „Zigeuner“ (und zum großen Teil auch der Juden) stammen hier in der Regel von deutschen Wissenschaftlern, die beschriebenen Personen/Objekte wiederum aus dem europäischen Osten. Die osteuropäische Wissensproduktion funktionierte meist im Modus der Mimikry dieser westlichen Beschreibungsparadigmen und bildete Hybridformen heraus, die die deutschsprachigen Theorien im Wesentlichen bestätigten, ihnen zusätzliche Authentizität verliehen und sie nur geringfügig, meist hinsichtlich lokaler Partikularismen modifizierten.¹⁰ Nicht

6 Grellmann, Versuch, S. 4.

7 Ebenda, S. 3.

8 Ebenda, S. 4.

9 Edward Said, *Orientalism*, New York 1979; Larry Wolff, *Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*, Stanford 1994.

10 Siehe ausführlich dazu Iulia-Karin Patrut/Herbert Uerlings, „Zigeuner“, *Europa und Nation. Einleitung*, in: Herbert Uerlings/Iulia-Karin Patrut (Hrsg.), „Zigeuner“ und Nation. *Repräsentation – Inklusion – Exklusion*, Frankfurt a. M. 2008, S. 9–63.

nur über Juden und „Zigeuner“ wird hier als „Orientale“ gesprochen, die osteuropäische Wissensproduktion übt sich in Selbst-Orientalisierung, die einerseits zum bevorzugten Modus der Kulturkritik, andererseits zur internalisierten Selbstbeschreibungsemantik wird.

Die Semantiken des „Jüdischen“ und „Zigeunerischen“ standen, auch und gerade durch ihren Orient- bzw. Osteuropa-Bezug, in der deutschsprachigen Wissensproduktion in enger Wechselbeziehung zueinander, und ihre Verflechtung unterlag darüber hinaus einem historischen Wandel. Im Laufe des 19. Jahrhunderts verlagerte sich der fantasmatische Fluchtpunkt jener Argumentationen, die Juden und „Zigeuner“ gemeinsam als Gegenfolien der Nation darstellten, auf den europäischen Osten. Als Beispiel einer allgemein gefassten, noch nicht auf Osteuropa bezogenen Parallelisierung, wie sie um 1800 häufig erfolgte, sei Friedrich Ludwig Jahn genannt, der, wenn es darum ging, deutsches Volk und deutsche Nation zu definieren, als Gegenbild die angeblich selbstverschuldete und zugleich im eigenen Wesen begründete Ortlosigkeit der Juden und „Zigeuner“ heranzog: „[...] nichts ist ein Volk ohne Staat, ein leibloser, luftiger Schemen, wie die weltflüchtigen Zigeuner und Juden“.¹¹ Spielarten des Osteuropa-bezogenen „Zigeuner“- oder Juden-Orientalismus im Laufe des 19. Jahrhunderts aufzuspüren, ist eine leichte Übung, denn in den Zeitschriften und Beilagen des 19. Jahrhunderts bleibt dieser räumliche fantasmatische Fluchtpunkt selten ungenannt: Die „Zigeuner“ streuen im Osten meist als „Bande“ herum und bilden ein „eigenthümliches Gemälde“.¹² Der männliche „Zigeuner“ erweist sich dort zuallererst als „zudringlicher Bettler“ und „frecher Dieb“.¹³ Die „Weiber verkünden gutes Glück“, und das „geringe Volk“ hält sich „in diesen Gegenden“ an ihre betrügerischen Prophezeiungen.¹⁴ Im Ganzen ist im europäischen Osten ihr „schmutziges Wesen höchst widerwärtig“.¹⁵ Über die osteuropäischen Juden sind bereits in den 1840er- und 1850er-Jahren – also noch lange vor der Herausbildung des Begriffs „Ostjude“ – Bilder der Armut und des

11 Friedrich Ludwig Jahn, *Deutsches Volkstum*, Frankfurt a. M. 1810, S. 160.

12 Anonymus, *Leben und Treiben der Zigeuner*. Im Norden des Kaukasus. T. 2, in: *Globus. Illustrierte Zeitschrift für Länder- und Völkerkunde mit besonderer Berücksichtigung der Anthropologie und Ethnologie*, hrsg. v. Karl Andree, Bd. 14, Braunschweig 1868, S. 129–139, hier S. 130 f.

13 Ebenda, S. 131.

14 Ebenda, S. 131.

15 Ebenda, S. 131.

Elends verbreitet. Der Lemgoer Theologe Rudolf Kulemann schreibt: „Man trete namentlich im Orient – will man den Juden kennen lernen – so muß man ihn in Konstantinopel, in der Moldau, in der Walachei, in Bessarabien, Polen u. s. w. aufsuchen – [...] in die armselige Behausung des Juden – dort wird man neben manchem verstecktem und gut behütetem Schatz v. a. Armut und Elend finden.“¹⁶ Der Bremer Reiseschriftsteller Kohl formuliert schon 1841 aus eigener Anschauung und unter legitimatorischem Verweis auf die Kolonialethnografie: „Welcher menschliche Jammer, welche Noth, welche Krankheit, welcher Hunger und Kummer in den feuchten, verpesteten Schmutzwohnungen [sic] der jüdischen Armen in Warschau, Krakau, Lemberg, Mitau, Wilna und Odessa nisten, [...] welche Jammergestalten, welche bunt geflickten Bettlermäntel, die würdig wären, in einem ethnografischen Museum aufbewahrt zu werden, man auf den polnischen Marktplätzen erblickt, davon kann sich nur Der [sic] einen Begriff machen, der die Beschreibung des Zustandes der Esquimos, Feuerländer und Neuholländer gelesen hat.“¹⁷

Strukturanalogien mit kolonialistischen Repräsentationsregimes sind hier offenkundig und werden auch von dem Verfasser, dem Osteuropa-Reisenden Kohl, selbst induziert. Allgemein liegt eine Besonderheit der deutschsprachigen Diskurse – etwa im Gegensatz zur Wissensproduktion in Großbritannien¹⁸ – darin, dass der europäische Osten besondere Bedeutung als Abgrenzungsfolie besaß. Es kann als erwiesen gelten, dass orientalistische Semantiken, die Strukturanalogien mit den Kolonialdiskursen aufweisen, in den Reisebeschreibungen des europäischen Ostens die Regel bilden.¹⁹ So kam eine Amalgamierung der Zuschreibungen „jüdisch“, „zigeunerisch“ und „osteuropäisch“ zustande, und sie bewirkte eine Potenzierung der Exklusion aus der deutschen Nation.

- 16 Rudolf Kulemann, *Die Zigeuner*, in: *Unsere Zeit. Deutsche Revue der Gegenwart. Monatschrift zum Conversations-Lexikon, Neue Folge*, hrsg. v. Rudolf Gottschall, Leipzig 1869, S. 843–871, hier S. 845.
- 17 Johann Georg Kohl, *Reisen im Inneren von Rußland und Polen, 3. Theil: Die Bukowina, Galizien, Krakau und Mähren*, Dresden/Leipzig 1841, S. 130.
- 18 Dazu vgl. Nils Roemer, *Towards a Comparative Jewish Literary History: National Literary Canons in Nineteenth-Century Germany and England*, in: Bryan Cheyette/Nadia Valman (Hrsg.), *The image of the Jew in European liberal culture 1789–1914*, London 2004, S. 27–45.
- 19 Susanne Zantop, *Kolonialphantasien im vorkolonialen Deutschland 1770–1870*, Berlin 1999.

In diesem Zusammenhang lässt sich auch die im 19. Jahrhundert aufkommende fantasmatische Angst vor einer massenhaften Einwanderung von Juden und „Zigeunern“ aus dem europäischen Osten verstehen, wie sie etwa Heinrich von Treitschke ausformuliert;²⁰ und in diesem Kontext erhält auch die Vorstellung von einer bedrohlichen Allianz zwischen Juden und „Zigeunern“ (im Rahmen derer meist den Juden der überlegene Part zukommt) eine neue Ausrichtung.²¹

Mit Stokers Roman *Dracula* und ausgewählten Texten Franz Kafkas sollen hier überaus wirkmächtige Texte besprochen werden, die – aus unterschiedlichen Gründen – als Höhepunkte literarischer Auseinandersetzung mit semantisch-diskursiven und realpolitischen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts auf den skizzierten Feldern gelten können. Daneben werden rumänische Neuarrangements des *Dracula*-Stoffs aufgegriffen. Im Mittelpunkt stehen dabei Konstellationen, die sich offenkundig mit dem Szenario der „jüdisch-zigeunerischen“ Bedrohung aus dem orientalisierten europäischen Osten auseinandersetzen.

Bram Stokers *Dracula*

Der irische Schriftsteller Bram Stoker war von der deutschsprachigen Wissensproduktion über die „Zigeuner“ (wie auch über die Juden) geprägt und ließ sie in seinen Roman *Dracula* einfließen.²² Dies mag, neben der Einwanderung von Juden

20 Heinrich von Treitschke, Über die Judenfrage, in: *Preußische Jahrbücher* (44) 1879, S. 572–575, hier S. 572 f.

21 Diese Vorstellung geht mindestens bis auf die in der Ethnografie immer wieder aufgegriffene These des Orientalisten Wagenseil zurück, die – noch weitreichender – die „Zigeuner“ überhaupt für eine Tarnung der Juden hielt: „Ich sage/die allerersten Ziegeiner sind aus Teutschland gebürtige Juden gewesen [...]“. Johann Christoph Wagenseil, *De sacri rom. imperii libera Civitate Noribergensi commentatio*, Altdorf 1697, S. 438.

22 Emily Gerard, *From The Land Beyond the Forest: Facts, Figures, and Fancies from Transylvania* (1888), in: John Paul Riquelme (Hrsg.), *Bram Stoker Dracula. Complete, Authoritative Text with Biographical, Historical and Cultural Contexts, Critical History, and Essays from Contemporary Critical Perspectives*, Bedford 2002, S. 386–387. Vgl. auch Nicholas Saul, „Landplage“. *Draculas Zigeuner und die Kulturanthropologie des 19. Jahrhunderts*, in: Christian Begemann (Hrsg.), *Dracula unbound. Kulturwissenschaftliche Lektüren des Vampirs*, Freiburg i. B. 2008, S. 123–137.

und Roma aus dem europäischen Osten, die so prominente Rolle Transsilvaniens im Roman erklären.

Die Bram-Stoker-Forschung hat bereits erwiesen, dass Semantiken des „Jüdischen“ in die Gestaltung der Figur des Grafen Dracula so eingewoben wurden, dass sie von den zeitgenössischen Lesern kaum übersehen werden konnten²³ – wenn dabei auch noch recht offen ist, inwiefern der Roman insgesamt als antisemitisch gelten kann.²⁴ Vergleichsweise wenig beachtet wurden hingegen die „Zigeuner“-Figuren im Roman sowie die osteuropäischen Variationen des Stoffs.

Insgesamt schildert Dracula²⁵ eine von Transsilvanien in Gestalt eines ganz andersartigen „Geschlecht[s]“ (51) ausgehende Bedrohung für das „zivilisierte“ westliche Europa. Nachdem klar wird, dass sich die Angehörigen der anderen „Rasse“ (so Dracula über sich selbst, 50) weitgehend unbemerkt im europäischen Westen bewegen und dessen „gute Bürger“ zu Ihresgleichen machen, steht fest, dass dieses Geschlecht vernichtet werden muss. Zu diesem Zweck findet ein erfolgreicher bewaffneter Eingriff unter der Ägide des Christentums und der aufgeklärten Wissenschaft in Transsilvanien statt, an dessen Ende die „Vampire“ – Wesen, die zwar über ein menschenähnliches Aussehen verfügen, jedoch, wie Minna Harker klarstellt, ein „Monstrum [...] nicht menschlich [...] einmal tierisch“ (332) sind – besiegt scheinen. Zentrales Thema ist somit die Tilgung bedrohlicher Fremdheit.

Dracula wird als adliger Szekler eingeführt, der als solcher seine Aufgabe in der „Wache an der Grenze zum Türkenland“ (50), in dem „ewigen Dienst an der Grenze“ (50) sieht. Damit beschreibt er sich selbst als Grenzfigur, die in ihrer Ambiguität die Differenz von Okzident und Orient, von Christentum und Heidentum sicherstellt. Genau dies ist der diskursive Ort, der im Roman auch Osteuropa insgesamt

23 Hier ist besonders die Arbeit von Halberstam zu erwähnen. Vgl. Judith Halberstam, *Skin Shows. Gothic Horror and the Technology of Monsters*, Durham 1995, bes. S. 92 f. Vgl. auch die Rezension von Teresa A. Goddu, *Vampire Gothic*, in: *American Literary History* 11 (1999), S. 125–141, hier S. 131. Vgl. zu Juden und Vampirismus auch Howard L. Malchow, *Gothic Images of Race in Nineteenth-Century Britain*, Stanford 1996.

24 Für einen ersten Überblick siehe Nadia Vahnan, *Dracula*, in: Richard S. Levy (Ed.), *Antisemitism. A Historical Encyclopedia of Prejudice and Persecution*, Bd. 1, Santa Barbara 2005, S. 188 f.

25 Alle Zitatangaben zu Dracula folgen der Ausgabe: Bram Stoker, *Dracula*. Aus dem Englischen von Karl Bruno Leder, Frankfurt a. M. 2000. Die Seitenangaben sind jeweils in Klammern im Fließtext beigefügt.

zukommt. Dieser Raum ist das „Andere“ des „Westen[s]“ (9), wie Jonathan Harker, der junge Anwalt, der zu Graf Dracula reist, um ihm das englische Anwesen Carfax zu verkaufen, gleich eingangs bemerkt, aber in anderem Lichte betrachtet, kann er gegen Ende des Romans als „zivilisiert“ gelten; zugleich bildet er die Grenze zum „Orient“.

Graf Dracula ist zuallererst als Osteuropäer²⁶ ein Fremder – ein „Halb-Asiate“, um es mit der Karl-Emil Franzos geprägten Formel für diesen Landstrich und dessen Einwohner zu sagen.²⁷ Eine zweite Facette der Bedrohung, die von ihm ausgeht, liegt in seiner Absicht, sich als „innerer Fremder“ in die zivilisierten Gesellschaften des europäischen Westens einzuschleichen und zwar so, dass kein Londoner, wenn er ihn „sprechen hört, ‚Haha, ein Fremder!‘“ (38) denkt oder gar ausruft. Dabei ist Graf Dracula aus Sicht der Engländer ein Fremder, wie er fremder kaum sein kann, und die Vorstellung, er könnte sich – als „Herr“ mit vollständig neutraler „Aussprache“ (38) in der Masse der Großstadtbürger in dem „liebe[n] neue[n] Gastland“ (44) verlieren und dieses von innen mit seinem vampirischen Wesen zersetzen, war in einer Zeit, in der die Angst vor rassischer Vermischung immer größere Verbreitung fand, als Stoff für Schauerromane geradezu prädestiniert. In der Suche nach dem perfekt kaschierten Fremden, den es zu exkludieren gilt, liegt eine ebenso zentrale wie offenkundige Gemeinsamkeit mit antisemitischen Diskursen der Zeit und ihren Exklusionssemantiken. Der Graf ist weder Muslim noch Christ, er gehört, wie er selbst sagt, einer bereits gemischten Rasse an, die sich allerdings – und hier erinnert Stokers Roman an die Schriften des deutschen Polizeirats Avé-Lallemant²⁸ – in der Neigung zum Verbrechen einheitlich äußert.

Die Physiognomie des Grafen trägt unverkennbar Züge, die antisemitischen Diskursen entliehen sind. Dracula erlernt darüber hinaus Sprache und Habitus mit atemberaubender Schnelligkeit und ist auch ein Meister körperlicher Verwandlung.

26 Als Bedrohung aus dem halborientalischen Osten wird die Dracula-Figur gedeutet bei Klaus M. Schmidt, *Dracula – Der Herrscher der Finsternis. Vom mittelalterlichen Mythos zum modernen Zelluloid-Nervenkitzel*, in: Ulrich Müller/Werner Wunderlich (Hrsg.), *Dämonen, Monster, Fabelwesen*, St. Gallen 1999, S. 185–204, hier S. 193.

27 Karl Emil Franzos, *Aus Halb-Asien. Kulturbilder aus Galizien, der Bukowina, Südrussland und Rumänien*, 2 Bde, Leipzig 1876.

28 Friedrich Christian Benedict Avé-Lallemant, *Das deutsche Gaunertum in seiner sozialpolitischen, literarischen und linguistischen Ausbildung zu seinem heutigen Bestande*, Wiesbaden 1989 [Erstausgabe Leipzig 1858/62].

Eine besonders grundlegende Differenzmarkierung dieser „Rasse“, die immer wieder die Eindeutigkeit herzustellen vermag, besteht dabei darin, dass Dracula offenbar eine andere Regelung des Übergangs vom Leben und Tod und eine andere Ordnung im Jenseits kennt und pflegt und mit seiner Anwesenheit in der Welt repräsentiert. Diese Konstruktion weist unübersehbare Ähnlichkeit mit der Angst vor religiöser Differenz auf, wie sie sich im Antijudaismus selbst im 19. Jahrhundert noch manifestierte. Von einem Ahnherr Draculas – vielleicht ist es auch er selbst – heißt es im Roman, er kehre aus den Schlachten gegen die Türken als einsamer blutbesudelter Überlebender immer und immer wieder zurück, obgleich „seine Truppen abgeschlachtet worden waren“ (51). Der Graf verfügt über eine glorreiche, aber zugleich geheimnisvoll-diffus bleibende Genealogie, die insofern an die übermächtigen Patriarchen der Tora erinnert, als die Ahnen Draculas offenkundig weit über ein Menschenalter hinaus lebten, übermenschliche Kräfte besaßen und ihren Machtbereich trotz großer Widrigkeiten und wiederholter Übergriffe lange aufrechtzuerhalten vermochten. Klare familiäre Strukturen – das Kernmerkmal bürgerlich-nationaler Stammbäume – fehlen in Draculas Bericht. In ihm scheinen vielmehr die Macht vergangener Jahrhunderte und seltsame Blut-Gesetze gegenwärtig zu werden, und in diesem Sinne ist er ein aus der Zeit gefallenes, unchristliches „archaisches Monster“,²⁹ das unübersehbare Züge des Ahasver-Narrativs³⁰ trägt. Diese befremdliche Genealogie geht einher mit einer perversen Relation zur Heimat: Nicht den eigentlichen Heimatboden (der im bürgerlichen kollektiven Imaginären etwa mit landwirtschaftlicher Arbeit und geregelten Familien- und Erbschaftsverhältnissen verbunden ist) braucht Dracula für seine Existenz, sondern ein magisch aufgeladenes Ritual der Eins-Werdung mit dem Blut weiterer Untoter, das einst in diese (tragbare) „Heimat-Erde“ hineinsickerte.

Graf Dracula nimmt selbst auf die Geschichte Osteuropas Bezug, indem er etwa mit den Szeklern, Sachsen, Magyaren, Wallachen, Bulgaren, Türken, Avaren,

29 Vgl. das 3. Kap. Mit dem Titel „Holzpfehl und Telegraphenmast. Bram Stoker entsorgt ein archaisches Monster“, in: Oliver Lubrich, *Das Schwinden der Differenz. Postkoloniale Poetiken*. Alexander von Humboldt – Bram Stoker – Ernst Jünger – Jean Genet, Bielefeld 2004, S. 99–146; Dickie Wallace, *Hyperrealizing „Borat“ with the Map of the European „Other“*, in: *Slavic Review* 67 (2008), S. 35–49, hier S. 37.

30 Vgl. Malchow, *Gothic*, S. 153 f. sowie grundlegend: Mona Körte, *Die Uneinholbarkeit des Verfolgten. Der ewige Jude in der literarischen Phantastik*, Frankfurt a. M. 2000, vor allem S. 35 f.

Tataren, Skythen und Lombarden Völkergruppen nennt, die in früheren Zeiten diese osteuropäischen Gebiete durchkreuzten oder sich hier niederließen; aus dieser Mischung sei auch sein Geschlecht hervorgegangen. Er erwähnt auch historisch folgenreiche Schlachten gegen das Osmanische Reich, wie etwa jene auf dem Amsfeld (1389) sowie bei Mohács (1687). Die nächtlichen Narrationen des Grafen sind in Form und Inhalt so verwirrend, dass sich Harker, der westliche Zuhörer, wie in „Tausendundeinernacht“ (52) fühlt; die Vorstellung von dem Balkan als „Pulverfass Europas“ gehört zu den orientalistischen Klischees (als Form von Unfähigkeit, sich selbst vernünftig zu regieren).³¹ Stoker kombiniert in der Genealogie und im Charakter der Figur Dracula demnach antisemitische und Osteuropa orientalisierende Semantiken, wobei der Hinweis auf „Tausendundeinernacht“ als Reflexionsmoment der doppelten Orientalisierung gedeutet werden kann. Auch macht der Text deutlich, dass Harker, den in der Nähe des Grafen „eine Welle von Übelkeit“ überkommt, die „Gründe, dass die Dinge [in Transsilvanien] so geregelt sind“ (38), gar nicht erfahren möchte. Wenn Graf Dracula Harker gegenüber betont „[...] würden Sie mit meinen Augen sehen und das wissen, was ich weiß, dann würden Sie alles wahrscheinlich besser verstehen“ (38), hebt der Text die Einseitigkeit des Blickregimes auf den europäischen Osten und auf das darin vertortete Fremde hervor; der hier von Dracula angemahnte Perspektivwechsel bleibt aus.

Der Vollständigkeit halber seien zwei weitere zentrale Überschneidungen der Semantisierung Draculas mit antisemitischen und antijudaistischen Diskursen benannt.³² Dazu zählen der rechtlich wie moralisch illegitim erbeutete Reichtum an Gold, Silber und Edelsteinen (die Schätze werden mithilfe dunkler Kräfte u. a. aus Gräbern geraubt) sowie Draculas beeindruckender Geschäftssinn, seine kombinatorische Intelligenz sowie die Skrupellosigkeit seines Vorgehens. Spätestens als dem Grafen „ein Lächeln, auf das Judas in der Hölle stolz gewesen wäre“ (80), zugeschrieben wird, besteht kein Zweifel mehr daran, dass der Text auf ein Amalgam antisemitischer und älterer antijudaistischer Semantiken anspielt.

31 Zum angeblichen Völkerzwist in Osteuropa ein Beispiel aus dem 19. Jahrhundert: Anonymus, Parteien und Nationalitäten in Oestreich. Deutsche Jahrbücher für Politik und Literatur, Bd. 7, Berlin 1863, S. 482–490, hier S. 483.

32 Stefan Rohrbacher/Michael Schmidt, Blutsauger, in: dies., Judenbilder. Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und antisemitischer Vorurteile, Reinbek 1991, S. 131–136.

Graf Dracula modifiziert für seine Existenz in zutiefst illegitimer Weise Modi und Codes gesellschaftlicher Hierarchisierung (sein „Adel“ stellt u. a. das West-Ost-Gefälle vielfach infrage), er verändert die Regeln der Liebe und des Begehrens (indem er sie durch das Blutsaugen pervertiert), und – noch schlimmer – seine Existenzform zielt geradezu darauf, immer mehr Menschen in seine andere Ordnung der Dinge³³ zu überführen (denn mit dem Blutsaugen überträgt sich auch der Vampirstatus). Die gravierendste Modifikation dürfte dabei jene der christlichen Sakramente und Rituale, namentlich der Transsubstantiation und des Abendmahls sein, durch die der Graf eine eigene, eben nicht christliche, Regelung des Übergangs vom Leben zum (Un)tod praktiziert. Darin liegt das wohl radikalste Differenzmoment im Text. Hinzu kommt, dass das Dasein als Vampir nur durch Tötung von Christen, und, damit einhergehend, durch deren Konversion zum Vampir-Sein möglich ist, was in der Forschung bereits als Anspielung auf die Ritualmord-Vorwürfe gegen die Juden gedeutet wurde.³⁴ Indem Dracula jedes Kreuz fliehen muss, erfolgt eine Vereindeutigung und Fixierung grundlegender religiöser Differenz.

Die Potenzierung von Alterität durch eine Überblendung der Diskurse über Osteuropa, Juden und „Zigeuner“ wird besonders an den „Zigeuner“-Figuren³⁵ in Stokers *Dracula* deutlich. Die letzte entscheidende Schlacht im Roman wird bekanntlich gegen sie gefochten und von den westlichen Zivilisatoren gewonnen, denn die „Zigeuner“, die Helfer Draculas, verschwinden gefolgt von den bedrohlichen Wölfen in den dunklen Wäldern Transsilvaniens. Anders als der Graf werden sie am Ende nicht getötet. Sie werden offenkundig als weniger bedrohlich als dieser eingestuft und sie gelten in der Textlogik als integraler Bestandteil der Natur. Ihr werden sie durch die bösen Kräfte des Grafen (wie auch die Wölfe) entrissen, und in die Natur kehren sie

33 Iulia-Karin Patrut, *Lebbare und nichtlebbare Ordnungen. Kulturelle Codierungen von Männlichkeit in Bram Stokers Dracula*, in: *kritische berichte* 35 (2007) 4, S. 17–24.

34 David Biale, *Blood and Belief. The Circulation of a Symbol between Jews and Christians*, Berkeley 2008, S. 172. Zur Ritualmord-Thematik allgemein vgl. Rainer Erb, *Die Ritualmordlegende: Von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert*, in: Susanna Buttaroni/Stanislaw Musial (Hrsg.), *Ritualmord. Legenden in der europäischen Geschichte*, Köln 2003, S. 11–20.

35 In der Forschung wurden die „Zigeuner“-Figuren bereits früh als integraler Bestandteil von Stokers Roman begriffen. Vgl. etwa Grigore Nandris, *The Historical Dracula. The Theme of His Legend in the Western and in the Eastern Literatures of Europe*, in: *Comparative Literature Studies* 3 (1966) 4, S. 367–396, hier S. 369.

nach dessen Verschwinden auch wieder zurück. Sie verkörpern ein Maß an Wildheit, das für die westlichen Eroberer zu verkräften ist und das den bleibenden (orientalischen) Reiz Transsilvaniens ausmacht. Solange sie im Bann des Grafen stehen, sind die „Zigeuner“ ein gefürchteter Gegner; sobald der Bann aufgelöst ist, kümmern sich Harker und die weiteren Mitglieder der Transsilvanien-Expedition nicht weiter um sie – ebenso wenig wie um die Wölfe, „die Kinder der Nacht“, die eine berauschende „Musik [...] machen“ (34). Im Roman stehen „Zigeuner“ und Wölfe (wie alle Wesen, die in der Textlogik der Natur näherstehen als der Zivilisation) in telepathischer Verbindung mit Dracula. Wie Dracula (dessen Handinnenflächen behaart sind, und der sich eidechsenhaft auf der Schlossmauer auf- und abwärts bewegen kann) tragen auch die „Zigeuner“ animalische Züge: Ihr Anführer ist mit seinem Pferd so verwachsen, dass er als Zentaur beschrieben wird, und sie reagieren auf Stimmungen und Naturabläufe so, als seien sie ein Teil davon.

Wohl am wichtigsten ist aber, dass ohne die Hilfe der „Zigeuner“ Graf Dracula niemals sein Schloss hätte verlassen können. Nur sie verladen die blutgetränkte Erde aus der Vampir-Gruft sowie den untoten Körper Draculas in Särge; niemand sonst würde eine derart intime Nähe zu Vampiren gestatten, und niemandem als den „Zigeunern“ ist sie gestattet. Da sich die Untoten nicht selbst verladen können, wäre ohne die Hilfe der „Zigeuner“ der Übergriff Draculas auf den europäischen Westen nicht möglich gewesen. Dies bedeutet auch, dass Dracula ohne die Vermittlung der Zigeuner nicht durch den Rachefeldzug des Westens zu Ende kommen kann. Die „Zigeuner“ sind hier Unterstützer des Jüdisch-Bösen, indem sie ihm zunächst in den europäischen Westen verhelfen; diesbezüglich ähnelt ihre Rolle dem alten Stereotyp von den „Zigeunern“ als Spionen der Heiden. Sie sind aber letztlich keine zuverlässigen Helfer – und hier trägt ihre Repräsentation Anleihen an die Vorstellung von den im Kampf versagenden, feigen „Zigeunern“.

Harker hebt hervor, dass nur die „Zigeuner“ dieser östlichen Landstriche (im Unterschied zu jenen, die in anderen Erdteilen lebten) die oben beschriebenen Züge besäßen, und dass dies mit ihrem Status in Osteuropa (als Sklaven) zusammenhänge. Die Identitätsmarkierung der „Zigeuner“ wird mit jener Draculas gleichsam überschrieben, da sie sich, wie Harker aus seinen nicht näher genannten Büchern zu berichten weiß, selbst mit dem Namen ihres Herren (Dracula) benennen und, nimmt man das ernst, somit selbst Dracula sind. Schon die Anfangsbuchstaben ihres Namens, „Szgary“ (68), teilen sie mit dem Grafen, der als Szekler eingeführt wird,

und in der Tat sind sie diesem so treu verbunden, dass sie Jonathan Harker nicht nur nicht helfen, sondern die geheimen Briefe, die er ihnen anvertraut hatte, an Dracula ausliefern. Mit dieser Verweigerung des Seitenwechsels stehen die „Zigeuner“ fest auf der Seite des Perversen, Dekadenten, Bedrohlichen, des Osteuropäisch-Jüdisch-Bösen. Stoker gestaltet hier Quellen aus der Reiseliteratur, die häufig von dem menschenunwürdigen Status der als Sklaven ihren Besitzern vielfach ausgelieferten Roma in den Fürstentümern Walachei und Moldau berichten.³⁶

Dem Roman gelingt es nur in geringem Maß, die abwertende Semantisierung der „Zigeuner“ zu durchbrechen und kritisch zu reflektieren. Reflexionsmomente sind durchaus eingebaut. So wie im Fall des Grafen mit dem Verweis auf „Tausendundeinenacht“ auf den Projektionscharakter des Wissens über Osteuropa hingedeutet wird, zeugt die Nennung der „Zigeuner“-Bücher Harkers und vor allem die Berufung auf einen Orientalisten als oberste Instanz – auf Ármin Vámbéry (1832–1913), einen real existierenden Freund Stokers – zumindest von einem Bewusstsein dessen, dass die Informationen über Transsilvanien und die „Zigeuner“ einem bestimmten Regeln folgenden Blickregime entstammen. Am Schluss des Romans steht der relativierende Hinweis der westlichen Expeditionsmitglieder darauf, dass sie zum „Beweis“ (541) der Geschichte über „kaum ein einziges authentisches Dokument“ (541) verfügen, sondern nur über ihre verschriftlichten subjektiven Fiktionen.

Die osteuropäische Rezeption des Stoffes zeigt aber, wie leicht dennoch eine Geltung der in Dracula entworfenen Semantiken angenommen wird: Insbesondere in rumänischen Neuarrangements des Romanstoffs geht es oftmals um die moralische Reinwaschung und Rumänisierung des Grafen, der weder interner Fremder, noch Vertreter einer anderen (illegitimen) Ordnung der Dinge mehr ist, sondern ein Kämpfer für die Nation ante literam und Opfer westeuropäischer Verleumdung. So richtig die Intuition für das machtasymmetrische Repräsentationsregime sein mag, so ungewollt grotesk und eindimensional wirken diese Dracula-Figuren.³⁷ Zudem

36 Vgl. Simina Melwisch-Birăescu, Zwischen Philanthropie und Verachtung. „Zigeuner“ als politische und ethnographische Objekte in Rumänien und Österreich-Ungarn (1840–1890), in: Uerlings/Patrut (Hrsg.), „Zigeuner“ und Nation, S. 381–400.

37 Dracula wird als willkürlicher Schlächter der Zigeuner dargestellt bei dem Meistersinger Mich(a)el Beheim. Vgl. Hans Gille/Ingeborg Spriewald (Hrsg.), Die Gedichte des Michel Beheim. Nach der Heidelberger Hs.cpg 334 unter Heranziehung der Heidelberger Hs.cpg 312 und der Münchener Hs.cgm 291 sowie sämtlicher Teilhandschriften, Berlin 1972, bes. S. 295 f.

potenzieren sie die Exklusion von Juden und Roma in anderer Weise – indem sie sie aus dem imaginären Körper der rumänischen Nation ganz ausblenden.³⁸

Insgesamt werden in Bram Stokers *Dracula* die Semantiken des „Jüdischen“, „Zigeunerischen“ und „Osteuropäischen“ so neu inszeniert, dass sie sich gegenseitig stützen und bestätigen. Die „östlichen“ Roma und Juden werden dadurch als Fluchtpunkt der Alteritäts-Fantasien bestätigt: Hier, im Osten des Kontinents, offenbart sich demnach das angebliche eigentliche Wesen der „Zigeuner“ und auch des „Jüdischen“: Beides geht eine Allianz ein, um ausgehend von diesen osteuropäischen Landstrichen die westliche Zivilisation zu bedrohen. Der Roman bleibt also in dieser Hinsicht höchst ambivalent – wenn man ihm auch als Leistung anrechnen kann, dass er die Ausmaße der Stigmatisierung binneneuropäischer „innerer Fremder“, den quasi-kolonialen Blick auf den Osten, und vor allem die Wechselbeziehungen zwischen diesen Semantiken auf den Punkt genau veranschaulicht.

Eine kurze Erzählung, *The Gypsy Profecy*,³⁹ gewährt demgegenüber Einblick in Stokers Repräsentationsweise der „Zigeuner“ in „der übrigen Welt“ (68) – also außerhalb des europäischen Ostens: Ebenfalls als Fremde semantisiert, leben sie in ihrem Lager in Zelten, verdienen recht gut mit magischen Praktiken wie der Wahr-

38 Vgl. hierzu etwa Corneliu Leu, *Plîngerea lui Dracula. Scrisori scrise sau nescrise, trimise sau netrimise de către Vlad Draculea Domn si Voievod al Țării Românești zis mai târziu și Țepeș-Vodă de la anii 6972/6982/6984 aflate si grijite pentru tipar la BUCUREȘTI cetate pe care el a înscris-o primul în hrisoave cu acest nume La cinci sute de ani de la UCIDEREA DOMNITORULUI adică, pe la anii noștri, așa cum se scriu dupa milesim: 1476-1976*, Bukarest 1977. In den Roman eingefügt ist neben Mich(a)el Beheims berühmtem Text (Fragmente din poemul unui contemporan al lui Vlad Țepeș: Michael Beheim, Leu, Plîngerea, S. 229) der Sankt Gallerer Vlad Țepeș-Druck (Narațiunile germane asupra lui Vlad Țepeș: „Van deme quaden thyrane Dracole wyda“, Leu, Plîngerea, S. 201), dessen Wiederentdeckung vor Kurzem gefeiert wurde. Andreas Tesarik, Michael Beheim – *Draculas Rufmörder*, in: *Maske und Kothurn* 41 (1998) 1–2, S. 27–30. Die Version Beheims berichtet davon, dass ein „Zigeuner“, der etwas gestohlen hatte, einen Schutzbrief Kaiser Sigismunds vorweisen kann, der ihn vor dem Tod durch den Strang bewahrt; darauf hin befiehlt Vlad, dass der „Zigeuner“ in einem großen Kessel gekocht wird. Weitere wichtige rumänische Neuarrangements des *Dracula*-Stoffes finden sich bei Mihai Ungheanu, *Răstălmăcirea lui Țepeș – Dracula un roman politic?* Bukarest 1992 sowie bei Dieter Schlesak, *Vlad. Die Dracula-Korrektur*. Roman, Ludwigsburg 2007 (mit einer ausführlichen Bibliografie S. 195–197).

39 Bram Stoker, *The Gypsy Prophecy*, in: ders.: *Dracula's Guest & Other Stories*. With an Introduction by David Stuart Davies, Hertfordshire 2006, S. 71–78.

sagerei und sind ansonsten aus allen maßgeblichen ökonomischen, politischen und kulturellen Abläufen der zivilisierten Gesellschaft exkludiert. Von ihnen geht durchaus eine Bedrohung für die Bürgerlichkeit, Moral und Geschlechterordnung der britischen Gesellschaft aus, aber letzten Endes rufen sie in der viktorianischen Gesellschaft nur eine marginale Irritation hervor, die Teil ihrer Normalisierung ist. So führt die Prophezeiung der „Zigeuner“-Königin, der Rechtsanwältin Joshua Consideine würde seine Frau ermorden, dazu, dass diese einen hysterischen Anfall bekommt und sich selbst verletzt, schließlich jedoch gerade infolge dieses Ereignisses von allem Irrationalismus geheilt ist. Die Beziehung der Eheleute ist am Ende durch den offenkundigen Sieg der Vernunft und des Vertrauens gefestigt. Die osteuropäischen „Zigeuner“ sind demgegenüber wesentlich bedrohlicher, und das hängt im Wesentlichen damit zusammen, dass im Osten die Bedingungen für eine unerschütterliche Allianz mit dem Vampirisch-„Jüdischen“, wie es der Graf verkörpert, gegeben sind – u. a., weil die Roma dort über Jahrhunderte als Sklaven solcher Herren lebten, die den Westeuropäern unterlegen waren.⁴⁰ Diese subalternen „Exoten der Exoten“ werden für das zivilisierte Europa also dann bedrohlich, wenn der Herr, in dessen Bann sie stehen, selbst nicht nur eine osteuropäisch markierte Grenzfigur ist, sondern auch die antisemitische Angst vor dem unerkennbaren omnipräsenten inneren Fremden verkörpert. Dieser Aspekt fehlt in der Semantisierung der durch Großbritannien streifenden „Zigeuner“ in Stokers *The Gypsy Profecy*, die unabhängig und selbstbewusst auftreten und ihr Geschäft der doppelzüngigen Wahrsagerei betreiben.

Die britischen „Zigeuner“ stehen im Bann⁴¹ der dortigen Mehrheitsgesellschaft; diejenigen in Siebenbürgen werden aus dem Bann des Vampirisch-„Jüdischen“ befreit und ebenfalls in jenen der westlich-zivilisierten Gesellschaft gebracht, die sich im Zeichen des „guten Fortschritts“ in Transsilvanien ausbreitet.

40 Anonymus, Skizzen aus der kleinen Walachei, in: *Globus. Illustrierte Zeitschrift für Länder- und Völkerkunde mit besonderer Berücksichtigung der Anthropologie und Ethnologie*, hrsg. v. Karl Andree, Bd. 15, Braunschweig 1869, S. 289–296; Guillaume Lejean, *Ethnographie de la Turquie d'Europe*. Ergänzungsheft zu Petermanns geographischen Mitteilungen, Nr. 4, Gotha 1861, S. 10 ff.

41 „Bann“ wird hier durchaus im Sinne Agambens gebraucht, d. h. es geht darum, dass sich der Innenbereich der Gesellschaften erst im Modus der Verbannung von Anderen, erst durch die Vogelfreien konstituiert. Giorgio Agamben, *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*, Frankfurt a. M. 2007.

Franz Kafka

Franz Kafkas Stellung zum Judentum sowie die Semantiken des „Jüdischen“, die Kafka aus den zeitgenössischen Diskursen aufgreift und in seinen Texten neu inszeniert,⁴² wurden bereits intensiv erforscht – nicht aber die Semantiken des „Zigeunerischen“ oder die Relation beider zueinander. Einzelne Volksgruppen oder Glaubensgemeinschaften werden bei Kafka nur selten ausdrücklich genannt, und sie sind oft in ein verfremdendes Netz an Verweisen eingebunden, die ein Referieren auf tatsächliche Gruppen allenfalls aufscheinen lässt. Dieses Vorgehen wird man unschwer dahingehend deuten können, dass es die Fragwürdigkeit kollektiver Identitätsbildung, überhaupt der Semantisierung als Gruppe sowie darauf beruhender Hierarchisierungen herausstellt. Daraus ergibt sich die Brisanz der häufig – meist zugunsten biografischer, psychoanalytischer oder auf eine Metaphysik der Schrift abhebender Interpretationen – vernachlässigten politischen Dimension von Kafkas Texten, die sich gerade nicht in der expliziten Auseinandersetzung mit konkret benannten Gruppen äußert, sondern auf abstrakterer Ebene zu suchen ist. So geht es in dem Fragment *Beim Bau der chinesischen Mauer* (entstanden 1917, posthum erschienen 1931) um Hierarchisierungs- und Exklusionsprozesse, denen eine Mikroanalyse der Struktur von Differenzen innerhalb der Habsburger Monarchie (und in Europa) innewohnt: Ein gigantisches Mauerwerk wird erbaut, das als Grenze dienen soll; gleichzeitig repräsentiert es metaphorisch die gesamte Kulturproduktion der beschriebenen Gesellschaft, die, wie sich zeigt, zunehmend einer als Vaterlandsliebe daherkommenden nationalistischen und rassistischen Ideologie verfällt. Die Mauer ist „zum Schutz gegen die Nordvölker gedacht“ (338),⁴³ allerdings ist sie

42 Ritchie Robertson, *The Problem of „Jewish Self-Hatred“* in Herzl, Kraus and Kafka, in: *Oxford German Studies* 16 (1985), S. 81–108; Peter Sprengel, *Kafka und der „wilde Mensch“*. Neues von Jizchak Löwy und dem jiddischen Theater, in: *Jahrbuch der Schiller-Gesellschaft* 39 (1995), S. 305–323; Petra Rennecke, *Kartographie des Denkens*. Kafka und Benjamin im Kontext von Judentum und Moderne, in: *Zeitschrift für deutsche Philologie* 126 (2007), S. 273–296; Eva Horn, *Die Ungestalt des Feindes: Nomaden, Schwärme*, in: *Modern Language Notes* 123 (2008), S. 656–675; Gerhard Lauer, *Die Erfindung der kleinen Literatur*. Kafka und die jiddische Literatur, in: *Manfred Engel/Dieter Lamping* (Hrsg.), *Franz Kafka und die Weltliteratur*, Göttingen 2006, S. 125–143.

43 Die in Klammern angegebenen Seitenangaben sind der folgenden Ausgabe entnommen: Franz Kafka, *Nachgelassene Schriften und Fragmente I*, hrsg. von Malcom Pasley (Franz

„nicht zusammenhängend“ (338) gebaut – d. h., so kann man deuten, sie besteht aus lauter inneren Widersprüchen und Inkonsequenzen. Auch die „Nordvölker“, gegen die sie schützen soll, erweisen sich als Fantasma (347). In knappster Form verdichtet Kafka die Stigmatisierung fremder Völker als grausame Primitive, wie sie in Wissensproduktion und auch in jener Literatur erfolgt, die, wie es ironisch heißt, „wahrheitsgetreue“ Bilder entwirft. Die „Wahrheit“, von der sich diese Literatur nicht zu lösen vermag, ist jene der historischen, zur Tradition verfestigten Wissensproduktion. Da diese Texte im Text nicht näher beschrieben werden, bleibt allerdings offen, ob diese Einschätzung nicht mit der Deutungsschwäche des Erzählers zusammenhängt. Ein unaufmerksamer Leser könnte auch Kafkas Beim Bau der chinesischen Mauer als Geschichte von dem erfolglosen Versuch, sich vor den Nordvölkern zu schützen, interpretieren.

Die Semantisierung der Nordvölker deckt sich weitgehend mit jener der „Zigeuner“ aus dem unzivilisiert-barbarischen europäischen Osten: Sie sind Nomaden, die Grenzmarkierungen vom Betreten eines staatlichen Territoriums abhalten sollen, ganz wie die sogenannten Zigeunergalgen in der Zeit des Feudalabsolutismus die als „Zigeuner“ Stigmatisierten an den Grenzen der Fürstentümer unter Androhung der Todesstrafe in Bann halten sollten. Sie sind ferner, ganz wie Stokers „Zigeuner“, fast mit ihren Pferden verwachsen und bewegen sich mit großer Geschwindigkeit fort; anders als in *Dracula* sind und bleiben sie jedoch uneinholbar. Sie befinden sich, wie der Erzähler vermutet, trotz aller zu ihrer Exklusion angewandten Mühe doch auf dem Staatsterritorium, was sie ihrem Geschick, sich jeder Überwachung zu entziehen, zu verdanken haben (338 f.).

An die Semantisierung der „Zigeuner“ erinnert neben dem Fehlen fester Wohnsitze (und ihrem Äußeren, zu dem stets die weiß blitzenden Zähne⁴⁴ gehören) ihre seit Thomasius und Grellmann immer wieder beschriebene Fähigkeit, selbst streng bewachte Grenzen, wie etwa jene zwischen Osmanen und Christen, oder selbst Frontlinien zu überqueren. Diese „Zigeuner“/Nomaden erscheinen hier zudem als eigentliche Experten hinsichtlich der Konstruktion (der „Baufortschritte“) an homogener nationaler Identität. Das Vorhaben, innere Homogenität des Volkes herzustellen, scheitert also, und die Nordvölker sind, eben noch als radikale Fremde

Kafka, Schriften und Tagebücher. Kritische Ausgabe, hrsg. von Jürgen Born/Gerhard Neumann/Malcom Pasley/Jost Schillemeit), Frankfurt a. M. 2002.

44 Grellmann, Versuch, S. 41.

beschrieben, so scheint es, längst anwesend und zu unsichtbaren inneren Fremden geworden. Deutet man den Bau der chinesischen Mauer als Metapher der Arbeit am „Volkswerk“ (342), wie der Erzähler selbst formuliert, so zeigt der Text, dass die Vision der Homogenität („Einheit! Einheit! Brust an Brust, ein Reigen des Volkes, Blut, nicht mehr eingesperrt im kärglichen Kreislauf des Körpers, sondern süß rollend und doch wiederkehrend“, 342) im zwangsläufig fragmentarischen und letztlich dysfunktionalen Charakter der Mauer zum Scheitern verurteilt ist.⁴⁵ Beim Bau der chinesischen Mauer dekonstruiert also kollektive Identitäten ebenso wie den westeuropäischen Diskurs der Stigmatisierung innerer wie äußerer Fremder. Auch beschreibt er die Mechanismen der nationalistischen Radikalisierung und Entdifferenzierung aller gesellschaftlichen Funktionsbereiche: „[...] die Baukunst, insbesondere das Maurerhandwerk, [wurde] zur wichtigsten Wissenschaft erklärt und alles andere nur anerkannt, soweit es damit in Beziehung stand“ (339 f.). Insgesamt kann man festhalten, dass Beim Bau der chinesischen Mauer die deutsch-österreichischen Konstruktionen der „bedrohlichen Wilden“ (insbesondere der „Zigeuner“ im europäischen Osten) ironisch zur Anschauung bringt – u. a. durch die Verfremdung als Nomaden im Norden Chinas – und dabei ad absurdum führt. In jedem Falle problematisiert der Text eine in Europa und insbesondere in der österreichisch-ungarischen Monarchie allgegenwärtige Situation: Staaten versuchen sich als abgeschlossene, homogene Volksgemeinschaften zu gerieren und ziehen dazu ein stereotypes Feindbild der andersartigen, bedrohlichen Fremden heran, die es auszuschließen gilt. Sie sind jedoch längst anwesend, und eben aus dem Grund unsichtbar, weil sie nicht dem Stigma oder dem Stereotyp entsprechen. Semantiken aus antisemitischen Diskursen (der unsichtbare innere Fremde, der heimatlos umherziehende „juif errant“⁴⁶) und antiziganistischen (der wilde berittene Nomade, den es an den Grenzen zu bannen gilt) überschneiden sich, und beiden wohnte um 1900 die Angst vor den fremden Zuwanderern aus dem Osten inne. Die Verfremdungen in Kafkas Text (zu den augenscheinlichsten zählen Kontinent, Land

45 Vgl. auch Alexander Honold, Kafkas vergleichende Völkerkunde: Beim Bau der chinesischen Mauer, in: Axel Dunker (Hrsg.), (Post-)Kolonialismus und deutsche Literatur, Bielefeld 2004, S. 203–218.

46 Vgl. den aktuellen Überblick: Mona Körte, Unendliche Wiederkehr. Der Ewige Jude und die Literatur, in: Willi Jasper/Eva Lezzi/Elke Liebs/Helmut Peitsch (Hrsg.), Juden und Judentum in der deutschsprachigen Literatur, Wiesbaden 2006, S. 43–59, hier S. 47 f.

und Himmelsrichtungen) wirken, insgesamt gesehen, ebenfalls als Dekonstruktion der zeitgenössischen exkludierenden Diskurse und Selbstentwürfe als homogener Gruppe.

Eine recht ähnliche Konstellation scheint in Ein altes Blatt (1917) auf.⁴⁷ Auch dieser Text wird aus der Perspektive eines Mitglieds der Mehrheitsgesellschaft erzählt, auch hier bringen Fremde die herrschende Ordnung, das geregelte Miteinander von gutbürgerlichen „Handwerkern und Geschäftsleuten“ (361) durcheinander. Auch das Geschehen dieses Textes war ursprünglich in China verortet,⁴⁸ lässt sich dabei jedoch leicht als Auseinandersetzung mit binneneuropäischen Verhältnissen deuten. Das Hauptanliegen des Erzählers, eines Schusters, ist es, die Exklusion plötzlich anwesender Fremder zu erlangen. Er bezeichnet diese als „Nomaden aus dem Norden“ (358) und impliziert damit, dass sie wieder fortziehen sollten. Sie haben sich jedoch offenkundig auf dem Platz vor dem „kaiserlichen Palast“ (358) niedergelassen und beabsichtigen nicht, ihn wieder zu verlassen. Die hier beschriebenen Nomaden tragen abermals aus der antiziganistischen Wissensproduktion entlehene Züge: Sie ernähren sich wie Tiere von rohem Fleisch und Aas – eine Vorstellung, die gemeinsam mit dem Kannibalismus-Vorwurf bereits in der Frühen Neuzeit auftaucht, von Grellmann⁴⁹ neu formuliert und in der osteuropäischen Wissensproduktion um 1900 speziell mit Bezug auf die siebenbürgischen und rumänischen Roma bestätigt wurde. Grellmann – dessen Schriften bekanntlich aus in den Wiener Anzeigen anonym veröffentlichten Beschreibungen osteuropäischer Roma schöpften – nahm lediglich die Pferde vom Speisezettel der „Zigeuner“ aus, und Kafka greift auch dies hyperbolisierend auf und kehrt es um: „Auch ihre Pferde fressen Fleisch [...]“ (360); geradezu vampirische Züge nehmen die Nomaden an, wenn sie sich auf einen erbärmlich brüllenden lebendigen Ochsen stürzen „um mit

47 Vgl. dazu auch Horn, Ungestalt, S. 659–688; Katerina Karkassi, Franz Kafka: Ein altes Blatt, in: Kafka. Schriftenreihe der deutschen Kafka-Gesellschaft 2 (2008), S. 263–273; Peter-André Alt, Franz Kafka. Der ewige Sohn. Eine Biographie, München 2008, S. 31, sowie Malte Kleinwort, Kafkas Verfahren. Literatur, Individuum und Gesellschaft im Umkreis von Kafkas Briefen an Milena, Würzburg 2004, S. 152 f.

48 Der Titel sollte ursprünglich Ein altes Blatt aus China lauten, Kafka strich jedoch die Ortsangabe; dadurch liegt es nah, dass der China-Bezug von nachrangiger Bedeutung ist. Vgl. Franz Kafka, Drucke zu Lebzeiten. Apparatband, hrsg. v. Wolf Kittler/Hans-Gerd Koch/Gerhard Neumann (Franz Kafka, Schriften Tagebücher. Kritische Ausgabe. Hrsg. von Jürgen Born/Gerhard Neumann/Malcom Pasley/Jost Schillemeit), Frankfurt a. M. 1996, S. 323.

49 Grellmann, Versuch, S. 42.

den Zähnen Stücke aus seinem warmen Fleisch zu reißen“ (360). In der Semantisierung der Nomaden tauchen in vielfacher Hinsicht Devianzdiskurse auf: Sie sind nicht nur „Wilde“, sondern auch „Irre“ oder jedenfalls „geistig Zurückgebliebene“. Auch dies haben sie mit zeitgenössischen „Zigeuner“-Diskursen gemeinsam; sie verkörpern geradezu den Diskurs des „Parasiten“, wie ihn etwa der Schweizer Psychiater Josef Jörger am Beispiel der Schweizer Familie Zero entfaltet und Anstalten gemacht hatte, den eugenischen „Nachweis“ des angeblichen Mangels an psychischen und kognitiven Fähigkeiten der jenen Familie zu erbringen.⁵⁰ So meint auch Kafkas Erzähler, die Nomaden seien nicht in der Lage, sich vernünftig auszudrücken, sie besäßen offenbar keine eigene Sprache, sondern zögen „Grimassen; dann dreht sich das Weiß ihrer Augen und Schaum schwillt aus ihrem Munde, doch wollen sie damit weder etwas sagen noch auch erschrecken, sie tun es, weil es so ihre Art ist“ (359). Damit verweist der Text Kafkas unübersehbar auf zeitgenössische Rassediskurse.⁵¹

Eine weitere Überschneidung mit dem „Zigeuner“-Diskurs (insbesondere dem auf Osteuropa bezogenen) liegt darin, dass den Nomaden jeder Begriff des Besitzes fehlt. Sie bedienen sich am Eigentum anderer wieder einmal, „weil es so ihre Art ist. Was sie brauchen, nehmen sie. Man kann nicht sagen, daß sie Gewalt anwenden. Vor ihrem Zugriff tritt man beiseite und überläßt ihnen alles“ (359). Im antiziganistischen Diskurs ist die Argumentation verbreitet, derzufolge „Zigeuner“ (insbesondere die osteuropäischen) aufgrund einer angeblichen Unfähigkeit zum Verständnis von Moral, Eigentum und weiterer Regeln des bürgerlichen Miteinanders zu Diebstahl neigen würden, und diese Vorstellung erfährt mit der Rassehygiene um 1900 eine neue (dezidiert rassistische) Konjunktur; „Schmarozertum“⁵² wurde

50 Josef Jörger, Die Familie Zero, in: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie 2 (1905), S. 494–559.

51 Exemplarisch seien hier nur genannt Eduard Reich, Studien über die Volksseele aus dem Gesichtspunkte der Physiologie und Hygiene, Jena 1879, insb. S. 54 oder Ludwig Woltmann, Politische Anthropologie. Eine Untersuchung über den Einfluss der Descendenztheorie auf die Lehre von der politischen Entwicklung der Völker, Leipzig 1903, S. 251. Zum Forschungsstand vgl. Uwe Hossfeld, Geschichte der biologischen Anthropologie in Deutschland von den Anfängen bis in die Nachkriegszeit, Stuttgart 2005, S. 167–205.

52 Vgl. zum Diskurs um arbeitsscheue „Zigeuner“ etwa Adolph Erman, Archiv für wissenschaftliche Kunde von Rußland, Bd. 13, Berlin 1853, S. 67; zu Ostjuden siehe Friedrich von Oppeln-Bronikowski, Antisemitismus? Eine unparteiische Prüfung des Problems, Charlottenburg 1920, S. 48.

zu einem harten Exklusionskriterium. All diese Eigenschaften (Faulheit, Arbeitsunwilligkeit, mutwillige Bettelei⁵³ und „Parasitentum“) warf man nicht allein den Roma vor, sondern – insbesondere während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – auch den Juden, die aus dem östlichen Europa kamen. Kafkas Erzählung richtet sich mit seiner hyperbolisch-perhorreszierenden Darstellung der Nomaden gegen das exkludierende Repräsentationsregime, das um den Fortbestand des bürgerlichen Status quo bangte und rassehygienisch begründete Zersetzungsphantasien hervorbrachte. Die Fremden sind in dieser Erzählung gekommen, um zu bleiben – dennoch lässt der Erzähler keinen Zweifel daran, dass sie nicht in die Gemeinschaft gehören: Sie sollen als „äußere Fremde“ markiert bleiben, auch wenn sie längst „innere Fremde“ sind. Der Dreh- und Angelpunkt der Erzählung liegt in der Kari- kierung dieses „fremd machenden Blicks“. Die Empörung des Erzählers darüber, dass das Zentrum der Macht, der Kaiser, in Anbetracht der Anwesenheit der Nomaden tatenlos bleibt, könnte als ironische Spiegelung der Unzufriedenheit mit dem Vorschreiten der rechtlichen Inklusion von Juden und Roma in Deutschland und Österreich sowie der Klagen über die fehlende Kraft des österreichisch-ungarischen Kaisers verstanden werden: „Uns Handwerkern und Geschäftsleuten ist die Rettung des Vaterlandes anvertraut [...]“ (361), klagt der Schuster.

Der Bezug zur Vampir- und Dracula-Thematik liegt auf der Hand: Die Fremden, die Anspielungen auf die „Ostjuden“ und „Ost-Roma“ in sich tragen, haben es, in der Perspektive des erzählenden Handwerkers, entsprechend ihrer „primitiven“ Zivilisationsstufe hauptsächlich auf eines abgesehen: Auf frisches Blut, mit dem sie ihren unersättlichen Hunger wenn auch nicht stillen, so doch besänftigen.⁵⁴ Ihre blitzenden Zähne spielen nicht mehr allein auf das „Zigeuner“-Stereotyp an, sondern werden (wie die Nomaden insgesamt⁵⁵) zu einer Metapher für das Aus-

53 Einen Überblick dieses antiziganistischen Diskurses bietet der Band: Gesellschaft für Antiziganismusforschung (Hrsg.), „Diebstahl im Blick?“ Die Kriminalisierung der „Zigeuner“, Seeheim 2005.

54 Auf Parallelen zwischen dem Dracula-Stoff und Kafkas Texten wurde bereits verwiesen. Vgl. Peter-André Alt, Kafka und der Film. Über kinematographisches Erzählen, München 2009, S. 170.

55 Der Thematik des Nomadischen bei Kafka haben Deleuze/Guattari eine viel beachtete Untersuchung gewidmet, die interessante Zusammenhänge aufdeckt, jedoch die politische, auf gesellschaftliche Entwicklungen bezogene Dimension von Kafkas Texten unterschätzt. Gilles Deleuze/Félix Guattari, Kafka: für eine kleine Literatur, Frankfurt a. M. 1976, S. 29.

geschlossene, die als Kippfigur die hässliche Fratze der geordneten bürgerlichen Gesellschaft zeigt, das eingeschlossene Ausgeschlossene. Damit repräsentieren diese grausamen „Wilden“ ein ganz ähnliches Fantasma wie Bram Stokers Monster namens Dracula: Fremde, die vermutlich aus dem Osten kommen, Züge des unto-ten Ewigen Juden tragen, saugen an dem Blut einer an sich intakten Gemeinschaft und bringen sie zum Generalkollaps. Während Dracula die „Zigeuner“ als Helfer und Begleiter im osteuropäischen Transsilvanien beigegeben sind, findet bei Kafka eine karnevaleske Konvergenz der Semantisierungen Osteuropas, der Juden und der „Zigeuner“ statt, die groteske Züge trägt und radikal dekonstruierend wirkt. Und es kommt noch hinzu: Die Nomaden sind nicht ganz stumm, untereinander verständigen sie sich „wie Dohlen“ (359). Der Vergleich der „Zigeuner“ mit Dohlen ist in der antiziganistischen Wissensproduktion allgegenwärtig.⁵⁶ In der Kafka-Forschung ist zugleich die Selbstreflexion der Kafkaschen Autorimago als Dohlevieldiskutiert.⁵⁷ Hier liegt also eine selten dichte Hypercodierung von Kafka/Dohle vor, die mit zahlreichen ästhetischen wie politischen Implikationen versehen ist.⁵⁸ Im vorliegenden Zusammenhang weiterführend ist, dass erstens die Interpretation der Nomaden als Anspielung auf die Stigmatisierung der „Zigeuner“ dadurch an Plausibilität gewinnt, und zweitens, dass die „Zigeuner“ dadurch auf die vielfältigen Kontexte bezogen werden, in die Kafka seine eigene Autorimago platziert. In gewissem Sinne geht durch diese Konstruktion die künstlerische Urhebererschaft auf die „Zigeuner“ über, und es kristallisiert sich hier eine Konstellation der „Kunst-Zigeuner“⁵⁹ heraus, die spätestens seit der Romantik zum (nicht immer unproble-

56 Grellmann, Versuch, S. 21; Heinrich von Wlislöck, Aus dem inneren Leben der Zigeuner. Ethnologische Mitteilungen, Berlin 1892, S. 200.

57 Siehe etwa Gerhard Neumann, Der Zauber des Anfangs und das „Zögern vor der Geburt“. Kafkas Poetologie des „riskantesten Augenblicks“, in: Hans Dieter Zimmermann (Hrsg.), Nach erneuter Lektüre. Franz Kafkas „Der Proceß“, Würzburg 1992, S. 121–142, hier S. 126.

58 Hierzu vor allem: Marek Nekula, Vorwort. Juden zwischen Deutschen und Tschechen, in: Marek Nekula/Walter Koschmal (Hrsg.), Juden zwischen Deutschen und Tschechen, München 2006, S. 125–150, hier S. 142. Vgl. auch Klaus Wagenbach, Franz Kafka, Reinbek 2002, S. 18.

59 Stefani Kugler, Kunst-Zigeuner. Konstruktionen des „Zigeuners“ in der deutschen Literatur der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Trier 2004; Claudia Breger, Die Ortlosigkeit des Fremden. „Zigeunerinnen“ und „Zigeuner“ in der deutschsprachigen Literatur um 1800, Köln 1998.

matischen) Topos künstlerischer Selbstreflexion und gesellschaftlicher Beobachtung „von außen“ wurde. Ein altes Blatt ist hier insofern innovativ, als die Prozesse der Exklusion und Stigmatisierung im Zentrum des Textes stehen, und dennoch, oder vielmehr gerade dadurch die „Zigeuner“ die Kunst auf den Vorhof des Palastes bringen, und zwar als einen Schrei, nämlich als „Schrei der Dohlen“ (359). Dieser Zusammenhang erinnert insgesamt an Kafkas berühmte Aussage von der gesellschaftlichen Sprengkraft der Kunst bzw. des „Buch[s]“ (und seiner Blätter) als „Axt [...] für das gefrorene Meer in uns“⁶⁰ – denn die Nomaden sind bewaffnet und ihre einzige Arbeit im engeren Sinne besteht „in dem Schärfen der Schwerter, dem Zuspitzen der Pfeile“ (358).

Damit stünden die „Zigeuner“/Nomaden für eine ganz andere Facette der Kunst als jene, auf die in Texten wie *Der Process* (1914/erschienen 1925) ausgehend von der jüdischen „endlosen Auslegung der Schrift“ verwiesen wird. Beiden ist jedoch das dekonstruierend-erschütternde Potenzial gemeinsam, und in beiden Fällen ist die Kunst der „inneren Fremden“ die eigentliche Kunst, gerade weil sie am besten um die Struktur gesellschaftlicher Gewaltprozesse weiß.

Zusätzliche Bestätigung der oben entwickelten Zusammenhänge bieten autobiografische Äußerungen Kafkas und damit zusammenhängende Begebenheiten, die sich ebenfalls auf Stigmatisierungsprozesse von „Jüdischem“ und „Zigeunerischem“ und auf deren Überschneidung beziehen. Besonders markant ist der Name der Synagoge, die von Kafka und seinen Eltern besucht wurde: „Zigeuner-Synagoge“. Hier wurde Kafka als Bar Mizwa, als „Sohn der Pflicht“, in die Gemeinschaft erwachsener Männer aufgenommen.⁶¹ Diese Amalgamierung ist weder in der Alltagssprachlichen Herausbildung neuer Toponyme noch als selbst gewählte Identitätsmarkierung von Schriftstellern ein Einzelfall. Anke Benholdt-Thomsen hat darauf hingewiesen, dass persönliche Begegnungen Kafkas mit Roma (möglicherweise mit aus Osteuropa in den Westen migrierenden) den Anlass für die literarische Auseinandersetzung mit Semantisierungen der „Zigeuner“ geboten haben könnten.⁶²

60 Brief Kafkas an Oskar Pollack vom 27. 1. 1904. Franz Kafka, Briefe 1902–1924, hrsg. von Max Brod, Frankfurt a. M. 1966, S. 28.

61 Alt, Franz Kafka, S. 70.

62 Anke Benholdt-Thomsen, Schreiben statt Leben. Zu Kafkas Tagebüchern, in: Marie Haller-Neuermann/Dieter Rehwinkel, Franz Kafka. Visionär der Moderne, Göttingen 2008, S. 15–36, hier S. 28. Auch Kafkas Forschungen eines Hundes enthalten Spuren der Auseinandersetzung mit der Überschneidung von Semantiken des „Zigeunerischen“ und des „Jüdischen“.

Nicht unerwähnt bleiben darf hier *Das Schloß* (1922, Druck 1926).⁶³ Das Romanfragment greift mit dem Protagonisten K die Ahasver-Thematik auf. K möchte sich als entwurzelter Ankömmling in einer geschlossenen Gemeinschaft niederlassen, die ihm gleich zu Beginn eine „jüdisch“ markierte Physiognomie (als Porträt eines Unterkastellans) entgegenhält. Damit spielt der Text auf einen sozialen Abstand zwischen West- und Ostjuden an. Auf der einen Seite steht hierbei der Westjude, der sich einen selbst für die meisten Einheimischen schwer zu erreichenden gesellschaftlichen Status erarbeitet, auf der anderen Seite der Ostjude, der von sich sagt, er könne nicht weiter auswandern, sondern sei vielmehr „hierhergekommen, um hier zu bleiben“ (215). Der Ostjude bekommt keinen Platz in der Gesellschaft zuerkannt, er ist ein Außenseiter und bleibt es auch im gesamten Romanverlauf. K beherrscht die Binnenhierarchien und den Habitus der unterschiedlichen Sozialmilieus, in die hinein er gerät, keineswegs, und ähnelt damit osteuropäischen Neuankömmlingen. Der gesellschaftliche Machtapparat, die Verwaltung im Schloss, täuscht zunächst seine Inklusion vor, indem sie Ks wahrscheinlich angemäßen Beruf des Landvermessers anerkennt. Doch geschieht dies, so lässt sich deuten, lediglich in der Absicht, dass sich der Ausschluss gleichsam von selbst vollziehe, ohne dass irgendein greifbarer Beschluss darüber erginge. Verantwortung und Schuld für das eigene Scheitern liegen damit allein bei K. Dies kann als sensible literarische Verarbeitung der Entwicklung hin zur rechtlichen Inklusion gelten, die mit subtilen Ausgrenzungsprozessen und Zugangsbarrieren einhergeht. Teil der vorgetäuschten Inklusion vonseiten der Schlossverwaltung sind die K vom Schloss geschickten Gehilfen, zwei „häßliche schwarze Jungen [...] mit kindisch-närrische[m] Benehmen“ (218), Artur und Jeremias. Sie haben offenbar den Auftrag, die Rolle der Gehilfen zu spielen, die K vermutlich erfunden hatte, um als Landvermesser glaubwürdig zu erscheinen. Eine der Pointen des Textes besteht nun darin, dass diese zwei Angestellten des Schlosses ganz offensichtlich die Rolle stereotyper „Zigeuner“ spielen. Dadurch erfolgt im Zuge der Anerkennung Ks als Landvermesser zugleich eine Aberkennung und Abweisung. Die Übereinstimmung mit „Zigeuner“-Semantiken reicht von dem Äußeren (mehrfach wird auf ihre dunkelbraune Hautfarbe, auf die dunklen Haare und Augen sowie auf ihre blitzenden weißen Zähne hingewiesen),

63 Vgl. dazu auch Hans Dieter Zimmermann, *klam a mam? Zu Kafkas Roman „Das Schloß“*, in: Karl-Erich Grözinger/Stéphane Mosès/Hans Dieter Zimmermann (Hrsg.), *Kafka und das Judentum*, Frankfurt a. M. 1987, S. 224–237.

bis in die Details ihres Habitus: Sie erscheinen wie „Raubtiere“ (393), sie gestikulieren wild, geben sich als aufdringliche Kinder, erbetteln sich Aufmerksamkeit und materielle Zuwendung, haben keinen Respekt vor Ehe und Eigentum; sie überqueren vor allem Grenzen, die außer ihnen niemand zu passieren vermag (insbesondere jene zwischen Schloss und Dorf), sie lassen sich unmöglich abschütteln und weichen, ganz wie die stereotypen Roma aus Osteuropa, trotz alledem nicht von ihrem „Herr[en]“ (212), selbst wenn dieser sie noch so sehr demütigt und aufgrund ihrer Nichtsnutzigkeit davon jagen möchte. Sie leisten, wieder in Übereinstimmung mit dem Klischee, kaum tatsächliche Arbeit, für sie ist letztlich alles Spiel. Mit dieser Volte von den „gespielten Spielern“ (denn Artur und Jeremias sind, wie sich gegen Ende herausstellt, biedere Schloss-Beamte) wird der „Zigeuner“-Diskurs abermals dekonstruiert. Sie sind die falschen Helfer eines fremden Eindringlings, der stereotyp jüdische Züge trägt. Der Text folgt der Perspektive des Fremdlings K und lässt ihn nicht eigentlich „böser“ als die Angehörigen der Schloss-Dorf-Gemeinschaft erscheinen. Die Logik der gesellschaftlichen Schließung ihm gegenüber schimmert K als exkludierende Gewalt und als uneinholbarer Wissensvorsprung entgegen. So weist der Text auf die tatsächliche gesellschaftliche Exklusion gegenüber beiden Gruppen hin.

Fazit

Insgesamt konnte gezeigt werden, dass in der Zeit um 1900 ästhetisch elaborierte Auseinandersetzungen mit den Semantiken des „Jüdischen“ und „Zigeunerischen“ vorlagen. Die besprochenen Texte Bram Stokers und Franz Kafkas spiegeln die exkludierenden Semantiken und Praktiken wider, die sich während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegen Roma und Juden aus Osteuropa und gegen den gesamten europäischen Osten herausbildeten. Auch thematisieren sie die vielfältigen Überschneidungen dieser Semantiken und legen so ihren Konstruktionscharakter offen. Allerdings leistet Stokers Roman keine Dekonstruktion dieser Diskurse, und osteuropäische Neuarrangements des Dracula-Stoffs weisen noch grundlegendere Formen der Exklusion des „Jüdischen“ und der Roma auf. Dracula greift ältere „Zigeuner“-Semantiken auf, indem die Roma im Text als eine von dem „Vampirisch-Jüdisch-Bösen“ instrumentalisierbare Natur-Ressource dargestellt werden.

Bei Kafka handelt es sich um unberechenbare, in vielerlei Hinsicht schillernde „Parasiten“, die sich allerdings als gespielte oder von einem feindseligen Blickregime gemachte „Zigeuner“ erweisen; in Kafkas *Das Schloss* treten sie als Helfer des „Jüdisch-Unerwünschten“ (wahrscheinlich des Ostjüdischen) in Erscheinung. Die Texte beider Autoren konfrontieren mit der Quintessenz perhorreszierender Bilder innerer und äußerer Fremder – ein Zusammenhang, der sich in Kafkas Texten darüber hinaus als Produkt eines machtasymmetrischen, feindseligen Blickregimes erweist, ins Groteske gezogen und von Grund auf dekonstruiert wird.

Antiziganismus in Ungarn – der Topos der unwürdigen Armen im Roma-Diskurs

Manchmal ist es sinnvoll, die Analyse gesellschaftlicher Gegebenheiten aus dem Blick auf eher sekundäre Themenfelder zu entwickeln. Man muss es vielleicht nicht so grundsätzlich formulieren wie Klaus Theweleit, der geschrieben hat: „Wer mitbekommt, was sich im Fußball wagt und wie verschiebt, ist über andere Gesellschaftsbereiche *osmotisch* informiert.“¹ Aber es können Vorgänge im Fußball zumindest Hinweise auf allgemeine gesellschaftliche Prozesse geben. Zwei Beispiele aus unterschiedlichen Epochen, zunächst aus den späten 1960er-Jahren, sollen dies verdeutlichen. Damals hielt sich der berühmte Stürmer des SC Vasas, János Farkas, zusammen mit einem Mannschaftskollegen in einer Budapester Bar auf und wurde von einem Angehörigen der bulgarischen Botschaft mit den Worten „Was trinkst Du, Zigeuner?“ angesprochen, woraufhin sein Freund den Diplomaten zu Boden schlug. Farkas fragte ihn verwundert: „Warum hast Du ihn niedergeschlagen?“ – „Hast Du es denn nicht gehört? Er hat Dich als Zigeuner beschimpft!“ Daraufhin Farkas: „Na und, bin ich das nicht?“²

Diese Geschichte gehört zur Gattung der urban legends; vielleicht ist sie wahr, wenn nicht, dann zumindest gut erfunden. Es lassen sich daraus zwei Sachverhalte ableiten: zum einen, dass zu dieser Zeit ein Sportler nichts dabei fand, ein „Zigeuner“ zu sein und auch als solcher bezeichnet zu werden; und zum anderen, dass Nicht-Zigeuner sich für einen „Zigeuner“ prügeln, wenn sie der Ansicht waren, dass dieser als solcher beschimpft wurde.

Rund 20 Jahre später, im Jahre 1988, begann István Pisont seine Profikarriere bei Honvéd Budapest; er musste die Erfahrung machen, dass die Fans der Gegen-

1 Klaus Theweleit, *Tor zur Welt. Fußball als Realitätsmodell*, Köln 2006, hier S. 120.

2 Iván Hegyi, *Gól úr*, in: *Népszabadság* vom 26. 9. 2009. – Ungarische Zitate werden im Folgenden in der Fußnote angegeben, im Text findet sich die Übersetzung. – „Mit iszol, cigány?“ – „Miért csaptad le?“ „Nem hallottad, lecígányozott!“ – „Na és, nem az vagyok?“

mannschaft ihn laut und aggressiv als „Zigeuner, Zigeuner“ beschimpften und seine Gegenspieler ihm ins Gesicht lachten und sich an seinen Ängsten weideten. Nachdem er ins Ausland gewechselt war, blieb er von derartigen Attacken verschont. István Pisont ist bis heute der letzte ungarische Profi-Sportler, der sich als „Zigeuner“³ bezeichnet hat, seither hat es keiner mehr gewagt.⁴

Man sollte sich davor hüten, solche Anekdoten vorschnell zu verallgemeinern. Eine bestimmte Sorte Fußballfans ist immer sehr einfallsreich, wenn es darum geht, Spieler der anderen Mannschaft zu verunglimpfen. Dennoch illustrieren diese Geschehnisse zweierlei: erstens, dass es bereits in der Spätphase des Sozialismus ohne Weiteres möglich war, Antiziganismus öffentlich zu artikulieren (ähnlich wie Antisemitismus), und zweitens, dass dieser seither nicht zurückgegangen ist, sondern im Gegenteil zugenommen hat.

Sich mit ungarischem Antiziganismus zu beschäftigen, kann aus dieser Sicht bedeuten, Handlungen zu beobachten und zu analysieren. Diese können nicht nur verbale oder tätliche Angriffe sein, sondern auch als alltägliche und/oder institutionalisierte Diskriminierung vorliegen, etwa im Bildungswesen, auf dem Arbeitsmarkt, vor Gericht usw. Antiziganismus kann sich aber auch auf Einstellungen beziehen, wie sie etwa durch die Vorurteilsforschung erhoben werden. Zu beiden Aspekten gibt es reichlich Material, mit dem sich ein umfangreiches Panoptikum des Antiziganismus erstellen ließe.

Im Folgenden soll jedoch ein dritter Aspekt untersucht werden, und zwar das Wirklichkeitsmodell des ungarischen Antiziganismus, wie es sich im gesellschaftlichen Roma-Diskurs artikuliert. Darunter ist der Komplex an Vorstellungen zu verstehen, wer „Zigeuner“ sind, was sie charakterisiert und in welcher Beziehung sie zur Restgesellschaft stehen. Ein solches Wirklichkeitsmodell ist einerseits in weitaus geringerem Ausmaß direkt handlungsrelevant als z. B. affektiv grundierte Einstellungen, andererseits liefert es aber die Rechtfertigung für all diejenigen Positionen, die dem Selbstbild eines zivilisierten Bürgers einer modernen Gesellschaft eigentlich widersprechen. Es liegt in der Natur der Dinge, dass ein Wirklich-

3 Im Folgenden werden die Begriffe „Zigeuner“ und „Roma“ synonym benutzt, da die Quellen keine einheitliche Bezeichnung verwenden, der dortige Begriffsinhalt jedoch im Wesentlichen derselbe ist.

4 Ronny Blaschke, „Zick, zack, Zigeunerpack“, in: Süddeutsche Zeitung vom 29./30. 5. 2010.

keitsmodell am konsistentesten von den gesellschaftlichen Eliten formuliert wird, von Intellektuellen und staatlichen Funktionsträgern. Es soll daher um diejenigen Vorstellungen gehen, die von den gesellschaftlichen Eliten als „Wahrheiten“ über „die Zigeuner“ formuliert werden und die einerseits gesellschaftliches Allgemeinwissen aufgreifen, dieses andererseits aber auch homogenisieren, systematisieren und propagieren und damit dem Antiziganismus gesellschaftliche Akzeptanz verleihen.

Der ungarische Roma-Diskurs dreht sich im Wesentlichen um das Thema unwürdige Armut, die im Gegensatz zu würdiger Armut steht, die als unverdient angesehen wird und die deshalb einen prinzipiellen, wenn auch nicht immer realisierten Anspruch auf gesellschaftliche Unterstützung hat. Hierzu können etwa Rentner, chronisch Kranke oder Unfallopfer gehören. Unwürdige Arme sind hingegen solche Personen, deren Armut durch Merkmale der eigenen (zumeist „liederlichen“) Lebensführung erzeugt wurde, die also angeblich faul, kriminell oder insgesamt deviant sind. Da die Armut der ersten Gruppe gesellschaftlich insofern nicht kontrovers ist, als es – unter der Voraussetzung vorhandener Finanzmittel – kaum gesellschaftlichen Widerstand gegen eine stärkere Alimentierung dieser Personen gibt, ist von entscheidender Bedeutung für die gesellschaftliche Akzeptanz der Unterstützung von einzelnen Personen, ob sie zu den würdigen oder zu den unwürdigen Armen gezählt werden.

Um das Wirklichkeitsmodell des „armen Zigeuners“ zu untersuchen, soll auf die Armutsdebatte der 1980er-Jahre näher eingegangen und ein Theoriefeld kurz vorgestellt werden, das abweichend von seinem ursprünglichen Zweck nicht zur Beschreibung von realer Roma-Armut, sondern als Raster der Analyse eines Wirklichkeitsmodells, des Antiziganismus, verwendet werden soll. Dabei handelt es sich um das Underclass-Theorem, mit dem ursprünglich vor allem die desolate Lage der Schwarzen in den US-amerikanischen Ghettos analysiert werden sollte. Zunächst als primär ökonomisches Modell konzipiert,⁵ verband es sich schnell mit dem Konzept der „Kultur der Armut“⁶ und entwickelte sich in der weiteren Diskussion zu einer heterogenen Betrachtungsfolie des Verhältnisses von struktu-

5 Vgl. Gunnar Myrdal, *Challenge to affluence*, New York 1962.

6 Oscar Lewis, *Five Families: Mexican Case Studies in the Culture of Poverty*, New York 1959.

rellen Gegebenheiten und kulturellen Merkmalen. Zu unterscheiden sind dabei die politisch-ökonomische, die kulturalistische und die Wechselwirkungs-Variante.⁷

Die erste Argumentationsrichtung (die „politisch-ökonomische Variante“) leitet die Armut der Ghettobewohner im Wesentlichen aus zwei Faktorenbündeln ab: aus ökonomischen Umstrukturierungen und Veränderungen zentralstaatlicher Wohlfahrtspolitik. Zudem treten kumulative Effekte der Krise auf: etwa geringere Investitionen im kommunalen Bildungssektor oder im kommunalen Wohnungsbau. Diese Entwicklung potenziert sich durch Konzentrations- bzw. Segregationsprozesse. Hinzu tritt eine Verknüpfung mit ethnisch-rassistischen Merkmalen, da Schwarze (in den USA) aufgrund von Diskriminierung mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit Opfer dieser Entwicklungen werden. All dies führt zu Kulturformen, die gesellschaftlich als normabweichend gelten: Armut und deviantes Verhalten sind dann Ausdruck und Ergebnis einer umfassenden sozialen Marginalisierung.⁸

Die zweite Argumentationsrichtung (die „kulturalistische Variante“) dreht diesen Zusammenhang um. Danach sind es die Verhaltensdefizite der Armen selbst, die zu ihrer schlechten sozioökonomischen Lage führen. Die Unterklasse ist Produkt einer besonderen „Kultur der Armut“, in der sich die Auswirkungen der Armut auf die kulturellen Merkmale der Betroffenen von ihren Ursachen getrennt haben und sich nun autonom weitervererben und damit auch bei einer Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen zu einem Verbleiben im Armutsstatus sorgen. Wichtige Merkmale dieser Kultur der Armut sind unter anderem das geringe Bildungsniveau, das Misstrauen gegenüber staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die frühe sexuelle Aktivität, das häufige Verlassen der Familie durch

- 7 Herbert J. Gans, From „Underclass“ to „Undercaste“. Some Observations about the Future of the Postindustrial Economy and its Major Victims, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 17 (1993), S. 327–335; Martin Kronauer, „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: *Leviathan* 25 (1997), S. 28–49 [siehe auch SOFI-Mitteilungen 24 (1996) [http://dtserv1.compsy.uni-jena.de/ws2003/smanpaed_uj/armut/content.nsf/f7525b3312d0d83cc1256db0002dec75/99d9d1e2211dc0d2c1256e290069c271/\\$FILE/kronauer.pdf](http://dtserv1.compsy.uni-jena.de/ws2003/smanpaed_uj/armut/content.nsf/f7525b3312d0d83cc1256db0002dec75/99d9d1e2211dc0d2c1256e290069c271/$FILE/kronauer.pdf); zuletzt eingesehen am 9. 9. 2010]; William Julius Wilson, Ghettoisierte Armut und Rasse. Zur öffentlichen Meinungsbildung in den USA, in: Stephan Leibfried/Wolfgang Voges (Hrsg.), *Armut im modernen Wohlfahrtsstaat*, Opladen 1992, S. 221–236.
- 8 Hans-Jürgen Naroska, Urban Underclass und „neue“ soziale Randgruppen im städtischen Raum, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), *Soziologische Stadtforschung*, Opladen 1988, S. 251–271; Wilson, *Ghettoisierte Armut und Rasse*.

die Väter, Autoritarismus und Gewaltneigung seitens der Männer sowie geringe Zukunftsorientierung, Resignation und Fatalismus. Diese (unwürdige) Armut werde noch verstärkt durch eine Politik, die die Armen in ihrem devianten Verhalten bestärke; so erhöhe Sozialhilfe den Anreiz, nicht zu arbeiten, und unterstütze damit die Herausbildung der Unterklasse.⁹

Die dritte Argumentationsrichtung (die „Wechselwirkungsvariante“) kritisiert zum einen die Reduzierung der Armen auf die Rolle als bloße Opfer der Verhältnisse und zum anderen die empirisch entweder nicht belegten oder sogar widerlegten Zusammenhangsvermutungen und setzt ein Wechselwirkungsmodell dagegen. Danach sei Armut grundsätzlich strukturell erzeugt; das deviante Verhalten sei als eine Kulturform zu verstehen, die sich diesen Gegebenheiten anpasse und insofern eine adäquate Reaktion darauf darstelle. Zugleich reproduziere diese Kultur aber auch die extern induzierte Marginalisierung, die sie zudem noch verstärke und verstetige. Insofern hätten die „unwürdigen“ Armen Kulturformen entwickelt, die zur Lebensführung innerhalb der Gegebenheiten sehr gut geeignet seien, aber keinerlei Perspektive darüber hinaus eröffneten.¹⁰

Die Wirklichkeitsmodelle, in denen die ungarischen Roma thematisiert werden, kann man parallel zu diesen Varianten setzen: Wird die politisch-ökonomische Variante verwendet, kann je nach moralischer Grundierung entweder von einem mechanistischen oder von einem Diskriminierungs-Diskurs gesprochen werden. Die Anwendung der kulturalistischen Variante könnte dann als „Ziganismus“, also zumeist als Antiziganismus, in seltenen Fällen auch als Philoziganismus identifiziert werden. Und die Wechselwirkungsvariante entspricht einem Wirklichkeitsmodell, das als „weicher“ oder „unentschlossener“ (Anti)Ziganismus bezeichnet werden kann.

Auf der Grundlage dieses Rasters sollen drei wichtige Ausprägungen des Roma-Diskurses der jüngsten Vergangenheit vorgestellt und nach der Maßgabe diskutiert werden, welches Wirklichkeitsmodell zur Anwendung kommt: Es handelt sich hierbei um die Themen „Integration“, „Kriminalität“ und „Sozialhilfe“.

Zum ersten Thema soll eine Debatte nachgezeichnet werden, die im Herbst 2009 auf den Internetseiten der Zeitschrift „Heti Világgazdaság“ (HVG), zu verglei-

9 Dieter Goetze, „Culture of Poverty“ – eine Spurensuche, in: Leibfried/Voges (Hrsg.), Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, S. 88–103, hier S. 93 ff.

10 Goetze, „Culture of Poverty“, S. 96.

chen etwa mit dem deutschen SPIEGEL, geführt wurde. Die Debatte begann am 14. Oktober 2009 und versammelte bis zum 29. Oktober 2009 insgesamt elf längere und kürzere Beiträge, von denen einige hier näher betrachtet werden sollen. Laut „Heti Világgazdaság“ ist die Situation in Ungarn brenzlich: „Zwischen Zigeunern und Nicht-Zigeunern ist bereits eine bürgerkriegsähnliche Situation im Entstehen. [...] [In dieser Situation erscheinen] heuchlerische, scheinheilige Schriften der Art ‚Wir vom Rosenhügel¹¹ sehen es so‘ oder am anderen Ende des Spektrums aufgelegte, hasserfüllte Schriften.“¹² Aufhänger der Debatte, die offensichtlich auf einem höheren Niveau geführt werden soll als die in der HVG kritisierten Veröffentlichungen und die Absicht verfolgt, einen Bürgerkrieg zu verhindern, ist die Leitfrage: „Warum integrieren sich die ungarischen Roma nicht?“¹³ Dies ist insofern bemerkenswert, als damit die logische Gegenfrage „Warum werden die ungarischen Roma ausgeschlossen?“ als Wirklichkeitsbeschreibung gar nicht erst existiert. Es kann dann nur noch entschieden werden, ob für die Nicht-Integration eher die Roma selbst oder die Gesellschaft verantwortlich zu machen sind.

Die Antwort auf diese Frage fällt bei den beiden ersten Autoren der Debatte ziemlich eindeutig aus. Der Roma-Aktivist Sándor Romano Rác beantwortet sie im Wesentlichen damit, dass noch nicht genügend Zeit vergangen sei. Die im 14. und 15. Jahrhundert zugewanderten Roma hätten sich mittlerweile perfekt integriert, den später zugewanderten sei dies aufgrund der vorhandenen Möglichkeiten nicht gelungen. Während des Sozialismus habe eine starke Assimilation begonnen, die durch die ökonomischen Verwerfungen nach der Wende (vor allem Arbeitslosigkeit) aber unterbrochen worden sei. Als Problemlösung wird Geduld und Kommunikation eingefordert: „Von keiner Kultur kann man erwarten, dass sie sich sofort und vollständig an eine ihr unbekannt Umgebung, Verhaltens- und Rechtsordnung anpasst. [...] Es braucht Zeit, Geduld und den Willen beider Seiten, eine

11 Wohlhabende aus einem besseren Budapester Viertel; im öffentlichen Diskurs synonym zu: Liberale, Juden.

12 „Már-már polgárháború-közeli helyzet van kialakulóban cigányok és nem-cigányok között. [...] képmutató, szemforgató, a ‚Rózsadombról mi így látjuk‘ jellegű, vagy, ami a másik véglet: indulatos, gyűlölködő írások jelennek meg“. HVG vom 14. 10. 2009, online unter http://hvg.hu/velemeney/20091014_roma_cigany_integracio; zuletzt eingesehen am 9. 9. 2010.

13 „Miért nem integrálódnak a magyarországi romák?“ HVG vom 14. 10. 2009.

Lösung herbeizuführen. [...] Es braucht einen klugen und besonnenen Dialog, ja vieler dieser Dialoge.“¹⁴

Besonders bemerkenswert an dieser Stellungnahme ist die Feststellung, dass Zuwanderer einerseits 500 Jahre benötigen, um sich in Ungarn zu integrieren, andererseits aber durch eine Änderung des politischen Systems sehr schnell dazu in die Lage versetzt werden. Folgt man dieser Argumentation, gibt es zwei Möglichkeiten, Integration zu erreichen: warten oder die politischen Verhältnisse verändern. Der Autor schlägt das Warten vor – eine für einen politischen Aktivistin sehr ungewöhnliche Position.

Der Publizist János Stadler argumentiert aus einer ähnlichen Perspektive, doch mit deutlich verschobenem Schwerpunkt. Insbesondere die – vorgebliche – Nicht-Integration der Roma wird wesentlich ausführlicher beschrieben und erklärt. So haben – folgt man dem Autor – die Roma eine „überholte, wilde Lebensform“,¹⁵ durch die die Armut konserviert werde. Die heutigen Probleme lägen in erster Linie daran, dass die Roma anders als andere Zuwanderergruppen die Wertordnungen aus der Nomadenzeit beibehalten hätten, so etwa wenn die Eltern ihre in der Schule verhaltensauffällig gewordenen Kinder vor den Lehrern verteidigten.

Als Problemlösung schlägt Stadler im Wesentlichen eine Verhaltensänderung der Roma vor, die von der Mehrheitsgesellschaft dann auch belohnt werden solle: „[...] sie [die Roma] erhalten auch wahre Zufriedenheit als Belohnung für ihre Anstrengungen. [...] Das Denken muss verändert werden – nicht mit Gewalt, sondern mit der Kraft des Wortes. Und in erster Linie: durch das Angebot realer Perspektiven.“¹⁶ Was das konkret bedeuten soll, bleibt – in der Konsequenz der Argumentation logischerweise – unerwähnt.¹⁷

14 „Egyetlen kultúrától sem várható el, hogy azonnal és hiánytalanul alkalmazkodjék egy általa nem ismert környezethez, szokásrendhez, törvényekhez. [...] Időre van szükség, türelemre, és arra, hogy mindkét fél akarja a megoldást. [...] Okos és higgadt párbeszédre, párbeszédre van szükség.“ Sándor Romano Rác, Cigánysor, cigány sors, in: HVG vom 14. 10. 2009, online unter http://hvg.hu/velemeney/20091014_roma_cigany_integracio [9. 9. 2010].

15 „Idejétmúlt, vad életforma.“ János Stadler, Együtt élni, de hogyan, in: HVG vom 14. 10. 2009, online unter http://hvg.hu/velemeney/20091014_roma_cigany_integracio [9. 9. 2010].

16 „Valódi elégedettséget is kapnak majd erőfeszítéseik jutalmául. [...] A fejeket kell átállítani – de nem erőszakkal, hanem emberi szóval. És főleg: reális perspektívák ajánlataival.“ János Stadler, Együtt élni, de hogyan.

17 In einem späteren Beitrag führt Stadler die Bildung von Aufkaufstellen, durch die Produkte der landwirtschaftlichen Tätigkeit von Roma verwertet werden könnten, sowie

Der Beitrag mit den meisten Online-Kommentaren¹⁸ stammt von György Németh, der als Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler vorgestellt wird.¹⁹ Hier finden sich einerseits die bereits vorgestellten Argumentationsformen, wenn auch mit deutlich stärker zugespitzten Formulierungen: so etwa die Vorstellung, die ungarischen Roma seien die einzigen Akteure, die für die Nicht-Integration verantwortlich seien, da sie eine „Kultur des Außenseitertums“²⁰ entwickelt hätten. Andererseits geht dieser Artikel weit über die Versatzstücke der kulturalistischen Variante hinaus.

Besonders interessant ist die Frage nach der sozialen Realität hinter der Kategorie „Roma“ bzw. „Zigeuner“. Wahlweise ist von einer „Kultur“ der Roma die Rede, von einem „Volk“ (das eines Zigeuner-Moses bedürfe, der sie bekehren solle), von einer „Volksgruppe“ (als Teil welchen Volkes?), von einer „Rasse“ und von einer „Gesellschaft“ der Zigeuner, die sich wiederum nicht in die „Mehrheitsgesellschaft“ integrieren wolle. Auch wenn man diese Begriffsflut wohlwollend betrachtet, ist zweierlei nicht zu übersehen: dass ein aktueller, in Ungarn inflationär gebrauchter Begriff bezeichnenderweise fehlt – nämlich die „Nation“ – und dass erstmals seit den frühen 1940er-Jahren die Roma wieder aus der Gesellschaft herausdefiniert werden. Eine solche Position ist zwar nicht repräsentativ für Äußerungen in der seriösen Presse, dennoch zeigt dieser Fall, dass derartige Argumentationen ohne Weiteres ihre Publikationsforen finden und dort nicht nur auf – zumeist positiven – Widerhall stoßen, sondern auch zur weiteren Polarisierung beitragen.

Aus der Perspektive des Underclass-Theorems wird deutlich, dass die zitierten Autoren die kulturalistische Variante verwenden:²¹ Roma sind als solche anders,

Arbeitsplätze im Umweltschutz und der Müllverwertung sowie die Unterstützung von Kleinbetrieben an. János Stadler, *Cigányintegráció-vita: ami hátravan*, in: HVG vom 10. 11. 2009, online unter http://hvg.hu/velemeney/20091109_cigany_roma_integracio [9. 9. 2010].

18 Zum Zeitpunkt des letztmaligen Abrufs der Debatte (10. 5. 2010) insgesamt 78 Beiträge (hozzászolás). Bei den übrigen Beiträgen wurden entweder gar keine Kommentare verfasst bzw. nicht dokumentiert oder sie erscheinen auf der Startseite der Diskussion.

19 György Németh, *A cigányok, a rózsadombiak és a Mózesfajták*, in: HVG vom 29. 10. 2009, online unter http://hvg.hu/velemeney/20091029_ciganyvita_felzarkozas_integracio_akadaly [9. 9. 2010].

20 „Kívülállás kultúrája”. Németh, *A cigányok, a rózsadombiak és a Mózesfajták*.

21 Dies gilt mit einer Ausnahme, der Stellungnahme einer Roma-Bürgerrechtsorganisation, die den Diskriminierungsdiskurs (= die politisch-ökonomische Variante des Underclass-

haben eine andere Kultur und sind innerhalb der problematischen Beziehung mit der Mehrheitsgesellschaft derjenige Teil, der eine Bringschuld hat. Die entscheidende Frage ist ausschließlich, welche Maßnahmen am schnellsten die Umwandlung dieser Kultur in die Mehrheitskultur hervorbringen.

Dass die hier beschriebenen Argumentationen nicht nur in den Debatten der „Heti Világgyazdaság“ geäußert werden, von den überaus unappetitlichen Tiraden auf zahlreichen Internetseiten (auch in den meisten Leser-Kommentaren auf der HVG-Seite) ganz zu schweigen, sondern auch öffentliche Auseinandersetzungen erzeugen, anheizen und verändern, soll im Folgenden an Hand zweier Beispiele dargestellt werden.

Das erste Beispiel handelt vom Verhältnis zwischen Roma-Sein und Kriminalität. Als Ausgangsbeispiel mag die Posse um den Polizeichef der nordungarischen Großstadt Miskolc dienen. Dieser erläuterte auf einer Pressekonferenz im Januar 2009 die Entwicklung der Straftaten in seinem Amtsbereich und stellte dabei fest, dass alle in den vorangegangenen Monaten begangenen Raub-Straftaten von Roma begangen worden seien.²² Diese Äußerung wuchs sich innerhalb weniger Tage zu einem Skandal aus, der sich vor allem aus zwei Argumenten speiste: Zum einen gibt es keine ethnische Klassifizierung von Straftätern in der ungarischen Kriminalitätsstatistik, daher sei die zitierte Feststellung haltlos; zum anderen stelle die Äußerung einen direkten Zusammenhang zwischen ethnischer Kategorie und Kriminalität her und diffamiere so die Roma insgesamt. Diese Kritik trug dazu bei, dass der Polizeichef von seinem Amt entbunden wurde. Darauf folgten wieder zahlreiche Proteste – im Wesentlichen mit dem Tenor, dass ja nur Tatsachen berichtet worden seien und Political Correctness nicht dazu führen dürfe, dass Wahrheiten unterdrückt werden –, was schließlich zur Folge hatte, dass die Suspendierung bereits 24 Stunden später wieder aufgehoben wurde. Eigentlich ist also nichts passiert und der Fall könnte als typisches Beispiel der Effektivität und zugleich Kurzlebigkeit von Skandalisierungsvorgängen betrachtet und ad acta gelegt werden, würden

Theorems) vertritt, für alle Beiträge dieser Debatte. Bei einem weiteren Beitrag könnte auch die – unscharf andiskutierte – Wechselwirkungs-Variante vorliegen.

22 „A decemberben és januárban Miskolcon történt valamennyi rablási bűncselekmény elkövetője cigány származású volt“, zit. n. János Pelle, *Miért cigányozott a miskolci rendőrkapitány?*, in: HVG vom 2. 2. 2009, online unter http://hvg.hu/velemeny/20090202_miskolc_rendorseg [9. 9. 2010].

nicht grundsätzliche Aspekte, die über das Geschehen weit hinausreichen, damit zusammenhängen.

So verweist die behauptete „Tatsache“ auf allgemeine Merkmale der öffentlichen Wahrnehmung von Kriminalität. Dazu ist es nötig, den genauen Sinn der zitierten Äußerung zu verstehen. Jede Information über Tätermerkmale impliziert Kausalität: Aussagen wie „Alle Straftaten werden von Menschen begangen“ oder „Alle Verstöße gegen das Jugendstrafrecht wurden von Jugendlichen begangen“ klingen sinnleer, weil sie zwar zutreffend sind, aber keine (versteckte) Kausalität enthalten. Die Äußerung über Roma und Raub-Straftaten hat den Charakter einer Information, eben weil sie eine Kausalität nahelegt. Dies ist zunächst deshalb von Bedeutung, weil die Äußerung impliziert, dass diese Kausalität von größerer Relevanz ist als andere, nicht genannte Zusammenhänge (z. B. dass Raubüberfälle überwiegend von Männern durchgeführt werden oder dass die Täter zumeist jüngeren Alters sind). Dass ethnischen Kategorien offensichtlich eine größere Aussagekraft zugeschrieben wird als dem Alter, dem Geschlecht, der Schulbildung usw., entspricht insofern der politischen Praxis, sich etwa Programme für Roma auszudenken, nicht aber solche für junge Männer mit schlechter Berufsausbildung. Von allgemeinen Vorurteilen gegenüber Personen dieser Merkmalskombination ist ebenfalls nirgends die Rede. Und es gibt für diese Personen und ihre Straffälligkeit auch keinen eigenen Begriff, für die Roma hingegen schon: „Zigeunerkriminalität“.

Die vom Polizeichef geäußerte Kausalität selbst ist relativ ungenau; es wird zwar gesagt, dass Raubstraftaten ausschließlich von Roma verübt werden, keine Auskunft gibt es hingegen zu der Frage, warum dies so ist. Es bleibt offen, ob Kriminalität als Teil der Zugehörigkeit zur Unterschicht Folge von Exklusionsprozessen ist oder Element einer autonomen ethnischen Kultur oder vielleicht sogar durch die Wechselwirkungsvariante erklärt werden muss.

Wesentlich eindeutiger ist dies bei dem bereits genannten Begriff „Zigeuner-kriminalität“,²³ der vom Polizeichef nicht verwendet wurde, der aber auch durch

23 „Cigánybűnözés” – vgl. dazu: Cigánybűnözés: újratöltve, in: Népszabadság Online vom 27. 8. 2008, online unter <http://nol.hu/cikk/504849/> [9. 9. 2010] – Országos Kriminológiai Intézet (OKRI), Állásfoglalás a magyarországi bűnözési helyzetről, az elkövetők etnikai hovatartozásának nyilvántartásáról és a „cigánybűnözésről” (Pressemitteilung), online unter http://www.okri.hu/images/stories/doc_files/allasfoglalas_hossz.doc [21. 10. 2009].

den genannten Skandal eine immer größere Verbreitung fand und inzwischen den Sprung aus dem Hassvokabular der Rechtsextremisten in die Sprechweise und damit Wirklichkeitswahrnehmung breiter Kreise der Bevölkerung gefunden hat. In seiner Verwendung behauptet er nicht mehr nur eine bloße Kausalität zwischen der Zugehörigkeit zu einer irgendwie definierten Bevölkerungsgruppe und der Wahrscheinlichkeit der Ausübung von Straftaten, sondern suggeriert Kriminalität als eine dieser Bevölkerungsgruppe immanente Disposition, als kulturelles Merkmal, das elementar zum (ethnischen) Verhaltensrepertoire der Roma gehört. Damit kann hier von einer eindeutig kulturalistischen Erklärungsvariante gesprochen werden: Kriminell sind Roma, weil sie Roma sind, weil es Element ihrer Kultur ist. In manchen Zirkeln ist sogar von einer genetischen Fixierung kriminellen Verhaltens die Rede, was am grundsätzlichen Erklärungsansatz wenig ändert, nur an den daraus gezogenen politischen Perspektiven: statt Umerziehung und/oder Repression Vertreibung und/oder physische Vernichtung.

Ein zweites in der Öffentlichkeit oft thematisiertes Problemfeld ist die Sozialhilfe. Wie bereits ausgeführt, ist für die kulturalistische Variante des Underclass-Theorems Sozialhilfe nicht nur keine Lösung des Problems der Zugehörigkeit zur Unterschicht, sondern verstärkt das Problem noch, weil sie die betroffenen Personen in ihrer „Kultur der Armut“ noch bestärkt. In der politisch-ökonomischen und der Wechselwirkungsvariante wird Sozialhilfe nicht explizit diskutiert, aus der jeweiligen Logik heraus ist aber abzuleiten, dass Sozialhilfe sowohl aus humanitärer Perspektive als auch vom Gesichtspunkt gesellschaftlicher Kohäsion her prinzipiell befürwortet wird, wobei für die Wechselwirkungsvariante eine Problematisierung der konkreten Formen von Sozialhilfe wahrscheinlich ist.

Im öffentlichen Diskurs hat die kulturalistische Variante die weitaus größte Verbreitung gefunden: Die Roma, die zur Unterschicht gehören, sind „unwürdige Arme“, d. h. sie sind aufgrund individueller oder – mehr noch – ethnisch-kultureller Defizite Teil der Unterschicht und verdienen daher Sozialhilfe wenn überhaupt nur als Form von Mildtätigkeit, keinesfalls jedoch als Menschen- oder Bürgerrecht. Eine besondere Ausprägung erfährt diese Position durch die verbreitete Vermutung, Roma erhielten nicht nur deshalb unverdientermaßen Sozialhilfe, weil sie an ihrer Armut selbst schuld seien, sondern auch, weil sie sich mehr Sozialhilfe erschlichen als ihnen überhaupt zustünde – sei es direkt durch die Inanspruchnahme von Sozialhilfe bei gleichzeitigem Einkommen durch semilegale oder ille-

gale Tätigkeiten, sei es indirekt durch die Geburt vieler Kinder, um dadurch in den Genuss von Kindergeld zu kommen.

In der Öffentlichkeit wurde diese Position durch den Skandal um den Parlamentsabgeordneten Oszkár Molnár (bis 2010 für Fidesz, die heutige Regierungspartei, seit 2010 als Unabhängiger) und Bürgermeister des nordostungarischen Städtchens Edelény bekannt. Molnár behauptete auf einer Stadtratssitzung im Juni 2009, dass in zwei Nachbarorten Roma-Frauen „[...] während der Schwangerschaft mit Absicht bestimmte Medikamente einnehmen, um geistesranke Kinder zu gebären. [...] die schwangere Frau schlägt sich mit einem Gummihammer auf den Bauch, um ein verkrüppeltes Kind zu bekommen.“²⁴ All dies, so der Bürgermeister, würden sie tun, um dadurch in den Genuss eines höheren Kindergeldes zu gelangen. Diese von keinerlei Faktenkenntnis geprägte Äußerung stieß auf großen Widerspruch und rief auch zivilgesellschaftliche Proteste hervor.

Dennoch bleiben zwei eher bedenkliche Aspekte des Vorfalls: zum einen die Weigerung der Parteiführung der Fidesz, Disziplinarmaßnahmen gegen ihren Abgeordneten zu verhängen, sondern die Äußerungen lediglich als einen „lokalen Vorfall“²⁵ zu bezeichnen, zum anderen der Umstand des Skandals selbst. Denn dass die Äußerung zum Anlass genommen wurde, entweder die Diffamierung zu kritisieren oder aber den Bürgermeister unter der Maßgabe der Meinungsfreiheit oder ähnlicher Argumente zu verteidigen, ist insofern bemerkenswert, als eine andere Option gar nicht in Erwägung gezogen wurde: die Äußerung als Ausdruck persönlicher Defizite und politischer Narretei zu verstehen und sich tatsächlichen Problemen zu widmen.²⁶

Dass dies nicht geschehen ist, weist darauf hin, dass in der öffentlichen Diskussion der Roma-Thematik insbesondere kulturalistische oder sogar rassistische Äußerungen besonders gut geeignet sind, auf breite Resonanz zu stoßen, sei es positiver oder negativer Art. Aufmerksamkeit als solche ist die Währung, mit der

24 „A terhesség ideje alatt szándékosan olyan gyógyszereket szednek, hogy bolond gyerek szülessen“ és „gumikalapáccsal veri a terhes nő a hasát, hogy nyomorék gyereket szüljön“. HVG vom 12. 9. 2009.

25 „Helyi ügy“ (Felhárborodás az edelényi polgármester rágalmain, in: HVG vom 7. 9. 2009, online unter http://hvg.hu/itthon/20090907_edeleny_polgarmester_roma; 9. 9. 2010).

26 Eine bemerkenswerte Ausnahme von diesem Befund ist ein Leserbrief in der Zeitung Népszabadság vom 17. 10. 2009, der auch in verschiedenen Internetquellen nachzulesen ist. János Méhes, Az edelényi lény (Olvasói levél, in: Népszabadság vom 17. 10. 2009, S. 11.

solche Äußerungen bezahlt werden und die wiederum die öffentliche Resonanz dessen, von dem sie stammen, erhöhen. Vertreter der politisch-ökonomischen oder der Wechselwirkungsvariante finden demgegenüber weit weniger Resonanz.

Als Zusammenfassung der hier vorgestellten Diskurse kann eine Stellungnahme des Vorsitzenden des Parlamentsausschusses für Jugend, Soziales, Familie und Wohnen, Tamás Sneider, dienen. Er nannte als Ziel des Ausschusses, die Geburtenrate zu erhöhen. Aber auch deren „Qualität“ sei wichtig. Während in ethnisch ungarischen Familien durchschnittlich ein Kind geboren werde, seien es in Roma-Familien 2,9 Kinder. Es werde „noch nie gesehene Dinge“ hervorrufen, wenn sich in bestimmten Komitaten die aktuelle Tendenz fortsetze und die zu Gewalttaten veranlagten Roma die Mehrheit erlangten.²⁷

Es handelt sich hier um einen Abgeordneten der rechtsradikalen Jobbik-Partei, die für ihre besonders negative Haltung gegenüber Roma bekannt ist. Nicht zuletzt wird ihr Wahlerfolg (mehr als 12 Prozent der Stimmen) bei den jüngsten Parlamentswahlen auch durch die aggressive Anti-Roma-Rhetorik erklärt.²⁸ Eine negative Haltung gegenüber den ungarischen Roma ist jedoch nicht nur bei den Wählern dieser Partei festzustellen, sondern entspricht einem weitreichenden gesellschaftlichen Konsens.²⁹

Antiziganismus, d. h. die kulturalistische Variante des Underclass-Theorems, ist heute das gesellschaftlich dominante Wirklichkeitsmodell in Ungarn. Einige wenige Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen versuchen, solchen Tendenzen entgegenzuwirken. Doch sie bleiben weitgehend unbeachtet und sind nicht Teil des gesellschaftlichen Mainstreams. Ein letztes, fast schon surreales Beispiel aus dem Fußball soll dies illustrieren. Am 29. Mai 2010 fand in Budapest ein Länderspiel

27 Kifejtette, a Szociális bizottság célja, hogy minél több gyerek szülessen, ám a „minőséget“ is fontosnak tartja: míg átlagosan a magyar etnikumú családokban egy, addig a roma etnikumú családokban 2,9 gyereket vállalnak. Véleménye szerint „soha nem látott dolgokat“ idézhet elő, ha Észak-Magyarországon, Békés, Baranya és Somogy megyékben folytatódik ez a tendencia, és többségbe kerülnek a szerinte erőszakos bűncselekmények elkövetésére hajlamos romák. [<http://www.stop.hu/articles/article.php?id=668944>; 20. 5. 2010].

28 Gergely Karácsony/Dániel Róna, A Jobbik titka. A szélsőjobb magyarországi megerősödésének lehetséges okairól, in: Politikatudományi Szemle 19 (2010) 1, S. 31–66.

29 So lehnen 55 % der Wähler der mit absoluter Mehrheit regierenden Fidesz-Partei die Roma ab, bei den Wählern der oppositionellen Sozialisten sind es 54 %. Bei den Jobbik-Wählern beträgt dieser Wert 68 %. Karácsony/Róna, A Jobbik titka.

zwischen der ungarischen und der deutschen Nationalmannschaft statt. Bei dieser Gelegenheit fuhr eine DFB-Delegation in Begleitung der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und eines ungarischen Regierungsvertreters in das Dorf Tatárszentgyörgy, wo der bisher letzte Mordanschlag auf eine Roma-Familie verübt wurde, und übergab dort Fußballausrüstungen als Zeichen der Solidarität und Unterstützung.³⁰ Nicht anwesend waren Vertreter des ungarischen Fußballverbandes, Antiziganismus ist dort kein Thema. Und der Familie der Mordopfer ist es bis heute nicht gelungen, in der Nachbargemeinde ein Grundstück für den Bau eines neuen Hauses zu erhalten. In Tatárszentgyörgy wiederum bauen internationale Helfer das niedergebrannte Haus wieder auf – ohne ungarische Beteiligung. Das ist der aktuelle Stand des Antiziganismus in Ungarn. Und auch die Handlungsrelevanz eines Wirklichkeitsmodells.

30 Deutscher Bundestag, Bundestagsvizepräsidentin Pau besucht Ungarn, Pressemitteilung vom 26. 5. 2010, online unter <http://www.pressrelations.de/new/standard/dereferer.cfm?r=412032> [9. 9. 2010]; Rainer Brandt, Zeichen der Solidarität mit Ungarns Roma. Tatárszentgyörgy wieder im Blickpunkt, in: Neues Deutschland vom 31. 5. 2010.

Auf dem Weg ins Elend

Kinder aus Familien kosovarischer Roma, Ashkali und Balkan-Ägypter in Deutschland und im Kosovo

Die Studie

Im April 2010 haben die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kosovo ein Rückübernahmeabkommen unterzeichnet. Die Regierung in Prishtina verpflichtete sich darin, alle aus dem Kosovo stammenden und ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland lebenden Personen aufzunehmen. Seit der Unabhängigkeit des Kosovo im Februar 2008 ist der Druck auf das junge Land gestiegen, entsprechende Abkommen mit europäischen Staaten zu unterzeichnen. Die Bereitschaft zur Aufnahme von aus dem Kosovo stammenden Personen gilt als eine der Voraussetzungen dafür, Bürgern des Kosovo die lang ersehnte Reisefreiheit ohne die derzeit gültigen Visabeschränkungen zu ermöglichen.

Nach Angaben der deutschen Innenbehörden sind über 14 000 aus dem Kosovo stammende Personen in Deutschland ausreisepflichtig. Fast 10 000 von ihnen sind Roma. Knapp 2000 weitere gehören den Minderheiten der Ashkali und Kosovo-Ägypter an, zweier Volksgruppen, die wie Roma von der Bevölkerungsmehrheit häufig als „Zigeuner“ stigmatisiert werden. Über 80 Prozent der ausreisepflichtigen Angehörigen von Minderheiten leben in den drei Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg.

Aus Angst vor Diskriminierung und dem Abgleiten ins Elend finden sich nur wenige Minderheitenangehörige zur freiwilligen Rückkehr bereit. Für viele Familien bedeutet eine Rückführung daher, unter Polizeieinsatz abgeschoben zu werden. Knapp die Hälfte der Betroffenen sind Kinder unter 18 Jahren. Die meisten von ihnen sind in Deutschland aufgewachsen, viele sind hier geboren. Ein Teil der Familien kam Anfang der 1990er-Jahre nach Deutschland, ein Teil während des Kosovo-Krieges und danach in den Jahren 1999/2000.

Im Auftrag von Unicef Deutschland und Unicef Kosovo untersuchte das Zentrum für Antisemitismusforschung in Zusammenarbeit mit einem internationalen Forscherteam bereits eingetretene und zu erwartende Auswirkungen der Rückführungen auf Kinder.¹ Die Studie besteht aus zwei Komponenten: Die Deutschland-Komponente fragte nach der Lage von Kindern ausreisepflichtiger Familien aus den kosovarischen Minderheiten in der Bundesrepublik, nach Integrationserfolgen, Integrationsbarrieren und Integrationsperspektiven. Im Rahmen der Kosovo-Komponente sprach das Forscherteam mit bereits aus Deutschland in den Kosovo zurückgeführten Familien, mit Verantwortlichen der lokalen Verwaltungen sowie der Regierung in Prishtina und bewertete auf dieser Basis die Integrationsperspektiven der Kinder.

Ergebnisse aus Deutschland

Neben der Auswertung von Statistiken und Dokumenten wurden im Rahmen der Deutschland-Komponente von Januar bis Mai 2010 ausführliche, an der Methodik der qualitativen Sozialforschung orientierte Leitfaden-Interviews mit über sechzig Gesprächspartnern geführt – mit betroffenen Familien ebenso wie mit Praktikerrinnen und Praktikern der sozialen Arbeit, der Schulen, der städtischen Behörden, von Flüchtlingsorganisationen und der psychologischen Beratungsstellen für Kriegstraumatisierte. Ein besonderes Gewicht der Recherche lag auf drei Lokalstudien in den Städten Münster, Stuttgart und Magdeburg. Bei den Interviews fiel auf, dass Flüchtlinge wie Praktiker in den verschiedenen Städten unabhängig voneinander die gleichen Problemzusammenhänge beschrieben. Das zeigt, dass die Bestimmungen der deutschen Flüchtlingspolitik die Lage der Kinder stärker beeinflussen als lokale Besonderheiten.

Die deutsche Komponente der Studie kam zu drei Hauptbefunden:

1. Die Altfallregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge trägt dem Kindeswohl
- 1 Der Artikel beruht auf der Studie „Integration unter Vorbehalt. Zur Situation von Kindern kosovarischer Roma, Ashkali und Ägypter in Deutschland und nach ihrer Rückführung in den Kosovo“, Köln 2010 (www.unicef.de/fileadmin/content_media/presse/Roma-Studie_2010/UNICEF-Studie_Roma_2010neu.pdf). Dort finden sich alle Einzelnachweise.

zu wenig Rechnung. Die Kinder, ihre Verwurzelung in Deutschland und ihre Integrationsperspektiven spielen in der Praxis für den Zugang einer Familie zur Aufenthaltserlaubnis häufig kaum eine Rolle. Darum scheitern viele Familien mit in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kindern an den bürokratischen Hürden des Paragraphen 104a des Aufenthaltsgesetzes – etwa dann, wenn die Eltern nicht oder nur in unzureichendem Maß auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen konnten, die Kinder aber auf dem Weg der Integration sind.

Zusätzlich nimmt manche starre Bedingung der Altfallregelung selbst solchen Familien die Chance auf eine Aufenthaltserlaubnis, in denen die Eltern sich in den Arbeitsmarkt integriert haben. So scheitert manche Familie an der Bedingung des ununterbrochenen Aufenthalts, weil sie in den vergangenen Jahren aus Angst vor Abschiebung einige Wochen bei Verwandten in einem anderen Land, etwa in Frankreich, verbracht hat.

Andere Familien haben auch nach Jahren und Jahrzehnten des Aufenthalts in Deutschland keine Aussicht auf eine Aufenthaltserlaubnis, weil ein Familienmitglied aufgrund einer Straftat zu einer Geldstrafe von mehr als 50 Tagessätzen verurteilt worden ist. Praktiker der sozialen Arbeit kritisieren die Regelung aus zwei Gründen: Zum einen liegt die Grenze der 50 Tagessätze so niedrig, dass sie bereits überschreiten kann, wer zweimal beim Fahren ohne Fahrerlaubnis angehalten wurde. Damit scheitern auch Menschen an der Regelung, die alles andere als „notorische Kriminelle“ sind. Zum anderen verlieren durch eine Straftat eines Geduldeten alle in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienmitglieder die Chance auf eine Aufenthaltserlaubnis. Viele Praktiker der sozialen Arbeit kritisieren das als „Sippenhaft“.

Nach dem Willen des Gesetzgebers soll die Altfallregelung des Paragraphen 104a des Aufenthaltsgesetzes langjährig Geduldeten und faktisch integrierten Ausländern mehr Aufenthaltssicherheit verschaffen. Gegenüber den Kindern aus den Familien der Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter wird die Absicht im administrativen Alltag zurzeit nur unzureichend umgesetzt.

Neben den Praktikern vor Ort nehmen das auch Menschen aus dem Umfeld der Familien war. Wie sich im Lauf der Recherchen mehrmals beobachten ließ, verletzt es offensichtlich das Rechtsempfinden vieler Bürgerinnen und Bürger, wenn in Deutschland aufgewachsene Kinder, die von ihrer Umwelt als De-facto-Inländer betrachtet werden, nun eine Abschiebung fürchten müssen. Nachbarn, Eltern von

Mitschülern oder Sportvereine setzen sich an vielen Orten für die Familien der Kinder ein. Darunter sind viele Bürgerinnen und Bürger, die sich bislang nicht mit flüchtlingspolitischen Fragen beschäftigt haben.

2. Die Kinder aus den Familien der Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter sind auf dem Weg der Integration. Der Mangel an aufenthaltsrechtlicher Sicherheit stellt sie aber vor viele Hindernisse. Das zeigt sich vor allem in der Schule: Die Kinder, die in Deutschland die Grundschule absolviert haben, sprechen meist gut Deutsch. Innerhalb der Familien sprechen die Kinder untereinander meist Deutsch und mit ihren Eltern Romanes. Die Anforderungen des deutschen Schulsystems bewältigen viele Kinder gut, manche auch sehr gut.

Gleichwohl hat ein überdurchschnittlicher Anteil der Kinder Schwierigkeiten in der Schule. Daraus resultiert ein erhöhter Förderschulanteil. Weil ein Teil der Eltern wenig eigene Schulerfahrung hat und die Kinder kaum unterstützen kann, sind Schülerinnen und Schüler aus diesen Familien ohnehin benachteiligt. Der Status des Geduldeten erweist sich als zusätzliche Belastung. In segregierten Flüchtlingsunterkünften lebende Kinder wachsen in einem Umfeld auf, in dem sie vor dem Eintritt in die Schule zu wenig Deutsch hören und sprechen. Dazu kommen die beengten Wohnbedingungen in Flüchtlingsunterkünften, in denen die Kinder kaum einen Ort finden, um in Ruhe zu lernen.

Mentorenprojekte zeigen in Städten wie Münster und Stuttgart, dass sich die Startnachteile mildern lassen. In Münster organisiert etwa die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender seit 2005 das Projekt „Schlauberger“, in dessen Rahmen 75 ehrenamtliche Lernpatinnen und Lernpaten je ein Kind aus einer Flüchtlingsfamilie betreuen. Unter dem Titel „Mentoren für Jugendliche“ betreibt die Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt ein ähnliches Projekt in Stuttgart. Kinder und Jugendliche mit Mentoren an ihrer Seite schaffen es eher, die Regelschule erfolgreich zu absolvieren, versäumte Abschlüsse nachzuholen oder einen Praktikumsplatz zu finden.

Als großes Problem beschreiben Kinder, Eltern und Lehrer die unsichere Perspektive der Familien. Durch die sich seit dem vergangenen Jahr ausbreitende Angst vor einer Abschiebung fällt es vielen Kindern schwer, sich auf schulische Aufgaben zu konzentrieren. Viele Jugendliche aus den Familien stellen den Sinn einer Berufsausbildung infrage und versuchen lieber, mit gering qualifizierten Gelegenheits-tätigkeiten schnell Geld zu verdienen, um für eine unsichere Zukunft zu sparen.

Ohnehin ist eine Duldung, wie die Jugendlichen berichten, ein Hindernis bei der Suche nach einer Lehrstelle, nehmen Arbeitgeber doch an, dass ihnen ein Bewerber nach Ablauf seiner Duldung abhanden kommt. Die Jugendlichen selbst beschreiben ebenso wie Lehrer und Sozialarbeiter den Mangel an Aufenthaltssicherheit als die folgenschwerste Integrationsbarriere.

Die Angst vor der Abschiebung ist umso größer, als die Kinder und Jugendlichen die deutschen Städte, in denen sie aufgewachsen sind, als Heimat empfinden. Sie betrachten den Kosovo als ein fremdes Land und bekunden, dass sie im Fall einer Abschiebung dort nicht bleiben werden – selbst um den Preis eines Daseins als illegaler Einwanderer in Deutschland oder in einem anderen europäischen Land.

3. Aufgrund des schlechten körperlichen und seelischen Gesundheitszustandes vieler Familien endet die Kindheit vieler Flüchtlingskinder früh. Traumatisierungen und Angststörungen prägen den Alltag vieler Familien. Die seelischen Krankheiten resultieren aus Erlebnissen extremer Grausamkeit während des Kosovo-Krieges und der darauf folgenden Zeit, aber auch aus jahrelanger Unsicherheit darüber, ob zurückgelassene Familienangehörige überlebt haben. Der Verlust der Heimat und das isolierte und perspektivlose Flüchtlingsdasein führen zu oft schweren Depressionen. In allen befragten Familien war darüber hinaus mindestens ein Familienmitglied körperlich schwer krank. Auffällig häufig leiden Menschen unter Herzkrankheiten oder unter Asthma. Viele der körperlichen Leiden dürften psychosomatisch bedingt sein. Wie die psychologischen Fachkräfte berichten, sind die Heilungschancen für psychisch kranke Flüchtlinge begrenzt, solange den Patienten die existenzielle Sicherheit fehlt, die erst durch eine Aufenthaltsperspektive entsteht.

Seelische und körperliche Leiden in den Familien treffen Kinder zweifach: Zum einen sind manche Kinder selbst krank, sind etwa traumatisiert, wenn Geschwister während der Flucht starben. Zum anderen fallen Eltern als Garanten emotionaler Sicherheit häufig aus. Eine traumatisierte Mutter oder ein unter Angststörungen leidender Vater, der nicht mehr allein die Wohnung verlassen kann, bindet die Energie der Kinder – etwa dann, wenn eine älteste Tochter alle Wege mit dem Vater gehen muss, der dazu nicht mehr allein in der Lage ist.

Ohnehin übernehmen die Kinder schon im frühen Alter große Verantwortung für ihre Familien, weil sie besser Deutsch sprechen als ihre Eltern und gegenüber Ärzten, Anwälten oder Behörden übersetzen. Der hohe Krankenstand in den

Familien stellt sie zusätzlich vor Herausforderungen, die sie emotional und kognitiv überfordern. Lehrer berichten von Kindern, die im Alter von 13 oder 14 Jahren wie 17-Jährige wirken. Der seelische Druck, ausgelöst durch Krankheit und den Mangel an Aufenthaltssicherheit, nimmt ihnen den Raum, um ihre Kindheit als Kinder erleben zu dürfen.

Der Abschiedsdruck verstärkt die Anspannung und die Angst, die den Alltag in den Familien prägen. Eltern wie Kinder berichten, dass sie nachts wach liegen und aus Angst vor einer Abschiebung in ihren Kleidern schlafen. Schwer zu verarbeiten ist für viele Kinder außerdem, ihre Familien nicht als einen wertgeschätzten Teil der Gesellschaft zu erleben, sondern als Menschen, derer sich ihr Aufenthaltsland zu entledigen sucht.

Aufgrund des hohen Krankenstandes fürchten viele Familien, notwendige Behandlungen und Medikamente im Kosovo nicht finden oder nicht bezahlen zu können. Wegen zahlreicher Berichte über den schlechten Zugang zu medizinischer Versorgung im Alltag beruhigen Zusicherungen die Betroffenen kaum, dass die Medikamente im Kosovo theoretisch zugänglich sein müssten.

Ergebnisse aus dem Kosovo

Bemüht um eine möglichst objektive Beschreibung der Alltagswirklichkeit betroffener Familien basieren die Ergebnisse der Kosovo-Komponente auf semi-strukturierten Tiefeninterviews mit 40 Roma-, Ashkali- und Kosovo-ägyptischen Familien, die in den letzten Jahren aus Deutschland in den Kosovo zurückgekehrt sind. Das Forscherteam befragte von Februar bis Mai 2010 insgesamt 173 Betroffene im Kosovo, darunter 116 Kinder im Alter bis 18 Jahre. Außerdem führte das Forscherteam über 60 Experteninterviews mit Vertretern aus Lokalverwaltungen, Ministerien sowie internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Die Ergebnisse der Feldforschung wurden mit allen verfügbaren offiziellen Daten, Statistiken und Expertenberichten verglichen. Eine besondere Rolle spielte die 2009 vom Institut Compass Research durchgeführte Haushaltsbefragung unter im Kosovo lebenden Roma, Ashkali und Kosovo-Ägyptern. Im Zuge einer Sekundärauswertung der Daten konnten die Befunde aus den Tiefeninterviews durch die Befragungsergebnisse von 230 weiteren Roma-Familien ergänzt werden.

Wie die Ergebnisse aus der Kosovo-Komponente der Studie bestätigen, sind zwei Drittel der nun ausreisepflichtigen Roma-Kinder in Deutschland geboren und aufgewachsen. Die im Laufe der Studie befragten Roma-Kinder und -Familien fühlten sich fast ausnahmslos in Deutschland zu Hause. Dies ist nicht verwunderlich, denn im Durchschnitt lebten die befragten Familien mehr als 14 Jahre in Deutschland. Viele der in Deutschland aufgewachsenen Kinder sprechen besser Deutsch als Albanisch, Serbisch oder Romanes. Vor ihrer Rückführung kannten die Kinder den Kosovo nur aus Erzählungen der Eltern und empfinden ihn als fremdes Land.

Im Einzelnen kam die Kosovo-Komponente der Studie zu folgenden Ergebnissen:

1. Aufgrund von Armut, Sprachbarrieren und fehlenden Zeugnissen brechen die meisten Roma-Kinder nach ihrer Rückkehr in den Kosovo die Schule ab. Von 66 befragten Kindern im Schulalter gingen nur 17 nach ihrer Rückkehr in den Kosovo weiter zur Schule. Das heißt, dass drei von vier Kindern aus Roma-Familien nach der Rückführung in den Kosovo die Schule nicht mehr besuchten. Ohne Chancen auf Bildung sehen sie einer Zukunft in Armut und Ausgrenzung entgegen. Die in Deutschland geleisteten Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen in die Bildung der Kinder drohen damit zu verpuffen. Die Hauptursache für den hohen Anteil von Schulabbrechern liegt in der Armut der aus Deutschland zurückgekehrten Familien. Die meisten Familien können die Mittel für Schulbücher, die Fahrt zur Schule oder für angemessene Kleidung nicht aufbringen.

2. Die zuständigen Behörden des Kosovo bieten weder spezielle Integrationsprogramme noch Sprachkurse an, um Kindern den Schuleinstieg zu ermöglichen, die nicht ausreichend Albanisch oder Serbisch sprechen. Da viele Abschiebungen während des Schuljahres stattfinden, kommt ein Teil der Kinder ohne die nötigen Zeugnisse und Schulabschlüsse im Kosovo an. Damit liegt es im Ermessen von Lehrern und Schuldirektoren im Kosovo, Kinder in die richtige Klasse einzuschulen. Aufgrund von mangelnden Sprachkenntnissen werden Kinder oft in die erste Klasse zurückversetzt. Kinder mit Behinderungen und chronischen Krankheiten brachen allesamt aufgrund von fehlenden Angeboten und von Armut ihrer Familien die Schule ab.

3. Ein weiteres Problem sind fehlende Geburtsurkunden aus Deutschland. Da fast zwei Drittel der Roma-Kinder in Deutschland geboren sind, betrifft dies die

Mehrheit der Kinder. Um sich im Kosovo in das Melderegister eintragen zu lassen, müssen alle kosovarischen Staatsbürger laut Gesetz ihre Geburtsurkunde im Original vorlegen. Im Zuge der meist unfreiwilligen Abschiebungen kehrt aber ein Großteil der Kinder ohne die nötigen Dokumente in den Kosovo zurück. In der Folge konnten 48 der 116 Kinder im Kosovo nicht gemeldet werden und besitzen keinerlei Dokumente. Damit sind 38 Prozent der Kinder de facto Staatenlose im eigenen Land. Keine Statistik erfasst sie, sie haben Schwierigkeiten bei der Einschulung und laufen Gefahr, bei nationalen Impfkaktionen ignoriert zu werden. Auch der Zugang zur Sozialhilfe ist ihnen versperrt.

4. Wie die Recherche zeigte, lebt ein Großteil der aus Deutschland zurückgekehrten Familien in prekären Wohnverhältnissen, in Häusern ohne fließendes Wasser oder Fenster, oder auch in Flüchtlingslagern. Die Lebensbedingungen schädigen die Gesundheit vieler Kinder. Viele der befragten Familien können auch dringende ärztliche Untersuchungen und Behandlungen nicht bezahlen. Kinder mit chronischen Krankheiten wie Asthma, Diabetes oder Depressionen bleiben ihrem Schicksal weitgehend überlassen.

5. Die ohnehin karge Sozialhilfe ist für viele Abgeschobene essenziell – der Kosovo ist das ärmste Land Europas. Jedes zweite Kind (49 Prozent) lebt unter der Armutsgrenze, jedes fünfte Kind in extremer Armut, also unter der Hungergrenze von 0,93 Euro pro Tag. Der Anteil von Familien der Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter, die in extremer Armut leben, ist mit 37 Prozent besonders hoch – im Vergleich zu 13 Prozent bei Kosovo-Albanern und vier Prozent bei Kosovo-Serben. Damit lebt eines von drei Kindern aus Roma-Familien unter der Hungergrenze.

6. Besonders besorgniserregend ist, dass das Kindeswohl weder im Rückführungsabkommen noch in der Praxis der deutschen und kosovarischen Behörden als eigenständiger Faktor Beachtung findet. Das bestehende Sozialhilfesystem des Kosovo schützt Kinder kaum vor Armut: Mit einer durchschnittlichen Sozialhilfe von 61 Euro monatlich leben 95 Prozent der Kinder, die in sozialhilfeabhängigen Familien aufwachsen, weiterhin in Armut. Ohnehin haben nur 23 Prozent der Kinder in Armut tatsächlich Zugang zu staatlichen Sozialleistungen.

7. In dieser Situation sind die Auslandsüberweisungen von in Westeuropa lebenden Angehörigen für die Familien im Kosovo eine lebenswichtige Einkommensquelle. Den Ergebnissen der Studie zufolge erhält jede zweite Familie mit Ver-

wandten im Ausland von diesen finanzielle Unterstützung. Im Durchschnitt stehen Familien mit Verwandtschaft im Ausland monatlich 31 Euro mehr zur Verfügung. Familien mit Verwandten im Ausland können sich den Schulbesuch der Kinder eher leisten und leben in deutlich besseren Wohnverhältnissen. Diese wichtige Quelle droht jedoch zu versiegen, wenn Minderheitenangehörige aus Westeuropa vermehrt in den Kosovo abgeschoben werden. Damit wird der Anteil der Roma-Familien in Armut weiter steigen. Noch mehr Kinder aus Minderheitenfamilien werden die Schule abbrechen und keinen Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten finden.

8. Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Studie betrifft die Rolle der verantwortlichen Behörden im Kosovo. Weder zuständige Ministerien noch Gemeinden im Kosovo verfügen über die finanziellen Mittel und Möglichkeiten, zurückkehrende Familien in Würde und Sicherheit aufzunehmen. Dass es auch am politischen Willen mangelt, bestätigen sowohl Thomas Hammarberg, Menschenrechtskommissar des Europarats, als auch die OSZE in einem Expertenbericht und eine im April 2010 erstellte Analyse des kosovarischen Innenministeriums. Im Jahr 2009 betrug das Budget der kosovarischen Regierung für Reintegrationsmaßnahmen nur 100 000 Euro. Damit konnten lediglich zwei provisorische Aufnahmelager finanziert werden. Für Wohnungsbau und Integrationshilfen auf dem Arbeitsmarkt fehlten die Mittel, erst recht für Maßnahmen, die den besonderen Bedürfnissen von Kindern entsprechen: Sprach- und Nachhilfeunterricht, Hilfen zur Berufsausbildung und medizinische Versorgung.

Auch bei den Reintegrationsprogrammen, die internationale Organisationen und europäische Regierungen finanzieren, bleibt das Kindeswohl weitgehend im toten Winkel. Ohnehin richten sich die meisten international finanzierten Programme nur an freiwillige Rückkehrer und sind Abgeschobenen verschlossen. Das ist vor dem Hintergrund von Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR problematisch, denen zufolge in den Jahren 2007 bis 2009 auf jeden freiwilligen Rückkehrer fünf unter Zwang Zurückgeführte kamen. Eine Ausnahme bildet das von vier deutschen Bundesländern und der Bundesregierung initiierte Reintegrationsprogramm „URA 2“. Doch auch dieses Programm erreicht den Ergebnissen der Recherche zufolge nur wenige der zurückkehrenden Roma-Familien und ist nicht auf die Bedürfnisse von Kindern zugeschnitten.

Eine Zukunft in der Illegalität?

Die Befunde geben Anlass zur Sorge, umso mehr, als in den letzten Jahren der Anteil der unter Zwang zurückgeführten Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter stark gestiegen ist. Von 2008 bis 2009 hat sich die Zahl der abgeschobenen Roma von 54 auf 127 mehr als verdoppelt; allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2010 wurden 114 Roma und 72 Ashkali in den Kosovo abgeschoben. Die meisten bleiben, wie die Interviews zeigen, ihrem Schicksal überlassen.

Neben humanitären Fragen stellt sich auch die nach der dauerhaften Steuerungswirkung. Ein großer Teil der Abgeschobenen, dafür sprechen viele Anzeichen, wird den Kosovo wieder verlassen. Das UNHCR schätzt den Anteil der Familien, die erneut vor Armut fliehen, auf knapp 60 Prozent. Tatsächlich versuchen viele Familien, vor allem solche mit in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kindern, wieder nach Deutschland zu kommen, zumeist auf illegalem Weg. Alle im Zuge der Recherchen befragten Kinder wollten wieder nach Deutschland zurück. Sie fühlen sich im Kosovo fremd und sehen dort keine Zukunft.

„Die Jenischen und andere Fahrende“

Eine Minderheit begründet sich

Ausgangspunkt Mahnmalkonflikt

Nach langen Auseinandersetzungen zwischen der Bundesregierung und Vertretungen von Opfergruppen um den Widmungstext wurde 2008 der Baubeginn für das 1992 beschlossene Mahnmal zum Gedenken an die „Opfer des nationalsozialistischen Völkermords an Sinti und Roma“ in Berlin symbolisch vollzogen. Als Text war vom Bundesrat 2007 einstimmig eine vom Institut für Zeitgeschichte und dem NS-Dokumentationszentrum in Köln ausgearbeitete „Chronologie des Völkermordes an den Sinti und Roma“ beschlossen worden. Abweichend von der Charakterisierung der NS-Politik gegen die europäischen Roma¹ als Genozid ist dort von „Verfolgungsmaßnahmen“ gegen „Angehörige der eigenständigen Opfergruppe der Jenischen und andere Fahrende“ die Rede.² Unklar ist, wer mit „andere Fahrende“ gemeint ist, mit „den Jenischen“ jedenfalls erschien auf der Bühne der deutschen Gedenkkultur eine Gruppe, die bis dahin kaum je ein Thema gewesen war, wie überhaupt eine Existenz von „Jenischen“ in Gesellschaft und Politik weitgehend unbekannt war und es bis heute geblieben sein dürfte.

- 1 „Roma“ ist hier als Gesamtbezeichnung gemeint, ungeachtet der Zugehörigkeit zu einzelnen Subgruppen wie den Lovara, Sinti/Manouches, Kalderasch, Kalé usw. Ich folge damit der von der International Roma Union vorgeschlagenen Konvention.
- 2 „Text auf den Informationstafeln des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma“, Mitteilung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien an den Verfasser, 29. 5. 2009.

Begriffliches

Am Beginn des 18. Jahrhunderts tritt „Jenisch“ gelegentlich als Sprachname auf. Er bezeichnet ein offenbar rotwelsches Idiom unterschiedlicher Sprechergruppen, die nicht kongruent mit den Angehörigen der später so genannten Bevölkerungsgruppe sind.³ „Jenisch“ als Gruppennamen ist erstmals für 1793 belegt. Eine regionale ordnungspolizeiliche Schrift führte in dem Wort alle möglichen Betreiber von als unehrlich geltenden Gewerben und von Niscentätigkeiten als „bunt zusammengesetzte Horde“ zusammen. Hervorgegangen seien diese Erwerbsgruppen aus „geborenen Jaunern“ und obdachlos gewordenen Bauern, Bürgern, Handwerksburschen und Soldaten. Gemeinsam sei den unterschiedlichen Gruppen dem Verfasser zufolge deren Exklusion aus der ortsfesten Mehrheitsbevölkerung und deren Delinquenz. Ihr Name sei auf Rotwelsch „Jenische, d. i. Leute, die nirgends keine Niederlassung haben“. Zwei Drittel seien eingeborene Schwaben, unter ihnen schwäbische Juden. Das übrige Drittel bestehe aus Fremden näherer und weiterer Herkunft. Der Verfasser grenzt „Jenische“ gegen „Zigeuner“ ab. So wie diese Darstellung gibt es zahlreiche weitere, die ein aus der sesshaften Bevölkerung hervorgegangenes soziales und ethnisches Konglomerat von Absteigern in Armut und Delinquenz beschreiben. Synonym zum Gruppennamen „Jenische“ existieren eine Reihe pejorativer Fremdbezeichnungen von oft nur regionaler Bedeutung.⁴

Im 19. Jahrhundert findet sich der Begriff, wiewohl weiterhin selten, so doch insgesamt etwas häufiger in Glossaren und Wörterbüchern, die als polizeiliches Hilfsmittel dienen.⁵ Es bleibt unklar, ob es sich mehr um eine Fremdbezeichnung

3 Abriß des Jauner- und Bettelwesens in Schwaben ..., Stuttgart 1793. Die anonyme Schrift wird dem Ludwigsburger Zuchthauspfarrer und Waisenhausdirektor Johann Ulrich Schöll zugeschrieben. Die folgenden Zitate in ihrer Reihenfolge: ebenda, S. 173, XII, 9, 29, 397, IV, XVI, 8 f., 285, 579–602.

4 Siehe Ulrich Friedrich Opfermann, Der „Mäckes“ – Zu Geschichte und Bedeutungswandel eines Schmähworts, in: Nassauische Annalen 109 (1998), S. 363–386.

5 Vgl. Friedrich Kluge, Rotwelsch. Quellen und Wortschatz der Gaunersprache und der verwandten Geheimsprachen, Straßburg 1901 (ND 1987), S. 358, 364, 365 f., 390, 392, 414 f., 417; Siegmund A. Wolf, Wörterbuch des Rotwelschen. Deutsche Gaunersprache, 2., durchges. Aufl., Hamburg 1985, S. 19–22 und 144; einen Überblick gibt Wolfgang Seidenspinner, Jenische. Zur Archäologie einer verdrängten Kultur, in: Beiträge zur Volkskunde in Baden-Württemberg 8 (1993), S. 63–95.

oder um einen Eigennamen handelt. Die kriminalisierende und stigmatisierende Charakteristik, wie sie bereits 1793 vorgelegt wurde, wiederholt sich. Kein durchgängiges Merkmal ist Dauermigration („Wandern“, „Nomadisieren“).⁶ Inzwischen ist der abwertende Beiklang von „Jenisch“ verblasst.⁷ Das Wort wird als Selbstbezeichnung verwendet.

Demografische Bedeutung und rechtlicher Status

Bevölkerungsanteile

Menschen, die sich „Jenische“ nennen, leben vor allem im deutschsprachigen Raum und in Frankreich. Zur Größe der Gruppe gibt es kaum verlässliche Angaben. 2006 sprach der schweizerische Bundesrat, ohne den jenischen Anteil zu beziffern, von „zwischen 25 000 und 30 000 Personen“ der „Gemeinschaft der schweizerischen Fahrenden“,⁸ real noch „fahrend“⁹ oder auch lange nicht mehr. Damit griff er auf eine Angabe der Schweizer Bischofskonferenz von 1978 zurück¹⁰ und senkte den Höchstwert freihändig etwas ab. Die unbegründete Schätzung gilt heute einerseits als unbrauchbar,¹¹ wird andererseits aber in Medien und Politik weiter verwendet.

6 Siehe Kluge, Rotwelsch, S. 333 (1818), 346 (1820), 365 (1830), 390 (1847), 417 (1886); Wolf, Wörterbuch, S. 19, 144 (ca. 1835).

7 Wenngleich nicht verschwunden: Alain Reyniers, Les Jeniș. Dossier, in: Etudes Tsiganes 37 (1991) 2, S. 10–14, hier S. 12.

8 Bericht des Bundesrats über die Situation der Fahrenden in der Schweiz, Teil I, Bern 2006, S. 5.

9 Ich setze „fahrend“ in Anführungszeichen, das Wort hat einen unangemessen romantisierenden Beiklang. Die historischen „Fahrenden“ fuhren auch meistens nicht, sondern gingen zu Fuß, zogen vielleicht einen zweirädrigen Karren. Die bessere, im deutschen Sprachraum weniger übliche Bezeichnung wäre die Eigenbezeichnung „Reisende“, ein gemeineuropäisches Kollektivum für Roma, Jenische, Schausteller, Artisten usw., siehe z. B. im Französischen „gens de voyage“, im Schwedischen/Norwegischen „resande folket“/„reisende“.

10 Hansjörg Roth, Jenisches Wörterbuch. Aus dem Sprachschatz Jenischer in der Schweiz, Frauenfeld 2001, S. 23.

11 „Die Grundlagen, auf welchen diese Schätzungen basieren, sind heute nicht mehr greifbar“, in: Thomas Eigenmann/Rolf Eugster, Fahrende und Raumplanung. Gutachten, St. Gallen 2001, S. 11.

25 000 bis 35 000 (so 1978) entsprächen etwa einem halben Prozent der Schweizer Bevölkerung.

2001 ergab ein von der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende in Auftrag gegebenes Gutachten 2500 „aktiv Fahrende in der Schweiz“.¹² Grundlage waren die Belegungszahlen der Stand- und Durchgangsplätze von 1999. Die Zahl summiert Schweizer Roma, Schweizer Jenische und nichtschweizerische Platznutzer, enthält Mehrfachbelegungen und eine von der „Radgenossenschaft der Landstrasse“, Dachorganisation der Schweizer „Fahrenden“, eingebrachte Zuwachsprognose. Unberücksichtigt blieb die Reisedauer. Die Zahl der Schweizer noch reisenden Jenischen dürfte also weit unter 2500 liegen.

Die jenischen Selbstorganisationen geben die Höchstzahl oder mehr an. Den Anteil der Schweizer Manouches (Sinti) marginalisieren oder ignorieren sie. Mitunter werden einer als „fahrend“ etikettierten Gesamtminorität spekulative 30 000 bis 40 000 Roma hinzugefügt,¹³ wie sie als Flüchtlinge oder Arbeitskräfte seit den 1950er-Jahren in die Schweiz migriert und inzwischen oft Schweizer Bürger sind.¹⁴ Sie werden dann neben Jenischen unter „Gruppen mit nomadisch/cyganischem kulturellen Hintergrund“ subsumiert. Die südosteuropäischen, spanischen oder türkischen Roma reisen indessen fast ausnahmslos seit Generationen nicht und sind auch nicht in der Schweiz dazu übergegangen. Allein der Mythos macht aus ihnen „Nomaden“.

Außer für die Schweiz gibt es Zahlen noch für Deutschland. Eine 1982 vorgelegte, im Auftrag der Bundesregierung entstandene Untersuchung zur sozialen Lage der Sinti ging von 8000 bis 10 000 „Landfahrern“ aus. Damit waren Jenische in engerer Definition, Artisten, Kleinzirkusleute und Schausteller gemeint.¹⁵ Nur etwa

12 Eigenmann/Eugster, *Fahrende*, S. 11.

13 Verein schäft qwant, *Die Jenischen im neuen Schweizer Kulturförderungsgesetz*, 1. 11. 2005, in: <http://www.openpr.de/news/66348/Die-Jenischen-im-neuen-Schweizer-Kulturförderungsgesetz.html> (letzter Zugriff am 19. 7. 2010); Verein schäft qwant, *Haben Jenische, Sinti und Roma keinen Platz in der Schweiz?*, 14. 11. 2005, in: <http://www.openpr.de/news/67958.html> (letzter Zugriff am 19. 7. 2010).

14 Ebenda.

15 Andreas Hundsatz (unter Mitarbeit von Harald P. Schaaf), *Soziale Situation der Sinti in der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart u. a. 1982, S. 170. Zu den Überschneidungen bei „Artisten“, „Landfahrern“, „Jenischen“ und „Schaustellern“ siehe auch Peter Widmann, *An den Rändern der Städte. Sinti und Jenische in der deutschen Kommunalpolitik*, Berlin 2001, S. 13, 29.

2,5 % davon, also zwischen 200 und 250 Personen, seien „ständig“ reisend.¹⁶ 1982 sprach die Bundesregierung von etwa 8000 Jenischen.¹⁷ Wie die deutschen Zahlen entstanden, ist unbekannt. Gesichert ist, dass die Zahl der deutschen Jenischen weit unter der der deutschen Sinti und Roma liegt.¹⁸

Eine deutsche Selbstorganisation, der Jenische Bund, verwendet ein Zahlenspektrum zwischen 200 000 und 500 000.¹⁹ Die Angaben sind wiederum ohne Rückhalt in Zählungen oder begründeten Schätzungen.

Rechtsstatus

Jenische Interessenvertretungen fordern die Anerkennung der Gruppe als nationale Minderheit. Allein in der Schweiz ist die Politik ihnen dabei einige Schritte entgegengekommen. 1997 ratifizierte die Schweiz die Europäische Sprachencharta und erklärte das jenische Idiom zur „territorial nicht gebundenen Sprache“. 1998 ratifizierte die Schweiz das Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten und erkannte damit die „Fahrenden“ mit Schweizer Staatsbürgerschaft als nationale Minderheit an. Das weit gefasste, soziografisch gemeinte Wort vom „Zigeuner“²⁰ wurde durch „Fahrende“ ersetzt. „Als Abgrenzungskrite-

16 Ebenda, S. 166.

17 Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Lage und Forderungen der Sinti, Roma und verwandter Gruppen“, Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, 21. 12. 1982, Drucksache 9/2.360, S. 1.

18 1980 nannten Sozialämter auf die Frage nach den von ihnen betreuten „Zigeunern“ und „Landfahrern“ ein Verhältnis von 12 067 zu 2862, siehe Christoph Freese/Matthias Murko/Gerhard Wurzbacher, Hilfen für Zigeuner und Landfahrer. Vorschläge zur Zielsetzung, Planung und Durchführung sozialer Hilfen für Zigeuner und Landfahrer unter besonderer Berücksichtigung ... des § 72 Bundessozialhilfegesetz, Stuttgart u. a. 1980, S. 251.

19 Jenischer Bund, Antrag an den Bundestag, 11. 3. 2006, in: [http://jenische.info/homesite/cms/media/Offener\\$20Brief-bundestag.pdf](http://jenische.info/homesite/cms/media/Offener$20Brief-bundestag.pdf) (letzter Zugriff am 27. 10. 2009); <http://www.jenischer-bund.org/1137301/195701.html> (letzter Zugriff am 27. 10. 2009). Am 15. 1. 2009 lag die Gesamtzahl dort noch bei 500 000.

20 Zum „doppelten Zigeunerbegriff“ siehe Michael Zimmermann, Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“, Hamburg 1996, S. 61 ff.; Ulrich Friedrich Opfermann, „Sey kein Ziegeuner, sondern kayserlicher Cornet“. Sinti im 17. und 18. Jahrhundert. Eine Untersuchung anhand archivalischer Quellen, Berlin 2007, S. 33.

rien außer Betracht fallen für den Begriff [...] Kriterien der Herkunft, Abstammung und Sprache.“ Damit meidet die Definition die im ordnungs- und sicherheitspolitischen Diskurs lange übliche Gruppenbildung in „Zigeuner“ und „nach Zigeunerart herumziehende Landfahrer“.²¹ Auf diese ethnische Unterscheidung wird zwar auch heute nicht völlig verzichtet, minderheitsrechtlich und -politisch aber ist sie ohne Belang. „Die Jenischen bilden die Hauptgruppe der Fahrenden schweizerischer Nationalität. Der Rest der Schweizer Fahrenden gehört zumeist der Gruppe der Sinti (Manusch) an.“²² Diese so definierte „Gemeinschaft der Fahrenden“ ist als nationale Minderheit geschützt. Medien und öffentliche Meinung unterstützen die Sichtweise von Politik, Recht und Verwaltung.²³

Wohin nun mit denen, die vielleicht generationenlang sesshaft sind? Die Schweizer Bundesbehörden geben eine klare Antwort. Sesshafte Jenische – falls Schweizer im Sinne des *Ius sanguinis* – werden in die Minderheit der „Fahrenden“ eingeschlossen. Nominell, denn real dienen die staatlichen Maßnahmen (Anlage

- 21 Vgl. z. B. 1936 die kategoriale Aufgliederung der Schweizer „Nomaden“ in „Zigeuner“ und „nach Zigeunerart umherziehende Personen“ nach den Vorgaben der Internationalen Zentralstelle zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens, siehe: Walter Meier/Thomas Leimgruber/Roger Sablonier, *Das Hilfswerk Kinder der Landstrasse. Historische Studie aufgrund der Akten der Stiftung Pro Juventute im Schweizerischen Bundesarchiv*, Bern 1998, S. 23.
- 22 Siehe Schweizerische Eidgenossenschaft, Bundesamt für Kultur: Sprachen und kulturelle Minderheiten – Fahrende in der Schweiz, 2006, in: http://www.bak.admin.ch/bak/themen/sprachen_und_kulturelle_minderheiten/00507/00512/index.html?lang=de (letzter Zugriff am 20. 10. 2009). Siehe die Verweise bei: Maité Michon, *Minorité: un concept commode, mais ambigu*, in: *Tangram. Bulletin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus* 3 (1997), S. 17–21, hier S. 1; Paul Fink, *Leiter der Sektion Kultur und Gesellschaft im Bundesamt für Kultur (zugleich Vizepräsident der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende)*, 20. 11. 2007: „Die Schweiz hat die Fahrenden als nationale Minderheit anerkannt ..., und sie hat das Jenische als territorial nicht gebundene Sprache der Schweiz anerkannt.“ (Hervorhebungen im Orig.), zit. nach: http://www.sifaz.org/nfp51vortragvenanznobel10-dez2007.html#_ednref4 (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).
- 23 Urs Glaus, *Schutz der Minderheiten in der Schweiz: Ein Lippenbekenntnis?*, in: <http://www.gfbv.ch/pdf/03-05-056.pdf> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009). Glaus ist auch Geschäftsführer der Bundesstiftung Zukunft für Schweizer Fahrende. Oder die NGO „Menschenrechte Schweiz“, die „Fahrende“ als „sowohl die Jenischen wie die Sinti und Roma“ definiert: Thomas Huonker (Bearb.), *NGO-Stellungnahme zum Ersten Bericht der Schweiz zur Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten*, hrsg. von Menschenrechte Schweiz [MERS], Bern 2002, S. 4.

von Stand- und Durchgangsplätzen, Gewerbe genehmigung) ausschließlich der kleinen Gruppe der noch Reisenden. Sesshafte Roma – nach Abstammungskriterien Fremde – fallen aus dem Minderheitenschutz komplett heraus.

Die gelegentlich vertretene Annahme, es seien „die Jenischen [...] als nationale Minderheit in der Schweiz anerkannt, nicht aber die Sinti und Roma“,²⁴ ist unzutreffend. Sie folgt dem jenischen Wunsch nach Privilegierung. 2001 versuchten jenische Organisationen, diesem Ziel mithilfe des Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über eingeborene und in Stämmen lebende Völker näherzukommen, indem sie die Gruppe zu einem solchen Volk erklärten.²⁵ Eine außergewöhnliche Selbstdeutung, die keine der anderen Sprachgruppen vertritt, und – weder in der Schweiz noch sonst irgendwo – auch keine der Roma-Gruppen.

Soziale Lage

Für Sozialarbeit und -politik, in Dossiers zu Armut und Unterprivilegierung sind Jenische in der Regel kein eigenständiges Thema. Die Ausnahmen beziehen sich auf sesshafte Jenische. Für die Bundesrepublik liegen aus den letzten etwa drei Jahrzehnten die schon genannte umfassende Untersuchung von 1982²⁶ und einzelne lokale Arbeiten zu kommunalen sozialen Brennpunkten vor (München, Gießen, Freiburg, Singen).²⁷ Die Aussagen differenzieren in einer Breite von sozial Erfolg-

24 Thomas Huonker, Fremd- und Selbstbilder von „Zigeunern“, in: Herbert Uerlings/Julia-Karin Patrut (Hrsg.), „Zigeuner“ und Nation. Repräsentation – Inklusion – Exklusion, Frankfurt a. M. u. a. 2008, S. 312–364, hier S. 330.

25 Siehe: <http://home.balcab.ch/venanz.nobel/qwant/VernehmlassungBerichtBundesrat051101.html> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).

26 Hundsatz, Situation, S. 163–173.

27 Hans Weiß, Armut und Erziehung. Früherziehung und Schulbesuch von Kindern einer Wohnwagensiedlung am Rande der Großstadt (München), Westberlin 1982; Hans-Günther Lerch, „Tschü lowi ...“. Das Manische in Gießen. Die Geheimsprache einer gesellschaftlichen Randgruppe, ihre Geschichte und ihre soziologischen Hintergründe, 3. Aufl., Gießen 1986, S. 118 ff.; Christoph Götz, Die Jenischen – eine diskriminierte deutsche Minderheit in der Vergangenheit und in der Gegenwart; ausgehend von der Situation im Raum Singen, Waldshut 1997; Widmann, An den Rändern; Marie-Therese Krings-Heckemeier/Meike Heckenroth/Stefan Geiss, Programmbegleitung des Bund-Länder-

reichen bis zu sozialen Verlierern, diese als die große Mehrheit.²⁸ Die materiell und sozial Arrivierten fanden sich am Beginn der 1980er-Jahre eher unter den noch Reisenden, die Verlierer überwiegend unter den ortsfest Lebenden. Den deutschen lokalen Untersuchungen, aber auch z. B. den Anzeigen in der Zeitschrift der Radgenossenschaft ist zu entnehmen, dass allerdings ein Teil der Wohlhabenderen sich inzwischen vom Reisen verabschiedet hat. Sie üben eine unternehmerische Tätigkeit z. B. in der Reinigungs-, Recycling- oder Abbruchbranche aus. Der österreichische jenische Schriftsteller Robert Mungenast: „Sie führen zum Teil noch weiterhin ein halbtraditionelles Leben, [...] wohnen aber längst in soliden Häusern und fahren Mercedes.“²⁹

Ein großer Teil der sesshaften Familien ist zumindest in Deutschland auf staatliche Transferleistungen angewiesen, im Unterschied zu mehrheitsgesellschaftlichen Randständigen häufig seit Generationen. Die Arbeitslosigkeit ist weit überdurchschnittlich. Abbruchhäuser oder Blocks von Schlichthäusern sind seit langem Orte der Ausgrenzung und der Stigmatisierung mit entsprechender Lage und unzulänglicher Infrastruktur. Konfliktreich sind dort drei Gruppen zusammengeführt, mehrheitsgesellschaftliche Obdachlose, Roma und Jenische – die beiden letzten in kinderreichen Großfamilien.

Die Entwicklungsbedingungen für Kinder und Jugendliche sind desolat. Der Anteil der Sonderschüler liegt beträchtlich über dem Durchschnitt, der Zugang zu Ausbildungsplätzen ist vielfältig versperrt, die Analphabetenrate nach wie vor hoch. Große Probleme sind Alkoholismus und Delinquenz bereits von Jugend-

Programms „Soziale Stadt“. Singen-Langenrain, Endbericht im Auftrag des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin 2002; „Die Weststadt – gruselig und bunt“. Ein Beteiligungsprojekt im Rahmen der Gemeinwesenarbeit Gießen-West (Diakonisches Werk Gießen) im Oktober 2003, o. O. [Gießen] o. J. [2004]. Eine unauffällige Veröffentlichung mit aussagekräftigem Inhalt ist: „Münstertreff“ gestaltet Ausstellung wider das Vergessen. „Eine Kultur im Verborgenen“: Einblicke in Leben und Schicksal der Roma, Sinti und Jenischen, in: Caritasverband für die Region Rhein-Mosel-Ahr e. V. (Hrsg.), Jahresbericht 2002.

- 28 Hundsalz, Situation, S. 166; Lerch, Tschü lowi, S. 99 ff. Für Widmann nehmen die Freiburger Brennpunkt-Jenischen „den untersten sozialen Rang“ ein. Auch von den Sinti würden sie diskriminiert: Widmann, An den Rändern, S. 99.
- 29 Mirjam Triendl, Der Zorn lacht mir aus dem Gesicht. Ein Porträt des jenischen Wissenschaftlers und Schriftstellers Romed Mungenast, in: Der Freitag vom 24. 12. 2004.

lichen. Wem trotz widrigster Bedingungen ein sozialer Aufstieg gelingt, der geht. Das Milieu bleibt homogen. Die Gesamtsituation ist extrem verfestigt.

Mit der sozialen Lage der Jenischen beschäftigen sich Politik, Verwaltung oder auch Forschung in der Schweiz nicht. Im Schlussbericht 2006 über ein staatliches Projekt zu Integration und Ausgrenzung von Jenischen und Roma gibt es lediglich das historische Armutsproblem des 19. Jahrhunderts.³⁰ Ein langjähriger Beobachter der Situation spricht demgegenüber von „fahrender Lebensweise und traditioneller Armut“ als konstitutivem Merkmal der heutigen Minderheit.³¹ Ein anderer bemerkt, dass ein großer Teil der sesshaften Schweizer Jenischen „wirtschaftlich schlecht gestellt“ sei.³² Gestützt werden diese Einschätzungen von lokalen Einzelbeobachtungen.³³

Die jenischen Selbstorganisationen thematisieren Armut der eigenen Gruppe und deren strukturelle Ursachen und Auswirkungen nicht. Auf eine Kommunalpolitik, die jahrzehntelang gezielt marginalisiert hat und damit mancherorts fortfährt und so der Stigmatisierung eine augenscheinliche Grundlage und Legitimation schafft,³⁴ gehen sie nur dann ein, wenn Geländewagen und Hänger des

- 30 Wissenschaftlicher Schlussbericht zum Teilprojekt Unterwegs zwischen Verfolgung und Anerkennung. Formen und Sichtweisen der Integration und Ausgrenzung von Jenischen, Sinti und Roma in der Schweiz seit 1800 bis heute, o. O. 2006, in: <http://www.thata.ch/schlussberichtnfp5106def.htm> (letzter Zugriff am 10. 11. 2009).
- 31 Willi Wottreng, *Tragbare Kultur*, in: Urs Walder, *Nomaden in der Schweiz*, Zürich 1999, S. 19–38, hier S. 25.
- 32 Roth, *Wörterbuch*, S. 9.
- 33 Iris Michel, *Schule: (K)eine Institution für Fahrende? Schweizer Fahrende zwischen Schrändi und Schränze*, Bern 2004, S. 7, 24 ff.; Maria Luisa Zürcher-Berther, *Fahrende unter Sesshaften. Probleme einer anderen Lebensweise*, Basel 1988, S. 34; Suzanne Schärli/Silvia Bruinink, *Die Tradition der Fahrenden hat ihren Preis*, in: Caritas Zürich (Hrsg.), *Nachbarn 2* (2009), S. 12; *Sozial- und Schuldenberatung der Caritas Zürich speziell für Jenische*: http://www.caritas-zuerich.ch/cm_data/090805_Sozialberatung.pdf (letzter Zugriff am 30. 12. 2009).
- 34 Peter Widmann, *Auszug aus den Baracken. Der Aufstieg der Sozialpädagogik und die deutsche Kommunalpolitik gegenüber „Zigeunern“ seit 1945*, in: Michael Zimmermann (Hrsg.), *Zwischen Erziehung und Vernichtung. Zigeunerpolitik und Zigeunerforschung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2007, S. 510–531. Widmann wendet sich Freiburger und Straubinger Sinti zu. Seine Feststellungen lassen sich ohne Weiteres auf Jenische beziehen, wie er sie im Übrigen in Freiburg auch kennenlernte, siehe Widmann, *An den Rändern*.

Marktfahrers von einer Ordnungsbehörde in Deponienähe platziert werden oder wenn Roma oder mehrheitsgesellschaftliche Obdachlose mit auf den Platz dürfen. So entstünden Ghettos, heißt es dann.³⁵ Schule und staatlich geregelte Berufsausbildung problematisieren sie als „Gefahr“ mit „katastrophalen Konsequenzen“.³⁶ „Die Fahrenden müssen gar nicht mehr können, als ihren Namen schreiben und etwas rechnen.“³⁷ Das Ausbildungsbedürfnis werde durch einige Monate Volksschule im Jahr „und später durch das Erlernen des elterlichen Berufes gedeckt“.³⁸ Wer mehr wolle, sei dabei zu „verbauern“. Für eine Ausweitung der Kinderarbeit plädieren Radgenossenschaft und der Verein „schäft qwant“. Gewerbepatente sollten „möglichst schon ab zwölf Jahren“ zu haben sein.³⁹ Die Kinderschutzvorschriften würden bei Jenischen „überlieferte familien- und kinderfreundliche Bräuche und Tagesabläufe [...] zerstören“. „Altes Unrecht“ werde damit fortgeführt.⁴⁰

Die Verhaltensweisen in einer Kultur der Armut und der Bildungsferne, vor denen die Sozialarbeiter in den sozialen Brennpunkten stehen und an denen die Betroffenen oft hartnäckig festhalten, problematisieren die jenischen Sprecher nicht. Defizite deuten sie in wertvolle Kulturmerkmale um. In dieser Sicht stehen Brennpunktbewohner und reisende Armut der Konstruktion einer positiven jenischen Gruppenidentität entgegen. Ihre Existenz wird tabuisiert, ihre Erwähnung als Diffamierung aufgenommen. Die Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft wie auch durch die sozial Erfolgreicheren in der Minderheit ergibt eine „doppelte Randständigkeit“.⁴¹

35 Siehe z. B.: Wehret den Verfängern („Ghetto“ durch Obdachlose), in: Scharotl 9 (1984), 22, S. 31.

36 May Bittel, Die Schule, in: Scharotl 16 (1991) 3, S. 24 ff.

37 So einer ihrer Sprecher, nach: Michel, Schule, S. 50.

38 So der Präsident der Radgenossenschaft Robert Huber, in: Radgenossenschaft, Infobroschüre, Zürich 2008, S. 8.

39 So der Präsident der Radgenossenschaft, in: Wottreng, Kultur, S. 35.

40 Stellungnahme zum ILO-Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker: <http://home.balcab.ch/venanz.nobel/qwant/VernehmlassungBerichtBundesrat051101.html#v18> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).

41 Weiß, Armut, S. 69.

Selbstvertretung

Schweiz

1973 deckten Schweizer Medien jahrzehntelange Zwangsfortnahmen von Kindern durch das „Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse“ auf.⁴² Wie in anderen europäischen Ländern war es auch in der Schweiz eine übliche Praxis von Fürsorgebehörden, Menschen, die als randständig bewertet wurden, die Kinder zu entziehen, um sie in Heim- oder andere Formen der Fremderziehung zu geben. Zu den Betroffenen gehörten Familien von „Zigeunern“ und Familien, die „wie Zigeuner“ leben würden, mithin auch Jenische. Mehr als 600 Kinder wurden solchen Familien fortgenommen.

Die 1970er-Jahre waren eine Zeit des außerparlamentarischen Bürgerengagements und auch des bürgerrechtlichen Aufbruchs stigmatisierter Minderheiten.⁴³ Die von weiten Teilen der Schweizer Öffentlichkeit als skandalös empfundenen Aktivitäten des Hilfswerks ließen eine soziale und bürgerrechtliche Solidaritätsbewegung entstehen. „Zigeuner“ organisierten sich. Aus dem sich zunächst gründenden Jenischen Schutzbund ging 1975 die schweizerische Radgenossenschaft der Landstrasse hervor. An der Gründungsinitiative waren Jenische, Roma und Unterstützer aus der Bürgerrechtsbewegung beteiligt. Zu den Aktivisten der ersten Stunde gehörten der Rom Dr. med. Jan Cibula, später erster Präsident der International Romani Union (heute: International Roma Union) und zugleich Verwaltungsrat der Radgenossenschaft. Seit 1975 gibt die Radgenossenschaft die Vierteljahreszeitschrift Scharotl (Wagen) heraus.

Die Radgenossenschaft sah sich als „Interessengemeinschaft des Fahrenden Volkes in der Schweiz“.⁴⁴ Sie organisierte sowohl Jenische als auch Roma.⁴⁵ 1978 gehörte sie auf dem zweiten Welt-Roma-Kongress in Genf zu den Gründern der

42 Siehe hier wie für die folgenden Angaben Meier/Leimgruber/Sablonier, Hilfswerk.

43 Die International Roma Union wurde 1978 gegründet, 1982 der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, in dem sich ältere Selbstorganisationen zusammenschlossen.

44 Siehe auch die Unterzeile des Verbandsorgans Scharotl bis in die zweite Hälfte der 1990er-Jahre: „Zeitung des Fahrenden Volkes“.

45 Vgl. http://www.radgenossenschaft.ch/die_ersten_sieben_jahre.htm (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).

International Romani Union. Im Selbstverständnis der jenischen Radgenossen war man als „Zigeuner“ Teil der sich weltweit konstituierenden Gemeinschaft der Roma. Nach einem durch Kindswegnahmen verursachten Sprachverlust lerne man „nun nachträglich die Sprache Romanesch“.⁴⁶ Man sei ein „jenischer Stamm“ der Roma.

Die Sichtweise der Gründergeneration erklärt sich sicher zum einen aus dem Wunsch, über die Schweiz hinaus international Bedeutung und Unterstützung zu bekommen, zum anderen aber wohl auch aus einer zeittypischen internationalistischen Haltung. Jedenfalls gelang es zeitweise auf der Ebene der Organisationsführungen, die tiefe Kluft zwischen Roma und Jenischen zu überwinden.⁴⁷

1985 kam es zu einer grundsätzlichen Neubestimmung des Kurses.⁴⁸ Präsident der Radgenossenschaft ist seither der Jenische Robert Huber. Ihre ethnopolitische Position formulierte die Radgenossenschaft vollständig neu. Die durch Herkunft begründete Gemeinschaft mit den Gruppen der Roma wurde aufgekündigt zugunsten des Konstrukts einer eigenständigen europäischen Ethnie. Die Radgenossen beschreiben seitdem Jenische als „Volk“ und fünfte nationale Minderheit der Schweiz. „Schweizer Fahrende“ setzen sie mit „Schweizer Jenische“ gleich.

Wesentliches Ziel in der Anfangsphase der Radgenossenschaft war die politische und gesellschaftliche Anerkennung der Kindswegnahmen als Unrecht. 1986 gestand der schweizerische Bundespräsident dieses Unrecht ein und entschuldigte sich.⁴⁹ Daneben standen zwei grundlegende minderheitspolitische Forderungen, die nach Anerkennung der „Zigeuner“ als nationale Minderheit und des Soziolekts der Jenischen („jenische Sprache“) als zu schützendes Kulturgut einer Minderheit.⁵⁰

46 So Theresa Wyss, Vizepräsidentin der Radgenossenschaft, zit. nach: Narachan. Zeitschrift für Bilder, Texte, Lieder. Genfer Kongress 78. Upre Roma (undat. [1979?]) 4, unpag.

47 Ähnlichkeit der Lebenswelt könnte soziale Nähe annehmen lassen, tatsächlich hält man großen Abstand. Siehe z. B. die Schilderung jahrzehntelanger Platzkonflikte in Freiburg, in: Widmann, An den Rändern, passim.

48 Radgenossenschaft, Die ersten sieben Jahre, in: http://www.radgenossenschaft.ch/die_ersten_sieben_jahre.htm (letzter Zugriff am 20. 10. 2009). Der Umbruch ließ sich leider nicht am Jahrgang 1985 des Scharotl belegen, weil nach Mitteilung der Radgenossenschaft dieser Jahrgang in ihrem Archiv fehle.

49 Wissenschaftlicher Schlussbericht, zit. nach: <http://www.thata.ch/schlussberichtnfp5106-def.htm> (letzter Zugriff am 19. 7. 2010).

50 Siehe z. B. Paul Gross, So leben die letzten Zigeuner in der Schweiz, in: SonntagsBlick, 23. 1. 1983.

Beide Ziele wurden 1997 bzw. 1998 erreicht. Die Forderung nach einer Vereinheitlichung der einzelnen kantonalen Bedingungen für eine Gewerbebewilligung („Patent“) ist inzwischen ebenfalls durchgesetzt. Das Ziel einer hinreichenden Zahl gut ausgestatteter Standplätze als Winterquartiere und Durchgangsplätze für die Reise ist erst teilweise erwirkt. Ein wichtiges Element dieser Forderung ist das Verlangen nach ausländerfreien Plätzen. In diesem Punkt stimmen Radgenossenschaft und Behörden überein.⁵¹

Die jenische Vertretung zieht mit einem Bekenntnis zu einer schweizerischen Sauberheitskultur gegenüber den ausländischen Reisenden – meist Roma aus Nachbarstaaten – einen Trennstrich.⁵² „Ausländische Jenische, Sinti und Roma“ nutzten die offenen Grenzen und überfremdeten, überfüllten und verschmutzten die Plätze. Als Schweizer habe man einen anderen „Umgang mit der Umwelt, in der Körperpflege, in sozialen Belangen“. Roma lebten „eher wie in traditionellen islamischen Gesellschaften“.⁵³ Die Radgenossenschaft kümmert sich um Alltagsprobleme „Fahrender“, berät in Rechtsfragen und in Fragen der Sozialhilfe, vermittelt zwischen „Fahrenden“ und Behörden. Mit Situation und Perspektiven der ortsfest lebenden jenischen Mehrheit beschäftigt sie sich nicht. Sie propagiert Hausieren, Markthandel, ambulantes Kleinhandwerk und Schrotteln als einen ihnen eingeborenen, kaum veränderungsbedürftigen „Lebensstil“, den sie folklorisiert und romantisiert.

Die Sprecher der Radgenossenschaft gehören zum kleinen Teil zu den erfolgreichen Sesshaften, sind häufig Inhaber ansehnlicher Unternehmen.⁵⁴ Die Vereinigung hatte 2008 114 Mitglieder, die Verbandszeitschrift Scharotl 91 Abonnenten.⁵⁵

51 Siehe z. B. die monatelange Diskussion um die Einrichtung weiterer Plätze im Kanton Aargau 2009, u. a. in: Aargauer Zeitung, 29. 7., 31. 7., 3. 8., 20. 9., 4. 12. 2009.

52 Jürg Häfeli, *Fahrendes Volk – eine Schweizer Minderheit* („Ausländer“ vs. „sprichwörtliche Sauberkeit der Schweizer“), in: Scharotl 9 (1984) 25, S. 15; Jahresbericht 2008 (zur „Trennung dieser beiden Kulturen“, d. h. der Schweizer von den ausländischen Reisenden), in: Scharotl 33 (2008) 4, S. 10.

53 So der Vizepräsident und Geschäftsführer der Radgenossenschaft Daniel Huber, siehe Dominik Gross, *Fahrende. Die Freiheit zu gehen*, in: Die Wochenzeitung vom 29. 1. 2009, abgedruckt in: Scharotl 34 (2009) 1, S. 24 f.

54 „Gerade sesshafte Jenische [...] übernehmen nicht selten die Rolle als Wortführer und Vordenker.“ Roth, *Wörterbuch*, S. 26.

55 Jahresbericht 2008, in: Scharotl 33 (2008) 4, S. 11.

Die auf den ersten Blick niedrige Organisationskraft und geringe Reichweite der Radgenossenschaft und ihrer Publikation erscheinen vor dem Hintergrund der geringen Zahl der noch reisenden Minderheit in einem günstigeren Licht. Für die Schweizer Regierung und Verwaltung ist die Radgenossenschaft Ansprechpartner, wengleich im Sinne ihres ursprünglichen Selbstverständnisses als Zusammenschluss von Roma und Jenischen. Seit 1986 wird sie vom Bund subventioniert.⁵⁶ Einen kleineren Teil der staatlichen Mittel verteilt sie weiter an andere Selbstorganisationen.

Neben der Radgenossenschaft bestanden und bestehen ältere und jüngere kleinere Organisationen. So die bereits 1913 gegründete Schweizerische Evangelische Zigeunermission – Leben und Licht, geleitet von einem Sinto, und eine zeitweilige Jenische Mission. In den 1970er-Jahren spielte die Vereinigung Pro Tzigania im öffentlichen Diskurs um das Hilfswerk eine beachtete Rolle, vor allem in Gestalt ihrer Präsidentin Liselotte Müller, die sich Zory Lovari(-Müller) nannte und sich damit auf die Roma-Gruppe der Lovara bezog. Wie die Radgenossenschaft erhob auch Pro Tzigania den Anspruch, für alle Schweizer „Fahrenden“ zu sprechen. Eine Petition von Pro Tzigania führte 1983 zu einer vom Justiz- und Polizeidepartement herausgegebenen ersten Studie zur Lage der Schweizer „Fahrenden“.⁵⁷

Nach der Neuausrichtung 1985 beharrte ein Teil der Radgenossen auf dem alten Selbstverständnis und gründete die Genossenschaft Fahrendes Zigeuner-Kultur-Zentrum für „Jenische, Sinti und andere Fahrende“. 1986 richteten Jenische und Manouches mit staatlichen und privaten Großspenden in Millionenhöhe die Stiftung Naschet Jenische ein. Sie sollte unter anderem Entschädigungsgelder an Opfer des Hilfswerks verteilen. Weil ein erheblicher Teil der Fondsgelder für andere Zwecke ausgegeben wurde, löste eine halbstaatliche Stiftung sie 1991 in dieser Aufgabe ab.⁵⁸

56 Bericht des Bundesrats, Teil II, 2006, S. 16.

57 Fahrendes Volk in der Schweiz; siehe: Leimgruber/Meier/Sablonier, Hilfswerk, S. 82.

58 Thomas Huonker, Projekt „Unterwegs zwischen Verfolgung und Anerkennung...“. Wissenschaftlicher Schlussbericht, zit. nach: <http://www.thata.ch/schlussberichtnfp5106def.htm>; <http://www.thata.ch/abulletin27august1992html.html> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009); Fahrendes Zigeuner-Kultur-Zentrum: <http://www.8ung.at/zigeuner/schweiz/index.htm> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009); Naschet Jenische („Steht auf Jenische!“ in Anlehnung

Autonome Organisationen von aus Südosteuropa immigrierten Roma entstanden in der Schweiz erst in den späten 1990er-Jahren (Roma Foundation, Verein Romano Dialog). Eine eigenständige Organisation der Schweizer Manouches existiert bis heute nicht.

Deutschland

In Deutschland ist der älteste eingetragene Verein mit jenischem Selbstverständnis der 1980 gegründete „reisende Fußballverein“ FC Grün-Weiß Ichenhausen. Er geht zurück auf im bayerischen Ichenhausen seit langem ansässige Jenische und steht für ein folkloristisches Interesse an der eigenen Geschichte und an dem, was als „jenische Kultur“ betrachtet wird.⁵⁹ So wie in Ichenhausen wird ein jenisches kulturelles „Erbe“ an einigen weiteren Orten aufrechterhalten. Kleine informelle Vereinigungen von Jenischen oder von sich als Bewahrer von Jenischem verstehenden Menschen wie Orts- und Stammtischzusammenkünfte gab und gibt es seit den 1990er-Jahren im mittleren und südlichen Westdeutschland.⁶⁰

In den 1990er-Jahren trafen sich im Odenwald einige Jenische, um ab und an ein Lagerwochenende zu veranstalten. Ende der 1990er-Jahre bildeten sich in Baden-Württemberg, an der Bergstraße und in Rheinland-Pfalz aus sprachkonservatorischen und volkskundlichen Motiven Zusammenschlüsse.⁶¹

Oft exotisierend wird Jenisches in lokale „Heimat“-Konzepte integriert. Es geht dann um die Reste des jenischen Idioms, weil sie die einzigen noch greifbaren Re-

an die in der Roma-Bürgerrechtsbewegung populäre Aufforderung „Upre Roma!“/„Auf Roma!“: Mariella Mehr, Arbeitspapier zur gegenwärtigen Situation der Jenischen in der Schweiz, in: Scharotl 17 (1992) 1, S. 22–31, hier S. 24 f., 27; Huonker, Projekt; Leimgruber/Meier/Sablonier, Hilfswerk, S. 84; Initiativkomitee Pro Fahrende: Einladung zu einer Orientierungsveranstaltung, in: Scharotl 16 (1991) 1, unpag. (S. 9).

59 <http://www.fc-gruenweiss.de> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).

60 So z. B. die Stammtische des Unterhaltungsvereins Wattenheim (Pfalz): Ansgar Armbrust, Seit der Kindheit auf der Sprach-Suche. Der Wattenheimer Richard Schäfer erforscht „Lotegorisch“, in: Heimatjahrbuch des Landkreises Bad Dürkheim, 11 (1993), S. 63 ff., hier S. 64. Lotegorisch ist der lokale Sprachname für Jenisch. „Stammtisch“ zum Schillingsfürster Jenisch. Interesse an alter Geheimsprache „der Frankemer“ nimmt weiter zu, in: Fränkischer Anzeiger, 14. 11. 2009.

61 Mitteilung Timo A. Wagner (Jenischer Bund) an den Verfasser, 2. 11. 2006; Nachruf des Jenischen Bundes auf Romino Bauer (Privatarchiv des Verfassers).

likte einer untergegangenen sozialen Sonderstellung sind. Man „raggert“ Jenisch,⁶² Hobbyhistoriker recherchieren nach Berufstraditionen, Gemeinden eignen sich die lange verpönte Geschichte als Hausiererdorf an, stellen sie ins Internet oder nehmen sie ins Heimatmuseum auf. Die für viele Menschen jenischer Herkunft immer noch nicht überwundene gesellschaftliche Randstellung wird nicht angesprochen. Man praktiziert eine museale Traditionspflege und hält sich von der Politik fern. Ein Interesse an wechselseitiger Wahrnehmung und überlokaler Vernetzung gab und gibt es in diesen Initiativen offenbar ebenso wenig wie Dauerhaftigkeit. Es gab „immer wieder Gründungen und auch Auflösungen von diesen kleineren Vereinen, einige schlossen sich Vereinen an, trennten sich später wieder oder blieben bestehen“.⁶³

Jüngere Entwicklungen

2003 wurde als „transnationaler Verein für jenische Zusammenarbeit und Kulturaustausch“ in Basel „schäft qwant“ (Macht's gut!) gegründet. Er versteht sich als grenzüberschreitendes Forum, internationale Vernetzung und Plattform. Mitteilungsweg und Handlungsraum ist vor allem das Internet. Rühriger Sprecher in der Öffentlichkeit ist nicht der kaum sichtbare Präsident Serge Borri, sondern sein Vertreter Venanz Nobel, sesshafter Jenischer und ehemaliger Funktionär der Radgenossenschaft. Schäft qwant ist der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen assoziiert.⁶⁴ Eigenen Angaben aus dem Jahr 2006 zufolge hat der Verband 181 „Direktmitglieder (Einzelpersonen und Familien)“. Ferner hätten sich 14 Vereine und Organisationen aus elf Staaten angeschlossen. Man sei ein Dachverband. Die Mitgliedschaft ist gratis. Vereinsstruktur und Entscheidungswege sind intransparent, „Generalversammlungen“ finden brieflich oder im Internet statt. Andere Mitglieder als der stumme Präsident und der allgegenwärtige Vizepräsident begegnen nicht.⁶⁵ Die Programmatik ist diffus und geht über die Anerkennung des jenischen

62 „Raggern“ = „sprechen“, von Romanes „raker“.

63 Mitteilung Timo A. Wagner (Jenischer Bund) an den Verfasser, 2. 11. 2006.

64 Es gibt den Unterschied zwischen assoziierten und ordentlichen Mitgliedern wie dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma.

65 Schäft qwant. Transnationaler Verein für jenische Zusammenarbeit, in: <http://home.bal-cab.ch/venanz.nobel/qwant/frameset.htm> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).

Bevölkerungsteils als nationale Minderheit kaum hinaus. Die Frage der Stand- und Durchgangsplätze interessiert eher aus kulturgeschichtlicher Sicht. Es gehe dabei wie bei Hirtennomaden um die Sicherung von „Lebensraum“ in der „Daseinskonkurrenz“ mit Bauern. Spielen für die Radgenossen beschäftigungs-, bildungs- und sozialpolitische Überlegungen kaum eine Rolle, so für den Verein schäft qwant gar keine. Die Schweizer Kulturpolitik gegenüber „Fahrenden“ kritisiert er – als Sozialpolitik.⁶⁶ Rege betätigt er sich als Entwicklungshelfer jenischer Zusammenschlüsse in Deutschland und Österreich.

Der Sitz von schäft qwant ist auch der Sitz eines 2006 gegründeten Vereins namens Schweizerisches Institut für Antiziganismusforschung. Es „setzt sich für die Rechte aller Gruppen der Roma, Sinti, Jenischen und anderen von antiziganistischen Mechanismen und Vorkommnissen betroffenen Einzelpersonen und Gruppen ein“. Man erforsche und bekämpfe antiziganistische Feindbilder. Der Verein veröffentlichte mehrere ältere Schriften im Internet, das der einzige Publikationsort ist. Wer ihm mit welchen Funktionen vorsteht und ob dort neben dem Schweizer Fahrenden-Forscher und Historiker Thomas Huonker noch weitere Personen tätig sind, ist nicht erkennbar.⁶⁷

Seit wenigen Jahren gibt es die Association Action Sinti et Jenisch Suisses und die Selbsthilfeorganisation Verein Schinagel. Hauptziel von Schinagel ist es, Jenischen „die fahrende Lebensart nachhaltig zu sichern“. 2008 wurde die Association Yenisch Suisse gegründet, aktiv im französisch- und im italienischsprachigen Teil der Schweiz.⁶⁸

2001 entstand in Österreich der Jenische Kulturverband. Dessen Mitinitiator Romed Mungenast beschrieb 2002 die hauptsächlichen Zielsetzungen als „verfassungsmäßige Anerkennung der Jenischen, Bekämpfung von Diskriminierung, breite Information über die jenische Kultur und Geschichte unter der nichtjenischen Bevölkerung in Österreich, [...] ein besseres gegenseitiges Verständnis der gemein-

66 Schäft qwant, Jenische, Sinti und Roma; Stellungnahme des Vereins schäft qwant zum Rahmenabkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten, 8. 12. 2008, zit. nach: <http://home.balcab.ch/venanz.nobel/qwant/zweiterMinderheitenberichtCHVernehmlass061208.pdf> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).

67 <http://www.sifaz.org/statuten.html> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).

68 Verein Schinagel: <http://www.fahrende.ch/> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009); Association Yenisch Suisse: <http://www.yenisch-suisse.ch/> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).

samen Geschichte und der jeweils anderen Kultur.⁶⁹ Der Verein wendet sich über eine – wenig informative – Website an die Öffentlichkeit.⁷⁰

Ende 2003 wurde in Singen am Hohentwiel ein Verein der Jenischen e. V. gegründet. Er beanspruchte, für „die Volksgruppe der deutschen Landfahrer in ganz Deutschland“ zu sprechen.⁷¹ Inhaltlicher Schwerpunkt war „die Erhaltung der Kultur, der typischen handwerklichen Fähigkeiten [...] [und] der Sprache“. Er bemühte sich, mit einer kultur-, aber auch sozialpolitischen Praxis vor Ort präsent zu sein. Seine Sprecher gehen den als kulturelles Erbe idealisierten handwerklichen Betätigungen indessen nicht nach, sie sind mittelständische Unternehmer in Gebäudereinigung und Recycling.⁷² 2009 hat der Verein seine Tätigkeit eingestellt.⁷³

Anfang 2006 entstand aus einer Jenischen Runde Rheinland und lokalen Initiativen der Jenische Bund in Deutschland und Europa e. V. Die Homepage des Vereins ist die einzige Form der Selbstdarstellung, wenn man von Beiträgen des „Vorsitzenden General-Sekretärs“ Timo Wagner in verschiedenen Netzforen absieht. Wagner ist zugleich Vorsitzender eines Bundesrats der Jenischen in Deutschland. Andere individuelle Mitglieder als der Generalsekretär treten in der Öffentlichkeit kaum einmal in Erscheinung, sind aber anders als im Fall von schäft qwant auf der Website benannt.⁷⁴

Der Jenische Bund beschreibt sich als „politisch-kulturelle Interessensvertretung Jenischer in der BRD & EU e. V.“ bzw. als „offizieller Bundes- und Opferverband sowie internationale politisch-kulturelle Interessensvertretung der autochthonen jenischen Volksgruppe in der Bundesrepublik Deutschland sowie der Europäischen Union (EU) e. V.“⁷⁵ So sehr die Entwicklung, nach dem Zustand der Internetseite zu urteilen, noch in den frühen Anfängen steht, so zahlreich sind doch die in Kürze begründeten Nebenvereine und Vereinsallianzen. Es entstanden die Union

69 Interview des ORF, 6. 7. 2002: http://www.thata.ch/ORF%20ON%20-%20Volksgruppen%20Romed-Dateien/mi_vereinsleben.htm (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).

70 <http://members.aon.at/jenisch.at/> (letzter Zugriff am 30. 12. 2009).

71 Erste Hauptversammlung des Vereins der Jenischen e. V., in: Wochenblatt, 13. 4. 2005.

72 Verein der Jenischen gegründet, in: Wochenblatt, 7. 1. 2004; Klaus-Michael Peter, „Wir leben schon lange in Singen“. Das Kulturerbe der Jenischen und ein neuer Aufbruch, in: Singen-Jahrbuch (2004), S. 80–91.

73 Spannungsfeld jenischer Kultur. Vortrag über die Jenischen, in: Wochenblatt, 17. 6. 2009.

74 <http://www.jenischer-bund.org/1080201/851643.html> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).

75 Mitteilung Timo A. Wagner (Jenischer Bund) an den Verfasser, 2. 11. 2006.

der Jenischen Minderheit in Europa e. V., die Jenische Gesellschaft für Antiziganismusforschung, die Jenische Stiftung gegen Antiziganismus und Diskriminierung und das Internationale jenische Institut zur Definition, Aufarbeitung und Dokumentation der jenischen Historie und der Verbrechen an der jenischen Minderheit in Deutschland und in Europa e. V., das „sogar“ von der „intern. Wissenschaft“ unterstützt werde. Wer dort woran forscht, wird nicht gesagt. Der Jenische Bund ist Mitglied des Vereins schäft qwant wie auch merkwürdigerweise der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer. Daher habe er „NGO-Beobachter-Status bei der UNO, UNESCO und EU“. Jenische Vereine im Elsass und in Lothringen, Irland, Luxemburg, Spanien, Tschechien und Ungarn seien Mitglied im Jenischen Bund. Für die Bundesregierung war er die repräsentative jenische Opfervereinigung in den Fragen des Mahnmals für Sinti und Roma.

In keinem Land Europas besteht eine derart weit zurückreichende, gut etablierte jenische Organisationskultur wie in der Schweiz. Die Beziehungen zu den staatlichen Institutionen sind geregelt, Jenische werden als minderheitspolitische Größe wahrgenommen, sind anerkannte Gesprächspartner, ihre Organisationen werden aus staatlichen Mitteln subventioniert, sie sind Gegenstand staatlicher Forschungsprogramme. Diese Erfolge lassen sich zurückführen auf eine soziale und politische Bewegung, die aus den in einer breiten Öffentlichkeit mit Empörung aufgenommenen Praktiken des Hilfswerks für die Kinder der Landstrasse hervorging. Die drei Jahrzehnte später in der Schweiz und in den deutschsprachigen Nachbarländern entstandenen Vereine haben diese Bodenhaftung nie erlebt. Als Internetinitiativen und -präsentationen haben sie virtuellen Charakter. Einzelne Funktionsträger treten hervor, die Vereinsstrukturen aber bleiben undurchsichtig. Die Sprecher agieren als Stellvertreter ohne ersichtliche Rückbindung in einer jenischen Mehrheit oder auch nur irgendwie fassbaren relevanten Minderheit.

Die von ihnen vorgelegten Konzepte mögen wohlüberlegt sein, auf eine soziale Bewegung können sie sich hingegen nicht beziehen. Referenzgröße ist, so inzwischen auch bei den älteren Vereinen, der mittelständische Marktbesitzer mit seinen Bedürfnissen und Interessen. Der prototypische Jenische unterscheidet sich, heißt es, vornehmlich durch zwei ethnisch-kulturelle Merkmale von der Mehrheit, durch eine „fahrende Lebensweise“ und durch eine jenische Sprachpraxis. Ansonsten entspricht die Selbstbeschreibung mit Aufstiegsorientierung und xenophoben

physischen und psychischen Sauberkeitshaltungen den herkömmlichen Wertestandards einer konservativen gesellschaftlichen Mitte.

Die Abgrenzungen der Vereine bleiben allerdings nicht unwidersprochen. Die jenische Schriftstellerin Mariella Mehr sieht sich nach wie vor der Roma-Gemeinschaft zugehörig. Aus der Radgenossenschaft wurde sie inzwischen ausgeschlossen.⁷⁶ Der Schriftsteller Robert Mungenast wandte sich vom Jenischen Kulturverband Österreich schon bald wieder ab: „Die von der Gesellschaft Geschundenen“ seien, so die scharfe Kritik, „oft selbst rassistisch.“⁷⁷

Zum Selbstverständnis

„Jenisches Volk“, „jenische Kultur“

Erstes Ziel der jenischen Vereine ist die Anerkennung der Gruppe als „Volk“. Die Radgenossenschaft – von anderen noch als zu moderat kritisiert – grenzt Jenische als separate ethnische Größe vierfach ab: gegen die Mehrheitsgesellschaft, gegen die Schweizer Manouches, gegen ausländische Reisende und gegen „Schausteller, Jahrmarkthändler, Chilbi- und Zirkusleute“. Diese ebenfalls Jenisch Sprechenden stammten aus „nichtzigeunerischen Familien“.⁷⁸

„Volk“ und „Volkszugehörigkeit“ sind konstruiert nach dem in Mitteleuropa dominanten Muster des 19. Jahrhunderts, also ethnisch-biologisch im Sinne einer geschlossenen, mythisch begründeten Abstammungsgemeinschaft. Dem Jenischen Bund kann zwar jeder beitreten, doch teilt er seine Mitglieder nach Abstammung in drei Gruppen auf: Jenische, Roma und andere.⁷⁹ Die Statuten der Radgenossenschaft machen wenigstens einen jenischen Großelternanteil zur Voraussetzung einer Mitgliedschaft.⁸⁰ Übereinstimmung mit als „jenisch“ definierten sozialen, kulturellen

76 Rafaela Eulberg, „Sprache ist mein Zuhause“. Interview mit der Romni-Schriftstellerin Mariella Mehr, in: *Schlangebrut* 21 (2003) 82, S. 21–25, hier S. 25.

77 Triendl, Zorn.

78 Nicht jeder Fahrende ist ein Zigeuner, in: *Scharotl* 17 (1992) 1, S. 21.

79 <http://www.jenischer-bund.org/360301/40662.html> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).

80 Siehe Thomas Huonker, *Fahrendes Volk – verfolgt und verfeimt. Jenische Lebensläufe*, Zürich 1987, S. 17. Der Verfasser verzichtet leider auf genauere Quellennachweise (Fußnoten); Roth, *Wörterbuch*, S. 27 (zur Jenisierung der Statuten 1996).

oder historischen Inhalten ist nicht Bedingung. Mit dem Abstammungsparadigma korrespondieren zumindest bei der Radgenossenschaft die populäre Metapher vom gemeinsamen „Blut“ („Stimme des Blutes“, „Gene von meiner jenischen Mutter“) und eine mitunter schwülstige Volkstumsrhetorik.

Aus dem erbbiologischen Abstammungskonzept ergibt sich die Vereinheitlichung der Individuen zu in ihrem Wesen gleichartigen Persönlichkeiten. Es entsteht das Bild eines moderat rebellischen Menschentypus, dem seine nomadische Freiheit über alles gehe („die Freiheit liegt im Blut der Jenischen“), weshalb er sich auf sympathische Weise einer uniformen Leistungswelt verweigere.⁸¹ Damit greift dieses Konzept ältere sozialromantische Vorstellungen aus der „Zigeunerkunde“ auf, wie sie in den 1980er-Jahren die Gießener „tsiganologische“ Schule unter dem Stichwort eines kollektiven „Eigensinns“ von „Zigeunern“ formulierte.

Die Vereine sind um einen möglichst alten Herkunftsmythos bemüht. Dazu unterbreiten sie verschiedene Angebote. Gemeinsam sind ihnen erstens ihr kurzes Dasein von höchstens zwei, drei Jahrzehnten und zweitens die Behauptung einer Jahrhunderte, wenn nicht Jahrtausende zurückreichenden exklusiven Herkunft. Grundlegend ist jeweils eine ethnische, nicht eine soziale Herleitung. Die Abkunft aus marginalisierten Unterschichten wird als „Nullifizierung des jenischen Volkes“ abgelehnt.⁸² Nach der Zurücknahme der Indien-These in den 1980er-Jahren erklärte man sich zum Restbestand einer urtümlich-alteuropäischen „nomadischen Grundschrift“ spätestens der Jungsteinzeit.⁸³ Diese Ansicht hatte einen Vorläufer. In den 1940er-Jahren war sie auch die Annahme des Leiters der nationalsozialistischen Rassenhygienischen Forschungsstelle Robert Ritter gewesen. Nach 1945 übernahm sie der Erbhygieniker Hermann Arnold.⁸⁴ Eine andere bevorzugte Er-

81 Zitate aus: Huber, Jahr der Feierlichkeiten.

82 Huonker führte diese Formulierung ein: Huonker, *Fahrendes Volk*, S. 17.

83 Ebenda, S. 19.

84 Robert Ritter, *Die Asozialen, ihre Vorfahren und ihre Nachkommen*, in: *Fortschritte der Erbpathologie, Rassenhygiene und ihrer Grenzgebiete* 5 (1941) 4, S. 137–155, hier S. 151 f.; Arnold zu Ritter: Hermann Arnold, *Randgruppen des Zigeunervolkes*, Neustadt 1975, S. 6, 127. In den 1990er-Jahren nannte die Literaturempfehlung der Wanderausstellung der Radgenossenschaft auch diese Publikation Arnolds, siehe Scharotl 16 (1991) 4, S. 38.

klärung führt zurück auf die als nomadisch beschriebenen Kelten,⁸⁵ eine weitere auf „ägyptische Vorfahren“⁸⁶.

Versucht man eine jenische Identität an Aussagen der Vereinssprecher zu kulturellen Inhalten festzumachen, so geht dies über das „Fahren“, über die „jenische Sprache“ und nicht näher erläuterte „moralische Bräuche und Sitten“ nicht hinaus.⁸⁷ Unterscheidende kulturelle Merkmale dürften in der abgeschlossenen Lebenswelt der Peripheriequartiere vorhanden sein, wie sie außerhalb des Blickfelds der Vereine liegen. Tatsächlich konkretisiert sich eine von der mehrheitsgesellschaftlichen Norm abweichende kulturelle Tradierung hier und nicht im Milieu der sozialen Aufsteiger. Dazu gehören überkommene Niscentätigkeiten wie das Hausieren, arbeitsbestimmte soziale Praktiken und Haltungen, Kleidungs Vorschriften wie der lange Rock der Frauen oder der Glaube an die Wirksamkeit des Totengeistes Mulo. Er macht eine Wohnung, in der jemand stirbt, unbewohnbar, so dringend sie auch benötigt wird.⁸⁸ Er verbietet es, auf dem Friedhof oder im Altenheim zu arbeiten, auch wenn Arbeitsplätze rar sind.⁸⁹

Ob Kleidungs Vorschriften, Mulo, das Verbergen des Idioms⁹⁰ oder Erwerbsweisen wie das Hausieren oder Messerschleifen: Als Ausweis einer kulturellen oder gar ethnischen Einzigartigkeit eignen sie sich nicht, weil Jenische sie mit Sinti teilen, von denen manches aus einem elaborierteren kulturellen Repertoire übernommen sein dürfte. So wie Erwerbsmobilität kein hinreichendes Unterscheidungsmerkmal ist. Zahllose Gruppen praktizierten und praktizieren weltweit solche Anpassung an wirtschaftliche Notwendigkeiten.

85 Z. B. so schon 1983 der Jenische Jean-Jacques Oehle, *Fahrendes Volk in der Schweiz*, Anhang 1, S. 2 („Les Yenish [...] sont probablement d'origine celte.“). Heute <http://www.jenischer-bund.org/40590/452401.html> (letzter Zugriff am 10. 11. 2009); *Geschichte und Sprache*, in: <http://home.balcab.ch/venanz.nobel/qwant/frameset.htm> (letzter Zugriff am 10. 11. 2009).

86 *Fahrende und ihre Pferde*, in: *Scharotl* 17 (1992) 1, S. 20.

87 Robert Huber, *Im Jahr der Feierlichkeiten zur 700-Jahr-Feier*, in: *Scharotl* 16 (1991) 1, unpag. (S. 2).

88 Götz, *Die Jenischen*, S. 11.

89 „Eine Kultur im Verborgenen“ *Einblicke in Leben und Schicksal der Roma, Sinti und Jenischen*, in: Caritasverband für die Region Rhein-Mosel-Ahr e. V. (Hrsg.), *Jahresbericht 2002*, S. 11; Roth, *Wörterbuch*, S. 59. Zu „mulo“ siehe auch Lerch, *Tschü lowi*, S. 262; Roth, *Wörterbuch*, S. 59.

90 Siehe Michel, *Schule*, S. 44.

In welchem Ausmaß die Entscheidung der Vereine, die Gruppe zu ethnisieren, bei der Basis Zustimmung findet, ist unbekannt. Von den fachlichen Instanzen in Forschung, Politik und Recht wird das ethnische Konzept durchweg ignoriert. 2006 nahm der Schweizer Bundesrat Stellung.⁹¹ Gehe man genealogisch-biologisch nach der Abstammung, schließe man eine große Mehrheit mit ein, die sich „in ihrer Lebensweise, ihren Bedürfnissen und Ansprüchen“ von der Mehrheitsbevölkerung kaum unterscheidet. Gehe man ethnisch-kulturell nach der „fahrenden“ Lebensweise, müsse man die sesshaften Abstammungs-Jenischen ausschließen, aber jene Reisenden einschließen, die „mit der kulturellen und sprachlichen Tradition und der Gruppenidentität der Schweizer Jenischen nichts zu tun haben.“⁹²

„Holocaust am jesischen Volk“

Der Erklärung jesischer Sprecher, ein Volk zu vertreten, folgte spätestens Anfang der 1990er-Jahre der Vorwurf des Völkermords. Schweizer Jesische erhoben ihn angesichts der Kindsfortnahmen.⁹³ Die UNO-Konvention zum Völkermord von 1948, deren Inhalt in Deutschland, Österreich und der Schweiz in nationales Recht übernommen wurde, qualifiziert als Objekt eines solchen Verbrechens „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe“. Als zu sanktionierender Tatbestand eingeschlossen ist die „gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe“.

Die Vereine Jesischer Bund und schäft qwant wurden gegründet, als die Diskussion um ein Mahnmal für den Genozid an den europäischen Roma in Berlin sich in ihrer Hochphase befand. 2005 teilte schäft qwant mit, man habe dazu bislang geschwiegen, nun werde man sich beteiligen.⁹⁴ Dafür gebe es zwei Gründe: Man werde nicht als „eigenständiges Volk“ wahrgenommen und es seien „die Jesischen [...] explizite Opfer des Dritten Reiches“. Man forderte die Anerkennung

91 Bericht des Bundesrats, T. I, II, 2006.

92 Bericht des Bundesrats, T. I, 2006, S. 18.

93 Mehr, Arbeitspapier, S. 22, 27, 31.

94 Verein schäft qwant, Wessen Mahnmal?, 31. 3. 2005, in: <http://www.openpr.de/news/43580/Wessen-Mahnmal.html> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).

eines „Holocaust am jenischen Volk“⁹⁵ und eine „offizielle Entschuldigung des deutschen Staates für die begangenen Verbrechen am jenischen Volk, und zwar während und nach dem Dritten Reich“.⁹⁶

Die Verantwortlichen der Rassenhygienischen Forschungsstelle sahen in „deutschstämmigen Asozialen“ keine geringere Gefahr als in „Zigeunern“. Es gelang ihnen aber nicht, die politischen und administrativen Entscheidungsträger „davon zu überzeugen, dass die Jenischen eine relevante rassenhygienische Gruppe und Bedrohung darstellen“.⁹⁷ Es gab lokale Betreiber von Erfassung, Verfolgung und Vernichtung, doch setzten sie sich nicht durch.⁹⁸ Für die zahlreichen Teilkategorien der „deutschstämmigen Asozialen“, zu denen auch Jenische gerechnet wurden, „[existierten] ganz im Gegensatz zu Juden und ‚Zigeunern‘ [...] Auswege“ aus der Verfolgung.⁹⁹ Belegt sind aber Fälle, in denen auch Jenische Opfer von Sterilisierungen und 1938 der Deportationen von „Asozialen“ wurden.

Mit Himmlers Erlass zur „Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse“ vom Dezember 1938 ging das Regime zu einer konsequenten Rassifizierung seiner Zigeunerpolitik über. „Zigeuner“ galten als „artfremd“, „Nichtzigeuner“ nicht. Jenische „Nichtzigeuner“ wurden nicht im „Zigeunersippenarchiv“ der Rassenhygienischen Forschungsstelle, der Datenbank für die Auschwitz-Deportationen ab März 1943, erfasst. Die Arbeiten an einem separaten „Landfahrersippenarchiv“

95 Z. B. Streit um das geplante „Zigeuner-Mahnmal“. Vertreter der Jenischen treffen Ministerialdirigent Roik in Bonn, 22. 3. 2007, in: <http://www.openpr.de/pdf/126677/Streit-um-das-geplante-Zigeuner-Mahnmal-Vertreter-der-Jenischen-treffen-Ministerialdirigent-Roik-in-Bonn.pdf> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009); <http://home.balcab.ch/venanz.nobel/qwant/frameset.htm>; Schreiben Jenischer Bund an Bundesministerium des Inneren (letzter Zugriff am 11. 5. 2006); http://www.jenischer-bund.de/50301/100601.html?*session*id*key*=%session*id*val* (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).

96 Schreiben Jenischer Bund an Bundesrat, 27. 1. 2007, in: <http://www.jenischer-bund.org/77801.html?cc=0.3028159129739362&i=29231314#start> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).

97 Andrew d’Arcangelis, *Die Jenischen – verfolgt im NS-Staat 1934–1944. Eine sozio-linguistische und historische Studie*, Hamburg 2006, S. 312.

98 Siehe z. B. Oliver Seifert, *Roma und Sinti im Gau Tirol-Vorarlberg. Die „Zigeunerpolitik“ von 1938 bis 1945*, Innsbruck u. a. 2005; Florian Freund/Gerhard Baumgartner/Harald Greifender, *Vermögenszug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti*, Wien 2004, S. 24; Ulrich Friedrich Opfermann, *The registration of Gypsies in National Socialism. Responsibility in a German region*, in: *Romani Studies* 11 (2001) 1, S. 25–52.

99 Siehe Wolfgang Ayaß, *„Asoziale“ im Nationalsozialismus*, Stuttgart 1995, S. 219.

beschränkten sich auf einzelne Teilregionen des Reichs und wurden 1944 eingestellt. Zu Deportationen wie nach dem Auschwitz-Erlass war es nicht gekommen.¹⁰⁰ Das „Hauptbuch des Zigeunerlagers“ Auschwitz-Birkenau¹⁰¹ ist kein Namensverzeichnis der jenischen und der mitteleuropäischen Roma-Familienverbände, sondern nur der letzteren.¹⁰² Vor Verfolgung waren Jenische individuell grundsätzlich nicht geschützt, aber sie waren nicht als Gruppe in ihrer Existenz gefährdet. Eine auch nur ungefähre Zahlenangabe zu jenischen Opfern, unter denen sich auch Menschen befunden haben mögen, die entgegen ihrem jenischen Selbstverständnis als „Zigeunermischlinge“ kategorisiert wurden, ist unmöglich.

Auf den Mangel an Belegen für einen „Holocaust an den Jenischen“ und auf die opferpolitisch wichtige Differenz im Vergleich mit der Roma-Minderheit reagierten jenische Interessenvertreter in der Schlussphase der Mahnmaldiskussion, indem sie eine gefälschte Version der Ausführungsbestimmungen des Auschwitz-Erlasses auf ihre Website setzten. In die Aufzählung der zu deportierenden Fallgruppen war im Nachhinein „Jenische“ eingefügt.¹⁰³ Die Fälschung wurde später wieder entfernt. Nach allem, was bis hierhin bekannt ist, trifft es nicht zu, dass die Gruppe im Nationalsozialismus „als Zigeuner“ verfolgt wurde, und ungeachtet der Frage, ob Jenische inzwischen ein „Volk“ bilden, lässt sich von einem „Völkermord“ nicht sprechen. Dass künftige Forschungen Belege dafür erbringen werden, ist nicht anzunehmen. Der vom Deutschen Bundesrat beschlossene Mahnmaltext der Münchener und Kölner Historiker formuliert diesen Forschungsstand. Offen bleibt die Frage, wie sich bei einem Mahnmal, das seit den ersten Überlegungen dem „Völkermord an Sinti und Roma“ einen Platz im kollektiven Gedächtnis geben sollte, die Mitaufnahme von Gruppen begründen lässt, die diesem Verbrechen nicht ausgesetzt waren.

100 Zimmermann, Rassenutopie, S. 436.

101 Jan Parcer (Bearb.), Gedenkbuch. Die Sinti und Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, Berlin 1993.

102 Guenter Lewy stellte „in den Akten“ nur einen möglichen Fall einer KZ-Deportation fest. Eine Frau, „die einer Familie von ‚nach Zigeunerart umherziehenden Personen‘ angehört haben soll und als ‚asozial‘ galt“, kam 1939 ins KZ Ravensbrück und von dort im März 1942 in das Frauenlager von Auschwitz, in: Guenter Lewy, „Rückkehr nicht erwünscht“. Die Verfolgung der Zigeuner im Dritten Reich, München/Berlin 2001, S. 433.

103 Die Fälschung ist nur noch durch ihr Echo in verschiedenen Roma-Foren nachweisbar, siehe z. B. <http://zigeunerinfo.de/sintiweb/index.php?action=posts&fid=1&tid=548> (letzter Zugriff am 20. 10. 2009).

Biopolitik, Germanisierung und Kolonisation

Alldeutsche Ordnungsutopien einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“

Am 28. August 1914 trafen sich die leitenden Männer des Alldeutschen Verbandes (AV), um über außen- und innenpolitische Ziele des Deutschen Reiches für einen kommenden Friedensschluss zu verhandeln. Die Zusammenkunft stand unter dem Eindruck des Erfolg versprechenden deutschen Truppenvormarschs in Belgien und dem sich abzeichnenden Triumph über die russische Armee in der Schlacht bei Tannenberg im Osten. Zwar verfügte keiner der teilnehmenden Männer über maßgeblichen Einfluss auf die politischen Entscheidungen der Reichsregierung oder auf die militärstrategischen Direktiven der Obersten Heeresleitung, ihre realpolitische Ohnmacht hinderte sie aber nicht daran, weitreichende Forderungen aufzustellen.

Der Verbandsvorsitzende Heinrich Claß eröffnete die Sitzung mit konkreten Vorschlägen, die er im Vorfeld mit Alfred Hugenberg, Mitbegründer und Verbindungsmann des Alldeutschen Verbandes zur rheinisch-westfälischen Industrie, und dem Geschäftsführer des AV, Leopold von Vietinghoff-Scheel, abgestimmt hatte: im Bereich der Außenpolitik umfangreiche Gebietsgewinne in Ost und West unter der Prämisse „Land frei von Menschen“, Annexion von Teilen Frankreichs, von Belgien und Holland; Beendigung der britischen Seeherrschaft; Schwächung Russlands durch Abtrennung der Ukraine; Aufteilung der nordafrikanischen Küstenländer zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien sowie Verfügungsrechte über alle Kolonien Frankreichs. Innenpolitisch müsse die im „Geist von 1914“ subjektiv erlebte und alle politisch-gesellschaftlichen Differenzen überbrückende Einigkeit des Volkes manifestiert werden, und zwar durch die vollständige Schließung der Grenzen im Osten zur Verhinderung jeglicher „jüdischer Einwanderung“, durch ein Aufenthaltsverbot für „Farbige“ im Reich und ein Verbot der Erziehung deutscher Kinder im Ausland. Die Erwartung an das Kriegsergebnis

fasste Claß prägnant zusammen: „Wenn dieser Krieg von uns nicht dazu verwandt wird, uns endgültig zum Herrenvolke ‚herauszupauken‘, den Herrenstandpunkt überall dort zur deutlichen Anwendung zu bringen, wo es nötig erscheint, dann wird's wohl nimmer geschehen.“¹ Ein kommender Frieden sollte in seinen Augen nichts weniger als die Herrschaft der „deutschen Rasse“ über Europa und die Welt bringen.

Schon vor dem Kriegseintritt des Deutschen Reiches hatte Heinrich Claß engsten Vertrauten gegenüber konkretisiert, worin er das wichtigste Ergebnis eines als apokalyptischen „Kampf auf Leben und Tod“² der Völker stilisierten Waffengangs erblickte: „In Wort und Schrift müssen wir unserem Volk das Kriegsziel vorgehalten: Freies Land, frei von Menschen – und wir müssen die öffentliche Meinung so bearbeiten, dass es einfach nicht anders geht als dieses Kriegsziel zu erreichen.“³ Der Verbandsvorsitzende hatte den Krieg seit Jahren herbeigesehnt und an dessen Ausgang zwei wesentliche Erwartungen gestellt: Die militärische Eroberung von Siedlungsraum vornehmlich in Mitteleuropa sowie die Errichtung einer homogenen „Volksgemeinschaft“ durch staatlich organisierte Bevölkerungspolitik. Diese von Claß konstruierte Verbindung der geopolitischen Chiffre des Lebensraums mit der biologistischen Semantik der „Volksgemeinschaft“ in einem konkreten Realisierungsvorschlag bildete den Kern alldeutscher Kriegszielforderungen. Der Nexus von territorialer Expansion nach außen und ethnischer Segregation nach innen versprach die Verwirklichung der Vision von einer rassistisch homogenen, sozial pazifistischen und politisch konformen „Volksgemeinschaft“.

Die Idee von planmäßigen Zwangsumsiedlungen als Mittel zur biologistischen Neuordnung des Raumes in homogenisierte ethnische Einheiten war nicht neu. Die

- 1 Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses (GA) am 28. August 1914 in Berlin, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch), R 8048/96 sowie BArch, R 8048/627. Zu dieser Sitzung vgl. auch Heinrich Claß, *Wider den Strom*, Leipzig 1932, S. 318 ff.; Rainer Hering, *Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890–1939*, Hamburg 2004, S. 134 ff.; Michael Peters, *Der Alldeutsche Verband am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt a. M. 1996, S. 193 f.; Alfred Kruck, *Die Geschichte des Alldeutschen Verbandes*, Mainz 1954, S. 71 ff.; Fritz Fischer, *Der Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 2004 (ND der Sonderausgabe 1967), S. 95 f.
- 2 V. (=Heinrich Claß), *Vor der Entscheidung*, in: *Alldeutsche Blätter*, 1. 8. 1914, S. 277 f.
- 3 Claß an Gebtsattel, 28. 7. 1914, BArch, R 8048/355 sowie BArch, N 2089/1 (NL Gebtsattel). Ähnlich auch Claß an Prof. Dr. Waterstradt, 28. 7. 1914 sowie Claß an Gebhard, 10. 8. 1914, beide BArch, R 8048/198.

im Zuge des „Rasse“-Diskurses im ausgehenden 19. Jahrhundert auf menschliche Gesellschaften übertragene Vorstellung der kulturellen und sittlichen „Höherentwicklung“ von Völkern durch konsequente Separierung der „höherwertigen“ Rasse mündete in geostrategische Raumutopien, die auf die geplante Wiederherstellung einer vermeintlich „natürlichen“ rassistischen Ordnung abzielten.⁴ Solche auf den Rasse- und Entwicklungstheorien des späten 19. Jahrhunderts basierenden biologistischen Ordnungsfantasien bildeten ein wesentliches, konstitutives Element bereits bei der Entstehung des Alldeutschen Verbandes.

Alfred Hugenbergs „Germanisierungs“-Ideen durch „innere und äußere Kolonisation“

Alfred Hugenberg hatte aus Sorge um den „Kulturzustand“ der deutschen „Rasse“ bereits in seiner 1888 abgeschlossenen Dissertation von einer notwendigen „wirtschaftlichen Selbständigkeit“ durch „Sicherung und kapitalistische Erschließung“ von Kolonien gesprochen.⁵ Er gebrauchte hier den Begriff „Rasse“ weniger als biologistische Kategorie, sondern eher als Chiffre für ein sprachlich und kulturell definiertes deutsches Volkstum in Abgrenzung zur „russischen“ und „angelsächsischen Rasse“. Diese „Rassen“ befänden sich in einem andauernden Existenzkampf im Darwinschen Sinne, den Hugenberg als globalen Konkurrenzkampf verstand, der mit wirtschaftlichen und demografischen Mitteln entschieden werde. Unentbehrliche Grundlage für den Bestand des Deutschtums im Kampf der „Rassen“ sei der Erhalt der deutschen „Volkskraft“, und diese sei durch „innere Kolonisation“ zu gewährleisten. Damit meinte Hugenberg nichts anderes als die kulturell-ethnische und sozioökonomische Reorganisation der bestehenden Siedlungsverhältnisse zwischen Stadt und Land durch staatlich organisierten Bodenerwerb, durch strate-

- 4 Gabriele Metzler/Dirk van Laak, Die Konkretion der Utopie. Historische Quellen der Planungsutopien der 1920er Jahre, in: Isabel Heinemann/Patrick Wagner (Hrsg.), Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, S. 23–43, hier S. 28.
- 5 Alfred Hugenberg, Innere Kolonisation im Nordwesten Deutschlands, Straßburg 1891, S. 451, sowie ders., Innere und auswärtige Kolonisation (1888), in: ders., Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1926, S. 309 f.

gische Parzellierung und subventionierte Bewirtschaftung. Für Hugenberg war eine „Germanisierungspolitik“ nur dann erfolgreich zu realisieren, wenn dieser eine steigende Bevölkerungszahl sowie eine kontinuierliche Verbesserung der ökonomischen Lage der deutschen Siedler vorausgehe und wenn das deutsche Volk in den entsprechenden Gebieten demografische und wirtschaftliche Dominanz ausübe.⁶

Das Hugenbergsche Konstrukt von „innerer und äußerer Kolonisation“ schlug sich in der alldeutschen Kombination von expansiv-kolonialimperialistischen Zielen mit integrativ-ordnungspolitischen Ansätzen unübersehbar nieder: Erstens die Sammlung aller Deutschen über nationale Grenzen hinweg, zweitens eine aggressive Welt- und Kolonialpolitik zur Sicherung der Existenz des deutschen Volkes und seiner Stellung in der Welt und drittens die Propagierung der besonderen zivilisatorisch-imperialistischen Berufung des deutschen Volkes für kulturelle und sittliche Weiterentwicklung der Welt.⁷

Als Maßstab aller Dinge galt den Alldeutschen das „Deutschtum“. Sie verstanden sich als Herold eines überstaatlichen „Volkswillens“ und beanspruchten für sich als „überparteilicher Nationalverein“ die Meinungsführerschaft des für sie einzigen legitimen Souveräns jeglicher staatlich-politischer Entscheidungsfindung: des Volkes. Freilich bezogen sie sich nicht auf das reale Volk, sondern auf ein fiktives Idealvolk der Zukunft, das „wahre“ Volk, das anhand der Kriterien Sprache, Kultur, Geschichte und Abstammung definiert wurde.⁸ In der Fokussierung auf die vermeintlichen Interessen der „Volksnation“ – im Gegensatz zur amtlichen Regierungsperspektive der „Staatsnation“ – suchten die Alldeutschen einen Weg, den in ihrer Empfindung außenpolitischen Machtverlust sowie die innere parteipolitische,

6 Alfred Hugenberg, Rückblick und Ausblick. Denkschrift aus dem Jahre 1917, in: ders., Streiflichter, 198 ff. sowie ders., Denkschrift über innere Kolonisation (1906), in: ders., Streiflichter, 229.

7 Entwurf einer Adresse an Herrn Dr. Karl Peters, in: Otto Bonhard, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Leipzig 1920, S. 244. Die erste Satzung mit ähnlich formulierten Zielen ist abgedruckt bei Edgar Hartwig, Zur Politik und Entwicklung des Alldeutschen Verbandes von seiner Gründung bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs (1891–1914), Phil. Diss. (Masch.), Jena 1966, S. 242 f.

8 Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1998, S. 604; Johannes Leicht, „Alldeutsch – vielleicht alljüdisch?“ Rassistische und antisemitische Semantiken in der Agitation des Alldeutschen Verbandes in den Jahren 1891–1919, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 13 (2004), S. 111–137, hier S. 115 ff.

konfessionelle und soziale Zerrissenheit durch eine übergeordnete Integrationsinstanz zu kompensieren. Der Gedanke, eine über die bisherigen Reichsgrenzen hinaus staatlich verfasste, ethnisch-kulturell definierte und rassistisch aufgeladene „Volksgemeinschaft“ zu errichten, verhieß nationale Integration, politische Konformität, soziale Solidarität und außenpolitischen Herrschaftsanspruch.⁹ Dies konnte nur dann verwirklicht werden, wenn im Inneren das deutsche Nationalbewusstsein gestärkt würde – durch Sensibilisierung für das Gefühl der „Zusammengehörigkeit und Schicksalsverbundenheit“ aller Deutschen sowie durch die Einsicht, dass jeder einzelne ein „mitwirkendes, mithandelndes und mitverantwortliches Glied des Ganzen“ sei.¹⁰ Der „Volksgemeinschafts“-Gedanke bildete einen attraktiven Gegenentwurf zu einer durch partikularistische Partei- und intransigente Klasseninteressen zerrütteten gesellschaftlichen Gegenwart. Der rasche Mitglieдерzuwachs des AV Mitte der 1890er-Jahre unterstreicht die zeitgenössische Anziehungskraft solcher Ideen.

Sofern man bei dieser breit angelegten Weltanschauung überhaupt von einer stringenten „alldrutschen“ Ideologie sprechen möchte, können im Zentrum dieses im Kern rassistisch determinierten und in sich geschlossenen Glaubenssystems politischer Überzeugungen zwei zentrale Aspekte herauskristallisiert werden: Permanente Existenzangst vor einem Abstieg des deutschen Volkes in die politische, kulturelle und wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit und das daraus resultierende unablässige Streben nach Erweiterung des Status quo. Nichts charakterisiert die alldrutsche Denkstruktur mehr als das inoffizielle Verbandsmotto: „Feinde ringsum“. Überall witterten sie Bedrohungen, die einer Verwirklichung der verherrlichten Gemeinschaft des Volkes – was unabdingbare Voraussetzung für die Erfüllung des dem deutschen Volk zugeschriebenen kulturmissionarischen Auftrags war – im Wege standen. Als verantwortlich für die wachsende Diskrepanz zwischen der wahrgenommenen Realität und dem herbeizuführenden Ideal machten sie ein Konglomerat von äußeren Feinden und inneren Widersachern aus, bestehend vor allem aus Sozialdemokraten, Juden und ethnischen Minderheiten. Auf der anderen Seite

9 Explizit formulierte dies Alfred Hugenberg 1902 in einer Rede, vgl. Hugenberg, Streiflichter, S. 278.

10 Eduard Heyck, Die geschichtliche Berechtigung des deutschen Nationalbewußtseins. Rede gehalten am 6. September 1896 in Berlin auf dem All-Deutschen Verbandstage, München 1897, S. 12 f.

zeichneten sie das Bild einer „ordentlichen“ Welt der nationalen Einheit, Geschlossenheit, Opferbereitschaft und Hingabe an die Gemeinschaft.¹¹

Die Alldeutschen gehörten zu den Protagonisten in Deutschland, die in ihrer Verbandsprogrammatik ein biologistisch aufgeladenes Volk nicht mehr deckungsgleich mit der ethnisch-kulturell verstandenen Staatsnation definierten. Sie sprachen bereits vom evolutionsbiologischen „Kampf ums Dasein, aus dem die bessere Art hervorgeht“.¹² Intention dieses Rekurrerens auf Charles Darwin ist nicht nur der Verweis auf die vermeintliche Wissenschaftlichkeit der eigenen Forderungen oder die Begründung der eigenen Existenzberechtigung, sondern vor allem die Rechtfertigung des imperialistischen Anspruches, da „dem Volke die Weltherrschaft zufallen mußte, das den letzteren Weg am entschlossensten betrat“.¹³ Nur der Stärkere setze sich durch und trage damit zum kulturellen und zivilisatorischen Fortschritt bei. Das Volk, das im „Daseinskampf“ siege, sei als „Herrenvolk“ zur Weltherrschaft prädestiniert. Die Unterlegenen würden für immer von der Bildfläche verschwinden, so die Überzeugung führender Alldeutscher wie Ernst Hasse. Der Verbandsvorsitzende hatte mit seinen Mitte der 1890er-Jahre publizierten „Programmschriften“ maßgeblichen Anteil an der Verbreitung solcher sozialdarwinistisch-rassistischen Interpretationen.¹⁴

Ernst Hasses Konstrukt einer rassistisch homogenen „Volksgemeinschaft“

Dem Leipziger Statistikprofessor Hasse galt die Sicherung wirtschaftlicher Prosperität durch territoriale Expansion und ökonomische Protektion als unerlässliche Voraussetzung für die Gewährleistung völkischer Existenz.¹⁵ Denn, so begründet er seine Vorstellung, „das Einzige, was im Flusse der tausendjährigen Entwicklung Bestand hat, ist das Volk. [...] Freilich nur unter einer Voraussetzung, nämlich der,

- 11 Roger Chickering, *We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League, 1886–1914*, Boston/London/Sydney 1984, S. 81.
- 12 Fritz Bley, *Die Weltstellung des Deutschtums*, München 1897, S. 3.
- 13 Ebenda, S. 7 (Hervorhebung im Original).
- 14 Großdeutschland und Mitteleuropa im Jahre 1950, von einem Alldeutschen, Berlin 1895; Ernst Hasse, *Deutsche Weltpolitik*, München 1897. Die Zuschreibung „alldeutsche Programmschrift“ in: *Alldeutsche Blätter*, 9. Mai 1897, S. 92.
- 15 Hasse, *Deutsche Weltpolitik*, S. 7.

daß es an sich und im Vergleich mit anderen maßgebenden Völkern groß ist, mächtig und frei. Für die Lebensbedingungen des 20. Jahrhunderts ist aber für das deutsche Volk eine kräftige, deutsche Weltpolitik die einzige Gewähr dafür, den Kampf um das Dasein zu bestehen.¹⁶ Ein solches Ewigkeitspathos verlieh dem Volk eine transzendente Qualität mit zugleich konkreten diesseitigen Handlungsimperativen. In Hasses Worten: „Andere mögen anderen Göttern opfern. Mein Ideal [...] ist mein deutsches Volk.“¹⁷ Der Glaube an das Fantasma des „Neuen Menschen“ in einer „Neuen Ordnung“ generierte eine metaphysische Sinngebungs- und Rechtfertigungsinstanz mit quasi allein- und endgültigem Loyalitätsanspruch, die Antworten auf individuelle Fragen nach Sinn, Wert und Kontingenz des menschlichen Lebens ermöglichen sollte.¹⁸ Die Bedrohung der als naturgegeben erachteten kulturhistorischen „Auserwählung“ des deutschen Volkes durch die als „Degeneration“ empfundene gegenwärtige Entwicklung konnte für Hasse nur durch die „rassische Erneuerung“ des Volkes, durch eine rational geplante und gezielt umgesetzte Ordnung behoben werden. Diese biologistische Definition des Volkes als „natürliche Blutsgemeinschaft“ akzeptierte in letzter Konsequenz aber weder Gleichberechtigung unabhängig von der Herkunft noch territoriale Integrität der Nachbarstaaten, sondern verlangte nach demografischer Segregation und ethnischem Irredentismus.¹⁹

Während die Mehrheit der Alldeutschen über Gebietsansprüche in Übersee, einen raschen Flottenausbau, die finanzielle Sammlung zugunsten der Buren oder staatsrechtliche Fragen bezüglich der Eingliederung von Elsass-Lothringen ins Reich debattierten, suchten vor allem Ernst Hasse und Alfred Hugenberg nach Wegen und

16 Ebenda, S. 16.

17 Ebenda, alle Zitate auf S. 16.

18 Peter Walkenhorst, Nationalismus als „politische Religion“? Zur religiösen Dimension nationalistischer Ideologien im Kaiserreich, in: Olaf Blaschke/Frank-Michael Kuhlemann (Hrsg.), Religion im Kaiserreich. Milieus – Mentalitäten – Krisen, Gütersloh 1996, S. 503–529; Peter Berghoff, Das Phantasma der „kollektiven Identität“ und die religiösen Dimensionen in den Vorstellungen von Volk und Nation, in: Stefanie von Schnurbein/Justus H. Ulbricht (Hrsg.), Völkische Religion und Krisen der Moderne. Entwürfe „arteigener“ Glaubenssysteme seit der Jahrhundertwende, Würzburg 2001, S. 56–74.

19 Michael Wildt, Biopolitik, ethnische Säuberungen und Volkssouveränität. Eine Skizze, in: Mittelweg 36 (2006) 6, veröffentlicht auch auf www.eurozine.com (letzter Zugriff am 22. November 2009), S. 10.

Möglichkeiten, das Konzept der inneren und äußeren Kolonisation zur Errichtung einer homogenen „Volksgemeinschaft“ mit Weltmachtanspruch praktikabel zu machen. Der Verbandsvorsitzende dachte grundsätzlich noch in den herkömmlichen machtstaatlichen und staatsrechtlichen Kategorien. Sein Ziel war die ausweitende Anpassung der Staatsgrenze an die Kultur- und Sprachgrenze. Als Vertreter des „alten“ Nationalismus vertrat er ein holistisch-territoriales Nationen-Konzept.²⁰ Zugleich ist bei Hasse die biologistische Idee vom Volk als rassistisch homogener Gemeinschaft deutlich angelegt. Für ihn hat das deutsche Volk seine Daseinsberechtigung erst dann erreicht, wenn es entweder gelang, ein „geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet in Mitteleuropa“ herzustellen oder innerhalb der Reichsgrenzen die Zahl der „Nichtdeutschen zur Bedeutungslosigkeit“ zu reduzieren.²¹ Wie sehr diese Schlussfolgerung der „Volksgemeinschafts“-Ideologie dem radikalen Nationalismus verpflichtet ist, zeigt sich daran, dass ein nach Hasses Berechnungen konstatiertes Anteil an sogenannten Reichsdeutschen in Deutschland von etwa 92,5 % – biopolitisch betrachtet – immer noch keine Größe darstellt, die seinen Vorstellungen von einer homogenen „Volksgemeinschaft“ entsprach.²²

Ideologische Voraussetzung für die Artikulierung biologistischer Handlungsimperative war bei Ernst Hasse die Beschäftigung mit dem um die Jahrhundertwende aufgekommenen rassistischen Ordnungsdenken. Hasse bezog sich in seinen Schriften nicht nur auf Arthur de Gobineau oder Houston S. Chamberlain, er las auch regelmäßig die Beiträge des von Alfred Ploetz herausgegebenen „Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie“. Doch auch Werke des Sozialanthropologen Otto Ammon, des Antisemiten Theodor Fritsch, des Rassenanthropologen Otto Schmidt-Gibichenfels, des Rassentheoretikers Willibald Hentschel und des in Leipzig lehrenden Friedrich Ratzel, des Begründers der Anthropogeografie, waren Quellen seiner Weltanschauung. In der Symbiose von machtstaatlicher Nationen-Vorstellung und biologistischer „Volksgemeinschafts“-Idee knüpfte Hasse die

20 Stefan Breuer, *Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945*, Darmstadt 2001, S. 90 und 99.

21 Vgl. die Bände aus Hasses großangelegtem Werk „Deutsche Politik“: Ernst Hasse, *Das Deutsche Reich als Nationalstaat*, München 1905, S. 4, S. 23; ähnlich auch Ernst Hasse, *Die Besiedelung des deutschen Volksbodens*, München 1905, S. 109; Ernst Hasse, *Deutsche Grenzpolitik*, München 1906, S. 167; Ernst Hasse, *Die Zukunft des deutschen Volkstums*, München 1907, S. 40.

22 Hasse, *Deutsche Grenzpolitik*, S. 135.

Zukunftsfähigkeit des deutschen Volkes an drei biopolitische Kategorien: Masse, Rasse und Gesundheit. Eckpfeiler des Konstruktes bildeten die Quantität der Deutsch Sprechenden, die Qualität ihrer Abstammung und der Grad der Gesundheit als Voraussetzung von Leistungsfähigkeit und Wehrhaftigkeit des Volkes.²³ Hasse sah die Gemeinschaft nicht mehr als Summe von Individuen, er reduzierte die Staatsbürger vielmehr auf bloße Objekte biopolitischen Staatshandelns mit dem Ziel der rassischen Segregation zur kulturellen Höherentwicklung des eigenen Volkes. Er forderte die bedingungslose Unterordnung des Individuums unter die Interessen des zur alleinigen Sinngebungsinstanz verabsolutierten Volkes. Seine Vision erschien vielen national orientierten Zeitgenossen als ein attraktiver Weg zum viel zitierten „Platz an der Sonne“: „Einem von allen weltbürgerlichen Schlacken befreiten deutschen Volkstum von genügender Masse, von reiner Rasse, von Kraft und Gesundheit, von hoher Lebenshaltung, freier Selbstverwaltung, wehrhaft, gebildet, gut gegliedert, aber straff zusammengefaßt, gehört die Zukunft, und ihm blüht eine große und glückliche Zukunft.“²⁴

Um die postulierte homogene „Volksgemeinschaft“ zu realisieren, plädierte Hasse daher für eine alle Lebensbereiche umfassende staatliche Bevölkerungspolitik, die selbst vor Privatestem nicht haltmachen sollte. Zum zentralen Bestandteil dieser „Biopolitik“, wie Michel Foucault solche Machtansprüche der Gesamtheit auf den Einzelnen bezeichnete,²⁵ erklärte Hasse gezielt gesteuerte Wanderungsbewegungen: Immigration war nur im Falle der Rückwanderung Deutscher zulässig, die Emigration aller „Nichtdeutschen“ oder sich der „Eindeutschung“ widersetzen den Bevölkerungsgruppen musste herbeigeführt werden. Als Alternative schlug Hasse einen Bevölkerungsaustausch der Minderheiten zweier Staaten auf „freiwilliger“ Basis vor, wie er auf dem Balkan Anfang des Jahrhunderts bereits praktiziert worden war. Vor allem die multiethnisch besiedelten Grenzgebiete im Osten und Südwesten des Deutschen Reiches rückte er als Flächen innerer Kolonisation ins Blickfeld seiner Erörterung. Als Militärgelände sollten diese einen rechtlichen Sonderstatus erhalten, der die deutschen Einwanderer gegenüber der ansässigen

23 Hasse, Die Zukunft des deutschen Volkstums, S. 1 ff.

24 Ebenda, S. 190.

25 Michel Foucault, Leben machen und sterben lassen. Die Geburt des Rassismus, in: Sebastian Reinfeldt et al. (Hrsg.), Bio-Macht, Duisburg 1992, S. 27–50.; ders., Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II, Frankfurt a. M. 2004.

Bevölkerung wirtschaftlich begünstigte.²⁶ Hasse ging mit seiner planmäßigen Siedlungspolitik im Einvernehmen vor allem mit Hugenberg und Claß zu diesem Zeitpunkt erheblich weiter als die Mehrheit der Alldeutschen. Selbst Zwangsumsiedlungen und Enteignungen durch ein „gesetzliches Ankaufsrecht“ erachtete er als mögliche Mittel.²⁷ Die zur Ansiedlung benötigten Menschenmassen wollte er aus dem Kreis der Militärangehörigen mit gehobenen Dienstgraden rekrutieren, aber auch ein Rückruf der deutschen Auswanderer aus Nordamerika schien ihm zielführend.²⁸ Ebenso betrachtete er der öffentlichen Fürsorge anvertraute uneheliche oder elternlose Kinder als „Menschenmaterial“, dem zukünftige Siedler für den Osten „entnommen“ werden könnten. So unterstützte der Alldeutsche Verband auf Bestreben Hugenbergs unter anderem das als „Durchgangsstätte für die Ueberführung großstädtischer Waisenkinder in bäuerliche Familienpflege“ instrumentalisierte Waisenhaus in Neuzedlitz (Posen).²⁹

Eine staatlich gelenkte Migrationspolitik war bei Hasse aber nicht nur ein Instrument zur quantitativen Steigerung der Bevölkerungszahl. Als Mittel zur Steuerung der biologistischen Auslese sollte sie zudem der qualitativen Sicherung des „Rassenwertes“ dienen. Ziel des Staates müsse es sein, den „noch vorhandenen Rest des nordischen Rassenbestandteils des deutschen Volkes vor weiterer Vergeudung zu schützen und alle eine Verminderung dieses Rassenbestandteils drohenden Gefahren abzuwenden.“³⁰ Anders als später Heinrich Claß räumte Hasse

26 Hasse, Die Besiedelung des deutschen Volksbodens, S. 51, S. 125 ff., S. 145 ff.; Hasse, Deutsche Grenzpolitik, S. 82, S. 105. Ernst Hasse, Neue deutsche Militärgrenzen, in: Alldeutsche Blätter, 7. Oktober 1894, S. 166; Hasse folgte hier einer Idee, die erstmals 1875 geäußert wurde von Paul de Lagarde, Ueber die gegenwärtige Lage des Deutschen Reiches. Ein Bericht, abgedruckt in: ders., Deutsche Schriften, Göttingen 1891, S. 127–215, hier S. 142 f.

27 Hasse, Die Besiedelung des deutschen Volksbodens, S. 112 ff.

28 Ebenda, S. 145 ff.; Hasse, Neue deutsche Militärgrenzen, S. 166.

29 Hasse, Die Besiedelung des deutschen Volksbodens, S. 137 f.; Hasse, Die Zukunft des deutschen Volkstums, S. 21, S. 114. Träger des Waisenhauses war der 1897 von Alfred Hugenberg gegründete „Evangelische Verein für Waisenpflege in der Ostmark“. Hugenberg hatte dessen Vorsitz inne. Vgl. Heidrun Holzbach, Das „System Hugenberg“. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981, S. 32; Dankwart Guratzsch, Macht durch Organisation. Die Grundlage des Hugenbergschen Presseimperiums, Düsseldorf 1974, S. 47.

30 Hasse, Die Zukunft des deutschen Volkstums, S. 50.

den bereits im Land lebenden Juden, Polen oder Franzosen noch die Möglichkeit der „Eindeutschung“ ein. Sie seien weitgehend an die deutsche Kultur angepasst und könnten in die Volksnation integriert werden, während die Neueinwanderung ethnischer Minderheiten vor allem aus dem Osten strikt verhindert werden müsse.³¹ Um das deutsche Volk vor „Rassendegeneration“ zu schützen, drang Hasse bis in erbbiologische Bereiche vor und schlug im Anschluss an Hentschels Mittgart-Idee die „Hochzüchtung einer reinen Rasse“ in ausgewählten abgeschlossenen Gebieten vor, die als „Quellen der Verjüngung und Blutsauffrischung“ für das deutsche Volk dienen sollten.³²

Neben der rassehygienischen Reinhaltung des Blutes sah Hasse auch in der medizinischen Pflege der Gesundheit einen wichtigen Baustein zum biologistischen Erhalt der Zukunftsfähigkeit des deutschen „Volkskörpers“. Sein Plädoyer für eine umfassende staatliche Gesundheitspflege orientierte sich ausschließlich an deren Nutzen für die Gesamtheit. Die Konstitution des Einzelnen ordnete er ausnahmslos einer verabsolutierten Volksgesundheit unter. Hasse forderte ein Heiratsgesetz, das geistig und körperlich Benachteiligten die Fortpflanzung verbieten und darauf hinwirken sollte, dass nur gesunde Eltern Kinder zeugten. „Zwangssterilisation“ war ein von ihm verwendeter Begriff, auch wenn Hasse eine Separation der „minderwertigen Einzelwesen“ in Pflegestationen unter strenger Kontrolle präferierte. Eine besondere Beachtung kam „der Frau“ zu, die auf ihre Rolle als Mutter reduziert wurde. Ziel aller sozialpolitischen Reformen müsse demzufolge die Befreiung der Frau von der Arbeit sein, damit sie ihrer „volksbiologischen“ Aufgabe nachkommen könne: „Ein kraftvolles Geschlecht zu gebären und ein edles Geschlecht zu erziehen, das möge immer mehr der Beruf der deutschen Frau werden.“ Dieses sexualpolitische Programm ergänzte er um Forderungen nach staatlich dirigierter körperlicher Erziehung, Verbesserung der Schulhygiene und medizinischer Kontrolle von Schulkindern durch regelmäßige physiognomische Vermessungen. Das Erziehungs- und Bildungssystem sei darauf auszurichten, dass das deutsche Volk

31 Ebenda, S. 56 ff.; Hasse, *Die Besiedelung des deutschen Volksbodens*, S. 125.

32 Hasse, *Die Zukunft des deutschen Volkstums*, S. 54 ff., S. 82; Willibald Hentschel, *Mittgart. Ein Weg zur Erneuerung der germanischen Rasse*, Leipzig 1904. Vgl. dazu auch Peter Emil Becker, *Zur Geschichte der Rassenhygiene. Wege ins Dritte Reich*, Stuttgart 1988, S. 220, S. 274; Massimo Ferrari Zumbini, *Die Wurzeln des Bösen*, Frankfurt a. M. 2003, S. 417–422; Uwe Puschner, *Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich*. Sprache, Rasse, Religion, Darmstadt 2001, S. 189 ff.

seinen kulturimperialistischen Auftrag auch ausfüllen könne, Hasse sprach von der „Nationalisierung der Schulen“.³³

Letztendlich zielten bei Hasse jegliche gesundheits- und bevölkerungspolitischen Ambitionen auf eine verbesserte Wehrtüchtigkeit ab. Die alldeutsche Losung „Feinde ringsum“ charakterisierte zunächst die als nachteilig empfundene geostrategische Mittellage Deutschlands in Europa. Ernst Hasse aber sah in dieser einen Vorteil, insofern der äußere Druck innere Kohäsionskräfte freisetze. Müsste das deutsche Volk nicht jeden Tag damit rechnen, „um sein Dasein mit seinen Nachbarn Kämpfe auf Leben und Tod zu bestehen“, würde es mit Sicherheit zugrunde gehen.³⁴ Der Kern alldeutscher Kriegsrhetorik fand seine Begründung bei Hasse schon nicht mehr im imperialistischen Expansionsdrang, sondern in der biologistischen Vorstellung einer Erneuerung des deutschen Volkes als Rasse: „Wenn wir in keiner Kriegsgefahr ständen, wir müßten eine solche künstlich schaffen, um unser weiches und schlaffes Volkstum zu stärken, um ihm Knochen und Nerven zu schmieden.“³⁵ Diese biopolitische Kriegsapologetik sollte bis in den Ersten Weltkrieg hinein zentraler Bestandteil alldeutscher Agitation bleiben. Damit nahm der Leipziger Professor eine Schlüsselrolle im Prozess der ideologischen Radikalisierung und vor allem der Biologisierung nationalistischer Denkweisen im Alldeutschen Verband ein.

Die Anziehungskraft der rassentheoretisch begründeten Notwendigkeit ethnischer Segregation wurde untermauert von konkreten Erfahrungen staatlicher Migrationspolitik in den östlichen Provinzen Preußens, die unter der tatkräftigen Mitarbeit von Alfred Hugenberg erfolgten. Der maßgebliche Initiator bei der Gründung des Alldeutschen Verbandes konnte in seiner Zeit bei der preußischen Ansiedlungskommission in den 1890er-Jahren direkt an der Realisierung einer „inneren Kolonisation“ mitwirken. Als einer der glühendsten Verfechter der „Germanisierungs-Idee“ hatte er starken Einfluss auf die Arbeit der Kommission.³⁶ Die

33 Hasse, *Die Zukunft des deutschen Volkstums*, Zitate S. 19, S. 72–74, S. 79–81, S. 140 ff., S. 159.

34 Ebenda, S. 126.

35 Ebenda, S. 127.

36 Guratzsch, *Macht durch Organisation*, S. 26 ff. Zur 1886 von Preußen gegründeten Ansiedlungskommission vgl. Scott M. Eddie, *The Prussian Settlement Commission and Its Activities in the Land Market, 1886–1918*, in: Robert L. Nelson (Hrsg.), *Germans, Poland and Colonial Expansion to the East*, New York 2009, S. 39–63.

zentralen Ziele der Ansiedlungskommission hatte er auch im Alldeutschen Verband publik gemacht, wodurch er maßgeblichen Anteil an dessen Positionierung zur „Polenfrage“ bekam: Zurückdrängung der polnischen Bauern, Verhinderung der Neueinwanderung von Polen, Förderung deutscher Zuwanderung sowie wirtschaftliche Unterstützung der deutschen Siedler.³⁷ Die Umsiedlungsaktionen in der preußisch-polnischen Grenzregion bildeten die praxisbezogene Vorlage für alldeutsche Konzeptionen zur Bereinigung ethnischer Heterogenität, von denen Hasses Werke die wirkungsreichsten waren.

Ernst Hasse lag mit seinen Ausführungen ganz auf einer Linie mit Alfred Hugenberg. Dieser war als „Manager modernen Typus“ maßgeblich daran interessiert, die ökonomische und demografische Ausgangsposition der Deutschen in den preußischen Ostprovinzen zu optimieren, um diese später einer „Germanisierung“ unterziehen zu können. Doch schon um die Jahrhundertwende monierte Hugenberg, dass die Kommission ihr Ziel weitgehend verfehlt habe, da sie mehrheitlich deutschen statt polnischen Grundbesitz aufgekauft und damit eher als „Sanierungsunternehmen“ für hochverschuldete Junker fungiert habe.³⁸ Bereits 1899 hatte er sich in einem anonym veröffentlichten Leitartikel zur „Polenfrage“ daher für ein „unbedingtes Enteignungsrecht“ für den preußischen Staat gegenüber dem gesamten polnischen Grundbesitz ausgesprochen.³⁹ Intern erwähnte er offen die Notwendigkeit eines „gesetzlichen Ankaufsrechtes“, allerdings mit der Einschränkung, dass

37 Alfred Hugenberg, *Der preußische Staat als Polonisor*, in: *Alldeutsche Blätter*, 15. 4. und 19. 8. 1894, auszugsweise abgedruckt in: Hugenberg, *Streiflichter*, S. 300–306, Zitat S. 305. Siehe auch Hugenberg an Hasse, 12. Januar 1902, in: ders., *Streiflichter*, S. 280 ff. Dieser Brief ist unter anderem Titel erneut abgedruckt: *Eine andere deutsche Polenpolitik. Denkschrift vom 12. Januar 1902*, in: *Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe*, hrsg. v. Alldeutschen Verband, Leipzig 1910, S. 114–126; Hasse zitiert die Abhandlung von Hugenberg komplett in: Hasse, *Die Besiedelung des deutschen Volksbodens*, S. 108–124; Siehe auch Hasse an Samassa, 27. 2. 1904, BArch, R 8048/188; Protokoll der Sitzung des GA 23./23. 5. 1902 in Eisenach, BArch, R 8048/33; Claß, *Wider den Strom*, S. 86 f.

38 Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, München 1995, S. 964.

39 *Unsere Polenpolitik*, in: *Alldeutsche Blätter*, 12. 3. 1899, S. 86–89. Ebenso abgedruckt in: *Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe*, hrsg. v. Alldeutschen Verband, Leipzig 1910, S. 59–62; Zur Verfasserschaft Hugenbergs siehe Peter Walkenhorst, *Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890–1914*, Göttingen 2007, S. 264 f.

die Öffentlichkeit für eine solche Forderung „noch nicht reif“ sei.⁴⁰ Die verbands-offizielle Sprachregelung forderte verklausuliert einen „zwangswisei staatlichen Aufkauf anderweitig nicht erhältlicher größerer Besitzungen“.⁴¹ Diese sprachliche Zurückhaltung änderte sich 1907/08, als die preußische Regierung das Ansiedlungs- und Enteignungsgesetz auf den Weg brachte. Maßgeblich daran beteiligt war Alfred Hugenberg, der mittlerweile Leiter der Referate Genossenschaftswesen und Ostfragen im preußischen Finanzministerium war.⁴² Zwangsenteignungen empfahl er nun als notwendiges Mittel zur wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Segregation.⁴³ Dem folgte der Alldeutsche Verband ohne Einschränkungen. Sein „Ostexperte“ Professor Otto Hötzscli verurteilte auf dem Alldeutschen Verbandstag 1907 die sich verschärfenden „Güterspekulationen“ und nannte Enteignungen erstmals öffentlich „rationellere Mittel“ zur „Germanisierung“ der preußischen Ostprovinzen.⁴⁴ Damit stärkte er Hugenberg öffentlich den Rücken. In dessen „Posener Freundeskreis“ hatte sich bereits die geostrategische Forderung durchgesetzt, zur militärischen und rassischen Sicherung des deutschen Volkes die multiethnisch besiedelten Grenzgebiete im Osten und Westen als Militärgelände mit rechtlichem Sonderstatus zu versehen, der die deutschen Einwanderer klar gegenüber der einheimischen Bevölkerung begünstigt.⁴⁵

Heinrich Claß und die Radikalisierung alldeutscher Homogenitätsforderungen

Während der zweiten Marokkokrise 1911 griff Heinrich Claß, seit 1908 Nachfolger von Ernst Hasse als Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, diese bevölkerungspolitischen und geostrategischen Konzeptionen auf, indem er die Forderung

40 Hugenberg an Hasse, 12. 1. 1902, in: ders., Streiflichter, 288.

41 Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse, S. 268.

42 Guratzsch, Macht durch Organisation, S. 44 ff.; Protokoll der Sitzung des GA am 4./5. 4. 1908 in Berlin, BArch, R 8048/64.

43 Hugenberg an Hasse, 22. 1. 1907, BArch, R 8048/395.

44 Otto Hötzscli, Polenfrage und Ostmarkenpolitik, in: Alldeutsche Blätter, 14. 9. 1907, S. 312.

45 Guratzsch, Macht durch Organisation, S. 28 ff., S. 36–47 sowie Holzbach, System Hugenberg, S. 34 ff.

nach „ethnischer Flurbereinigung“ in ein politisches Programm integrierte. Der neue Verbandsvorsitzende beschränkte sich nicht mehr auf die Optimierung des „Deutschtums“ innerhalb des bestehenden Reichsterritoriums, sondern übertrug die Idee einer ethnisch-rassistischen Homogenität auf künftig in einem Krieg zu erobernde Gebiete. Er verlieh der bevölkerungspolitischen Raumkonzeption also eine dezidiert expansionistische Ausrichtung.

Seit ihrer Gründung erachteten die Alldeutschen den Einsatz militärischer Gewalt als entscheidende Form politischen Handelns und als legitimes Mittel zur Fortführung der Politik.⁴⁶ Nach seiner Akklamation zum Verbandsvorsitzenden hatte Claß die angebliche Kriegsbereitschaft und die dazu notwendige Wehrfähigkeit des deutschen Volkes bei nahezu jeder sich bietenden Gelegenheit beschworen.⁴⁷ Der Krieg, so seine Erwartung, werde das Volk „gesund machen, und die Not und die Tränen werden seine sittliche Kraft wieder wecken und der Kanonendonner wird die Wolken zerteilen; es wird seine Heldenkraft bewähren und seinen Heldenmut wiederfinden und heimkehren aus dem Blutbade des Kampfes, trotz aller Verluste an Leben und Gut, gestärkt und reicher.“⁴⁸ Für Claß war der Krieg nicht nur ein machtpolitisches Instrument, sondern ein „Allheilmittel“ zur Realisierung der eschatologischen Vision vom „Neuen Menschen“ in einer „Neuen Ordnung“.

Sollte Frankreich der von Deutschland als Siedlungsgebiet und Flottenbasis beanspruchten Kolonie in Marokko nicht zustimmen – so die alldeutsche Propaganda während der zweiten Marokkokrise 1911 in Richtung Paris –, müsse es sich auf einen deutschen Angriffskrieg einstellen.⁴⁹ Als Ziel eines solchen „aufgezwungenen Kampfes“ forderte Claß die deutsche Annexion eines etwa 100 Kilometer breiten Landstreifens von der Somme-Mündung am Ärmelkanal über Toul, Nancy, Besançon, Grenoble bis Toulon am Mittelmeer. Und mehr noch: Die abgetretenen

46 Roger Chickering, Die Alldeutschen erwarten den Krieg, in: Jost Dülffer/Karl Holl (Hrsg.), Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890–1914, Göttingen 1986, S. 20–32.

47 Ansprache von Claß auf der Sitzung des GV am 28. 6. 1908, in: Alldeutsche Blätter, 3. 7. 1908, S. 222; Protokoll der Sitzung des GA am 4. 9. 1908, BArch, R 8048/66; Eröffnungsansprache von Claß auf dem alldeutschen Verbandstag, in: Alldeutsche Blätter, 11. 9. 1908, S. 311.

48 Einhart (= Heinrich Claß), Deutsche Geschichte, Leipzig 1909, S. 410.

49 Heinrich Claß, West-Marokko deutsch!, München 1911, S. 29.

Gebiete sollte Deutschland „frei von Menschen“ erhalten.⁵⁰ Die Schaffung eines „menschenleeren“ militärischen Grenzstreifens durch Evakuierung der ansässigen Bevölkerung hatte bereits Ernst Hasse zur „Sicherung“ der deutschen Grenzen vor allem im Osten als zweckdienlich angesehen und dabei neben der rassistisch begründeten Notwendigkeit demografischer Segregation vor allem auf die praktischen Erfahrungen der staatlich geförderten Migrationspolitik der preußischen Ansiedlungskommission in Posen und Westpreußen verwiesen. Claß rekurrierte nun gleichsam auf das preußische Beispiel. Jedoch beschränkte er die Forderung nach „ethnischer Flurbereinigung“ nicht mehr nur auf innerstaatliches Territorium, sondern übertrug diese auf zukünftig zu annektierende Gebiete. Erstmals verknüpfte der Verbandsvorsitzende damit die geopolitische Forderung nach Lebensraum mit der biologischen Vision einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ in einem konkreten Umsetzungsvorschlag: „Die Erfahrungen, die Preußen beim Erwerb polnischen Landes und Nordschleswigs, die das Reich mit Elsaß-Lothringen gemacht hat, verlangen, daß mit dem Grundsatz gebrochen wird, die ansässige Bevölkerung im abgetretenen Lande zu belassen; wir brauchen Land für unsere Deutschen, aber keinen Zuwachs an übelwollenden Fremdsprachigen.“⁵¹

Claß schien bereit zu veröffentlichen, was Hasse und Hugenberg nur intern zu äußern gewagt hatten. Zugleich war er sich der politisch-ethischen Brisanz dieser Passagen bewusst. Seinen Verleger in München wies er an, mit dem Druck der Broschüre noch zu warten, bis Stellungnahmen einzelner Freunde eingegangen waren.⁵² Seine Zurückhaltung war nicht unbegründet, denn die Mitglieder der Hauptleitung und des Geschäftsführenden Ausschusses, deren Meinungen Claß erbeten hatte, äußerten deutliche Kritik.⁵³ Claß fügte sich und strich den beanstandeten Abschnitt aus dem Manuskript. Noch war der Weg für diese von den Alldeutschen seit Jahren erörterte Idee in die Öffentlichkeit versperrt.

Ein Jahr später unternahm Claß in seinem „Kaiserbuch“ einen erneuten Versuch, die „heilsversprechende“ Verbindung von geostrategischen Raumforderungen

50 Diese Passagen fehlen in der Druckschrift, sind aber im Manuskript überliefert, vgl. BArch, R 8048/515, Bl. 134–135 sowie Bl. 176–178. Der Abschnitt ist abgedruckt bei Hartwig, *Zur Politik und Entwicklung*, S. 193 ff.

51 BArch, R 8048/515, Bl. 134R, S. 30 der Druckfahne.

52 Claß an Lehmann, 13. 7. 1911, BArch, R 8048/322.

53 Vgl. Klingemann an Claß, 14. 7. 1911; Calmbach an Claß, 14. 7. 1911; Fick an Claß, 14. 7. 1911, alle in BArch, R 8048/322.

und rassistischer Segregation publik zu machen, nun jedoch unter Verwendung eines Pseudonyms. Aufgrund seiner Erfahrungen aus der verbandsinternen Diskussion während der zweiten Marokkokrise führte er den Aspekt „Abtretung menschenleeren Landes“ scheinbar beiläufig und umsichtig ein. Claß verurteilt diesen Gedanken als „reichlich phantastisch“, um aber im selben Atemzug auf die zunehmende Verbreitung der Idee von einer „großzügigen Politik der Evakuierung“ zu verweisen.⁵⁴ Der Rückgriff auf ein wachsendes öffentliches Interesse ermöglichte Claß, sprachlich äußerst sensibel, diese beispiellose Ansicht als im Notfall zu berücksichtigende Option darzustellen: „Wer historisch denken gelernt hat, dem werden sich die Haare sträuben, wenn man verlangt, daß ein von Europäern besiedeltes Land ‚evakuiert‘ werden soll [...]. Daneben verletzt der Gedanke das Gefühl des Kulturmenschen, und er steht im Widerspruch mit dem modernen Völkerrecht.“ Dennoch könne der Fall eintreten, dass „vom besiegten Gegner im Westen oder Osten menschenleeres Land“ verlangt werden müsse, quasi als „Hilfsmittel in äußerster Not“. Eine solche „kulturell, rechtlich und moralisch dem Zeitempfinden noch so fremde Maßregel“ sei nur dann in Betracht zu ziehen, wenn „übermütige Feinde uns angegriffen haben und dann von uns niedergeworfen sind“.⁵⁵

Das „Kaiserbuch“ war die chauvinistische Antwort auf die Empfindung der gesellschaftlichen wie politischen Situation des Kaiserreiches im Allgemeinen und die als „Judenwahlen“ stigmatisierten Reichstagswahlen von 1912 im Besonderen. Heinrich Claß präsentierte darin seine Vorstellung einer „alternativen Moderne“⁵⁶ mit einer leistungs- und zukunftsfähigeren autoritären Ordnung von Politik und Gesellschaft. Mit ihrem antisozialistischen, antikapitalistischen, antimodernistischen und antisemitischen Gepräge entwickelte sich die Protestschrift zu einem weitverbreiteten Zeitdokument. Die fundamentale Ablehnung der erfahrenen Gegenwart war

54 Daniel Frymann [= Heinrich Claß], *Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten*, Leipzig 1912, S. 140 f. Claß bezieht sich hier auf die Schrift von Otto Richard Tannenbergs, *Groß-Deutschland. Die Arbeit des 20. Jahrhunderts*, Leipzig 1911, S. 84. Der Name Tannenberg ist ein Pseudonym, die Identität des Autors ist nicht geklärt, vgl. Thomas Müller, *Imaginerter Westen. Das Konzept des „deutschen Westraums“ im völkischen Diskurs zwischen politischer Romantik und Nationalsozialismus*, Bielefeld 2009, S. 149.

55 Frymann, *Wenn ich der Kaiser wär'*, S. 141.

56 Thomas Rohkrämer, *Eine andere Moderne. Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland 1880–1933*, Paderborn 1999.

ebenso konstitutiv für die Abfassung wie die Attraktivität der idealistisch konstruierten Zukunft. Claß äußerte seine grundsätzliche Bereitschaft zu radikalen und gewaltsamen „Endlösungen“ gesellschaftlicher Probleme – mit dem Ziel, eine neue, dauerhafte politische und soziale Ordnung herzustellen: eine biologistisch gedachte „Volksgemeinschaft“, organisiert in einem totalitären Staat. Diese Utopie, die dem von Liberalen und Sozialdemokraten angestrebten demokratischen Verfassungsstaat diametral entgegenstand, versprach mit ihrem Ideal von ethnisch-rassischer Homogenität und politisch-gesellschaftlicher Konformität, alle politischen Gegensätze und sozialen Konflikte der wilhelminischen Gesellschaft zu überwinden. Auf die krisengeschüttelten nationalen und konservativen Kreise im deutschen Kaiserreich übte sie damit eine enorme Anziehungskraft aus.

Claß' Konzept sah vor, die Bevölkerung mittels Ersetzung des allgemeinen und freien Wahlrechts durch ein Mehrklassen- oder Mehrstimmenwahlrecht ihrer demokratischen Mitbestimmungsrechte zugunsten einer kleinen Schicht von „Optimaten“ zu berauben, also die konstitutionelle Monarchie in einen parlamentarischen, hierarchisch strukturierten Ständestaat umzuwandeln.⁵⁷ Den Weg dorthin konnte nur ein vorübergehend ernannter oder durch Staatsstreich an die Macht gekommener Diktator beschreiten, der „gestützt auf das Heer und die Zustimmung aller Staatstreuen die notwendige Verfassungsreform durchführen“ könne. Claß wusste um die Illegitimität und Verfassungswidrigkeit dieser Forderungen und hoffte daher, seine Kriegsrhetorik aus den vergangenen Jahren aufgreifend, eine Änderung des politischen Systems im Windschatten eines Krieges zu erreichen.⁵⁸ Doch die Umgestaltung des Staates durch Implementierung eines elitär-autokratischen Regierungssystems war lediglich die staatspolitische Seite des Konzeptes. Zweck des Staatsumbaus war nicht nur eine verfassungsrechtliche Sicherung des politischen Führungsanspruches einer in die Krise gekommenen Besitz- und Bildungselite, sondern letzten Endes die Neuordnung des gesamten öffentlichen Lebens mit dem Ziel, die Zukunft des deutschen Volkes „rassenmäßig, kulturell und sittlich“ sicherzustellen.⁵⁹ Ein Mittel dazu waren die beschriebenen bevölkerungspolitischen Konzeptionen.

57 Frymann, Wenn ich der Kaiser wär, S. 46 ff., S. 111.

58 Ebenda, S. 53 f., S. 122.

59 Ebenda, S. 102.

Denn schlimmer noch als die von Claß empfundene politische Marginalisierung einer nach Leistung definierten bildungsbürgerlichen Führungselite, der sich Claß zugehörig fühlte, waren in seinen Augen der „Raubbau an Rassenkraft und Volksgesundheit“, die „Rassenverschlechterung durch Rassenvermischung“, der „Rassenverbrauch“ und die „Schwächung der Volkskraft“.⁶⁰ Die „wahre Ursache des Verfalls der [...] Völker“ erblickte Claß in der „Zersetzung durch jüdisches Blut und jüdischen Geist“.⁶¹ Er forderte die Eindämmung des „jüdischen Einflusses“ in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Durch ein restriktives Fremdenrecht sollten Juden aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Auch die in den Randgebieten des Deutschen Reiches lebenden Minderheiten sollten entweder enteignet und ausgewiesen oder aber, wenn sie wie die Dänen als zugehörig zur deutschen Rasse galten, „zwangsgermanisiert“ werden.⁶² Die „Volksfremden“ im Reich hingegen, also die russischen, polnischen, kroatischen oder italienischen Saisonarbeiter, müssten in dem Maße sukzessive abgeschoben werden, wie es gelänge, durch planmäßige und staatliche Migrationsprogramme deutsche Farmer aus den überseeischen Kolonien und Industriearbeiter aus der Stadt als Bauern aufs Land umzusiedeln.⁶³ Den Abschluss dieser Bevölkerungsverschiebungen immensen Ausmaßes sollte die Schließung der Reichsgrenzen gegenüber jeglicher „fremdrasiger“ Neueinwanderung bilden. An Radikalität und Rücksichtslosigkeit sind diese Formulierungen für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg beispiellos. Die im „Kaiserbuch“ skizzierten Ideen groß angelegter Bevölkerungsverschiebungen, totaler Staatskontrolle, Ausgrenzung von Minderheiten, Enteignung und Verfolgung von Juden griff die nationalsozialistische Bewegung in ihrem Parteiprogramm von 1920 auf; nach der Machtübertragung an Adolf Hitler 1933 realisierte sie diese gezielt.⁶⁴ Deren zunehmend entgrenzte Gewaltbereitschaft lehnten die Alldeutschen zwar mehrheitlich ab, die Ziele einer deutschen Weltherrschaft und einer „rassereinen Volksgemeinschaft“ teilten sie aber sehr wohl.

60 Ebenda, S. 22–25.

61 Ebenda, S. 35.

62 Ebenda, S. 79 ff.

63 Ebenda, S. 90 f.

64 Joachim Petzold, Claß und Hitler. Über die Förderung der frühen Nazibewegung durch den Alldeutschen Verband und dessen Einfluß auf die nazistische Ideologie, in: Jahrbuch für Geschichte 21 (1980), S. 247–288, hier S. 251 ff.

„Land frei von Menschen!“ –

Die Verbreitung eines biopolitischen Ordnungskonzeptes

Die Aussicht zur Umsetzung der bevölkerungspolitischen Segregationsziele erblickten Claß und andere führende Alldeutsche mit Kriegsbeginn im Sommer 1914. Noch im August hatte dieser die zentralen Punkte alldeutscher Kriegszielorderungen mit Alfred Hugenberg besprochen.⁶⁵ Den von Hugenberg und Claß seit Jahren verfolgten Gedanken einer umfassenden demografischen Neuordnung Mitteleuropas erklärten sie zum zentralen Kriegsziel, das beide in ihren jeweiligen Einflussbereichen durchzusetzen gedachten. Hugenberg versuchte mithilfe des „Posener Freundeskreises“ und seiner wirkungsmächtigen Kontakte zur rheinischen Schwerindustrie sowie durch zahlreiche Denkschriften die deutsche Kriegszielagitiation mit der Forderung nach einem „germanisierten Grenzstreifen“ im Osten durch Evakuierung der polnischen und jüdischen Bevölkerung sowie Ansiedlung deutscher Bewohner maßgeblich zu beeinflussen.⁶⁶ Claß hingegen schwor in der Sitzung vom 28. August 1914 die Leitung des Alldeutschen Verbandes auf diese Vorstellungen ein. Die Anwesenden stimmten sämtlichen Punkten der Vorlage nahezu widerspruchlos zu. Lediglich in Bezug auf den Gedanken „Land frei von Menschen“ äußerte sich Unbehagen. Teilten die Mitglieder des Ausschusses zwar die grundsätzliche Einschätzung von der Notwendigkeit einer solchen „ethnischen Flurbereinigung“ zum Schutz für das eigene „Rassengefüge“, so zweifelten einige vor allem an deren praktischer Durchführbarkeit. Humanitäre Bedenken äußerte keiner der Anwesenden. Es war der langjährige Freund von Claß, Erich Stolte, der diese realitätsferne Debatte mit dem entscheidenden geschichtsphilosophischen Argument beendete: „Wir sollten uns dabei auch gar nicht jetzt schon die Köpfe darüber zerbrechen wie die Ausräumung im Einzelnen durchzuführen wäre. Uns läge nur, die Notwendigkeit der Ausräumung so beweiskräftig darzutun, dass das deutsche Volk sich den Gedanken zu eigen macht.“⁶⁷ Das heißt, die Zielvorgabe sollte

65 Guratzsch, *Macht durch Organisation*, S. 124 f.; Claß, *Wider den Strom*, S. 319.

66 Dazu ausführlich Guratzsch, *Macht durch Organisation*, S. 127–182; Imanuel Geiss, *Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg*, Lübeck/Hamburg 1960.

67 Protokoll der Sitzung des GA am 28. 8. 1914 in Berlin, BArch, R 8048/96 sowie BArch, R 8048/627.

lediglich als unentbehrlich dargestellt, konkrete Planungen und Durchführungen sollten jedoch anderen überlassen werden. Ein Vierteljahrhundert später erfüllten sich die alldeutschen Völkerverschiebungsfantasien mit dem „Generalplan Ost“ und der planmäßigen Deportation von Juden nach Osten folgenswer.⁶⁸

In den außergewöhnlichen Zeiten des Krieges wagte Claß in der vom Verband gebilligten, aber von ihm allein verantworteten Darstellung die Präsentation seiner Weltanschauung in beachtlicher Deutlichkeit, auch weil er sich des deutschen Sieges in diesem „Daseinskampf“ sicher wähnte. Im Zentrum stand der endgültige und dauernde Erhalt der „deutschen Rasse“ ohne Rücksicht auf Befindlichkeiten der Nachbarstaaten, da „die Vernichtung des deutschen Volkes den Untergang aller Kultur in der Welt bedeuten würde, und wir sichern die Kultur [...], wenn wir unser Volk sichern und streng, ja hart von den Gegnern verlangen, was dazu notwendig ist.“⁶⁹ Diese „Sicherung“ des Reiches gedachte er neben umfangreichen Landforderungen in Mitteleuropa durch die geostrategische Errichtung militärisch kontrollierter Grenzstreifen in West und Ost zu erreichen, direkt dem Kaiser unterstellt und unter diktatorischer Verwaltung. Beide Gebiete betrachtete er aber nur dann als zweckdienlich, wenn sie „frei von Menschen“ übergeben würden. Er sprach von „völkischer Feldbereinigung“, „nationaler Kommassation“ und einer „staatlich eingerichteten Völkerwanderung, wie sie in dieser Großartigkeit noch nicht vorgekommen ist.“⁷⁰ Als deutsche Neuansiedler hatte er – wie Hasse fast zehn Jahre zuvor – vor allem verdiente Militärangehörige im Blick. „Auf diese Art“, so fasste Claß seine biopolitisch-eugenischen Erwartungen zusammen, „werden wir hier bald eine prächtige deutsche Bevölkerung heranziehen.“⁷¹ Und hierin lag die

68 Michael Burleigh, *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, London 2002; Mechtild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hrsg.), *Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin 1993; Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Hamburg 1991.

69 Heinrich Claß, *Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege*. Als Handschrift gedruckt. Anlage: zwei Kartenskizzen und eine Zahlentafel. Anschreiben vom 16. Okt. 1914, o. O. [München] o. J. [1914], S. 10, in: BArch, R 8048/633. Siehe dazu auch Claß, *Wider den Strom*, S. 320–327, S. 341 ff.

70 Ebenda, S. 31 f., S. 43–48.

71 Ebenda, S. 33.

zweite, für Claß deutlich wichtigere Funktion des Grenzstreifens. Neben der militärstrategischen Funktion der Absicherung nach außen sollte er vor allem die innenpolitisch durchzusetzende ethnisch-rassistische Homogenisierung festigen, also die durch Umsiedlung erreichte Homogenität des deutschen Volkes vor „artfremder“ Einwanderung schützen. Der Angst vor degenerierender Rassenvermischung mit folgendem kulturellem Niedergang konnte nur mit territorialer Expansion als unbedingter Voraussetzung für die rassistisch begründete Sicherung des deutschen Volkes begegnet werden. Letztendlich zielten die Bevölkerungsverschiebungen auf eine Reorganisation der Welt nach rassistischen Kriterien und die Errichtung einer „germanischen Gemeinbürgerschaft“. Sein Kriegskonzept ist der konkrete Versuch, der Darwinschen „natürlichen Auslese“ mit politischen Mitteln wieder zur ihrem Recht zu verhelfen und die „germanischen Rassenwerte“ staatlich geleitet herzustellen, sodass zukünftig eine „Ergänzung und Erneuerung von dort her“ erfolgen könne.⁷² Denn das auserwählte, durch den Krieg „geheiligte“ deutsche Volk habe die Aufgabe, alles Gute, Gesunde und Kulturelle zu verteidigen. Ziel war die homogene „Volksgemeinschaft“, die Kongruenz von Volk und Staat. Der Krieg diene lediglich als Mittel zur Bereinigung ethnischer Heterogenität und zur Schaffung „rassisch“ reiner und homogener Nationalstaaten und endgültigem Frieden.

Diese Denkschrift von Claß gehört zu den ersten veröffentlichten ethnischen Säuberungsprogrammen im Europa des 20. Jahrhunderts. Seine thematischen Aspekte wie Vertreibung, Aussiedlung, Zwangssterilisierung freilich sind älter. Claß reklamierte die Urheberschaft dieser Ideen zwar für sich,⁷³ tatsächlich aber hatte er maßgebliche Anregungen von Ernst Hasse und Alfred Hugenberg übernommen. Sein spezifischer Beitrag bestand darin, einer breiten Öffentlichkeit erstmals biologistische Raumordnungskonzepte mit bevölkerungspolitischen Umsiedlungsplänen in einem konkreten politischen Programm bekannt gemacht zu haben.

Zur Verbreitung der mit Hugenberg koordinierten Ziele instruierte Claß seinen Vertrauten Konstantin Freiherr von Gebstättel, seit 1915 stellvertretender Vorsitzender des AV, mit wichtigen Politikern vornehmlich über den Aspekt „Land frei von Menschen“ zu sprechen.⁷⁴ Den Hohenheimer Staatsökonom Professor

72 Ebenda, S. 63 f.

73 Claß, *Wider den Strom*, S. 322, S. 343.

74 Gebstättel an Claß, 30. 8. 1914, Claß an Gebstättel, 31. 8. 1914 und Gebstättel an Claß, 4. 9. 1914, alle BArch, N 2089/1.

Friedrich Waterstradt unterwies er Anfang September, eine Denkschrift mit dem Tenor „lieber kein Land als Übernahme fremder Bevölkerung“ zu verfassen und diese als Privatmeinung dem Reichskanzler Bethmann Hollweg zukommen zu lassen.⁷⁵ Auch der Leipziger Geograf Felix Hänsch, ein Schüler Ratzels und seit der zweiten Marokkokrise enger Vertrauter von Claß, hatte bereits zu Kriegsbeginn ein entsprechendes Papier ausgearbeitet, das auf Veranlassung des Vorsitzenden 1916 als streng vertrauliches Manuskript und 1917 als Druckschrift verbreitet wurde.⁷⁶ Hänsch wollte seine Ausführungen als wissenschaftlich fundiertes Programm verstanden wissen, das die alldeutschen Forderungen von territorialer Expansion und rassischer Neuordnung auf ein durchführbares Maß reduzierte, ohne den Anspruch auf Verwirklichung einer homogenen „Volksgemeinschaft“ aufzugeben.⁷⁷

Im Kontext der biopolitischen Vorstellung von umfassenden Bevölkerungsverschiebungen zur Schaffung einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ betrachtete Heinrich Claß auch die Lösung der „Judenfrage“. Diese hatte in den ersten anderthalb Kriegsjahren bei der Verbreitung alldeutscher Kriegsziele lediglich eine nachgeordnete Rolle eingenommen. Wenn über sie debattiert wurde, dann meist in Verbindung mit den sogenannten Ostjuden, die mit den militärischen Eroberungen an der Ostfront in deutsches Einflussgebiet rückten. Etwa 35 000 kamen als Kriegsarbeiter nach Deutschland, ungefähr noch mal so viele als Kriegsgefangene oder zivile Internierte.⁷⁸ Seit seinem Bestehen hatte der AV immer wieder vor einer drohenden „Überflutung“ durch osteuropäische Landarbeiter sowie jüdische Einwanderer aus dem Osten gewarnt und die Schließung der Ostgrenze gefordert.⁷⁹

75 Claß an Waterstradt, 5. 9. 1914 und Waterstradt an Claß, 10. 9. 1914, beide BArch, R 8048/198; Waterstradt an Bethmann Hollweg, 10. 9. 1914, BArch, R 43/2442j, Bl. 37–52. Die Eingabe mit dem Titel „Beschaffung von Siedlungsland“ ist faksimiliert bei Michael Peters, *Völkisches Gedankengut und deutsche Kriegszieldiskussion während des Ersten Weltkrieges*, Nordhausen 2007, S. 93–108.

76 Hänsch an Claß, 26. 8. 1914, BArch, R 8048/198; Claß, *Wider den Strom*, S. 134; Die Handschrift in BArch, R 8048/639.

77 Felix Hänsch, *An der Schwelle des größeren Reiches. Deutsche Kriegsziele in politisch-geographischer Begründung*, München 1917, S. 57 ff.

78 Peter Pulzer, *Der Erste Weltkrieg*, in: Steven Lowenstein et al. (Hrsg.), *Umstrittene Integration 1871–1918*, München 1997, S. 365–380, hier S. 375. Siehe auch Trude Maurer, *Ostjuden in Deutschland 1918–1933*, Hamburg 1986.

79 Leicht, „Alldeutsch – vielleicht alljüdisch?“, S. 126 ff.

Claß integrierte den Grenzschluss gegen „jüdische Einwanderung“ als „Nebenforderung“ in seine Kriegszieldenkschrift.⁸⁰

Seinen Jugendfreund Georg Fritz, den Claß noch aus Mainzer Deutschbundeszeiten kannte, konnte er 1914 gewinnen, ein wichtiges Teilziel des Krieges in einer separaten Broschüre zu bearbeiten: Die Schließung der Grenze im Osten zur Abwehr „jüdischer Einwanderung“.⁸¹ Fritz verband diese Forderung in der 1915 veröffentlichten Schrift zur „Ostjudenfrage“ mit dem zionistischen Streben nach einem jüdischen Staat in Palästina, an dessen Zustandekommen aus Gründen der „Rassenreinheit“ auch Deutschland interessiert sein müsse.⁸² Anknüpfend an diese nicht im Namen des Verbandes entstandene Schrift formulierte der alldeutsche Geschäftsführer Vietinghoff-Scheel Anfang 1916 eine Eingabe an den Reichskanzler und die einzelnen bundesstaatlichen Regierungen: Mit dieser wollte er die Verantwortlichen der Reichsleitung für die bevölkerungspolitische Vision einer homogenen „Volksgemeinschaft“ gewinnen. Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildete einmal mehr die Vorstellung, dass der „Krieg die Völker Europas in Bewegung gebracht“ habe, dass „aus politischen, wirtschaftlichen und anderen Gründen sehr erhebliche Scharen von Menschen den Anlass nehmen oder gar dem Zwange unterstellt sein werden, ihr bisheriges Wohnland gegen ein neues zu vertauschen“. Diese von Claß seit Kriegsbeginn geforderten Wanderungsbewegungen würden dem deutschen Volkskörper neben manchem Gewinn auch sehr erhebliche Gefahren bereiten. Es sei absehbar, dass nach dem Krieg große Scharen Deutsche heim zum „Muttervolke“ wollen, zugleich aber auch „verschiedenartige Fremde, die ein neues Wirtsvolk suchen“, ins Reichsgebiet einströmen würden. Daher müsse die Regierung Vorsorge treffen und ein umfassendes Reichseinwanderungsgesetz erlassen sowie ein Reichseinwanderungssamt als federführende Kontrollbehörde schaffen.⁸³

80 Protokoll der Sitzung des GA am 28. 8. 1914, BArch, R 8048/96; Claß, Denkschrift, S. 49 f., S. 64; Claß an Gebtsattel, 16. 5. 1914, BArch, N 2089/1.

81 Claß an Gebtsattel, 28. 6. 1914, BArch, N 2089/1; Fritz an Claß, 22. 8. 1914, BArch, R 8048/627 sowie Protokoll der Sitzung des GA am 24. 4. 1915, BArch, R 8048/99.

82 Georg Fritz, *Die Ostjudenfrage. Zionismus und Grenzschluß*, München 1915, S. 23.

83 Eingabe an den Reichskanzler und die Bundesregierungen betr. Schließung der Reichsgrenzen gegen unerwünschte Einwanderung, 12. 2. 1916, BArch, R 8048/596, Bl. 3–15. Siehe auch *Alldeutsche Blätter*, 11. 3. 1916, S. 97–100.

Solche Verklausulierungen erweckten bei den antisemitischen Mitgliedern des Verbandes Befremden. Vietinghoff-Scheel sah sich intern zu der Richtigstellung veranlasst, dass sich die Forderung nach einem Grenzschluss explizit gegen Juden richte und man nur aus taktischen Gründen ihre direkte Erwähnung vermieden habe, da die Eingabe bei der aktuellen Besetzung des Reichstags, der Regierung und der wichtigen Gremien sonst nur in den „Papierkorb gewandert“ wäre.⁸⁴ In den Führungsgremien des AV blieb die „Judenfrage“ weiterhin relevant. Mit zunehmender Enttäuschung über die ausbleibenden Kriegserfolge und der Erkenntnis, dass die Ziele trotz ununterbrochener Arbeit der Alldeutschen nicht erreicht wurden, schob Claß die Schuld an der Entwicklung vermehrt den Juden zu. Die innenpolitische Lage betrachtete er als „trostlos“. Die Regierung verzichte auf jede Führung und überlasse das Heft des Handelns der „jüdisch-demokratischen Politik“.⁸⁵ Deren Ziel, die Errichtung einer demokratisch-parlamentarischen Republik, war für die radikalen Nationalisten mit ihrer Vorstellung von einer homogenen und ständisch organisierten „Volksgemeinschaft“ ein Szenario des Schreckens.

Der Erste Weltkrieg schuf nicht nur den Kontext für den sich radikalisierenden Antisemitismus in nationalistischen Organisationen wie dem Alldeutschen Verband, sondern ermöglichte zugleich die Verbreitung konkreter rassistischer Ordnungsfantasien innerhalb weiter gesellschaftlicher Schichten. Erste Vorstellungen von territorialer Expansion nach außen und bevölkerungspolitischer Separierung nach innen zur Realisierung einer ethnisch homogenen, sozial pazifizierten und politisch konformen „Volksgemeinschaft“ hatten bereits die Gründung des Alldeutschen Verbandes im ausgehenden 19. Jahrhundert entscheidend mitbestimmt. Doch waren die Mitglieder der Gründergeneration wie Ernst Hasse gewillt, Expansion und Assimilation miteinander zu verbinden. Auf ausnahmslose Segregation drang erst der neue, holistisch-ethnische Nationalismus unter alleinigem Bezug auf die Rasse, der bei Hasses machtpolitischen Nationalstaatsvorstellungen bereits anklang, vollends aber erst in der ausschließlich biologistisch gedachten „Volksgemeinschaft“ von Claß zum Tragen kam.⁸⁶ Ernst Hasse wollte die Nation gegenüber unerwünschten Zuwanderern schließen, Claß hingegen erklärte alles „Rassen-

84 Vietinghoff-Scheel an Friedrich Wieggershaus, Elberfeld, 19. 6. 1916, BArch, R 8048/661; Claß an Sanitätsrat Dr. Banse, 17. 9. 1915, BArch, R 8048/199.

85 Protokoll der Sitzung des GA am 6. 2. 1915 in Berlin, BArch, R 8048/98.

86 Breuer, Ordnungen der Ungleichheit, S. 91.

fremde“, also auch die bereits im Reich lebenden „Nichtdeutschen“, als unerwünscht und verlangte deren unverzügliche „Entfernung“ aus dem Reichsgebiet.⁸⁷

Die Verwendung solcher exkludierender Termini impliziert aber noch nicht, dass damit auch deren planmäßige Ermordung gemeint war. Auch der intransigente Rassenantisemitismus, den die Alldeutschen während und erst recht nach dem Ersten Weltkrieg an den Tag legten, lässt eine derartige Schlussfolgerung nicht ohne Weiteres zu. Wenn Heinrich Claß im Oktober 1918 in Anlehnung an Heinrich von Kleist über Juden sagt: „Schlagt sie tot, das Weltgericht fragt Euch nach den Gründen nicht!“, so entsprang eine solch hemmungslose antisemitische Äußerung dem Abgrund der Enttäuschungen über die militärische Niederlage, politischer Ohnmacht und individueller Resignation.⁸⁸ Es ist fraglich, ob der Verbandsvorsitzende, der zugleich Rechtsanwalt und Bildungsbürger war, seine Botschaft wortwörtlich als explizite Aufforderung zur rücksichtslosen Gewaltanwendung gegen Juden verstanden haben wollte. Sein berufsständisches Ethos hielt ihn immerhin nicht davon ab, gewissenlos für widerrechtliche Enteignung und gesellschaftliche Entrechtung von Juden und anderen Minderheiten zu plädieren. Ethisch-moralische Grenzen des verbal Verantwortbaren berücksichtigte Heinrich Claß nicht mehr. Von seinen Äußerungen war er bereits vor dem Krieg zutiefst überzeugt und hielt auch anschließend an ihnen fest: Die Niederlage Deutschlands war nur möglich geworden, weil das biologistisch gedachte deutsche Volk von „jüdischem Blut und jüdischem Geist“ durchsetzt sei.⁸⁹ Deren Exklusion und die Errichtung einer homogenen „Volksgemeinschaft“ blieb daher auch nach 1918 ein zentrales agitatorisches Ziel der Alldeutschen.

In der hauptsächlich von Heinrich Claß verfassten Bamberger Erklärung von 1919 forderte der AV unter anderem eine intensivierte Siedlungspolitik und die Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes, „um die Gefährdung des rassenmäßigen Bestandes“ des deutschen Volkes abzuwenden.⁹⁰ Nahezu identisch mit den rassistisch unterlegten Forderungen der Bamberger Erklärung brachte Haupt-

87 Frymann, Wenn ich der Kaiser wär, S. 92.

88 Zit. nach: Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923, Hamburg 1970, S. 53.

89 Frymann, Wenn ich der Kaiser wär, S. 35.

90 Die Erklärung ist abgedruckt in: Alldeutsche Blätter, 1. 3. 1919, S. 65–69 (Hervorhebung im Original) sowie bei Bonhard, Geschichte, S. 258–268.

geschäftsführer Vietinghoff-Scheel in einem Positionspapier die alldeutschen Ziele zur Sprache, indem er die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte des Verbandes zusammenfasste: „Auslandsdeutschtum, Bevölkerungs-, Siedlungs-, Schul- und – unter ihrem Zeichen hätte alles zu stehen – Auslesepolitik.“⁹¹ Mit der Bamberger Erklärung manifestierten sich die vor 1914 nur intern kommunizierten eugenischen und antisemitischen Zielsetzungen in Verbindung mit Konzeptionen einer aktiven staatlichen Siedlungspolitik zur Errichtung einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ als bestimmende Faktoren alldeutscher Politik in der Weimarer Republik.

91 Leopold von Vietinghoff-Scheel, Vorschläge über die zukünftige Verbandsarbeit, Frühjahr 1919, BArch, R 8048/205, Bl. 136–151, hier Bl. 141 (Hervorhebung im Original). Siehe auch BArch, R 8048/179, Bl. 349 ff.

Mein Großvater, der Antisemit: Prediger Friedrich Heitmüller

Friedrich Heitmüller (1888–1965) war Kirchengründer und Antisemit.¹ Lange Jahre Vizepräsident der Deutschen Gemeinschaftsbewegung, des Zusammenschlusses der Evangelikalen innerhalb der evangelischen Landeskirche, trat er im Jahr 1934 mit seiner Hamburger Gemeinde aus der Landeskirche aus und gründete eine Freikirche. Um die 3000 Menschen folgten ihm. Jahrzehntlang war er Direktor der Diakonie und Leiter seiner Freikirche, der „Freien evangelischen Gemeinde Hamburg“ (FeG Hamburg). 1954 wurde er Präsident des Internationalen Bundes Freier evangelischer Gemeinden, der heute weltweit 450 000 Mitglieder hat.

Heitmüller war erst Gegner, dann Anhänger und schließlich Verfolgter der Nationalsozialisten.² Man erinnert sich seiner als eines streitbaren Evangelisten

- 1 Einen Text über den eigenen Großvater zu schreiben, ist schwierig. Ich habe viel intellektuelle und moralische Unterstützung erhalten, für die ich mich vor allem bei den Professoren Arthur Schlegelmilch, Uwe Schimank, Klaus Wiesemann und Dieter Simon bedanke.
- 2 Heitmüller hat mehrere Lebenserinnerungen verfasst: 25 Jahre Dienst am Evangelium Gottes von Jesus Christus, in: In Jesu Dienst 14 (Mai) 16, S. 418–433; Aus vierzig Jahren Dienst am Evangelium, Witten 1949/50; 50 Jahre Dienst am Evangelium in Hamburg, in: Das feste prophetische Wort. Monatsschrift für Christen, die auf ihren Herrn warten 12 (1962) 1, S. 1–17; Literatur aus den evangelikalen Reihen ist meist wenig kritisch: Ulrich Betz, Leuchtfeuer und Oase, Witten 1993; Hans Brandenburg/Karl Glebe (Hrsg.), Zeugnis und Dienst. Gruß der Brüder für Friedrich Heitmüller, Gladbeck 1959; Michael Hansel, Friedrich Heitmüllers Austritt aus der Evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate im Jahre 1934. Kirchengeschichtliche Abschlussarbeit an der Universität Hamburg 1989; Bastian Meyer, Friedrich Heitmüllers Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Kontext seiner Zeit und seine Stellung zur Schuldfrage. Wissenschaftliche Abschlussarbeit für das zweite theologische Examen, Freie Theologische Akademie Gießen 2004; Walter Persson, In Freiheit und Einheit. Die Geschichte des Internationalen Bundes Freier evangelischer Gemeinden, Witten 1999; Einar Rimmerfors, Von der Post zur Kanzel. Leben und Werk Friedrich Heitmüllers, Witten 1984; Michael Schröder, Friedrich Heitmüller und der Weg der Christlichen Gemeinschaft Hamburg am

und NS-Gegners. So schrieb die London Times in ihrem Nachruf,³ er sei einer der bemerkenswertesten Männer Deutschlands gewesen. Sein Antisemitismus ist fast vergessen.⁴

Zwar liegen viele Forschungen zum Verhalten der Landeskirchen während der NS-Zeit vor, jedoch kaum zu dem der Freikirchen.⁵ Das Beispiel Heitmüller zeigt, dass die Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus noch längst nicht abgeschlossen ist.

Heitmüller war mein Großvater. Meine Eltern gehörten seiner Freikirche an und erzogen mich in dem Glauben, er sei nach einer kurzen Phase des Irrtums zum Gegner des NS-Regimes geworden.

Freikirchen sind religiöse Gemeinschaften, die nicht den etablierten evangelischen, katholischen oder reformierten Kirchen angehören. Sie erheben keine Kirchensteuern, sondern basieren auf freiwilliger Mitgliedschaft und finanzieren sich durch Spenden. Die meisten sind protestantisch. Freie evangelische Gemeinden nennen sich – wie viele Freikirchen – „evangelikal“. Das heißt, ihre Mitglieder legen Wert auf den Glauben an einen persönlichen Gott. Sie streben nach einem Leben, das streng der Bibel folgt, so wie sie diese verstehen, nach Heiligung und Frömmigkeit. Nur auf ein persönliches Glaubensbekenntnis hin wird man getauft und darf am Abendmahl teilnehmen.

Holstenwall, in: Verein für Freikirchenforschung (Hrsg.), *Freikirchen und Gemeinschaftsbewegung*, Münster 2002; Anne Wolf-Mittmann, *Die Stellung der Freien evangelischen Gemeinden während des Nationalsozialismus*. Schriftliche Hausarbeit, Universität Duisburg, 1983.

3 Herr F. Heitmüller, London Times, 24. April 1965.

4 Ausnahmen: Simon Gerber, *Eine freikirchliche Werbeschrift für Christentum und Nationalsozialismus*, in: *Schriften des Vereins für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte*, Bd. 54, Neumünster 2009, S. 113–164; August Jung, *Israel Johannes Rubanowitsch. Judenchrist – Evangelist – KZ-Opfer*, Witten 2005; Alexander Prieur, *Friedrich Heitmüller. Gedanken über eine christliche Führergestalt des 20. Jahrhunderts*. Unveröffentlichtes Manuskript, Siegen 2002; Heinrich Wilhelm, *Die Hamburger Kirche in der nationalsozialistischen Zeit 1933–1945*, Göttingen 1968.

5 Ausnahmen z. B.: Erich Günter Rüppel, *Die Gemeinschaftsbewegung im Dritten Reich*, Göttingen 1969; Verein für Freikirchenforschung (Hrsg.), *Freikirchen und Antisemitismus*, Münster 2006; Karl Heinz Voigt, *Schuld und Versagen der Freikirchen im „Dritten Reich“*, Frankfurt a. M. 2005; Karl Zehrer, *Evangelische Freikirchen und das „Dritte Reich“*, Berlin 1986.

Unter den Evangelikalen gibt es eine besonders strenggläubige Gruppe, die als „fundamentalistisch“ gilt.⁶ Den Bund „Freie evangelische Gemeinden in Deutschland“ als Organisation – nicht ihre einzelnen Mitglieder – kann man durchaus als fundamentalistisch bezeichnen: Diese Freikirche entstand in der Mitte des 19. Jahrhunderts, weil ihre Gründer nicht mit Menschen – Mitgliedern der Landeskirche – das Abendmahl nehmen wollten, die sie für Ungläubige hielten. Dies wird bis heute so gehalten.

Machtkampf gegen einen konvertierten Juden: Weltanschaulicher Grund für Heitmüllers Antisemitismus

Friedrich Heitmüller stammte aus Völksen, einem kleinen Ort in der Nähe von Hannover. Sein Vater besaß dort mehrere Steinbrüche und Straßenbauunternehmen. Nach dem Realschulabschluss sollte er in das Geschäft einsteigen. Doch er ging nach Hamburg, um Beamter bei der Oberpostdirektion zu werden. Er war zu kirchlicher Frömmigkeit erzogen worden. In Hamburg besuchte er den „Christlichen Verein Junger Männer“ (CVJM) und die „Christliche Gemeinschaft Philadelphia“. Nach zwei Jahren hatte er auf einer Evangelisationsveranstaltung der Philadelphia-Gemeinschaft ein Bekehrungserlebnis. Seither wollte er Pastor werden. Seinen Vater, der ihm dies zunächst verbot, konnte er überzeugen, als dieser seinen Sohn predigen hörte. Heitmüller war inzwischen 22 Jahre alt. Zwei Sommer arbeitete er bei einer Zeltmission, ein Jahr besuchte er das evangelikale Predigerseminar St. Chrischona in der Schweiz. In dieser Zeit fragte ihn der Leiter der Hamburger Philadelphia-Gemeinschaft, Israel Johannes Rubanowitsch, ob er dort arbeiten möchte. Heitmüller sagte zu.

Rubanowitsch wurde 1866 in Rjeshtza im Kreis Witebsk in eine chassidische Familie geboren.⁷ Er war noch ein Kleinkind, als seine Familie nach Tallinn zog. Als Schüler studierte er gründlich Talmud und Torah. Mit Anfang zwanzig konvertierte er zum Christentum, besuchte eine Christenlehre, ließ sich taufen und erhielt den

6 Reinhard Hempelmann, *Evangelikale Bewegungen. Beiträge zur Resonanz des konservativen Protestantismus*, Berlin 2009; Verein für Freikirchenforschung (Hrsg.), *Evangelikalismus und Fundamentalismus*, Münster 2004.

7 Folgende Angaben nach Jung, Rubanowitsch.

Zusatznamen Johannes. Israel Johannes Rubanowitsch studierte drei Jahre lang in einer Missionsanstalt, wurde Reiseevangelist und dabei so erfolgreich, dass man ihn „Erwecker Schlesiens“ nannte. 1902 ließ er sich mit Frau und Tochter in Hamburg nieder. Er übernahm die Leitung der Philadelphia-Gemeinschaft und des Siechenhauses Elim sowie den Vorsitz des Stiftungskomitees. Seine Philadelphia-Gemeinschaft verstand sich nicht als Freikirche, sondern als eine innerkirchliche Gemeinschaft. Sie führte keine kirchlichen Handlungen wie Taufen oder Beerdigungen durch, wohl aber das Abendmahl. Die Gemeinschaft wuchs, bis zu 2000 Menschen kamen jede Woche in das Gebäude am Holstenwall.

Um das Jahr 1911 verfasste Rubanowitsch eine Serie von Artikeln über die Ewigkeit, in denen er die sogenannte Allversöhnung lehrte. Außerdem wandte er sich gegen die Pfingstbewegung. Beides erregte Anstoß und führte zum Streit mit vielen Freunden und Kollegen. In dieser Zeit gelang es ihm, Friedrich Heitmüller als Mitarbeiter in die Gemeinde zu holen. Anfang 1912 zog Heitmüller also wieder nach Hamburg.

Vom Fortgang der Geschichte gibt es zwei Versionen: Laut Heitmüller⁸ stand die Gemeinde damals vor einer Bewährungsprobe: zu wenig Geld, zu wenig Besucher im Gottesdienst, Kritik an ihrem Leiter. Rubanowitsch habe die Allversöhnung und die Notlüge gelehrt und verhindert, dass es einen Verantwortlichen für das Gesamtwerk gebe. August Jung dagegen schreibt,⁹ dass es eine solche Krise nicht gegeben habe, dass die Finanzlage die beste und die Zahl der Gottesdienstbesucher die zweithöchste seit Jahren gewesen sei und die Mitglieder ihrem Leiter vertraut hätten. Die Notlüge habe Rubanowitsch nur für den Fall einer Pflichtenkollision gelehrt. Heitmüller und einige Gemeindeglieder wandten sich gegen Rubanowitsch und drängten auf Änderungen, jedoch ohne Erfolg. Heitmüller verließ noch im selben Jahr die Gemeinschaft. Ungefähr 70 Mitglieder folgten ihm und er gründete eine eigene Gemeinschaft, die „Friedens-Gemeinde“. Sechs Jahre später trat Rubanowitsch aus Krankheitsgründen als Leiter seiner Gemeinschaft zurück. Heitmüllers Gemeinde war inzwischen auf 300 Mitglieder angewachsen,

8 Heitmüller, *Aus vierzig Jahren*, S. 38–44. Heitmüller hob in seinen Schriften zahlreiche Passagen durch Sperrung, Kursiv-, Fettdruck oder Unterstreichungen hervor. Es sind so viele, dass sie in kurzen Zitaten eher Verwirrung als Sinn stiften, daher wurde auf ihre Wiedergabe durchweg verzichtet.

9 Jung, *Rubanowitsch*, S. 65 ff.

zudem hatte er geheiratet. Zum 9. November 1918 wurde er samt seiner Friedens-Gemeinde als Rubanowitschs Nachfolger in die Philadelphia-Gemeinschaft zurückberufen. Damit wurde er an seinem 30. Geburtstag Leiter einer Gemeinde von wohl 1600 Mitgliedern, außerdem Direktor eines Diakonissenhauses, eines dazugehörigen Krankenhauses sowie mehrerer Siechen- und Erholungshäuser. In den Folgejahren wuchs die Gemeinschaft kontinuierlich, bald gehörten ihr etwa 3000 Menschen an. Heitmüller hielt Vorträge vor bis zu 6000 Zuhörern. Auch außerhalb seiner Stiftung machte er Karriere, beispielsweise wurde er Vorsitzender der Evangelischen Allianz Hamburg und stellvertretender Vorsitzender des Gnadauer Verbandes Deutschland.

Der nationalsozialistischen Bewegung stand Heitmüller zunächst ablehnend gegenüber. Als Hitler jedoch Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie Schutz für das Christentum versprach, als soziale Hilfen eingeführt und Prostitution, Abtreibung und „entartete Kunst“ kriminalisiert wurden, änderte Heitmüller seine Meinung und wurde glühender Anhänger des Nationalsozialismus.¹⁰ 1933 und 1934 versuchte er, Landeskirche und nationalsozialistischen Staat seinem Bibelverständnis entsprechend von innen zu reformieren. Nach 1935 erteilte ihm die Geheime Staatspolizei mehrfach Rede- und Schreibverbot, einige seiner Schriften wurden beschlagnahmt.¹¹

Als Rubanowitsch Ende Februar 1935 für mehr als zwei Wochen in Schutzhaft genommen, sein Vermögen konfisziert, seine Gemeinde für das gesamte Hamburgische Staatsgebiet aufgelöst, er mit Predigtverbot belegt und seine Bücher verboten wurden, schrieb Heitmüller: „Bei dem Verbot der ‚Evangelisch-kirchlichen Gemeinschaft‘, Holstenwall 12 (Gewerbehau), handelt es sich um einen ganz unscheinbaren kleinen Kreis religiöser Menschen, die sich um den aus Rußland stammenden judenchristlichen Prediger J. Rubanowitsch sammeln. Rubanowitsch ist vor Jahrzehnten, als er noch das lautere Evangelium verkündigte, vielen Menschen

10 Friedrich Heitmüller, *Die Stellung der Christen zum Nationalsozialismus*, Hamburg, 1. 1. 1946, S. 3, Staatsarchiv Hamburg (STA HH), 221–11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung, Ed 9038.

11 Z. B. Personalakte der Reichsschrifttumskammer, Bundesarchiv Berlin/BAArch (ehem. BDC), RK/RSK II, Heitmüller, Friedrich, 9. 11. 1888; Sammlung Heitmüller, Friedrich – Kopien/Abschriften Entnazifizierungsakte, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), 1.2/H.

in Deutschland zum bleibenden Segen geworden. Als er dann aber die Wahrheiten des Evangeliums infolge seiner jüdisch-rabulistischen Schriftauslegung an entscheidenden Punkten umbog und überspitzte, wurde er zu einer Gefahr für die christlichen Kreise, in denen er predigte. Dieser Tatbestand nötigte mich bereits im August des Jahres 1912 – also vor nun bald 23 Jahren! – vor den Irrlehren und Irrwegen Rubanowitschs laut und nachdrücklich zu warnen. Leider ist meine Warnung damals überhört worden. Rubanowitschs Weg war seither der Weg eines Mannes, der sich dadurch kennzeichnet, daß er religiöse Sonderlehren verbreitet und sie zur Grundlage seiner Sekte macht. [...] Also: Die Maßnahme der hamburgischen Staatspolizei, die zum Verbot und zur Auflösung der ‚Evangelisch-kirchlichen Gemeinschaft‘ führten, sind unter den obwaltenden Umständen und Verhältnissen durchaus verständlich und begreiflich.“¹² 1939 wurde Rubanowitsch im Alter von 73 Jahren erneut verhaftet. Zuerst kam er als Gestapo-Häftling nach Fuhlsbüttel, 1940 wurde er in das KZ Sachsenhausen überstellt und dort am 10. Juni ermordet.

Möglicherweise hatten die Auseinandersetzung um die rechte Lehre und der verlorene Machtkampf des Jahres 1912 Heitmüllers Antisemitismus verstärkt, vielleicht sogar erst geweckt. Er passte sich jedenfalls gut in seine Weltanschauung ein. Heitmüller dürfte sich aber auch von Rubanowitsch distanziert haben, um seine eigene Gemeinschaft zu schützen – Freikirchen fürchteten im NS-Staat ihre institutionelle Auflösung:¹³ Ein Opportunismus, wie Heitmüller ihn noch öfter zeigen sollte.

Opportunismus – Die Ablehnung jüdischer Ärzte in der Auseinandersetzung mit Landeskirche, NSDAP und britischer Militärregierung 1927, 1934 und 1947

Im Januar des Jahres 1927 eröffnete die Stiftung „Diakonissenhaus Elim“ in Hamburg das neu gebaute Kranken- und Diakonissenhaus „Elim“. Friedrich Heitmüller erklärte öffentlich, dass in seinem Krankenhaus kein jüdischer Arzt arbeiten dürfe.

12 In Jesu Dienst 14 (1935) 13, S. 350 f.; übernommen in: Auf der Warte (1935), S. 188. Zitiert nach Jung, Rubanowitsch, S. 85 f.

13 Vgl. z. B. Zehrer, Evangelische Freikirchen, S. 11.

Hier zeigte sich seine antisemitische Haltung erstmals. Drei Briefe, zwei aus dem Jahr 1934 und einer – in indirekter Form – aus dem Jahr 1947, machen deutlich, in welcher Weise antisemitische Stereotype sein Denken bestimmten. Das erste Dokument ist ein offener Brief an den damaligen Hamburgischen Landesbischof Franz Tügel, wahrscheinlich vom 1. Mai 1934. In diesem griff Heitmüller Tügel scharf an, weil der ihn bei der NSDAP denunziert hatte. Beide Männer waren seit Jahren erbitterte Gegner. Heitmüller hatte zwei kirchenkritische Broschüren veröffentlicht,¹⁴ die in der Landeskirche Aufsehen und Ärger erregten. Tügel war seit 1931 Mitglied der NSDAP und bis 1935 Leiter der Glaubensbewegung Deutsche Christen (GDC) Hamburg. Heitmüller, der zunächst den Nationalsozialismus als Ersatzreligion heftig kritisiert hatte, kam der Aufforderung der NSDAP, der Partei beizutreten, „gern“ nach.¹⁵ Wahrscheinlich im April 1933 stellte er einen Aufnahmeantrag, er trat öffentlich im Braunhemd auf, besuchte den Reichsparteitag in Nürnberg und verfasste flammende pronationalsozialistische Reden, außerdem wurde er Mitglied der Deutschen Christen. Sein Engagement trug Früchte: Er avancierte zum politischen Leiter der NSDAP, im Herbst 1933 wurde er vermutlich Gaureferent in Hamburg. Dafür benötigte er das Vertrauen des Gauführers der Deutschen Christen in Hamburg. Dies aber verweigerte Tügel ihm.¹⁶

Am 30. März 1934, dem Karfreitag, verließ Heitmüller mit seiner Gemeinschaft die Hamburgische Landeskirche und gründete eine Freikirche. Er informierte Tügel über diesen Schritt. Der Bischof antwortete mit einem emotionalen Schreiben, das er zugleich als offenen Brief in mehreren Zeitungen veröffentlichte: „Ich habe Sie immer für ein unzuverlässiges Glied der Landeskirche gehalten [...]. Wer noch im Jahre 1932 Hitler so bekämpft hat wie Sie, um dann nach der großen Wende sehr bald im Braunhemd seinen Nationalsozialismus zu betonen, ist kein Mann, der mir imponieren kann. [...] Was mich aber an Ihrem jetzigen Schritt bewegt, ist die Rücksicht auf die Öffentlichkeit. [...] Ich möchte beinahe behaupten, daß Sie mit Ihrem Vorgehen die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden und behalte mir

- 14 Die Krisis der Gemeinschaftsbewegung, Hamburg 1931; Um die Spitze des Entschlusses. Eine „harte Rede“ an Kirche und Gemeinschaft, Hamburg 1932.
- 15 Beilage zu: In Jesu Dienst 13 (1934) 15.
- 16 Gesamtvorgang: Akte B. XVI.a.214 der Kanzlei des Kirchenrats, betreffend [die] Christliche Gemeinschaft Holstenwall (Direktor Heitmüller), NEK-Archiv Kiel, Bestand 32.01, Nr. 1815.

auch vor, bei den staatlichen Stellen meine Bedenken anzumelden.“ Das aber hatte Tügel bereits getan, weil er schon zuvor über den Kirchenaustritt informiert worden war. Tügels Stellvertreter Karl Boll hatte am 9. April 1934 beim Reichsstatthalter Anzeige über diesen „unverantwortlichen Schritt“ erstattet.¹⁷

Heitmüller antwortete in einer Beilage zu seiner Halbmonatsschrift „In Jesu Dienst“. Dort veröffentlichte er Tügels Brief – und folgende Replik: „Darf ich Sie fragen, [...] wo Sie und Ihre Freunde waren, als ich es am Anfang des Jahres 1927 aus nationalistischen Gründen für nötig hielt und wagte, in aller Öffentlichkeit zu erklären, daß in unserm Krankenhaus kein jüdischer Arzt arbeiten dürfe, und als daraufhin die Menge der jüdischen Ärzte in Hamburg einen Boykott gegen uns eröffnete? Ich habe damals, als die staatlichen Stellen unter dem Einfluß des Judentums gegen mich und unser Krankenhaus ein Kesseltreiben veranstalteten, als Herr Leuteritz, der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins und Präsident der Bürgerschaft [tatsächlich übernahm Leuteritz deren Präsidentschaft erst 1928], die Gesundheitsbehörde hochkriegte, um uns die Existenzmöglichkeiten zu nehmen – damals habe ich weder Sie noch irgendeinen von Ihren jetzigen Freunden gesehen und gehört, der sich genötigt gesehen hätte, ein Wort für einen Mann einzulegen, der um des Christen- und Deutschtums willen gegen die zersetzenden Einflüsse des gottlosen Reformjudentums nicht nur mit billigen Worten, sondern auch mit folgenschweren Maßnahmen kämpfte.“¹⁸ Heitmüller präsentierte sich der Kirche und vor allem ihrem nationalsozialistischen Flügel als der wahre Christ und Nationalsozialist und versuchte, dies mit seiner antisemitischen Haltung nachzuweisen: Schon 1927 sei er gegen Juden aufgetreten, habe seinen Antisemitismus gegen Widerstände, gegen die Öffentlichkeit verteidigt, sogar wirtschaftliche Risiken auf sich und seine Mitarbeiter genommen. Heitmüller erklärte nicht, warum er keine jüdischen Ärzte in seinem Krankenhaus gewollt habe. Einen besonderen Anlass für seinen Antisemitismus brauchte er nicht, sein Christen- und Deutschtum genügte. Er wollte ein besserer Deutscher sein als Gauführer Tügel und ein besserer Christ als Bischof Tügel.

17 Möglicherweise wurde Heitmüller trotz seines Aufnahmeantrags aufgrund von Tügels Anzeige letztlich nicht Parteimitglied: In der Mitgliederkartei der NSDAP-Zentralkartei ist sein Name durchgestrichen, sie trägt den handschriftlichen Vermerk: „abgel. (Mai 34)“, BArch (ehem. BDC), NSDAP-Zentralkartei, Heitmüller, Friedrich, 9. 11. 1888.

18 Beilage zu: In Jesu Dienst 13 (1934) 15.

Wenige Monate später schrieb Heitmüller in einem weiteren Brief über seine Entscheidung aus dem Jahre 1927, keine jüdischen Ärzte im Krankenhaus Elim arbeiten zu lassen. Zwei Frauen, darunter eine ehemalige Schwester, hatten ihn beim Gauamt der NS-Volkswohlfahrt denunziert: Das Krankenhaus verhalte sich nur nach außen hin politisch korrekt, intern sei den Schwestern während der Gebetsstunde eine Jüdin als leuchtendes Vorbild präsentiert worden und „auf die Frage, warum er gerade die Jüdin, die so faul und bei den Schwestern unbeliebt ist, als Vorbild hinstellt, erwiderte Herr Heidtmüller [sic], er täte das deswegen, weil die Juden, die ja das auserwählte Volk sind, in der heutigen Zeit so unterdrückt werden.“ Heitmüller sandte der Gesundheits- und Fürsorgebehörde am 19. Oktober 1934 ein Antwortschreiben: Die kritischen Schwestern seien untüchtig, unfreundlich und nicht nationalsozialistisch, sondern unsozial, kämen aus schwierigen Familienverhältnissen, seien vom betrunkenen Vater sexuell belästigt, bloß aus Mitleid im Dienst behalten worden etc. Auf die angebliche Bevorzugung der jüdischen Schwester ging er nicht ein. Stattdessen schrieb er mit fast denselben Worten wie schon im Mai, dass er Anfang des Jahres 1927 öffentlich erklärt habe, dass in seinem Krankenhaus kein jüdischer Arzt arbeiten dürfe und er daraufhin sehr unter der Reaktion der Öffentlichkeit gelitten habe. Er fügte hinzu, „da haben wir es uns als Ehre angerechnet, diesen Kampf mannhaft zu führen“.¹⁹ Heitmüller gab zu verstehen, er sei schon lange Antisemit und dies trotz Widerständen geblieben – auch die NSDAP sollte wissen, wie er sich Juden gegenüber verhielt, ohne dass ihm dies extra vorgeschrieben werden musste. Im Widerspruch dazu steht, dass er später einer Jüdin half, ins Ausland zu fliehen – wahrscheinlich der Diakonisse Irma Levy, die vermutlich die mitdenunzierte Schwester war.²⁰ Möglicherweise unterstützte er sie, weil sie eine sogenannte Judenchristin war.

Jahre später erwähnte Friedrich Heitmüller noch einmal jüdische Ärzte. Der Krieg war beendet und er musste sich vor der britischen Militärregierung ver-

19 Gesamter Vorgang: STA HH, 352–3 Medizinalkollegium, Bd. 1; I H. 5 xx Elim, Bl. 69–81.

20 Aussagen mehrerer Zeitzeugen, z. B. Ulrich und Dr. Dietrich Heitmüller, Söhne von Friedrich Heitmüller. Möglicherweise hat Heitmüller mehrfach Juden unterstützt: Das Archiv der FeG „Holstenwall“ bewahrt den Brief einer Frau Siegmund, die berichtet, dass Heitmüller ihr, der Judenchristin, zu helfen versucht habe, sowie den Brief des judenchristlichen Theologen Arnold Frank mit ähnlicher Aussage. Heitmüller soll zudem sein Personal stets angewiesen haben, jüdische Patienten im Elim aufzunehmen.

antworten. Am 28. Januar 1947 schrieb er an die Briten: „Zur Judenfrage möchte ich Ihnen noch Folgendes sagen: Ich verstehe es durchaus, daß die Verbrechen am jüdischen Volk in Ihrer Beurteilung der Ihnen zur Entscheidung vorliegenden Fälle sehr schwer wiegen. Mit sehr vielen deutschen Menschen stehe ich darin genau so wie Sie, Die [sic] schweren Gerichte Gottes, die über unser Volk und Land ergehen, treffen uns nicht zuletzt deshalb so vernichtend, weil unser Volk sich an den Juden so unmenschlich-verbrecherisch versündigt hat.“ Ein paar Zeilen später folgt die Rechtfertigung für seine Haltung gegenüber jüdischen Ärzten: „In den Jahren 1920–1926, als wir in unserem Krankenhaus noch das System der freien Arztwahl hatten und jeder Arzt bei uns seine Patienten behandeln konnte, waren es jüdische Ärzte, die in der Hauptsache Schwangerschaftsunterbrechungen und Sterilisationen ohne jede Indikation vornahmen. Bei jeder Blinddarm- oder sonstigen Bauch-Operation nahmen sie auch eine Sterilisation vor. Und als wir unser jetziges Krankenhaus bauten, kam im Jahre 1926 eine Abordnung jüdischer Ärzte zu mir und stellte den Antrag, daß ihnen in unserem Krankenhaus eine Abteilung mit 80 Betten lediglich für Schwangerschaftsunterbrechungen und Sterilisationen zur Verfügung gestellt werden möchte. – Ich stelle darum nur eine Tatsache fest, wenn ich sage: Die Träger der Bewegung zur Ermordung des keimenden Lebens waren jüdische Ärzte in großer Zahl. Unter dieser Tatsache haben damals andere jüdische Ärzte, die diese Tendenz im Blick auf das deutsche Volk verneinten, mit uns schwer gelitten.“²¹

Es ist unwahrscheinlich, dass sich dies genau so zugetragen hatte, wie von Heitmüller dargestellt. Dennoch hat seine Geschichte vermutlich einen wahren Kern – sonst hätte er sich in den Briefen des Jahres 1934 nicht auf eine öffentliche Auseinandersetzung berufen können. Auch der Zeitpunkt hätte zu einer solchen Anfrage gepasst: So wurde im Jahr 1926 der Abtreibungsparagraf gelockert, statt bis zu fünf Jahre Zuchthaus stand auf einen Schwangerschaftsabbruch nun eine Gefängnisstrafe; 1927 wurden Abbrüche aus medizinischen Gründen legalisiert. Im Elim allerdings sollten keinerlei Abtreibungen stattfinden. Friedrich Heitmüller führte in seiner Festrede zur Einweihung des Krankenhauses – mit durchaus nationalistischer Begründung – aus: „In unserem Krankenhause Am Weiher haben wir bisher im Sinne der Privatkliniken gearbeitet. Jeder Arzt konnte seine Patienten in

21 Brief an die britische Militärregierung vom 28. Januar 1947, STA HH, 221–11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung, Ed 9038.

unser Haus legen und behandeln. Nach ernstestn Erwägungen haben wir diese Praxis jetzt aufgegeben. Und zwar waren es vornehmlich innere und Gewissensgründe, die uns dazu veranlaßten. [...] wir sind der Überzeugung, daß unser Volk stirbt, wenn der Geburtenrückgang nicht überwunden wird. Deshalb stehen wir im bewußten und gewollten Kampf gegen die Vergehungen, die den Geburtenrückgang zur Folge haben und möchten mit unserer Krankenhausarbeit diesen Kampf nicht hemmen, sondern nur noch mehr fördern.“²²

Es ist durchaus möglich, dass Ärzte an den Krankenhausdirektor herantreten waren, um Abtreibungen vornehmen zu dürfen. Doch findet sich in den Protokollen des Stiftungsvorstandes oder des Brüderrats dafür kein Beleg.²³ Zudem verfügten Kranken- und Diakonissenhaus bei der Eröffnung über zusammen 332 Betten – es ist also unwahrscheinlich, dass ganze 80 Betten ausschließlich für Sterilisationen und Abtreibungen verlangt wurden. Insbesondere ist kaum denkbar, dass jüdische Ärzte diese Eingriffe stets ohne Indikation durchführten und dass nur sie Abtreibungen vornehmen wollten. Doch selbst wenn seine Darstellung der Wahrheit entspräche: Heitmüller störte sich lediglich daran, dass die Juden angeblich das deutsche Volk ausrotten wollten.

Ab Winter 1945/46 wurde Friedrich Heitmüller im Rahmen der Entnazifizierungsverfahren überprüft. Mehrere Verhandlungen mit unterschiedlicher Einstufung fanden statt, Heitmüller ging immer wieder in Berufung. Bis schließlich im Mai 1950 der Beschluss fiel, dass er „in Kategorie V – auch auf Grund der gelockerten Richtlinien, die inzwischen eingegangen sind, einzustufen war.“²⁴ – Kategorie V hieß: „unbelastet“.

So weit war es im Januar 1947 noch nicht. Als er seinen Brief an die britische Militärregierung schrieb, dürfte er Angst vor der Zukunft gehabt haben. Heitmüller muss gewusst haben, dass er ein härteres Urteil riskierte, wenn er sich als Antisemit offenbarte. Demnach kann er seine Äußerungen nicht für antisemitisch gehalten haben: Er vertraute darauf, dass die Engländer ihm glaubten, dass jüdische Ärzte

22 Die Rede ist abgedruckt in: Kranken- und Diakonissenhaus Elim Hamburg. Festschrift herausgegeben anlässlich der Eröffnung des Krankenhauses Elim von der Direktion des Diakonissenhauses Elim, Hamburg 1927 (?), S. 75–82.

23 Die Protokollbücher befinden sich im Archiv der FeG „Holstenwall“.

24 Berufungssache Friedrich Heitmüller, Beschluss und Begründung vom 12. Mai 1950, STA HH, 221–11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung, Ed 9038.

„in großer Zahl“ zu den „Träger[n] der Bewegung zur Ermordung des keimenden Lebens“ gehörten. Und er muss davon überzeugt gewesen sein, dass dies eine gewisse Erklärung für den Holocaust bieten könnte.

Warum sprach Heitmüller so ein heikles Thema an? Er wurde am 25. Januar 1947 vernommen. Das Protokoll beginnt mit folgenden Bemerkungen:²⁵ „Herr Heitmüller gibt zu, dass er von 33–34 die Ideen des Nationalsozialismus gutgeheissen und verbreitet hat, behauptet aber, dass er z. B. nicht gewusst habe, dass auf dem Programm der Nazis stand, dass die Juden bekämpft werden müssten und dass auf jedem Plakat der damaligen Zeit stand, dass Juden zu den Versammlungen der Nazis keinen Zutritt hätten.“ Auf diese Vernehmung hin schrieb er den Briten seinen Brief. Möglicherweise fürchtete er, dass man ihm seinen Antisemitismus doch nachweisen könnte, und wollte in vorauseilendem Gehorsam eine Erklärung dafür liefern.

Während der NS-Zeit verteidigte sich Heitmüller gegen Denunziationen und gab sich offen und bewusst als Antisemit. Nach dem Krieg rechtfertigte er sich vor der Militärregierung und dem Entnazifizierungsausschuss und schob den Juden die Schuld am Holocaust zu. Die Verbrechen der Deutschen stellte er als Notwehr und die Situation 1947 als Strafe Gottes dafür dar. Dabei wies er jeden Antisemitismus weit von sich, verriet damit seine Einstellung aber nur umso deutlicher. Heitmüller glaubte an Gott als den Schöpfer der Menschen und nannte seine Arbeit „Reichsgottesarbeit“. Wie also begründete er seine antisemitischen Einstellungen?

Religiöse Argumente: Theoretische Begründung des Antisemitismus in den Jahren 1933/1934 und 1952

Im Herbst 1933 hielt Friedrich Heitmüller mehrere Vorträge vor christlichen Gemeinschaften und nationalsozialistischen Ortsgruppen, die er 1934 als Buch herausgab: „Sieben Reden eines Christen und Nationalsozialisten“.²⁶ Kapitel 5, das

25 Interrogation Report on Friedrich Heitmüller, Prediger, 25. Jan. 47, Entnazifizierungsakte, BArch (ehem. BDC), RK, Heitmüller, Friedrich.

26 Friedrich Heitmüller, Sieben Reden eines Christen und Nationalsozialisten, Hamburg 1934. Nach dem Krieg nennt er diesen Titel nur „Sieben Reden“. Zitate in diesem Absatz S. 66–71.

auch in Heitmüllers halbmonatlichem Mitteilungsblatt „In Jesu Dienst“ erschien, trägt den Titel „Die Judenfrage“.²⁷ Darin schrieb Heitmüller Juden einen „zersetzenden Einfluß in der Welt“ zu und zitierte zustimmend Heinrich von Treitschkes bekannten Satz: „Die Juden sind unser Unglück.“ Er vertrat die Auffassung, dass das Judentum eine Rasse sei, nicht minder- sondern anderswertig, dass man sie nicht ausrotten, sondern zurückdrängen solle in die „Fremdlingsschaft unter den Völkern“. Deutschland habe „die Pflicht zum Abwehrkampf“. Das hieß, dass Juden „nicht Inhaber eines öffentlichen Amtes sein können, durch das sie Einfluß auf das deutsche Staats- und Volksleben, auf deutsche Kultur und deutsche Geistesbildung gewinnen und ausüben. Ein jüdischer Minister des Deutschen Reiches oder des Freistaates Sachsen, ein jüdischer Polizeipräsident in Berlin, ein jüdischer Richter in Hamburg, ein jüdischer Oberlehrer oder Professor an einer deutschen Schule oder Universität usw. – das alles sind glatte Unmöglichkeiten für den, der begriffen hat, daß das jüdische Volk nicht nur eine andere Religion, sondern auch eine andere Rasse hat, auf Grund der es im tiefsten Grunde seiner Seele niemals ‚deutsch‘, sondern immer nur ‚jüdisch‘ zu empfinden und zu handeln vermag. An diesem Tatbestand wird auch dann und dadurch nichts geändert, wenn ein Jude sich von Herzen zu Gott bekehrt und durch den aufrichtigen Glauben an Jesus Christus ein neuer ‚christlicher‘ Mensch wird. Wohl verstanden: Ein ‚christlicher‘ Mensch, kein ‚deutscher‘ Mensch!“ Ein Jude kann ins Himmelreich kommen, nicht jedoch ins Deutsche Reich: Ihm gebühren keine Bürgerrechte, und selbst Jesus Christus wird daran nichts ändern. Für Rubanowitsch und Millionen Glaubensbrüder sollte der hier geforderte Verlust ihrer Bürgerrechte traurige Realität werden.

Heitmüller blieb dem Thema „Judentum“ treu. Hatte er seinen Antisemitismus vor dem Krieg noch rassistisch und nationalistisch gerechtfertigt, ließ er dies nach 1945 fallen. Die dritte Begründung, die religiöse, dagegen behielt er bei. Schon 1934 hatte er in den „Sieben Reden“ geschrieben: „Das jüdische Volk als Ganzes steht, seit es die Offenbarung Gottes in Jesus Christus verworfen und ihn gekreuzigt hat, unter dem Fluche Gottes: es [sic] ist ein von Gott verfluchtes und darum ein geistig blindes, irregehendes, Unheil und Verderben stiftendes Volk, an dem sich haarscharf alle jene Gerichts- und Fluchandrohungen [des Alten Testaments] erfüllt haben und noch erfüllen.“²⁸ Heitmüller zufolge haben die Juden Jesus Christus

27 In Jesu Dienst 13 (1934) 15, S. 472–477 und 13 (1934) 16, S. 502–509.

28 Heitmüller, Sieben Reden, S. 67.

verworfen. Darum hat Gott sie verflucht. Deswegen stiften sie Unheil. Dafür straft Gott sie. Fluch und Strafe hat Gott im Alten Testament bereits angekündigt. – Solche Vorstellungen kamen im zweiten und dritten Jahrhundert nach Christus auf und ziehen sich durch die Kirchengeschichte. Dies schrieb Heitmüller noch vor dem Holocaust, danach arbeitete er seine Ideen weiter aus. Dahinter stehen zwei theologische Konzepte: Doppelte Prädestination und Heilsgeschichte. Das Konzept der „Doppelten Prädestination“ geht vor allem auf Augustinus und Calvin zurück. Ihnen zufolge hat Gott von Beginn an das Schicksal aller Menschen vorherbestimmt und sowohl denjenigen erwählt, der zum Glauben kommt und selig wird, als auch denjenigen, der ungläubig bleibt und verdammt wird. Heitmüller ging darauf nicht explizit ein, doch bildete dies den Hintergrund für sein Hauptinteressengebiet: die Heilsgeschichte. Dieser Begriff entstammt dem jüdisch-christlichen Denken, das Geschichte als einen sich weiterentwickelnden Ablauf versteht – und zwar auf ein Ziel hin: das Heil. Im Glauben der Evangelikalen besteht dieses in der ewigen Seligkeit.

Heitmüller war der Ansicht, dass im Neuen Testament – speziell in der Offenbarung des Johannes – die Zukunft der Menschheit vorhergesagt werde. Er nahm darauf in mehreren Broschüren Bezug, etwa im „Heilsplan Gottes“²⁹ aus dem Jahr 1951 und im „Geheimnis des jüdischen Volkes“³⁰ von 1952. Heitmüller glaubte an einen genau festgelegten Verlauf der Geschichte, in dem die Juden eine vorherbestimmte Rolle spielten. Er repräsentierte eine spezifische Richtung der Heilsgeschichte, den Dispensationalismus. Demnach besteht Geschichte aus einer Abfolge verschiedener Haushaltungen („Dispensationen“) oder Zeitalter. Heitmüller vertrat die Ansicht, es gebe zwölf Dispensationen. Die erste sei das Zeitalter der Schöpfung, die zehnte „das gegenwärtige böse Zeitalter“,³¹ das wiederum von vier Unterzeitaltern bestimmt sei, deren letztes die „Haushaltung des Evangeliums“ sei. Jesus habe das Evangelium zunächst dem jüdischen Volk verkündigt. Dieses aber habe das Angebot durch Jesu Kreuzigung und die Steinigung des Stefanus verworfen. Daraufhin habe Gott das Evangelium auch den Nicht-Juden angeboten und sein eigenes Volk mit Blindheit und Verwerfung geschlagen.³²

29 Der Heilsplan Gottes. Ein Gang durch die biblische Offenbarungsgeschichte, in: Zurück zu Gott! (1951) 4.

30 Friedrich Heitmüller, Das Geheimnis des jüdischen Volkes, in: Zurück zu Gott! (1952) 6.

31 Heitmüller, Der Heilsplan Gottes, S. 6, 11.

32 Ebenda, S. 16.

Heitmüller verstand Gottes Fluch materiell: Weil Gott sein Volk verworfen hat, wird es zu einem Stifter von Unheil. Dagegen habe sich der Rest der Welt – vor allem Deutschland – wehren müssen. Damit habe Deutschland zwar Schuld auf sich geladen, zugleich aber seine Aufgabe als Gottes Werkzeug erfüllt: Das Judentum habe „durch Jahrzehnte hindurch das politische, kulturelle, soziale und geistige Leben hochgradig auch in Deutschland zum Unheil bestimmt. [...] Indem ich das in voller Offenheit ausspreche, weiß ich mich frei von dem Gedanken, auch nur die Spur einer Entschuldigung für das satanisch-dämonische Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands an den Juden geltend machen zu wollen. Allerdings möchte ich den Juden zu bedenken geben, daß Beziehungen bestehen zwischen ihrem Verworfen- und Verfluchtsein von Gott einerseits und ihrem tränenreichen Leidensweg andererseits.“³³

Zwar sollten sich die Deutschen zu ihrer Schuld am jüdischen Volk bekennen, vor allem jedoch sollten sich die führenden Staatsmänner Israels zur „weltgeschichtlichen Schuld“ ihres Volkes als Unheilstifter bekennen. Vorerst sei diese Erwartung allerdings verfrüht, „das gewiß längst fällige Schuldbekennnis des jüdischen Volkes wird erst dann hörbar werden, wenn es seine Wiederannahme und Begnadigung erfahren hat“.³⁴ Weil Gott die Juden mit Blindheit geschlagen habe, seien diese nicht in der Lage, ihre Schuld wie auch Gottes Fluch zu erkennen. – Eine Ausnahme allerdings bildeten die zum Christentum konvertierten Juden. Auf sie wartete in Heitmüllers Ideenwelt darum eine besondere Aufgabe: Die Judenchristen, „unsere Brüder in Christo aus Israel, die uns mit Recht die Blutschuld des nationalsozialistischen Deutschlands am jüdischen Volk immer wieder vorhalten, [sollten] im gleichen Atemzug die weltgeschichtliche Schuld ihres Volkes in stellvertretender Buße bekennen. Mir will scheinen, daß das eine ihrer Hauptaufgaben der Gegenwart ist.“³⁵

Die gegenwärtige Dispensation neige sich, so Heitmüller, ihrem Ende zu. Weil Gott die Juden verworfen habe, seien sie in die ganze Welt zerstreut. In Palästina sollten sie nun wieder versammelt werden. Daher, so Heitmüller im Jahr 1952, sei der Staat Israel entstanden – die erste Phase dieser Sammlung. Dieses Ereignis

33 Heitmüller, *Das Geheimnis des jüdischen Volkes*, S. 8.

34 Ebenda, S. 8 f. (FN).

35 Ebenda.

kündige auch die nahe Wiederkunft Jesu Christi³⁶ und die Entrückung seiner Gemeinde an.³⁷ Im Zeitalter, das der Entrückung folge, werde der Antichrist kommen. Wieder würden die Juden verblendet sein und ihm folgen. Gott werde den Antichristen vernichten. Ein weiteres Drittel der Juden werde nach dem Holocaust noch sterben, dann aber werde Jesus endgültig zurückkehren und der „dann noch in Palästina vorhandene Überrest des jüdischen Volkes seine Buße und Beichte und Wiedergeburt erleben“.³⁸ Dann werde das jüdische Volk „die ihm verheißene heils- und weltgeschichtliche Aufgabe der Missionierung der Völker“ erfüllen, die Juden würden „ein Missionsvolk“ sein.³⁹ In Heitmüllers Vorstellung sollten die Juden einzig und allein Gott verherrlichen, doch könne man daraus zugleich ihre Niedrigkeit ableiten: Gott habe das „was nichts ist“, herausgegriffen, „damit sich vor Ihm kein Fleisch rühme“.⁴⁰

Heitmüller: ein typischer evangelikaler Antisemit? Evangelikale und Antisemitismus

Die Soziologen Shmuel N. Eisenstadt und Bernhard Giesen haben die Herausbildung von Gruppenidentität untersucht: Ihnen zufolge konstruieren Gruppen Grenzen zwischen sich und der Außenwelt und ordnen ihre Welt symbolisch. In der deutschen Tradition sind dies meist natürliche Grenzen wie die Zugehörigkeit durch Geburt und die Unterscheidung zwischen heilig und profan.⁴¹ Dies trifft auch auf viele Evangelikale zu: Noch heute diskutieren sie, ob Juden sich bekehren müssten, um nicht in die Hölle zu kommen. Sind Evangelikale also antisemitisch?

36 Ebenda, S. 2.

37 Heitmüller, *Der Heilsplan Gottes*, S. 17.

38 Ebenda, S. 9, 19.

39 Heitmüller, *Das Geheimnis des jüdischen Volkes*, S. 10, 31.

40 Ebenda, S. 5.

41 Shmuel N. Eisenstadt/Bernhard Giesen, *The Construction of Collective Identity*, in: *Archives Européennes de Sociologie* (1995) 36, S. 72–102. Diesen Hinweis verdanke ich Prof. Thomas Kern, Heidelberg.

Einerseits ist die Diskussion antisemitisch: Wer infrage stellt, ob Juden überhaupt das Heil erlangen können, diskriminiert sie damit. Und: Nur wer glaubt, dass erstens eine Bekehrung zu Jesus Christus heilsnotwendig ist und zweitens jeder Nicht-Bekehrte der ewigen Verdammnis anheimfällt, wer also evangelikal ist, kann solch eine Frage überhaupt stellen. Insofern ist Evangelikalismus eine notwendige Bedingung für diese Form von Antisemitismus: Nur wer evangelikal ist, kann diese Diskussion führen und diesen spezifischen Antisemitismus vertreten.

Andererseits: Wer glaubt, dass wirklich jeder, der nicht bekehrt ist, in die Hölle kommt, der hält Juden nur für eine Gruppe unter vielen, die das ewige Leben nicht erlangen. Juden werden somit diskriminiert, doch nicht mehr als alle anderen „Unbekehrten“ auch. Außerdem können Juden sich in dieser Vorstellungswelt bekehren: Dann gehören sie zur Gemeinschaft der Rechtgläubigen und werden selig. In dieser Sichtweise ist die Diskussion nicht spezifisch antisemitisch, sondern spiegelt eine Diskriminierung unter vielen anderen. Ein evangelikaler Christ ist nicht automatisch Antisemit, sein Glaube keine hinreichende Bedingung für Antisemitismus. In Bezug auf die Diskussion, ob „unbekehrte“ Juden in die Hölle kommen, reicht die Kategorie „Antisemit“ nicht aus.

Anders verhält es sich mit Friedrich Heitmüller: Auch er konstruierte die Identität der Rechtgläubigen mittels der Unterscheidung zwischen heilig und profan. Demnach können Juden sich zu Jesus bekehren und so zu „neuen Menschen“ werden. Allerdings hatte die Abgrenzung durch Geburt und die Zugehörigkeit zum „erwählten Volk“ bei Heitmüller einen anderen Stellenwert als bei heutigen Evangelikalen sowie widersprüchliche Konsequenzen: Einerseits seien Juden das erwählte Volk und brauchten sich nicht zum gekreuzigten Jesus zu bekehren – in der letzten Dispensation werde dieser endgültig und als Herrscher zu den Juden zurückkommen. Andererseits könnten Juden auf der Erde nur in Palästina vollwertige Bürger werden. Bekehrte Juden blieben Juden. Die Blut- und Boden-Ideologie hat Vorrang vor der Theologie. Heitmüller konstruiert seine Identität und die seiner Gruppe mehr durch sein Deutschtum als durch sein Christentum: Der Ausdruck „evangelikaler Antisemit“ charakterisiert ihn treffend.

Welches Bild herrscht heute von Friedrich Heitmüller?

Viele Menschen sind überzeugt, dass sie Friedrich Heitmüller ihren Glauben und damit ihr ewiges Leben verdanken. Dies bestimmt sein Bild unter Evangelikalen.⁴² Denn das Leben nach dem Tod hat einen höheren Stellenwert als das irdische Leben. Gegenüber dem Glauben, der zum ewigen Leben führt, sind politische Verfehlungen zweitrangig. Dominierend ist das Bild, das Heitmüller in Lebenserinnerungen, Briefen und Interviews hinterlassen hat: charismatische Führungspersönlichkeit, erfolgreicher Direktor eines großen Diakoniewerks und vor allem begnadeter Evangelist. Immer wieder betonte er, dass Gott ihn geführt habe – wie könnte ein Christ ihn da kritisieren? Dennoch war er bemüht, sich gut zu präsentieren. Seine Zeit als begeisterter Nationalsozialist stellte er als kurz und oberflächlich dar: „Leider stand ich am Anfang in der Gefahr, von ihm [Hitler] überrumpelt zu werden.“ Bald aber habe sein „zehnjähriger Kampf gegen den Nationalsozialismus“ begonnen.⁴³ Zum Beweis beriefen Heitmüller und seine Anhänger sich auf seine Überwachung durch die Gestapo, mehrere Rede- und Schreibverbote, die Beschlagnahmung von Schriften sowie darauf, dass er ins Konzentrationslager eingeliefert werden sollte. In den vier beschlagnahmten Broschüren – alle aus den Jahren 1934 und 1935 – hatte er sich jedoch darauf konzentriert, die nationalsozialistische Auffassung des Christentums zu kritisieren und den Nationalsozialismus als Ersatzreligion zu bekämpfen. Antisemitische Thesen hatte er auch dort vertreten: So lobte er beispielsweise an der „völkischen Freiheitsbewegung des Nationalsozialismus“ deren Kampf gegen den „geradezu maßlosen Einfluß des atheistischen (gottleugnenden) Judentums auf das Deutschland nach 1918“. Oder er behauptete, dass Jesus durch seine übernatürliche Geburt „jedem Volke artfremd“ sei und „nichts typisch Jüdisches an sich“ habe.⁴⁴

Nach dem Krieg setzte Heitmüller sich – vergeblich – für ein offizielles Schuldbekenntnis der Freien evangelischen Gemeinde Deutschland ein. Dabei bekannte

42 Erich Walenski, Direktor Friedrich Heitmüller. Nachruf im Evangelischen Allianzblatt, Heft 68 (1965), S. 89.

43 Zitiert nach Rimmerfors, Von der Post zur Kanzel, S. 73.

44 Religiöse Irrtümer der Gegenwart III, Hamburg 1935, S. 5 f.; Die „Sieben Reden eines Christen und Nationalsozialisten“ wurden übrigens auch beschlagnahmt: Heitmüller, Aus vierzig Jahren, S. 142.

er sich in einem Atemzug schuldig und bestritt doch seine Schuld, „wir alle sind Mitschuldige. Auch wir, die wir aus religiösen und sittlichen Gründen unser Zeugnis gegen die religiösen Irrtümer des Nationalsozialismus und gegen die zum Himmel schreienden Sünden inmitten unseres Volkes freimütig abgelegt haben und dafür mehr als einmal von der Gestapo bestraft wurden.“⁴⁵ Man glaubt ihm und hat Hochachtung vor seiner Bußfertigkeit.⁴⁶ Bei der Gründungsversammlung des Internationalen Bundes Freier evangelischer Gemeinden 1948 in Bern bat er mit Blick auf Deutschland um Vergebung. In derselben Versammlung wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.⁴⁷ Heitmüllers Verständnis von Schuld und Buße lässt viele Fragen offen: Vom Nationalsozialismus distanzierte er sich, seinen Antisemitismus dagegen gestand er nicht einmal ein. Dieser Aspekt, und vor allem seine religiöse Begründung, wurde und wird in seiner Freikirche nicht aufgearbeitet, sondern fast ausnahmslos heruntergespielt⁴⁸ oder bestritten.⁴⁹ So wirkt er weiter.

45 Ebenda, S. 146 f.

46 Z. B. Wolf-Mittmann, Die Stellung, S. 69 f.; Gespräch mit Heitmüllers Nach-Nachfolger Dr. Ulrich Betz, 21. 11. 2009.

47 Persson, In Freiheit und Einheit, S. 154; Schröder, Friedrich Heitmüller, S. 5.

48 Siehe Betz, Leuchtfeuer und Oase, S. 173–176, hier S. 412, FN 241.

49 Siehe Erklärung der Offiziellen und Organe der Stiftung Elim im Mitteilungsblatt der Freien Evangelischen Gemeinde in Hamburg Holstenwall 21 (1955) 3.

Visueller Antisemitismus in den Titelkarikaturen des „Stürmer“

„Aus der Carrikatur kannst du leicht auf die Wahrheit schließen“,¹ schrieb Johann Caspar Lavater 1775. Derselben Meinung waren der Herausgeber des „Stürmer“, Julius Streicher und dessen Karikaturist Philipp Rupprecht: Sie wollten ihren Lesern in Karikaturen das „wahre Bild des Juden“ präsentieren. Die Karikatur ist ein geeignetes Medium, um Feindbilder zu kreieren. Denn wird der Feind sichtbar, erhält er eine konkrete und fassbare Gestalt. Zur Erschaffung des „jüdischen Feindbildes“ bediente sich der „Stürmer“-Karikaturist allgemein bekannter antisemitischer Stereotype. Damit erleichterte er den Rezipienten das Verständnis und verfügte zugleich über ein geeignetes Instrument zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Die Karikatur diente als Medium politischer Propaganda und hatte mit dem „Stürmer“ als einer der am weitesten verbreiteten Zeitungen einen maßgeblichen Anteil an der Erschaffung des typischen Bildes von „dem Juden“ in der nationalsozialistischen Propaganda.²

Julius Streicher bot einer Bevölkerung in Existenznöten und voller Überfremdungsängste in seiner Zeitung einen Sündenbock für alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten. Er wollte Hass gegen den „Erzfeind des Volkes“ erzeugen und Juden konkret schaden.³ Dabei brachte der „Stürmer“ keine aktuellen Nachrichten, sondern füllte seine Seiten mit Leserzuschriften und Beiträgen eigener Autoren. Er entwickelte sich von einem lokalen zu einem überregionalen Blatt. Die „Stürmer“-Kästen, in denen die jeweils aktuelle Ausgabe der Zeitung aushing, waren in ganz Deutschland in nahezu jedem Ort aufgestellt. Vor allem die Karikatur auf

- 1 Vgl. Johann Caspar Lavater, *Physiognomische Fragmente zur Beförderung der Menschenkenntniß und Menschenliebe*, Bd. 1, 1775, S. 226.
- 2 „Der Stürmer“ erschien wöchentlich von 1923 bis 1945.
- 3 Franz Pöggeler, *Der Lehrer Julius Streicher: zur Personalgeschichte des Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1991, S. 97–102.

der Titelseite war in den Schaukästen ein effektvoller Blickfang.⁴ Streicher war sich der Wirkung des visuellen Materials bewusst: Seit 1925 enthielt nahezu jede Ausgabe eine oder mehrere Karikaturen.⁵

Einziges Thema des „Stürmer“ war der Kampf gegen die Juden. Als Instrument des fanatischen Antisemiten Julius Streicher leistete das Hetzblatt einen Beitrag zur Schaffung eines emotionalen und geistigen Klimas, das den Weg zum Genozid an den europäischen Juden bereitete. Im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher wurde Julius Streicher wegen seiner Hetze gegen die Juden und der damit verbundenen Einstimmung bzw. Anstiftung des deutschen Volkes zum Genozid des Verbrechens gegen die Menschlichkeit für schuldig befunden und mit dem Tode bestraft.⁶ Philipp Rupprecht, der Hauptkarikaturist des „Stürmer“, wurde zu sechs Jahren Arbeitslager verurteilt. Das Gericht war zu der Überzeugung gekommen, dass seine Karikaturen die nationalsozialistische Gewaltpolitik unterstützt hätten und Rupprecht die Wirkungsmacht von visuellen gegenüber textuellen Darstellungen durchaus bewusst gewesen wäre.⁷

Für diesen Beitrag wurden die Titelkarikaturen des „Stürmer“ im Zeitraum zwischen der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges im September 1939 analysiert.⁸ Die Untersuchung soll Aufschluss darüber geben, ob die Karikaturen des „Stürmer“ in einer ikonografischen Tradition stehen oder neue karikaturistische Stilmittel und Darstellungsweisen Verwendung finden und welche Stereotype benutzt werden. Zudem soll die Frage geklärt werden, ob die Karikaturen des „Stürmer“ aktuelle Themen verarbeiteten und deshalb als Teil der nationalsozialistischen Propaganda zu betrachten sind.

4 Fred Hahn, *Lieber Stürmer. Leserbriefe an das NS-Kampfbblatt 1924 bis 1945*, Stuttgart-Degerloch 1978, S. 114–149.

5 Randall Bytwerk, *Julius Streicher. Nazi Editor of the Notorious Anti-Semitic Newspaper Der Stürmer*, New York 2001, S. 56.

6 Gustave Gilbert, *Nürnberger Tagebuch. Gespräche der Angeklagten mit dem Gerichtspsychologen*, Frankfurt a. M. 1995, S. 437.

7 Hermann Froschauer/Renate Geyer, *Quellen des Hasses – Aus dem Archiv des „Stürmer“ 1933–1945*, Nürnberg 1988, S. 30 f.

8 Ausgabe Nr. 5, 1933 bis Ausgabe Nr. 36, 1939. Es handelt sich um 344 Ausgaben, von denen 328 Titelkarikaturen zeigen. Die übrigen 16 Ausgaben enthalten stattdessen Fotografien und Abbildungen. Von den 328 Karikaturen beschäftigen sich 320 mit dem Thema Judentum, sodass diese zur Grundlage der Auswertung wurden. Die acht Karikaturen mit anderer Thematik wurden nicht in die Untersuchung einbezogen.

Die Darstellung von Juden in der „Stürmer“-Karikatur

Der von Philipp Rupprecht geprägte „Stürmer-Jude“ war keine Neuerfindung eines jüdischen Typs, sondern griff auf bekannte und geläufige antisemitische Bildtraditionen zurück. Judenfeindliche Darstellungen können bis ins frühe Mittelalter zurückverfolgt werden. Sie entstanden im Zusammenhang mit antijüdischen Mythen und einer traditionellen Voreingenommenheit gegenüber „dem Fremden“. Das Unwissen über die jüdische Religion, die zu einem unheimlichen Ritus dämonisiert wurde, spielte dabei eine wesentliche Rolle. Die jüdenfeindlichen Bilder zielten in erster Linie auf die Darstellung des Andersseins, was sich in Antagonismen wie denen von Gut und Böse, Schön und Hässlich, Richtig und Falsch in geeigneter Weise visualisieren ließ.⁹ Bis ins 18. Jahrhundert hinein machte man Juden meist durch äußere Zeichen kenntlich, zum Beispiel durch den „Judenhut“. Feststehende physiognomische Merkmale kamen fast ausschließlich in der Literatur zur Verwendung.¹⁰ Mit dem modernen Antisemitismus und seiner rassenideologischen Begründung fand die physiognomische Diffamierung der Juden ihre Vollendung. Vor allem die Karikatur griff den jüdischen Typus auf, wobei die große und gekrümmte Nase das hervorstechendste Merkmal war.¹¹ Da sich die Juden im Zuge der Emanzipation hinsichtlich Sprache, Kleidung und Lebensstil zunehmend assimilierten, verlagerte sich die weiterhin existierende stereotype Vorstellung ihres angeblichen Andersseins auf die Physiognomie. Das Aussehen wurde zum entscheidenden Erkennungsmerkmal, Attribute wie Bart oder Kleidung rundeten den „jüdischen Typus“ ab.¹²

Nach dem Ersten Weltkrieg setzte in Deutschland eine aggressive jüdenfeindliche Agitation ein, die die militärische Niederlage und deren Folgen den Juden

9 Michaela Haibl, Juden in der Bildpolemik. Vom antijüdischen zum antisemitischen Judenstereotyp in der populären Druckgraphik des 19. Jahrhunderts, in: Helmut Gold/Georg Heuberger (Hrsg.), Abgestempelt. Judenfeindliche Postkarten, Frankfurt a. M. 1999, S. 79 f.

10 Michaela Haibl, Das „Ostjüdische“ im „Jüdischen“. Annäherungen an eine visuelle Formel, in: Wolfgang Brednich/Heinz Schmitt (Hrsg.), Symbole. Zur Bedeutung der Zeichen in der Kultur, Münster 1997, S. 505 f.

11 Alex Bein, Die Judenfrage. Biographie eines Weltproblems, Bd. I, Stuttgart 1980, S. 234.

12 Peter Klein, „Jud, dir kuckst der Spitzbub aus dem Gesicht!“. Traditionen antisemitischer Bildstereotype oder die Physiognomie des ‚Juden‘ als Konstrukt, in: Gold/Heuberger (Hrsg.), Abgestempelt, S. 43–51.

zur Last legte und diese als universellen Sündenbock instrumentalisierte. Das Bild wurde zunehmend als Waffe im politischen Kampf eingesetzt, wobei Judendarstellungen nicht mehr nur deren vermeintliche Anders- und Fremdartigkeit betonten, sondern diese zu stereotypen Feindbildern stilisierten.¹³ Der „Stürmer-Jude“ bestätigte die bekannten judenfeindlichen Bildmuster. So war zum Beispiel auch hier die Nase das zentrale physiognomische Merkmal. Sie wurde in allen Judendarstellungen dem Stereotyp entsprechend groß und gebogen gezeichnet. Daneben kennzeichnete den „Stürmer-Juden“ eine Hervorhebung der Lippenpartie. Weitere physiognomische Merkmale waren oftmals eine kleine Statur, ein dicker, halsloser Kopf, krumme Beine und große Füße sowie schwere Augenlider, schlechte Haut und krauses Haar. Diese Effekte verstärkten die Fremdheit. Zudem wurden Juden in den „Stürmer“-Karikaturen meistens mit Bart und häufig am ganzen Körper behaart dargestellt. Der von Philipp Rupprecht hässlich und abstoßend gezeichnete Körper sollte äußeres Spiegelbild eines „verbrecherischen und hinterhältigen jüdischen Geistes“ sein. Durch die physiognomische Überzeichnung wollte der Karikaturist die jüdische Bevölkerung moralisch diffamieren und der Lächerlichkeit preisgeben und beim Rezipienten Abneigung erzeugen. Die angebliche Andersartigkeit „der Juden“ spielte in den Karikaturen des „Stürmer“ eine wichtige Rolle, sie wurde über Physiognomie, Verhalten, Handeln, Denken, Moral und „Rasse“ transportiert. Über dieses Gegenbild konnte der Betrachter sein Selbstbild positiv definieren. Der in Charakter und äußerem Erscheinungsbild abstoßend dargestellte Jude sollte im Rezipienten Idiosynkrasie hervorrufen. Rupprecht beherrschte dieses Sichtbarmachen von Merkmalen, die körperliche Aversion verursachten, in Perfektion.¹⁴

Der „Stürmer“-Karikaturist propagierte zwei jüdische Grundtypen: zum einen den reichen Juden in Gestalt des Bankiers, Chefs, Arztes oder Rechtsanwalts, der zugleich Vergewaltiger und Verführer „arischer“ Frauen war, und zum anderen den armen Juden in heruntergekommener Kleidung, der als Künstler, Rabbiner oder Hausierer auftrat.¹⁵ Die Karikaturen folgten demselben Ziel wie die Artikel, Fotos

13 Angelika Müller, „Die jüdische deutsche Republik“. Antisemitische Postkarten und Propaganda zwischen 1918 und 1933, in: Gold/Heuberger (Hrsg.), *Abgestempelt*, S. 265–268.

14 Nira Feldmann, *Motive des Stürmer. Anatomie einer Zeitung*, Wien 1966, S. 112–115, 143 ff.

15 Gerhard Paul, *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*, Bonn 1992, S. 157.

und anderen Inhalte des „Stürmer“: die Juden zu diffamieren und aus der Gesellschaft auszustoßen. Die Karikaturen sollten den Betrachter nicht zum Lachen bringen, sondern negative Gefühle wie Angst, Hass, Abscheu oder Ekel bzw. ein Gefühl der Überlegenheit, des Sieges erzeugen.¹⁶

Die Ikonografie

Zur Typologie der „Stürmer“-Karikatur

Die Typologie der untersuchten „Stürmer“-Karikaturen besteht aus verschiedenen karikaturistischen Grundformen. Selten lieferte Rupprecht Individual- und Ereigniskarikaturen, wobei erstere das Handeln einer bestimmten Person und letztere ein historisches Ereignis kommentieren. Gelegentlich nutzte er Tierdarstellungen, die Juden als durchweg negativ konnotierte Tiere wie Fledermäuse, Schlangen, Spinnen oder Geier zeigten. Die mit ihnen assoziierten negativen Eigenschaften wie Blutgier, Listigkeit oder Giftigkeit wurden auf die Juden übertragen. Viele dieser Tiere gelten bis heute als Symbole des Teufels. Die Anwendung von Tiermetaphern trug zur Entmenschlichung und Abwertung der Juden bei. In der Regel wurde das Tier mit einer jüdischen Physiognomie dargestellt und oft zusätzlich mit einem Davidstern versehen. Der vereinzelt auftretende Typ der politischen Werbezeichnung zeigte die NSDAP und Adolf Hitler in einem positiven, ins Erhabene verklärten Zusammenhang. Häufig wurde die „Stürmer“-Karikatur als antithetisches Kampfbild präsentiert, auf dem sich eine negative und eine positive Partei gegenüberstanden. Die Juden repräsentierten die Minus-Partei, die Plus-Partei erschien unter anderem als „Stürmer“-Leser, NSDAP-Anhänger, deutsches Mädel, arbeitender und anständiger deutscher Bauer, pflichterfüllender Soldat, deutsches Volk oder Deutsches Reich. Ein gutes Drittel der Abbildungen sind Typenkarikaturen, die sich mit sozialen Gruppen befassen, denen spezifische negative Charakteristika unterstellt werden. In den „Stürmer“-Karikaturen bildeten die Juden diese soziale – negativ besetzte – Gruppe, sei es durch Reduzierung auf bestimmte negativ konnotierte Berufe oder durch die Darstellung in vorurteilsbeladenen Situationen. Diese Typisierung erfolgte oft über

16 Froschauer, Quellen des Hasses, S. 30 ff.

Attribute, die als Erkennungszeichen fungierten. Bei knapp der Hälfte der Karikaturen handelt es sich um Kampf- und Schmähbilder, die Juden in diffamierender Weise zeigen.¹⁷

Zur Symbolik der „Stürmer“-Karikatur

Hinsichtlich der verwendeten Symbolik griff die „Stürmer“-Karikatur auf altbekannte und traditionelle Zeichen zurück. Dies gewährleistete einen Wiedererkennungswert, der die Entschlüsselung der Karikatur erleichterte. Einige typische karikaturistische Symbole wie Landkarte, Weltkugel, Flagge und Tiermetaphern sowie Personifikationen von Ländern oder Tugenden fanden immer wieder Verwendung. Daneben kamen der fünfzackige Stern, Hammer und Sichel als Zeichen des Kommunismus zum Einsatz.

Mehr als die Hälfte der Abbildungen enthält den Davidstern. Mit ihm wurden Juden neben ihrer Physiognomie oft zusätzlich gekennzeichnet, um einer möglichen Unsicherheit des Betrachters bezüglich der Aussage der Karikatur vorzubeugen bzw. diese durch die mit dem Symbol verbundene negative Konnotation zu verstärken. Der Davidstern erschien als Manschettenknopf, Abzeichen auf der Kleidung, Anhänger, Ring, Kennzeichnung von Gegenständen, Menschen oder Tieren sowie als Symbol, das das Judentum bzw. „die Juden“ repräsentierte.

Phillip Rupprecht arbeitete in seinen Karikaturen auch mit dem „Hell-Dunkel-Kontrast“. Die antithetische Darstellung von Licht und Finsternis stand symbolisch für die Antipoden Gut und Böse. Die Plus-Partei wurde hell gezeigt, die Minus-Partei dunkel. Dies geschah über Kleidung, Augen, Haare und Haut. Das helle Erscheinungsbild galt als Zeichen der Reinheit, das dunkle als Zeichen der Verunreinigung, was sich wiederum auf das jüdische Blut übertragen ließ.¹⁸ Die Plus-Partei erschien oft vor hellem Licht, dargestellt durch Strahlen, oder mit erhobener brennender Fackel. All diese Elemente sind der Licht- und Feuersymbolik entnommen. Die Fackel steht für Freude, Freiheit, Erlösung, Sieg und Hoffnung in der Finsternis.

17 Christoph Achterberg, *Karikatur als Quelle. Determinanten sozialwissenschaftlicher Interpretation*, Frankfurt a. M. 1998, S. 90–93.

18 Albrecht Thöne, *Das Licht der Arier. Licht-, Feuer- und Dunkelsymbolik des Nationalsozialismus*, München 1979, S. 50–56.

Licht und Sonne gelten traditionell als positive Symbole. Licht spendet Fruchtbarkeit und Wärme und ist ein Zeichen von Leben und Heil im Gegensatz zur Dunkelheit. Die Sonne wird mit Auferstehung, Gerechtigkeit und Unsterblichkeit in Verbindung gebracht.¹⁹ Eine aufgehende oder strahlende Sonne steht als Zeichen für Freiheit und ruft Assoziationen wie die einer helleren Zukunft, eines besseren Lebens hervor.²⁰

In ca. 29 % der Karikaturen brachte Rupprecht die Juden mit dem Tod in Verbindung, indem er beispielsweise Totenköpfe, Leichen, Galgen, Friedhöfe oder die Personifikation des Todes zur Illustration heranzog. Sprachlich wurde die Assoziation mit dem Tod durch Begriffe wie „ersticken“, „verbluten“, „vergiftet“, „Verwesung“, „Leichen“, „Vampir“ oder „Mörderjude“ hergestellt. Mit der Darstellung des Todes sollte im Betrachter das Gefühl geweckt werden, sein Leben sei in Gefahr. Der Kampf gegen den mit dem Tod assoziierten Feind ging entsprechend um Leben und Tod. Waren die Juden mit dem Tod gleichzusetzen, so bestand kein Zweifel mehr an der Notwendigkeit, sie zu bekämpfen.²¹

Techniken der „Stürmer“-Karikatur

Philipp Rupprecht bediente sich im „Stürmer“ traditioneller karikaturistischer Stilmittel, darunter etwa jene Kombinationstechniken, bei denen verschiedene Bildelemente miteinander verknüpft werden – und zwar solche mit unterschiedlichem Ausdruckswert, anderer Funktion oder ungleichem Verhaltensbereich. So wird etwa das Schwert der Justitia mit einem Hakenkreuz versehen, oder ein als jüdisch stereotypisierter Mann trägt einen Sowjetstern. Zeichnete Rupprecht jüdische Wissenschaftler mit dem Hinterteil eines Schweins oder einen Kuckuck mit einem „Judenkopf“, nutzte er des Weiteren die Kombinationstechnik der Verschmelzung.

19 Hildegard Kretschmer, *Lexikon der Symbole und Attribute in der Kunst*, Stuttgart 2008, S. 116, 262, 393.

20 Arnold Rabbow, *Visuelle Symbole als Erscheinung der nicht-verbalen Publizistik*, Münster 1966, S. 163.

21 Angelika Plum, *Die Karikatur im Spannungsfeld von Kunstgeschichte und Politikwissenschaft. Eine ikonologische Untersuchung zu Feindbildern in Karikaturen*, Aachen 1998, S. 164–168.

Die Transpositionstechnik, die ein Objekt in einen anderen Verhaltensbereich versetzt, kam in den „Stürmer“-Karikaturen dort zum Einsatz, wo beispielsweise der Mond ein jüdisches Aussehen oder Giftgaswolken die Form eines „Judenkopfes“ erhielten.

In den Karikaturen des „Stürmer“ lassen sich außerdem Sprachbilder identifizieren, also Abstrakta, die mit gegenständlichen Zusammenhängen in Verbindung gebracht werden, oder Ausdrucksweisen, deren übertragene Bedeutung einen konkret darstellbaren Kern hat. Auf diese Weise können nicht-gegenständliche Inhalte zeichnerisch umgesetzt werden. Rupprecht griff beispielsweise die Redensart „unter die Räder kommen“ auf und ließ in einer Karikatur einen Juden in ein „nationalsozialistisches“ Räderwerk geraten. Ein andermal bediente er sich der Redewendung „in etwas verwickelt sein“ und zeichnete unter dem Titel „Korruption“ mehrere Juden, die sich in einem Wollknäuel verfangen hatten. Metaphern kamen ebenfalls zur Anwendung. So wurde einmal die vom „Stürmer“ als „Schlüssel zur Weltgeschichte“ propagierte Rassenfrage tatsächlich als Schlüssel vorgestellt, der in das „Schlüsselloch der Weltgeschichte“ passte. Darüber hinaus nutzte Rupprecht in seinen Karikaturen das Stilmittel der Parabel. Das heißt, er brachte Personen in Analogie zu Geschehnissen aus einem anderen tierischen oder menschlichen Verhaltensbereich, sodass ein Tertium Comparationis entstand. Eine Karikatur etwa zeigt einen hinter einem weggeschobenen Felsbrocken kauern den Juden, der die aus ihrem Felsengrab auferstehende Germania beobachtet, in einem anderen Beispiel betrachtete ein Jude mit zufriedenen Blick einen an ein Kreuz gebundenen Arier.

Ebenso arbeitete Rupprecht mit sinnbildlichen Konstruktionen – einer aus der Konstellation bestimmter Bildelemente und Handlungen entstandenen erweiterten Symbolik, die keine begriffliche Auflösung benötigt, da sie durch die Bedeutung der Handlungen und Bildelemente unmittelbar wirkt. So geraten in einer Karikatur Juden in einen „internationalen Hakenkreuz-Hagelschauer“, in einer anderen spielt eine als Jude stigmatisierte Person mit „Ariern“ Blindekuh.²²

22 Peter Métraux, Die Karikatur als publizistische Ausdrucksform untersucht am Kampf des „Nebelspalters“ gegen den Nationalsozialismus 1933–1945, Berlin 1966, S. 133–139.

Sprachliche Analyse der „Stürmer“-Karikatur

Die untersuchten Karikaturen waren fast immer mit einem Titel und durchgängig mit einem Untertitel versehen, der zu etwa 55 % in gereimter Form erschien. Der Begriff „Jude“ kam in ca. 31 %, der Begriff „Juda“ in ca. 12 % der Karikaturen vor. Diese Kollektivsingulare waren das sprachliche Äquivalent der Karikatur des typischen „Stürmer-Juden“. Sie trugen zur Entindividualisierung und Entmenschlichung des einzelnen Juden bei, da die Gleichheit aller Juden suggeriert wurde. In ca. 13 % setzte Rupprecht affektive Komposita wie „Judenpresse“, „Judenknecht“, „Judenbank“, „Sowjetjude“, „Mordjude“ oder „Judendirne“ ein. Im Ergebnis wurden je nach Zusammensetzung eigentlich neutrale Begriffe wie Presse oder Bank – oder umgekehrt das Wort „Jude“ durch Kombination mit negativ konnotierten Begriffen wie Mord oder Dirne – negativ aufgeladen.

Bei ca. 30 % der Untertitel handelte es sich um einen Sprechtext von Juden, der wiederum in etwa 63 % der Fälle in einem „Jiddisch“ suggerierenden Idiom formuliert war. Dieses jüdische Idiom diente neben der Physiognomie als weiterer Indikator für die jüdische Herkunft der dargestellten Person. In der Regel wurde vor allem Ostjuden die jiddische Sprache in den Mund gelegt. Sprechtexte akkultrierter Juden Westeuropas waren im Allgemeinen in Schriftdeutsch verfasst, manchmal mit geringfügigen Fehlern in der Satzstellung.²³ Ca. 45 % der untersuchten Karikaturen enthielten Textelemente. Hierbei handelte es sich um die erläuternde Beschriftung von Gebäuden, Personen, Tieren, Gegenständen etc.

Thematische Analyse der „Stürmer“-Karikatur

Im Fokus der untersuchten „Stürmer“-Karikaturen standen bestimmte Themenkomplexe, darunter das Thema Krieg, in dessen Kontext die Juden als Urheber des Ersten Weltkriegs ausgemacht wurden oder unterstellt wurde, dass sie mithilfe von Presse und Kapital einen Zweiten Weltkrieg auslösen wollten, um die Welt-

23 Michaela Haibl, Vom „Ostjuden“ zum „Bankier“. Zur visuellen Genese zweier Judenstereotype in populären Witzblättern, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 6 (1997), S. 47.

herrschaft zu erlangen und die Nichtjuden zu vernichten. Bei außenpolitischen Themen wurden Situationen in oder Beziehungen zu einzelnen Ländern konkret thematisiert. Das Vorurteil, dass ein oder mehrere Länder bzw. die ganze Welt unter der Herrschaft der Juden stehe, war in etwa 80 % der Karikaturen vertreten, die außenpolitische Bezüge enthielten. Der Völkerbund, bilaterale Bündnisse Deutschlands oder die Sicht anderer Länder auf Deutschland waren weitere Themenbereiche. Ungefähr 40 % der außenpolitischen Inhalte standen mit dem Kommunismus in Zusammenhang.

Der „Stürmer“ wie auch die nationalsozialistische Bewegung insgesamt wurden als Aufklärer des Volkes und Vertreter der Wahrheit präsentiert. Dies geschah beispielsweise über die Personifikation der Wahrheit, die einen Spiegel bei sich führte, oder über Begriffe wie „Aufklärung“ bzw. „Wahrheit“ in Titel, Untertitel oder als Bildelement. Erschienen diese Begriffe als Bildbestandteil der Karikatur, waren sie häufig auf ein Schwert oder ein Hakenkreuz gezeichnet. Der Nationalsozialismus erschien auf diese Weise als Retter des deutschen Volkes bzw. der Welt vor den bösen Machenschaften einer „jüdischen Weltmacht“. Häufig verkörperte ihn ein dem „arischen“ Menschenbild entsprechender deutscher Arbeiter, Bauer oder Handwerker, der „dem Juden“ als Positivum entgegengesetzt wurde. Der „Arier“ war dabei in der Regel von größerer Statur als der Jude, hielt oft einen Hammer in der Hand, hatte kantige und symmetrische Gesichtszüge, einen entschlossenen Gesichtsausdruck und einen schmalen Mund. Eine solche Simulation von Oppositionssystemen war typisch für die antijüdische Karikatur. Häufig standen sich „Arier“ und Jude, Bauer bzw. Handwerker und Kapitalist, unschuldiges deutsches Mädchen und jüdischer Verführer gegenüber. Kontrastierung durch zum Beispiel dünn versus dick, klein versus groß oder dunkel versus hell war ein gängiges karikaturistisches Stilmittel, mit dem in den „Stürmer“-Karikaturen allerdings kein Lachen, sondern Abscheu, Angst und Hass provoziert werden sollten.²⁴

24 Julia Schäfer, Verzeichnet. Über „Judenbilder“ in der Karikatur als historische Quelle, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 10 (2001), S. 145.

Antisemitische Stereotype und politische Bezüge in der „Stürmer“-Karikatur

Die Analyse des „Stürmer“ hinsichtlich antisemitischer Stereotype und Themen ergab eine Konzentration auf sieben zentrale Themenbereiche. Stereotype wurden jedoch nur in die Untersuchung aufgenommen, wenn sie über Sprache, Thema der Karikatur oder Kleidung eindeutig angesprochen waren. Dieses Vorgehen wurde deshalb gewählt, weil Rupprecht häufig mehrere Typen ineinanderfließen ließ. Beispielsweise zeigte er einen Juden, der aufgrund des Themas eindeutig einer bestimmten Kategorie zugeordnet werden kann, wobei ihm Attribute aus einer anderen Kategorie zugewiesen waren. Karikaturen mit dieser Art von Judendarstellungen wurden deshalb nur zu denjenigen Stereotypen gezählt, die eindeutig angesprochen waren.

Das Stereotyp des „jüdischen Intellektuellen“

In der nationalsozialistischen Propaganda war eine emotionale Annäherung des Begriffs „Intellektualismus“ an das Judentum ein gängiges Muster, das sich des „Jüdischen“ als definitorischem Bestandteil des Wortes „Intellektueller“ bediente. Der „Intellektuelle“ wurde zu einem jüdischen Typ gemacht, an den ein weiteres Merkmal gekoppelt wurde: das des Marxisten. Als äußeres Erkennungszeichen von Intellektuellen galt die Hornbrille.²⁵ Die antisemitische Bildpolemik verwendet vor allem die freien akademischen Berufe wie Rechtsanwälte, Ärzte und Journalisten, vermutlich, weil Juden hier überdurchschnittlich repräsentiert waren.²⁶ Ca. 20 % der Karikaturen verarbeiteten das Stereotyp des „jüdischen Intellektuellen“, der am häufigsten in Gestalt des Journalisten erschien. In der Regel trug der „jüdische Intellektuelle“ einen Anzug, in ca. 55 % der Karikaturen eine Brille bzw. Sonnenbrille, in ca. 41 % hatte er Stift, Papier oder Zeitung bei sich. Sprachlich wurde er mit Begriffen wie „Kunst“, „Literatur“, „Presse“, „Hetze“, „Lüge“ oder „Verleumdung“

25 Dietz Bering, *Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes*, Stuttgart 1978, S. 118–147.

26 Rainer Mentel, *Anwälte der Moderne. Die Bildpolemik gegen Journalisten, Fachärzte und Rechtsanwälte*, in: Gold/Heuberger (Hrsg.), *Abgestempelt*, S. 227 f.

beschrieben. In ca. 34 % der Karikaturen wurde der „jüdische Intellektuelle“ mit dem Kommunismus in Verbindung gebracht. Zusammen mit dem Stereotyp der „jüdischen Weltverschwörung“ erschien der Intellektuelle in ca. 75 % der untersuchten Karikaturen. Die „Stürmer“-Karikaturen stellten den Juden als Intellektuellen meist hetzerisch, verlogen, im Verborgenen agierend und nach Weltherrschaft strebend dar.

Das Stereotyp des „jüdischen Kommunisten“

In ihrer visuellen Darstellung des Kommunismus knüpften die Nationalsozialisten an antisozialistische Bildmuster der bürgerlichen Revolutionen des 19. Jahrhunderts an. Die nationalsozialistische Bildgitation zeigte den Bolschewisten als Tod, Brandstifter und Mörder. Man identifizierte ihn mit Fremdheit, Terror und Revolution. Um eine unmittelbar drohende Bolschewisierung Deutschlands zu suggerieren, mobilisierte die NS-Propaganda traditionelle Ängste.²⁷ Die „Stürmer“-Karikaturen verknüpften Juden und Kommunismus hauptsächlich mittels der Symbole Hammer, Sichel und Sowjetstern sowie sprachlich mit Schlagworten wie „Bolschewik“, „Sowjetjude“, „rote Schande“ oder „Kulturbolschewismus“. Das Stereotyp des „jüdischen Kommunisten“ kam in ca. 22 % der Karikaturen vor und wurde im Jahr 1936 am häufigsten bedient. Es trat im zweiten Halbjahr verstärkt auf, vor allem von September bis einschließlich Dezember, und dominierte in diesem Zeitraum die Karikaturen zu etwa 73 %. Zudem wurde es zu etwa 79 % mit dem Stereotyp der „jüdischen Weltverschwörung“ kombiniert. Beide Stereotype waren insgesamt gesehen am häufigsten in den Karikaturen des Jahres 1936 virulent. Die angebliche jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung zur Erlangung der Weltherrschaft beherrschte die Themenwahl dieses Jahres klar und hatte einen starken Bezug zur aktuellen Politik des NS-Regimes. Deutschland und Italien unterschrieben am 23. Oktober 1936 ein vertrauliches Protokoll, das ein koordiniertes Vorgehen bei Fragen von gemeinsamem Interesse festschrieb. Beide Länder waren sich einig, dass der Abwehrkampf gegen den Kommunismus Priorität habe und dazu dienen könnte, andere Staaten für das deutsch-italienische

27 Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 234 ff.

Bündnis zu gewinnen bzw. die Angst vor einer Vorherrschaft der beiden Staaten zu beschwichtigen.²⁸

Das Stereotyp des „jüdischen Teufels“

Das Stereotyp des Juden als Teufel hat seine Grundlage im Neuen Testament, das den Vater der Juden als Teufel und ihr Gotteshaus als Synagoge des Satans bezeichnet. Man glaubte, die Juden seien vom Teufel besessen, und betrachtete den von ihnen erwarteten Messias als Antichrist, der die Herrschaft über die Welt für sich beanspruchte. Daraus entstand im säkularen Zeitalter das Stereotyp des „internationalen Finanzjudentums“ bzw. der „jüdischen Weltverschwörung“. Hatte der „arische“ Mensch in der antisemitischen Rassenideologie erst eine gottähnliche Position eingenommen, bedurfte er eines weltlichen Gegenparts. Der Jude war nun nicht mehr vom Teufel besessen, sondern er war der Teufel selbst.²⁹ In der Gestalt des „jüdischen Teufels“ ließ sich eine Vielzahl verschiedener Erscheinungen und Vorwürfe bündeln. Sie diente als Erklärung für Leid, Elend, Unterdrückung, Korruption, Krieg und konnte selbst äußerst heterogene Phänomene in sich vereinen. Dies war möglich, weil der „jüdische Teufel“ angeblich nur ein Ziel hatte: die Vernichtung der nichtjüdischen Welt. Das Stereotyp des Teufels diente als Sammelbecken für antisemitische Vorwürfe kultureller, religiöser, wirtschaftlicher und sexueller Art. Im „Stürmer“ fand es seinen Ausdruck im häufigen Masken- und Namenwechsel, in einer Omnipräsenz, in der trotz schwächlichem Äußeren vorhandenen Allmächtigkeit.³⁰ Der Teufel wurde auf unterschiedlichste Weise dargestellt. Er erschien als Dämon in Tiergestalt und ähnelte einem Löwen, Bären, Drachen, Bock, einer Fledermaus, Schlange oder einem Mischwesen. In Menschengestalt wurde er häufig mit Bocksfüßen, Pferdehufen, langen Ohren, Hörnern und Behaarung, manchmal

28 Ludolf Herbst, *Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg*, Frankfurt a. M. 1996, S. 180 f.

29 Christina von Braun, *Und der Feind ist Fleisch geworden. Der rassistische Antisemitismus*, in: Christina von Braun/Ludger Heid (Hrsg.), *Der ewige Judenhaß. Christlicher Antijudaismus. Deutschnationale Judenfeindlichkeit. Rassistischer Antisemitismus*, Berlin 2002, S. 167–172.

30 Feldmann, *Motive des Stürmer*, S. 133 f.

auch mit Flügeln dargestellt. Als Symbole des Teufels galten unter anderem Schlange, Drache, Sphinx, Fledermaus, Affe, Fuchs und Kröte.³¹ Rupprecht kennzeichnete die Juden als Teufel, indem er sie mit fellähnlicher Behaarung, Krallen, spitzen Ohren und Hörnern oder in Tiergestalt beispielsweise als Schlange oder Fledermaus zeichnete. Sprachlich erfolgte eine entsprechende Charakterisierung mithilfe von Vokabeln wie „Ungeist“, „Teufel“, „Satan“, „Dämon“. Ca. 23 % der untersuchten Karikaturen enthielten eine Verbindung der Juden mit dem Teufel.

Das Stereotyp des „jüdischen Kapitalisten“

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts war die Gleichsetzung der Juden mit der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ein Stereotyp des rassistischen Antisemitismus. Entweder wurden die Juden universell als Kapitalisten oder der Kapitalismus als jüdisch diskreditiert. Das Stereotyp des „jüdischen Kapitalisten“ war die aktualisierte, moderne Form des alten Stereotyps vom „jüdischen Wucherer“. Auch die Nationalsozialisten nutzten es für ihre antisemitische Agitation. Sie entwickelten daraus die Theorie von der imaginären „Weltverschwörung der internationalen jüdischen Finanzoligarchie“.³² Das Stereotyp des „Wucherers“, aus dem das des „jüdischen Kapitalisten“ entstand, hatte eine lange Tradition und bezog seine Wirksamkeit aus der Verknüpfung mit der Gegenwart. Es ließ sich in seiner bildlichen Darstellung so stark reduzieren, dass Attribute wie Münze, Geldsack oder Börsenzeitung ausreichten, um eine Person als Wucherer bzw. Kapitalisten zu markieren. Es reichte ein semantischer oder bildlicher Code, dessen Wiedererkennungswert so stark war, dass das Stereotyp sich auf einfache Weise mit anderen Negativbildern kombinieren ließ.³³ Der Kapitalist erhielt in der Karikatur typischerweise folgende Merkmale: einen dicken, fast kugelförmigen Bauch, der als Symbol für den reichen Juden stand, Zylinder oder Bowler, Anzug mit Weste oder Frack, Schmuck wie Uhrkette, funkelnde Ringe, Zigarre sowie weitere

31 Kretschmer, Lexikon der Symbole, S. 423 ff.

32 Avraham Barkai, Einundzwanzigstes Bild: „Der Kapitalist“, in: Julius Schoeps/Joachim Schlör (Hrsg.), Antisemitismus. Vorurteile und Mythen, München 1995, S. 265–269.

33 Rainer Zuch, „Halsabschneider und Wucherseelen“. Das Gespenst des „jüdischen Wucherers“, in: Gold/Heuberger (Hrsg.), Abgestempelt, S. 173.

Luxusgüter.³⁴ Auf das Stereotyp des „jüdischen Wucherers“ griff die Bildsprache der „Stürmer“-Karikaturen selten zurück. Mehrheitlich erfolgte der Bezug allein über die Wortwahl, etwa „Wuchergift“, „Wucherklauen“, „wuchern“. Der Wuchervorwurf war dem Stereotyp des „jüdischen Kapitalisten“ immanent und stand für die moderne Variante des tradierten Stigmas. In mehr als der Hälfte der Karikaturen war der „jüdische Kapitalist“ mit Anzug und Krawatte bekleidet. In ca. 13 % der Karikaturen zeichnete Rupprecht ihn mit einem Frack. Eine Weste trug er in ca. 34 %, eine Kopfbedeckung wie Zylinder oder Bowler in ca. 20 %, Schmuck wie Uhrkette und Brillantringe in ca. 53 %, eine Zigarre rauchte er in ca. 23 %. Münzen oder Geldsäcke waren in ca. 16 % der Abbildungen zu sehen. Das Stereotyp des Wucherers bzw. Kapitalisten wurde in ca. 35 % der Karikaturen angesprochen. In etwa 61 % der Fälle kam durch die Verknüpfung mit der „jüdischen Weltverschwörung“ ein zweites Stereotyp hinzu, das den Juden als Plutokraten zeichnete, der über die Kontrolle des Weltkapitals die Weltherrschaft erreichen wollte. In engem Zusammenhang damit stand die Stereotypisierung des Juden als Ursache für Ausbeutung, Ungleichheit und Unglück des deutschen Volkes.

Mit Einführung der Nürnberger Rassengesetze 1935 zielten die Nationalsozialisten mehr als bisher auf eine möglichst umfassende Trennung von „nichtarischer“ und jüdischer Bevölkerung. Dies ging mit einer Hetzkampagne gegen „Rassenschande“ einher, die sich wohl am deutlichsten in den „Stürmer“-Karikaturen spiegelte. Das Stereotyp des „jüdischen Rassenschänders“ dominierte die Karikaturen mehr denn je, häufig mit Bezugnahme auf den „jüdischen Kapitalismus“, den mehr als die Hälfte der Karikaturen des Jahres 1935 thematisierten.

Das Stereotyp der jüdischen Religion

In den Themenbereich der jüdischen Religion, mit der sich ca. 36 % der untersuchten „Stürmer“-Karikaturen beschäftigten, wurde in der Untersuchung auch der Vorwurf des Gottes- und Ritualmordes und das Stereotyp des Ewigen Juden gezählt. Der Talmud wurde in ca. 18 % der Karikaturen abgebildet, der Schulchan

34 Angelika Müller, Der „jüdische Kapitalist“ als Drahtzieher und Hintermann. Zur antisemitischen Bildpolemik in den nationalsozialistischen Wahlplakaten der Weimarer Republik 1924–1933, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 7 (1998), S. 175.

Aruch in etwa 4 %. Der Hinweis auf das Thema Religion erfolgte zum Beispiel über die Darstellung von jüdischen Religionsgelehrten, religiöse Attribute, hebräische Schriftzeichen oder Titel und Untertitel. Da Hebräisch die Sprache des Gebetes ist, wurden hebräische Schriftzeichen in ca. 13 % und der Davidstern als Glaubenssymbol in ca. 59 % der religionsbezogenen Karikaturen gezeigt. Das Kreuz als christliches Glaubenssymbol erschien mit einer Häufigkeit von ca. 18 %. In den Textteilen sind nicht selten Hinweise auf angeblich im Judentum vorgeschriebene geheime Ziele und der religiös bedingte Hass gegen alle Nichtjuden zu finden. Rupprecht brachte die jüdische Religion zudem in ca. 30 % der Karikaturen mit dem Teufel und in 53 % mit dem Stereotyp der „jüdischen Weltverschwörung“ in Verbindung. Die Darstellung der jüdischen Religion in den „Stürmer“-Karikaturen entsprach der tradierten Einstellung zur jüdischen Religion.

Das Stereotyp des „jüdischen Rassenschänders“

Das Stereotyp des „jüdischen Rassenschänders“ war eines der beliebtesten antisemitischen Feindbilder der Nationalsozialisten. Es hatte einen hohen integrativen Stellenwert, da es sich eignete, über alle Geschlechts-, Religions- und Altersgrenzen hinweg Hass gegen Juden zu erzeugen. Entsprechend blieb das Bild des „jüdischen Rassenschänders“ universal und abstrakt. Der Jude wurde als Konkurrent des deutschen Mannes inszeniert, der ihm angeblich die Herrschaft über die deutsche Frau nehmen wollte. Zudem verderbe die deutsche Frau durch Geschlechtsverkehr mit einem Juden und ginge folglich dem deutschen Volk, der „arischen Rasse“, für immer verloren. Bei der Entfesselung von Hass und Gewalt gegen Juden spielte dieses Feindbild eine zentrale Rolle. Die Strategie funktionierte sogar bei Personen, die Juden gegenüber nicht feindselig eingestellt waren. Das Stereotyp trug erheblich zur Steigerung der Gewaltbereitschaft gegenüber Juden wie auch zur Schaffung des für die „Endlösung der Judenfrage“ notwendigen Klimas bei.³⁵ Zum Stereotyp des „jüdischen Rassenschänders“ wurden mehrere Themenbereiche gezählt, die sich in den Karikaturen zum Teil überschneiden. Erstens das Thema Sexualität, das

35 Franco Ruault, „Neuschöpfer des deutschen Volkes“. Julius Streicher im Kampf gegen „Rassenschande“, Frankfurt a. M. 2006, S. 7–20.

zum Beispiel über die Darstellung einer leicht bekleideten Jüdin, die sich lasziv auf einem Diwan räkelt, oder durch Juden, die „Perversitäten“ verkaufen, angesprochen wurde. Des Weiteren gehört der Themenbereich Blut bzw. „Blutschande“ in diese Kategorie. Bildlich kam dieses Thema in Blutlachen, Blutstropfen, blutverschmierten Messern oder über die Darstellung von Juden als Vampiren zum Ausdruck. Die Konkretisierung dieses Themas erfolgte vor allem über Vokabeln wie „Blutschuld“, „Blutreinheit“, „Blutbestie“, „Vollblut“. Begriffe wie „Hass“, „Ziel“ oder „Gesetz“ verwiesen des Öfteren auf die jüdische Religion. Drittens gehören Topoi wie „Rasse“ bzw. „Rassenschande“ zu diesem Themenkomplex. In diesem Kontext wurden fast ausschließlich deutsche Frauen gezeigt, die dem „arischen“ Schönheitssideal entsprachen. Die Darstellungen von Juden dagegen wirkten oft abstoßend. Zu den angesprochenen Thematiken gehörte auch das Berufsfeld, in dem Juden vermeintlich dominierten, beispielsweise der Arzt, der seine Mitarbeiterinnen bzw. Patientinnen sexuell belästigt. Unter den Stereotypenkatalog fiel auch der jüdische Verführer, der deutsche Frauen mit Geld und Schmeicheleien lockt. Weiterhin die Arierin, die sich mit einem Juden eingelassen hatte und deshalb mit Adjektiven wie „verdorben“, „verloren“, „verseucht“ beschrieben wurde. Zudem erfolgte eine Bezugnahme auf die „Judenfrage“ im Allgemeinen und über Vokabeln wie „Rassenschutz“ oder „Rassengesetz“ auf die Gesetzeslage bzw. auf die aktuelle Politik. Auf symbolischer Ebene stellte Rupprecht eine Verbindung mit Teufel, Tod und Kapital her. Die sprachliche Versinnbildlichung dieses Stereotyps erfolgte über Begriffe wie „Degeneration“, „Verseuchung“, „Entartung“, „Tod“, „Schändung“. Die „Stürmer“-Karikaturen präsentierten die „Rassenfrage“ als „Schlüssel zur Weltgeschichte“. Das Stereotyp des „jüdischen Rassenschänders“ thematisierten ca. 37 % der Karikaturen, in ca. 34 % der Fälle in Verbindung mit dem Feindbild des „jüdischen Kapitalisten“, in ca. 23 % mit dem Juden als Teufel, in ca. 36 % mit der jüdischen Religion und in ca. 40 % mit der „jüdischen Weltverschwörung“. Die Themen Rasse und „Rassenschande“ waren im Jahr 1935 am häufigsten vertreten. Sie wurden in fast der Hälfte der Karikaturen verarbeitet, wobei sich mit 70 % zwischen Mai und Oktober eine Häufung feststellen lässt. Mit Blick auf die Nürnberger Gesetze kann man deshalb von einer propagandistischen Vorbereitung und Begleitung dieser Gesetze in den „Stürmer“-Karikaturen sprechen.

Das Stereotyp der „jüdischen Weltverschwörung“

Da Juden über Jahrhunderte in sozialer und religiöser Hinsicht aus der christlichen Gemeinschaft ausgegrenzt, von ihr eingeeengt und unterdrückt wurden, legten sie besonderen Wert auf die Pflege kultureller und religiöser Traditionen und den Zusammenhalt untereinander. Dies erweckte den Eindruck, dass „die Juden“ eine weltweite Gemeinschaft bildeten, sodass die Vorstellung von einem zentral geführten „Weltjudentum“ entstand.³⁶ Je nach Bedarf konnten die Sozialistische Internationale, die großen Börsen oder die Großloge der Freimaurer die Zentrale der Geheimmacht sein, da die Antisemiten all diese Organisationen in jüdischen Händen wähten. Die Waffen der jüdischen Drahtzieher seien das Kapital und die Presse, mit der man die Völker gezielt manipulieren könne.³⁷ Das Stereotyp der „jüdischen Weltverschwörung“ wurde in den „Stürmer“-Karikaturen mit ca. 54 % am häufigsten angesprochen. Einen Zusammenhang zwischen dem Stereotyp „jüdische Weltverschwörung“ und „jüdischer Kapitalismus“ gab es in ca. 39 %, eine Verbindung mit dem Stereotyp des „jüdischen Intellektuellen“ in ca. 28 % der Karikaturen. Die jüdische Religion wurde in ca. 35 % und das „teuflische Wesen“ der Juden in ca. 24 % der Karikaturen angesprochen. Ein zentrales Element des Stereotyps „jüdische Weltverschwörung“ war die Sprachwahl, wobei dies durch Begriffe wie „Alljuda“, „Juda“, „Weltpresse“ oder „Internationale“ zum Ausdruck kam. Der Verweis auf das zugrunde liegende Vorurteil erfolgte über Vokabeln wie „Weltproblem“ oder „Weltfeind“. Die karikaturistische Darstellung des Stereotyps der jüdischen Weltverschwörung in den „Stürmer“-Karikaturen entsprach dem allgemeinen antisemitischen Verständnis. Die Juden wurden als eine im Geheimen agierende, mit abscheulichen Mitteln arbeitende Weltgemeinschaft dargestellt, deren einziges Ziel es war, die Weltherrschaft zu erlangen und alle Nichtjuden zu unterwerfen und zu vernichten.

Das Stereotyp der „jüdischen Weltverschwörung“ dominierte die Karikaturen des Jahres 1939 zu knapp 80 %, wobei sich die Mehrheit mit dem Thema Krieg be-

36 Hellmuth Auerbach, „Weltjudentum“; ders., „Jüdische Weltverschwörung“, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte*, München 1990, S. 217 f.

37 Ernst Piper, *Achtes Bild: „Die jüdische Weltverschwörung“*, in: Schoeps/Schlör (Hrsg.), *Antisemitismus*, S. 128 f.

fasste. Es ging unter anderem um die angebliche Schuld der Juden am Ersten Weltkrieg sowie ihre vermeintliche weltweite Kriegshetze. Die demokratische Staatsform der Deutschland ablehnend gegenüberstehenden Staaten Großbritannien, Frankreich und USA wurde negativ dargestellt und mit der nach Weltherrschaft strebenden „jüdischen Weltverschwörung“ in Verbindung gebracht. Dass dieses Stereotyp im Jahr des Kriegsbeginns am stärksten ausgeprägt war, belegt den zielgerichteten propagandistischen Einsatz der „Stürmer“-Karikaturen.

Fazit

Zwei Drittel der untersuchten Karikaturen kombinieren Stereotype miteinander. Das in den untersuchten „Stürmer“-Karikaturen am häufigsten vorkommende Stereotyp war die „jüdische Weltverschwörung“, das zugleich am meisten mit anderen Stereotypen kombiniert wurde. Zudem waren die von Philipp Rupprecht gezeichneten Juden meist nicht eindeutig einem bestimmten Typ zuzuordnen – beispielsweise koppelte er die für den Kapitalisten typischen Attribute mit denen des Intellektuellen und zeigte die jeweiligen Typen in anderen Zusammenhängen. Er verknüpfte die antisemitischen Stereotype in seinen Karikaturen thematisch und bildlich miteinander, sodass ein homogenes Bild entstand, das jedes einzelne Vorurteil bediente und auf jede erdenkliche Situation anwendbar war. Dieses Bild wurde inszeniert als die „Darstellung des Juden in seiner wahren Gestalt“. Der typische „Stürmer-Jude“ vereinte alle antisemitischen Stereotype in sich und verkörperte die abscheulichste karikaturistische Version eines Juden.

Die Auswertung der „Stürmer“-Karikaturen im Hinblick auf die aktuelle Politik ergab kein einheitliches Bild, doch lassen sich Strukturen erkennen. In Phasen „relativer Ruhe“, in denen die Verfolgung der Juden nicht weiter verschärft wurde – 1934 und 1936 –, waren aktuelle Bezüge selten, außenpolitische Themen dafür stärker vertreten. Insgesamt bezogen sich die Karikaturen zu über 70 % auf innenpolitische Themen. Allgemein ließ sich feststellen, dass konkrete Ereignisse wie politische Veranstaltungen oder Vertragsschlüsse relativ zeitnah und meist nur in einer einzelnen Karikatur angesprochen wurden. Den Bezug stellte Rupprecht allerdings in der Regel nicht dadurch her, dass er Abkommen oder Ereignisse namentlich erwähnte, sondern auf einer allgemeineren Basis ansprach. Die

karikaturistische Verarbeitung ideologischer Standpunkte, politischer Tendenzen und Vorhaben erfolgte meist über einen längeren Zeitraum. Die Auswertung der „Stürmer“-Karikaturen hat ergeben, dass sie zu ca. 40 % das aktuelle politische Geschehen spiegelten und propagandistisch begleiteten.

Das in den „Stürmer“-Karikaturen aufgebaute „jüdische Feindbild“ bezog sich auf eine Gruppe, der bestimmte Eigenschaften zugeschrieben wurden. Im Falle der Gruppe „der Juden“ galten diese Charakteristika als angeboren, weshalb jeder einzelne Vertreter zum Feind wurde. Diese rassistisch bedingte Feindschaft wies den Juden die Rolle des Erzfeindes zu, der sie sich nicht entziehen konnten. Das „jüdische Feindbild“ hatte die Aufgabe, die Wahrnehmung der Rezipienten zu strukturieren und dadurch die Verarbeitung und Kategorisierung von Informationen zu erleichtern. Durch extrem vereinfachende Schwarz-Weiß Klischees entstand eine verzerrte Wahrnehmung der Wirklichkeit. Eine Verifizierung dieser Wahrnehmung an der Realität erfolgte in der Regel nicht, da sich Feindbilder unabhängig von Erfahrungswerten und auf der Basis von bereits existenten Vorurteilen konstituieren.³⁸ Joseph Goebbels war der Meinung, dass Propaganda „darauf hinzielt, Menschen zu gewinnen [...]. Das Volk soll anfangen einheitlich zu denken, einheitlich zu reagieren und sich der Regierung mit ganzer Sympathie zur Verfügung zu stellen.“³⁹ Die „Stürmer“-Karikaturen verfolgten diese Ziele mit der Konzentration auf ein einzelnes Feindbild, dem die Verantwortung für sämtliche Krisen, Verbrechen und Übel angelastet wurde, sowie den entsprechenden Handlungsanweisungen für das Volk und der Darstellung der nationalsozialistischen Bewegung als Retter des deutschen Volkes. Die „Stürmer“-Karikaturen stellten die Juden hinsichtlich Religion, „Rasse“ und folglich Charakter als anders und deshalb als Gefahr für das deutsche Volk dar. Diese Vermittlung erforderte ein durch und durch abstoßendes Bild „vom Juden“, das physiognomisch im typischen „Stürmer-Juden“ seinen Ausdruck fand. Leser, die in Briefen behaupteten, Juden gesehen zu haben, die genauso aussahen wie die von Philipp Rupprecht gezeichneten Juden, sind der beste Beweis dafür, dass das vom „Stürmer“ entworfene Zerrbild der Juden als Realität wahrgenommen wurde.⁴⁰

38 Plum, *Karikatur im Spannungsfeld*, S. 104–110.

39 Zit. nach: Utho Grieser, *Himmlers Mann in Nürnberg. Der Fall Benno Martin: Eine Studie zur Struktur des Dritten Reiches in der „Stadt der Reichsparteitage“*, Nürnberg 1974, S. 10.

40 Bytwerk, *Julius Streicher*, S. 104.

„Die Völker Europas wollen samt und sonders die Juden nicht“

Die Judenverfolgung im Spiegel der Minsker Zeitung

Das zeitgenössische Wissen über die Verfolgung und den Mord an den europäischen Juden ist seit den 1980er-Jahren zunehmend zum Gegenstand der historischen Forschung geworden. Eine Reihe von Studien befasst sich mit der Frage, was die Bevölkerung im Deutschen Reich über den Holocaust wusste oder wissen konnte: Untersucht wurden Reden führender Persönlichkeiten des nationalsozialistischen Regimes, Aussagen von Angehörigen der Wehrmacht und der Einsatzgruppen, von Fronturlaubern, beteiligten Zivilisten und deutschen Unternehmen, geheime Lage- und Stimmungsberichte der Gestapo und Sicherheitsdienste, Meldungen der ausländischen Rundfunksender und deutschsprachige Flugblätter.¹ Die nationalsozialistisch gelenkte Presseberichterstattung zum Thema Judenverfolgung berücksichtigte die Forschung dabei eher am Rande,² obwohl die Presse ein wichtiges flächendeckendes Informations- und Propagandamedium des NS-

- 1 Walter Kempowski, *Haben Sie davon gewußt? Deutsche Antworten*, Hamburg 1979; Walter Laqueur, *Was niemand wissen wollte. Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers „Endlösung“*, Frankfurt a. M. 1981; David Bankier, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen*, Berlin 1995; Hans Mommsen, *Was haben die Deutschen vom Völkermord an den Juden gewußt?*, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), *Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord*, Frankfurt a. M. 1988; Frank Bajohr/Dieter Pohl, *Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten*, München 2006; Peter Longerich, *„Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945*, München 2006; Bernward Dörner, *Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte*, Berlin 2007.
- 2 Erste Studien, die umfassend auch nationalsozialistische Propagandablätter untersuchten, legten Peter Longerich und Bernward Dörner vor.

Staates war, das im Reich wie auch in den von Deutschland besetzten Gebieten aufgrund seiner Möglichkeiten der Einflussnahme und Kontrolle in den Dienst des Regimes gestellt war.

Der Europa-Verlag – die Tochtergesellschaft des Eher-Verlags der NSDAP, eines der umsatzstärksten Unternehmen im Dritten Reich unter Leitung von Max Amann³ – knüpfte in europäischen Hauptstädten ein Netz aus über zwanzig deutschsprachigen Zeitungen. Von Oslo und Amsterdam bis Belgrad und Athen, von Brüssel und Paris bis Riga, Minsk und Kiew war die deutsche Presse im Ausland ein Spiegel der großen Blätter aus dem Reich, nach deren Vorbild sie auch entstanden war.⁴ Die Zeitungen des Europa-Verlags erreichten im Januar 1943 mit über einer Million Exemplaren pro Tag ihre höchste Auflage.⁵ Diese europaweite Verbreitung der nationalsozialistischen Propaganda bedarf ebenso einer eingehenden Untersuchung der einzelnen Zeitungen wie auch einer vergleichenden Analyse. Erste Arbeiten zu Einzelfragen liegen inzwischen vor.⁶

Insbesondere die in den besetzten Ostgebieten herausgegebenen Zeitungen stellen eine wichtige Quelle zur Berichterstattung über die Judenverfolgung dar, zumal ihre Leser vor Ort – anders als Zeitungsleser im Deutschen Reich – aus unmittelbarer

- 3 Thomas Tavernaro, *Der Verlag Hitlers und der NSDAP. Die Franz Eher Nachfolger GmbH*, Wien 2004, S. 70.
- 4 „Krakauer Zeitung“ (Krakau); „Deutsche Zeitung in Norwegen“ (Oslo); „Deutsche Zeitung in Kroatien“ (Agram/ Zagreb); „Deutsche Zeitung in den Niederlanden“ (Amsterdam); „Deutsche Nachrichten in Griechenland“ (Athen); „Donau-Zeitung“ (Belgrad); „Brüsseler Zeitung“ (Brüssel); „Kauener Zeitung“ (Kauen); „Deutsche Ukraine-Zeitung“ (Kiew); „Minsker Zeitung“ (Minsk); „Pariser Zeitung“ (Paris); „Der Neue Tag“ (Prag); „Revaler Zeitung“ (Reval); „Deutsche Zeitung im Ostland“ (Riga). Auch in nicht-besetzten Gebieten wurden Zeitungen nach ähnlichem Muster publiziert: „Bukarester Tageblatt“ (Bukarest); „Südostdeutsche Tageszeitung“ (erschien in zwei Ausgaben – Hermannstadt und Temeschburg); „Türkische Post“ (Istanbul); „Ostasiatischer Lloyd“ (Shanghai); „Deutsche Adria-Zeitung“ (Triest). Eine Auflistung der Verlagsgesellschaften in: Tavernaro, *Der Verlag Hitlers und der NSDAP*, S. 74–75; Oron J. Hale, *Presse in der Zwangsjacke 1933–1945*, Düsseldorf 1965, S. 280, Anm. 8; Heinz-Werner Eckhardt, *Die Frontzeitungen des deutschen Heeres 1939–1945*, Wien 1975, S. 5.
- 5 Hale, *Presse in der Zwangsjacke*, S. 280.
- 6 Christoph Sauer, *Der Aufdringliche Text. Sprachpolitik und NS-Ideologie in der „Deutschen Zeitung in den Niederlanden“*, Wiesbaden 1998; Lars Jockheck, *Propaganda im Generalgouvernement. Die NS-Besatzungspresse für Deutsche und Polen 1939–1945*, Osnabrück 2006.

Nähe mit der Nutzung jüdischer Arbeitskräfte, den Massenmorden und Exekutionen konfrontiert, daran beteiligt oder zumindest darüber informiert waren. Leser in Deutschland konnten zwar Ausgrenzung, Kennzeichnung und Deportationen der deutschen Juden beobachten – ein direkter Kontakt mit der Massenvernichtung der europäischen Juden, die in den besetzten Ostgebieten stattfand, fehlte jedoch in der Regel. Angesichts der unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen der Leser wie auch der Redaktionen vor Ort stellt sich die Frage, ob daraus Besonderheiten im Vergleich zur Berichterstattung im Reich folgten. Am Beispiel der *Minsker Zeitung*⁷ soll hier die Berichterstattung über die Judenverfolgung im Vergleich zur *Krakauer Zeitung*⁸ untersucht werden. Als Vergleichsbasis der Berichterstattung in Deutschland dient Peter Longerichs Studie „Davon haben wir nichts gewusst! Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945“, die nicht nur Wissen und Einstellung der Deutschen über die „Endlösung“ untersucht, sondern auch gezielte Hinweise des NS-Regimes auf die Judenverfolgung 1933 bis 1945 herausarbeitet.

Die Minsker Zeitung – eine Zeitung im Dienst der nationalsozialistischen Auslandspropaganda

Die erste Ausgabe der *Minsker Zeitung* erschien am 15. April 1942 in der Hauptstadt des Generalkommissariats Weißruthenien,⁹ das neben den Generalkommissa-

7 Die Verfasserin arbeitet an einer Dissertation zum Thema „Metaphern und Stereotype in der nationalsozialistischen Propaganda am Beispiel der ‚Minsker Zeitung‘ (April 1942–Juni 1944). Eine Zeitung im Dienste der Auslandspropaganda“.

8 Jockheck, *Propaganda im Generalgouvernement*.

9 Die Bezeichnung Weißruthenien wurde für propagandistische Zwecke eingeführt, um Weißrussland von Russland abzugrenzen: Ruthenien ist eine aus dem Lateinischen abgeleitete historische Bezeichnung für die in der Ukraine, Weißrussland lebenden Slawen in Abgrenzung zu Russen, die als *Moscovitae* oder *Russi* bezeichnet wurden. Das Generalkommissariat Weißruthenien umfasste nur einen Teil des weißrussischen Territoriums: Im Westen des Landes wurde das Gebiet um Grodno dem Bezirk Bialystok eingegliedert; die Landstriche um Brest und Pinsk und die Gegend südlich des Flusses Pripjat wurden dem Reichskommissariat Ukraine einverleibt; Ostweißrussland stand als „Rückwärtiges Heeresgebiet Mitte“ bzw. ab Herbst 1943 als „Rückwärtiges Armeegebiet“ unter Militärverwaltung. Petra Rentrop, *Weißrussland*, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel, *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bd. 9, München 2009, S. 373.

riaten Lettland, Estland und Litauen zum Reichskommissariat Ostland gehörte. Sie war eine der späteren Zeitungsgründungen des Europa-Verlags in den besetzten sowjetischen Gebieten,¹⁰ was mit den schwierigen logistischen Problemen in der stark zerstörten Stadt Minsk erklärt werden kann. Die neue Tageszeitung wurde vom Reichskommissar für das Ostland, Hinrich Lohse, als Helfer, Wegweiser und Sprachrohr vorgestellt und sollte dem gegenseitigen Verständnis zwischen deutscher Zivilverwaltung und weißruthenischer Bevölkerung dienen. Dem Blatt wurde „eine hohe politische Aufgabe“ auferlegt: Es sollte als Bindeglied zwischen Zivilverwaltung, Wehrmacht und einheimischer Bevölkerung „im weiten Raum Weissrutheniens von dem grossen weltgeschichtlichen Geschehen unserer Zeit und von der politischen Sendung des Grossdeutschen Reiches als des Retters europäischer Kultur vor dem Bolschewismus künden“. Die Minsker Zeitung könne ihren Auftrag erfüllen, „wenn sie die Zeichen der Zeit so zu deuten versteht, dass sie der deutschen Zivilverwaltung ein treuer Helfer in der Bewältigung ihrer schweren Aufgaben“ werde.¹¹ Die richtige „Deutung der Zeit“ bedeutete nichts anderes als Propaganda im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie für die Zwecke der Besatzungspolitik.

Ein ähnliches Selbstverständnis hatten auch andere Besatzungszeitungen. Ihre Zielgruppen waren neben den Wehrmachtstruppen vor allem die Verwaltungsstellen der Besatzungsbehörden, die zivilen deutschen Unternehmen und deren Mitarbeiter sowie die Angestellten von Militärbehörden, Botschaften (die nur in Westeuropa bestanden) und anderen Dienststellen. Auch Deutsche auf der Durchreise sowie die sprachkundigen Landesbewohner sollten auf diese Weise informiert werden, wobei die Verteilung der Leserschaft in den jeweiligen Ländern höchst unterschiedlich war.¹² Die Presse des Europa-Verlags bot ihren Lesern eine breite Palette: Informationen zum Kriegsverlauf, Nachrichten aus dem Reich und dem Erscheinungsgebiet, Politik, Wirtschaft, Kultur, Werbung, Rundfunkprogramm und Sport. Neben der Information dienten die Blätter auch der Unterhaltung, sie waren für die zahlreichen Angehörigen der deutschen Armee und der Besatzungsverwal-

10 Der Minsker Zeitung waren die „Deutsche Zeitung in Ostland“ (5. 8. 1941) und die „Deutsche Ukraine-Zeitung“ (23. 1. 1942) vorangegangen.

11 Minsker Zeitung (MZ), 15. 4. 1942, „Helfer und Wegweiser“.

12 Eckhardt, Die Frontzeitungen des deutschen Heeres, S. 6.

tungen sowohl ein wichtiger Bestandteil des Alltags wie auch eine Verbindung nach Deutschland. Dies war umso mehr von Bedeutung, als die Leser sich in einer ihnen völlig fremden Umgebung und zudem unter Kriegsbedingungen befanden und unmittelbar in Berührung mit tatsächlichen oder vermeintlichen Feinden kamen. Sie mussten mehr und mehr – nach Ausbleiben eines weiteren „Blitzkrieges“ und mit der sich abzeichnenden Niederlage – von Sinn und Notwendigkeit des „harten Kampfes“ überzeugt werden.

Wie aus der Ankündigung Lohses hervorgeht, wandte sich die Minsker Zeitung auch an die einheimische Bevölkerung, obwohl für diese vielerorts Zeitungen in ihrer Landessprache erschienen.¹³ Auf der letzten Seite der Minsker Zeitung wurden regelmäßig „Nachrichten für Weissruthenen“ in weißrussischer Sprache abgedruckt. Die Rezeption der Besatzungszeitungen durch die einheimische Bevölkerung war in den einzelnen Gebieten – bedingt vor allem durch den Umfang an deutschen Sprachkenntnissen – unterschiedlich. Dennoch konnte die nationalsozialistische Propaganda vor Ort nicht auf das Feindbild vom „slawischen Untermenschen“ zurückgreifen, wollte man die Bevölkerung für die Zwecke der deutschen Besatzungspolitik gewinnen. Die Völker der Weißruthenen, der Ukrainer und Balten wurden vorrangig als Opfer des „jüdisch-bolschewistischen Systems“ dargestellt. Die deutsche Besatzungspolitik dagegen wurde in der Minsker Zeitung zu einem Akt der „Befreiung“ überhöht, der Deutsche zum „Befreier und Wiedererwecker des weissruthenischen Volkstums aus fremder Umklammerung oder Unterdrückung“ stilisierte.¹⁴ Die tatsächliche rassistische Geringschätzung der Ostvölker und die Eroberungspläne sollten nicht preisgegeben werden. Die Diskrepanz zwischen der Propaganda und der realen Besatzungspolitik in Weißrussland konnte nicht größer sein.

13 In Weißruthenien erschienen im Mai 1942 sechs Zeitungen in weißrussischer Sprache, später waren es elf Zeitungen und Zeitschriften mit einer Auflage von 440 000 Exemplaren. Hans-Dieter Handrack, *Das Reichskommissariat Ostland: Die Kulturpolitik der deutschen Verwaltung zwischen Autonomie und Gleichschaltung 1941–1944*, München 1981, S. 197.

14 MZ vom 15. 4. 1942, „Die deutsche Aufgabe in Weissruthenien. Unter zielbewusster Führung Aufstieg des Volkes und Landes“.

Die Judenverfolgung im Spiegel der Minsker Zeitung: Verschweigen und Ablenken

Im Frühjahr und Sommer 1942 – zeitgleich mit dem Erscheinungsbeginn der Minsker Zeitung – erreichten die antijüdischen Maßnahmen im Generalkommissariat Weißruthenien eine neue Dimension: Im Minsker Ghetto, das seit Juli 1941 bestand und anfänglich über 60 000 Insassen zählte, fanden regelmäßig sogenannte Aktionen statt, bei denen Ghettoinsassen zusammengetrieben und die als „arbeitsunfähig“ eingestuft Juden erschossen wurden.¹⁵ Zwischen dem 28. und dem 31. Juli 1942 wurden 10 000 Juden aus dem Minsker Ghetto bei einer „Aktion“ zumeist in Gaswagen ermordet, darunter erstmals auch 3500 „Reichsjuden“.¹⁶ In der Nähe von Minsk begann im April 1942 auf Anordnung von Reinhard Heydrich, dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, die Errichtung der Vernichtungsstätte Maly Trostinez. Nachdem Generalkommissar Wilhelm Kube gegen weitere Deportationen von „Reichsjuden“ ins überfüllte Minsker Ghetto protestiert hatte, sollten die Juden nun unmittelbar nach ihrer Ankunft ermordet werden. Am 11. Mai traf bereits der erste Deportationstransport mit knapp 1000 Personen aus Wien ein. Zwischen dem 11. Mai und dem 9. Oktober 1942 kamen insgesamt 16 Deportationszüge an, rund 16 000 Juden aus Mitteleuropa wurden durch Erschießen oder in Gaswagen ermordet.¹⁷

Die letzte Ausgabe der Minsker Zeitung erschien am 28. Juni 1944; wenige Tage vor der Rückeroberung von Minsk durch die Rote Armee wurde die Zeitung eingestellt. Ghettos und Zwangslager waren zu diesem Zeitpunkt bereits aufgelöst,

15 Am 7. und 20. November 1941 wurde eine große „Aktion“ durchgeführt, bei der ca. 11 000 Ghattobewohner ermordet wurden, um für die nach Minsk deportierten reichsdeutschen Juden Platz zu schaffen: Ende November 1941 wurden knapp 7000 deutsche, tschechische und österreichische Juden in den Sonderbereich des Minsker Ghettos deportiert. Sie wurden mit Zügen aus Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt, Berlin, Bremen, Wien und Brünn nach Minsk gebracht. Clara Hecker, Deutsche Juden im Minsker Ghetto, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 56 (2008) 10, S. 827.

16 Petra Rentrop, Maly Trostinez, in: Benz/Distel, Der Ort des Terrors, Bd. 9, S. 576.

17 Neun Deportationszüge kamen aus Wien, fünf aus Theresienstadt mit überwiegend tschechischen Juden, ein Sammeltransport aus Königsberg, dem der 16. Osttransport aus Berlin angeschlossen war, und ein Sammeltransport aus Köln, in dem sich noch weitere Juden aus anderen Orten des Rheinlandes befanden. Rentrop, Maly Trostinez, S. 573 ff.

die Insassen ermordet oder in Vernichtungslager deportiert und Spuren möglichst beseitigt. Insgesamt wurden unter der deutschen Besatzung in Weißrussland etwa 500 000 Juden ermordet.¹⁸ Die in direkter Nachbarschaft zur Redaktion der Minsker Zeitung stattfindende Ghettoisierung und Vernichtung der weißrussischen sowie der aus Westeuropa deportierten Juden waren in den insgesamt rund 680 Ausgaben der Minsker Zeitung kein Thema.

Der einzige konkrete Hinweis der Minsker Zeitung auf eine antijüdische Maßnahme im August 1942 bezog sich auf die Entlohnung der „im Bereich der Stadt Minsk zur Arbeitsleistung eingesetzten Juden“, denen nur ein geringer Teil ihres Lohns ausgezahlt werden sollte, während der weitaus größte Teil einem für den Aufbau der Stadt angelegten Fonds der Stadtkasse zufließen sollte, „um auch den Juden die Möglichkeit zu geben, ihren allzu reichlich verdienten Anteil an dem Wiederaufbau der zerstörten Einrichtungen der Stadt Minsk zu tragen“.¹⁹

Ein Jahr später sprach Generalkommissar Kube in einer Rede, die die Minsker Zeitung abdruckte, über die jüdische Bevölkerung vor dem Krieg und das von ihnen verursachte „Unheil“: „Dazu kam die jüdische Landplage, die 10 Prozent der gesamten Bevölkerung ausmachte. Nach bolschewistischen Angaben haben 800 000 Juden in dem unglücklichen Lande als Schmarotzer, Terroristen, Schieber, Faulenzer, Parasiten und GPU-Agenten gelebt. Das jüdische Luderzeug bemächtigte sich aller Schlüsselstellungen in Politik, Wissenschaft, Kunst, Schule und Wirtschaft. In der GPU waren die Juden tonangebend.“²⁰ Im Juli 1943 erschien unter der Überschrift „Das Handwerk lebt wieder auf“ ein Artikel, in dem am Rande berichtet wurde, dass die deutsche Wirtschaftsführung „die Masse der jüdischen Blutegel am weissrussischen Volkskörper entfernt“ hätte.²¹

Anders als die Minsker Zeitung hat die Krakauer Zeitung die antijüdischen Maßnahmen im Generalgouvernement durchaus zum Thema gemacht: Am 21. November 1939 – einige Tage nach Erscheinungsbeginn – veröffentlichte sie die Anordnung des örtlichen Distrikt-Chefs über die Kennzeichnungspflicht der

18 Rentrop, Weißrussland, S. 381.

19 MZ vom 29. 8. 1942, „Erster Haushaltsplan der Stadt. Gesundes Finanzwesen – Gute Steuererträge“.

20 MZ vom 22. 6. 1943, „Wir rufen Weissrutheniens Jugend!“.

21 MZ vom 23. 7. 1943, „Das Handwerk lebt wieder auf“.

Juden.²² Die Politik der zunehmenden Entrechtung und Enteignung der Juden im Generalgouvernement findet sich in der Propaganda der Krakauer Zeitung wieder: Sie begründete die wirtschaftlichen Maßnahmen überwiegend mit sozioökonomischen Motiven und stellte sie als vorteilhaft für die polnische Bevölkerung dar, wobei sie auf das Stereotyp des für die schlechter werdende Versorgungslage verantwortlichen „jüdischen Wucherers“ zurückgriff.²³ Nach Einführung des Arbeitszwanges für Juden legitimierte die Krakauer Zeitung diese Maßnahme mit ihrem „erzieherischen Zweck“.²⁴ Eine Serie von Reportagen berichtete Ende 1940 über kriegswichtige Arbeiten Tausender Juden, die aus dem Generalgouvernement, dem Reich und den annektierten Gebieten in Arbeitslager im Distrikt Lublin deportiert worden waren.²⁵ Weitere Artikel berichteten über den Arbeitsinsatz von jüdischen Handwerkern für Behörden und Privatfirmen in den Großwerkstätten der Ghettos.²⁶

Auch die Isolierung der Juden in jüdischen Wohnvierteln und die Errichtung von Ghettos machte die Krakauer Zeitung mehrfach zum Thema. Sie wurden als

- 22 Krakauer Zeitung (KrZ) vom 21. 11. 1939, „Judenkennzeichnung im Distrikt Krakau“. Vgl. Jockheck, Propaganda im Generalgouvernement, S. 315, Anm. 480.
- 23 KrZ vom 24. 1. 1940, „Schluß mit dem Wucher!“; KrZ vom 13. 3. 1941, „Die Volkstumsordnung im Distrikt Warschau“; KrZ vom 27. 4. 1941, „Jüdische ‚Wunderdoktoren‘ bei Tageslicht gesehen“; KrZ vom 23. 1. 1942, „Bochnias Geschäftsleben ohne jüdische Schmarotzer“; KrZ vom 18. 2. 1942, „Lukows Judenläden verschwanden“; KrZ vom 18. 7. 1942, „Polnische Handwerker stellen aus“. Vgl. Jockheck, Propaganda im Generalgouvernement, S. 316 ff., Anm. 486, 490.
- 24 KrZ vom 13. 1. 1940, „Arbeitszwang der Juden für zwei Jahre“; KrZ vom 4. 1. 1941, „Juden lernen im Generalgouvernement arbeiten“; KrZ vom 10. 1. 1941, „Nebbich – jetzt Schneeschippen, statt schachern“. Vgl. Jockheck, Propaganda im Generalgouvernement, S. 319, Anm. 491 u. 492.
- 25 KrZ vom 3. 7. 1940, „Die wandernde Interessengrenze am Bug“; KrZ vom 30. 7. 1940, „Dr. Frank fuhr durch das Lubliner Land“; KrZ vom 15. 8. 1940, „Lublin in der Torfgewinnung führend“; KrZ vom 26. 10. 1940, „Der landwirtschaftliche Distrikt Lublin“; KrZ vom 17. 12. 1940, „10 000 Juden leiten Meliorationsarbeiten“. Vgl. Jockheck, Propaganda im Generalgouvernement, S. 319, Anm. 493.
- 26 KrZ vom 3. 9. 1941, „Schiebeband für jüdische Schneider – aber ohne Schiebung!“; KrZ vom 24. 4. 1942, „Großbetriebe in Warschaus Judenviertel“; KrZ vom 10. 6. 1942, „Städtische Werkstätten Bochnia wurden Großbetrieb“; KrZ vom 15. 7. 1942, „Isaak Veilchenduft näht Knopflöcher“. Vgl. Jockheck, Propaganda im Generalgouvernement, S. 319 f., Anm. 494.

notwendige hygienische und sanitäre Maßnahmen gegen eine angebliche Gesundheitsgefahr durch die Juden legitimiert.²⁷ Ausführlich wurden schlechte hygienische und wirtschaftliche Lebensumstände innerhalb der jüdischen Bezirke dokumentiert, für die die Juden verantwortlich gemacht wurden.²⁸ „Sanitäre, wirtschaftliche und polizeiliche Erwägungen“ hätten schließlich zur Errichtung eines jüdischen Ghettos jenseits der Weichsel geführt. Die Anordnung zur „Bildung eines jüdischen Wohnbezirkes in der Stadt Krakau“ des Chefs des Distrikts Krakau erschien am 6. März 1941 im Wortlaut.²⁹

Am 16. März begann die „Räumung“ des Lubliner Ghettos, die bis zum 20. April 1942 dauerte. Die Krakauer Zeitung berichtete bereits zwei Tage vor deren Ende, Lublin sei bald „judenfrei“, „alle Juden“ seien in das neue Ghetto außerhalb der Stadtgrenzen „umgesiedelt“ worden, was „eine Verschönerung des Stadtbildes“ mit sich bringe.³⁰ Am 10. Juni 1942 berichtete das Blatt über das weitere Schicksal der Deportierten. Sie hätten „die Sommerfrische“ erreicht und bildeten dort „sozusagen eine Kolonie der Arbeit“. Weiter wurde vom „geschichtlichen Wandel“ mit Bedeutung für den gesamten Kontinent gesprochen: „Der Ausstrahlungspunkt europäischer Verjudung ist ausgelöscht, wie ein Geschwür am Körper aufgegangen und absorbiert.“³¹

27 KrZ vom 15. 11. 1939, „Das Ghetto – Welt des Verfalls“; KrZ vom 17. 11. 1939, „Der Geist des Ghettos“; KrZ vom 16. 12. 1939, „Warschauer Ghetto“; KrZ vom 19. 11. 1939, „Warschauer Ghetto wird abgesperrt“; KrZ vom 8. 2. 1940, „Bazillenträger aus der Bahn verbannt“; KrZ vom 3. 3. 1940, „Judenabteile in der Straßenbahn“; KrZ vom 12. 4. 1940, „Warschau früher Fleckfieberherd Europas“; KrZ vom 4. 6. 1940, „Seuchenerkrankungen stark vermindert“. Vgl. Jockheck, Propaganda im Generalgouvernement, S. 320 f., Anm. 495, 496, 497 u. 498.

28 KrZ vom 16. 11. 1939, „Die Juden müssen sich selbst helfen“; KrZ vom 17. 7. 1940, „Die Wasserträger von Lublin“; KrZ vom 12. 3. 1940, „Deutsche Ordnung kehrt im Ghetto ein“; KrZ vom 4. 12. 1940, „Warschauer Juden ganz unter sich“; KrZ vom 7. 2. 1941, „Der jüdische Wohnbezirk bannte die Seuchengefahr“; KrZ vom 9. 2. 1941, „„Handeles“ – nichts als ‚Handeles‘“; KrZ vom 18. 5. 1941, „Mauern des Eigenlebens“. Vgl. Jockheck, Propaganda im Generalgouvernement, S. 322, Anm. 503 u. 504.

29 KrZ vom 6. 3. 1941, „Anordnung. Betrifft: Bildung eines jüdischen Wohnbezirks in der Stadt Krakau“. Vgl. Jockheck, Propaganda im Generalgouvernement, S. 324, Anm. 516.

30 KrZ vom 18. 4. 1942, „Lublin wird judenfrei“. Vgl. Jockheck, Propaganda im Generalgouvernement, S. 325.

31 KrZ vom 10. 6. 1942, „Lublin gestern und heute“. Vgl. Jockheck, Propaganda im Generalgouvernement, S. 325.

Über das genaue Schicksal der Juden im Generalgouvernement konnte man aus der Krakauer Zeitung nichts erfahren, jedoch finden sich mehrfach einzelne Hinweise, Informationen, Kommentare und Rechtfertigungen antijüdischer Maßnahmen, die in der Minsker Zeitung nicht auch nur annähernd zu finden sind. Das Schweigen der Minsker Zeitung über das Schicksal der jüdischen Bevölkerung in „ihrem“ Land entsprach der Politik des Propagandaministeriums in Deutschland: Auf den Pressekonferenzen im Jahr 1942 wurde den Journalisten zwar gelegentlich nahegelegt, jüdische Themen für Polemiken gegen die Kriegsgegner zu verwenden – von Äußerungen und Spekulationen über die deutsche „Judenpolitik“ aber sei Abstand zu nehmen. Den Anweisungen folgend berichteten Propagandablätter kaum über die Judenverfolgung, polemische antisemitische Beiträge hingegen erschienen regelmäßig. So brachten der „Völkische Beobachter“ und „Der Angriff“ 1942 durchschnittlich ein bis zwei antisemitische Artikel pro Woche.³²

Gleichzeitig berichtete insbesondere die Parteipresse in Deutschland teilweise recht ausführlich über die Verfolgung der Juden wie auch über die Deportationen in den mit Deutschland verbündeten oder in den besetzten Ländern: Aus dem Völkischen Beobachter konnte der Leser über die „Judenaussiedlung“ in der Slowakei, die Judengesetzgebung in Rumänien, die Registrierung der Juden zum „Arbeitseinsatz“ in Saloniki erfahren. „Der Angriff“ berichtete über die Deportationen aus der Slowakei und die Einführung des Judensterns in Belgien.³³

Auch die Minsker Zeitung verbreitete mehrfach Nachrichten über antijüdische Maßnahmen in Rumänien, Frankreich, Ungarn, Bulgarien, Holland, Italien, Litauen, in der Slowakei und der Ukraine. Meist handelte es sich um ein bis drei Artikel monatlich. Die einzelnen Meldungen hatten einen jeweils ganz eigenen Charakter, gemeinsam war ihnen die Rechtfertigung der Maßnahmen mit einem vermeintlichen „Selbstverschulden“ der Juden, die in jedem Land ihre wirtschaftliche und politische Machtstellung zum Nachteil der übrigen Bevölkerung ausgenutzt und zudem den Krieg gewollt hätten. Die Notwendigkeit der antijüdischen Maßnahmen und die sich daraus ergebenden Vorteile für die Mehrheitsbevölkerung wurden mit der Perspektive der europäischen Völker begründet.

Einige Artikel in der Minsker Zeitung deuteten nur sehr allgemein auf antijüdische Maßnahmen hin. So konnte man im Juni 1942 über den „Plan der Juden-

32 Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 205 f.

33 Ebenda, S. 207 ff.

aussiedlung“ in der Slowakei lesen; das dortige Judentum sei aus dem politischen und kulturellen Leben „restlos ausgeschaltet“ und „aus dem Wirtschaftsleben Zug um Zug entfernt“ worden.³⁴ Nur indirekt erfuhr die Leserschaft über die Existenz eines Ghettos in Riga, und zwar im Nebensatz einer Kurzmeldung über die Verhängung einer Zuchthausstrafe durch das Sondergericht in Riga gegen den 35-jährigen Hellmuth Rattacher aus Innsbruck. Dieser habe sich „mit einer ausserhalb des Ghettos beschäftigten Jüdin mehrmals geschlechtlich eingelassen“.³⁵ Die schwersten Strafen gegen „jeden Umgang mit Juden“ in Riga konnten als Drohung auch gegen die Leser der Minsker Zeitung verstanden werden.

Dem Blatt waren aber durchaus auch genauere Informationen zu entnehmen. Am 18. April 1943 erschien unter dem Titel „Holländische Provinzen judenfrei. 130 000 Juden werden nach dem Osten abtransportiert“ ein Artikel, der über eine Reihe von antijüdischen Maßnahmen berichtete: die Anordnung über den Aufenthalt von Juden, das Verbot, öffentliche Einrichtungen und Rundfunkgeräte zu nutzen, und die Einführung des Judensterns. Zum Schicksal der deportierten Juden wurde erklärt, dass sie „wie schon viele ihrer Rassengenossen, zum Arbeitseinsatz in den Ostgebieten abgeschoben werden“.³⁶

Ganz offen – wenn auch nur einmal, am 23. März 1943 – wurde über die Existenz von Ghettos in der Ukraine berichtet: „Heute leben die Juden wieder in Ghettos. [...] Die Geschichte hat uns [Deutsche] berufen, die Judenfrage zu lösen, die die Völker des Ostens selbst zu lösen nicht die politische Kraft hatten. Die durch die deutsche Verwaltung in allen Städten des Ostens durch Umsiedlung innerhalb der Städte geschaffenen jüdischen Wohnbezirke sind schon aus rein seuchenpolizeilichen Gründen eine Notwendigkeit.“ Der offenkundig katastrophale Zustand der Ghettoinsassen ging ebenfalls aus dem Artikel hervor: „Erst hier, in den Ghettos der Ukraine, in deren Gassen die Vertreter ihrer Rasse in Musterkollektionen von vertierten Kreaturen zu sehen sind, verdreht, verlaust, Grimassen statt Gesichter, in den Augen Verschlagenheit, verhaltene Grausamkeit und kriecherische Unterwürfigkeit, erst hier wird einem bewusst, von welcher Geißel

34 MZ vom 4. 6.1942, „Die Slowakei wird judenrein. Ein junger Staat hat sich freigekämpft“.

35 MZ vom 31. 7. 1942, „Zuchthaus für Rassenschande“.

36 MZ vom 18. 4. 1943, „Holländische Provinzen judenfrei. 130 000 Juden werden nach Osten abtransportiert“.

Europa durch die deutsche Ordnung befreit wurde.“³⁷ Der Artikel, der mit Fotos vom Ghetto und von „zwei charakteristische[n] Vertreter[n] des Ostjudentums im Ghetto von Luzk“ illustriert war, beschrieb u. a. das Leben und die jüdische Selbstverwaltung im Ghetto Luzk, das jedoch zum Zeitpunkt des Erscheinens längst aufgelöst war. Die ca. 17 000 Insassen waren zwischen dem 19. und 23. August 1942 ermordet worden.³⁸

Derartige Meldungen erschienen in der Minsker Zeitung wie auch in anderen Besatzungszeitungen und Blättern im Reich keinesfalls einheitlich – und wenn, dann lediglich sporadisch und nie flächendeckend in der gesamten Presse; anscheinend wurden sie gezielt an einzelne Zeitungen weitergegeben. Während die Krakauer Zeitung im gesamten Zeitraum ihres Erscheinens Essays, Kommentare und Berichte über die „Lösung der Judenfrage“ als internationales Problem publizierte, waren Beiträge über die Situation der Juden im Generalgouvernement vergleichsweise selten.³⁹ Diese Informationstaktik entsprach Peter Longerich zufolge „der offiziellen Politik gezielter Andeutungen“: Der Rezipient, dem die Judenverfolgung vor Ort nicht verborgen blieb, konnte so beim Lesen den Eindruck gewinnen, dass die Judenverfolgung kein regional oder national begrenztes Phänomen war, „sondern Teil einer koordinierten, europaweiten Aktion“.⁴⁰ Diese europäische Dimension der „Judenpolitik“ brachte die Minsker Zeitung wie folgt auf den Punkt: „Die Völker Europas wollen samt und sonders die Juden nicht. [...] Die Judenfrage verlangt kategorisch eine Lösung, nicht in der Doktrin, sondern in der Praxis. Für Europa kann sie in der Tat nur lauten: Völlige Scheidung von den Juden.“⁴¹

Darüber hinaus sollte der Blick auf die europäische „Judenpolitik“ vor allem von den lokalen Ereignissen ablenken. In Deutschland waren es seit Oktober

37 MZ vom 23. 3. 1943, „Ein Ghetto in der Ukraine. Notwendigkeit der Isolierung –Juden unter sich“.

38 Luzk, in: The Jewish Encyclopedia in Russian on the Web (Based on the shorter Jewish Encyclopedia published in Jerusalem in the years 1976–2005 in cooperation with The Hebrew University, Jerusalem) [<http://www.eleven.co.il/?mode=article&id=12517>, zuletzt eingesehen am 9. 9. 2010].

39 Jockheck, Propaganda im Generalgouvernement, S. 327, Anm. 528; Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 210.

40 Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 209 f.

41 MZ vom 26. 5. 1943, „Juden im Schmelztiegel“.

1941 die systematischen Deportationen der Juden aus dem Reichsgebiet. Auf Goebbels' Propagandakonferenz vom 25. Oktober 1941 wurde verkündet, dass in der Inlandspropaganda zur Frage der Deportationen „überhaupt nicht Stellung genommen werden“ soll.⁴² Dieser Anordnung Rechnung tragend wurde eine Propagandakampagne initiiert, die die Deportationen als Thema komplett aussparte, dafür aber ein ausländisches Ereignis in den Mittelpunkt stellte: Der Brief des rumänischen Staatschefs Ion Antonescu an den Vertreter der jüdischen Gemeinden Rumäniens, Wilhelm Filderman, dessen Beschwerden über die Deportation der bessarabischen Juden nach Transnistrien Antonescu zurückgewiesen hatte, wurde vom Propagandaministerium zum Anlass genommen, um „sich einmal ausführlicher und in massiven Formulierungen mit der Kriegsschuld des Judentums auseinanderzusetzen“.⁴³ Nach Anweisung des Propagandaministeriums wurden die Kommentare des Briefs mit dem Zitat der „Prophezeiung“ Hitlers aus seiner Rede vom 30. Januar 1939 verknüpft: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, so wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“⁴⁴ Der Völkische Beobachter, aber auch einige große, nicht von der Partei herausgegebene Zeitungen haben den Brief Antonescus kommentiert und deutlich auf das Schicksal der Juden hingewiesen.⁴⁵

Die Taktik des Schweigens über jüdische Deportationen war Teil von Goebbels' Verschleierungspolitik und wurde im Jahr 1942 fortgesetzt, auch noch nach der öffentlichen Erklärung der Alliierten über die systematische Ermordung der Juden durch das NS-Regime am 17. Dezember 1942. Auf die weltweit verbreiteten Informationen, die über die alliierte Propaganda auch nach Deutschland gelangten und die Gerüchte über das Schicksal der Juden nährten, reagierte Goebbels am 12. Dezember 1942 mit der Anweisung an die Presse, in der er anordnete, „Meldungen über die Drangsalierung des polnischen Staates und über die Ausrottung der Juden“ in keiner Weise aufzugreifen. Die gegnerischen „Greuelmeldungen“ sollte die Presse mit einem Gegenangriff beantworten und „ganz systematisch“ über „englische

42 Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 183.

43 Ebenda, S. 185 f.

44 Ebenda, S. 187 f.

45 Ebenda, S. 187.

Greuelthaten“ berichten.⁴⁶ Die geplante Entlastungsoffensive wurde durch die Niederlage in Stalingrad obsolet.

„Für Deutschland gehe es um das Sein oder Nichtsein“ – Die Niederlage in Stalingrad

Nach der Niederlage in Stalingrad startete Goebbels eine neue Propagandakampagne, die antibolschewistische und antisemitische Motive verband und an die Existenzängste der Bevölkerung appellierte: Im Falle einer Niederlage drohe Deutschland „bolschewistisch-jüdische Sklaverei“, verkündete Goebbels in seiner Rede im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943 und schwor die Bevölkerung auf den „Totalen Krieg“ ein. Die bereits in der zweiten Jahreshälfte 1942 in der Propaganda verbreitete Losung „Sieg oder Untergang“ wurde erneut aufgegriffen.⁴⁷ Der Fund des Massengrabes in Katyn im April 1943 wurde für eine weitere Verschärfung der antibolschewistischen und antijüdischen Propaganda genutzt. Deutsche Presse – die Parteipresse wie die ehemaligen bürgerlichen Blätter – beteiligten sich über Wochen an der Katyn-Propaganda. Die Kernaussage war: Vernichtung der Juden, um nicht durch die Juden vernichtet zu werden.⁴⁸

Die Reden der nationalsozialistischen Führung, ihre Drohungen zur Vernichtung und Ausrottung der Juden häuften sich nach der Niederlage in Stalingrad und wurden von der Presse immer wieder zitiert. Die konkrete Umsetzung der Drohungen blieb bis zum Ende des Krieges ein Tabu-Thema: Es galt das „Schweigegebot“ von Goebbels vom 26. September 1943, das jedoch gelegentlich gebrochen wurde. Bis zum Ende des Krieges spielte die „Judenfrage“ nur eine untergeordnete Rolle und unterlag im Jahre 1944 einer strikteren Geheimhaltung als 1942.⁴⁹ Die antijüdische Propaganda wandte sich bis zum Ende des Krieges gegen die Feindmächte und wurde nicht müde, die vermeintliche Schuld der Juden an dem angeblich Deutschland aufgezwungenen Krieg zu betonen.

46 Ebenda, S. 255 f.

47 Ebenda, S.263 ff.

48 Ebenda, S.267 ff. u. 277.

49 Ebenda, S. 296 ff.

Die Parolen vom „größten Schicksalskampf der Geschichte“ und vom Kampf um „Sein oder Nichtsein der deutschen Nation“ sowie eine Opfer-Täter-Umkehr wurden auch von der Minsker Zeitung übernommen und zur Legitimation des deutschen Kampfes genutzt: Das Judentum habe den Bolschewismus und Amerika instrumentalisiert, um die Vernichtung und Ausrottung des deutschen Volkes zu erreichen: „Für Deutschland gehe es deswegen um das Sein oder Nichtsein.“⁵⁰

Nach der verlorenen Schlacht von Stalingrad rückte die Minsker Zeitung die Propaganda vom „Neuen Europa“ unter Führung Deutschlands und die Bedrohung des gesamten europäischen Kontinents durch den „jüdischen Bolschewismus“ immer stärker in den Vordergrund. In diesem Kontext wurden die Juden nicht mehr als Feinde Deutschlands, sondern des gesamten Europas dargestellt und die Notwendigkeit ihrer gesamteuropäischen Bekämpfung stärker betont. So bezeichnete Goebbels auf der Berliner Kundgebung das Judentum als „gefährlichsten Feind der Welt“: „Unser Europa wird ihnen nicht die Krone, sondern die gepanzerte Faust anbieten, und nicht der Patriarch der ganzen Welt wird der Jude sein, sondern ein Aussätziger, der Abschaum, das Opfer seines eigenen verbrecherischen Ehrgeizes. [...] Vor dieser Weltgefahr haben die Sentimentalitäten keinen Platz. [...] Die gänzliche Ausschaltung des Judentums aus Europa ist keine Frage der Moral, sondern eine Frage der Sicherheit der Staaten. [...] Deutschland steht mit seinen Verbündeten dem internationalen Komplott gegen die Freiheit der Menschen gegenüber.“⁵¹

Judenvernichtung als Metapher

Die nationalsozialistische Presse bediente sich bei der Darstellung antijüdischer Maßnahmen und deren Legitimation zunehmend Metaphern: In der Minsker Zeitung nahm die Körpermetaphorik eine zentrale Stellung ein. Das deutsche oder ein anderes europäisches Volk wurde als ein einheitlicher Körper begriffen, der durch die Existenz der Juden bedroht werde. Die Judenverfolgung konnte so als notwendige

50 Vgl. MZ vom 1. 2. 1944, „Treuebekenntnis zum Führer“; MZ vom 8. 5. 1943, „Weltgericht gegen Juda“.

51 MZ vom 8. 6. 1943, „Einig in Willen und Leistung. Reichsminister Dr. Goebbels auf der Berliner Kundgebung – Wenn die Stunde der Abrechnung kommt, werden wir an England Terror mit Terror vergelten“.

„hygienische Maßnahme“ begründet werden: Juden wurden als Schädlinge, Schmarotzer, Parasiten und Blutegel bezeichnet, die den Volkskörper aussaugten oder sich in den Leib des Volkes hineinfraßen und Krankheiten verbreiteten – sie bildeten eine „Eiterbeule am schwer ringenden Körper Europas“,⁵² seien Seuche, Pest und Aussatz. Folgerichtig war nur die Reinigung und Säuberung des Körpers, die Entfernung der Bakterien aus dem Körper,⁵³ ein Kehraus,⁵⁴ die Ausscheidung⁵⁵ des Judentums oder schließlich Ausrottung und „Ausmerze“. Angestrebtes Ziel waren die totale Ordnung und „judenreine“ Städte. Neben der biologischen Metaphorik des Körpers wurden oft technische Metaphern gebraucht – Ausschaltung, Entfernung; sie suggerierten die Vertreibung und Vernichtung der jüdischen Menschen als mechanischen Vorgang. Durch die Kraft der sprachlichen Bilder wurde die konkrete Verfolgung der Juden verschleiert, verdrängt und als eine notwendige, gar überlebenswichtige und technisch umzusetzende Aufgabe dargestellt. Ungeziefer- und Krankheitsmetaphern schürten negative Emotionen – wie Angst und Ekel – und wurden auf „die Juden“ fokussiert. Individuelles Schicksal und Leid wurden ausgeblendet.

Die Berichterstattung der Minsker Zeitung über die Judenverfolgung entsprach im Großen und Ganzen derjenigen der nationalsozialistischen Presse im Reich: Die „Judenpolitik“ war in der gesamten Berichterstattung von untergeordneter Bedeutung. In insgesamt rund 680 Ausgaben der Minsker Zeitung tauchten Informationen, Hinweise, Andeutungen, euphemistische Beschreibungen der Judenverfolgung nur sporadisch auf und waren nur von aufmerksamen Lesern zu finden. In der Fülle von Parolen, immer stärker dämonisierenden Feindbildern und idealisierten Selbstdarstellungen konnten diese Hinweise allzu leicht untergehen.

Das Nebeneinander von Verschweigen der lokalen Judenverfolgung, gelegentlichen Hinweisen auf antijüdische Maßnahmen im deutsch beherrschten Europa, lauten Drohungen in den Reden der NS-Führung und Verschleiern des individuellen Leidens in den Metaphern bestimmte die Berichterstattung in der Minsker

- 52 MZ vom 6. 4. 1944, „Budapest wandelt sein Gesicht. Die ersten Auswirkungen der neuen Judengesetzgebung treten in Erscheinung“.
- 53 MZ vom 1. 2. 1944, „Der geschichtliche Auftrag“.
- 54 MZ vom 28. 1. 1943, „Kehraus an der Riviera. Ein Zufluchtsstätte für Juden, Schieber und Intriganten ist ausgefegt“.
- 55 MZ vom 9. 9. 1943, „Rosenberg sprach in Strassburg. Über die geschichtliche Aufgabe unseres Kampfes“.

Zeitung wie im Reich. Ein umfassendes oder auch nur annähernd reales Bild des tatsächlichen Geschehens wurde nicht vermittelt, auch nicht in den einzelnen Hinweisen der Krakauer Zeitung. Die bruchstückhaften Informationen sagten nichts darüber aus, was tatsächlich mit den Juden geschah und welches Schicksal sie erwartete. Die Lenkung und die Kontrolle der Öffentlichkeit durch das Regime bildeten einen integralen Bestandteil der „Judenpolitik“.⁵⁶

56 Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“, S. 217.

Die letzte „fünfte Kolonne“

Antisemitismus und stalinistische Minderheitenpolitik

Der folgende Beitrag versucht zu bilanzieren, was zwanzig Jahre nach Öffnung der Archive als einigermaßen gesichertes Wissen über die stalinistische Politik gegen die Juden gelten kann.¹ Dabei wird diese besonders im Kontext der allgemeinen Repressionen gegen Minderheiten sowie des beginnenden Kalten Krieges gedeutet.

Diasporavölker als Feinde im Inneren

Die Feinderklärung gegen eine ethnische Gruppe war nicht erst Produkt des Spätstalinismus. 1919 beschlossen die Bolschewiki die „vollständige Ausrottung“ der Elite der Don-Kosaken und „gnadenlosen Massenterror“ gegen alle Kosaken, die

1 Die wichtigsten Aktenpublikationen: Lubjanka. Stalin i glavnoe upravlenie gosbezopasnosti NKVD. 1937–1938 [Lubjanka. Stalin und die Hauptverwaltung der Staatssicherheit des NKVD], Moskau 2004, im Folgenden zit. LSG; Lubjanka. Stalin i MGB SSSR. Mart 1946 – Mart 1953 [Lubjanka. Stalin und das MGB der UdSSR. März 46 – März 53], Moskau 2007, zit. LSM; Gosudarstvennyj antisemitizm v SSSR. Ot načala do kul'minacii 1938–1953, Moskau 2005 [Staatlicher Antisemitismus in der UdSSR. Vom Beginn bis zur Kulmination], zit. GA; Stalinskie Deportacii, 1928–1953 [Die Stalinschen Deportationen], Moskau 2005, zit. SD; Documents on Israeli-Soviet relations 1940–1953, London 2000, zit. DISR; Stalin i kosmopolitizm. Dokumenty Agitpropa CK KPSS. 1945–1953 [Stalin und der Kosmopolitismus. Dokumente des Agitprop des ZK der KPdSU], Moskau 2005; zit. SK; Shimon Redlich, War, Holocaust, and Stalinism. A Documented Study of the Jewish Anti-Fascist Committee in the USSR, Luxembourg 1995; alle Pressartikel in: Evrei i evrejskij narod 1948–1953. Sbornik materialov iz sovetsoj pečati [Juden und jüdisches Volk. Materialsammlung aus der Sowjetpresse], Jerusalem 1973, zit. EEN. Unverzichtbare Darstellungen: Gennadij Kostyrčenko, Stalin protiv „kosmopolitov“. Vlast' i evrejskaja intelligencija v SSSR [Stalin gegen die „Kosmopoliten“. Die Macht und die jüdische Intelligenz in der UdSSR], Moskau 2009; ders., Tajnaja politika Stalina. Vlast' i antisemitizm [Die geheime Politik

sich gegen die Sowjetmacht betätigt hatten. Dies wurde mit Tausenden Exekutionen umgesetzt, führte aber zu internen Diskussionen über einen falschen „zoologischen“ Ansatz und dann zur Reduktion der Kosaken-Bekämpfung auf Deportationen.² Auch wenn der Terror sich gegen eine Ethnie richten konnte, wurden in den Zwanzigerjahren Minderheiten generell gefördert – auch solche, deren Mehrheit jenseits der Grenze lebte. Zu den Maßnahmen für diese Diaspora-Minoritäten (auch die Juden) zählte die Errichtung von Sowjets und Kultureinrichtungen in ihren Sprachen. Die Stärkung der nationalen Identität war bezweckt, die Minderheiten sollten für die entsprechenden Länder Vorreiter der Sowjetisierung sein. Doch ab 1926 wurde die Umkehrung befürchtet, sowjetische Diaspora-Minoritäten könnten von den Nachbarstaaten (vor allem Polen) instrumentalisiert werden.

1930 wurden erstmals gezielt polnische Kulaken aus den Grenzregionen deportiert.³ 1935 begannen nicht mehr nur auf Kulaken beschränkte Deportationen von grenznahen Minderheiten. 1936 wurden 45 000 Polen und Deutsche aus der Ukraine nach Kasachstan deportiert.⁴ 1937 wurden alle 171 000 Koreaner nach Mittelasien umgesiedelt, da befürchtet wurde, Japan könnte mit ihrer Präsenz die Erweiterung seines Machtbereichs rechtfertigen. Da die Koreaner selbst kaum unter Feindverdacht standen, wurden sie besser als die westlichen Minderheiten behandelt.⁵

Die Vermischung von Deportationen mit der Eliminierung „feindlicher Elemente“ hatte 1934 mit Verhaftungen in deutschen Kolonien begonnen.⁶ Dies steigerte sich 1937/38 zu den „nationalen Operationen“, in denen ein planmäßiger

Stalins. Macht und Antisemitismus], Moskau 2001; Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu. „Soglasno vašemu ukazaniu ...“ [Berija an Stalin. „Gemäß Ihrer Anweisung ...“], Moskau 1995.

- 2 Peter Holquist, Conduct Merciless Mass Terror: Dekossackization on the Don 1919, in: Cahiers du Monde Russe 38 (1997), S. 127–162; vgl. SD, S. 789. „Zoologisch“ bezeichnet im sowjetischen Diskurs eine rassistische Haltung.
- 3 Terry Martin, The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939, Ithaka/London 2001, S. 322 f.
- 4 SD, S. 56 ff.; Bugaj, L. Berija, S. 9 ff.
- 5 Michael Gelb, An Early Soviet Ethnic Deportation: The Far-Eastern Koreans, in: Russian Review 54 (1995), S. 389–412; SD, S. 80 ff.
- 6 V. Chaustov, Repressii protiv sovetskich nemcev do načala massovoj operacii 1937 g. [Repressionen gegen die sowjetischen Deutschen bis zum Beginn der Massenoperation 1937], in: Nakazannyj narod. Repressii protiv rossijskich nemcev [Bestraftes Volk. Repressionen gegen die Deutschen Russlands], Moskau 1999, S. 75–83.

Massenmord initiiert wurde: Das Zentrum gab die Anzahl („Limit“) von Feinden vor, die von lokalen Einheiten unschädlich zu machen seien. Bei den sozial definierten Feinden (Kulaken, Kriminelle) wurden Vorgaben gemacht, wie viele von ihnen zu erschießen und wie viele zu Lagerhaft zu verurteilen seien, bei den „nationalen“ Feinden gab es diese Quotierung nicht. Die Limite wurden meist als Untergrenze interpretiert und Erhöhungen beantragt. Es wurden Namenslisten, sogenannte Alben, nach Moskau geschickt, die von den obersten Entscheidungsträgern abgezeichnet wurden.⁷

Zur Erfüllung der „nationalen“ Planvorgabe wurden auch sonstige „Feinde“ gemeldet.⁸ So waren nur 70 % der Opfer der „deutschen Operation“ Deutsche.⁹ Eine ethnische Definition des Feindes galt nur bedingt: „Deutsche Spione“ waren auch Russen, die 1914–17 in deutsche Gefangenschaft geraten waren. Am heftigsten wurden die Polen verfolgt. Es wurde eine polnische Unterwanderung der Staatssicherheit und die Existenz einer geheimen Militärorganisation unterstellt.¹⁰ NKVD-Chef Nikolaj Ežov forderte die Liquidation der „Menschenbasis des polnischen Geheimdiensts“.¹¹ 1937 lebten 636 000 Polen in der UdSSR, in der „polnischen Operation“ wurden 111 000 Menschen erschossen.¹²

Anfang 1938 forderte das Politbüro die „Zerschlagung der Spionage- und Diversionkontingente der Polen, Letten, Deutschen, Esten, Finnen, Griechen, Iraner, Harbiner, Chinesen und Rumänen, sowohl als ausländische Untertanen wie

7 Paul Hagenloh, *Stalin's Police. Public Order and Mass Repression in the USSR, 1926–1941*, Washington/Baltimore 2009, S. 265 ff. Über die Opfer: Hiroaki Kuromiya, *The Voices of the Dead. Stalin's Great Terror in the 1930s*, New Haven/London 2007.

8 O. Mozochin, *Pravo na repressii. Vnesudebnye polnomočija organov gusudarstvennoj bezopasnosti (1918–1953)* [Das Recht auf Repression. Außergerichtliche Vollmachten der Staatssicherheitsorgane], Moskau 2006, S. 170 f.; Hagenloh, *Stalin's Police*, S. 279.

9 N. Ochotin/A. Roginskij, *Iz istorii „nemeckoj operacii“ NKVD 1937–1938* gg. [Aus der Geschichte der „Deutschen Operation“ des NKVD 1937–38], in: *Nakazannyj narod*, S. 35–74.

10 V. Chaustov, *Iz predistorii massovyh repressii protiv Poljakov. Seredina 1930-ch gg.* [Aus der Vorgeschichte der Massenrepressionen gegen die Polen. Mitte der Dreißigerjahre], in: A. Gur'janov (Hrsg.), *Repressii protiv Poljakov i poľskich graždan* [Repressionen gegen Polen und polnische Staatsangehörige], Moskau 1997, S. 10–21; Kuromiya, *Voices*, S. 218 ff.; LSG, S. 325 ff., S. 519 ff.

11 LSG, S. 301 ff.

12 N. Petrov/A. Roginskij, „Pol'skaja operacija“ NKVD 1937–1938 gg. [Die „Polnische Operation“ des NKVD 1937–38], in: Gur'janov, *Repressii*, S. 22–43.

auch als Sowjetbürger“.¹³ Für diese Auswahl war entscheidend, dass ein feindliches Ausland existierte. Nicht individuelles Anders-Sein des „Ausländers“ war relevant, weder sein Verhalten noch unveränderbare nationale Wesenszüge, sondern dass er Werkzeug des Auslands werden könnte. Aus Sicht des Opfers war es dabei nur die Herkunft, die über Leben und Tod entschied. Dass man es dabei fiktiv als „Spion“ oder als „Sowjetfeind“ einstufte, war eine Formalie, auf die bei den „nationalen Operationen“ anders als bei Deportationen nicht verzichtet wurde – und die in der Regel die Vernichtung aller Familienangehörigen verhinderte.¹⁴

Die Diaspora-Völker stellten 1,7 % der sowjetischen Bevölkerung, aber über 25 % der Verhafteten des Großen Terrors. Mit vier Mal so vielen Todesurteilen wie Verurteilungen zu Lagerhaft waren die „nationalen Operationen“ blutiger als die Operation gegen die „antisowjetischen Elemente“, bei denen die Strafmaße gleich verteilt waren. 335 513 Opfer der „nationalen Linien“ stellten ein Fünftel der Verhafteten des Großen Terrors, von ihnen wurden 247 157 exekutiert.¹⁵

Die jüdische Diasporaminorität fehlte bei den Zielgruppen der „nationalen Operationen“. Sie hatte kein „Ausland“, demgegenüber sie loyal sein konnte. Dies bedeutete nicht, dass man etwa einem jüdischen Flüchtling aus Polen oder Deutschland nicht doch vorwerfen konnte, Spion zu sein, es reichte aber nicht für eine „Massenoperation“. Auch in Birobidžan störte die Grenznähe nicht, aber es wurde die politische Führung beseitigt, wobei neben Trotzismus und Spionage bereits spezifische Vorwürfe wie „jüdischer Nationalismus“ laut wurden.¹⁶ Trotzdem waren Juden in geringerem Ausmaß Opfer des Großen Terrors, als es ihrem Bevölkerungsanteil entsprach. 1937 betrug dieser 1,65 %, der jüdische Anteil an den Lagerinsassen 1,45 %.¹⁷

13 LSG, S. 468 f. „Harbiner“ waren (meist russische) Eisenbahner, die im mandschurischen Harbin gelebt hatten.

14 Zur Diskussion über Rassismus vgl. Eric Weitz, *Racial Politics without the Concept of Race*, in: *Slavic Review* 61 (2002), S. 1–29; sowie die Repliken von F. Hirsch, A. Weiner u. A. Lemon, ebenda, S. 30–61.

15 Hagenloh, *Stalin's Police*, S. 282. Die Zahl der Todesopfer war höher, denn nicht jeder überlebte, der zur Lagerhaft verurteilt wurde. In der „Kulaken“-Aktion wurden etwa 450 000 Menschen erschossen (ebenda, S. 416).

16 Antje Kuchenbecker, *Zionismus ohne Zion. Birobidžan: Idee und Geschichte eines jüdischen Staates in Sowjet-Fernost*, Berlin 2000, S. 180 ff.

17 Mordechai Altshuler, *Soviet Jewry at the Eve of the Holocaust*, Jerusalem 1998, S. 27 f.

Der Terror war von einer Propagandakampagne begleitet, die den Verrat in der Parteielite besonders betonte. Ohne Hinweis auf die Diasporanationen wurde in den Schauprozessen die Gefährlichkeit alles „Ausländischen“ demonstriert: Es gebe ein mit den Deutschen und Japanern verbundenes Netzwerk der Trotzlisten. Dabei fiel auf, wie stark die Juden unter den Angeklagten vertreten waren. Viele Beobachter zogen den Schluss, die Schauprozesse markierten eine antijüdische Wende.¹⁸

Die Kaderpolitik belegt, wie 1938 das Misstrauen auch gegen die jüdische Diasporanation – wenn auch selektiv – einsetzte: Unter dem Führungspersonal des Volkskommissariats des Innern, dem NKVD (Narodnyj Komissariat Vnutrennich Del), waren 1934 Russen (31 %) und Juden (38 %) am stärksten vertreten. Im Juli 1939 lag der jüdische Anteil nur noch bei 3,9 %, der russische über 66 %. Der Anteil der Polen, Letten und Deutschen war drastisch reduziert, während indigene Minoritäten wie Georgier und Armenier ihren Anteil hielten.¹⁹ Im Mai 1938 wies das ZK an, Mitarbeiter aus dem Sicherheitsapparat zu entlassen, die Verwandte im Ausland hätten. Der Innenkommissar der Ukraine befahl offen, „Juden aus dem Apparat des NKVD zu entfernen“.²⁰ Auch an anderer Stelle finden sich ab 1938 Hinweise darauf, wie jüdische Herkunft zu einem Negativum heranwuchs: Bei der Kritik an der „Verdorbenheit“ von Kadern im Gesundheitswesen wurde bei den Betroffenen offen der Vermerk „Jude“ angebracht.²¹

Weite Außenwirkung hatte im Mai 1939 die Ersetzung Maksim Litvinovs durch Vjačeslav Molotov als Außenkommissar, die nicht nur in Deutschland als Botschaft gedeutet wurde.²² Die Säuberung des Außenministeriums 1939 führte zur Verhaftung von Litvinovs engsten Mitarbeitern. Die Ermittlungen richteten sich fast nur gegen Juden. Dass deren Anteil im auswärtigen Dienst von 30 % auf

18 Matthias Vetter, *Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917–1939*, Berlin 1995, S. 291 ff., S. 303 ff.

19 N. Petrov/K. Skorkin, *Kto rukovodil NKVD. 1934–1941. Spravočnik [Wer leitete das NKVD. Handbuch]*, Moskau 1999, S. 494 f.

20 Kostyrčenko, Stalin, S. 60 f.; Pavel Sudoplatov, *Razvedka i Kreml'. Zapiski neželatel'nogo svidetelja [Geheimdienst und Kreml. Aufzeichnungen eines unerwünschten Zeugen]*, Moskau 1996, S. 337.

21 GA, S. 15 f.; Kostyrčenko, Stalin, S. 59 f.

22 Vetter, *Antisemiten*, S. 348 ff.

unter 2 % der nach den Säuberungen Eingestellten fiel,²³ hatte seinen primären Grund im Misstrauen gegen Minoritäten mit Verbindungen ins Ausland. Molotov erklärte später, Stalin habe ihm den Auftrag gegeben, „die Juden aus dem Volkskommissariat herauszunehmen“ – mit Recht, denn die Juden hätten mit den Letten im Ministerium und im diplomatischen Dienst die absolute Mehrheit gestellt.²⁴

War dies schon antisemitisch? Solche Restriktionen hatten durchaus bolschewistische Tradition und wurden schon im Bürgerkrieg von Lenin und Trotzki gefordert. Dies war mehr mit der Abwehr des Vorwurfs gegen den „jüdischen Bolschewismus“ als mit Vorbehalten gegen Juden verbunden.²⁵ Als in den Zwanzigerjahren der volksläufige Antisemitismus bekämpft wurde, standen die Klagen über die „jüdische Dominanz“ im Zentrum. Diesen wurde implizit Recht gegeben, indem die Häufigkeit von Juden auf Funktionärsposten als Folge stärkerer Urbanisierung und Alphabetisierung erklärt wurde. Dies war zutreffend, nährte aber die Vorstellung, dass nicht proportionale Vertretungen von Ethnien „unnatürlich“ seien und es eine „affirmative Aktion“ zu Lasten der Juden geben müsse. Im kulturevolutionären Furor ab 1929 wurde die Diskussion über diese Frage als antisemitische Propaganda verurteilt, die nur von Klassenfeinden kommen könne. Intern blieb die Korrektur nationaler „Übergewichte“ ein Ziel: Eine Kandidatenliste mit jüdischen Namen für das Volkskommissariat für Verkehrswesen, die dessen Chef Lazar Kaganovič zusammenstellte, stieß auf Stalins Kritik, der an Lenins Forderung erinnerte, ein jüdischer Amtsträger müsse immer einen russischen Stellvertreter haben.²⁶

Bei der Zurückdrängung der Juden ist kein Wendepunkt festzumachen, es war eine schleichende Metamorphose. Wohin sie führte, macht eine Vorlage des Leiters der Agitprop²⁷-Verwaltung des ZK Georgij Aleksandrov vom August 1942

23 Sabine Dullin, Une diplomatie plébéienne? Profils et compétences des diplomates soviétiques 1936–1945, in: Cahiers du Monde russe 44 (2003), S. 437–464.

24 Feliks Čuev, Sto sorok besed s Molotovym. Iz dnevnika F. Čueva [140 Gespräche mit Molotov. Aus dem Tagebuch F. Čuevs], Moskau 1991, S. 274.

25 Vladimir I. Lenin, The unknown Lenin. From the Secret Archive, hrsg. v. R. Pipes, New Haven 1996, S. 76; Ulrich Herbeck, Das Feindbild vom „jüdischen Bolschewiken“. Zur Geschichte des russischen Antisemitismus vor und während der Russischen Revolution, Berlin 2009, S. 427 f.

26 Feliks Čuev, Tak govoril Kaganovič. Ispoved' stalinskogo apostola [So sprach Kaganovič. Beichte eines Stalinapostels], Moskau 1992, S. 99 f.

27 Abteilung für Agitation und Propaganda.

deutlich: „In den Verwaltungen des Komitees für Angelegenheiten der Künste und an der Spitze vieler Einrichtungen der russischen Kunst befinden sich Nichtrussen (hauptsächlich Juden).“ Dies wurde mit Namenslisten untermauert. Jüdische „Geschäftsleute“ sorgten angeblich dafür, dass Konservatoriumsabsolventen keine russischen Volkslieder beherrschten und gezielt Russen entlassen würden. Zur Korrektur forderte Aleksandrov den Austausch der Leitungskader und die Förderung von Russen.²⁸ Nicht erst die Unterstellungen aus dem Propagandaapparat, den Juden sei die russische Kultur fremd, lassen den Bankrott des Assimilationskonzepts erkennen. Dieses war 1938 bürokratisch ad absurdum geführt worden, als das NKVD durchsetzte, dass der Eintrag der Nationalität im Pass nicht auf der Selbsteinschätzung des Passinhabers, sondern auf den Einträgen seiner Eltern beruhen müsse, damit „Feindnationalitäten“ sich nicht tarnen könnten.²⁹

„Jüdischer Nationalismus“ zwischen Antifaschismus und Zionismus

Nach dem Angriff Deutschlands wurde die deutsche Vernichtungspolitik gegen die Juden anfangs öffentlich verurteilt, auch von Stalin im November 1941. Die Pravda berichtete im Dezember 1942 über die Pläne zur Ausrottung der Juden, über die Taten vereinzelt 1942 und 1943. Danach wurde das Thema aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt.³⁰ Die sowjetische Propaganda befand sich in einer Zwangslage: Je mehr sie die Judenvernichtung angriff, umso mehr schien sie die Denunziation der Sowjetunion als „jüdische Macht“ zu bestätigen. Neben dem wachsenden antijüdischen Ressentiment im Propagandaapparat lag hier ein Grund, warum nicht nur die deutschen Verbrechen tabuisiert, sondern auch die militärischen Leistungen von jüdischen Rotarmisten allmählich verschwiegen wurden. Dies zeigten Listen von Ordensempfängern, die nach Nationalitäten sortiert wurden. Hier belegten die Juden 1943 den vierten Platz, wurden aber am Ende

28 GA, S. 27 ff.

29 Francine Hirsch, *Empire of Nations. Ethnographic Knowledge & the Making of the Soviet Union*, Ithaca 2005, S. 275 ff., S. 293 f.

30 Antonella Salomoni, *Unione Sovietica e la Shoah. Genocidio, resistenza, rimozione*, Bologna 2007, S. 81 ff.

aufgeführt.³¹ Danach wurden sie gewöhnlich, trotz unverminderten Anteils, unter „sonstigen Nationalitäten“ subsumiert.

Der Kampf gegen den deutschen Antisemitismus wurde der jüdischen Minderheit überlassen, deren Förderung nun an den Aufbau ethnischer Identitäten in den Zwanzigerjahren erinnerte: Institutionen und Medien in Jiddisch, wie sie Ende der Dreißigerjahre weitgehend aufgelöst wurden, waren nun wieder erwünscht. Juden durften als weltumspannende Gemeinschaft betrachtet werden, obwohl Lenin und Stalin dies zum Inbegriff der reaktionären Haltung des Bund und der Zionisten erklärt hatten. Das Jüdische Antifaschistische Komitee (JAK) wurde Ende 1941 installiert, nachdem eine Entscheidung gegen die Initiative der polnischen Bundführer Henryk Erlich und Wiktor Alter gefallen war, die als Ausländer unerwünscht waren und beseitigt wurden.³² Vorsitzender wurde der Schauspieler Solomon Michoëls. In Radio-Kundgebungen appellierte er an die Juden in der Welt und stellte den Kampf gegen Deutschland in die Tradition der jüdischen Geschichte. Innerhalb des Komitees wurde debattiert, ob es allgemein jüdische Interessen vertreten solle. Dagegen stand der Sekretär Šachno Ėpštejn, der vor „Nationalismus“ warnte: Kritik am Antisemitismus im eigenen Land sei verfehlt.³³ In Wirklichkeit war bekannt, dass es im sowjetischen Hinterland antijüdische Übergriffe aus der Bevölkerung gab.³⁴ Das Vorurteil gegen die „feigen Juden“, die sich in Sicherheit gebracht hätten, reichte bis in die Kulturelite, wie eine Äußerung des Schriftstellers Michail Šolochov zeigte.³⁵

Innerhalb der Sowjetunion avancierte das Komitee zur jüdischen Institution per se. Seine Zeitung Ejnikajt erhielt monatlich Hunderte von Briefen, darunter Augenzeugenberichte über den Holocaust. Diese zu sammeln, war Auftrag des

31 Kostyrčenko, Stalin, S. 95 f.; David Brandenberger, *National Bolshevism, Stalinist Mass Culture and the Formation of Modern Russian National Identity*, Cambridge, MA/London 2002, S. 178.

32 Grundlegend: Redlich, War; Arno Lustiger, *Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden*, Berlin 1998; Frank Grüner, *Patrioten und Kosmopoliten. Juden im Sowjetstaat 1941–1953*, Köln 2008, S. 55 ff.

33 Redlich, War, S. 28

34 Kostyrčenko, Stalin, S. 92 ff.

35 Il'ja Ėrenburg, *Ljudi, gody, žizni. Vospominajja v trech tomach* [Menschen, Jahre, Leben. Erinnerungen in drei Bänden], Moskau 1990, Bd. 3, S. 403.

Komitees – eine Anlaufstelle für jüdische Anliegen zu sein, aber nicht. Vor allem war eine Aufgabe, weltweit für die Sowjetunion zu werben. Dazu wurde Michoëls 1943 zusammen mit dem Dichter Icik Fefer für acht Monate nach Nordamerika geschickt. Bei dieser Reise nahm das Konzept eines Schwarzbuchs über die deutschen Verbrechen Gestalt an.³⁶ Die Vertreter des Jüdischen Antifaschistischen Komitees wurden durch Solomon Lozovskij, Leiter des sowjetischen Informationsbüros Sovinform, ermächtigt, bei einem solchen Buch mitzuarbeiten, das ursprünglich nur in den USA publiziert werden sollte. Wie mit dem World Jewish Congress vereinbart, wurden Materialien in die USA geschickt, wo 1946 ein „Black Book“ mit einigen Dokumenten aus der Sowjetunion erschien.

Das zweite durch die USA-Reise inspirierte Projekt betraf ein jüdisches Territorium auf der Krim. Die Halbinsel war schon in den Zwanzigerjahren Ziel jüdischer Kolonisierungsprojekte, die mit Spenden aus den USA unterstützt wurden, vor allem vom „American Jewish Joint Distribution Committee“, kurz „Joint“. Wegen der Ablehnung durch die Bevölkerung der Krim waren die Pläne zugunsten des fernöstlichen Birobidžan verworfen worden.³⁷ Michoëls traf in den USA auf Vertreter des Joint, die eine erneute Förderung eines Krim-Projekts in Aussicht stellten. Dass Michoëls beauftragt war, das Projekt anzubieten, um dafür mehr Unterstützung aus den USA zu erhalten, ist unbegründete Spekulation.³⁸ Die JAK-Vertreter warben 1944 für die Krim-Idee bei Molotov. Dieser befürwortete einen Brief an die Sowjetführung, der von Michoëls, Fefer und Ėpštejn als private Eingabe formuliert wurde und um die Errichtung einer jüdischen Sowjetrepublik bat. Von amerikanischer Unterstützung, aber auch vom Schicksal der Krimtataren war keine Rede.³⁹ Deren Deportation erfolgte im Mai 1944.⁴⁰ Obwohl damit ein demografisches Vakuum entstand, wurde eine jüdische Ansiedelung von Stalin nicht einmal erwogen und die an ihn adressierte Eingabe ins Archiv gegeben. Im Umfeld des

36 Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden, hrsg. v. Arno Lustiger, Reinbek 1994.

37 Kuchenbecker, *Zionismus*, S. 102 ff., Vetter, *Antisemiten*, S. 242 ff.

38 So Sudoplatov, *Razvedka*, S. 342; vgl. Kostyrčenko, *Stalin*, S. 300 ff.

39 GA, S. 45 ff.

40 N. Bugaj, *Deportacija narodov Kryma. Dokumenty, fakty, komentarii* [Deportation der Krimvölker. Dokumente, Fakten, Kommentare], Moskau 2002; Bugaj, L. Berija, S. 142 ff., 198 f.; SD, S. 491 ff.

Jüdischen Antifaschistischen Komitees blieb die Frage offen und wurde weiter diskutiert, auch als Alternative zu Birobidžan.⁴¹

Als Anlaufstelle für Juden mit Antisemitismus-Klagen, mit Schwarzbuch und Krim-Projekt war das JAK in den Verdacht gekommen, politisch unzuverlässig zu sein. Schon im Mai 1943 ergingen aus dem Sovinform-Büro Beschwerden, das JAK nähere sich dem Zionismus an. 1944 wurde daher eine Untersuchungskommission ins Leben gerufen.⁴² Dem Komitee drohte eine Anklage wegen „bürgerlichen Nationalismus“. Diese richtete sich seit 1943 gegen Vertreter aller Nationalitäten außer der russischen. Die befreiende Rolle Russlands für alle Völker des Imperiums durfte nicht in Zweifel gezogen werden.⁴³ Unter „bürgerlichem Nationalismus“ wurde auch der Antisemitismus vor allem in der Ukraine gefasst, der vor und nach Kriegsende bekämpft wurde. Doch setzte sich das ZK der Ukraine gegen einen umfassenden Antisemitismus-Vorwurf zur Wehr und forderte, das Volkskommissariat für Staatssicherheit (NKGB) möge mehr den zionistischen Nationalismus bekämpfen.⁴⁴ Obwohl die antijüdischen Ausschreitungen drastischer und antisemitische Überzeugungen – auch infolge der deutschen Propaganda – womöglich verbreiteter waren als in der Vorkriegszeit, gab es keine Anti-Antisemitismus-Kampagne mehr wie 1926 bis 1931. Damals richtete sich die Propaganda am Rande auch gegen „jüdischen Nationalismus“, doch beschränkte sich dies auf die jiddische Parteipublizistik, die schon die Klage über Antisemitismus mit dem Verdacht des „jüdischen Chauvinismus“ belegte.⁴⁵

In der Nachkriegszeit war das Verhältnis zwischen der Bekämpfung von Antisemitismus und jüdischem Nationalismus umgekehrt – jetzt wurde Antisemitismus als Randproblem behandelt. Aber auch gegen den „jüdischen Nationalismus“ gab es kaum offene Propaganda. Er wurde nur in der jiddischen Presse mit der Verurteilung literarischer Erzeugnisse⁴⁶ und mit Gutachten ins Visier genommen. Stalin

41 Grüner, Patrioten, S. 87 ff., S. 307 ff.; Kuchenbecker, Zionismus, S. 204 f.

42 GA, S. 48 f.; Redlich, War, S. 65 ff., S. 285 ff.

43 Brandenberger, National, S. 123 ff.

44 Kostyrčenko, Tajnaja politika Stalina, S. 353 ff.; GA, S. 40 ff.; Amir Weiner, Making Sense of War. The Second World War and the Fate of the Bolshevik Revolution, Princeton 2001, S. 114 ff., S. 191 ff., S. 213 f.

45 Vetter, Antisemiten, S. 237 ff.

46 Benjamin Pinkus, The Soviet Government and the Jews 1948–1967. A Documented Study, Cambridge 1984, S. 148 ff., S. 165 ff.; GA, S. 91 ff.

ließ im Juni 1946 Aleksandrov die Zuverlässigkeit des Sovinform-Büros bewerten, der dort eine „unzulässige Konzentration von Juden“ feststellte. Das JAK wurde aus dem Sovinform-Büro herausgelöst, im November 1946 wurde seine Auflösung von Michail Suslov gefordert, auch da das JAK die sowjetischen Juden als Bewunderer der USA darstelle.⁴⁷ Den Auflösungsvorschlag wiederholte Suslov ein Jahr später, Stalin billigte ihn beide Male nicht. Ein weiteres Gutachten Aleksandrovs wandte sich 1947 gegen eine sowjetische Ausgabe des Schwarzbuchs. Zum Vorwurf der Dokumentenweitergabe in die USA kam hinzu, dass behauptet wurde, die Deutschen hätten Juden mehr als Russen oder andere vernichtet. Der Hinweis auf die besondere Verfolgung der Juden war unerwünscht, ihre Darstellung war „jüdischer Nationalismus“. Die Veröffentlichung des Buchs wurde 1947 endgültig verboten.⁴⁸

Stalin hatte zu dieser Zeit Grund, „jüdischen Nationalismus“ nicht offen zu bekämpfen. Als Andrej Gromyko im Mai 1947 vor der UNO für die Errichtung eines jüdischen Staates plädierte, rief er die sechs Millionen Opfer in Erinnerung und sprach aus, was im innersowjetischen Diskurs schon tabuisiert war.⁴⁹ Die moralische Unterstützung der Gründung Israels war für die Sowjetführung ein Instrument, das britische Empire zu schwächen und Widersprüche zwischen den USA und Großbritannien zu vertiefen. Die Sowjetunion verhinderte den Verkauf von Waffen aus der Tschechoslowakei an arabische Staaten, unterstützte aber die Lieferung an Israel.⁵⁰ Während innerhalb der Sowjetunion Briefe an das Jüdische Antifaschistische Komitee mit der Bitte, in Palästina kämpfen zu dürfen, als bedrohliches Zeichen gesehen wurde, durfte eine Brigade in der Tschechoslowakei aufgestellt werden. Die größte Unterstützung Israels lag in der Zulassung der Emigration aus Osteuropa, vor allem aus Polen und Rumänien. Dagegen wurde keine Auswanderung von sowjetischen Juden nach Palästina zugelassen. Nur nach Polen und Rumänien durften Juden als Staatsbürger dieser Länder emigrieren.⁵¹

Suspekter noch als die pro-israelische Haltung der JAK-Führung waren die US-Kontakte von Michoëls. Als in der US-Presse Berichte über Stalins Verwandtschaft

47 Redlich, War, S. 425 ff.; GA, S. 84 ff.

48 Redlich, War, S. 103 f, 365 f.; GA, S. 99 f.

49 Laurent Rucker, *Staline, Israël et les Juifs*, Paris 2001, S. 98 f.; DSIR, S. 189 ff.

50 Jiří Dufek/Karel Kaplan/Vladimír Šlosar, *Československo a Izrael v letech 1947–1953. Studie [Tschechoslowakei und Israel in den Jahren 1947–53. Untersuchungen]*, Prag 1993.

51 N. Bugaj, *Narody Ukrainy v „osoboj papke Stalina“ [Völker der Ukraine in „Stalins Sonderakte“]*, Moskau 2006, S. 95 f.

erschienen, verschärften die Sicherheitsorgane die Suche nach undichten Stellen. Der jüdische Ehemann von Stalins Tochter hatte Kontakte zu einem „jüdischen Nationalisten“, der Ende 1947 festgenommen wurde und aussagte, er habe im Auftrag von Michoëls die Tochter Stalins ausspioniert. Ein zweiter Verhafteter machte Vorwürfe nicht nur gegen Michoëls, sondern gegen das Jüdische Antifaschistische Komitee als Agentur der USA.⁵² Damit stand mehr das eilige Schließen einer Sicherheitslücke als ein planmäßiger erster Schritt gegen das JAK Ende 1947 hinter Stalins Mordbefehl gegen Michoëls. Die Liquidierung eines politischen Gegners in einer Geheimdienstoperation war nicht völlig ungewöhnlich, aber eine Verhaftung und eine formale Verurteilung wurden vorgezogen. Im Falle von Michoëls wurde dies verworfen, da das Opfer im Ausland zu bekannt war. So wurde er am 12. Januar 1948 in Minsk in einem fingierten Autounfall umgebracht, dann aber mit allen Ehren beigesetzt.⁵³

Nach dem Mord an Michoëls gab es noch Anläufe, das Jüdische Antifaschistische Komitee als Propaganda-Instrument zu reorganisieren. Aber Ende März 1948 stellte Sicherheitsminister Viktor Abakumov fest, das Komitee fördere die jüdischen Nationalisten und seine Leiter hätten nach ihrer USA-Reise pro-amerikanische Neigungen entwickelt. Man habe unter den jüdischen Nationalisten bereits zahlreiche amerikanische und englische Spione entlarvt.⁵⁴ Obwohl das ein Todesurteil war, blieb das Komitee bestehen, solange die Sowjetunion im Nahen Osten eine pro-israelische Linie verfolgte. Im Mai 1948 wurde der neugegründete Staat quasi im Wettlauf mit den USA anerkannt.

Die Sicherheitsorgane registrierten, dass Israel zum Katalysator des jüdischen Selbstbewusstseins wurde. Aus Briefen an das JAK lässt sich rekonstruieren, dass ein erneuertes jüdisches Nationalgefühl und eine Abkehr von der Assimilation keine Erfindungen der Organe waren.⁵⁵ Manifest wurde dies beim Besuch Golda Meirs im September 1948 in Moskau, als es bei ihrem Synagogenbesuch zu spontanen Demonstrationen kam.⁵⁶ Dagegen folgten zuerst noch keine Repressionen, sondern ein propagandistischer Schritt mit einem Pravda-Artikel von Il'ja Èrenburg gegen

52 Kostyrčenko, *Tajnaja politika Stalina*, S. 379 ff.

53 Kostyrčenko, *Stalin*, S. 157 ff.; EEN, S. 161 ff.

54 Redlich, *War*, S. 451 ff.; GA, S. 120 ff.

55 Grüner, *Patrioten*, S. 325 ff.

56 GA, S. 147 ff., S. 387 ff.

den Zionismus. Er war pro-israelisch gehalten, verwarf aber den Zionismus als Option für die sowjetischen Juden. Der Artikel war von Stalin abgesehen, enthielt ein Zitat von ihm gegen den Antisemitismus und gab die offizielle Linie wieder, wonach die „jüdische Frage“ in der Sowjetunion gelöst sei.⁵⁷

Am 20. November 1948 beschloss das Politbüro, das Jüdische Antifaschistische Komitee als „Zentrum antisowjetischer Propaganda“, das ausländischen Geheimdiensten Informationen weitergeleitet habe, aufzulösen. Vorläufig sei niemand zu verhaften.⁵⁸ Im Dezember wurde die Ehefrau Molotovs, Polina Žemčužina, wegen ihrer Kontakte zu Michoëls aus dem Politbüro ausgeschlossen.⁵⁹ Mit der Festnahme Fefers begannen die Verhaftungen der JAK-Führer, die sich dann über Januar und Februar 1949 erstreckten. Auch Žemčužina wurde verhaftet sowie Lozovskij, dem man das Krim-Projekt zur Last legte – als Versuch, einen amerikanischen Vorposten auf sowjetischem Boden zu schaffen. Dazu kam das Schwarzbuch als Geheimnisverrat, auch das Beharren auf dem Jiddischen statt der russischen Sprache und der damit belegte Nationalismus. Darum kreisten die Verhöre gegen 15 JAK-Vertreter, die sich über zwei Jahre ergebnislos hinzogen.⁶⁰

Parallel wurde ein Schlag gegen die jiddische Kultur geführt. Schon im November 1948 wurde der Verlag „Emes“ geschlossen. Im Februar 1949 folgte die Auflösung jüdischer Schriftstellervereinigungen und Almanache. Im ganzen Land wurden jiddische Kultureinrichtungen, vor allem Theater, zugemacht.⁶¹ Hier wurde sichtbar, dass etwas vorging – ansonsten herrschte Stille. Es ging nicht nur um jiddisches Schrifttum: Im Juni 1949 stellte die Zensurbehörde eine Liste von 500 „zionistischen“ Büchern zusammen, die aus Bibliotheken zu entfernen seien, darunter Schriften gegen den Antisemitismus aus den Zwanzigerjahren.⁶² „Jüdische Nationalisten“ gab es nicht nur an der Spitze des JAK. Im Mai 1948 hatten jüdische

57 Ęrenburg, *Ljudi*, Bd. 3, S. 96 f.; DSIR, S. 168 ff.

58 Redlich, *War*, S. 464; LSM, S. 237.

59 LSM, S. 239 ff., S. 244; GA, S. 156 ff.

60 *Nepravednyj sud. Poslednij stalinskij rasstrel. Stenogramma sudebnogo processa nad členami Evrejskogo Antifašistskogo Komiteta* [Unrechtes Gericht. Die letzte Stalinsche Erschießung. Stenogramm des Gerichtsprozesses über die Mitglieder des JAK], hrsg. v. V. Naumov, Moskau 1994.

61 Kostyrčenko, *Tajnaja politika Stalina*, S. 474 ff.; GA, S. 233 ff., S. 283 ff.

62 Arlen Bljum, *Evrejskij vopros pod sovetskoj cenzuroj. 1917–1991* [Die jüdische Frage unter der sowjetischen Zensur], Sankt Petersburg 1996, S. 104 f.

Ingenieure des „Stalin-Automobilwerks“ dem JAK ein Grußtelegramm zur Gründung Israels geschickt. Auch hier wurde eine Verschwörerzelle gesucht – angeblich wurden einem amerikanischen Besucher Details über ein Regierungsfahrzeug verraten. Die Untersuchungen zogen sich hin und führten im November 1950 zu 14 Todesurteilen.⁶³ Die gegen die Führung Birobidžans im Juni 1949 erhobenen Nationalismus-Vorwürfe führten erst 1952 zu zwei Todesurteilen.⁶⁴

„Kosmopolitismus“ – von antiwestlicher zu antijüdischer Propaganda

Häufig werden die Verfolgung von Juden ab 1949 und die Kampagne gegen den „Kosmopolitismus“ als dasselbe gesehen. Doch weder war diese Kampagne von Anbeginn speziell gegen Juden gerichtet, noch wurde jeder Jude als „Kosmopolit“ verfolgt. Zwar war die stalinistische Propaganda in der Lage, sich über jeden Widerspruch hinwegzusetzen, auch über den, dass ein Nationalist schlecht ein Kosmopolit sein kann – aber erst die Aufspaltung in zwei Feindkonzepte lieferte sowohl einen Begriff für die ihr jüdisches Selbstverständnis bewahrenden als auch für die assimilierten Juden.

Ein „Kosmopolit“ war zuerst Bewunderer des Westens, Verächter des „Eigenen“, besonders des Russischen. Diese Haltung zu bekämpfen wurde nach Kriegsende zentrale Aufgabe der Propaganda, deren ideologischer Leiter seit 1946 Andrej Ždanov war. Wissenschaftsaustausch mit westlichen Ländern, aber auch Eheschließungen mit Ausländern wurden verboten. Die Verschärfung des kulturellen Klimas war von Machtkämpfen zwischen rivalisierenden Clans begleitet, vor allem zwischen den „Leningrädern“ um Ždanov und dessen Kontrahenten Georgij Malenkov und Lavrentij Berija. Zum zweiten Lager gehörte Aleksandrov, der Ždanov dazu drängte, Leningrader Literaturzeitschriften und Schriftsteller als ideologisch verkommen und formalistisch-dekadent anzugreifen. Antikosmopolitismus war in dieser Phase mit Antisemitismus nicht identisch: 1947 wurde selbst Aleksandrov – wegen mangelnder Kritik an der westeuropäischen Philosophie – öffentlich angegriffen und musste seinen Posten als Agitprop-Leiter an Suslov abtreten.⁶⁵

63 Kostyrčenko, *Tajnaja politika Stalina*, S. 619 ff.; GA, S. 361 ff.

64 Kuchenbecker, *Zionismus*, S. 209 ff.; GA, S. 212 ff.

65 Kostyrčenko, *Stalin*, S. 121 ff.

Auch bei der engeren Verknüpfung der Themen „Kosmopolitismus“ und „Dominanz der Juden“ waren Rivalitäten in der Bürokratie Schrittmacher. Der Schriftstellerverband unter Aleksandr Fadeev wurde von der Vereinigung der Theaterkritiker angegriffen, wobei die Qualität aktueller Theaterstücke in Zweifel gezogen wurde. Diese Vereinigung, in der zahlreiche Kritiker jüdischer Herkunft organisiert waren, wurde von der Propaganda-Abteilung des ZK und von Dmitrij Šepilov aus dem Lager Ždanovs protegirt. Doch Ende 1948 verdamnte Stalin den „antipatriotischen“ Angriff auf Fadeev. Dies passte zur Aktion gegen den „jüdischen Nationalismus“, markierte aber auch den Wechsel der Gunst des Diktators von den „Leningradern“ zu Malenkov. Dieser ließ einen Leitartikel ausarbeiten, der am 28. Januar 1949 unter Stalins Überschrift „Über eine antipatriotische Gruppe von Theaterkritikern“ in der Pravda erschien. Der Artikel kam ohne das Wort „Juden“ aus, und doch war die Stoßrichtung unmissverständlich. „Ein ungezügelter Kosmopolitismus“ habe sich wie „Parasiten in der Pflanzenwelt“ breit gemacht. „Welche Vorstellungen kann A. Gurvič vom Nationalcharakter des russischen Sowjetmenschen haben?“ begann ein Angriff auf einen Kritiker mit einem jüdischen Familiennamen.⁶⁶ Der Artikel endete mit der Forderung, „diese Gruppe zu zerschlagen“. Seine Konstruktion war simpel: (Jüdische) Intellektuelle – bald von der Pravda erweitert zu „Leuten wie den Gurvičs“⁶⁷ – maßen sich an, dem verachteten russischen Volk, dessen Wesen sie nicht verstehen können, verfeinerte und an westlichen Idealen orientierte ästhetische Urteile aufzudrängen.

Die Theaterkritik war der Aufhänger der Kampagne, da die dort schwelenden Rivalitäten sich ausnützen ließen, um die verdeckte Ausschaltung der „jüdischen Nationalisten“ mit einem offenen Angriff auf die jüdische Intelligenzija zu flankieren. Auch in der Literaturkritik wurden „antipatriotische“ Tendenzen aufgedeckt. Nun begann man, russische Pseudonyme mit jüdischen Familiennamen zu ergänzen. Kosmopolitismus wurde auch damit „bewiesen“, dass in einem Handbuch die weltweite jüdische Literatur dargestellt werde. Das Gefühl des sowjetischen Patriotismus werde mit dieser kümmerlichen „kosmopolitischen, bürgerlich nationalistischen“

66 EEN, S. 1381 ff.; SK, S. 232 ff. Der Angriff auf Gurvič ging mit der Klausel weiter: „wenn er vom ‚gutmütigen Humor und naiv vertrauensseligen Optimismus‘ der Stücke Pogodins schreibt“. Dass Gutmütigkeit den Russen nicht fremd sei, sei eine „Verleumdung des russischen Sowjetmenschen“.

67 EEN, S. 1402.

Idee verspottet.⁶⁸ Obwohl hier zwischen „Kosmopolitismus“ und „jüdischem Nationalismus“ derselbe Feind durchschien, gab es Unterschiede: Anders als die „Kosmopoliten“ wurden bis 1953 nur „Nationalisten“ mit Strafverfahren überzogen. Nur sie hatten Vertreter in den höchsten Machtsphären wie Lozovskij. Die Kampagne gegen die „Kosmopoliten“ war hingegen von großem publizistischen Lärm begleitet und weitete sich in alle Bereiche des Kulturlebens aus. Während den „Nationalisten“ vorgeworfen wurde, sich bewusst gegen die Assimilation und für den feindlichen Zionismus entschieden zu haben, hatten die „Kosmopoliten“ gar keine andere Wahl. Sie wollten zur russischen Kultur gehören, waren aber nicht in der Lage, deren Werte zu erkennen. So hatte der Antikosmopolitismus eine rassistische Unterströmung, ohne dass ein Rassebegriff nötig war – das biologische Vokabular von den „Wurzellosen“ reichte. Andererseits war – verglichen mit der Drohung gegen die „nationalistischen“ Verräter – die gegen die „Kosmopoliten“ implizit erhobene Forderung harmloser: Sie sollten die Überlegenheit der Russen anerkennen und ihre Posten klaglos räumen. Manche, 1952 auch Gurvič, erhielten sogar wieder Publikationsmöglichkeiten.⁶⁹

Eine Auswertung kommt auf 398 Personen, die 1948 bis 1953 in der Presse als „Kosmopoliten“ angegriffen wurden, 284 davon (71,4 %) waren Juden. 1948 erschienen in den führenden Blättern 23 Artikel, in denen Juden als „Kosmopoliten“ attackiert wurden. 1949 waren es 131 Artikel, davon nur 18 in den Monaten von April bis Dezember. Auch nur 18 Artikel wurden 1950 bis 1953 gezählt.⁷⁰ Offensichtlich wurde die Kampagne unvermittelt gebremst. Dies ist nur durch ein Eingreifen von oben zu erklären. Obwohl kein Dokument über das Ende der Kampagne bekannt ist, finden sich Hinweise, dass auch ihr antisemitischer Charakter (der sich zwei Monate offen entfalten konnte), dafür sorgte, dass sie weitgehend eingestellt wurde.

So beschreibt Ėrenburg, im März 1949 sei verkündet worden, er sei als „Kosmopolit Nummer eins entlarvt und verhaftet“. Er habe darauf Stalin in einem Brief um Erklärung gebeten, warum er nichts mehr veröffentlichen könne. Nach einer Rückfrage Malenkovs habe er wieder Publikationsaufträge erhalten. Fadeev habe

68 EEN, S. 1417 ff.

69 Maria Zezina, Crisis in the Union of Soviet Writers in the Early 1950s, in: Soviet and East European History 46 (1994), S. 649–666.

70 Pinkus, Soviet Government, S. 155 ff.

ihm später erklärt, Stalin habe anderthalb Monate nach Beginn der Kampagne die Namensenthüllungen kritisiert: „Das riecht nach Antisemitismus.“⁷¹ Deutlicher sind die Erinnerungen des Schriftstellers Konstantin Simonov, der an der Kosmopolitenkampagne aktiv teilnahm, aber 1951 das Recht eines Autors auf ein Pseudonym offen verteidigte. Stalin habe 1952 heftig gerügt: „Hier möchte jemand gerne unterstreichen, dass da einer einen Doppelnamen hat, unterstreichen, dass das ein Jude ist. Warum wird das unterstrichen, warum wird das gemacht? Wozu den Antisemitismus einbürgern?“⁷² Simonov kommentierte den heftigen Auftritt Stalins damit, dass dieser den Intellektuellen ein Spektakel vorführte, um sich von der anrühigen Affäre zu distanzieren.

Dennoch steckte mehr hinter Stalins Intervention. Er war selbst Nichtrusse, der ein russisches Pseudonym führte. Er argwöhnte, dass es in der Partei, vor allem in Leningrad, eine Strömung gab, die eine stärkere Berücksichtigung russischer Interessen forderte und die Dominanz von Nichtrussen in der Gesamtpartei ablehnte. Mitte Februar 1949 diskutierte das Politbüro, ob es neben der gesamtsowjetischen eine russische Partei geben solle.⁷³ Stalin widersetzte sich dem und der Forderung, die Hauptstadt der Russischen Föderation nach Leningrad zu verlegen. Dem aus Armenien stammenden Politbüromitglied Anastas Mikojan gegenüber bezeichnete er den als „Paten der Leningrader“ beschuldigten Gosplan-Chef Nikolaj Voznesenskij als „Großmachtchauvinisten“, der „Armenier, Georgier und sogar Ukrainer nicht als Menschen“ ansehe.⁷⁴ Während er den Leningrader vorwarf, die „Dominanz der Kaukasier“ abzulehnen, wollte Stalin Grenzen bei der „Entlarvung“ von Nichtrussen über Pseudonymaufdeckungen setzen. Die Leningrader Affäre war mehr als nur die Eindämmung russozentrischer Strömungen, wobei neben Clankämpfen auch eine Rolle spielte, dass einer der Leningrader Parteiführer in den Dreißigerjahren in Großbritannien gelebt hatte, wodurch verdächtige Westkontakte entstanden waren.

71 Èrenburg, *Ljudi*, Bd. 3, S. 103.

72 Konstantin Simonov, *Glazami čeloveka moego pokolenija. Razmyšlenija o I. V. Staline* [Mit den Augen eines Menschen meiner Generation. Überlegungen über J. Stalin], Moskau 1990, S. 211 f., S. 225 f.

73 David Brandenberger, Stalin, the Leningrad Affair, and the Limits of Postwar Russocentrism, in: *The Russian Review* 63 (2004), S. 241–255.

74 Anastas Mikoian, *Tak bylo. Razmyšlenija o minuvšem* [So war es. Überlegungen über das Vergangene], Moskau 1999, S. 559, S. 567.

„Kosmopoliten“ wurden nicht nur in den Zeitungen, sondern in Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen direkt angegriffen. Dies setzte sich auch nach dem Stopp der heftigsten Auswüchse der Presse fort. Auf Institutsversammlungen wurden Mitarbeiter verurteilt und zu „Selbstkritik“ gezwungen, was oft Auftakt zu Ausschlüssen aus Partei und Berufsverbänden, zu Entlassungen und Publikationsverboten war. Eine Ausnahme waren die Einrichtungen der Kernphysik, die Berija unterstellt waren, der eine Gefährdung des Atomwaffenprojekts durch Entlassung von Juden nicht hinnahm.⁷⁵ Im Juni 1950 verabschiedete das Politbüro eine Anordnung zur Kaderauswahl. Stalin ließ aus Suslovs Entwurf aber jeden Verweis auf den jüdischen Anteil streichen. Es blieb die Verpflichtung, jährlich dem ZK über die nationale Zusammensetzung der Apparate zu berichten. Aus diesen Berichten lässt sich ermessen, wie weit die Verdrängung von Juden aus der Nomenklatura ging. Von 1946 bis 1952 sank der jüdische Anteil in Leitungsfunktionen in der Ministerialbürokratie von 12,9 auf 3,9 %, unter den Unternehmens- und Bauleitern von 11,2 auf 4,6 %, den Leitern der zentralen Presse von 10,7 auf 5,4 %. Insgesamt ging die Zahl der jüdischen Funktionäre um über 60 % zurück.⁷⁶ Dabei blieb tabu, Juden als solche zu entlassen, selbst die Bezeichnung des „Kosmopolitismus“ war nicht nötig. In der Regel erfolgte die Entlassung wegen angeblicher Fehler, Amtsmissbrauch, Begünstigung von Verwandten oder familiärer Kontakte ins Ausland.

„Ärztetfall“ und „Zionisten“ im Geheimdienst

Auf Entlassungswelle und Einstellungsstopps reagierten Juden bisweilen mit schriftlichen Beschwerden.⁷⁷ Solche Kritik konnte den Verdacht des „jüdischen Nationalismus“ erst auf den Kläger ziehen. Im November 1950 wurde der jüdische Arzt Jakov Ètinger verhaftet, der im Herbst 1949 seine Arbeit verloren hatte. Er gehörte zur Elite der Sowjetmedizin und hatte prominente Politiker wie den Propaganda-Chef Aleksandr Ščerbakov behandelt. Durch Verbindungen zum Jüdischen Antifaschistischen Komitee war er belastet, seine Wohnung wurde abgehört und

75 David Holloway, *Stalin and the Bomb. The Soviet Union and Atomic Energy 1939–1956*, New Haven/London 1994, S. 206 ff.

76 Kostyrčenko, *Stalin*, S. 211 ff.; GA, S. 353 ff.

77 GA, S. 493 ff.

nach deutlicher Kritik an der Staatsführung wurde er festgenommen. Der Ermittler Michail Rjumin versuchte, ihm Aussagen über eine absichtliche Fehlbehandlung des 1945 gestorbenen Ščerbakov abzupressen. Ètinger überstand die Verhöre nicht und starb im März 1951 im Gefängnis. Am 2. Juli 1951 denunzierte Rjumin den Staatssicherheitsminister Abakumov, Ermittlungsergebnisse unterdrückt und Ètingers Tod herbeigeführt zu haben, um ein Komplott zu vertuschen.⁷⁸ Dass die folgende Verhaftung Abakumovs aber durch Rjumin als allein operierender Denunziant ins Rollen gebracht wurde, muss bezweifelt werden.

Die Neuorientierung der Staatssicherheit im Juli 1951 wird deutlicher, wenn man deren Aktivitäten in Osteuropa mitbetrachtet. In der Tschechoslowakei geriet der ZK-Generalsekretär Rudolf Slánský ins Visier, gegen den die sowjetischen Berater als westlichen und zionistischen Spion ermitteln wollten, was Stalin zunächst kritisierte.⁷⁹ Während er hier das antijüdische Vorgehen eindämmte, argwöhnte er, im sowjetischen Apparat werde eine jüdische Verschwörung nicht ernsthaft genug untersucht. Es ging nicht immer nur darum, den „jüdischen Einfluss“ zu beseitigen. Ein nicht zu unterschätzendes Motiv war die Korrektur der „Unprofessionalität“ der Staatssicherheit.

Damit war die Rjumin-Denunziation Teil einer größeren Säuberung des Sicherheitsapparats. Malenkov, der Rjumins Anzeige wohl redigierte (und womöglich als Intrige gegen Abakumov steuerte),⁸⁰ hatte umgehend einen Politbüro-Beschluss fertig.⁸¹ Abakumov wurden neben Dienstvergehen sein Versagen gegen den jüdischen Nationalismus vorgeworfen, auch weil die Verfolgung einer Terrororganisation jüdischer Jugendlicher ergebnislos geblieben sei.⁸² Abakumovs Verhöre wurden zum Ausgangspunkt der Aufdeckung einer „zionistischen Verschwörung“ im Ministerium, die zur Verhaftung der meisten verbliebenen jüdischen, aber auch einiger notorisch antisemitischer Ermittler führte. Einer von ihnen schrieb an Stalin: „Am intensivsten und erbarmungslosesten hasste ich die jüdischen Nationalisten, die ich als unsere gefährlichsten und heimtückischsten Feinde ansah. Dieses Hasses

78 LSM, S. 336 ff.; GA, S. 449.

79 Karel Kaplan, Report on the Murder of the General Secretary, Columbus 1990, S. 121 ff.; Kostyrčenko, Tajnaja politika Stalina, S. 503.

80 Sudplaton, Razvedka, S. 352.

81 LSM, S. 343 ff.

82 Ebenda, S. 384 ff.

wegen betrachteten mich nicht nur die Verhafteten, sondern auch frühere MGB-Personalangehörige jüdischer Nationalität als Antisemiten.“⁸³ Beachtenswert ist, wie er gemäß der offiziellen Sprachregelung weder sich als Antisemiten noch seine Feinde einfach als „Juden“ bezeichnete.

Die neue Ermittlungsrichtung unterstellte, der mit den „Zionisten“ kooperierende Abakumov habe von absichtlichen Fehlbehandlungen durch Ärzte ablenken wollen. Als Täterin aus dem medizinischen Apparat wurde Sofija Karpaj verdächtigt und am 16. Juli 1951 verhaftet. Sie war die einzige Person jüdischer Nationalität unter den Kremlärzten, die im Sommer 1948 den todkranken Ždanov behandelt hatten. Damals hatte die Ärztin Lidija Timašuk der Staatssicherheit eine unangemessene Behandlung gemeldet. Die medizinisch durchaus fundierte Anzeige wurde weitergereicht, von Stalin aber ihre Ablage ins Archiv angeordnet. Entgegen späteren Behauptungen war Timašuk wohl keine Mitarbeiterin der Staatssicherheit,⁸⁴ nichts spricht dafür, dass gezielt kompromittierendes Material gegen die Ärzte zusammengetragen wurde. Noch spekulativer ist die Ansicht, die fehlerhafte Behandlung des damals degradierten Ždanov sei auf den Willen Stalins zurückzuführen.⁸⁵

Intensiver als gegen „Verschwörer“ in der Medizin wurde 1951 gegen solche im Geheimdienst MGB ermittelt. Ohnehin wollte Stalin den „verweichlichten“ Mitarbeiterstab und das Agentennetz verringern und mit frischen Kräften erneuern.⁸⁶ Dies war für Stalin wohl wichtiger als die Ärzte, und lange vor deren „Fall“ war in der Medizin eine Verdrängung der stark vertretenen Juden in Gang gekommen.⁸⁷ Das Ärztethema wurde auch zugespielt, um zu beweisen, wie sehr die Staatssicherheit gegen den „Zionismus“ versagt habe. Im November 1951 ordnete Stalin die Verhaftung Slánskýs an, wobei der Auslöser ein Brief war, der den Generalsekretär

83 Alexander Jakovlev, *Ein Jahrhundert der Gewalt in Sowjetrußland*, Berlin 2004, S. 295.

84 GA, S. 430 f.; Kostyrčenko, Stalin, S. 249 f.

85 So bei Jonathan Brent/Vladimir Naumov, *Stalin's Last Crime: The Plot Against the Jewish Doctors 1948–1953*, New York 2003, S. 85 ff.

86 Nikita Petrov, *Repressii v apparate MGB v poslednie gody žizni Stalina, 1951–1953* [Repressionen im Apparat des MGB in den letzten Lebensjahren Stalins], in: *Cahiers du monde russe* 44 (2003), S. 403–436.

87 Christopher Burton, *Soviet Medical Attestation and the Problem of Professionalisation under Late Stalinism, 1945–1953*, in: *Europe-Asia Studies* 57 (2005), S. 1211–1229.

zur Flucht in den Westen aufforderte.⁸⁸ Die ihm abgezwungenen „Geständnisse“ halfen, das Feindbild weiter zu verfestigen. Im Dezember wurde eine MGB-Unterabteilung „Zur Ausmerzung des jüdischen zionistisch-bundistischen und religiösen Untergrunds“ gegründet.⁸⁹

1952 nahm Rjumin den Fall des Jüdischen Antifaschistischen Komitees wieder auf. Im Sommer wurde der Prozess eingeleitet, bei dem die Anklage so dürftig war, dass der Richter Zweifel anmeldete. Nachdem er auf das vom Politbüro beschlossene Urteil hingewiesen hatte, verhängte er im August 1952 mit einer Ausnahme über alle Angeklagten, darunter die führenden jiddischen Autoren des Landes, die Todesstrafe.⁹⁰ Parallel wurden bei den „Tochterverfahren“ gegen weitere 110 Mitglieder des Jüdischen Antifaschistischen Komitees zehn Personen zum Tode verurteilt.⁹¹ Bei den Verhören hatte Rjumin Namen von 213 Vertretern der jüdischen Kulturprominenz, darunter auch den von Il'ja Ėrenburg, zusammengestellt. Ihre Einbeziehung in das Verfahren wurde jedoch nicht zugelassen.⁹² Vier „Mitglieder“ einer „zionistischen“ Zelle im Kuznecker Metallurgiekombinat im September 1952 waren die letzten Juden, die unter Stalin hingerichtet wurden, sieht man von den im Dezember 1952 exekutierten Prager Schauprozessopfern ab.⁹³

Auch gegen Slánský wurde mit der Behauptung absichtlicher Ärztefehler⁹⁴ auf einen schon im Moskauer Prozess 1938 bewährten Mythos zurückgegriffen. Im Sommer 1952 wurde die Anzeige Timašuks im Archiv „entdeckt“, sie selbst wurde befragt und sagte aus, dass ihre Kritik bei dem Leningrader Parteiführer Aleksej Kuznecov kein Gehör gefunden habe.⁹⁵ Ende Oktober 1952 berichtete Sicherheitsminister Semen Ignat'ev, trotz erwiesener Fehler der Ärzte lägen keine Geständnisse

88 Nach Igor Lukes, *The Rudolf Slansky Affair. New Evidence*, in: *Slavic Review* 58 (1999), S. 160–187, war der Brief tatsächlich Produkt einer Emigrantenorganisation.

89 Kostyrčenko, *Stalin*, S. 185 f., S. 264.

90 GA, S. 182 ff.; Lustiger, *Rotbuch*, S. 348 ff.

91 Kostyrčenko, *Tajna politika Stalina*, S. 507.

92 Kostyrčenko, *Stalin*, S. 189.

93 Elena Genina, *Kampanija po bor'be s kosmopolitizmom v Kuzbasse (konec 1940-chnačalo 1950-ch gg.)* [Die Kampagne gegen den Kosmopolitismus im Kuzbass. Ende 40er- bis Anfang 50er-Jahre], *Krasnojarsk* 2003, S. 11 ff. Vgl. GA, S. 378 ff.; Kostyrčenko, *Stalin*, S. 239 f.

94 Kaplan, *Report*, S. 217.

95 Brent/Naumov, *Stalin's*, S. 206.

vor. Danach wurde Rjumin wegen seiner Unfähigkeit, die Beteiligung ausländischer Geheimdienste aufzudecken, von seinem Posten entfernt.⁹⁶

Stalin interpretierte die Fehlbehandlungen der Ärzte nicht nur als Teil einer jüdisch-amerikanischen Verschwörung, sondern forderte auch die Untersuchung einer Einflussnahme des britischen Geheimdienstes über die „Leningrader“. Bis November 1952 waren zunächst vier nichtjüdische Mediziner festgenommen worden. Nach der Verhaftung von Miron Vovsi, ein Cousin von Michoëls, wurde die antijüdische Komponente forciert. Ihm wurden Aussagen über Michoëls und seine Verbindungen mit zionistischen Zirkeln in den USA abgepresst – und das war das eigentliche Thema: Ende November fasste ein Vernehmungsprotokoll die dem MGB-Mitarbeiter Jakov Broverman abgerungene Beichte zusammen: „Wir schlossen uns der Ansicht an, dass die Juden durch ihre angeblichen besonderen Intelligenzeigenschaften von der Geschichte berufen sind, die Welt zu regieren. Als Beispiel für unser Denken bezogen wir uns auf die amerikanischen Juden.“⁹⁷ Am 1. Dezember 1952 verhandelte das Präsidium des ZK das „Schädlingwesen“ in der Medizin und die Lage im MGB. Stalin wetterte gegen die Misserfolge bei der Aufdeckung der Verschwörung und machte klar: „Jedlicher jüdische Nationalist ist Agent des amerikanischen Geheimdienstes. Die jüdischen Nationalisten glauben, dass die USA ihre Nation gerettet haben (dort kann man reich werden, ein Bourgeois usw.). Sie glauben, sie seien den Amerikanern verpflichtet. Unter den Ärzten gibt es viele jüdische Nationalisten.“⁹⁸

Die Festnahmen unter MGB-Mitarbeitern und Medizinerinnen weiteten sich im Dezember und Januar weiter aus. Insgesamt wurden 13 jüdische und 15 nichtjüdische Ärzte verhaftet, dazu zehn Familienmitglieder.⁹⁹ Anfang 1953 wurde die Anklageschrift gegen Abakumov zusammengetragen. Hier war ein Geheimverfahren vorgesehen, während der „Ärztedefall“ in den Vordergrund gerückt wurde. Erstmals wurde in der Nachkriegs-Sowjetunion eine „Verschwörung“ publik gemacht. Die Pressemeldung dazu wurde am 9. Januar 1953 entworfen und von Stalin nachträglich redigiert.¹⁰⁰

96 LSM, S. 520 ff.; GA, S. 455.

97 Brent/Naumov, Stalin's, S. 262 f.

98 GA, S. 461 f.

99 Kostyrčenko, Stalin, S. 260.

100 GA, S. 464 f.

Am 13. Januar berichtete die Nachrichtenagentur TASS über die „terroristische Ärztegruppe“. Neun namentlich genannte Ärzte, sechs davon Juden, hätten falsche Behandlungen bei Ždanov und Ščerbakov sowie hochrangigen Militärs durchgeführt. „Die Mehrheit der Mitglieder der terroristischen Gruppe [...] war mit der internationalen jüdischen bürgerlich-nationalistischen Organisation ‚Joint‘ verbunden. [...] Der festgenommene Vovsi erklärte den Ermittlern, er habe die Anweisung ‚über die Ausrottung der Führungskader der UdSSR‘ aus den USA von der Organisation ‚Joint‘ über den bekannten jüdischen bürgerlichen Nationalisten Michoëls erhalten. Andere Mitglieder der terroristischen Gruppe [...] erwiesen sich als langjährige Agenten des englischen Geheimdiensts.“¹⁰¹ Ein von Stalin redigierter Pravda-Artikel ergänzte, die „internationale jüdische zionistische Organisation“ und die Agenten der Engländer hätten in ihrer „fieberhaften Vorbereitung eines neuerlichen Weltkrieges ihre Kundschafter“ geschickt, „um das zu verwirklichen, woran die Hitlerleute gescheitert sind – in der UdSSR ihre subversive ‚fünfte Kolonne‘ zu schaffen“. Dennoch lauere die Gefahr im Inneren: „Gutmütigkeit und Selbstzufriedenheit“. Die Sicherheitsorgane und die Verantwortlichen im Gesundheitsministerium seien nicht wachsam genug gewesen. Zwar würden „die Söldlinge wie Giftschlagen zertreten“, doch gebe es noch einen Feind: die „Unbekümmertheit unserer Leute“.¹⁰² Diese Vorgaben für die folgenden, von antisemitischen Klischees durchsetzten Presseartikel enthielten keinen expliziten Angriff auf „Juden“, auch nicht auf „Kosmopoliten“. Es fehlte der Angriff auf Israel, aber auch die Distanzierung vom Antisemitismus.

In internen Berichten der Parteiorgane über Reaktionen in der Bevölkerung wird der „gerechte Zorn“ der Arbeiter dargestellt. Man glaube, dass die Affäre mit der vom Juden Eisenhower vorbereiteten biologischen Kriegsführung zusammenhänge. Die Bestrafung aller Juden wurde gefordert, ihre Deportation nach Sibirien oder die Vertreibung nach Palästina, ebenso ihre Entfernung aus allen Führungspositionen oder Lehrinrichtungen. Jüdische Ärzte verlören Patienten, die Bevölkerung diskutiere die Häufung von Todesfällen in Krankenhäusern. Manche antijüdischen Forderungen wurden in den Parteiberichten missbilligt, Angriffe auf Juden oder aggressive Graffiti als Indiz mangelhafter Erklärung

101 SK, S. 651 f.

102 LSM, S. 556 ff.

gewertet.¹⁰³ Als sich antisemitische Flugblätter – die TASS-Meldung mit dem traditionellen „Schlage die Jidden“ ergänzend – häuften, kam es zu Festnahmen.¹⁰⁴ Juden befürchteten, Entlassungen seien der Auftakt zu ihrer Vernichtung. Man versuche sie wegen Verwandtschaftsbeziehungen in die USA zu Agenten zu stilisieren.¹⁰⁵ Nicht jeder verfiel der antijüdischen Hysterie. Eine Auswertung von Briefen ergab, dass etwas über die Hälfte von ihnen antisemitische Angriffe enthielten, die anderen aber ohne solche auskamen.¹⁰⁶ Briefe von Nicht-Juden nach dem Tod Stalins waren zwar zu über einem Drittel antisemitisch, aber zu 15 % kritisierten sie die „pogromartige Pressekampagne“.¹⁰⁷

Die Erwartung einer Deportation aller Juden findet sich in vielen dieser Berichte. Auch in der Nachkriegszeit gab es solche Operationen gegen ethnische Gruppen,¹⁰⁸ der Pravda-Verweis vom 13. Januar auf die gescheiterte „fünfte Kolonne“ erinnerte an die deportierten Wolgadeutschen. Angeblich gab es 1948 über eine Massenumsiedlung nach Birobidžan ein Gespräch zwischen Suslov und Vertretern der sowjetischen Juden. Selbst wenn dieses nicht stattfand, haben Gerüchte darüber zur Verfestigung der Deportationsidee beigetragen.¹⁰⁹ Im Dezember 1949 berichtete ein sowjetisches Memorandum aus Israel, die Presse habe dort von der Deportation Hunderttausender sowjetischer Juden berichtet.¹¹⁰

103 Mordechai Altshuler, *The Party and Popular Reaction to the „Doctors’ Plot“*, (Denpro-petrovsk Prvince, Ukraine), in: *Jews in Eastern Europe* 21 (1993), S. 49–65; ähnlich aus Sibirien: Genina, *Kampanija*, S. 66 ff.

104 Michail Micel, *Evrei Ukrainy v 1943–1953 gg. Očerki dokumentirovannoj istorii* [Die Juden der Ukraine 1943–53. Studien einer dokumentierten Geschichte], Kiew 2004, S. 256 ff.

105 Leonid Smilovitsky, *Belorussian Jewry and the „Doctors’ Plot“*, in: *East European Jewish Affairs* 27 (1997) 2, S. 141–161.

106 Mordechai Altshuler, *More About Public Reaction to the Doctors’ Plot*, in: *Jews in Eastern Europe* 30 (1996), S. 24–57.

107 Alexander Lokshin, *The Doctors’ Plot: The non-Jewish Reponse*, in: Yaacov Ro’i (Hrsg.), *Jews and Jewish Life in Russia and the Soviet Union*, Essex 1995, S. 157–167.

108 Vor allem 1949 aus den drei baltischen Republiken 94 000 Menschen; SD, S. 643 ff., S. 796 ff.; Bugaj, L. *Berija*, S. 221 ff.

109 Mark Kupoveckij, *Poslednij sovetskij evrejskij nackadr Aron Vergelis* [Der letzte sowjetische jüdische Nationalkader Aron Vergelis], in: *Idiš. Jazyk i kultura v Sovetskom Sojuze* [Jiddisch. Sprache und Kultur in der Sowjetunion], Moskau 2009, S. 53–105.

110 DISR, S. 562. Im Februar 1950 meldete Israels Botschafter, Deportationen aus Moskau nicht bestätigen zu können (ebenda, S. 590).

Letztes Rätsel der Epoche – drohte eine Judendeportation?

Aus den Gerüchten schält sich ein Stufenkonzept heraus: Nach einem Schauprozess gegen die Ärzte und ihrer öffentlichen Hinrichtung werde es zu wütenden Reaktionen aus der Bevölkerung kommen, die Juden würden zu ihrem Schutz nach Osten umgesiedelt. Dies wurde später zum Bestandteil eines Teils der Historiografie des Spätstalinismus,¹¹¹ mit Berichten über Listen von Juden und neu errichtete Baracken, über Sonderzüge und eine in Millionenaufgabe gedruckte Rechtfertigungsschrift des Parteiideologen Dmitrij Česnokov.¹¹² Doch nach der Öffnung der Archive ist von alledem nichts nachzuweisen. Zwar können Dokumente nach Stalins Tod vernichtet worden sein, aber dass dies so vollständig geschehen sein soll, ist abwegig. Warum sind so viele Dokumente erhalten, die mindestens so sehr wie eine Deportation von Juden die Täter kompromittieren – gerade über die „nationalen Operationen“?

Als Argument in einer Debatte vor allem zwischen Gennadij Kostyrčenko als Kritiker der Deportations-These und Vladimir Naumov als ihr Verteidiger hat letzterer Dokumente über Lager präsentiert, die im Februar 1953 errichtet werden sollten. Doch nicht nur, dass deportierte Ethnien in „Sondersiedlungen“ und nicht in Lager verschleppt wurden, spricht gegen den Fund: Diese Lager waren für „deutsche, österreichische und andere ausländische Verbrecher“ vorgesehen.¹¹³ Nichts deutet auf eine Tarnbezeichnung hin – auch wenn man den Anschein des Antisemitismus vermeiden wollte, so wären solche Lager für „zionistische Agenten“ o. Ä. errichtet worden.

Eine Stütze der Deportationsthese ist ein Brief, den jüdische Prominente 1953 unterschreiben sollten, in dem um die Deportation als „Schutzmaßnahme“ gebeten worden sein soll. Tatsächlich gibt es zwei Briefentwürfe, beide ohne Erwähnung einer solchen Maßnahme. Der erste datiert vom 29. Januar und behauptet, jüdische

111 Beispiele für die unklaren Grenzen zu literarischen Erzeugnissen bei Jean-Jacques Marie, *L'Antisémitisme en Russie de Catherine II à Poutine*, Paris 2009, S. 353 f.; Kostyrčenko, Stalin, S. 352 ff.

112 Česnokov griff 1952 Nationalismus und Reste eines „zoologischen“ Chauvinismus an, speziell als Folge der deutschen Propaganda im Krieg (Weiner, *Making Sense*, S. 38).

113 MGB-Memorandum vom 30. 1. 1953 an Malenkov mit Aufstellung über 5337 Gefangene (Brent/Naumov, Stalin's, S. 294 f.).

Milliardäre hätten ihr zionistisches Netz in den Dienst der reaktionärsten Kräfte des Imperialismus gestellt. Die ganze Welt wisse, dass das russische Volk die Juden vor der völligen Vernichtung gerettet habe. Doch unter „einigen Elementen der jüdischen Bevölkerung“ gebe es Überbleibsel bürgerlich-nationalistischer Strömungen. Der Brief schloss mit der Forderung der gnadenlosen Bestrafung der Verbrecher.¹¹⁴ Es gelang nicht, alle geforderten Unterschriften zu erhalten. Auch der Schriftsteller Veniamin Kaverin, der sich später an den Entwurf als Bestätigung der Gerüchte über ein fernöstliches Getto erinnerte, suchte sich zu entziehen.¹¹⁵ Er wandte sich an Ėrenburg, der ein Schreiben an Stalin richtete: Ein Brief von Menschen, die durch ihre Herkunft vereint seien, könne missverstanden werden. Es werde ein „jüdisches Volk“ angesprochen, obwohl es ein solches doch nicht gebe. Daneben verwies er auf die bedenkliche Wirkung des Briefes auf die Friedensbewegung und die Gefahr seiner Ausnutzung durch die antisowjetische Propaganda.¹¹⁶ In einem zweiten Briefentwurf vom 20. Februar wurde deutlicher betont, dass nicht alle Juden gemeinsame Interessen hätten. Alle jüdischen Werktätigen hätten einen Feind – die imperialistischen Unterdrücker. Zum besseren Zusammenschluss der progressiven Kräfte des jüdischen Volkes solle eine Zeitung gegründet werden. Der Wunsch einer Bestrafung fehlte.¹¹⁷

Die Briefentwürfe sind keinerlei Beleg für einen Deportationsplan, doch auch keine sichere Widerlegung. Ähnlich diffus ist, was sich an den Erinnerungen von Opfern und Verantwortlichen ablesen lässt. Rjumin soll bei einem Verhör gedroht haben, der Regierung die Ausweisung der Juden aus Moskau vorzuschlagen.¹¹⁸ Weder den Erinnerungen des Geheimdienstmanns Pavel Sudoplatov ist etwas über Deportationspläne zu entnehmen noch den Memoiren der Opfer Jakov Rappoport¹¹⁹

114 GA, S. 470 ff.

115 Veniamin Kaverin, *Ėpilog. Memuary* [Epilog. Memoiren], Moskau 1997, S. 333. Kaverin schreibt nicht, dass in dem Dokument dieses Getto explizit gefordert wurde.

116 GA, S. 478 f. In seinen Memoiren deutete er an, geglaubt zu haben, mit einem Brief Stalin von seinen Plänen – die er nicht beschreibt – abgebracht zu haben, doch seien diese auch so ins Stocken gekommen (Ėrenburg, *Ljudi*, Bd. 3, S. 228).

117 GA, S. 474 ff.

118 Brent/Nazumov, *Stalin's*, S. 182, S. 243.

119 Jakov Rappoport, *Na rubeže dvuch epoch. Delo vračej 1953 goda* [An der Grenze zweier Epochen. Der Ärztefall 1953], Moskau 1988. Er berichtet, wie die Ermittler bestrebt waren, Aussagen gegen weitere nur jüdische Mediziner zu erzwingen, über die sie bereits fertige Listen hatten.

und Ètinger. Letzterem, Sohn des 1950 verhafteten Arztes und damals selbst inhaftiert, hat 1970 das Mitglied des ZK-Präsidiums Nikolaj Bulganin angebliche Details der Deportation berichtet – eine eigene Aufzeichnung gibt es von Bulganin nicht.¹²⁰ Nikita Chruščev berichtete in seinen Erinnerungen über die Folter der Ärzte, aber von Deportationen und Antisemitismus ist dabei keine Rede.¹²¹ Das ist erstaunlich, da er sich ohne Bezug auf den Ärztefall ausführlich über Stalins Judenfeindschaft verbreitete. 1956 erklärte er vor polnischen Parteiführern, Stalin habe Ende 1952 gefordert, eine Art Pogrom zu organisieren.¹²²

Eine deutliche Aussage findet sich bei Mikojan, der Kaganovičs Verstörung schildert, als dieser den Brief unterschreiben sollte. Mikojans Darstellung schließt: „Das war anderthalb Monate vor Stalins Tod, als die ‚freiwillig-erzwungene‘ Ausiedlung der Juden aus Moskau vorbereitet wurde.“¹²³ Die Knappheit der Aussage irritiert, und sie wurde auch nicht von Mikojan, sondern von dessen Sohn posthum in den Text aufgenommen.¹²⁴ Mikojans Wissen war beschränkt, wie Molotov war er zur fraglichen Zeit aus dem Machtzentrum verdrängt. Molotov war über seine Frau und durch Stalins fixe Idee, er könne „amerikanischer Agent“ sein,¹²⁵ massiv von der „Ärzteaffäre“ bedroht. Es gibt von ihm über das Deportationsthema aber keine Aussage.

Kaganovič erklärte in den Achtzigerjahren: Dass er die Deportation organisieren sollte und erbost seinen Parteiausweis vor Stalin geworfen habe, sei eine Lüge. Befragt, ob es über eine Deportation Diskussionen gegeben habe, reagierte er sehr heftig und bestritt, dass jemals darüber gesprochen worden sei. Er erinnerte sich aber an ein Gespräch mit Malenkov und Èrenburg über den Brief. Vor Stalin habe er erklärt, er könne den Brief nicht als jüdischer Aktivist, der er nicht sei, sondern nur als Politbüromitglied unterschreiben.¹²⁶ Šepilov war als Pravda-Chef nahe am

120 Jakov Ètinger, *Èto nevozmožno zabyt'. Vospominanija* [Unmöglich das zu vergessen. Erinnerungen], Moskau 2001, S. 103 ff.; Ètingers Darstellung, wie ihm ein Briefftext mit Deportationsforderungen zugespielt worden sein soll, ist zu fantastisch, als dass sie als Quelle akzeptierbar wäre.

121 Nikita Chruščev, *Vremja, Ljudi, Vlast. Vospominanija v 4-ch kn.* [Zeit, Menschen, Macht. Erinnerungen in vier Büchern], Bd. 2, S.89 f.

122 Teresa Tornańska, *Oni* [Sie], Warschau 1990, S. 379 ff., Interview mit Stefan Staszewski.

123 Mikojan, *Tak bylo*, S. 536.

124 Laut S. Madievskij unter Berufung auf Mikojans Sohn, Kostyrčenko, Stalin, S. 357.

125 Čuev, *Sto sorok*, S. 473 ff.; Chruščev, *Vremja*, Bd. 2, S. 98 f.; Mikojan, *Tak bylo*, S. 574 ff.

126 Čuev, *Tak govoril*, S. 174 ff.

Geschehen und an der Abfassung der Schlüsseltexte beteiligt. In seinen Erinnerungen schweigt er dazu. Er berichtet von Gerüchten über Entlassungen von Juden und über sein Entsetzen über den Antisemitismus. Diese Heuchelei nimmt dem Nicht-Erwähnen einer Deportation den Aussagewert.¹²⁷

All dies spricht gegen einen ernsthaften Deportationsplan. Aber es lässt auch den Schluss zu, dass dennoch „etwas gewesen“ ist. Und das wäre logisch: Auch bei den parallelen Säuberungsaktionen, bei der Leningrader und der Mingrelier-Affaire, wurde mit Deportationsbeschlüssen reagiert.¹²⁸ Solche Aktionen gegen die gefährlichsten Vertreter einer Feindgruppe (nicht mehr Erschießungen wie 1937/38) waren übliche Praxis. Warum sollten die Parteiführer sie gegen die „jüdischen Nationalisten“ nicht in Erwägung gezogen haben? Sie hätten sich nicht auf alle Juden bezogen, man hätte die Abonnenten der Zeitung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees oder Leserbriefschreiber verhaften können. Plausibler als dass so etwas nicht einmal angedacht wurde, ist, dass man es auf informelle Weise tat und dann die Idee verwarf. Vielleicht war es auch nur ein Ausbruch Stalins in der von Chruščev geschilderten Art, der seine Umgebung irritierte. Dies hätte genügt, Gerüchten Nahrung zu geben, und wäre ein Grund, warum keine Dokumente verfasst wurden. Dass es bei einem Weiterleben Stalins zu konkreten Planungen gekommen wäre, dass man zu Repressionen gegriffen hätte, ist möglich und hätte als Schlag gegen den „Zionismus“ (nicht gegen „alle Juden“) in der Logik des Systems erfolgen können – eine ernsthaft geplante Maßnahme hätte dann umfangreichen administrativen Aufwand bedeutet, für die es Spuren geben müsste.¹²⁹

Es scheint Ende Februar 1953 ein Eingreifen gegeben zu haben, die Hetze in der Presse einzudämmen, die zuvor um die Anklage von Juden als Wirtschaftsverbrecher ausgeweitet worden war.¹³⁰ Ähnlich wie beim „Kosmopolitismus“ ging die Kampagne ziemlich abrupt zurück. Letztmalig sprach die Pravda die „Mörderärzte“

127 Dmitrij Šepilov, *Vospominanija* [Erinnerungen], in: *Voprosy istorii* (1998) 7, S. 30 f.

128 LSM, S. 373 ff. (Georgien, Nov. 1951); LSM, S. 303 f. (Deportation von 1500 „Feinden“ aus Leningrad, Jan. 1950).

129 „Alle Juden“ würden über 2 Mio. Menschen bedeuten, fast so viele wie es 1953 Sondersiedler gab (2,7 Mio, vgl. Bugaj, L. Berija, S. 263). Juden lebten verstreuter als jede andere „bestrafte“ Ethnie. Daher ist es unwahrscheinlich, dass man mit administrativen Akten bis nach der Durchführung einer Maßnahme gewartet hätte.

130 EEN, S. 398 f.; DSIR, S. 877.

am 27. Februar an. Die Verhöre und Verhaftungen gingen weiter.¹³¹ Als Stalin am 1. März einen Schlaganfall erlitt, waren die Kampagne und die weitere Planung an einem toten Punkt angekommen – bevor es zur Vorbereitung eines Prozesses oder weiteren Maßnahmen kam.

Schon einen Monat nach Stalins Tod (am 5. März) wurden die Ärzte rehabilitiert, viele an ihrer Verfolgung Beteiligte wurden verhaftet und hingerichtet. Ein Teil des Wissens über die Vorgänge stammt aus den Verhörprotokollen, und man darf diesen kein volles Vertrauen schenken. Berija und Malenkov versuchten, alle Verantwortung auf Abakumov abzuwälzen. Angesichts der Vertuschungsversuche muss bezweifelt werden, dass die Vorgänge vollständig zu rekonstruieren sind – dennoch gibt es keinen Grund, die „große Deportation“ anders als eine Legende zu bezeichnen.

Judenverfolgung ohne Antisemitismus?

Eine gängige Deutung der Stoßrichtung des späten Stalinismus gegen die Juden ist Stalins persönliches Ressentiment. Oft wird das Vorurteil im Zirkelschluss gefolgert: Die Maßnahmen gegen Juden belegen den Antisemitismus, mit dem sich wiederum die Verfolgungen erklären lassen. Was in dieses geschlossene Bild nicht passt – etwa dass einige jüdische Parteiführer oder Literaten unangetastet blieben, wird als Maskieren oder Dosieren auf einem ansonsten zu einem klaren Ziel führenden Weg gedeutet.

Frühe antijüdische Äußerungen Stalins gegen politische Gegner sind belegt. In einem Fall sind sie – als „Scherz“-Zitat über einen „Pogrom“ gegen die Menschewiki – in Stalins Werke aufgenommen worden.¹³² Doch nicht nur in diesen Schriften, auch in den seit der Archivöffnung publik gewordenen Korrespondenzen, Reden, Dokumenten findet man kaum pauschale Aussagen über Juden. Dieser Fragenkomplex hat Stalin wenig beschäftigt – eine antijüdische Obsession lässt sich kaum ablesen. Den Erinnerungen aus dem Führungskreis zufolge hat Stalin sich aber grobe

131 Žores Medvedev, *Stalin i evrejskaja problema. Novyj analiz* [Stalin und das jüdische Problem. Neue Analyse], Moskau 2003, S. 210 ff., S. 269. Nur Stalin habe dies veranlassen können, er habe die Kampagne damit beenden wollen.

132 So 1907. Siehe Werke, Bd. 2, Berlin 1950, S. 46; vgl. Vetter, *Antisemiten*, S. 283 f.

antijüdische Ausfälle erlaubt. Chruščev verstand auch Aufforderungen, Juden durchzuprügeln, kaum als konkreten Auftrag, aber er leitete daraus Stalins Ablehnung der jüdischen Nation ab. Der habe gern die jüdische Aussprache nachgemacht und nur in Anwesenheit Kaganovičs darauf verzichtet.¹³³ Dies wird von Kaganovič bestätigt: Dass er – anders als Mikojan bei Armenier-Witzen – nicht lachen könne, habe er Stalin mit der „jüdischen Empfindlichkeit“ erklärt, worauf dieser dem Charakterzug der Juden als „Mimosen“ zugestimmt habe.¹³⁴ Molotov bestritt, dass Stalin Antisemit gewesen sei. Er habe beim jüdischen Volk „Arbeitsfähigkeit, Zusammenhalt, politische Aktivität“ diagnostiziert. Tatsächlich, so Molotov, seien die Juden ja auch aktiver als der Durchschnitt „in die eine wie in die andere Richtung“.¹³⁵

Ein geschlossenes antisemitisches Weltbild ist bei Stalin nicht nachzuweisen. Ohne besonderen Bezug auf Juden, aber diese immer auch einschließend und dem Antisemitismus strukturell ähnlich, basierte seine Weltsicht auf Feind- und Verschwörungspubien. Dazu kam die Einschätzung ethnischer Diversität als Risikofaktor: Menschen werden durch tradierte Bindungen zu Feinden der Sowjetmacht – Bindungen, die vom feindlichen Ausland als Sprengmittel instrumentalisierbar sind. All dies reichte, dass die Juden auch ohne persönliche Ressentiments ins Koordinatensystem der stalinistischen Feinderklärung geraten konnten. So wie für die Gewalt gegen die griechische Minderheit kein „Antihellenismus“ nötig war, muss für die Judenverfolgungen kein Antisemitismus gefolgert werden. 1949 erklärte der Gesandte Israels, das Regime bekämpfe nach wie vor den Antisemitismus; 1950 bestritt er, dass es im Antizionismus ein Element des Antisemitismus gebe. Doch die sowjetische Regierung sei zu radikalen Lösungen bereit, sie habe gerade die Griechen umgesiedelt, den Juden könne Ähnliches drohen.¹³⁶

Es reichte die Neuordnung des globalen Staatensystems nach 1945, die aus der jüdischen Diasporanation ohne „Auslandsbasis“ eine Minorität mit einer solchen

133 Chruščev, *Vremja*, Bd. 2, S. 45 ff.

134 Čuev, *Tak govoril*, S. 174 ff.; vgl. ebenda, S. 128.

135 Čuev, *Sto sorok*, S. 274.

136 DSIR, S. 648 f. 58 000 Griechen wurden im Mai/Juni 1949 nach Kasachstan deportiert. Vgl. SD, S. 665 ff, S. 797 ff.; N. Bugaj/A. Koconis, „Objazat' NKVD SSSR ... vyselit' Grekov“ [„Das NKVD der UdSSR ist zu verpflichten ... die Griechen auszusiedeln“], Moskau 1999, S. 44 ff.

werden ließ. Ihre Position im Kalten Krieg glich den zehn Jahre zuvor verfolgten Minoritäten – nun als „fünfte Kolonne“ eines neuen Feindes. Deutlich wird dies in einer Eingabe des verhafteten MGB-Angehörigen E. Pitovranov im April 1952 an Stalin: Er erklärte, dass die „jüdischen Nationalisten“ eine „nicht geringere, wenn nicht sogar eine noch größere Gefahr darstellen als die deutsche Kolonie in der UdSSR vor dem Krieg“.¹³⁷ Damit traf er den Punkt und wurde von Stalin rehabilitiert. Die Maßnahmen 1948/53 müssen gemäß der Logik der nationalen Operationen von 1937/38 gedeutet werden: Es ging nicht um das gesamte ethnische Kollektiv, sondern um die „gefährlichsten Nationalisten“. In die Verschwörungen gehörten nicht nur Angehörige der beschuldigten Leitethnie – wie russische Mitarbeiter deutscher Firmen 1938 „deutsche Agenten“ waren, so waren 1951 selbst Antisemiten „Zionisten“. Umgekehrt ähnelte das (latente) Feindbild gegen Polen, Deutschen, Balten strukturell dem antijüdischen Vorurteil: Westlich orientierte, illoyale Minderheiten mit eigener Bildungstradition, religiös-kulturell schon immer als Fremde beargwöhnt. Die Juden waren zu einer Feindnation nicht des Typs der rückständigen Koreaner oder Kaukasus-Völker geworden, die summarisch verschleppt wurden – sie waren wie ihre polnischen Pendants von „Schädlingen“ durchsetzt, die gezielt aufzuspüren waren. Auch daher wäre eine Massendeportation die der stalinistischen Logik weniger entsprechende Maßnahme gewesen.

Diese Logik relativiert die paranoiden Züge der Maßnahmen. Für die Stalinisten war die Vernichtung jeder „Opposition“ einer der Gründe für den Sieg gegen Deutschland. Jahre später erklärte Molotov: „Wir verdanken dem Jahr 1937, dass es im Krieg bei uns keine fünfte Kolonne gab.“¹³⁸ Das Konzept der präventiven Feindvernichtung auf einen vagen Verdacht hin, das Molotov 1952 selbst bedrohte, war universal anwendbar. Wenn Timašuks Anzeige nur zu 10 % zutraf, so erklärte Stalin, liege ein „positives Faktum“ vor¹³⁹ – das dann jegliche Art von Gewalt rechtfertigte. Wenn eine Ethnie in Verdacht geriet, waren Maßnahmen zur Unschädlichmachung zumindest ihrer gefährlichsten Vertreter zwingend. Eine als „feindlich“ eingestufte ethnische Gruppe galt sogar als größere Gefahr verglichen mit sonstigen Feinden: Im November 1948 wurde beschlossen, die deportierten Nationalitäten für immer in den Sondersiedlungen zu belassen. Für als Täter Verfolgte galt dies nicht, sie

137 Petrov, *Repressii*, S. 419.

138 Čuev, *Sto sorok*, S. 390.

139 Chruščev, *Vremja*, Bd. 2, S. 89.

konnten auf Entlassung hoffen. Das Regime bestrafte härter, als was jemand geboren war, als das, was jemand getan hatte.¹⁴⁰

Man darf jedoch die Unterschiede zwischen 1938 und 1948 nicht übersehen. Der Viertelmillion Hingerichteten der „nationalen Linien“ stehen etwa einhundert Todesopfer der Judenverfolgungen der Nachkriegszeit gegenüber. Zwar waren bei den Nachkriegsrepressionen die Juden im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil überrepräsentiert, doch nicht in dem Maße wie etwa die Polen im Großen Terror. 1948 wurden 950 jüdische Repressionsopfer bei einer Gesamtzahl von über 70 000 gezählt, wobei in letzterer Zahl 25 000 Kollaborateure der Deutschen enthalten waren. 1949 waren es knapp 2000 jüdische Repressionsopfer von knapp 50 000, 1953 noch 400 von 8000 (Vergleichszahlen ohne Kollaborationsbeschuldigte).

Zusammengefasst stellten die verhafteten 6000 Juden bei einem Bevölkerungsanteil von ca. 1,1 % etwa 3,3 % der Repressionsopfer der Jahre 1948 bis 1953. Offiziell angeklagt wegen „Nationalismus“ oder „Zionismus“ waren knapp 1000 von ihnen.¹⁴¹ Die weniger brutale Verfolgung der Juden – verglichen mit den „nationalen Linien“ – geht primär darauf zurück, dass die Repressionen nun Massentötungen nicht mehr einschlossen. Und es gab qualitative Unterschiede: Zum Vorkriegsterror gegen Minoritäten gehörte keine Kadersäuberung – abgesehen von Letten und Polen im Geheimdienst waren Minoritäten auch nirgends so stark wie die Juden auf wichtigen Posten vertreten. Wichtiger noch: Gegen die Juden wurden die Verfolgungen mit einer Kampagne verbunden, wie es sie als propagandistische Begleitung der „nationalen Operationen“ nicht gegeben hatte. Zwar wurde damals verkündet, dass die Russen die führende Nationalität seien und es eine historische Feindschaft der Deutschen oder Polen gebe¹⁴² – doch wurde dies nicht auf die Minderheiten im Lande übertragen, deren Verfolgung im Stillen verlief. Eine ethnisch akzentuierte Feinderklärung richtete sich im Krieg gegen die Invasoren, aber sie bezog sich kaum auf die Sowjetdeutschen.

Die offene Verdächtigung von Juden 1949 als illoyale Kosmopoliten und 1953 als Teil eines zionistischen Spionage- und Mördernetzwerks hat im stalinistischen

140 Bugaj, L. Berija, S. 259.

141 Mozochin, Pravo, S. 391 ff., 407 ff., S. 427 ff., 435 ff., 449 ff., 461 ff. Bezogen auf alle von außergerichtlichen Strafoperationen Erfassten, auch denjenigen, denen „Handlangerdienste für die Deutschen“ vorgeworfen wurde, ist der jüdische Anteil 2,2 %. Bevölkerungsanteil von 1,1 % gem. Volkszählung 1959.

142 Brandenberger, National, S. 35, S. 137.

Kontext keine Parallele. Nicht in den Verfolgungsmaßnahmen, sondern in der propagandistischen Seite liegt das Antisemitische des Spätstalinismus. Propaganda begleitete die Repressionen nicht nur, sondern ersetzte ihre völlige Ausweitung auch. Anders als etwa die polnische „Agentenbasis“ vor dem Krieg sollte die jüdische Intelligenzija weniger liquidiert als vor allem eingeschüchtert werden. Neben den dabei herangezogenen tradierten Klischees (von der Wurzellosigkeit bis zum Giftmörder) zeichnete die Kampagne besonders aus, dass nur die Juden mit einem zweiten virtuellen Mutterland in Verbindung gebracht wurden: Sympathien für Israel waren ein bedrohliches Zeichen von Illoyalität, aber erst die amerikanische Verbindung machte daraus eine „fünfte Kolonne“: In den Verhörprotokollen, in den Auslassungen Stalins, in der Ärzte-Kampagne war das eigentliche Verbrechen die Komplizenschaft mit den USA. Drei Personen wurden 1952/53 wegen Spionage für Israel verfolgt, 950 als „US-Spione“.¹⁴³

Die „Enthüllung“ eines amerikanisch-jüdischen Spionagenetzwerks war auch eine Botschaft an die USA, dass man gegen jede „Subversion“ einschreite. Die Pravda verwies im ersten Ärzte-Artikel deutlich auf die von der US-Regierung freigegebene finanzielle Unterstützung für die antisowjetische Opposition.¹⁴⁴ Es waren die Juden als „Inlandsamerikaner“, die Stalin fürchtete – aber auch benötigte: Jedem Sowjetbürger sollte eingehämmert werden, dass der Feind im Lande agiere und jedermann zur revolutionären Wachsamkeit zurückkehren müsse. „Zionismus“ als das Verbindungselement des feindlichen Netzwerks war der Ersatz für den „Trotzkismus“ der Vorkriegsjahre. Nur mit diesen Konstrukten ließ sich zeigen, wie der Feind von außen seine Fäden angeblich zog.

So entstand ein „Zionismus“-Begriff, der wenig mit dem Bestreben von Juden nach einem eigenen Staat zu tun hat. Seit 1953 griff der sowjetische und postsowjetische „Antizionismus“ eine Konspiration an, die mit Parteinahme und Helferdiensten für den US-Kapitalismus und dessen Weltherrschaftspläne verbunden sei. Dieses Konstrukt basierte auf der Unterstellung, die jüdischen Kapitalisten in den USA hätten besondere Macht. Es absorbierte den „Antikosmopolitismus“, aber

143 Mozochin, Pravo, S. 449 f., S. 461 f.

144 LSM, S. 557; vgl. Boris Klejn, Politika SŠA i „Delo vračej“ [Die Politik der USA und der „Ärztefall“], in: Voprosy istorii (2006) 6, S. 35–47; mit der Vermutung, Stalin habe die USA zu Verhandlungen drängen wollen, und, nach der Erklärung Eisenhowers vom 25. 2. 1953, sich mit Stalin treffen zu wollen, die Kampagne eingestellt.

auch den volkstümlichen Sowjetantisemitismus mit seiner Obsession von den Juden als „überrepräsentierter“ Elite. Letzteres Ressentiment, das sich seit Ende der Dreißigerjahre im Apparat ungehindert ausbreiten konnte, spielte bei Stalin keine wesentliche Rolle. Weder die Klagen von 1942 über die Judenkonzentration, noch die Pseudonym-Aufdeckungen 1949 erfolgten erkennbar auf seine Anweisung, sie wurden von ihm geduldet, teils aber auch kritisiert, so wie er etwa Judenstatistiken nicht zuließ.

Stalin klagte Ende 1952 unter Beipflichtung Malenkovs über die „Ungeheuerlichkeit“, es gebe sogar im ZK Antisemiten.¹⁴⁵ Das mochte ein Versuch gewesen sein, die Reaktion seiner Umgebung zu testen, wie dies auch bei judenfeindlichen Aussprüchen der Fall sein konnte. Doch setzte Stalin nicht einfach zur Tarnung Signale gegen eine Legalisierung des Antisemitismus. Er ließ 1951 dessen Verdammung in seine gesammelten Werke aufnehmen.¹⁴⁶ Auch die Auszeichnung Èrenburgs mit dem Stalin-Preis Ende 1952 oder die Ehrungen für das 1953 verstorbene jüdische ZK-Mitglied Lev Mechlis¹⁴⁷ sind so zu verstehen. Stalins Feindkonzept war nicht primär antisemitisch, es war universell. Der Antisemit war eine Feindfigur, die es neben dem „jüdischen Nationalisten“ immer noch gab. In der Repressionspraxis des frühen Stalinismus war Antisemitismus ein Indikator für antisowjetische Einstellungen – dies wollte Stalin nicht revidieren. Nicht nur spontane jüdische Kundgebungen beim Besuch Golda Meirs mussten einen totalitären Diktator beunruhigen – das konnte auch für spontane Pogrome gelten.

Um sie zu verstehen, muss man die Judenverfolgungen unter Stalin von ihrer propagandistisch-antisemitischen Seite trennen – wie auch die „nationalen Operationen“ der Dreißigerjahre keineswegs Folge der Rehabilitierung des russischen Nationalismus waren. Antisemitische Ideologie war nicht wesentlich Vorbedingung der Nachkriegsverfolgungen, wurde aber zu ihrem langfristigen Resultat. Sie blieb und verschärfte sich nach Stalins Tod, als es keine Gewaltmaßnahmen mehr gab. Die schlimmsten Auswüchse der Propaganda wie die Denunziation der jüdischen Religion oder die Behauptung einer Komplizenschaft von Zionismus und Nationalsozialismus waren ein Produkt der Ära Leonid Brežnevs, nicht Stalins. Dessen

145 Nach den Erinnerungen des Komponisten Chrennikov (Tak èto bylo. Tichon Chrennikov o vremeni i o sebe [So war es. T. Ch. über die Zeit und über sich], Moskau 1994, S. 179).

146 EEN, S. 154; vgl. Vetter, Antisemiten, S. 281 f.

147 EEN, S. 407 f.

Regime hatte zur Entfesselung von Repressionen gegen Juden Antisemitismus nicht einmal nötig. Es genügte die konsequente Anwendung seiner Politik gegen „feindliche“ Minoritäten.

Transnationale Aspekte in antisemitischen Feind-, Fremd- und Wir-Bildern

Im Jahr 1882 fand in Dresden ein „Internationaler antijüdischer Kongress“ statt, auf dem die Forderung eines „richtigeren finanziellen und Staatsschulden-Systems und überhaupt eines richtigeren volkswirtschaftlichen Systems“¹ gestellt wurde, das gegen das Interesse „der Juden“ als „unumschränkte Herrscher des Geldmarktes“² durchzusetzen sei. Ähnlichkeiten mit antisemitischen Deutungen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise sind hier nicht zu übersehen.³ Ziel der Konferenz war die politische Mobilisierung und internationale Vernetzung antisemitischer Organisationen, um die „europäisch-arische Race“ auf Basis des christlichen Glaubens in einer „Alliance chrétienne universelle“ gegen die „Alliance israélite universelle“ in Stellung zu bringen.⁴ Dieser Versuch einer genuin internationalen antisemitischen Bewegung im Rahmen eines religiös und rassistisch definierten Kollektivs war allerdings ebenso wenig von Erfolg gekrönt wie andere Versuche dieser Zeit, auf nationaler Ebene eine einheitliche antisemitische politische Organisation zu

1 Die Zitate entstammen dem im gleichen Jahr erschienenen Manifest an die Regierungen und Völker der durch das Judenthum gefährdeten christlichen Staaten laut Beschlusses des Ersten Internationalen Antijüdischen Kongresses zu Dresden am 11. und 12. September 1882, http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/417_Manifest_Antijuedischen%20Kongresses_118.pdf (zuletzt eingesehen am 22. 7. 2010), S. 8. Hier und im Folgenden zitiert als „Manifest“.

2 Ebenda, S. 2.

3 Felix Knappertsbusch/Udo Kelle, „Mutterland des nomadisierenden Finanzkapitals“. Zum Verhältnis von Antiamerikanismus und Antisemitismus vor dem Hintergrund der Finanzkrise, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 8, Frankfurt a. M. 2010; Julia Becker et al., Ursachenzuschreibungen in Krisenzeiten. Auswirkungen auf Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, in: Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 8, S. 128–143.

4 Manifest, S. 8.

formieren.⁵ Im Zeitalter eines auf Exklusivität abzielenden Nationalismus,⁶ der nicht nur in „dem Juden“, sondern auch in allen anderen Nationen potenzielle oder tatsächliche Feinde sah, konnte eine auf Kooperation abzielende, internationale Ausrichtung des Antisemitismus auch programmatisch wenig überzeugen. Ein für 1883 geplanter zweiter Kongress fand gar nicht erst öffentlich statt.⁷ An diesem Beispiel wird deutlich, dass transnationale⁸ Aspekte im antisemitischen Judenbild sowie in den damit korrespondierenden antisemitischen „Lösungsperspektiven“ und der Wir-Gruppen-Konstruktion seit dem Aufkommen des modernen Antisemitismus eine zentrale Rolle spielen. Auf transnationale Motive im antisemitischen Judenbild ist in der Forschung häufig hingewiesen worden: So werden „die Juden“ beispielsweise mit einem „volkszersetzenden Internationalismus“ bzw. „Kosmopolitismus“

- 5 Ulrich Wyrwa, Die Internationalen Antijüdischen Kongresse von 1882 und 1883 in Dresden und Chemnitz. Zum Antisemitismus als europäischer Bewegung, in: Themenportal Europäische Geschichte 2009, <http://www.europa.clío online.de/2009/Article=362>; zuletzt eingesehen am 22. 7. 2010.
- 6 Dirk Richter, Nation als Form, Opladen 1996, S. 204 ff.
- 7 Wyrwa, Die Internationalen Antijüdischen Kongresse.
- 8 Der Begriff der Transnationalität wird in vielen verschiedenen Kontexten in heterogener Weise gebraucht und es existiert eine intensive Debatte um seine Verwendung (Steven Vertovec, Conceiving and Researching Transnationalism, in: Ethnic and Racial Studies 22 (1999) 2, S. 447–462). Im Zusammenhang mit der folgenden Analyse werden als transnational insbesondere die verschiedenen „multiple ties and interactions linking people or institutions across the borders of nation-states“ (ebenda, S. 448) bezeichnet, die in den untersuchten Beispielen antisemitischer Weltanschauung thematisiert werden. Es geht also in erster Linie nicht um das Ausmaß tatsächlicher Kooperationen zwischen antisemitischen Gruppen, sondern darum, wie solche Kooperationsverhältnisse angesichts einer ebenfalls als transnational imaginierten „jüdischen Bedrohung“ vorgestellt werden und welche programmatische Bedeutung diesen zugewiesen wird. Der Terminus „transnational“ soll dabei nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Nationalität in der Konstruktion solcher Kooperationsverhältnisse nicht notwendig das primäre Kriterium bildet. Zwar hat Klaus Holz gezeigt, dass die nationale Semantik für die Wir-Gruppen-Konstruktion des modernen Antisemitismus von hervorstechender Bedeutung ist (Klaus Holz, Die Figur des Dritten in der nationalen Ordnung der Welt, in: Soziale Systeme 6 (2002) 2, S. 269–290, hier S. 271 sowie ders., Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg 2001, S. 12 ff. und 543 f.). Damit ist aber in erster Linie die konstitutive Bedeutung einer bestimmten Form benannt, sodass diese Überlegungen auch für rassistische, religiöse oder kulturalistische Gruppenkonstruktionen analog gelten (Holz, Die Figur des Dritten, S. 272 f. Fußnote) und der Antisemitismus theoretisch bspw. ebenso transreligiös wie transrassistisch sein kann.

oder einer international wirksamen „Verschwörung“ identifiziert.⁹ Demgegenüber mangelt es an Studien, die den Fokus auf die transnationalen Aspekte in der antisemitischen Wir-Gruppen-Konstruktion legen.¹⁰ Obwohl in bestimmten politischen Spektren, insbesondere unter Vertretern der „Antideutschen“,¹¹ häufig von einer „antisemitischen Internationale“ die Rede ist, fehlt bislang eine differenzierte Analyse solcher Bündnisse bzw. Bündnisentwürfe. Im Zentrum der folgenden Überlegungen steht deshalb die Frage, inwiefern verschiedene antisemitische Gruppierungen die Notwendigkeit transnationaler Bündnisverhältnisse programmatisch und argumentativ vertreten und welche Konflikte und Widersprüche dabei zwischen und innerhalb der Gruppen und ihrer Programme relevant werden. Wir fokussieren die Analyse insbesondere auf die Ebene der Konstruktion von Wir- und Fremdgruppen sowie auf die Art und Weise, wie im Antisemitismus verschiedene vermeintlich bedrohte Wir-Gruppen angesichts des gemeinsamen als transnational konstruierten Feindbildes „Jude“ miteinander in Verhältnis(se) gesetzt werden.

Unsere Überlegungen nehmen ihren Ausgang in der Annahme, dass die vermeintliche transnationale Bedrohung, als die „die Juden“ im Antisemitismus erscheinen, mit der Notwendigkeit einer transnationalen Lösung des „Judenproblems“ korrespondiert, ob dieses nun im internationalen Finanzwesen, in einer „weltweiten Verschwörung“ oder im „judeo-amerikanischen Imperialismus“ lokalisiert wird. In den Worten Eugen Dührings: „Die Judenfrage beschränkt sich nicht auf ein Volk; sie ist Völkerfrage [...]; sie will aus der internationalen Perspektive beantwortet sein.“¹² Uns interessieren in diesem Problemzusammenhang insbesondere die Widersprüche, die in Konzeptionen inter-gruppaler Bündnisse zwischen den beteiligten Gruppen bzw. deren Ordnungsvorstellungen auftreten, und wie mit diesen umgegangen wird. Die Feststellung, dass trotz der

9 Wolfgang Benz, *Was ist Antisemitismus?*, München 2004, S. 174–193; Holz, *Nationaler Antisemitismus*; Moische Postone, *Antisemitismus und Nationalsozialismus*, in: ders., *Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen*, Freiburg im Br. 2005.

10 Klaus Holz, *Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft*, Hamburg 2005, S. 35 f.

11 Thomas Haury, *Der neue Antisemitismusstreit der deutschen Linken*, in: Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Nathan Sznajder (Hrsg.), *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*, Frankfurt a. M. 2004.

12 Eugen Dühring, zitiert nach Holz, *Nationaler Antisemitismus*, S. 108.

geteilten antisemitischen Ideologie Interessenswidersprüche und Differenzen die Kooperationen antisemitischer Gruppierungen verhindern,¹³ erscheint uns einer genaueren Aufschlüsselung würdig. Wir gehen davon aus, dass Bündnis- und Kooperationsbestrebungen mit dem Ziel einer gruppenübergreifenden antisemitischen Einigung auf programmatischer Ebene sehr unterschiedliche Formen annehmen können, je nachdem, welche politischen, religiösen oder sonstigen Aspekte neben dem Antisemitismus eine jeweilige Wir-Gruppen-Konstruktion bestimmen. Die Widersprüche, Konflikte und Ambivalenzen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, werden im Folgenden anhand empirischer Textbeispiele verschiedener politischer und religiöser Provenienz analysiert. Auf diesem Wege soll unter Zuhilfenahme einer explorativen Nutzung qualitativ-empirischer Ergebnisse an bestehende Theoreme bezüglich der transnationalen Aspekte antisemitischer Feindbild- und Wir-Gruppen-Konstruktionen angeknüpft werden. Hierzu wurde jeweils ein Beispiel aus dem rechtsextremen, dem islamistischen und dem linken antiimperialistischen Spektrum untersucht.¹⁴ Alle drei Beispiele zeigen unterschiedliche Problemkonstellationen: Während der Fall aus dem rechtsradikalen Spektrum und derjenige aus dem linken antiimperialistischen auf ein Bündnis mit dem politischen Islam hinzielen, das aber auf jeweils spezifische Weise als widersprüchlich diskutiert wird, lässt ein Fall aus dem islamistischen Spektrum ein weitestgehendes Ausblenden der Widersprüche und Konfliktlinien zwischen politischem Islam und den angesprochenen Bündnispartnern erkennen.

- 13 Armin Pfahl-Traughber, Judenfeindschaft als Basis einer Kooperation? Antisemitismus und Antizionismus bei Islamisten und Rechtsextremisten, 2007, http://www.verfassungsschutz.thueringen.de/infomaterial/symposien/2007/Vortrag_Prof_Pfahl-Traughber.pdf; zuletzt eingesehen am 22. 7. 2010.
- 14 Die Auswahl der Fälle folgt dabei zunächst dem Kriterium einer maximalen Kontrastierung (Udo Kelle/Susann Kluge, Vom Einzelfall zum Typus, Opladen 1999, S. 46 ff.) verschiedener politischer Strömungen, in denen sich aktuelle Formen einer antisemitischen Weltanschauung finden. Die Fallauswahl erhebt dabei freilich keinen Anspruch auf Vollständigkeit im Sinne einer Erfassung der Gesamtheit aktueller Formen des Antisemitismus. Die angestellten Analysen dienen in erster Linie dem explorativen Aufzeigen möglicher Konstellationen und Erscheinungsformen des Gegenstandes.

Zum Verhältnis von Wir-, Fremd- und Feindbildern im Antisemitismus

Für die folgenden Bestimmungen beziehen wir uns maßgeblich auf die Arbeiten, die Klaus Holz zum Antisemitismus vorgelegt hat, und akzentuieren seine begrifflichen Bestimmungen so, dass der Problemzusammenhang inter-gruppaler Kooperation zwischen antisemitischen Gruppierungen angemessen erfasst werden kann.¹⁵ Unsere theoretische Perspektive auf den Gegenstand fasst diesen im Sinne von Holz als eine soziale Semantik, d. h. als „soziale[s], kommunikativ konstruierte[s], nicht auf ein individuelles Bewußtsein reduzierbare[s] Sinngebilde“.¹⁶ In dieser Perspektive verweist Holz insbesondere auf die zentrale Bedeutung des Verhältnisses von Feindbild und Wir-Gruppenidentität,¹⁷ weshalb nun zunächst die Spezifität dieses Verhältnisses im Antisemitismus aufgezeigt werden soll.

Die Konstruktion kollektiver Identitäten basiert generell auf einer „Zwei-Seiten-Form“, in der Wir- und Fremdbilder miteinander verkoppelt werden.¹⁸ Bei einer Form handelt es sich um ein „fixiertes Begriffspaar“ wie Arier – Semit, Deutscher – Ausländer, Mann – Frau usw., in dem „ein lange tradiert und vielfältig verästeltes Deutungsvorrat auf den Punkt gebracht wird“.¹⁹ Formen können dabei als Chiffren und Codes verstanden werden, die komplexe Verhältnisbestimmungen zwischen innen und außen, Wir- und Fremdgruppen eindeutig bezeichnen.²⁰ Sie

15 Holz, Nationaler Antisemitismus; ders., Die Figur des Dritten, ders., Die Gegenwart des Antisemitismus.

16 Holz, Nationaler Antisemitismus, S. 11. Dies bedeutet keine Relativierung der materialen Realität der antisemitischen Verfolgungspraxis, sondern dient der Präzisierung des theoretischen Zuganges auf den Gegenstand, in dem materiale und symbolische Verfolgungspraxen in einem wechselseitigen Bedingungsverhältnis immer schon enthalten sind (vgl. etwa ebenda, S. 43).

17 Ebenda, S. 17, S. 37 f.

18 Holz, Die Figur des Dritten, S. 272 f.

19 Zum hier angewandten Formbegriff, der auf den Arbeiten von Spencer Brown und deren Adaption in der Luhmannschen Systemtheorie basiert, ebenda, S. 272 f.

20 Die Auffassung der Form als konstitutives Merkmal jeglicher Gruppenkonstitution sollte nicht dahingehend missverstanden werden, dass sich Gruppen nur auf Basis einer einzigen Form von anderen Gruppen unterscheiden. Gruppenidentität wird in der Regel vielmehr durch die Verquickung mehrerer Formen konstruiert und ist dann doppelt oder mehrfach bestimmt. Vgl. bspw. zur Verbindung der Formen „Volk“ und „Klasse“ im marxistisch-leninistischen Antizionismus: Holz, Nationaler Antisemitismus, S. 453 ff. Auch die in der Einleitung beschriebene Wir-Gruppe der „europäisch-arischen“ Christen ist ein Beispiel

konstituieren eine strenge Unterscheidung zwischen zwei sich ausschließenden Seiten, deren Existenz aufgrund des wechselseitigen Bezugs aufeinander zugleich voneinander abhängt: „Der Sinn einer Form ist also nicht nur die scharfe Grenzziehung, sondern die Integration zweier Begriffe durch eine Grenze. [...] Der Formbegriff hebt darauf ab, dass jede Form eine Einheit konstituiert, nämlich die Einheit des Unterschiedenen.“²¹ Im Kontext politischer bzw. religiöser Weltanschauungen bedeutet die Schaffung einer solchen Einheit also nichts anderes als die Konstruktion einer gewissen Ordnung der Welt, einer Ordnung, die aus Gruppen besteht, die in bestimmten Verhältnissen zueinander stehen.

Die Feindbildkonstruktion „des Juden“ im Antisemitismus weicht nun gegenüber anderen Feindbildern in spezifischer Weise ab. Juden fungieren im Antisemitismus zwar als Gegenbild zur Wir-Gruppe und folgen somit der Fremdbildkonstruktion durch eine Zwei-Seiten-Form. Sie stellen hierbei jedoch weder einfach ein verbündetes oder feindliches Gegenüber im Sinne der Außenseite einer Form dar (z. B. eine konkurrierende Nation in der nationalen Ordnung), noch eine andere Ordnungsvorstellung der Welt (etwa religiöser Fundamentalismus gegenüber Nationalismus). Stattdessen repräsentieren sie, in paradoxer Verknüpfung beider Aspekte, den „ausgeschlossenen Dritten“, der die Möglichkeit der eindeutigen Unterscheidung zwischen Innen- und Außenseite einer jeglichen Form selbst infrage stellt. In diesem Sinne personifizieren sie das „tertium non datur der Zwei-Seiten-Form: die nicht-identische, anti-nationale Nation“.²² Im Gegensatz zu den Konfrontationen zwischen identischen Gruppen werden „die Juden“ im Antisemitismus als identisch-nichtidentische Gruppe konstruiert, die außerhalb der Ordnung bzw. Ordnungen stehen. Das Feindbild „Jude“ wird als universelle Bedrohung konstruiert, womit zugleich eine transnationale Tendenz in der (nationalen) antisemitischen Wir-Gruppen-Bestimmung einhergeht: „Da ‚der Jude‘ in die Position des Dritten gerückt wird, ist der moderne Antisemitismus genuin transnational, trans-rassisch respektive trans-religiös und im gleichen Atemzug und aus dem gleichen Grund heraus national, rassistisch bzw. religiös. Deshalb ist

hierfür, da die Identität der Wir-Gruppe durch eine kulturell-geografische (europäisch – nicht-europäisch), rassistische (Arier – Nicht-Arier bzw. Juden) und religiöse Abgrenzung (Christen – Nicht-Christen) bestimmt wird.

21 Ebenda.

22 Holz, Die Figur des Dritten, S. 280.

zugleich überall die Rede vom ‚jüdischen Volk‘ und vom ‚internationalen Juden‘, vom ‚zionistischen Gebilde‘ und dem ‚Weltzionismus‘ [...]. Der Antisemitismus ist national, rassisch bzw. religiös, je nachdem, wie er die eigene Wir-Gruppe definiert. Er ist trans-national, trans-rassisch respektive trans-religiös, weil er die Juden als Weltfeind imaginiert. Beides zusammen aber bedeutet, die Welt aus Sicht der eigenen Wir-Gruppe zu beschreiben, also von einer Mehrzahl an Völkern, Rassen und Religionen auszugehen, und diese Ordnung der Welt – und nicht nur die Existenz der eigenen Gruppe – im Juden bedroht zu sehen.“²³

Da das antisemitische Feindbild aber nicht die einzig vorherrschende Komponente in der Weltanschauung und Identitätskonstruktion antisemitischer Gruppen darstellt, sondern sich darin mit verschiedenen religiösen, politischen oder rassischen Ordnungsvorstellungen verbindet, liegt in der gruppenübergreifenden Tendenz, die diese Feindkonstruktion bedingt, Konfliktpotenzial. In dem gruppenübergreifenden Bündnis, dass antisemitische Gruppen ihrer Feindbildkonstruktion wegen anstreben, begegnen sich neben als freundlich oder neutral eingestuften auch feindliche Gruppen. Aus den Konstellationen dieser aufeinandertreffenden Ordnungsvorstellungen und Identitätskonstruktionen resultieren jene verschiedenen Konzeptionen eines transnationalen antisemitischen Bündnisses, die wir anhand von Beispielen genauer betrachten werden. Zum Zwecke dieser Analyse sei das Begriffsinventar nun noch um die Unterscheidungen symmetrischer und asymmetrischer Gruppenverhältnisse sowie partikularistischer und universalistischer Ordnungsvorstellungen erweitert.

Symmetrische Gegenbegriffe erzeugen eine Einheit der Form, „in der auf beiden Seiten der Form dieselbe Kategorie zur Definition verwendet wird“.²⁴ Die Unterscheidung zwischen verschiedenen Nationen (gemeinsam ist das Nationale) aber auch zwischen Gläubigen und Andersgläubigen (gemeinsam ist das Religiöse) sind Beispiele einer symmetrisch konzipierten Form. Asymmetrisch hingegen kann die Einheit einer Form genannt werden, in der die Gegenbegriffe „auf ungleiche Weise konträr“²⁵ sind und die Außenseite rein negativ bestimmt wird, das heißt durch die Abwesenheit derjenigen Qualität, die die Innenseite gerade ausmachen sollen: Beispiele hierfür sind die Unterscheidung zwischen Griechen

23 Holz, *Die Gegenwart des Antisemitismus*, S. 35 f.

24 Holz, *Die Figur des Dritten*, S. 273.

25 Koselleck zitiert nach ebenda.

und Barbaren (als Unzivilisierten) aber auch zwischen Gläubigen und Ungläubigen.²⁶

Die Konstitution kollektiver Identität ist mit dem Formbegriff allein noch nicht abschließend umrissen. Denn mit den genannten Unterscheidungen gehen immer auch Zuschreibungen und Bewertungen der verkoppelten Gegenbegriffe einher,²⁷ was sich in der Wert- oder Geringschätzung vermeintlicher Merkmale, Eigenschaften oder Verhaltensweisen von Wir- und Fremdgruppen ausdrückt. Die Form selbst besagt noch nichts über die Bewertung von Wir- und Fremdgruppe.²⁸ Zuschreibungen und Bewertungen von Wir- und Fremdgruppe bleiben, zumindest in analytischer Perspektive, auch bei einer getroffenen Unterscheidung zunächst kontingent und sind nicht notwendig durch diese mitbestimmt. So kann eine andere Nation als verbündet, als Kooperationspartner oder feindlich gesinnt erscheinen, sie kann rassistisch abgewertet aber auch aufgewertet werden.

Neben den Kriterien der Symmetrie und Asymmetrie einer Form sowie deren Zuschreibungen und Bewertungen muss zusätzlich zwischen universalistischen und partikularistischen Ausrichtungen solcher Ordnungsvorstellungen unterschieden werden. Mit der Kategorie des Universalismus ist hierbei aber nicht die Tendenz weltanschaulicher Formen gemeint, dem eigenen Anspruch nach auf jedes Phänomen der Welt sinnvoll anwendbar zu sein. Es geht vielmehr um die Ziele, die die Anhänger einer Gruppe mit der Verbreitung einer bestimmten Form verbinden: Unterscheiden lassen sich hierbei solche Zielsetzungen, die die allgemeine Verbreitung einer Form als geordnete Vielheit und insofern als in sich partikularistische anstreben, und solche, die letztendlich der alleinigen Realisierung nur einer Seite der Form als höhere Einheit zustreben und in diesem Sinne universalistisch sind. Die Ordnungsvorstellung vieler Islamismen z. B. zielt letztendlich auf die Realisierung der „Einheit der *umma* in einem ideellen islamischen Gesamtstaat“²⁹ ab und damit

26 Ebenda, S. 275.

27 Ebenda, 274 f.

28 In diesem Sinne wäre die These Dirk Richters einzuschränken, dass mit der Setzung jedweder nationalen Form logisch immer schon eine Abwertung der auf der Außenseite befindlichen Fremdgruppen verbunden ist (Richter, Nation als Form, S. 109 ff. und 123 ff.). Diese Behauptung lässt sich weder ausgehend von Spencer Browns Formbegriff noch mit Verweis auf Niklas Luhmanns binäre Codes stringent begründen.

29 Johannes Grundmann, Islamische Internationalisten. Strukturen und Aktivitäten der Muslimbruderschaft und der Islamischen Weltliga, Wiesbaden 2005, S. 75.

auf einen Zustand, in dem von der asymmetrischen Form Islam – Ungläubige nur noch die Innenseite realisiert würde. Im Gegensatz dazu stehen Konstruktionen, wie etwa der ethnopluralistische Rassismus völkisch-nationaler Bewegungen, die zwar ebenfalls ihre Leitunterscheidung mit universellem Primat ausgebreitet sehen wollen, zugleich aber diesen Zustand als eine geordnete Vielheit verschiedener Gruppen konstruieren: Wenn die Menschen sich tatsächlich weltweit primär nach ihrer „Volkszugehörigkeit“ klassifizierten, bedeutete dies nicht die Auflösung der Form „Volk“, da diese als symmetrische Form unterschiedene Realisierungen ihrer Innenseite zulässt.

Mit den hier zusammengetragenen Unterscheidungen liegt nun für die Untersuchung transnationaler antisemitischer Bündnisentwürfe und Kooperationsverhältnisse ein differenziertes Begriffsinventar vor. Diese sind zunächst daraufhin zu betrachten, ob in ihnen eine symmetrische oder asymmetrische Form angelegt ist und welche Zuschreibungen und Bewertungen mit dieser einhergehen. Darüber hinaus ist für die Konzeption eines Kooperationsverhältnisses entscheidend, ob die Ordnungsvorstellung der jeweils als Gegenüber wahrgenommenen Gruppe als universalistisch eingeschätzt wird. Eine Inter-Gruppen-Kooperation wird spätestens dann sehr unwahrscheinlich, wenn die Ordnungen, die mit bestimmten Akteursgruppen assoziiert sind, als universalistisch und daher als mit der eigenen Ordnungsvorstellung letztendlich unvereinbar erachtet werden. Dies kann im folgenden Abschnitt anhand eines Beispiels aus dem neonazistischen Spektrum veranschaulicht werden.

Kampf gegen „völkerverachtende Universalismen“ – Das Bild des Islam in der radikalen Rechten

Für Armin Pfahl-Traughber sind Islamismus und Rechtsextremismus zwei Ideologien, die ihren Anhängern prinzipiell nur wenig Möglichkeiten für internationale Kooperationen in der Gegenwart lassen.³⁰ Pfahl-Traughber führt dies insbesondere

30 Pfahl-Traughber, Judenfeindschaft als Basis. Hinsichtlich der Kooperationsverhältnisse, die zwischen Nationalsozialisten und Islamisten im Nationalsozialismus stattgefunden haben und die hier aus Platzgründen nicht verhandelt werden können vgl. insbesondere Klaus Gensicke, *Der Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini und die Nationalsozialisten*,

auf die unterschiedlichen Konstruktionen der Wir-Gruppe zurück, die mehr als eine punktuelle Zusammenarbeit nicht erlaubten. Da die von der radikalen Rechten präferierte Selbst- und Fremdbestimmung über eine ethnische Zugehörigkeit für Islamisten letztendlich kaum eine Rolle spiele, mithin die Vorstellung einer universalistisch konzipierten *Umma* bestände, läge gewissermaßen eine strukturelle Unvereinbarkeit mit rechtsextremen Weltanschauungen vor. Die wenigen Anknüpfungspunkte ergäben sich überwiegend auf dem Feld des politischen und sozialen Antisemitismus, wo die Weltbilder teilweise fast deckungsgleich seien und es zu partiellen Kooperationen komme – so träten bisweilen islamistische Interviewpartner in rechtsextremen Publikationen auf, ohne dass dies zu langfristigen oder intensivierten Kontakten führen würde.

Inwiefern sich die Thesen von Pfahl-Traughber bestätigen lassen, zeigt eine quellenreiche Studie von Jan Riebe.³¹ Demnach kann von einer einheitlichen Positionsbestimmung der rechtsextremen Szene gegenüber „Arabern“ respektive „Muslimen“ (es wird hier selten eindeutig differenziert) keine Rede sein. Konsens besteht zumeist darüber, dass der Islam im (christlichen) „Abendland“ als „raumfremd“ zu betrachten und deshalb „hier“ abzulehnen sei.³² Die Frage, ob der Islam generell als feindliche Macht oder als potenzieller Kooperationspartner eingestuft werden müsse, wird jedoch immer wieder diskutiert.

Für die Gruppe der radikalen Rechten kann nach dem 11. September 2001 grob zwischen zwei Interpretationen der Weltlage unterschieden werden, aus denen sich spezifische Feindbilder und mögliche Verbündete ableiten lassen: einer eher rassistisch und fremdenfeindlich geprägten Variante, die den Islam als größte (inter)nationale Bedrohung betrachtet, und einer antisemitischen, die eine von Juden kontrollierte Großmacht USA und Israel als Hauptfeinde der Menschheit imaginiert. Bezeichnend hierbei ist, dass die antisemitische Variante in der Lage ist, die rassistische Argumentation zumindest in Teilen in die eigene Weltanschauung

Frankfurt a. M. 1988; Jan Riebe, *Im Spannungsfeld von Rassismus und Antisemitismus: das Verhältnis der deutschen extremen Rechten zu islamistischen Gruppen*, Marburg 2006, S. 37ff.; Matthias Küntzel, *Von Zeesen bis Beirut. Nationalsozialismus und Antisemitismus in der arabischen Welt*, in: *Jungle World*, 20. 10. 2004 (<http://jungle-world.com/artikel/2004/43/13941.html>; zuletzt eingesehen am 22. 7. 2010).

31 Riebe, *Im Spannungsfeld*.

32 Ebenda, S. 154.

zu integrieren, was weiter unten an einem rechtsradikalen Positionspapier gezeigt werden kann.

Rassistische rechtsradikale Positionen qualifizieren sich insbesondere durch die Ablehnung multikultureller Gesellschaften.³³ Diese werden als existenzielle Bedrohung der eigenen Identität wahrgenommen, die nach dem Prinzip „(nur) ein Volk/eine Kultur/eine Religion in einem Land“ konzipiert ist. Bedeutsam für unseren Kontext ist, dass sich insbesondere seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 zu dem seit den 1990er-Jahren dominant gewordenen Motiv der „Überfremdung“ das Motiv der internationalen Bedrohung gesellt hat. Hierbei wird die Gefahr des Islam in seiner vermeintlich prägenden Bedeutung nach Ende des Ost-West-Konflikts gesehen und die Welt in alter Manier in zwei Lager gespalten. So heißt es z. B. in der rechtsradikalen Zeitung „Nation und Europa“: „Nach der Niederlage des Weltkommunismus tritt uns im militanten Islam eine neue furchtbare Gefahr entgegen. Ihr gilt es zu widerstehen um die Existenz Europas und Deutschlands zu bewahren.“³⁴ Um den Islam zu diskreditieren, wird dieser bisweilen als mittelalterlich, intolerant, antiliberal und reaktionär betrachtet, d. h. als Fremdkörper und Gefahr nicht nur in der eigenen Nation, sondern in der modernen Weltgesellschaft überhaupt.³⁵ Hierbei ergreifen Vertreter der Neuen Rechten ungewöhnlich deutlich das Wort für „westliche Werte“ wie Toleranz, Liberalismus und Demokratie. Im Hinblick auf transnationale Kooperationsmöglichkeiten bietet sich vor dem Hintergrund einer islamfeindlichen Interpretation der Welt nur noch eine Rückbindung an „den Westen“ an, wobei manche Autoren von einer Koalition der Christen, Liberalen und Nationalen träumen.³⁶

Die antisemitische Variante hingegen lehnt die Kooperation mit dem Westen grundsätzlich ab und strukturiert hierfür Freund-Feind-Verhältnisse um. Zu diesem Zweck werden die xenophoben Argumentationen in die antisemitische Welterzählung integriert. So wird in der rechtsradikalen Zeitung „Sleipnir“, in der auch Islamisten Texte publizieren können, argumentiert, dass Einwanderung zur

33 Alexander Häusler, „MultiKulti“ als Bedrohungsszenario in Medien der extremen Rechten, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), *Massenmedien, Migration und Integration*, Wiesbaden 2006.

34 Zitiert nach Riebe, *Im Spannungsfeld*, S. 116 f.

35 Ebenda, S. 109.

36 Ebenda, S. 132f.

„Entdeutschung Deutschlands“ führe. Dann aber wird der fremdenfeindlichen Position pseudo-ideologiekritisch entgegengehalten, dass „Hetze gegen den Islam“ nur „eine Propagandatechnik zionistischer Organisationen“ in Israel und den USA sei.³⁷ Auf diese Weise wird die fremdenfeindliche Konstruktion zweier sich gegenüberstehender Blöcke („der Westen“ gegen „die Araber“) aufgegeben und an ihre Stelle eine Dreiteilung der Welt gesetzt, in der sich „Deutsche“ und „Araber“ zwar gegenüberstehen, die größte Bedrohung jedoch von „den Juden“ ausgeht.

Diese Widersprüche und das Spannungsfeld, das zwischen fremdenfeindlichen Feindbildern im In- und Ausland und antisemitischen Feindbildern entsteht, lässt sich am Beispiel eines programmatischen Textes von Jürgen Gansel – NPD Abgeordneter im sächsischen Landtag – in dem eine „Positionsbestimmung zwischen Islamismus und Amerikanismus“³⁸ vorgenommen werden soll, deutlich nachzeichnen. Der Text stellt im Kern zwei Ordnungsmodelle gegeneinander. Das erste ist eine Welt „unterschiedlicher Völker, Kulturen und Religionen“. Für Gansel ist diese symmetrisch-partikular aufgebaute Welt sowohl faktisch als auch wertend zu verstehen: Einzelne Völker stehen anderen Völkern gegenüber – und sollten dies auch. Das gleiche gelte für Kulturen und Religionen. Im feindlichen Gegensatz dazu stehen vermeintlich universalistische Ordnungsmodelle („Globalisierung“, „Amerikanismus“, „Multikulturalismus“). Im Verlauf des Textes werden diese Modelle einer „universalen westlichen Kultur“ durch das Kompositum „USrael“ in einer einzigen Entität personifiziert und sodann synonym mit „Judeo-Amerikanern“ verwendet. Es liegt nahe, dies als eine antiamerikanische Variante des Antisemitismus zu lesen. So wird Amerika ähnlich der Figur des Dritten als „Anti-Nation“ und als „völkerverachtender Universalismus“ mit einem „funktionierenden Weltherrschaftsapparat aus Großkapital, Medien, Geheimdiensten und Militär“ vorgestellt, d. h. als eine nicht-nationale Nation, die die Existenz symmetrischer Gruppenverhältnisse durch seinen negativen Universalismus bedroht.

Neben dieses antisemitische Feindbild tritt nun ein zweites in Gestalt von „Muslimen“/„Orientalen“/„Islamisten“ (auch diese Begriffe werden synonym verwendet),

37 Ebenda, S. 111.

38 Jürgen W. Gansel, Der Nationalismus im „Kampf der Kulturen“. Eine Positionsbestimmung zwischen Islamismus und Amerikanismus, 2006 (http://www.tacheles-regional.de/uploads/media/NPD_Nationalismuspapier.rtf; zuletzt eingesehen am 22. 7. 2010), alle folgenden Zitate in diesem Abschnitt entstammen dieser Quelle.

die sich für Gansel in zweierlei Hinsicht als Feinde darstellen: Zum einen sind sie Feinde im Inneren. Ihre Religion wird im fremdenfeindlichen Sinn als mit der Kultur der eigenen Gruppe inkompatibel vorgestellt. Sie seien Feinde überdies, weil ihre Religion von einem „aggressiven Missionarismus“ getrieben sei, Muslime also eine symmetrisch strukturierte Welt gleicher „Völker“ zugunsten der universalistisch-konzipierten „Umma“ ablehnten. Die fremdenfeindliche Argumentation gilt für Gansel im Rahmen des Ethnopluralismus lediglich innenpolitisch, denn der Islam sei in den Ländern, in denen er „historisch beheimatet“ sei, unantastbar. Das anti-universalistische Feindbild des Islams hingegen gelte sowohl innen- als auch außenpolitisch, wo der Islam eine Weltgemeinschaft aller Gläubigen propagiere. Der Unterschied zwischen dieser antiislamischen Feindbildkonstruktion und der negativ-universalistischen Feindbildkonstruktion im anti-amerikanischen Antisemitismus liegt in einer Nuance. Ist das Ziel des „jüdischen Amerikanismus“ negativ-universalistisch eine Auflösung von unterscheidbaren Kulturen zugunsten eines „Einheitsbreis“, so sucht der Islamismus in dieser Interpretation eine höherstufige Identität in der Gemeinschaft der Gläubigen. Für den Völkischen sind beide Varianten mit der gleichen Gefahr verbunden: Denn nationale Unterschiede zählen in diesen Szenarios nicht mehr.

Aus diesen Feindbestimmungen folgt nun für Gansel nicht die Absage an intergrupale Bündnisse per se. Jedoch wird das Problem temporalisiert. Als Hauptfeind für die völkische Weltordnung werden deshalb zunächst die antisemitisch bestimmten „Judeo-Amerikaner“ vorgestellt. Da „USrael“ nicht nur die deutsche Identität, sondern auch die der „Araber“ durch „Neokolonialismus“ und „Staatsterrorismus“ bedrohe, könnten sich Muslime in ihrem „Verteidigungskampf gegen die Aggressoren der ‚Mc World‘“ in der Gegenwart der „Solidarität von Nationalisten sicher sein“. Diese „partielle Wertschätzung“ dürfe aber nur „vorübergehender und taktischer Natur“ sein, denn Europa könne von der gegenseitigen Schwächung aus dem Kampf zweier „völkerverachtenden Universalismen“ nur profitieren.

Gansels Text zeigt, dass aus der Perspektive der radikalen Rechten eine Kooperation mit Islamisten auf Basis des gemeinsamen (antisemitischen) Kampfes denkbar ist. Diese Perspektive geht allerdings nicht mit einer vollen Wertschätzung des Islams einher, sondern stellt ihn ambivalent vor. In Deutschland gilt er als fremd, in seiner historischen „Heimat“ als unterstützenswert und als Religion mit universalistischem Anspruch als Feind. Die implizite Forderung an „die Araber“ ist die,

in ihre „Heimat“ zurückzukehren und das eigene religiöse Selbstverständnis einem nationalen unterzuordnen.

Der Quds-Tag als Beispiel transnationaler antisemitischer Agitation

1979 ließ der „Führer der islamischen Revolution“ Ayatollah Khomeini eine Botschaft publizieren, in der „alle Muslime dieser Welt“ dazu eingeladen werden, „den letzten Freitag im heiligen Monat Ramesan zum Al-Quds-Tag [Jerusalem-Tag] zu machen und ihre internationale muslimische Solidarität zur Unterstützung der legitimen Rechte des muslimischen palästinensischen Volkes“ zu erklären.³⁹ Der Quds-Tag hat sich seitdem zu einem etablierten Anlass für islamistische antizionistische und antisemitische Demonstrationen und Konferenzen entwickelt, die in vielen Ländern der Welt veranstaltet werden.⁴⁰ Was aber ursprünglich zur Eini-gung eines strikt islamisch definierten internationalen Bündnisses zum „Sieg der Muslime über die Gottlosen“ (so Khomeinis Botschaft von 1979)⁴¹ konzipiert war, tritt heute in vielen westlichen Ländern als ein Projekt in Erscheinung, das nicht nur ein explizit transreligiöses Publikum, sondern zudem sehr verschiedene poli-tische Strömungen anzusprechen versucht.⁴² Welche Mittel zur Beförderung eines solchen Zusammenschlusses von den islamistischen Agitatoren dabei angewandt werden, d. h. auf welche Weise die verschiedenen Kollektivsemantiken der ange-

39 The Middle East Media Research Institute (MEMRI), Special Dispatch, 2. 11. 2004, S. 1, <http://www.hagalil.com/archiv/2005/10/al-quds-tag.htm>; zuletzt eingesehen am 22. 7. 2010.

40 American Jewish Committee (Hrsg.), Antisemitismus „Made in Iran“: Die internationale Dimension des Al-Quds-Tages, 2006, <http://www.ajcgermany.org/atf/cf/%7B46AEE739-55DC-4914-959A-D5BC4A990F8D%7D/Neuaufgabe%20A1%20Quds%20Okt%202006%20FINAL.pdf>; zuletzt eingesehen am 22. 7. 2010, S. 23 ff.

41 The Middle East Media Research Institute (MEMRI), Al-Quds-Tag 2005: Iranische Poli-tiker fordern die Beseitigung Israels, Special Dispatch, 26. 10. 2005 (derzeit nicht online verfügbar).

42 Eine solche Aufweitung des Adressatenkreises ist natürlich insbesondere bei den in west-lichen Staaten agierenden Gruppen zu erkennen, wohingegen Ansprachen im weitgehend arabisch-muslimisch geprägten Raum keine derartige Strategie erkennen lassen und ihre Agitation sich schwerpunktmäßig auf die religiöse Identität ihrer Adressaten stützt. Vgl. etwa ebenda.

sprochenen Wir-Gruppen in einer Ordnung konvergent gemacht werden, wird im Folgenden am Beispiel des letzten Demonstrationsaufrufes zum Quds-Tag in Berlin im September 2009 veranschaulicht.

Die Überschrift des Aufrufes „Im Namen des Barmherzigen“⁴³ verleiht dem Gesamttext zunächst einen religiösen Rahmen, ohne aber eine bestimmte Einschränkung bezüglich der Glaubensrichtung vorzugeben: Anhänger zumindest aller großen monotheistischen Religionen könnten diese „Barmherzigkeit“ als Eigenschaft ihres Gottes beanspruchen.⁴⁴ Eine islamische Konnotation ist also an dieser Stelle nicht gegeben. Explizit islamistische Rhetorik oder Verweise auf die Bewegung des politischen Islam finden sich im gesamten Textverlauf allein an zwei Stellen, und dort jeweils in relativierendem Kontext. Es kann also festgehalten werden, dass der Aufruf die islamistische Herkunft und Grundlage des Quds-Tages im Hintergrund zu halten versucht: Das religiöse Moment wird als Form konzipiert, in der sich verschiedene religiöse sowie säkulare Gruppen symmetrisch gegenüberstehen.

Stattdessen baut der Text maßgeblich auf der Konstruktion eines Antagonismus zwischen dem „PROBLEM [sic]“ und der Ordnung der „Weltgemeinschaft“ auf. Dieses anfänglich nicht näher bestimmte „PROBLEM“ bleibt im gesamten Text vage und wird allein über seine Verbindung mit den vorgestellten Missständen und „Machtkonstellationen“ charakterisiert. Es wird als ein allgemeines dargestellt, für das es zwar „unterschiedliche Bezeichnungen“ gebe, deren Unterschiede aber keine wesentliche Relevanz hätten: „Man mag es bezeichnen, wie man möchte.“ Damit wird die Pluralität der in der Wir-Gruppen-Konstruktion vereinten Weltansichten betont, die durch die Verwendung solch unterschiedlicher Feindbildbezeichnungen wie „das internationale Finanzkapital“, „Imperialismus“, „Istikbar“ (arab. für Hochmut und Arroganz, hier: die Vereinigten Staaten) und „globalisierte Macht“ erkennbar werden und der eine universelle und zugleich betont identische Feindbildkonstruktion gegenübersteht.

Eine nationalisierende Konkretisierung dieses Feindbildes schließt direkt an: „Die Basen des PROBLEMS liegen in den USA, England und Israel.“ Damit sind

43 Quds-Arbeitsgruppe, Aufruf zur Demonstration am internationalen Qudstag, 2009, <http://www.qudstag.de/aufruf2009.html>; zuletzt eingesehen am 22. 7. 2010; alle übrigen Zitate in diesem Abschnitt, soweit nicht anders gekennzeichnet, entstammen dieser Quelle.

44 Kurt Goldammer (Hrsg.), Wörterbuch der Religionen, Stuttgart 1985; Stichwort: Barmherzigkeit, S. 76.

gewissermaßen die nationalen Erscheinungsformen des ominösen „PROBLEMS“ benannt. Daraufhin wird der Nahostkonflikt in den Fokus gerückt, der als eigentlicher Anlass der Aktionen zum Quds-Tag gilt: Das „Volk Palästinas“ wird hier gleichsam zum Kernpunkt des vermeintlichen Leidens der „Weltgemeinschaft“ unter der „Machtkonstellation“ des „PROBLEMS“ gemacht.⁴⁵ Zugleich ist erstmalig von der „Herrschaftsideologie des Zionismus“ die Rede, die für die „Weltgemeinschaft“ angeblich nur Schlechtes zu verheißen hat: Eine dekontextualisierte Darstellung der Zustände im Gazastreifen als „Freiluftgefängnis“ deutet diese als Verheißung des Übels, das der „Zionismus“ dieser Feindbildkonstruktion zufolge über die gesamte „Weltgemeinschaft“ bringen wird. Hiermit wird das zuvor abstrakt und universell eingeführte „PROBLEM“ auf der Ebene nationaler Akteure (an)greifbar gemacht.

Insgesamt wird so ein Antagonismus konstruiert, der vor allem insofern antisemitische Züge⁴⁶ trägt, als die Konstruktion des „PROBLEMS“ eine Lesart als Figur des Dritten⁴⁷ nahelegt: Auf der einen Seite steht die legitime, geordnete Pluralität der „Weltgemeinschaft“, auf der anderen die allgegenwärtige Bedrohung der „Machtkonstellation“ von USA, England und Israel,⁴⁸ die aber nicht eine konkurrierende Ordnung an sich bilden, sondern hinter denen als dirigierende Instanz die „Strategen des PROBLEMS“ stehen. Wohlgemerkt: Der Text bleibt in

45 Fraglich bleibt dabei, welches Verständnis von „Volk“ im Zusammenhang dieses Textes zu veranschlagen ist: Ist der Demos eines möglichen zukünftigen palästinensischen Staates gemeint? Oder die verschiedenen politischen Formen einer palästinensischen Unabhängigkeitsbewegung, die im Britischen Mandatsgebiet „Palästina“ und nach dessen Ende existieren und existiert haben? Oder eine historisch-genealogische Abstammungsgemeinschaft, die eventuell bis auf die antike Gruppe der Philister zurückzuführen wäre? Angesichts der zeitlichen Fokussierung „seit über 60 Jahren“ kann davon ausgegangen werden, dass die Bevölkerung der historisch variierenden palästinensischen Gebiete seit der Gründung des Staates Israel gemeint ist. Die historisch-genealogische wie politische Uneinheitlichkeit dieser Bestimmung wird im weiteren Verlauf des Textes jedenfalls nicht weiter problematisiert: Der Begriff „Volk“ wird hier in einem vagen, schlagwortartigen Sinne verwendet, der die Paradoxien und Unschärfen dieses Gebrauches ausblendet.

46 Im Text selbst wird dies freilich explizit abgewehrt: „Wer von Verschwörungstheorie und Antisemitismus spricht, verschließt die Augen vor Tatsachen.“

47 Holz, Die Figur des Dritten, S. 277 ff.

48 Zwar wird auch die EU als zunehmend von „Zionisten“ kontrolliert dargestellt, die versuche „schrittweise die Kontrolle über die EU-Strukturen zu erlangen“. Diese erscheint dabei aber im Gegenteil zu den USA, England und Israel als noch nicht gänzlich „unterwandert“.

dieser Hinsicht ambivalent, engt den Raum möglicher Sinnkonstruktionen zwar deutlich in diese Richtung ein, schreibt aber die Interpretation als Figur des Dritten nicht zwingend vor.⁴⁹ Diese Undeutlichkeit der Konstruktion des Dritten im Feindbild steht dabei in Zusammenhang mit der Undeutlichkeit des konstruierten Wir-Bildes, das so schwammig gefasst wird, dass eine durch den Dritten bedrohte Ordnung kaum noch scharfe Konturen gewinnt.⁵⁰

Bei einer schwerpunktmäßigen Betonung von Feindbild und Opferrolle bleibt es auch in der zweiten Hälfte des Aufrufes, die sich der Formierung eines „Widerstandes“ widmet: „Das PROBLEM ist global, daher muss auch der Widerstand dagegen auf internationaler Ebene stattfinden. [...] Ob Muslime, Christen, Juden, Konfessionslose, ob Links oder Rechts, keiner ist mehr vor brutalen Übergriffe [sic] sicher.“ Zwar wird mehrfach der einheitliche Charakter dieser „internationalen Allianz für Gerechtigkeit“ hervorgehoben: „Wir dürfen uns durch den Missbrauch der Religionen und Ideologien nicht spalten lassen, während die Gegner der Gerechtigkeit immer enger zusammenrücken. Die Kriterien zur Bildung der Bündnisse müssen überdacht werden. Die Völker müssen zusammenhalten [...]“. Doch bleibt dieser Appell letztendlich seltsam leer; sein einziges Mittel zur Integration der „Allianz“ bleibt der als universell konstruierte Antagonist, der sich gegen die „internationale“ Ordnung der „Völker“ richtet. Was diese Ordnung gegenüber der universellen Bedrohung durch den Dritten und seine „Machtkonstellation“ vermeintlich so schützenswert macht und welche Formen in welchem Verhältnis darin verwoben sind, wird nicht genauer expliziert. Die Agitation erschöpft sich in einem ebenso vollmundigen wie begriffslos-leeren Jargon von „Gerechtigkeit“,

49 So wird im Gesamttext eine Deutung des „PROBLEMS“ nicht gänzlich ausgeschlossen, in der dieses als ein gemeinsames politisches Programm oder sonstiges übergreifendes Merkmal der aufgezählten Staaten und Akteure, also als ein konkurrierendes Ordnungsmuster erschiene.

50 Dass im Antisemitismus nach 1945 meist Chiffren an die Stelle einer ethnisierenden Schuldzuschreibung treten, ist weitläufig diskutiert worden, ebenso wie das fragmentarische und mobile Auftreten antisemitischer Äußerungen heute (Björn Milbradt, Grauzonen der Antisemitismusforschung, oder: Versuch, den ‚Zeitgeist‘ zu verstehen, in: *Conflict and Communication Online* 9 (2010) 1; Anton Pelinka/Ruth Wodak (Hrsg.), *Dreck am Stecken. Politik der Ausgrenzung*, Wien 2002. Im Falle des hier analysierten Quds-Tag-Aufrufes zeigt sich diese Diffusität auch darin, dass die verwendete Chiffre des „PROBLEMS“ selbst so vage gehalten ist, dass an ihrer Stelle die verschiedensten Feindbilder und Ursachenzuschreibungen Platz finden können.

„Vernunft“, „Menschlichkeit“ und „Frieden“. Dies kann dahingehend als funktional für die Wir-Gruppen-Konstruktion des Textes gelesen werden, dass jede genauere Bestimmung Gefahr liefe, die Widersprüche aufzudecken, die in der wechselseitigen Wahrnehmung der angesprochenen Gruppen zu erwarten sind: Die säkulare Linke etwa kann sich eben nicht widerspruchlos mit dem religiösen Universalismus des Islamismus und dessen antiemanzipatorischen Positionen verbünden, auch wenn solche Positionen in manchen antiimperialistischen Gruppen mittlerweile etabliert sind. Ebenso problematisch wäre es beispielsweise, den in Deutschland lebenden und einem politisch-religiösen Fundamentalismus nahestehenden Muslimen widerspruchlos nahezulegen, dass sie sich mit deutschen Neonazis solidarisieren sollen, deren Programm maßgeblich in xenophober Hetze und einer gewalttätigen Verfolgungspraxis besteht.

Eine solche diffuse Wir-Gruppen-Konstruktion führt allerdings auch zu der angesprochenen Konturlosigkeit und Inkonsistenz in der vorgestellten Ordnung einer übergreifenden Wir-Gruppe. Dies spiegelt sich unter anderem darin, dass der gruppenübergreifende Mobilisierungserfolg der Quds-Tag-Demos, die außerhalb von Iran, Libanon und Pakistan ohnehin kaum größere Ausmaße erreichen, insgesamt eher gering ausfällt.⁵¹ Bei keinem der dokumentierten Aufmärsche kommt es zu einer deutlichen Solidarisierung verschiedener politischer Strömungen oder Religionen.⁵² Dennoch scheint es, wie am Beispiel oben dargelegt, ein zentrales Anliegen der islamistisch-antizionistischen Agitation zu sein, möglichst integrativ zu erscheinen, auch um den Preis, dass die eigene Wir-Gruppen-Bestimmung marginalisiert wird.⁵³

51 American Jewish Committee (Hrsg.), Antisemitismus „Made in Iran“, S. 23 ff. Neben Bahrain werden Südafrika und Nigeria als Länder genannt, in denen es starke Quds-Bewegungen gibt.

52 Obgleich es hierzu Ansätze gibt: In Deutschland solidarisierten sich bspw. vereinzelt Rechtsextreme und Antiimperialisten mit der Quds-Tag-Demonstration, vgl. Islamisten am Kanzleramt, Der Tagesspiegel, 28. 11. 2009, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/islamisten-am-kanzleramt/1639926.html>; zuletzt eingesehen am 22. 7. 2010; Mit der extremen Rechten für die Befreiung? Aufrufe zum diesjährigen al-Quds-Tag, www.ufuq.de, 11. 9. 2009, <http://www.ufuq.de/newsblog/571-mit-der-extremen-rechte-fuer-die-befreiung-aufrufe-zum-diesjaehrigen-al-quds-tag-;> zuletzt eingesehen am 22. 7. 2010.

53 Es stellt sich also die Frage, warum dieser Preis angesichts des geringen Mobilisierungserfolges dennoch entrichtet wird. Hierzu lassen sich verschiedene Vermutungen anstellen.

„Zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich ziehen“⁵⁴ – Antizionistische Spielarten des linken Antiimperialismus

War die linke Position zu Israel bis 1967 vor allem durch Interesse und Solidarität – insbesondere zu den sozialistischen Kibbuzim – geprägt, so schlug diese Position nach dem Sechs-Tage-Krieg in eine bis heute in Teilen der Linken existente Israelfeindschaft um.⁵⁵ Als ideologischer Turning point kann ein sich ausbreitender Antiimperialismus gelten, der Israel als Brückenkopf des westlichen Imperialismus ausmachte und die Palästinenser einseitig als „revolutionäres Subjekt“ unterstützte.⁵⁶ Grundlegend festzustellen ist hier bereits Folgendes: Es geht prinzipiell nicht um die Befreiung von Individuen, sondern um Volksbefreiung. Zweitens geht es beim Terminus „Befreiung“ nicht um eine Befreiung von Herrschaft allgemein (kapitalistischer, bürokratischer, nationalstaatlicher etc.), sondern vielmehr um die Befreiung aller Völker von imperialistischer *Fremdherrschaft* zur Herstellung einer geordneten Vielheit „freier“ und „gleicher“ Völker. Damit entstehen zwei-erlei Probleme: Einerseits muss festgelegt werden, wer der Feind ist, der für die Unterdrückung verantwortlich zeichnet und gegen den gekämpft werden muss, um die Befreiung zu erreichen: Wer also steht jenseits des „Trennungsstrichs“? Davon nicht trennbar ist die Frage, wer „dazugehören“ soll, wer sich diesseits des Trennungsstrichs befindet oder zumindest potenziell hierher gehören könnte – die Notwendigkeit der klaren Grenzziehung bedingt diese beiden Fragen als zwei Seiten derselben Medaille.

An dieser Stelle lohnt es, einen Blick auf das Bekennerschreiben zu werfen, das die „Schwarzen Ratten TW“ (Tupamaros Westberlin) aus Anlass eines (glück-

Denkbar wäre etwa, dass es sich um einen Akt der Selbstlegitimation der islamistischen Agitatoren handelt: Das vermeintliche Ziel der Integration großer Zusammenschlüsse gegen Israel und die USA resp. deren Verbündete wäre dann in erster Linie der Versuch, die eigenen fundamentalistischen Positionen gegenüber einer westlichen Öffentlichkeit als weniger different und konfliktträchtig erscheinen zu lassen, ohne damit ernsthafte Hoffnungen auf eine Realisierung einer entsprechenden Koalition zu verbinden.

54 Hierbei handelt es sich um ein Mao-Zitat, das unter anderem von der RAF verwendet wurde. ID-Verlag (Hrsg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 27 ff.

55 Martin W. Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt a. M. 1990, S. 75 ff.

56 Ebenda; Haury, Der neue Antisemitismusstreit.

licherweise gescheiterten) Bombenanschlag auf das Berliner Jüdische Gemeindehaus (am 9. November 1969) verfasst haben. Wolfgang Kraushaar bezeichnet in seiner Monografie über die „Bombe im Jüdischen Gemeindehaus“ die Einbettung der Tat in die antiautoritäre Bewegung der „Stadtguerilla“ als antisemitischen Akt.⁵⁷ Das Schreiben richtet sich generell gegen „den Imperialismus“ und seine „Kräfte im Nahen Osten“: „Seine nächste entscheidende Niederlage versucht der Imperialismus unter Aufbietung all seiner Kräfte im Nahen Osten zu verhindern.“⁵⁸ „Der Imperialismus“ wird dabei als Feind konstruiert, der einer symmetrisch konzipierten Weltordnung der „freien“, also nicht „fremdbestimmten“, Völker entgegensteht. Als „Weltimperialismus“ ist er jedoch nicht an ein bestimmtes Land gebunden, auch wenn die USA als sein Hauptsitz gesehen werden: „Das europäische und US-Kapital hat sich eine starke Militärbasis im Nahen Osten errichtet. Tatkräftig unterstützt es die Zionisten in ihren aggressiven Expansionsfeldzügen im arabischen Raum.“ Für die USA und Europa wird in dem Bekennerschreiben davon ausgegangen, dass das Erstarken der linken, anti-imperialistischen Bewegungen zu einer zweiten „Befreiungsfront in den Metropolen“ führen kann. Das bedeutet nicht nur, dass gegen den Weltimperialismus nun auch noch gewissermaßen eine „Heimatfront“ eröffnet werden soll, sondern dass sowohl die USA als auch z. B. Deutschland als Staaten konzipiert werden, die prinzipiell vom Imperialismus befreit werden können. Jedoch bezieht man sich nicht in gleicher Weise auf eventuell in diesem Sinne „emanzipatorische“ Bewegungen in Israel, vielmehr wird von „der geschichtlichen Nichtberechtigung des israelischen Staates“⁵⁹ gesprochen. Israel und den Israelis wird also der Eintritt in die Wir-Gruppe verwehrt, ein Übertreten der Grenze ist ihnen in diesem Weltbild prinzipiell nicht möglich. Grundiert wird das Ganze von einem Schuld abwehrenden, sekundären Antisemitismus, der in „den Juden“ die Nazis von heute erblickt: „Aus vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästin-

57 Wolfgang Kraushaar, *Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus*, Hamburg 2005, S. 289.

58 Die Zitate entstammen einem Bekennerschreiben der „Schwarze Ratten“, Schwarze Ratten TW: Schalom und Napalm, <http://www.infopartisan.net/trend/litlisten/aufrohr/aufrohr14.html>; zuletzt eingesehen am 22. 7. 2010; alle übrigen Zitate in diesem Abschnitt, soweit nicht anders gekennzeichnet, entstammen dieser Quelle.

59 Ebenda.

sische Volk ausradieren wollen.“⁶⁰ In diesem Sinne handelt es sich also hier um die Konstruktion eines asymmetrischen Verhältnisses: Dem universalistischen, nach Weltherrschaft strebenden Imperialismus stehen die zu befreienden „Völker“, nicht jedoch das israelische Volk, gegenüber. Hierbei handelt es sich nicht nur um Palästina oder Vietnam, sondern potenziell – falls der Aufbau einer antiimperialistischen Bewegung in den „Metropolen“ gelingt – auch um die USA oder Deutschland. An dieser Stelle wird deutlich, dass die Bestimmung der Wir-Gruppe eine doppelte sein muss: Sie ist einerseits sozial, denn jeder kann sich ihr anschließen, auch die Bürger „imperialistischer Staaten“ wie die USA. Andererseits ist sie ethnisch, denn insbesondere die „Befreiungsbewegungen“ im Trikont (die drei Kontinente Asien, Lateinamerika und Afrika) konstituieren sich im Widerstand gegen den Imperialismus als Volk.⁶¹ Ohne diesen Kampf hingegen „versacken wir im liberalen Morast, der sich in unserer Gegengesellschaft breitmacht“.⁶² Die Möglichkeit dieser langandauernden Veränderung ist jedoch nicht den Bewohnern Israels gegeben, da ihr Staat ein Fremdkörper in der nationalen und völkischen Ordnung der Welt darstellt, der entfernt werden muss. Die internationale Zusammenarbeit und Solidarität im Befreiungskampf ist also zwischen allen Völkern und Befreiungsbewegungen möglich. Das „rassistische und zionistische Israel“ wird jedoch aus dieser Bestimmung ausgeschlossen – als Außen hat es keinen Platz in diesem Weltbild und damit auch nicht in dieser national-völkischen Ordnung der Welt. Im Unterschied zu den USA, die durchaus als im antiimperialistischen Kampf „zu befreiendes“ Land gelten,⁶³ kann Israel nur verschwinden. Das endgültige Ziel des Befreiungskampfes kann in dieser Argumentation nur eine symmetrisch eingerichtete Welt der Staaten und Völker sein, in der „Imperialismus“ und der israelische Staat verschwunden sind.⁶⁴

Mit Blick auf die „Bombe im Jüdischen Gemeindehaus“ ist Wolfgang Kraushaar Recht zu geben, wenn er hier einen neuen, primären und eliminatorischen Antise-

60 Ebenda.

61 Dieter Kunzelmann, Brief aus Amman, in: Agit 883, 27. 11. 1969, http://plakat.nadir.org/883/ausgaben/agit883_42_27_11_1969.pdf (zuletzt eingesehen am 22. 7. 2010), S. 5.

62 Ebenda.

63 Unklar bleibt hier, ob auch die US-Amerikaner sich im Kampf als „Volk“ konstituieren können. Diese Konstitution wird oftmals nur den Befreiungsbewegungen im Trikont, nicht aber den Metropolenbewohnern zugestanden.

64 Haury, *Der neue Antisemitismusstreit*, S. 152.

mitismus am Werk sieht. Die Besonderheit des Bekennerschreibens liegt nämlich auch noch in einem anderen Punkt: Für die Täter scheint der Zusammenhang zwischen „Juden“ und „Zionisten“ evident zu sein, sodass nicht gesondert begründet wird, warum Deutsche jüdischen Glaubens für die Politik Israels (mit ihrem Leben) haftbar gemacht werden sollten. Hier wird kaum kaschiert, dass die Bombe aufgrund einer impliziten Ethnisierung genau an diesem Ort platziert wurde. Durch die Gleichsetzung von Juden und Zionisten wird dieser Kampf – zumindest, was den Nahen Osten angeht – zu einem explizit transnational antisemitischen, der auf ethnisierende Konstruktionen des „Jüdischen“ und des Eigenen zurückgreift. Jenseits der antizionistisch-antisemitischen Semantik verweist die antisemitische Tat hier auf den manifesten und auf Vernichtung abzielenden Antisemitismus – es geht um die Bekämpfung einer jüdischen Verschwörung, die nicht als lokal begrenzte vorgestellt wird.⁶⁵

Die transnationale Zusammenarbeit gegen Zionismus und Imperialismus wird dabei kaum thematisiert. Vielmehr scheint es, dass die Identifikation der Befreiungsbewegungen als Träger der eigenen Vorstellungen von Befreiung relativ unproblematisch geschieht und ohne große Auseinandersetzung mit den Ideologien dieser Bewegungen (wie etwa dem Islam) auskommt – wovon Kunzelmanns „Brief aus Amman“⁶⁶ ein beredtes Zeugnis ablegt. Dementsprechend kann auch der Aufbau einer „Stadtguerilla“ in den westlichen Metropolen unproblematisch als direkte internationale Solidarität vor dem Hintergrund gemeinsamer Ziele (Zerstörung Israels, Niederlage des Imperialismus) verstanden werden: „Weil diese unreflektierten Bedürfnisse nach Veränderung, kämpferischer Gemeinschaft, eindeutigem Feind und einfach zu durchschauenden Verhältnissen hierzulande nicht erfüllt werden können, werden sie in die Fernen des Trikont projiziert. Die unkritische Identifikation mit den nationalen Befreiungsbewegungen muß zwangsläufig zur Unterscheidung von guten und schlechten Staaten, zur Verwechslung von sozialer Revolution mit nationaler Befreiung und schließlich zur Entdeckung guter Völker führen, die gegen das als ‚Imperialismus‘ bezeichnete abstrakte Böse kämpfen.“⁶⁷

65 Zur ethnisierten Feindbildkonstruktion, der Forderung nach der Auslöschung Israels sowie der Rede von der Verschwörung einer „zionistischen Weltbewegung“ in der antiimperialistischen Palästina-Solidarität ebenda.

66 Der Brief ist vollständig abgedruckt in: Kraushaar, Die Bombe, S. 68–70.

67 Haury, Der neue Antisemitismusstreit, S. 152.

Internationale Solidarität und gemeinsame Aktionen erscheinen so weniger als Auseinandersetzung und Reflektion mit den gemeinsamen und trennenden Zielen, sondern vielmehr als Projektion der Vorstellungen deutscher Antiimperialisten. So bleibt beispielsweise auch unreflektiert, inwiefern der islamistische Widerstand gegen das „zionistische Regime“ mit den eigenen universalistischen Vorstellungen von Befreiung in Widerspruch steht und die Konstituierung einer dauerhaften Allianz unmöglich macht. Die transnationale antisemitische Wir-Gruppe bleibt jenseits der Projektionen systematisch unbestimmt und wird lediglich einseitig am gemeinsamen Gegner konstituiert.

Demgegenüber erscheinen heutige Überlegungen zur Zusammenarbeit von Antiimperialisten und Islamisten um einiges abgeklärter. Das veranschaulicht ein Text des Antiimperialisten Jonas Feller von der „Antiimperialistischen Koordination“ (AIK). Dieser setzt sich explizit mit dem Islam als potenziellem Bündnispartner für Antiimperialisten und „stärkster Bedrohung des Imperialismus seit dem Aufbruch um 1968“⁶⁸ auseinander. Zwar seien Linke und Muslime bislang „traditionelle Feinde“,⁶⁹ dies resultiere jedoch einerseits aus Vorbehalten gegenüber der islamischen Kultur, andererseits werde der Universal-Anspruch der kommunistischen Lehre durch den Islam infrage gestellt. Jedoch: „Es kommt vor allem darauf an, welche Islamisten mit welchen Linken zusammen arbeiten und wie weit die gemeinsamen Interessen reichen.“⁷⁰ Hier weicht also die pauschale Identifikation einer instrumentellen Abwägung gemeinsamer Interessen. Die romantischen Vorstellungen einer gemeinsamen internationalen Volksbefreiungsbewegung, wie sie 1969 zu finden waren, sind teilweise von einer rationalen Abwägung ersetzt worden, auch wenn ein nicht unerheblicher Teil des Textes darauf verwendet wird, etwaige weitere Berührungspunkte beider Strömungen zu erörtern, etwa in der „Frauenfrage“. Die Wir-Gruppe wird hier so angelegt, dass sie sich trotz Unterschieden in ihrem Interesse der Bekämpfung des Imperialismus zusammenfinden kann, ohne der Illusion zu erliegen, als solche die Gegensätze überwinden zu können. Die Überlegungen zur transnationalen Zusammenarbeit entstehen aus der Erkenntnis, dass „ausgerechnet eine religiös gefärbte Bewegung den alten, nun noch gewachsenen Feind, den

68 Feller, Jonas, Islam ignorieren – Die Linke und der Islamismus, 2009, <http://www.antiimperialista.org/de/node/6033>; zuletzt eingesehen am 22. 7. 2010.

69 Ebenda.

70 Ebenda.

westlichen kapitalistischen Imperialismus konfrontiert“.⁷¹ Oberflächlich betrachtet findet sich also auch bei den Antiimperialisten der AIK eine ambivalente Bestimmung der potenziellen Verbündeten des politischen Islam, ähnlich der Konzeption von Jürgen Gansel. Wo jedoch Gansel neben dem gemeinsamen Feind auch positive, verbindende Kriterien (Anerkennung islamischer Kultur, des arabischen Nationalismus etc.) für eine Kooperation ausmacht und zugleich eine klare Bedingung für die Ermöglichung einer solchen stellt (die regional-nationalistische Läuterung des islamistischen Universalismus), entwerfen die linken Antiimperialisten ihre Temporalisierung des Konfliktes ohne endgültige Lösungsperspektive. Dabei wird zugleich versucht, die Konfliktpunkte zwischen säkularem und islamistischem Antizionismus aufzuheben bzw. in den Hintergrund treten zu lassen, indem einerseits auf eine differenzierte Betrachtung verschiedener islamistischer Strömungen gedrängt sowie auf die Wirkung einer vermeintlichen „islamophoben westlichen Propaganda“ verwiesen wird: „In Wirklichkeit geht es dabei [Vorbehalte gegenüber einem Bündnis mit Islamisten] nicht um das Festhalten an irgendwelchen ‚emanzipatorischen Werten‘, sondern um den Erfolg islamophober Hetze, die irrealer Ängste schürt und jenen Linken, die sich nicht überzeugend von ihr distanzieren, als Vertreter von Veränderung und Verbündete der Unterdrückten disqualifiziert.“⁷²

Fazit

Ausgangspunkt unserer Überlegungen war die These, dass im modernen Antisemitismus die „Judenfrage“ nicht nur als nationales Problem gefasst wird. Das Wirken der Juden wird von Antisemiten als transnationales vorgestellt, und in dieser Logik muss die Reaktion darauf eine wie auch immer konzipierte Transnationale sein.

Mit den Arbeiten von Holz kann plausibel angenommen werden, dass nationale wie inter- und transnationale Elemente im Antisemitismus keine getrennten sind, sondern ihrer Form nach konstitutiv aufeinander angewiesen. Dabei stellen das national-partikulare und das transnational-universalistische sich wechselseitig ergänzende Momente in der Konstitution der antisemitischen Wir-Gruppe dar: So muss es der antisemitischen Semantik gemäß eine übergreifende, transnationale

71 Ebenda.

72 Ebenda.

Wir-Gruppe geben, die aber in weitere Untergruppen zerfällt, die sodann gemeinsam eine geordnete Pluralität bilden. Es liegt im Wesen der antisemitischen Weltanschauung, dass „die Juden“ eben diese transnationale Ordnung bedrohen, und auf diese Weise auch die jeweils eigene Nation. Vermeintlich bedroht ist nicht nur die partikulare Eigengruppe, sondern die universelle Ordnung, nach der sich deren Identität primär bestimmt. Daher muss die antisemitische „Lösungsperspektive“ eine transnationale sein, ohne dass dabei aber die verbündeten Gruppen zu einer Einheit zusammenfallen.⁷³ Die Ordnungsentwürfe verschiedener Gruppen, die dabei aufeinandertreffen, widersprechen sich zum Teil drastisch.

Dies führt dazu, dass in Konzeptionen eines gruppenübergreifenden antisemitischen Bündnisses häufig zwischen feindlichen und solidarisierenden Aspekten der potenziellen Bündnispartner abgewogen werden muss, wobei der wahrgenommene Universalismus der Ordnungsvorstellungen des Gegenübers sowie die Symmetrie oder Asymmetrie des Verhältnisses eine entscheidende Rolle spielen. Bei der exemplarischen Untersuchung von Texten aus drei verschiedenen Zusammenhängen wurden diesbezüglich verschiedene Schwerpunktsetzungen und Strategien erkennbar.

Der Entwurf des Neonazis Jürgen Gansel lässt die differenzierteste Auseinandersetzung mit dieser Problematik erkennen. Hier erscheinen sowohl „Amerikanismus“ als auch „Islamismus“ zunächst als „völkerverachtender Universalismus“ und bedrohen gleichermaßen die national-völkische Ordnung der Welt. Im Gegensatz zu seiner Haltung zu „USrael“ bzw. den „Judeoamerikanern“ sieht Gansel bezüglich der Islamisten eine Kooperationsmöglichkeit: Sofern diese ihren religiösen Universalismus zugunsten einer primär national-partikularistischen Ordnungsvorstellung aufgaben, könnten sie sich gegen „den Neokolonialismus Amerikas und den Staatterrorismus Israels [...] der Solidarität von Nationalisten sicher sein“.

73 Denn auch in diesem Fall wäre die durch eine bestimmte Unterscheidung konstituierte Ordnung verloren, für deren Erhalt der Antisemitismus ja gerade kämpft. Geht man von der These von Klaus Holz aus, dass die Figur des Dritten zentrales Moment der antisemitischen Feindsemantik ist, könnte man dies auch wie folgt fassen: In dem Moment, in dem sich die Welt im Bündnis gegen „die Juden“ vereinheitlicht, also nicht mehr als geordnete Pluralität erscheint, kann es keine Figur des Dritten, sondern nur noch eine einfache Opposition zwischen zwei Gegnern geben. Die Form des antisemitischen Feindbildes, wie sie sich empirisch zeigt, setzt also in gewissem Sinne eine pluralistische Wir-Gruppen-Konstruktion voraus.

Eine islamistische Perspektive bezüglich möglicher antizionistischer Kooperationen entwirft hingegen ein wesentlich undeutlicheres Bild. Obwohl angesichts des eindeutigen Bezuges auf den politischen Islam iranisch-schiitischer Prägung hier ebenso viele Konfliktpunkte mit den angesprochenen Bündnispartnern angenommen werden müssen wie bei Gansel auftauchen, werden diese im Demonstrationsaufruf zum Quds-Tag nahezu vollkommen ausgeblendet. Zugunsten einer möglichst breiten Adressatengruppe und um Widersprüche nicht in den Vordergrund treten zu lassen, wird hier nicht nur die eigene islamistische Wir-Gruppen-Konstruktion weitgehend verdeckt, sondern auch die Konzeption der übergreifenden antizionistischen Wir-Gruppe so unspezifisch angelegt, dass diese nahezu ausschließlich negativ über das gemeinsame antisemitisch codierte Feindbild der „Strategen des PROBLEMS“ begründet wird.

Bezüglich der antizionistischen Bündnisbestrebungen der Linken lassen sich ähnliche Schemata feststellen, die jedoch in spezifischer Variation auftreten. Die „Schwarzen Ratten – Tupamaros Westberlin“ lassen in ihrem Antizionismus zwar einen nahezu unverhüllten Antisemitismus erkennen und reproduzieren demgemäß auch ein transnationales Feindbild. Die Widersprüche der angestrebten Kooperationsverhältnisse mit weltweiten „Volksbefreiungsbewegungen“ kommen aber so gut wie gar nicht in den Blick. Was in der politischen Praxis der verbündeten palästinensischen Gruppen dem eigenen angeblich emanzipatorischen Ideal entgegenstehen könnte, wird ignoriert. In aktuellen Ansätzen eines antizionistisch-antiimperialistischen Bündnisses finden sich diese Probleme nun explizit reflektiert, wie am Beispiel des Textes von Jonas Feller aus dem Umfeld der AIK gezeigt wurde. Frauenrechte, Antikommunismus und religiöser Fundamentalismus werden als Gegenargumente zu einem Schulterschluss von linkem und islamistischem Antiimperialismus diskutiert. Im Gegensatz zum rechtsradikalen Entwurf von Gansel zeigt Fellers Text jedoch keine klare Lösungsperspektive für die thematisierten Konfliktlinien auf. Er betont die Notwendigkeit eines Bündnisses trotz eindeutiger Diskrepanzen und versucht zugleich, deren Bedeutung herunterzuspielen.

Mit der Analyse der Texte können nun differenzierte Schlussfolgerungen über Versuche antisemitischer Kooperation gezogen werden. In allen drei Texten bleibt die Konzeption eines transnationalen antisemitischen Bündnisses auf jeweils eigen-tümliche Weise leer. Am auffälligsten ist dies im Aufruf für den Quds-Tag 2009. Die Aufrufenden stellen ganz offensichtlich ihre universalistisch-religiöse Semantik in

den Hintergrund und versuchen, durch Aufzählung einer Vielzahl globaler Probleme eine möglichst breite gesellschaftliche Unterstützung zu bekommen. Hieran wird besonders deutlich, dass die Akteure in ihrem Bemühen um Unterstützung und Kooperation vor große Probleme gestellt sind, ihre jeweils eigene Semantik (ob partikular oder universalistisch) zurückzustellen, um eine Anschlussfähigkeit für potenzielle Bündnispartner zu erreichen. Sowohl der Rechtsradikale Gansel als auch der Antiimperialist Feller bringen diese Schwierigkeit auf den Punkt: Der Universalismus der jeweiligen Fremdgruppen stellt eine substanzielle Gefahr für die jeweilige Wir-Gruppe dar, eine vorbehaltlose oder mehr als punktuell-instrumentelle transnationale Kooperation scheint für die Akteure kaum möglich. Komplementär dazu besteht für universalistische Wir-Gruppen wie der islamistischen Umma das Problem offenbar darin, ihre universalistischen Ansprüche zu kaschieren, da sie andernfalls zu erkennen geben müssten, dass die umworbenen Bündnispartner in ihrer jeweiligen Besonderheit in ihrem Weltbild jenseits der temporären Kooperation keinen Platz haben. Einen Sonderstatus nimmt dabei der einzige gänzlich ungeschminkt antisemitische aus der Reihe der untersuchten Texte ein: Die „Schwarzen Ratten – Tupamaros Westberlin“ und auch Kunzelmann in seinem Brief aus Amman ignorieren beharrlich ihre ersehnten Bündnispartner der Fatah und anderer Organisationen zugunsten der eigenen Projektion. Auch wenn beide Texte keine Reflexionspapiere sind, die die Frage der Kooperation dezidiert thematisieren, so wird doch deutlich, dass mit der Überhöhung der Kooperationspartner als revolutionäres Subjekt die vollständige Ignoranz gegenüber deren Spezifika einhergeht – die gemeinsame Wir-Gruppe bleibt substanziell unbestimmt und wird mit den Interessen der „Tupamaros“ in eins gesetzt. Auch hier erfolgt die Bestimmung der Wir-Gruppe darüber hinaus insbesondere in der Benennung des gemeinsamen Gegners.

Antisemitische (und antizionistische) Akteure, so lässt sich konstatieren, reflektieren Möglichkeiten und Grenzen transnationaler Kooperationen und versuchen sich in einem internationalen politischen Gefüge zu positionieren. Sie streben dabei in der antisemitischen Feindbildkonstruktion Bündnisse mit Partnern an, die aufgrund wechselseitig wahrgenommener Inkompatibilitäten gegenwärtig aber lediglich begrenzte Reichweite haben. Festzustehen scheint: Je differenzierter sich antisemitische Gruppierungen um eine kohärente Programmatik internationaler Bündnisse bemühen, desto ambivalenter erscheinen die darin angesprochenen

Bündnispartner hinsichtlich ihres Status als Fremde, Feinde oder Freunde. Ob dies die entsprechenden Gruppen jedoch davon abhalten wird, Kooperationen einzugehen, wenn sie opportun erscheinen, um dem gemeinsamen Gegner zu schaden, ist fraglich. Eine aufmerksame Beobachtung der zukünftigen Entwicklung solcher Projekte scheint deshalb angebracht, besteht doch seitens antisemitischer Gruppen offenbar ein bleibendes Interesse an der Weiterentwicklung von Bündnisoptionen.

„Abendland in Christenhand“

Zur antimuslimischen Wahlkampf-Rhetorik der FPÖ unter
Heinz-Christian Strache

Am 13. Juli 2009 veröffentlichte der Landesverband Saar der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) auf seiner Internetseite ein knapp anderthalb Minuten langes Video mit dem Titel „Nein zur Islamisierung“.¹ In diesem wird die – angeblich von der Türkei ausgehende – Islamisierung Deutschlands und der Welt mit allen Mitteln der audio-visuellen Propaganda inszeniert. Gegen Ende des Videos, als die Erdkugel bereits die Form des türkischen Halbmondes angenommen hat, ruft die NPD die Zuschauerinnen und Zuschauer zum „Aufwachen!“ auf. Sodann werden ihre Wahlprüche angebracht, darunter der Slogan „Abendland in Christenhand!“, der aus der rechtspopulistischen Szene des Nachbarlandes Österreich übernommen wurde. Dort hatte ihn die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) für den Wahlkampf zur Europawahl am 7. Juni 2009 kreiert und als eine der zentralen Aussagen für die Wahlplakatwerbung verwendet.

Die rechtspopulistische FPÖ ist seit spätestens Mitte der 1980er-Jahre für ihre ausländerfeindliche Politik bekannt. Seit einigen Jahren lässt sich im Rahmen des Einwanderungsdiskurses der FPÖ eine verstärkte Agitation gegen Musliminnen und Muslime und den Islam als Religion per se beobachten, insbesondere seit der Übernahme der Parteispitze durch den vormaligen Wiener Landesparteiobmann Heinz-Christian Strache im Frühjahr 2005. Dies ist ein Phänomen, das sich in Europas rechtspopulistischer und rechtsextremer Szene, zunehmend jedoch auch in konservativen Kreisen, länderübergreifend beobachten lässt. Die Verwendung des FPÖ-Wahlslogos durch die NPD oder das kürzlich per Volksabstimmung entschiedene Schweizer Minarettverbot sind dafür nur zwei Beispiele.

1 Siehe <http://www.npd-saar.de/index.php?s=9&aid=226>; eingesehen am 13. 9. 2009.

Die folgende Analyse versucht anhand der bundesweiten FPÖ-Wahlkampagnen seit der Abspaltung des Bündnisses Zukunft Österreichs (BZÖ) 2005 die Leitlinien der antimuslimischen Rhetorik der FPÖ unter Führung von Heinz-Christian Strache zu zeigen und deren Bedeutung in den historisch-politischen Kontext sowohl des Einwanderungsdiskurses der Freiheitlichen² als auch ihrer damit verbundenen Haltung zur EU einzubetten. Dafür wird zunächst kurz die Entstehungs- und Erfolgsgeschichte der FPÖ skizziert sowie ein historischer Überblick über ihre Programmatik gegeben – unter besonderer Berücksichtigung ihrer Haltung zu Fragen der Einwanderung und ihrer Positionierung zum Islam. Es zeigt sich, dass die FPÖ eine deutliche Hierarchisierung der als Eigengruppe konstruierten Österreicherinnen und Österreicher gegenüber der als Fremdgruppe konstruierten „Ausländer“ vornimmt. Musliminnen und Muslime fallen in diese Fremdgruppe; ihre Loyalität als Einwohner wird aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit infrage gestellt. Für die Analyse des Wahlkampfmaterials wurde das sichtbarste und damit auch am leichtesten zugängliche gedruckte Material gewählt: Zum einen die großflächig platzierten Wahlplakate, zum anderen, soweit sie sich von ersteren unterscheiden, Inserate, Broschüren und im Fall der EU-Wahl die Wahlkampf-Zeitung „Wir Österreicher“. Die zeitlich befristeten Diskurse in Wahlkämpfen zeichnen sich durch eine besondere Intensität der politischen Auseinandersetzung aus. Diese ist dadurch bedingt, dass alle Aussagen der Parteien und Politikerinnen und Politiker nach außen gerichtet werden und damit zugleich deutlich expliziter und pointierter als sonst ausgesprochen werden. Schließlich geht es darum, die Wahlberechtigten zu überzeugen – und dieses Ziel beeinflusst Auswahl und Präsentation von Themen. Zudem führt sie zu einer starken Emotionalisierung des politischen Diskurses in Wahlkampfzeiten.³ Die gewünschte Unverwechselbarkeit der eigenen Position macht es nötig, die „Anderen“ zu benennen und sich darüber hinaus von ihnen abzugrenzen, um ein Zugehörigkeitsgefühl zur „Parteifamilie“ herzustellen.⁴ Musliminnen und Muslime waren davon neben Asylsuchenden innerhalb des zentralen

2 Der Begriff „Freiheitliche“ wird analog zur Freiheitlichen Partei Österreichs gebraucht.

3 Maria Arduç, Linguistische Strategien in österreichischen Nationalratswahlkämpfen am Beispiel der Nationalratswahl 1999, in: Oswald Panagl/Robert Kriechbaumer (Hrsg.), *Wahlkämpfe. Sprache und Politik*, Wien/Köln/Weimar 2002, S. 181 f.

4 Manfred Prisching, *Wahlkämpfe – Bilder, Mythen, Rituale*, in: Panagl/Kriechbaumer (Hrsg.), *Wahlkämpfe*, S. 11–48, hier S. 37.

Einwanderungsdiskurses der Freiheitlichen in den letzten vier Jahren am stärksten betroffen. Österreich als Heimat wurde und wird ihnen diskursiv abgesprochen. Mithilfe des Topos eines möglichen EU-Beitritts der Türkei, den die FPÖ mit „radikalem Islamismus“ verbindet und damit zur Bedrohung stilisiert, wird die muslimische Türkei und damit der Islam als Religion per se dem christlichen Abendland als unvereinbar gegenübergestellt. Gerade im Kontext der hier untersuchten Nationalratswahlkampagnen 2006 und 2008 gilt, was Patrizia Chiantera-Stutte schreibt: „Die Europäische Union sowie Ideen von Europa sind nicht nur Konstruktionen, die während Europawahlen politisch ernst genommen werden, sondern dienen auch als Instrument für den politischen Kampf und die Schaffung kollektiver Identitäten auf nationaler Ebene.“⁵

Der Einwanderungsdiskurs der Freiheitlichen Partei Österreichs

Die FPÖ entstand 1956 aus dem sieben Jahre zuvor gegründeten Verband der Unabhängigen (VdU).⁶ Sowohl der VdU als auch die FPÖ hatten einen hohen Anteil an ehemaligen NS-Funktionären unter ihren Mitgliedern.⁷ Auf Bundesebene erlangte die FPÖ erst ab Anfang der 1980er-Jahre Bedeutung,⁸ als die traditionelle Lagerspaltung des österreichischen Parteiensystems aufzubrechen begann.⁹ Unter der Führung Jörg Haiders, der die Partei ab 1986 auf einen konsequent rechtspopulistischen Kurs verpflichtete, gewann die FPÖ ab Anfang der 1990er-Jahre kontinuierlich an Wählerstimmen hinzu, bis sie bei den Nationalratswahlen 1999 mit 26,9 % als zweitstärkste Kraft im Land ihr bisheriges Spitzenergebnis erreichte.¹⁰

5 Patrizia Chiantera-Stutte, *Das Europa der Antieuropäer. Ein Vergleich von Lega-Nord und FPÖ*, EUI Working Papers, San Domenico (FI) 2002, S. 21.

6 Kurt Richard Luther, *Die Freiheitliche Partei Österreichs und das Bündnis Zukunft Österreich*, in: Herbert Dachs et al. (Hrsg.), *Politik in Österreich. Ein Handbuch*, Wien 2006, S. 364–388, hier S. 364.

7 Oliver Geden, *Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung*, Wiesbaden 2006, S. 64.

8 Ebenda, S. 64.

9 Sebastian Reinfeldt, *Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus*, Wien 2000, S. 210; sowie Geden, *Diskursstrategien*, S. 119.

10 Luther, *Freiheitliche Partei*, S. 365.

Die nun folgende Regierungsbeteiligung in einer Koalition mit der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) stellte die populistische FPÖ in vielen inhaltlichen Bereichen vor die Herausforderung einer realpolitischen Neuausrichtung, an der sie laut Oliver Geden von der Stiftung Wissenschaft und Politik weitgehend scheiterte.¹¹ Bei den Nationalratswahlen 2002 konnte sie nur noch 10,1 % der Wählerinnen und Wähler von sich überzeugen; dennoch wurde die Koalition von FPÖ und ÖVP neu aufgelegt. Die parteiinternen Spannungen innerhalb der FPÖ jedoch nahmen zu.¹² Die Position Jörg Haiders, der die Partei mit seinem streng rechtspopulistischen Kurs und seinem charismatischen Führungsstil zur zweitstärksten Kraft gebracht hatte, sowie das Verhältnis der FPÖ-Landesgruppen zu den Regierungsbeteiligten und deren Kurs waren umstritten. Als heftigster und lautester Gegner Haiders trat Heinz-Christian Strache auf, der im März 2004 zum Landesparteiobmann der Wiener FPÖ gewählt worden war und zu Beginn seiner Karriere noch einer der politischen Zöglinge Haiders gewesen war. Anfang April 2005 verließ Jörg Haider schließlich die FPÖ und gründete das „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ), dem sich die meisten freiheitlichen Regierungsbeteiligten anschlossen. Fortan koalierte die ÖVP mit dem BZÖ. Das BZÖ verstand sich als „wahre“ FPÖ bzw. deren Fortsetzung. Doch Haider hatte nicht damit gerechnet, dass viele der FPÖ-Landesgruppen sich ihm nicht anschließen würden. Heinz-Christian Strache, Hoffnungsträger des deutsch-nationalen Flügels, übernahm den Parteivorsitz der „alten“ FPÖ und führte sie auf einen streng populistischen Oppositionskurs zurück. Mit den Erfolgen, die er damit bei den Nationalratswahlen 2006 und 2008 verbuchen konnte, setzte er seine FPÖ in der öffentlichen Wahrnehmung größtenteils erfolgreich in Kontinuität mit der FPÖ vor der Abspaltung des BZÖ.

„Österreich den Österreichern“

„Das Volk“ steht im Zentrum rechtspopulistischer Parteien wie der FPÖ, deren Politik sich damit immer auch auf Identität konzentriert. Oliver Geden schreibt dazu: „Rechtspopulistische Politik ist in ihrem Kern Identitätspolitik, eine Politik

11 Geden, Diskursstrategien, S. 65.

12 Luther, Freiheitliche Partei, S. 365, S. 369.

des unverhandelbaren ‚Entweder/Oder‘, eine Politik des ‚Wir oder Die?‘, eine Politik, die ‚Volk‘ und ‚Eliten‘ in einen scharfen Gegensatz zueinander setzt.“¹³ Die FPÖ konstruiert die für eine kollektive Identität konstitutive „Wir“-Gruppe im Einwanderungsdiskurs, der für sie stets von zentraler Bedeutung war, durch eine doppelte Exklusion: die der „Fremden“ sowie die der Eliten, denen sie die Protektion jener „Fremden“ unterstellt und vorwirft. Dieser strikten Trennung von Fremd- und Eigenposition anhand politischer Konfliktlinien folgt innerhalb der Klassifikationslogik der FPÖ auch die strikte Unterscheidung von „Ausländern“ und Österreichern.¹⁴ Die Integrationsforscher der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Rainer Bauböck und Bernhard Perching, stellen fest, dass die einwanderungspolitische Situation in Österreich in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre als „Migrationskrise“ bezeichnet werden kann: Durch den Fall des Eisernen Vorhangs sowie die bewaffneten Konflikte im ehemaligen Jugoslawien und den damit verbundenen Flüchtlingsbewegungen erreichte die Neuzuwanderung in Österreich zu Beginn der 1990er-Jahre Spitzenwerte; die zugewanderte Wohnbevölkerung verdoppelte sich zwischen 1987 und 1994 auf 713 000.¹⁵ Die „Migrationskrise“ wurde als „Asylkrise“ wahrgenommen und inszeniert; die österreichische Politik reagierte über Parteigrenzen hinweg mit einer verstärkten Mobilisierung der Ressentiments gegen Zugewanderte.¹⁶ Davon konnte die FPÖ profitieren. Sie bediente den Begriff „Scheinasylantentum“ und inszenierte Migration als existenziell bedrohlich für die Einheit Österreichs. 1992 initiierte sie das Anti-Ausländer-Volksbegehren „Österreich zuerst“, das jedoch überraschenderweise nicht den gewünschten Zuspruch brachte.¹⁷ Indem sie die „Ausländerfrage“ ins Zentrum ihrer politischen Mobilisierung stellte, erreichte die FPÖ im Laufe der 1990er-Jahre dennoch die gewünschte Wahrnehmung ihres politischen Profils als Partei der Inländer.¹⁸ Dabei gebrauchte sie teilweise so drastische Parolen wie „Österreich den Österreichern“ oder das Schlagwort von einem „Einwanderungsstopp“.

13 Geden, *Diskursstrategien*, S. 219.

14 Ebenda, S. 69, S. 216.

15 Rainer Bauböck/Bernhard Perching, *Migrations- und Integrationspolitik*, in: Dachs et al. (Hrsg.), *Politik in Österreich*, S. 732.

16 Ebenda, S. 733, S. 740.

17 Es unterschrieben lediglich 7,4 % der Wahlberechtigten. Vgl. Bauböck/Perching, *Migrations- und Integrationspolitik*, S. 734.

18 Reinfeldt, *Studium zum rechten Populismus*, S. 138, S. 150.

Diese verstärkt ausländerfeindliche Schwerpunktsetzung schlug sich auch im 1997 verabschiedeten Parteiprogramm der Freiheitlichen deutlicher als je zuvor nieder. Dieses „Linzer Programm“ ist bis auf geringe Änderungen noch immer Basis des aktuellen, Ende April 2005 verabschiedeten Programms der Partei.¹⁹ Kapitel drei trägt den bereits durch das Volksbegehren von 1992 bekannten FPÖ-Leitspruch „Österreich zuerst“, über den Oliver Geden schreibt: „Der zentrale FPÖ-Slogan ‚Österreich zuerst‘ markiert sehr deutlich, was im Mittelpunkt des gesamten freiheitlichen Einwanderungsdiskurses steht: eine klare Hierarchisierung von Eigengruppe und Fremdgruppe.“²⁰ So finden sich in diesem dritten Kapitel des Parteiprogramms zahlreiche Rekurse auf „die Identität Österreichs“²¹ und die „Zusammengehörigkeit aller Österreicher“.²² Gleichzeitig klingt hier bereits an, was in Kapitel vier mit dem Titel „Recht auf Heimat“ genauer ausgeführt wird: Österreich sei zwar durch eine Vielzahl und Vielfalt regionaler Identitäten geprägt, und die FPÖ erkenne „historisch ansässige Volksgruppen“ und ihre kulturellen Errungenschaften an, dennoch wird „von der Rechtsordnung denklogisch vorausgesetzt, daß die überwiegende Mehrheit der Österreicher der deutschen Volksgruppe angehört“.²³ Durch diesen Kunstgriff kann die FPÖ die zahlreichen alteingewanderten Minderheiten in Österreich inkludieren, gleichzeitig jedoch die Überlegenheit der „deutschstämmigen“ Österreicherinnen und Österreicher,²⁴ also der Eigengruppe, bekräftigen.

Zur Zuwanderung neuer „Volksgruppen“ findet die FPÖ klare Worte: „Österreich ist [...] kein Einwanderungsland. Das Grundrecht auf Heimat gestattet daher keine unbeschränkte und unkontrollierte Zuwanderung nach Österreich. Das Schutzerfordernis des Grundrechtes auf Heimat stellt ferner klar, daß Österreich auf Grund seiner räumlich begrenzten Ausdehnung, seiner Bevölkerungsdichte und seiner beschränkten Ressourcen kein Einwanderungsland sein kann. [...]

19 Luther, Freiheitliche Partei, S. 378 f.

20 Geden, Diskursstrategien, S. 72.

21 Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs, Kap. 3, Art. 1; http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/FP_Partieprogramm_Neu.pdf; eingesehen am 20. 9. 2009.

22 Ebenda, Kap. 3, Art. 3.

23 Ebenda, Kap. 4, Art. 1.

24 Sprachlich ist der Diskurs der FPÖ selbst nie geändert worden. Es ist stets von „den Österreichern“ die Rede.

Multikulturelle Experimente werden abgelehnt, weil durch sie mutwillig gesellschaftliche Konflikte geschürt werden.²⁵ Dieser Logik folgt auch das von der FPÖ in Kampagnen benutzte Schlagwort von einer „Überfremdung“, das impliziert, der hohe „Ausländeranteil“ (für die FPÖ sind eingebürgerte Zugewanderte in der Regel auch „Ausländer“) sei Schuld an einer Reihe von sozialen und kulturellen Konflikten.

„Das Fremde“ wird innenpolitisch vor allem als Bedrohung für die Innere Sicherheit thematisiert, wobei der Schwerpunkt der FPÖ primär nicht auf Integration, sondern auf einem Migrationsstopp liegt.²⁶ So ist in Kapitel neun („Recht und Ordnung“) folgendes Vorhaben festgehalten: „Illegalen Einwanderungsströmen und dem Schlepperunwesen sollen durch die Einrichtung einer wirkungsvollen Grenzschutzeinheit begegnet werden. Dies dient auch der Verbrechensvorbeugung, da illegale Einwanderung erfahrungsgemäß auch mit Kriminalitätsimport zusammenhängt.“²⁷ Asylsuchende werden hier direkt mit Kriminalität in Verbindung gebracht und somit – typisch für einen rechtspopulistischen Einwanderungsdiskurs – als delinquente Gegenspieler der Einheimischen präsentiert.²⁸ Während der FPÖ-Regierungsbeteiligung ab dem Jahr 2000 ist zwar eine Tendenz zur Versachlichung des Diskurses festzustellen,²⁹ doch das Thema Einwanderung und die Stigmatisierung des Fremden bleiben in der FPÖ bestimmend. Insbesondere nach der Abspaltung des BZÖ im Frühjahr 2005 kehrt die FPÖ unter Heinz-Christian Strache zu drastischen Überfremdungsklischees zurück.

„Wir und der Islam“ – ein Positionspapier der FPÖ

In einem Dokument vom 22. Januar 2008 mit dem Titel „Wir und der Islam. Freiheitliche Positionen zur Religionsfreiheit, zur islamischen Welt und zur Problematik des Zuwanderer-Islam in Europa“ bezieht die FPÖ offiziell Position zum

25 Ebenda, Kap. 4, Art. 4.

26 Geden, Diskursstrategien, S. 67 f., S. 76.

27 Parteiprogramm der FPÖ, Kap. 9, Art. 3, Absatz 4.

28 Geden, Diskursstrategien, S. 218.

29 Ebenda, S. 77 f.

Islam.³⁰ Das Dokument entstand im Zuge des medialen Aufruhrs, den die Grazer FPÖ-Spitzenkandidatin Susanne Winter mit ihrer Behauptung, der Prophet Mohammed sei aus heutiger Sicht als „Kinderschänder“ zu betrachten, beim Neujahrstreffen der FPÖ am 13. Januar 2008 auslöste.³¹ Im Titel des Positionspapiers wird dabei deutlich, dass „der Islam“ und damit auch Musliminnen und Muslime explizit nicht in das diskursive „Wir“ der FPÖ inkludiert werden und damit die gegensätzliche Position des „Anderen“ darstellen. Das Dokument beginnt mit einer grundsätzlichen Positionierung der FPÖ als „heimatbewußte und wertkonservative Gesinnungsgemeinschaft“, die sich in die Tradition und damit auch Verteidigung bürgerlicher Rechte stellt. Danach wird dem Islam als monotheistischer Religion zunächst für seine kulturellen Errungenschaften und deren Einfluss auf Europa Respekt gezollt. Es folgt ein Abschnitt über die gegenwärtige „geopolitische Bedeutung des Islam“, in dem sich die FPÖ auf Samuel Huntingtons Thesen vom „Kampf der Kulturen“ bezieht, die sie als „längst in vielen Bereichen bewahrt“ sieht.³² Der Rest des Abschnitts bezieht sich auf den internationalen außenpolitischen Umgang mit Konflikten in der arabischen Welt und trägt den Grundton einer Befürwortung nationaler Selbstbestimmung weltweit, so zum Beispiel im Fall der Palästinenser. Der folgende Abschnitt thematisiert islamischen Fundamentalismus. Dazu heißt es: „Es muß geklärt werden, in welcher Weise muslimische Traditionen mit dem europäischen Demokratie- und Grundrechtsverständnis vereinbar sind. Es ist unerlässlich, von den in Österreich lebenden Moslems Stellungnahmen zum religiös motivierten Extremismus und Terrorismus zu verlangen.“³³ Der Abschnitt schließt mit einem Zitat aus dem Koran, in dem – laut FPÖ – für „viele Moslems“ der nicht anzuzweifelnde Offenbarungscharakter des Korans zum Ausdruck kommt.³⁴ Musliminnen und Muslime stehen damit unter

30 Wir und der Islam. Freiheitliche Positionen zur Religionsfreiheit, zur islamischen Welt und zur Problematik des Zuwanderer-Islam in Europa, 22. 1. 2008; http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/Wir_und_der_Islam_-_Freiheitliche_Positionen.pdf; eingesehen am 4. 6. 2009.

31 Farid Hafez, Zwischen Islamophobie und Islamophilie: Die FPÖ und der Islam, in: John Bunzl/Farid Hafez (Hrsg.), Islamophobie in Österreich, Innsbruck 2009, S. 107. Hafez bietet mit seinem Aufsatz eine umfassende Analyse des FPÖ-Positionspapiers zum Islam.

32 Wir und der Islam, S. 2.

33 Ebenda, S. 3.

34 Ebenda.

dem Generalverdacht, demokratieuntreu zu sein, und dürften daher jederzeit auf ihre Loyalität überprüft werden. Die Verwendung des Koranzitats unterstellt Musliminnen und Muslimen, dem Koran grundsätzlich nicht nur einen hohen Stellenwert zuzuschreiben, sondern auch ihr (alltägliches) Leben nach ihm auszurichten. Es erfolgt also eine deutliche Homogenisierung und rein religiöse Verortung der muslimischen Bevölkerung in Österreich.

Die Markierung des Islam, der Musliminnen und Muslime als „Anderer“ erfolgt in aller Deutlichkeit im nächsten Abschnitt des Dokuments, der die „Islamisierung Europas“ erörtert: „Grundlegend ist festzuhalten, daß der Islam kein Teil österreichischer oder europäischer Leitkultur war und ist. [...] Derzeit gibt es in Europa dank verfehlter Zuwanderungspolitik rund 20 Millionen Menschen muslimischen Glaubens. [...] Um einer weiteren Ausbreitung des Islam vorzubeugen, ist eine restriktive Zuwanderungspolitik vonnöten.“³⁵ Hier erfolgt erstmals explizit eine untrennbare Verknüpfung des Einwanderungsdiskurses mit den Debatten zum Islam. Die FPÖ bedauert die Anwesenheit der muslimischen Bevölkerung in ihrer gegenwärtigen Quantität in Europa und möchte eine weitere Ausbreitung verhindern. Es folgen eine Reihe von Zitaten und Statistiken, die die Integrationsunwilligkeit der Mehrheit der Musliminnen und Muslime bestätigen sollen, in dessen Anschluss die FPÖ alle Muslime erneut unter Generalverdacht stellt: „Demokratisierungsversuche und Toleranz sowie der Glaube an den Rechtsstaat oder gar eine Integration ist nicht gegeben.“³⁶

Bevor die FPÖ nun ihre Lösungsansätze diskutiert, darf der in islamophoben bzw. muslimfeindlichen Kreisen bekannte Hans-Peter Raddatz, hier als „Islam-Wissenschaftler“ bezeichnet, noch seine Meinung über die verbindliche Unverhandelbarkeit europäischer Werte kundtun. Dies wird von der FPÖ bekräftigt.³⁷ Die FPÖ will sich auch das Recht auf Abschiebung integrationsunwilliger Musliminnen und Muslime vorbehalten und denkt zuletzt offen über eine Änderung des rechtlichen Status des Islam in Österreich nach: „Der Status des Islam als in Österreich – einmalig in Europa – staatlich anerkannte und geförderte Religionsgemeinschaft ist zu überdenken. Dem Zuwanderungsislam können keineswegs automatisch die

35 Ebenda, S. 3 f.

36 Ebenda, S. 4.

37 Ebenda.

Rechte der autochthonen muslimischen Bosniaken aus Zeiten der habsburgischen Monarchie zustehen.“³⁸

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass der Einwanderungsdiskurs der FPÖ von der Opposition und gleichzeitigen Hierarchisierung von Eigen- und Fremdgruppe geprägt ist. Als Eigengruppe wird eine kollektive österreichische Identität behauptet, die dadurch konstruiert wird, dass das „Andere“ und „Fremde“ diskursiv als problematisch und gefährlich gekennzeichnet und aus der „Wir“-Gruppe exkludiert wird. Das „Andere“ sind im FPÖ-Diskurs einerseits alle anderen Parteien, andererseits alle „Ausländer“, wobei die FPÖ grundsätzlich auch eingebürgerte Zugewanderte mit dieser Bezeichnung versieht. Seit einigen Jahren erfolgt die Agitation gegen Zuwanderung verstärkt auch mithilfe der Mobilmachung nicht nur gegen „radikalen Islamismus“, sondern auch gegen „den Islam“. Dieser und damit implizit auch Musliminnen und Muslime werden sowohl sprachlich als auch inhaltlich nicht in das diskursive „Wir“ der FPÖ inkludiert, sondern bilden immer das Gegenüber zu „den Österreichern“, als deren Partei die Freiheitlichen sich präsentieren. Musliminnen und Muslime werden religiös begründeter Illoyalität gegenüber dem Staat Österreich verdächtigt, als Gruppe homogenisiert und durch stete Fremdzuschreibung repräsentiert. Um Distanz und Hierarchie aufrechtzuerhalten, müssen die symbolischen Grenzen zwischen „Ihr“ und „Wir“ durch die alltägliche mediale, wissenschaftliche und politische Reproduktion von Stereotypen über „die Anderen“ immer wieder aufs Neue gezogen werden.³⁹ Dies geschieht flächendeckend in den bundesweiten Wahlkampagnen.

FPÖ-Kampagnen zu Nationalrats- und EU-Wahlen seit 2006

Seit der Abspaltung des BZÖ und der Übernahme des Parteivorsitzes der FPÖ durch Heinz-Christian Strache im April 2005 wurde in Österreich dreimal bundesweit gewählt (die Direktwahlen zum Amt des/r Bundespräsidenten/in ausgenommen). 2006 erfolgten nach dem Ende der Koalition aus ÖVP und BZÖ Neuwahlen zum österreichischen Parlament, die im regulären Abstand von vier Jahren zu den

38 Ebenda, S. 5.

39 Vgl. Birgit Rommelspacher, *Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 2002, S. 16.

letzten Nationalratswahlen 2002 stattfanden. Bereits zwei Jahre später, im Herbst 2008, kam es nach dem Bruch der großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP unter Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) zu vorgezogenen Neuwahlen. Dabei wurde die FPÖ mit 17,5 % drittstärkste Partei; das BZÖ konnte seine Stimmen mit 10,7 % gegenüber dem Ergebnis von 2006 mehr als verdoppeln.⁴⁰ Neben den beiden Nationalratswahlen fanden im untersuchten Zeitraum – im Juni 2009 – die Wahlen zum Europaparlament statt, bei denen die FPÖ 12,7 % der Stimmen für sich verbuchen konnte.⁴¹

Das untersuchte Material beschränkt sich ausschließlich auf die von der FPÖ auf der Website ihres Vorsitzenden Heinz-Christian Strache (www.hcstrache.at) zur Verfügung gestellten Unterlagen. Zur Nationalratswahl 2006 umfasst dies insgesamt fünf großflächige Wahlplakate sowie zehn Inserate. Zur Nationalratswahl 2008 liegen insgesamt neun Wahlplakate sowie zehn Inserate vor. Zur EU-Wahl vom Juni 2009 umfasst das ausgewertete Material vier großflächige Wahlplakate, sieben Zeitungsinserate, eine Broschüre sowie die neunseitige Zeitung „Wir Österreicher“.⁴² Die Auswertung des Materials folgt der Wiener Kritischen Diskursanalyse, die die linguistische sowie diskursive Konstruktion und Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse, sozialer Rollen und Identitäten kritisch hinterfragt und die damit verbundenen Dominanz- und Machtverhältnisse freizulegen versucht.⁴³ Die Wahlplakate werden im Folgenden gesondert analysiert, da sie – visuell omnipräsent – bestimmend für das Image einer Partei sind und in ihren kurzen pointierten Aussagen die Kernpunkte dessen, was die Partei vermitteln will, enthalten.

40 Siehe <http://wahl08.bmi.gv.at/>; eingesehen am 13. 9. 2009.

41 Siehe <http://wahl09.bmi.gv.at/>; eingesehen am 14. 5. 2010.

42 Siehe <http://www.hcstrache.at/09/?id=48>; eingesehen am 13. 10. 2009.

43 Arduç, *Linguistische Strategien*, S. 185; sowie Ruth Wodak et al., *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identitäten*, Frankfurt a. M. 1998, S. 42 f. Für einen Überblick über die Genese und Schwerpunkte der Kritischen Diskursanalyse Wiener Art siehe auch Martin Reisigl, *Projektbericht: Der Wiener Ansatz der Kritischen Diskursanalyse*, in: *Forum Qualitative Sozialforschung* 8 (2007) 2, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0702P75>; eingesehen am 13. 10. 2009.

Die Wahlplakate

Die Bedeutung des Wahlplakats speist sich zunächst daraus, dass es politische Positionen, Parteien und Personen im öffentlichen Raum, der zu Wahlkampfzeiten politische Kampfarena wird, sichtbar macht. Durch seine visuelle Omnipräsenz – im Gegensatz zu TV-Spots beispielsweise – verfügt das Wahlplakat über eine große Reichweite. So erreichten die Inhalte der Plakate zur Nationalratswahl 1999 zum Beispiel über 87 % der Bevölkerung.⁴⁴ Auch wenn nur ein verschwindend geringer Prozentsatz von Wählerinnen und Wähler dem Wahlplakat eine aktive Entscheidungsrolle zuspricht, so vermag es doch über subtilere, unbewusstere Ebenen wie Imagevermittlung die Wahlentscheidung zu beeinflussen. Österreich weist zudem die höchste Plakatdichte Europas auf.⁴⁵

Die fünf zur Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 verbreiteten Wahlplakate sind mit folgenden Slogans versehen: „Heimat statt Schüssel und Brüssel“, „Österreich zuerst“, „Der Patriot“, „Daham statt Islam“ und „Deutsch statt ‚nix versteh'n“ . Alle Plakate sind zudem mit dem Motiv „ER für EUCH“ ausgewiesen, das auf den Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten Heinz-Christian Strache anspielt. Sein Konterfei zielt die ersten drei der genannten Plakate und ist in der Wahlwerbung der FPÖ ganz im Sinne und in der Tradition einer charismatischen rechtspopulistischen Führungsfigur generell omnipräsent. Alle Plakate außer dem erstgenannten zeigen unübersehbar die österreichische Nationalflagge.

Zur Nationalratswahl 2008 ist die österreichische Flagge als Hintergrund nur auf zwei, leicht verschiedenen, Plakaten mit dem Slogan „Jetzt geht's um uns Österreicher“ präsent. Dafür waren fast alle Plakate von einer optischen Innovation geprägt, nämlich einer Zeichenfigur des österreichischen Bundesadlers, der den linken Zeigefinger in einer belehrenden Geste warnend hebt. Erneut tragen zudem fünf der insgesamt neun Plakate Straches Konterfei. Die Plakate 2008 enthielten folgende Sprüche: „Asylbetrug heißt Heimatflug“, „Volksvertreter statt EU-Verräter“, „Heimatland braucht Mittelstand“ (diese drei Plakate waren zudem mit dem Slogan

44 Maria Wirth, Das Wahlplakat als zeitgeschichtliche Quelle, 2008, http://www.demokratiezentrum.org/de/bildstrategien_zusatz/das_wahlplakat_als_zeitgeschichtliche_quelle.html; eingesehen am 8. 6. 2009.

45 Eszter Bokor, Wie Wahlplakate wirken, 2005; <http://www.dieuniversitaet-online.at/beitraege/news/wie-wahlplakate-wirken/69/neste/27.html>; eingesehen am 28. 6. 2009.

„WIR für EUCH“ versehen), „Einkommen zum Auskommen“, „Soziale Sicherheit für unsere Leute“ (diese beiden Plakate enthielten außerdem den kernigen Satz „Sie sind gegen IHN, weil ER für EUCH ist“) sowie „Sozial statt sozialistisch“ und „Unser Land für unsere Kinder“ (die jeweils auch „Jetzt geht’s um UNS ÖSTERREICHER“ verkündeten).

In den Plakaten zur Nationalratswahl 2006 wie auch 2008 findet sich die Abgrenzung zu anderen Parteien und deren Abwertung, die eine Überlegenheit der eigenen Positionen postulieren soll. Die meisten Plakate sprechen Themen an, die die FPÖ politisch besetzt und deren Diskurse sie maßgeblich prägt: Heimat, Zuwanderung und soziale Sicherheit, insbesondere für den Mittelstand und den „kleinen Mann“. Die Motive „ER für EUCH“ (2006), „WIR für EUCH“ (2008) und „Jetzt geht’s um UNS ÖSTERREICHER“ (2008) kreieren unmissverständlich eine „Wir-Gruppe“ der Österreicherinnen und Österreicher, die den damit diskursiv ausgeschlossenen „Anderen“, die in der politischen Sprache der FPÖ stets mit den Zugewanderten besetzt ist, in ihrem Status deutlich überlegen ist bzw. es laut FPÖ-Politik sein sollte. Besonders auffällig wird das in Bezug auf die muslimischen „Anderen“ und hier wiederum am deutlichsten mit dem Plakat „Daham statt Islam“ zur Nationalratswahl 2006. Indem die FPÖ diese beiden Begriffe einander diametral gegenüberstellt, spricht sie „dem Islam“ und damit implizit auch allen Musliminnen und Muslimen Österreich als Heimat ab. Neben der postulierten diskursiven Unvereinbarkeit von Islam und österreichischer Heimat beinhaltet das Plakat gleichzeitig eine Wertung: Das „Daham“ wird dem „Islam“ klar vorgezogen, bildlich verstärkt durch die stolz wehende österreichische Nationalflagge im Hintergrund. Fast alle anderen Plakate zu den beiden Nationalratswahlen 2006 und 2008 verwenden zwar eine extreme und deutlich fremden- und zuwanderungsfeindliche Rhetorik, kein weiteres Plakat jedoch war verbal derart klar in seinem Bezug auf Musliminnen und Muslime.

Erst zur Europawahl 2009 erfolgt der diskursive Ausschluss der „Anderen“ erneut durch einen religiösen Rückbezug. Eines der vier großflächigen Plakate agierte mit dem Slogan „Abendland in Christenhand“⁴⁶ der den Ausschluss der aktiven Beteiligung (auch an Macht und Kontrolle) jeder nicht-christlichen Bevölkerung impliziert. Durch die großflächige Reproduktion der Aussage in Form von Wahl-

46 Siehe <http://www.hcstrache.at/downloads/09,528782462000,0519.pdf>; eingesehen am 13. 10. 2009.

plakaten wird dieser Ausschluss bekräftigt und als Realität konstruiert. Im Kontext der EU-Wahl ist die Anspielung der FPÖ auf ihre Ablehnung des möglichen EU-Beitritts der Türkei als Land mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit für die Wählerinnen und Wähler deutlich ersichtlich.

Wie der Politikwissenschaftler Günther Burkert-Dottolo jedoch sagt, kann das politische Plakat als Ergänzungsmedium nur in Kombination mit anderen Wahlkampfmitteln seine Wirkung entfalten. Entscheidend sei, ob sich die einzelnen Aussagen zu einem Hauptnarrativ verbinden lassen könnten.⁴⁷ Die Hauptlinien der antimuslimischen Rhetorik der FPÖ in bundesweiten Wahlkämpfen seit 2005 werden im Folgenden unter Einbeziehung des kompletten ausgewählten Datenmaterials rekonstruiert.

„Daham statt Islam“

Zwei Inserate unterstützten zur Nationalratswahl 2006 die Plakataussage „Daham statt Islam“. Beide griffen den zentralen Slogan auf, ergänzt durch die Parole „WIR für EUCH“.⁴⁸ In beiden Inseraten werden kollektiv „der Islam“ wie auch Musliminnen und Muslime explizit mit Integrationsunwilligkeit, der Beschneidung von Menschen- und Freiheitsrechten und der Diskriminierung von Frauen verbunden. Zudem wird „der Islam“ an sich mit „dem Islamismus“ gleichgesetzt. So wird ein Bedrohungsszenario konstruiert und erneut das Gegensatzpaar „Österreicher – Muslime“ perpetuiert. Eine derart unmissverständliche Charakterisierung der muslimischen Bevölkerung, die ohne den üblichen thematischen Rahmen „Zuwanderung“ oder „EU-Beitritt der Türkei“ auskommt, war bundesweit nur bei der Nationalratswahlkampagne 2006 zu beobachten. Die FPÖ allerdings hat seit 2005 in verschiedenen regionalen Wahlkämpfen Musliminnen und Muslime bzw. „den Islam“ in Österreich thematisiert (siehe etwa „Pummerin“⁴⁹ statt Muezzin“ zur Wien-Wahl 2005 und „Glockenklang statt Muezzingesang“ zur Tirol-Wahl 2008).⁵⁰

47 Zit. nach: Bokor, Wie Wahlplakate wirken.

48 Siehe <http://www.hcstrache.at/downloads/08,69399272652,0808.pdf>; <http://www.hcstrache.at/downloads/08,319525817832,0808.pdf>; eingesehen am 7. 5. 2010.

49 Glocke im Stephansdom in Wien.

50 Hafez, Zwischen Islamophobie und Islamophilie, S. 106.

Der EU-Topos: Abgrenzung der nationalen Identität

Sobald alle Inserate in die Analyse einbezogen werden, fällt auf, dass die FPÖ die Themen Einwanderung und Islam vor allem in Bezug auf einen möglichen EU-Beitritt der Türkei behandelt – und das nicht nur im EU-Wahlkampf 2009, sondern auch in den Nationalratswahlkämpfen 2006 und 2008. Diese Themenbesetzung fand bereits vor der Abspaltung des BZÖ im Zuge der Europawahlen 2004 statt, als die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Türkei gerade tagespolitisch aktuell geworden war. Der Anthropologe Matti Bunzl bemerkt zum EU-Wahlkampf 2004: „Indem sie die Mitgliedschaft der Türkei zum zentralen Thema machte, provozierte die FPÖ nicht nur eine offene islamophobe Diskussion, sie zwang ihre Mitstreiter auch, Position zu diesem politisch unbequemen Thema zu beziehen.“⁵¹ Ruth Wodak et al. haben gezeigt, dass durch die Aufnahme in ein supranationales Bündnis (wie die Europäische Union) Ängste vor Identitätsverlust ausgelöst werden können und Nationalismen verstärkt werden.⁵² Das Verhältnis der FPÖ zur EU war sowohl in den Beitrittsdiskussionen als auch seit dem tatsächlichen Beitritt Österreichs zur EU im Jahr 1995 ein ambivalentes. Die Politikwissenschaftlerin Patricia Chiantera-Stutte weist darauf hin, dass die FPÖ nicht einfach als europaskeptische Partei bezeichnet werden kann, sondern dass sie eigene Vorstellungen von Paneuropäismus gehabt habe, die sich von denen der EU unterschieden.⁵³ Im aktuellen Parteiprogramm der FPÖ wird weiter zwischen der freiheitlichen Vorstellung von der „Schicksalsgemeinschaft Europa“ und der Europäischen Union differenziert.⁵⁴ „Ja zu Europa, aber Nein zur Diktatur der Eurokraten“ hieß es demgemäß auch 2006 in einem freiheitlichen Volksbegehren zum EU-Reformvertrag.⁵⁵

Bis 1993/94 präsentierte sich die FPÖ als ausgesprochen europafreundliche Partei, was sicherlich auch mit dem für sie charakteristischen Spagat zwischen Deutschnationalismus und österreichischem Patriotismus zu tun hatte. Ihr Umschwenken auf einen Anti-EU-Kurs in den Monaten unmittelbar vor der Volks-

51 Matti Bunzl, Zwischen Antisemitismus und Islamophobie: Überlegungen zum neuen Europa, in: Bunzl/Hafez (Hrsg.), Islamophobie in Österreich, hier S. 46.

52 Wodak et al., Diskursive Konstruktion, S. 258, S. 275.

53 Chiantera-Stutte, Europa der Anti-Europäer, S. 17.

54 Parteiprogramm der FPÖ, Kap. 6, Art. 1; sowie Art. 3, Absatz 2.

55 Siehe <http://www.oesterreichbleibfrei.at/visionen.php>; eingesehen am 12. 10. 2009.

abstimmung über den EU-Beitritt 1994 könnte als Reaktion auf das gescheiterte Anti-Ausländer-Volksbegehren von 1992 begriffen werden. Im Zuge der Kritik, die die FPÖ nun an der EU übte, wurde diese als bedrohlich für die nationale Identität und die Selbstständigkeit Österreichs bezeichnet und die FPÖ konnte einmal mehr auf eine kollektive Identität als wesentliche Ressource ihres Programms zurückgreifen.⁵⁶

Der EU-Beitritt der Türkei als Metapher

Im März 2006 eröffnete die FPÖ den Nationalratswahlkampf mit dem Volksbegehren „Österreich bleibt frei“, das die Ratifizierung des EU-Reformvertrags per Volksabstimmung forderte.⁵⁷ Ein Schwerpunkt der Kampagne war die kompromisslose Ablehnung eines möglichen EU-Beitritts der Türkei, was mit der freiheitlichen Behauptung und Verteidigung eines christlich-abendländischen Europa zusammenhängt. Des Weiteren wurde das mit der EU assoziierte Bedrohungsszenario einer „Einwanderungsflut illegaler, aber auch legaler Einwanderer“ an eine „Islamisierung Europas“ gekoppelt: „Diese Wirtschaftsflüchtlinge, die vor allem islamisch sind, gefährden nicht nur Europas Sozialsystem vehement, sie zerstören auch das christlich-abendländische Wertefundament, auf dem Europa gebaut ist.“⁵⁸ Vor allem zwei Inserate der FPÖ-Nationalratswahlkampagne 2006 setzen diese Argumentation fort.⁵⁹ Die „FPÖ-HC Strache“ bezeichnet sich als einzige Partei Österreichs, die keinen EU-Beitritt der Türkei wolle, denn diese sei ein „Einfallstor für Islamisten nach Österreich“. Hier wird nun auch der Bogen zu Menschenrechten wie freier Meinungsäußerung und der Gleichberechtigung der Frau geschlagen, die nicht durch Fanatiker gefährdet werden dürften. Das gleiche Argumentationsmuster findet sich im Europa-Wahlkampf von 2009. Die FPÖ vereinnahmt das Thema eines möglichen EU-Beitritts der Türkei und bringt dieses immer dann, wenn es

56 Reinfeldt, Studien zum Rechten Populismus, S. 193 f.

57 Siehe <http://www.oesterreichbleibfrei.at/volksabstimmung.php>; eingesehen am 12. 10. 2009.

58 Siehe <http://www.oesterreichbleibfrei.at/waslaeuftfalsch.php>; eingesehen am 12. 10. 2009.

59 Siehe <http://www.hcstrache.at/downloads/08,227354908842,0808.pdf>; <http://www.hcstrache.at/downloads/08,298199999680,0808.pdf>; eingesehen am 6. 5. 2010.

um die Europäische Union geht, in den Diskurs ein. „Türkei nicht zur EU dazu!“ prangt als Überschrift auf einem der Inserate;⁶⁰ „FPÖ-VETO gegen EU-Beitritt von Türkei & Israel“, heißt es auf einem anderen.⁶¹ Ähnliche Sprüche sind in der Wahlbroschüre und der Wahlkampfzeitung zu finden, und auch das Inserat „Abendland in Christenhand“ spielt hauptsächlich auf die Ablehnung der Türkei als EU-Mitgliedsstaat an.

Die Argumentation verläuft dabei stets nach dem gleichen Muster: gegen den EU-Beitritt der Türkei – gegen die Ausbreitung des radikalen Islamismus – gegen Massenzuwanderung. In der EU-Wahlkampfzeitung wird der Beitritt der Türkei als „Wahnsinnschritt, der Massenzuwanderung und fortschreitende Islamisierung bedeuten würde“,⁶² bezeichnet und mit dem Zusammenbruch des Sozialsystems in Verbindung gebracht.⁶³ Die Türkei mit ihrer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung wird indirekt zur Metapher für „den Islam“ gemacht: Sowohl durch die visuelle Anordnung der politischen Botschaften auf dem Wahlkampfmaterial als auch über die inhaltlichen Schlagworte wird die Türkei (stellvertretend für „den Islam“) in eine Reihe mit dem radikalen Islamismus, der Verletzung von Menschenrechten, der Nicht-Trennung von Kirche und Staat und der Ungleichbehandlung der Frau gestellt. Zudem wird mittels des mit der Türkei assoziierten Bedrohungsszenarios der „Masseneinwanderung“ der Muslim bzw. die Muslimin als Ausländer par excellence konstruiert und konstituiert. In der Wahlkampfzeitung „Wir Österreicher“ zur EU-Wahl 2009 wird dies dadurch verstärkt, dass ein kurzer Bericht mit dem Titel „Radikal-Islam: Aufwachen statt weghören“ in der Rubrik „Hintergrund“ direkt mit dem daneben platzierten Artikel über den „EU-Asyl-Wahnsinn“ korrespondiert. Bilder und Texte, die gemeinsam präsentiert werden, hinterlassen den Eindruck, diese gehörten zusammen bzw. seien relevant füreinander.⁶⁴ „Asyl“ und

60 Siehe <http://www.hcstrache.at/downloads/09,415994287922,0519.pdf>; eingesehen am 13. 10. 2009.

61 Siehe <http://www.hcstrache.at/downloads/09,18081472580,0525.pdf>; eingesehen am 13. 10. 2009.

62 „Wir Österreicher“, S. 3, http://www.hcstrache.at/downloads/wiroesterreicher_mai09_ok.pdf; eingesehen am 13. 10. 2009.

63 Ebenda, S. 5.

64 Sabine Schiffer, Die Verfertigung des Islambildes in deutschen Medien, in: Siegfried Jäger/Dirk Halm (Hrsg.), *Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis*, Münster 2007, S. 173.

„Radikal-Islam“ werden hier zusammen gedacht. Auch das mehrfach verwendete Kompositum „Radikal-Islam“ erweckt den Eindruck eines grundsätzlichen Zusammenhangs zwischen Islam und Radikalismus.⁶⁵

In der Nationalratswahlkampagne von 2008 findet das Thema EU-Beitritt der Türkei in den Plakaten und Inseraten weitaus weniger Aufmerksamkeit als 2006 und 2009. Lediglich das Inserat „Deutsch statt ‚Nix versteh’n“ greift indirekt Vorurteile gegenüber der türkischsprachigen Bevölkerung Österreichs auf, obgleich das Thema Islam hier nicht explizit aktiviert wird. In dem Inserat wird der SPÖ-Spitzenkandidat Werner Faymann dafür kritisiert, Wahlwerbung auf Türkisch zu betreiben. Dazu hetzt die FPÖ: „Wahlwerbung auf Türkisch für jene, die offenbar nicht Deutsch können, aber trotzdem wählen dürfen.“⁶⁶ Zudem fallen im Text u. a. die Worte „Parallelgesellschaft“ und „Wahlrecht für Ausländer“ auf, die durch gelbe Markierungen optisch hervorgehoben sind. Liest man dieses Inserat im Kontext der Türkei-Rhetorik der FPÖ, so kann angenommen werden, dass Rezipientinnen und Rezipienten die Themenfelder Türkei – Islam(ismus) – Parallelgesellschaft – mangelnde bzw. fehlende (oder gar verweigerte) Deutschkenntnisse unbewusst in einen Zusammenhang bringen könnten. Zudem weist das Inserat einmal mehr das Motiv „Jetzt geht’s um uns Österreicher“ auf, was anders- bzw. mehrsprachige Bevölkerungsgruppen und dabei insbesondere die türkischsprachige Bevölkerung diskursiv ein weiteres Mal vom „österreichischen Wir“ ausschließt.

Europa als christlich-abendländische Wertegemeinschaft

Eines der sieben untersuchten Zeitungsinserate zur EU-Wahl 2009 greift den zentralen Wahlslogan „Abendland in Christenhand“ auf, der mit der Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei assoziiert wird. Als einen Grund führen die Freiheitlichen an, dass sie „unsere Tradition, geprägt von Christentum und Aufklärung, schützen und nicht gefährden wollen.“⁶⁷ Hier konstruiert die FPÖ den Islam deutlich als die fremde, sozusagen nicht-unsere Religion und Tradition, der noch dazu eine gefähr-

65 Ebenda, S. 169.

66 <http://www.hcstrache.at/downloads/08,3092462619,0926.pdf>; eingesehen am 6. 5. 2010.

67 Siehe <http://www.hcstrache.at/downloads/09,482654630205,0519.pdf>; eingesehen am 13. 10. 2009.

liche Wirkung zugeschrieben wird. In der Wahlbroschüre ist als ein Unterpunkt der „FPÖ-Türkei-Linie“ ebenfalls die „Erhaltung des christlich-europäischen Abendlandes“ genannt.⁶⁸ „Wir wollen ein christliches Abendland“ heißt es auch in der EU-Wahlkampfzeitung „Wir Österreicher“.⁶⁹

Die Hervorhebung dieses Topos ist nicht neu. So trägt Kapitel fünf des aktuellen FPÖ-Parteiprogramms (wie bereits im Linzer Programm von 1997) den Titel „Christentum – Fundament Europas“. Darin heißt es: „Die vom Christentum und der antiken Welt geprägte Wertordnung bildet das wichtigste geistige Fundament Europas. Darauf beruhen die wesentlichen geistigen Strömungen vom Humanismus bis zur Aufklärung. [...] Die Bewahrung der geistlichen Grundlagen des Abendlandes erfordert ein Christentum, das seine Werte verteidigt.“⁷⁰ Hier bietet sich die FPÖ als ideelle Partnerin der christlichen Kirchen an, obwohl sie zugleich unterschiedliche politische Standpunkte einräumt.⁷¹ Indem die FPÖ wörtlich „ein Christentum“ fordert, dass „seine“ aufklärerischen und humanistischen Werte verteidigt, schließt sie jede Identifikation von Nicht-Christen mit diesen Werten aus und impliziert zudem, dass es in keinem Fall Aufgabe dieser Ausgegrenzten sei, eben diese zu verteidigen. Das Judentum wird als einzige der nicht-christlichen Religionen, denen die FPÖ einen Einfluss auf die europäische Zivilisation zuspricht, namentlich genannt. Der Islam kommt ausschließlich als Bedrohung vor: „Der zunehmende Fundamentalismus eines radikalen Islams und dessen Vordringen nach Europa, aber auch [...] das Zunehmen von Okkultismus und pseudoreligiösen Sekten und schließlich ein in allen Lebensbereichen vermehrt feststellbarer Nihilismus bedrohen den Wertekonsens, der deshalb verlorenzugehen droht.“⁷² Der österreichische Patriotismus, dessen Bestärkung und Bewahrung vor allem in der Auseinandersetzung mit der EU so wichtig ist, hängt in seiner FPÖ-Interpretation als Säule der Integrität Österreichs mit dem Schutz nicht nur vor „Ausländern“ zusammen, sondern insbesondere vor „dem Islam“.

Die Überlegenheit der christlich-abendländischen Wertegemeinschaft betont die FPÖ auch in dem mit „Schicksalsgemeinschaft Europa“ betitelten sechsten Ka-

68 Siehe <http://www.hcstrache.at/downloads/09,20492335585,0525.pdf>, S. 2; eingesehen am 13. 10. 2009.

69 „Wir Österreicher“, S. 6.

70 Parteiprogramm der FPÖ, Kap. 5, Art. 1; sowie Art. 2.

71 Ebenda, Kap. 5, Art. 2.

72 Ebenda, Kap. 5, Art. 2, Absatz 2.

titel ihres Programms: „Die christlich-abendländische Wertegemeinschaft räumt der Freiheit des Einzelnen und der Freiheit der Völker einen besonders hohen Stellenwert ein (einen höheren als dies in anderen Kulturkreisen der Fall ist).“⁷³ In dieser Aussage findet sich eine weitere typische FPÖ-Strategie, die auch im EU-Wahlkampf 2009 verfolgt wurde: die positive (Selbst)zuschreibung von Eigenschaften, die anderen Gruppen abgesprochen werden, womit diese als Fremdgruppe, als nicht-dazugehörig und minderwertig konstruiert werden. „Das Gegenbild Europas wird im Islam gefunden“, schreibt Patrizia Chiantera-Stutte.⁷⁴ Dies gilt nicht nur für die Aussagen des Parteiprogramms der FPÖ, sondern wird durch kontinuierliche Wiederholung in diversen Wahlkampagnen reproduziert und als Realität gesetzt. Paradoxaerweise ermöglicht dies dem Parteivorsitzenden Heinz-Christian Strache, sich in der Auseinandersetzung um den Kosovo mit der serbischen Bevölkerung zu solidarisieren. Schließlich gilt es, das „christliche Abendland“ zu verteidigen – und bequemerweise stellen die serbischstämmigen Zugewanderten obendrein auch noch die größte Gruppe der österreichischen Migrantinnen und Migranten.⁷⁵

Fazit

Die Analyse des Wahlkampagnenmaterials der FPÖ zu bundesweiten Wahlen seit 2005 zeigt, dass die antimuslimische Rhetorik sich einerseits landesintern um das postulierte Gegensatzpaar „Heimat – Islam“ und andererseits um die länderübergreifenden Topoi „Europa als christliches Abendland“ und die Ablehnung eines möglichen EU-Beitritts der Türkei gruppiert. Die Türkei wird durch sinninduktive Verknüpfung mit der „Ausbreitung des radikalen Islamismus“ explizit mit den (Integrations- und geopolitischen) Debatten zum Islam in Verbindung gebracht. Implizit fungiert sie als Symbol für „den Islam“ an sich und wird der „christlich-abendländischen Wertegemeinschaft“ gegenübergestellt. So kann die FPÖ einerseits – insbesondere zugewanderte – Musliminnen und Muslime als „die Anderen“ aus ihrer Konstruktion einer kollektiven österreichischen Identität ausschließen. Gleichzeitig

73 Parteiprogramm der FPÖ, Kap. 6, Art. 1, Absatz 3.

74 Chiantera-Stutte, *Europa der Anti-Europäer*, S. 19 f.

75 Oliver Pink, „Outlaws“ unter sich: Der serbophile HC Strache, in: *Die Presse*, 20. 2. 2008, <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/364103/index.do>; eingesehen am 14. 5. 2010.

dient die Kontraststellung von Türkei – als muslimisch geprägtem Land – und Österreich – als Teil des europäisch-christlichen Abendlandes – der Selbstzuschreibung positiver Eigenschaften.

Die Deutung der Aufklärung als „unsere“ genuin christlich-europäische Tradition ermöglicht es der FPÖ, der „österreichischen Gesellschaft“ (als „Wir“-Gruppe) positiv konnotierte Werte bzw. Begriffe wie Freiheit, Demokratie, Trennung von Staat und Kirche, Menschenrechte und Gleichberechtigung von Mann und Frau zuzuschreiben und damit deren Überlegenheit zu postulieren. Diese Hierarchisierung von Eigen- und Fremdgruppe prägt den Einwanderungsdiskurs der FPÖ. Der Türkei als Metapher für „den Islam“ werden indirekt all jene zuvor aufgezählten aufklärerischen Qualitäten abgesprochen oder diese zumindest angezweifelt.

Ebenfalls zentral ist das mit dem EU-Beitritt der Türkei assoziierte Bedrohungsszenario der „Massenzuwanderung“ und damit einhergehend der „Islamisierung“. Dies knüpft wiederum direkt an den Einwanderungsdiskurs der FPÖ an, in dem Zuwanderung nicht nur negativ besetzt ist, sondern sowohl implizit als auch explizit mit Asyl und Kriminalität verbunden wird. Vor allem in dem Material der FPÖ-Europawahlkampagne von 2009 zeigt sich eine diskursive Nähe der Parole vom „Scheinasylantentum“ zu den Themenkomplexen Zuwanderung, Kriminalität und „radikaler Islamismus“.

Als beispiellos ist die Nationalratswahlkampagne 2006 insofern hervorzuheben, als die Thematisierung des Islam in bundesweiten Kampagnen erstmals und bisher einmalig außerhalb eines länderübergreifenden, auf Europa bezogenen Referenzrahmens erfolgte. Mit dem zentralen Slogan „Daham statt Islam“ fand eine explizite Platzierung – oder besser gesagt: De-Platzierung – des Islam wie auch von Muslimen und Muslimen im spezifischen Kontext der österreichischen Gesellschaft statt. Der dialektgefärbte Heimatbegriff wird „dem Islam“ klar vorgezogen; österreichischen Muslimen wird die Möglichkeit, Österreich als ihre Heimat zu betrachten, abgesprochen.

Mit Ausnahme dieser Neuerung folgten alle drei untersuchten bundesweiten Wahlkampagnen der FPÖ seit 2005 ähnlichen Mustern und Strategien antimuslimischer Rhetorik. Interessanterweise ist die Besetzung des Themas „Islam“ durch die FPÖ nicht allein mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Heinz-Christian Strache und die Abspaltung des BZÖ zu erklären. Denn bereits zur Europawahl 2004 warb die damals noch geeinte FPÖ mit dem Spruch „Wien darf nicht Istan-

bul werden“ gegen den EU-Beitritt der Türkei. Die Rückführung der FPÖ in die Opposition unter Strache hat jedoch eindeutig zu einer Verstärkung von Quantität und Qualität der antimuslimischen Rhetorik geführt. Dies lässt sich zum einen auf die Möglichkeiten, die sich den rechtspopulistischen Parteien in der Opposition zu vermehrtem Polemisieren bieten, zurückführen. Zum anderen spielt sicherlich auch die Abgrenzung zum neu gegründeten BZÖ und die Konkurrenz um eine identische Wählerschaft eine Rolle. Die internationale politische und mediale Präsenz der Debatten rund um den Islam machen sich europaweit viele – nicht ausschließlich rechtspopulistische – Parteien zunutze, um nationales Wahlkapital daraus zu schlagen. Schließt sich die FPÖ also bloß einer international zu beobachtenden neuen Tendenz zum Kulturrassismus an? Die Frage nach den konkreten politischen und gesellschaftlichen Umständen und Gründen der zunehmenden antimuslimischen Agitation der FPÖ kann an dieser Stelle nicht ausreichend geklärt werden. Sie ist jedoch unentbehrlich, um die Mechanismen rechtspopulistischer Identitätspolitik in den sich durch Europäisierung und Globalisierung wandelnden Gesellschaftsstrukturen nachzuvollziehen, und erfordert daher eine eigene umfassende Analyse.

Fest steht, dass sich die antimuslimische Rhetorik der FPÖ im politischen Diskursfeld Österreichs als parteispezifische Normalität etabliert hat. In den letzten vier Jahren hat sie die zentrale Rolle innerhalb des ausländerfeindlichen Diskurses der Partei übernommen. Dieser markiert neben der Kritik an den regierenden (vor allem Groß)parteien und dem Einsatz für die Interessen und das Wohlergehen der „kleinen Leute“ eines der drei Hauptthemen der FPÖ-Wahlkampagnen. Besonders 2006 machten die ausländerfeindliche und damit zugleich die antimuslimische Rhetorik einen großen Teil der FPÖ-Wahlkampagne aus. 2008 und 2009 überwogen andere Themen, allerdings darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die FPÖ sämtliche sozialen, wirtschaftlichen und parteipolitischen Fragen und Streitpunkte stets auf Zuwanderung zurückführt und damit implizit fast alle von ihr angesprochenen Themen mit antimuslimischen Ressentiments verknüpft werden können.

Es bleibt zu hoffen, dass Bürgerinnen und Bürger weiter und vermehrt aktiv in den öffentlich-politischen Raum eingreifen – wie beispielsweise jene, die im Mai 2009 den FPÖ-Wahlspruch „Abendland in Christenhand“ im gleichen Layout mit den Sprüchen „Abendland in Schlumpfverband“, „Flaschenpfand in Christenhand“ und vor allem „Moslemhand in Christenhand“ überklebten.

Pressefreiheit und Aufklärung

Zur Diskussion um Mohammed-Karikaturen und „Organentnahmen“ durch die israelische Armee

Im August 2009 veröffentlichte die auflagenstärkste schwedische Zeitung Aftonbladet einen Bericht, der suggerierte, dass die israelische Armee palästinensischen Opfern Organe entnimmt.¹ Die darauf folgenden Proteste aus Israel beantwortete die schwedische Regierung mit dem Verweis auf die Pressefreiheit und weigerte sich, den Artikel offiziell zu verurteilen. Vier Jahre zuvor hatte die dänische Zeitung Jyllands-Posten zwölf Karikaturen des Propheten Mohammed veröffentlicht. Wie die schwedische kam auch die dänische Regierung der Aufforderung aus der muslimischen Welt nach einer Entschuldigung nicht nach – und nannte die gleiche Begründung wie jene. So unterschiedlich beide Beispiele sind: Gemeinsam ist ihnen die Reaktion auf die Proteste. In beiden Fällen sollte mit dem Argument der Pressefreiheit als hohes Gut westlicher Demokratien die Kritik an den Veröffentlichungen gestoppt werden.

Gegen „das drückende Joch des geistlichen und weltlichen Despotismus“² waren im 18. Jahrhundert die Streiter für die Pressefreiheit angetreten, denn „nur Unterdrückung und Aberglauben müssten das Licht scheuen“.³ Am Ende des 20. Jahrhunderts ist die Presse- und Meinungsfreiheit ein wichtiger Baustein im Selbstverständnis europäischer Demokratien und findet sich in vielen Verfassungen an zentraler Stelle wieder. So gesehen klingt die Reaktion der dänischen und schwedischen Regierung zunächst plausibel. Ignoriert wird dabei zweierlei: Zwar ist Pressefreiheit häufig ein zentraler Bestandteil der Verfassungen Europas, jedoch gibt

- 1 Aftonbladet, 17. 8. 2009, <http://aftonbladet.se/kultur/article5652583.ab>; eingesehen am 29. 4. 2010.
- 2 Anonym, Über Denk- Red- und Druckfreyheit, in: Journal von und für Deutschland 2 (1785) 7, S. 16.
- 3 Ebenda, S. 18.

es juristisch gesehen nirgends ein absolutes Recht darauf. Beispielsweise schränkt Artikel 5 des deutschen Grundgesetzes die Pressefreiheit mit den Worten ein: „Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“⁴ Aus diesem Grund muss die Grenze zwischen dem Persönlichkeitsrecht des Individuums und dem Recht auf Öffentlichkeit immer wieder neu vor Gericht bestimmt werden. Und abgesehen von der formaljuristischen Frage nach ihren Grenzen ist das Prinzip der Pressefreiheit als ein historisches Gut der europäischen Vergangenheit längst nicht so eindeutig, wie ihre Verfechter glauben machen möchten. Die Forderung nach Presse- und Meinungsfreiheit war ein integraler Bestandteil der Aufklärung und als solche vor allem ein notwendiges Mittel, um die Ideen von Gerechtigkeit und Wahrheit zu verwirklichen. Wird die Freiheit aus diesem Kontext herausgelöst, besteht die Gefahr, dass der Begriff zum Schlagwort verkommt.

Die Mohammed-Karikaturen und die Berichterstattung über die israelische Armee eignen sich als Beispiele sehr gut, um zu belegen, dass ein bloßes Hinweisen auf die Pressefreiheit als westliches historisches Gut kein notwendigerweise stimmiges Argument ist. Denn so vielschichtig der Begriff der Freiheit auch sein mag: Der Unterschied zwischen der Freiheit im Sinne der Aufklärung und damit als historisches Erbe westlicher Demokratien und dem Gebrauch des Begriffs der Freiheit als Schlagwort in Politik oder Werbung lässt sich bestimmen.

Die Vorgeschichte

Am 30. September 2005 veröffentlichte die dänische Zeitung *Jyllands-Posten* zwölf Karikaturen unter dem Titel „Das Gesicht Mohammeds“.⁵ Damit wollte die Tageszeitung einen Beitrag zu den Möglichkeiten einer Kritik am Islam leisten und gegen die sich umgreifende Selbstzensur protestieren. Der zuständige Kulturredakteur der Zeitung, Flemming Rose, erklärte in dem Begleittext, einige Muslime lehnten die moderne säkulare Gesellschaft ab und würden eine Sonderstellung

4 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Berlin 2010, Art. 5, Paragraph 2.

5 *Jyllands-Posten*, 30. 8. 2005.

fordern, sollten sie darauf beharren, dass auf ihre religiösen Gefühle Rücksicht genommen werden müsste. Dies aber sei unvereinbar mit der westlichen Demokratie und Redefreiheit, in der man bereit sein müsse, Hohn und Spott ausgesetzt zu sein.⁶ Flemming Rose sah den Abdruck im Kontext der Pressefreiheit, wie er in Interviews mehrmals betonte. Ausschlaggebend für die Entscheidung zum Abdruck war für ihn der Bericht über die Schwierigkeiten Kåre Bluitgens, einen Illustrator für ihr Kinderbuch über den Koran zu finden: Laut Jyllands-Posten war aus Angst niemand dazu bereit. Rose verstand die Veröffentlichungen der Karikaturen als Versuch, der fortschreitenden Selbstzensur in der dänischen Öffentlichkeit entgegenzuwirken. So betonte er in einem Interview: Ginge es hier um grundlegende Werte, die jahrhundertlang Basis der Entwicklung der westlichen Demokratien gewesen seien; wir befänden uns nun in einer Situation, in der diese Werte angefochten würden.⁷

Nachdem der Konflikt eskaliert war, wurden die Karikaturen zum Symbol für den Kampf zur Verteidigung der Pressefreiheit stilisiert.⁸ Rose erhielt in der von ihm zum „Kampf der Kulturen“ erhobenen Kontroverse reichlich Zuspruch in den Feuilletons der europäischen Presse. Viele Zeitungen in Europa druckten die Karikaturen mit dem ausdrücklichen Verweis auf die Freiheit der Presse nach. France Soir zum Beispiel titelte: „Ja wir haben das Recht, Gott zu karikieren!“⁹

Sahen Flemming Rose und dänische Politiker den Abdruck im Kontext der Meinungsfreiheit, stellten Vertreter muslimischer Organisationen in Dänemark die Karikaturen in einen anderen Kontext. Sie werteten diese als weiteren Beleg für eine islamfeindliche Stimmung in der dänischen Bevölkerung, über die sie sodann ein 42-seitiges Dossier verfassen ließen, das auch die Mohammed-Karikaturen enthielt. Zwei dänische Imame reisten mit dem Schriftstück im Gepäck nach Ägypten und in den Libanon, um dort über die Islamfeindlichkeit in Dänemark zu berichten. Ein Dialog der Konfliktparteien scheiterte daran, dass weder

6 Ebenda.

7 „This is about standing for fundamental values that have been the (foundation) for the development of Western democracies over several hundred years, and we are now in a situation where those values are being challenged.“, http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/middle_east/article723861.ece; eingesehen am 29. 4. 2010.

8 Der Spiegel, 2. 12. 2008, <http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,534859,00.html>; eingesehen am 29. 4. 2010.

9 Oui, on a le droit de caricaturer Dieu, in: France Soir, 1. 2. 2006.

die muslimischen Repräsentanten dazu bereit waren, die Bilder im Kontext der Meinungsfreiheit zu sehen – obgleich auch einige wenige arabische Zeitungen die Karikaturen nachdruckten –, noch die dänische Regierung bzw. Jyllands-Posten in deren Abdruck eine anti-islamische Haltung erkennen wollten. So weigerte sich der dänische Premier Anders Fogh Rasmussen, Botschafter islamischer Staaten zu treffen, um die Karikaturen und die Islamfeindlichkeit in der dänischen Bevölkerung zu diskutieren.

Die Haltung in Dänemark veranlasste einige arabische Staaten zum Boykottaufruf gegen dänische Produkte. In Syrien, im Libanon und im Iran kam es außerdem zu Demonstrationen sowie zu Angriffen auf die dänischen Botschaften. Insgesamt starben über 100 Menschen bei Ausschreitungen infolge der Veröffentlichung der Karikaturen in der arabischen Welt.¹⁰ Der Karikaturist und der verantwortliche Redakteur bekamen Morddrohungen.

Vier Jahre später verlief der durch die Veröffentlichung in Aftonbladet ausgelöste Konflikt nach dem gleichen Schema. Im Sommer 2009 publiziert Donald Boström auf der Kulturseite der schwedischen Zeitung Aftonbladet einen Artikel,¹¹ der einfürend von der Verhaftung mehrerer Rabbiner, Politiker und Staatsbediensteter in New Jersey wegen des Verdachts der Geldwäsche und des Organhandels handelte. Der Autor beschreibt im Folgenden die Probleme des weltweiten Organhandels, ehe er von seinen Eindrücken während der ersten Intifada im Jahre 1992 auf palästinensischem Gebiet berichtet. Ein Foto eines Toten mit einer deutlich erkennbaren Operationsnaht illustriert den Artikel. Der Tote wird im Beitrag als der 19-jährige Bilal Ghanem identifiziert, der von der israelischen Armee am 13. Mai 1992 erschossen worden sei. Der Text suggeriert, dass dem getöteten Palästinenser Organe aus dem Körper entnommen wurden. In dem nun folgenden Konflikt versuchten die Zeitung selbst wie auch die schwedische Regierung, den Bericht in einen Zusammenhang mit der Pressefreiheit zu stellen, während die israelische Regierung die Anschuldigungen in den Kontext antisemitischer Ausfälle und Ritualmordlegenden stellte. So lehnte der schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt eine Entschuldigung ab, da „die Meinungsfreiheit ein unentbehr-

10 <http://web.archive.org/web/20060404073816/www.cartoonbodycount.com/about>; eingesehen am 29. 4. 2010.

11 Aftonbladet, 17. 8. 2009, <http://aftonbladet.se/kultur/article5652583.ab>; eingesehen am 29. 4. 2010.

licher Bestandteil der schwedischen Gesellschaft sei“.¹² Hingegen sah der Sprecher des israelischen Außenministeriums, Yigal Palmor, in der Veröffentlichung ein Fortschreiben des mittelalterlichen Vorwurfs vom jüdischen Ritualmord und forderte deshalb von der schwedischen Regierung eine Verurteilung des Artikels.¹³

Freiheit und Aufklärung

In der Vergangenheit war die Forderung nach Meinungsfreiheit erhoben worden, um die Ideale der Aufklärung zu verwirklichen. Kants Ziel war „der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“, und um dieses Ziel zu realisieren, forderte er „Freiheit; und zwar die unschädlichste unter allem, was nun Freiheit heißen mag, nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen. [...] der öffentliche Gebrauch seiner Vernunft muss jederzeit frei sein, und der allein kann Aufklärung unter Menschen zu Stande bringen.“¹⁴ Die Forderung nach Meinungs- und Pressefreiheit steht in den Texten der Aufklärung an zentraler Stelle, doch ist sie kein Selbstzweck: Sie ist das Mittel, um die Werte Wahrheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen. Selbst bei dem für die Meinungsfreiheit in der liberalen Gesellschaft klassischen Text „On Liberty“ von John Stuart Mill ist letztlich nicht die Freiheit das Ziel, sondern die Wahrheit. Mill argumentiert für die Notwendigkeit von Freiheit, die auch eine falsche Meinung zulässt, doch nicht um der Freiheit willen, sondern um die Wahrheit umso deutlicher ans Licht zu bringen.¹⁵ Wie sehr die Forderung nach Freiheit an den Anspruch der Wahrheit

12 Zitiert nach Der Standard, 23. 8. 2009, <http://derstandard.at/fs/1250691018254/Krise-Israel-und-Schweden-Boykottaufrufe-gegen-Ikea-wegen-Berichts-über-Organdiebstahl>; eingesehen am 25. 8. 2009. Mittlerweile steht der Artikel aus rechtlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung.

13 Alastair Macdonald, Israel slams Swedish tabloid's organ theft story, Reuters, 19. 8. 2009, <http://www.reuters.com/article/featuredCrisis/idUSLJ189142>; eingesehen am 29. 4. 2010.

14 Immanuel Kant, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in: Berlinische Monatsschrift (1784) 2, S. 481–494, hier S. 484 f.

15 „If the opinion is right, they are deprived of the opportunity of exchanging error for truth: if wrong, they lose, what is almost as great a benefit, the clearer perception and livelier impression of truth, produced by its collision with error.“ John Stuart Mill, On Liberty, Chapter II, Of the Liberty of Thought and Discussion, London 1865, S. 10.

gebunden war, zeigt ein Gerichtsverfahren aus dem Jahre 1735, das in der amerikanischen Debatte um Meinungsfreiheit Symbolkraft besitzt. Der deutschstämmige Drucker John Peter Zenger stand wegen Verleumdung des Gouverneurs in New York vor Gericht. Die zentrale Frage im Prozess war, ob eine Behauptung, falls sie denn wahr sei, eine Beleidigung darstellen könnte. Das englische Recht dieser Zeit wertete den zivilen Frieden höher als den möglichen Wahrheitsgehalt der Aussage.¹⁶ Daher argumentierte die Anklage, dass das Gericht nicht über den Wahrheitsgehalt zu urteilen habe, während die Verteidigung darauf insistierte. Der Verteidiger Andrew Hamilton überzeugte das Gericht mit seinem Plädoyer für die Freiheit der Presse,¹⁷ die am Ende den Angeklagten freisprach. Doch die Freiheit, die Hamilton einklagte, ist die Freiheit, die Wahrheit zu sagen und zu drucken, und er verwies ausdrücklich darauf, dass nichts eine falsche Anschuldigung rechtfertigen würde.¹⁸ Das Recht auf freie Meinungsäußerung wurde durch die der Behauptung immanente Wahrheit legitimiert.

Die zentralen Begriffe der Aufklärung waren Vernunft, Wahrheit und Gerechtigkeit. An zwei klassischen Texten der Zeit lässt sich verdeutlichen, wie sehr die

16 Siehe Sir William Blackstone, *Commentaries on the Laws of England*, 4. Buch, Kap. XI., *Of Offences Against the Public Peace*, Art. 13., http://avalon.law.yale.edu/18th_century/blackstone_bk4ch11.asp; eingesehen am 29. 4. 2010.

17 „But to conclude: The question before the Court and you, Gentlemen of the jury, is not of small or private concern. It is not the cause of one poor printer, nor of New York alone, which you are now trying. No! It may in its consequence affect every free man that lives under a British government on the main of America. It is the best cause. It is the cause of liberty. And I make no doubt but your upright conduct this day will not only entitle you to the love and esteem of your fellow citizens, but every man who prefers freedom to a life of slavery will bless and honor you as men who have baffled the attempt of tyranny, and by an impartial and uncorrupt verdict have laid a noble foundation for securing to ourselves, our posterity, and our neighbors, that to which nature and the laws of our country have given us a right to liberty of both exposing and opposing arbitrary power (in these parts of the world at least) by speaking and writing truth.“ Andrew Hamilton in seiner Verteidigungsrede von Zenger, New York 1735. Die Rede findet sich bei Doug Lindner, *The Trial of John Peter Zenger: An Account* (2001)/*Trial Record*. From *Zenger's A Brief Narrative of the Case and Trial of John Peter Zenger (1736)*, <http://www.law.umkc.edu/faculty/projects/ftrials/zenger/zengerrecord.html>; eingesehen am 29. 4. 2010.

18 Ebenda, „I as frankly agree that nothing ought to excuse a man who raises a false charge or accusation even against a private person, and that no manner of allowance ought to be made to him who does so against a public magistrate.“

Meinungsfreiheit den Werten der Aufklärung verpflichtet war. Als John Milton im Jahre 1644 „Areopagitica“ veröffentlichte, geschah dies mit dem Ziel, der Wahrheit zum Sieg zu verhelfen. Deshalb plädierte er für die Verteidigung der Meinungsfreiheit und für die Abschaffung der Zensurbehörde. Die Freiheit forderte er, da sie ihm notwendig erschien, Gottes Wunsch zu verwirklichen, der für ihn darin bestand, dass der Mensch auf seinem Wege, die Wahrheit zu ergründen, voranschreiten möge.¹⁹ Da es ihm in diesem klassischen Text zur Meinungsfreiheit letztlich um die Wahrheit ging,²⁰ sah er keineswegs einen Widerspruch darin, die Freiheit einzuschränken, wenn sie nichts zur Wahrheit beitragen kann. So findet laut Milton die Freiheit beim päpstlichen Gedankengut eine Grenze, die Ideen des „katholischen Pfaffentums und anderer Aberglauben“²¹ müssten nicht toleriert werden. Für den Puritaner Milton konnte die katholische Kirche der Wahrheitsfindung nicht dienlich sein und hatte daher auch kein Recht auf Öffentlichkeit.

200 Jahre später argumentierte John Stuart Mill in der gleichen Weise. In seinem Essay „On Liberty“ machte er sich für die Pressefreiheit in einer liberalen Gesellschaft stark: „Falls die ganze Menschheit bis auf einen der gleichen Meinung wäre, und nur der eine hätte eine gegenteilige Meinung, dann hätte die Menschheit

- 19 „God then raises to his own work men of rare abilities, and more than common industry, not only to look back and revise what hath been taught heretofore, but to gain further and go on some new enlightened steps in the discovery of truth.“ John Milton, *Areopagitica*. A speech for the Liberty of Unlicensed Printing to the Parliament of England, hrsg. von J. C. Suffolk, London 1968, S. 132.
- 20 Dies wird in der entsprechenden Literatur immer wieder ignoriert, siehe dazu: „There is no such thing as free speech“, an interview with Stanley Fish. Stanley Fish discusses his book, with Peter Lowe & Annemarie Jonson, in: *Australian Humanities Review* 9 (1998), <http://www.australianhumanitiesreview.org/archive/Issue-February-1998/fish.html>; eingesehen am 23. 7. 2010.
- 21 „Yet if all cannot be of one mind – as who looks they should be? – this doubtless is more wholesome, more prudent, and more Christian, that many be tolerated, rather than all compelled. I mean not tolerated popery, and open superstition, which, as it extirpates all religions and civil supremacies, so itself should be extirpate, provided first that all charitable and compassionate means be used to win and regain the weak and the misled: that also which is impious or evil absolutely either against faith or manners no law can possibly permit, that intends not to unlaw itself.“ Milton, *Areopagitica*, S. 130. Die Übersetzung Papismus für Popery trifft meines Erachtens den Ton nicht. Popery wurde als abwertende Bezeichnung für die katholische Kirche in England bis ins 19. Jahrhundert verwendet.

so wenig das Recht, diese eine Person zum Schweigen zu bringen, wie der eine das Recht besitzen würde, falls er die Macht hätte, die Menschheit zum Schweigen zu bringen.“²²

Doch auch Mill sah kein Problem darin, die Pressefreiheit einzuschränken. Die Freiheit der Presse sei nämlich nicht um ihrer selbst willen da, sondern sie diene der Wahrheitsfindung.²³ Die Wahrheit wiederum ist notwendig, um die bestmögliche Gesellschaft zu verwirklichen. Für Mill wird die bestmögliche Gesellschaft der Maßstab für die Grenzen der Pressefreiheit. Er forderte die Einschränkung der Meinungsfreiheit, wenn sie schädlich für die Gemeinschaft ist.²⁴ „Die Ansicht zum Beispiel“, so Mill, „dass Kornhändler Ausbeuter der Armen seien oder dass Eigentum Diebstahl sei, sollte ungestraft durch die Presse verbreitet werden dürfen; aber es muss gerechterweise bestraft werden, wenn sie mündlich einem erregten Volkshaufen vorgetragen wird, der sich vor dem Haus eines Kornhändlers zusammenrottet oder wenn sie in Form von Plakaten einer solchen Versammlung bekannt gegeben wird. Handlungen, die ohne zu rechtfertigenden Grund einem anderen Leid zufügen, können, ja müssen sogar in wichtigeren Fällen durch eine nicht wohlwollende Betrachtungsweise und nötigenfalls auch durch tatkräftiges Einschreiten der Menschen verhindert werden.“²⁵ Der von Mill vorgenommene Unterschied zwischen Presse und mündlichem Vortrag vor dem erregten Volk ergab bis zur Entstehung des Boulevardjournalismus mit einem millionenfachen Publikum Sinn. Spätestens mit dem Stürmer war dieser Unterschied hinfällig.²⁶

- 22 „If all mankind minus one, were of one opinion, and only one person were of the contrary opinion, mankind would be no more justified in silencing that one person, than he, if he had the power, would be justified in silencing mankind.“ Mill, *On Liberty*, S. 10.
- 23 „If the opinion is right, they are deprived of the opportunity of exchanging error for truth: if wrong, they lose, what is almost as great a benefit, the clearer perception and livelier impression of truth, produced by its collision with error.“ Ebenda.
- 24 „No one pretends that actions should be as free as opinions. On the contrary, even opinions lose their immunity, when the circumstances in which they are expressed are such as to constitute their expression a positive instigation to some mischievous act. [...] The liberty of the individual must be thus far limited; he must not make himself a nuisance to other people.“ Ebenda, S. 32.
- 25 Zit. nach: Julian Nida-Rümelin/Wilhelm Vossenkuhl (Hrsg.), *Ethische und politische Freiheit*, Berlin 1998, S. 40.
- 26 Siehe dazu Walter Lippmann, *Liberty and the News*, 1920, reprint Princeton 2008, S. 17–20.

Die Vorkämpfer für die Pressefreiheit haben letztlich einen zweischneidigen Erfolg errungen. So etablierte sich in den westlichen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts – abgesehen von den totalitären Ländern, in denen die Presse zum Propagandamittel wurde – die Presse als vierte Gewalt im Staat und bekam ihre Freiheit in den Verfassungen garantiert. Doch das Ziel, die Menschen aus ihrer Unmündigkeit zu führen, mit dem Kant einst angetreten war, ging auf dem Weg verloren.

Erst vom Anspruch auf Wahrheit und Gerechtigkeit entkleidet, kann die Forderung nach Meinungsfreiheit im Konflikt zu einer antiislamischen oder antisemitischen Polemik geraten. Die unterschiedliche Kontextualisierung – Meinungsfreiheit versus antiislamische Polemik bzw. Meinungsfreiheit versus Antisemitismus – wäre für die Vertreter der Aufklärung nicht stimmig gewesen, da sie in der Meinungsfreiheit gerade das Mittel sahen, aufklärend gegen Ressentiments und Vorurteile anzugehen.

So schreibt ein anonymes Autor im Jahre 1789 im Deutschen gemeinnützigen Magazin: „Man kann dergleichen Sätze, die man so ohne alle Untersuchung von dem Charakter verschiedener Nationen behauptet [...] verleumderische Traditionen nennen. [...] Ja, eigentlich ist es Pflicht, sich aller bloß auf solche Traditionen gegründeten Urtheile zu enthalten. [...] Verleumdung bleibt Verleumdung, sie mag einzelne Menschen oder ganze Völker treffen. Sie ist in beiden Fällen gleich verabscheuungswerth. Sie ist immer ein Verbrechen wider Vernunft, Wahrheit und Gerechtigkeit. [...] Ein wesentliches Übel, das daraus entspringt, wenn wir uns von dem Charakter eines Volkes eine unbegründete schlechte Vorstellung machen, ist dieses: Wir werden dadurch leicht zu thätigen Ungerechtigkeiten gegen das Volk verleitet, von dem wir eine schlechte Meinung haben, zumal wenn das Glück uns die Herrschaft über dieses Volk zuwendet.“²⁷

Das 20. Jahrhundert ist reich an Beispielen, von der Darstellung der kolonialisierten Völker in der Karikatur über die Judenkarikaturen im Stürmer bis hin zu den Radiosendungen in Ruanda, die zum Völkermord aufriefen und ihn aktiv unterstützten, die belegen, dass die Freiheit der Presse um ihrer selbst willen sich durchaus gegen die Ideen der Aufklärung richten kann. Im extremen Fall, wie das Beispiel Ruanda zeigt, wurde das Medium des Rundfunks zu einem Instrument des

27 Anonym, Über die vermeinte Gleichgültigkeit der orientalischen Voelker gegen Freiheit und Despotismus, in: Deutsches gemeinnütziges Magazin 2 (1789) 1, S. 23 ff.

Völkermords.²⁸ Letztlich ist es also nicht ausreichend, auf die Pressefreiheit an sich zu verweisen, ohne den Inhalt zu berücksichtigen.

Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts beklagte Walter Lippmann, dass die Forderung nach Meinungsfreiheit von den Ideen der Aufklärung losgelöst sei. Er schrieb 1919: „Falls ich in einer Gerichtsverhandlung über die Kuh meines Nachbarn lüge, kann ich dafür ins Gefängnis gehen. Aber wenn ich eine Million Leser über die Frage von Krieg und Frieden anlüge, kann ich lügen wie gedruckt.“²⁹ Lippmann, der zu den einflussreichsten Publizisten der Vereinigten Staaten im 20. Jahrhundert zählt, hatte als Mitarbeiter von Woodrow Wilson bei der Ausarbeitung des 14-Punkte-Plans für eine friedliche Nachkriegsordnung mitgewirkt und war von dem Ausgang der Friedensverhandlungen enttäuscht. Eine Ursache für die unbefriedigenden Resultate der Friedenskonferenz sah er in der Presse, die seines Erachtens immer auf ihre Freiheit verwies, sich jedoch weigerte, Verantwortung zu übernehmen: „Niemand wird mich zum Beispiel bestrafen, wenn ich über Japan lüge. Ich kann behaupten, dass jeder japanische Kammerdiener ein Reservist und dass jedes japanische Kunstgeschäft eine Einberufungsstelle sei. Ich bin immun. Und sollte es zu Kriegshandlungen mit Japan kommen, umso mehr ich lüge, umso beliebter würde ich. Sollte ich behaupten, dass die Japaner heimlich das Blut ihrer Kinder trinken, dass japanische Frauen unkeusch seien und dass die Japaner eigentlich nicht wirklich zur menschlichen Rasse gehören, ich bin mir sicher, dass die meisten Zeitungen dies eifrig drucken würden.“³⁰

Lippmanns Interesse galt der funktionierenden Demokratie, die nicht ohne Freiheit der Presse auskommt. Allerdings hat diese Freiheit durch die Verantwortung für

28 The International Development Research Center, *The Media and the Rwanda Genocide*, Part 1: Hate media in Rwanda, hrsg. von Allan Thompson, http://www.idrc.ca/rwandagenocide/ev-108178-201-1-DO_TOPIC.html; eingesehen am 29. 4. 2010.

29 „If I lie in a lawsuit involving my neighbor’s cow, I can go to jail. But if I lie to a million readers in a matter involving war and peace, I can lie my head off.“ Lippmann, *Liberty*, S. 23.

30 „Nobody will punish me if I lie about Japan, for example. I can announce that every Japanese valet is a reservist, and every Japanese art store a mobilization center. I am immune. And if there should be hostilities with Japan, the more I lied the more popular I should be. If I asserted that the Japanese secretly drank the blood of children, that Japanese women were unchaste, that the Japanese were really not a branch of the human race at all, I guarantee that most of the newspapers would print it eagerly, and that I could get hearing in churches all over the country.“ Ebenda, S. 23 f.

die Demokratie ihre Grenze. Daher argumentierte er, dass die Idee der Freiheit der Presse um ihrer selbst willen irreführend sei.³¹ Das Ziel müsse die Wahrheit sein, nur sie rechtfertige die Freiheit der Presse.

Wird die Freiheit aus diesem historischen Kontext der Wahrheitsuche herausgelöst und als Wert an sich propagiert, hat dies zur Folge, dass diese Freiheit eher einer postmodernen Beliebigkeit als einem historischen Wert gleicht. Denn frei vom historischen Kontext kann die Pressefreiheit für jegliche partikularen Interessen funktionalisiert werden. So gerierte sich zum Beispiel Larry Flint, Herausgeber des pornografischen *Hustlers*, als Vorkämpfer für die Pressefreiheit und drehte damit das historische Argument von John Stuart Mills Vater auf den Kopf.³² James Mill hatte gerade in der Freiheit den besten Garanten für die Moral in der Gesellschaft gesehen. In seinem im Jahre 1823 geschriebenen Essay „*Liberty of the Press*“ appellierte er zunächst an den gesunden Menschenverstand: Es sei doch jeder davon überzeugt, dass eine Gesellschaft, die auf moralischen Tugenden basieren würde, das größte messbare Glück für alle brächte. James Mill sah in der Presse das Mittel, das helfen könnte, die moralischen Tugenden in der Gesellschaft zu stärken. Er argumentierte hier, dass die öffentliche Meinung ein hervorragendes Korrektiv bilde, um die Menschen auf den rechten Pfad der Tugend zu bringen, denn der Einzelne müsse Angst davor haben, dass die „Wahrheit über die unmoralischen Handlungen“³³ an das Licht der Öffentlichkeit kommen könnte. Die Rolle der Pressefreiheit im Gedankengebäude eines James Mill ist klar bestimmt, und es ließe sich bezweifeln, ob James Mill – würde er heute leben – gemeinsam mit Larry Flint für die Pressefreiheit kämpfen würde.

31 „The goal is never liberty, but liberty for something or others.“ Ebenda, S. 12.

32 James C. Goodale, *The First Amendment and Freedom of the Press*, <http://usa.usembassy.de/etexts/media/freep/essay1.htm>; eingesehen am 29. 4. 2010.

33 „Everybody believes and proclaims, that the universal practice of the moral virtues would ensure the highest measure of human happiness; no one doubts that the misery which, to so deplorable a degree, overspreads the globe, while men injure men, and instead of helping and benefiting, supplant, defraud, mislead, pillage, and oppress, one another, would thus be nearly exterminated, and something better than the dreams of the golden age would be realized upon earth Toward the attainment of this most desirable state of things, nothing in the world is capable of contributing so much as the full exercise of truth upon all immoral actions.“ James Mill, *Liberty of the Press*, 1823, <http://www.uark.edu/depts/comminfo/cambridge/jmill.html>; eingesehen am 29. 4. 2010.

Aus dem Kontext der Aufklärung genommen, wird die Berufung auf die Pressefreiheit zu einem politischen Argument, das im Kontext der eigenen Überzeugung sicherlich plausibel klingen mag, aber nur für die eigene Interessensgruppe überzeugend wirkt. Würde der iranische Ministerpräsident Mahmud Ahmadinedschad seine Leugnung des Holocaust mit dem Argument der Meinungsfreiheit untermauern, käme kein westlicher Politiker auf den Gedanken, ihn dafür zu verteidigen – seine Agitation würde als das bezeichnet werden, was sie ist: Antisemitismus.

Kriterium für die Beurteilung des Artikels in Aftonbladet über die Organentnahme der israelischen Armee ist im Sinne der Aufklärung die Wahrheit. Kann diese für den Artikel jedoch nicht reklamiert werden, bedient sie antisemitische Stereotype. Bei der Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen ist im Sinne der Aufklärung zu fragen, was sie zur Wahrheit beitragen. Kann dies nicht positiv beantwortet werden, sind sie nichts weiter als Karikaturen, die mit Ressentiments, Ängsten und Vorurteilen spielen. Der Abdruck mag zwar aus vielerlei Gründen im juristischen Sinne legal sein, doch sie sind nichtsdestotrotz die Fortführung einer jahrhundertelangen Tradition von rassistischen Karikaturen, die im Sinne der Aufklärung zu verurteilen sind.

NS-Justiz gegen Judenhelfer: „Vernichtung durch Arbeit“ statt Todesstrafe

Das Urteil des Sondergerichts Freiburg i. Br. gegen den Berliner Maler Franz Heckendorf und seine Vollstreckung

Weil sie von der Deportation in Vernichtungslager bedrohten Berliner Juden bei der Flucht über die grüne Grenze in die Schweiz geholfen hatten, waren der Berliner Maler Franz Heckendorf und drei Helfer im März 1944 vor dem Sondergericht Freiburg i. Br. angeklagt. Vorgeworfen wurde ihnen gemeinschaftlich begangene Beihilfe zu Vergehen gegen die Passstrafverordnung vom 27. Mai 1942 in Verbindung mit § 4 der Verordnung gegen Volksschädlinge vom 5. September 1939.¹ Dieser Paragraph sah für beliebige „unter Ausnutzung der durch den Kriegszustand verursachten außergewöhnlichen Verhältnisse“ begangene Straftaten auch die Todesstrafe vor, „wenn dies das gesunde Volksempfinden wegen der besonderen Verwerflichkeit der Straftat erfordert“.² Schon nach Erlass der Passstrafverordnung am 27. Mai 1942 durch den Ministerrat für die Reichsverteidigung hatte der Reichsführer SS darauf aufmerksam gemacht, dass damit die Voraussetzungen dafür gegeben seien, „alle Handlungen auf passrechtlichem Gebiet, welche die Sicherheit des Reiches gefährden können, in der jeweils gebotenen Form zu beantworten“. Insbesondere hätten die Gerichte nun „in schweren Fällen von Grenzdelikten“ auf der Grundlage von § 4

- 1 Dieser Aufsatz ist das erste Ergebnis eines vom Verfasser 2008 am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin durchgeführten Forschungsprojektes „Grüne Grenze: Der Berliner Maler Franz Heckendorf, seine Fluchthilfe für Berliner Juden und deren Folgen“, das freundlicherweise von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Essen, der Stiftung Preußische Seehandlung, Berlin, und dem Zukunftsfonds der Republik Österreich, Wien, finanziell gefördert wurde. Eine ausführliche Darstellung der Biografie Franz Heckendorfs und seiner Fluchthilfe für Juden ist einer vom Verfasser geplanten und noch in Arbeit befindlichen Buchpublikation vorbehalten.
- 2 Verordnung gegen Volksschädlinge, RGBl. 1939 I, S. 1679.

der Verordnung gegen Volksschädlinge die Möglichkeit, „auf Todesstrafe zu erkennen, da Grenzdelikte oft unter Ausnutzung der kriegsbedingten unzureichenden polizeilichen Grenzüberwachung begangen werden“.³ Obwohl der Staatsanwalt für den „Volksschädling“ Heckendorf deswegen die Todesstrafe gefordert hatte, mochte das Sondergericht Freiburg eine Verurteilung zum Tode „nicht verantworten“. Stattdessen verurteilte es ihn nach zweitägiger Verhandlung am 22. März 1944 zu zehn, einen der Mitangeklagten zu acht Jahren und die beiden anderen Mitangeklagten zu je sechs Jahren Zuchthaus. Außerdem wurden Geldstrafen von 10 000 bzw. in einem Falle 12 000 Reichsmark gegen die Angeklagten verhängt und Heckendorf die bürgerlichen Ehrenrechte für zehn, seinen Mitangeklagten für fünf Jahre aberkannt.⁴

Aus der Untersuchung zahlreicher Todesurteile von deutschen Sondergerichten im „Generalgouvernement“, dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ und den „eingegliederten Ostgebieten“ wegen „Unterschlupfgewährung an Juden“ vor allem aus den Jahren 1943 und 1944 hat der Berliner Historiker Bernward Dörner den Schluss gezogen, dass nur in den besetzten tschechischen und polnischen Gebieten spezifische Strafvorschriften erlassen worden seien, die die justizielle Ahndung der Hilfe für Juden mit der Todesstrafe ermöglichten. Im Altreich sei dagegen zur Tarnung des Genozids auf die Definition eines entsprechenden Straftatbestands verzichtet worden, sodass vermutlich „die Verfolgung von Judenhelfern im Altreich – anders als im Generalgouvernement und im Protektorat Böhmen und Mähren – nur selten in die Hände der Justiz gelegt wurde“.⁵

Diesen Befund hat die Berliner Historikerin Beate Kosmala in einem Überblick über die „Ahndung der ‚Judenbegünstigung‘ durch NS-Verfolgungsbehörden“

- 3 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch), R 58/406, Bl. 101, Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei an die preußischen Regierungspräsidenten, 29. Mai 1942, S. 1.
- 4 Stadtarchiv (StA) Freiburg, A 47/1, Nr. 1712, Bl. 43, 60, 62, Sondergericht Freiburg/Br.: Urteil So KLS 125/43–So AK 284/43 vom 22. März 1944 gg. Franz Heckendorf, Otto Altenburger, Nikolaus Josef Lebens und Wilhelm Martin, S. 1, 18, 20.
- 5 Bernward Dörner, Justiz und Judenmord. Todesurteile gegen Judenhelfer in Polen und der Tschechoslowakei 1942–1944, in: Norbert Frei/Sybille Steinbacher/Bernd C. Wagner (Hrsg.), Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, München 2000, S. 249–263, hier S. 260.

weitgehend bestätigt.⁶ Die meisten auf Hilfe für Juden abzielenden Handlungen seien nicht von der Justiz, sondern von den Polizeibehörden geahndet worden, die dabei z. B. auf den Erlass des Reichssicherheitshauptamtes zum „Verhalten Deutschblütiger gegenüber Juden“ zurückgreifen konnten, der kurz nach dem Beginn der Massendeportationen aus dem Reichsgebiet herausgegeben worden war. Dieser sah für Nichtjuden bei bloßem Kontakt mit Juden „aus erzieherischen Gründen“ vorübergehende Schutzhaft und „in schwerwiegenden Fällen“ die Einweisung in ein Konzentrationslager der Stufe I bis zur Dauer von drei Monaten vor.⁷ Von der NS-Justiz sei Hilfe für Juden durch Reichsdeutsche nur in wenigen Fällen unter anderen Straftatbeständen wie „Rassenschande“, Pass- und Devisenvergehen oder „Rundfunkverbrechen“ geahndet worden. Bei allen bekannten Todesurteilen von Sondergerichten oder dem Volksgerechtshof im Altreich sei Judenhilfe lediglich als für das Urteil nicht maßgebliches Nebendelikt von Tatbeständen wie Wehrkraftzersetzung, Vorbereitung zum Hochverrat oder Rundfunkverbrechen angeführt worden.

Den entscheidenden Grund für die unterschiedliche Spruchpraxis von NS-Gerichten in den besetzten und angegliederten Gebieten und dem Altreich sieht Kosmala anders als Dörner nicht in erster Linie im Vorliegen bzw. Fehlen entsprechender Strafnormen, sondern in der ethnischen Gruppenzugehörigkeit der Verurteilten. In fast allen von Dörner dokumentierten Urteilen waren Polen, Tschechen und Ukrainer wegen Judenhilfe zum Tode verurteilt und in den meisten Fällen hingerichtet worden. Lediglich in einem Fall war eine Reichsdeutsche, nämlich die Ehefrau eines deutschen Forstbeamten, die eine Jüdin versteckt hatte, vom Sondergericht Lemberg zum Tode verurteilt worden. Doch wurde das Urteil später aufgehoben und in eine relativ milde Gefängnisstrafe von zwei Jahren umgewandelt. Die in Exekutivorganen, rechtlichen Grundlagen und Vollzugsformen außerordentlich heterogene, in vielen Fällen erstaunlich zurückhaltende Ahndung der Hilfe von Reichsdeutschen für Juden erklärt Kosmala damit, dass die Fiktion einer homogenen „Volksgemeinschaft“ gerade an diesem neuralgischen Punkt nicht

6 Beate Kosmala, *Missglückte Hilfe und ihre Folgen: Die Ahndung der „Judenbegünstigung“ durch NS-Verfolgungsbehörden*, in: Beate Kosmala/Claudia Schoppmann, *Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941-1945*, Berlin 2002, S. 205–221.

7 StA Freiburg, V 200/1, Nr. 59, Reichssicherheitshauptamt (IV B 4b–1027/41) an alle Staatspolizei(leit)stellen: *Verhalten Deutschblütiger gegenüber Juden*, 24. Oktober 1941.

infrage gestellt werden sollte. Auf die Schaffung einer entsprechenden Strafnorm sei verzichtet worden, um Judenhilfe nicht als bewusste Ablehnung und Boykottierung der staatlich betriebenen Verfolgung und Ermordung der Juden und damit als politischen Widerstandsakt definieren zu müssen, sondern sie stattdessen unter verschiedenen unpolitischen Straftatbeständen als anormales und schändliches Verhalten „irregeleiteter Menschen“ erscheinen zu lassen, gleichwohl aber bestrafen zu können.⁸

Eine genauere Untersuchung des Zustandekommens und der Vollstreckung des Urteils des Sondergerichts Freiburg gegen Franz Heckendorf und seine Helfer wird die Befunde Dörners und Kosmalas grundsätzlich sicher nicht korrigieren, aber in mancher Hinsicht ergänzen und differenzieren können. Das Verfahren gegen Heckendorf und seine Helfer befindet sich leider nicht unter den 727 von insgesamt mehr als 1000 vor dem Sondergericht Freiburg geführten Verfahren, deren Akten einigermaßen vollständig erhalten sind.⁹ Lediglich eine Ausfertigung der Urteilsschrift ist in den Akten des Aufhebungsverfahrens überliefert.¹⁰ Obwohl damit so wichtige Unterlagen wie die Ermittlungsakten der Gestapo Waldshut, die Anklageschrift und das Verhandlungsprotokoll sowie die Gnaden- und Vollstreckungsakten fehlen, lässt die sehr ausführliche Urteilsschrift in Verbindung mit zahlreichen anderen Quellen doch Rückschlüsse auf den Gang des Verfahrens wie auch der Urteilsfindung zu.

Franz Heckendorf, 1888 als Sohn eines Architekten in Berlin-Lichterfelde geboren, hatte schon mit 15 Jahren das Gymnasium verlassen, um eine Lehre als Dekorationsmaler zu absolvieren. Ab 1905 besuchte Heckendorf vier Jahre lang Kurse an der Unterrichtsanstalt des Berliner Kunstgewerbemuseums und an der Königlichen Akademischen Hochschule für die Bildenden Künste zu Berlin, wo ihm aber seiner

8 Kosmala, *Missglückte Hilfe*, S. 221.

9 Michael P. Hensle, *Die Todesurteile des Sondergerichts Freiburg 1940–1945. Eine Untersuchung unter dem Gesichtspunkt von Verfolgung und Widerstand*, München 1996, S. 31.

10 Das Urteil des Sondergerichts wurde 1950 auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Landgericht Freiburg nach § 1 der Landesverordnung über die Aufhebung von Urteilen der Strafgerichte vom 23. Dezember 1946 aufgehoben, weil „das Verhalten der Verurteilten lediglich nach nationalsozialistischer Ansicht über den Umfang der Beihilfe zu Passvergehen hinaus strafwürdig war, die geschehene harte Verurteilung somit nur aus politischen Gesichtspunkten erfolgte“ (Landgericht Freiburg, Strafkammer I (So KLs 125/43/256/47): Beschluss, 21. April 1950, S. 1 f., Staatsarchiv Freiburg (StAF), A 47/1, Nr. 1712, Bl. 241).

eigenen späteren Einschätzung nach lediglich „technisches Rüstzeug“ und keinerlei Anregungen vermittelt wurden. Während seine frühen Arbeiten noch deutlich von der impressionistischen Technik geprägt waren, entwickelte er unter dem Eindruck der südlichen Landschaften, die er während des Ersten Weltkrieges als Flieger auf dem Balkan und im Nahen Osten kennenlernte, eine eigene eher expressionistische Bildsprache.¹¹ Einen Überblick über das vielseitige Schaffen des noch jungen Malers vermittelte eine Einzelausstellung seiner seit 1912 entstandenen Werke in der Kestner-Gesellschaft in Hannover im Jahre 1918.¹²

Im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen wandte sich Heckendorf 1918 keiner der kommunistischen Künstlervereinigungen zu, sondern entwickelte sich zu einem überzeugten Anhänger der Weimarer Demokratie, sodass er – je nach politischem Standpunkt – als „Maler der Republik“ gelobt,¹³ als „Hofmaler der Republik“ verhöhnt¹⁴ oder als „Liebling der sogenannten Gesellschaft“¹⁵ beschimpft wurde. Prominente demokratische Politiker wie Matthias Erzberger und Walther Rathenau traten als Käufer von Heckendorf-Gemälden in Erscheinung.¹⁶ Nach der Ermordung Walther Rathenaus durch Rechtsextremisten 1922 vermachte dessen Mutter Heckendorfs „Seelandschaft“ „im Namen ihres verstorbenen Sohnes“ der Nationalgalerie.¹⁷ Heckendorf nahm sich republikanische Festlichkeiten wie die Verfassungsfeier vor dem Reichstag 1929 und die Feierlichkeiten zum Abzug der französischen Truppen aus dem Rheinland in Mainz 1930 zum Motiv; ein Gemälde der Verfassungsfeier wurde sogar vom Reichskanzler angekauft.¹⁸ Er war aber auch

11 Franz Heckendorf, Mein Leben, in: Joachim Kirchner, Franz Heckendorf. Mit einer Selbstbiographie des Künstlers, einem farbigen Titelbild und 32 Abbildungen, Leipzig 1924, S. 15 f.

12 Kestner-Gesellschaft e. V., Katalog zur XVII: Sonderausstellung (Franz Heckendorf), 15. Mai–16. Juni 1918, Hannover 1918.

13 „Franz Heckendorf vor Gericht“, Berliner Lokal-Anzeiger, 6. 8. 1931.

14 „Die Affären des Malers Franz Heckendorf“, Das 12-Uhr-Blatt, 1. 7. 1931, S. 4.

15 „Die Villeneinbrecher Brüder Heckendorf vor Gericht“, Völkischer Beobachter, Bayernausgabe, 8. 8. 1931, Erste Beilage.

16 Der Heckendorf-Band der „Jungen Kunst“ gibt den 1921 von Rechtsradikalen ermordeten Zentrumspolitiker, Leiter der Waffenstillstandskommission und Reichsfinanzminister Matthias Erzberger als Besitzer von Heckendorfs Ölgemälde „Sonnenblumen“ von 1918 an.

17 Zentralarchiv/Staatliche Museen zu Berlin, I/NG 999, Nachweisung Nr. 1–5, 7. Juni 1923.

18 BAArch, R 43I/1608, Bl. 250 f. und 299, Heinrich Schulz, Deutsche Kunstgemeinschaft, an den Herrn Reichskanzler, 30. Oktober 1929 und 8. August 1930.

einer von acht Künstlern, die von Reichskunstwart Edwin Redslob 1932 eingeladen wurden, das Staatsbegräbnis für den Reichsaußenminister Gustav Stresemann am 6. Oktober 1929 künstlerisch darzustellen.¹⁹

Als Folge der Weltwirtschaftskrise blieben jedoch plötzlich die potenten Kunden aus. Da auch Heckendorfs Malstil nicht mehr dem nunmehr neusachlichen Zeitgeschmack entsprach, befand er sich fortan in ständiger Geldnot. Erschwerend kam hinzu, dass die Villa am Molchowsee bei Alt-Ruppin nordwestlich von Berlin, die Heckendorfs Lebensgefährtin Hilda Kosmack bei ihrer Scheidung von ihrem britischen Ehemann übernommen hatte, hoffnungslos überschuldet war.²⁰

Heckendorf versuchte, sich durch die Vermittlung zwischen Künstlern und Kunstkäufern zusätzliche Einnahmen zu erschließen. Als er aber eine vom Kunden schon angezahlte Skulptur von Georg Kolbe über Monate nicht liefern konnte, weil der Bildhauer in eine Schaffenskrise geraten war, entwendete Franz Heckendorf in einer „Cognaclaune“ gemeinsam mit seinem kriminellen Bruder Walter im Juni 1931 eine Kolbe-Skulptur aus dem Vorgarten der Wannsee-Villa eines Berliner Bankiers und brachte sie dem auf Lieferung drängenden Sammler. Da Diebstahl und Schwindel sofort herauskamen, wurden die Brüder bald festgenommen, was die Berliner Presse als „sensationelle Diebstahlsaffäre im Berliner Kunstleben“ vermeldete.²¹

In dem folgenden Prozess vor dem Potsdamer Landgericht attestierten Anfang August 1931 Künstlerkollegen wie Georg Kolbe, Leo von König und vor allem Eugen Spiro, der Vorsitzende der Berliner Secession, Heckendorf eine zu leichtsinnigen Streichen neigende kindliche Naivität: „Am schärfsten und klarsten formuliert dies der Maler Eugen Spiro: ‚Heckendorf war niemals ein reifer Mensch. Er war eigentlich immer ein wilder Junge, ein großes Kind. An seinen dummen

19 Gustav Stresemann zum Gedächtnis. Das Staatsbegräbnis am 6. Oktober 1929. Original-lithographien von Josef Batò, Franz Heckendorf, Ulrich Hübner, Otto Marcus, Alexander Oppler, Klaus Richter, Wolf Röhricht, Eugen Spiro, Berlin 1930; Werbeblatt in BArch, R 32/277, Bl. 53.

20 Zur Villa Kosmack in Molchow siehe Hermann Muthesius, Landhäuser, Ausgeführte Bauten mit Grundrissen, Gartenplänen und Erläuterungen, Zweite ergänzte Auflage, München 1922, S. 91–96; Teppo Jokinen, Haus Molchow. Geschichte eines verschwundenen Hauses, Berlin 2006, S. 54 ff.

21 „Maler Franz Heckendorf verhaftet. Sensationelle Diebstahlsaffäre im Berliner Kunstleben“, Berliner Tageblatt, 1. 7. 1931, 1. Beiblatt.

Streichen, die er oft beging, empfand er eine fast sportliche Freude. Ich halte auch diese Tat für solch dummen Streich, bei dem Franz Heckendorf nicht voraussah, dass er ihn ins Verderben führte.’ Auch alle anderen Zeugen bekunden, dass sie den Maler nie für einen ernsten Menschen gehalten haben. Doch gibt es keinen, der nicht lobend von seiner Kollegialität, seiner Gutmütigkeit, Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft spricht.“²² Unter dem Eindruck dieser Aussagen verurteilte das Gericht Franz Heckendorf wegen Unterschlagung und Betrugs zu nur fünf Monaten Gefängnis, die als teilweise durch die Untersuchungshaft verbüßt galten und deren Rest zur Bewährung ausgesetzt wurde. Der vorbestrafte Walter Heckendorf dagegen musste seine Strafe von achtzehn Monaten Gefängnis verbüßen.²³

Nach seiner Entlassung aus der Haft in Potsdam führte Franz Heckendorf gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin Hilda Kosmack deren Villa als Hotel und Restaurant „Schloss am Molchowsee“, das bald zum Treffpunkt von Prominenten wurde.²⁴ Auf Vorschlag seines Intendanten in der Reichskanzlei, des ehemaligen Kantinenpächters im „Braunen Haus“ in München und Berliner Restaurantbetreibers Arthur Kannenberg, soll sich sogar Hitler Mitte der 1930er-Jahre für das Anwesen interessiert und es auch persönlich besichtigt haben, aber den von Hilda Kosmack verlangten Kaufpreis nicht zu zahlen bereit gewesen sein.²⁵ Das „Schloss am Molchowsee“ wurde jetzt von den NS-Machthabern als „Absteigequartier für Juden, fremde Diplomaten und ausländische Journalisten“ qualifiziert, und Heckendorfs künstlerische Arbeiten wurden als „nicht den kulturellen Zielsetzungen des Großdeutschen Reiches“ entsprechend verfemt.²⁶ Schon im August 1937 wurden im Rahmen der Aktion „Entartete Kunst“ Arbeiten Heckendorfs in der Nationalgalerie und in Berliner Stadtbesitz beschlagnahmt und zunächst in einem Depot eingelagert, bevor sie teilweise als Kommissionsware zum Verkauf an ausgewählte

22 „Die ‚Cognac-Laune‘ des Malers Heckendorf. Gefängnisstrafen für den Künstler und seinen Bruder“, Berliner Morgenpost, 7. 8. 1931, Erstes Beiblatt.

23 „Urteil gegen Heckendorf. Fünf Monate wegen Betrugs und Unterschlagung“, Berliner Tageblatt, 7. 8. 1931, S. 1.

24 Günter Heckendorf, Jugenderinnerungen, in: Kunstfreunde Bergstraße e. V., Symphonie der Farbe. Ausstellung (Franz Heckendorf, Wilhelm Kohlhoff, Bruno Krauskopf), Darmstadt 1991, S. 11 ff.

25 Interview mit Yolande Hayton, geb. Kosmack, 20. Februar 2008.

26 Landesarchiv Berlin (LAB), Reichskammer der Bildenden Künste an Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Freiburg, 7. Dezember 1943, A Rep. 243–04, Nr. 3155.

Kunsthändler im Ausland gingen, teilweise als unverkäuflich verbrannt wurden.²⁷ Um ausstellen zu können, war Heckendorf 1936 der Reichskammer der Bildenden Künste beigetreten, die ihn aber wegen seiner fortgesetzten Weigerung, seine „arische Abstammung“ zu belegen, 1940 ausschloss und ihm „jede berufliche – auch nebenberufliche – Tätigkeit auf dem Gebiete der Bildenden Kunst“ untersagte. Denn auch die Berliner NSDAP hatte sein Verhalten als „so ungünstig“ charakterisiert, dass ihm „politische Zuverlässigkeit“ nicht attestiert werden könne.²⁸

Gemeinsam mit dem Teppichhändler niederländischer Nationalität Josef Lebens hatte Heckendorf Anfang 1939 einen Laden in der Nähe des Berliner Wittenbergplatzes angemietet, in dem Lebens offen Teppiche und Antiquitäten und Heckendorf heimlich eigene Bilder und die anderer verfemter Maler verkaufte.²⁹ Einen ihrer Kunden, den im nahe gelegenen „Neva-Grill“ beschäftigten Koch und Kellner Otto Altenburger, der aus dem Örtchen Altenburg bei Jestetten im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet stammte, lernte Heckendorf im Frühjahr 1942 kennen.³⁰ In der Bekanntschaft mit Altenburger sah Heckendorf eine Chance, jüdische Freunde in Sicherheit zu bringen, die seit dem Beginn der systematischen Deportation der Berliner Juden im Oktober 1941 von der Verschleppung in Todeslager bedroht waren. Deswegen ließ er sich von Altenburger mit dessen älterem Bruder, dem Fabrikanten Karl Altenburger in Jestetten, bekannt machen.³¹ Unter dem Vorwand, im Grenzgebiet am Rhein Motive für Landschaftsbilder zu suchen, tatsächlich aber, um Möglichkeiten eines illegalen Grenzübertritts zu erkunden, reiste Heckendorf nun mehrmals nach Jestetten. Dort teilte ihm Karl Altenburger

27 Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda/Abteilung Bildende Kunst, Verzeichnis der im Jahre 1937 sichergestellten Werke entarteter Kunst aus deutschem Museumsbesitz und der Abwicklungsmaßnahmen 1938/1941, 30. Juni 1941, Zentralarchiv/Staatliche Museen zu Berlin, Slg. „Entartete Kunst“, Mappe 67.

28 LAB, A Rep. 243–04, Nr. 3155, Reichskammer der Bildenden Künste an Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Freiburg, 7. Dezember 1943.

29 LAB, Wiedergutmachungsämter von Berlin, 1 WGA 4695–7/50, Franz Heckendorf: Anlage, 10. März 1950, S. 1.

30 Zur Geschichte Jestettens und Altenburgs vgl. Karl-Hellmuth Jahnke/Erich Danner (Hrsg.), Das Jestetter Dorfbuch. Altenburg und Jestetten in Geschichte und Gegenwart, Lindenbergl 2001; Gemeinde Altenburg (Hrsg.), Altenburg 871–1971. Beiträge zur Ortsgeschichte, Altenburg 1971.

31 StAF, D 180/2, Nr. 183888, Gouvernement Militaire en Allemagne: Fragebogen Karl Altenburger, 28. August 1945.

schließlich beiläufig mit, dass die Eisenbahnverbindung zwischen den deutschen Orten Singen und Erzingen über schweizerisches Gebiet führe und der Zug im Bahnhof Schaffhausen einen sechsminütigen Aufenthalt habe, bei dem deutsche Transitreisende den Zug indes nicht verlassen dürften.

Heckendorf hatte sich nach Fluchtmöglichkeiten umgesehen, um den Holzgroßhändler Curt Schueler und dessen Ehefrau Hilda in Sicherheit zu bringen. Curt Schueler hatte 20 Jahre als Untermieter bei Heckendorfs Mutter gewohnt und deren Sohn Franz nicht nur zu einer Künstlerlaufbahn ermutigt, sondern ihn auch durch Ankauf von etlichen seiner frühen Werke unterstützt.³² Curt und Hilda Schueler, die seit Anfang 1942 in Berliner Rüstungsbetrieben hatten Zwangsarbeit leisten müssen, waren, um ihrer drohenden Deportation zu entgehen, Ende März 1942 untergetaucht und hatten sich bei verschiedenen Freunden in Berlin versteckt gehalten.³³ Damit sie sich vor der möglicherweise kräfte- und nervenzehrenden Flucht in die Schweiz von den Strapazen der Zwangsarbeit erholen konnten, brachte Heckendorf sie anschließend in einer von ihm in Kitzbühel angemieteten Ferienwohnung unter. Es gelang ihm, das Ehepaar schließlich mit gefälschten Kennkarten auf den Namen „Schröder“ und ohne das aufgestempelte „J“ auszustatten.³⁴ Mit diesen reisten die Schuelers über München und Ulm nach Singen, um dort am 19. Mai 1942 den Zug nach Erzingen zu besteigen. Diesen verließen sie beim Zwischenaufenthalt im schweizerischen Schaffhausen unter einem Vorwand, um durch den Bahnhof in die Stadt zu fliehen, wo sie schließlich von der Kantonspolizei festgenommen wurden.³⁵ Nach einigen Tagen im Polizeigefängnis Schaffhausen verzichtete der Chef der Eidgenössischen Fremdenpolizei am 6. Juni 1942 sowohl auf die „Ausschaf-

32 In Joachim Kirchner, Franz Heckendorf. Mit einer Selbstbiographie des Künstlers, einem farbigen Titelbild und 32 Abbildungen, Leipzig 1919, ist bei vier der abgebildeten Arbeiten („Seepavillon“, „Selbstbildnis“, „Havellandschaft“ und „Rote Brücke“) als Besitznachweis die „Sammlung Schueler“ angegeben, in der auch im Abbildungsteil veränderten zweiten Auflage von 1924 fehlt das „Selbstbildnis“.

33 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin/Entschädigungsbehörde (LABO/EB), Reg. Nr. 275087, Bl. B5, Curt und Hilda Schueler, Eidesstattliche Versicherung, 21. August 1956.

34 Staatsarchiv Schaffhausen, Flüchtlinge B, Nr. 16548, Kennkarten Hilda und Kurt Schröder.

35 Schweizerisches Bundesarchiv Bern (SchwBA), E 4264, 1985/196, Nr. 3326, Bericht für Dr. Rothmund: Illegale Einreise eines deutschen Ehepaares.

fung“ als auch die „Internierung“ des Ehepaares.³⁶ In den ersten Wochen seines Schweizer Exils verfasste Curt Schueler einen Bericht über Illegalität und Flucht des Ehepaares, der anonymisiert Ende Juli 1942 in der deutsch-jüdischen New Yorker Wochenzeitung „Aufbau“ erschien.³⁷

Nach der spektakulären Flucht des Ehepaares Schueler musste Heckendorf, als er über eine gemeinsame Bekannte um Hilfe für Curt von Bleichröder gebeten wurde, einen der Enkel des Bismarck-Bankiers Gerson Bleichröder, eine neue Fluchtroute erkunden. Curt von Bleichröder und sein Bruder Edgar hatten in permanenter „Selbsterniedrigung“ unter Hinweis auf ihre Verdienste im Ersten Weltkrieg bzw. ihre „Unterstützung der nationalsozialistischen Bewegung“ etliche Gesuche um Anerkennung als „Arier“ und „Befreiung von der Evakuierung“ gestellt. Als SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann diese am 7. Mai 1942 endgültig abgelehnt hatte, waren beide Brüder von der Einweisung in das „Altersghetto Theresienstadt“ bedroht.³⁸ Edgar von Bleichröder gelang mithilfe von SA-Freunden am selben Tag wie den Schuelers die Flucht über das Elsass in die Schweiz.³⁹ Nun suchte auch sein Bruder Curt nach einer Möglichkeit, dorthin zu entkommen. Unter dem Vorwand weiterer Landschaftsstudien besuchte Heckendorf deswegen im Sommer 1942 erneut Karl Altenburger in Jestetten. Dabei lernte er Wilhelm Martin kennen, den Wirt der Gaststätte im nur 500 Meter von der schweizerischen Grenze gelegenen Bahnhof Altenburg. Martin war bereit, Flüchtlingen gegen entsprechendes Honorar beim illegalen Grenzübertritt zu helfen.⁴⁰ Mit seiner Hilfe

36 SchwBA, E 4264, 1985/196, Nr. 3326, Der Chef der Polizeibehörde an das Emigrantenbüro Bern, 9. Juni 1942.

37 Geglückte Flucht aus dem Reich – 200 Mark für einen Judenstern, 1000 Mark für eine Dosis Veronal, Aufbau, 31. 7. 1942, S. 1 f. Den Hinweis auf diesen Artikel verdankt der Verf. Kaj Schueler, Stockholm, dem Enkel des Ehepaares, der dessen Flucht in einem Buch beschrieben hat (Flykten från Berlin 1942, Stockholm 2008). Heckendorf und seine Fluchthilfeaktivitäten für Juden sind hier allerdings eher oberflächlich und undifferenziert geschildert.

38 Fritz Stern, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Frankfurt a. M./Berlin 1978, S. 663 f.

39 SchwBA, E 4264 (-) 1985/197, Nr. 3327, Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement/Polizeibehörde: Beschluss, 24. Juni 1942.

40 StAF, A 47/1, Nr. 1712, Bl. 57, Sondergericht Freiburg/Br.: Urteil So KLs 125/43–So AK 284/43 vom 22. März 1944 gg. Franz Heckendorf, Otto Altenburger, Nikolaus Josef Lebens und Wilhelm Martin, S. 9.

konnte Curt von Bleichröder am Abend des 17. September 1942 die Grenze zur Schweiz überschreiten und unbemerkt bis zum Bahnhof Schaffhausen gelangen. Von dort fuhr er nach Genf, wo sein Bruder Edgar inzwischen lebte.⁴¹

Aus rein freundschaftlichen Motiven und ebenso unentgeltlich wie dem Ehepaar Schueler und Curt von Bleichröder war Heckendorf schließlich noch dem Buchhalter Hans Adler behilflich, der nebenberuflich die Buchhaltung verschiedener Berliner Galerien geführt hatte und aus dieser Tätigkeit mit Heckendorf bekannt war. Adler war unmittelbar von der Deportation bedroht, nachdem ihm Mitte September 1942 mitgeteilt worden war, er gelte nicht mehr wie bisher als „jüdischer Mischling“ sondern als „Volljude“. Auch Adler wurde von Heckendorf zunächst vier Wochen lang in Kitzbühel versteckt, bevor er ihn mit gefälschten Papieren ausstattete und nach Altenburg begleitete.⁴² Dort wurde Adler am Abend des 31. Oktober 1942 von Martin über die Grenze geleitet und im Zollhaus Durstgraben im schweizerischen Neuhausen von der Kantonspolizei festgenommen.⁴³

Die Flucht der Schuelers sowie Curt von Bleichröders und Hans Adlers sprach sich bald in Kreisen der in Berlin von der Deportation bedrohten oder schon im Untergrund lebenden Juden herum, sodass immer mehr Verfolgte in Heckendorfs Laden vorstellig wurden, um seine Hilfe in Anspruch zu nehmen. Und genauso selbstverständlich, wie Heckendorf Freunden und Bekannten unentgeltlich und teilweise aus eigener Initiative und auf eigene Kosten behilflich gewesen war, ließ er sich jetzt von den ihm völlig Unbekannten nicht nur seine Kosten für den Ankauf von Blankoformularen für Kennkarten von einem korrupten Polizeibeamten und für die Schlafwagen-Reisen ins Grenzgebiet erstatten, sondern auch Honorare für die Mitteilung der Fluchtroute zahlen, die er mit Altenburger, Lebens und Martin teilte. Der Rechtsanwalt Dr. Alfred Cassirer, der im Palästina-Amt der Jüdischen Gemeinde in Berlin beschäftigt gewesen war, und seine Frau Berta hatten schon im Herbst 1941 die Ankündigung ihrer Deportation bekommen, der sie nur entgingen, weil Freunde sie fast ein Jahr versteckten. Von diesen erhielten die Cassirers

41 SchwBA, E 4264 (-) 1985/197, Nr. 5032, Kantonspolizei Zürich: Vernehmungsprotokoll Curt von Bleichröder, 18. September 1942.

42 LABO/EB, Reg. Nr. 54170 (Adler, Hans), Bl. E4, Hans Adler: Eidesstattliche Versicherung, 26. September 1952.

43 SchwBA, E 4264 1985/196, Nr. 5652, Polizeikorps des Kantons Schaffhausen an die Polizeidirektion des Kts. Schaffhausen, 1. November 1942.

auch den Hinweis auf Franz Heckendorf. Sie einigten sich mit Heckendorf auf ein Honorar von RM 6000,- für gefälschte Kennkarten auf den Namen Kaiser und die Begleitung bei der Fahrt ins Grenzgebiet, bevor sie am 13. Oktober 1942 mithilfe von Wilhelm Martin die Grenze zur Schweiz überschritten.⁴⁴ Der bei der Jüdischen Gemeinde in Berlin beschäftigte Fritz Samulon verhandelte dagegen ausschließlich mit Otto Altenburger, der ihm eine von Heckendorf gefälschte Kennkarte auf den Namen Fischer und Fahrkarten für die Reise nach Jestetten besorgte, von wo aus Samulon am 17. Januar 1943 die Grenze zur Schweiz überquerte.⁴⁵

Einige Verfolgte wurden von dem ehemaligen Filmkaufmann Henry Auerbach, der selbst als Jude galt, sich aber durch seine Ehe mit einer getrennt von ihm lebenden nichtjüdischen dänischen Staatsbürgerin einigermaßen geschützt wähnte, an Heckendorf vermittelt. Unklar ist, ob sich Auerbach für diese Vermittlung honorieren ließ.⁴⁶ Zu den von Auerbach an Heckendorf verwiesenen Verfolgten gehörten der Immobilienmakler Sigismund Fabisch und seine Frau Alma, die von nichtjüdischen Freunden versteckt worden waren, nachdem sie Ende 1942 knapp der Abholung zur Deportation entgangen waren, und die sich am 19. Januar 1943 in die Schweiz in Sicherheit bringen konnten.⁴⁷ Ein Bekannter von Josef Lebens schließlich war der Pelzhändler Fritz Singer, der mit von Heckendorf gefälschten Papieren auf den Namen Franz Paulick am 15. Februar 1943 von der schweizerischen Grenzschutz festgenommen wurde. Diese beschlagnahmte bei ihm eine von Lebens zur Verfügung gestellte, aber wahrscheinlich von Heckendorf gefertigte Skizze der im Grenzgebiet einzuschlagenden Route.⁴⁸ Zwei Tage vorher hatte der Kaufmann Arthur Calmon die Grenze überschritten. Er hatte Heckendorf 10 000,- RM für die Angabe des Fluchtweges und noch einmal 600,- RM für die Fälschung einer Kenn-

44 Yad Vashem, 01/198, Dr. Alfred Cassirer: Zeugenbericht „Palästinaamt in Berlin, illegales Leben in Berlin und Flucht über die Schweizer Grenze (1939–1942)“, aufgenommen von Dr. Ball-Kaduri, 26. Dezember 1957, S. 1 ff.

45 Bayerisches Landesamt für Finanzen/Landesentschädigungsamt München (BLF/LEA), EG 111586 (Altenburger, Otto), Bl. 74, Fritz Samulon: Bescheinigung, 24. Juli 1952.

46 LABO/EB, Reg. Nr. 2294 (Auerbach, Henry), Bd. 2, Bl. C 26, Entschädigungsamt Berlin: Verhandlungsprotokoll, 27. September 1951.

47 LABO/EB, Reg. Nr. 50578, Bl. B10, Sigismund Fabisch: Kurzer Lebenslauf, 23. Januar 1953, S. 1 f.

48 SchwBA, E 4264 (–) 1985/197, Nr. 8451, Bericht für den Grenzschutzposten Durstgraben: Aufgreifen eines Flüchtlings, 15. Februar 1943.

karte gezahlt und dazu Jahre später erklärt, „daß ich in der Entgegennahme einer Bezahlung seitens des Herrn Heckendorf keine Erpressung erblicke noch erblickt habe. In der damaligen Zeit war mit der Hilfeleistung zur Flucht eines Juden ins Ausland eine Gefahr verbunden, auch Kosten konnten entstehen. Ich bin deshalb der Ansicht, daß die von mir an Herrn Heckendorf entrichtete Summe den damaligen Umständen gemäß erforderlich war, weil ich mein Leben nur durch die Flucht retten konnte. Ich mache daher nicht Herrn Heckendorf, sondern ausschließlich dem Hitlerregime Vorwürfe.“⁴⁹ Nachdem sie Honorar an Heckendorf gezahlt hatten, konnten bis zum 13. Februar 1943 sieben weitere Berliner Juden die Schweizer Grenze überschreiten.

Dass Heckendorf aber nach wie vor auch bereit war, mittellosen und ihm völlig unbekanntem Juden bei der Flucht in die Schweiz zu helfen, zeigte sich bei der zufälligen Begegnung mit dem damals 18-jährigen Werner Bab. Dieser hatte 1940 eine Ausbildung als Pressefotograf bei dem Berliner Fotografen Fritz Eschen begonnen, war aber 1941 zur Zwangsarbeit in einem Metallbetrieb in Berlin-Kreuzberg verpflichtet worden. Als immer mehr jüdische Zwangsarbeiter des Betriebes „in den Osten evakuiert“ wurden, musste auch Bab fürchten, jederzeit deportiert zu werden. Bekannte rieten ihm, einen Sanitätsrat in München aufzusuchen, der bei der Flucht in die Schweiz behilflich sein könnte. Bab besorgte sich Anfang 1943 einen Postausweis, in dem der jüdische Zwangsname „Israel“ nicht enthalten war.⁵⁰ Damit reiste er nach München, wo er sich eine Zeitlang in einem Bordell versteckt hielt. Er konnte sich einen gefälschten Ausweis als „SS-Filmberichterstatte“ beschaffen, aber noch keine Fluchtmöglichkeit ausfindig machen. Nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin kehrte er Mitte Februar 1943 mit dem Nachtzug von Berlin nach München zurück. Er hatte ein Schlafwagenbett gebucht, weil er erfahren hatte, dass man im Schlafwagen den häufigen Zugkontrollen von Polizei und Geheime Feldpolizei, die nach Deserteuren fahndete, entgehen konnte, indem man dem Schaffner seinen Ausweis sowie ein ordentliches Trinkgeld gab und dieser dann die Kontrolle erledigte.

Auf dem Gang kam Bab mit einem älteren Herrn ins Gespräch, dem auf der Reise nach Kitzbühel befindlichen Franz Heckendorf, dessen Namen Werner Bab

49 LABO/EB, Reg. Nr. 50172, Bl. D. 103, Arthur Calmon: Eidesstattliche Erklärung, 3. Mai 1955.

50 LABO/EB, Reg. Nr. 342124, Bl. M5, Werner Bab: Lebenslauf, 24. November 1957.

aber erst mehr als 60 Jahre später vom Verfasser erfuhr. Zu Babs Erstaunen spürte sein anonymer Bekannter schnell, dass es sich bei ihm um einen untergetauchten Juden handelte, der eine Fluchtmöglichkeit in die Schweiz suchte, und bot ihm seine Hilfe an.⁵¹ Heckendorf erläuterte dem jungen Mann die Fahrtstrecke nach Altenburg, wo er sich Wilhelm Martin als Freund von Heckendorf vorstellen solle. Falls er im Gebiet von Jestetten in eine Kontrolle gerate, solle er angeben, Arbeit bei dem Fabrikanten Karl Altenburger in Jestetten zu suchen. Werner Bab überstand mit seinem Postausweis und seinem gefälschten SS-Filmberichterstatte-Ausweis mehrere Zugkontrollen und gelangte am 18. Februar 1943 nach Altenburg, wo Wilhelm Martin ihn abends ins Grenzgebiet führte, nachdem er sich als Belohnung dafür von Bab noch einen Koffer mit Kleidern hatte geben lassen.⁵²

Anders als die Flucht der Schuelers auf dem Bahnhof Schaffhausen wurden die Fluchten der anderen Schützlinge Heckendorfs über die grüne Grenze bei Altenburg von den deutschen Behörden nicht bemerkt, zumal die meisten der Flüchtlinge in ihren Berliner Wohnungen Abschiedsbriefe hinterlassen hatten, in denen sie ihren Freitod ankündigten. Sehr wohl registriert aber wurden die illegalen Grenzübertritte und deren Gemeinsamkeiten natürlich von der schweizerischen Grenzschutz. Der für den betroffenen Grenzbereich zuständige Sektorchef teilte dem Grenzschutzkommandanten in Schaffhausen am 17. Februar 1943 mit: „Auffallend ist, dass die in Durstgraben aufgegriffenen Juden alle von Berlin stammen und immer an der gleichen Stelle Schweizer Gebiet betreten. Es muss bestimmt eine Organisation vorhanden sein, entweder hat ein deutscher Grenzbeamter die Hand im Spiel, oder es muss sonst ein Grenzbewohner von Jestetten oder Altenburg mitwirken.“⁵³ Vieles spricht dafür, dass die schweizerischen Grenzposten ihren deutschen Kollegen von der Grenzschutz aus reinem Mitteilungsbedürfnis oder als Beleg ihrer Kooperationsbereitschaft einen dezenten Hinweis auf die auffällige Häufung illegaler Grenzübertritte gegeben haben. Auf jeden Fall wurde am 18. Februar 1943 im Jestettener Grenzgebiet nicht nur die von den Freiwilligen des

51 Interview mit Werner Bab, 16. März 2004.

52 StAF, A 47/1, Nr. 1712, Bl. 55 f., Sondergericht Freiburg/Br.: Urteil So KLS 125/43–So AK 284/43 vom 22. März 1944 gg. Franz Heckendorf, Otto Altenburger, Nikolaus Josef Lebens und Wilhelm Martin, S. 13 f.

53 SchwBA, E 4264 (–) 1985/197, Nr. 08451, Der Sektorchef II an Grenzschutzkommandant in Schaffhausen, 17. Februar 1943.

Verstärkten Grenzaufsichtsdienstes gestellte Postenkette intensiviert. Der Einsatzleiter des Zollgrenzschutzes für Sonderaufgaben nahm zudem auch die regelmäßigen nächtlichen Motorrad-Streifenfahrten wieder auf, die wegen Treibstoffmangels einige Zeit ausgesetzt gewesen waren.⁵⁴

Die Ereignisse nach seinem Eintritt ins Grenzgebiet in Begleitung von Wilhelm Martin hat Werner Bab später folgendermaßen geschildert: „Er hat mir erklärt, wo die Grenze verlief und wie ich gehen muss, und ist dann gegangen. Ich weiß noch, es war eine ziemlich helle Nacht. Ich bin losgegangen und dachte, es ist schon richtig so, wie der Dir das erklärt hat, aber auf einmal kam ein Motorrad mit zwei SS-Leuten. Irgendwie war das die Wache, die die Grenze abefahren ist. Und die hielten mich natürlich an und fragten: Was machst Du hier nachts an der Grenze? Und ich sagte, ich bin hier im Auftrag, und habe denen die Papiere gezeigt, aber die waren misstrauisch und sagten: Nein, das langt uns nicht. Jetzt komm mal mit uns mit! Und das war dann das Ende.“⁵⁵ Bab wurde von den Grenzschutzbeamten zunächst im Spritzenhaus von Altenburg eingesperrt und dort von Beamten der Waldshuter Gestapo verhört, die schnell herausgefunden hatten, dass Babs Ausweis als SS-Filmberichterstatte mit einem Kartoffelstempel hergestellt worden war.

Am 20. Februar 1943 wurde Bab zu weiteren Vernehmungen in das Landgerichtsgefängnis Waldshut verlegt. Dort waren am selben Tag, nur einige Stunden früher, Wilhelm Martin, dessen Namen Bab bei seinen Vernehmungen genannt haben dürfte, sowie der Fabrikant Karl Altenburger eingeliefert worden, den der bei Bab gefundene Handzettel seiner Fabrik verdächtig gemacht hatte.⁵⁶ Martin muss schon bei den ersten Vernehmungen durch die Waldshuter Gestapo-Beamten ein „offenes und reumütiges Geständnis“ abgelegt und sein allerdings eingeschränktes Wissen über die Berliner Fluchthelfer preisgegeben haben. Da er Gewinnsucht und Habgier als Motive einräumte, hielten die Beamten seine Angaben für „so glaubwürdig, daß sie unbedenklich der teilweisen Überführung der anderen An-

54 Für die Mitteilung von Informationen über die Grenzaufsicht im Gebiet zu Jestetten mit Schreiben vom 19. Januar 2009 ist der Verf. dem Ortschronisten, Herrn Erich Danner, Neuhausen, zu Dank verpflichtet.

55 Interview mit Werner Bab, 16. März 2004.

56 StAF, G 723, Nr. 13, Nrn. 1199 (Wilhelm Martin) 1200 (Karl Altenburger) und 1201 (Werner Bab) im Gefangenenbuch des Landgerichtsgefängnisses Waldshut 1942/43 III (7. Januar–3. Juni 1943).

geklagten dienen konnten“.⁵⁷ Zusätzliche Informationen erhielten die Beamten von Karl Altenburger, der aussagen konnte, sein Bruder Otto habe sich „in Verbindung mit seinen Berliner Bekannten mit der illegalen Grenzüberschreitung von Juden nach der Schweiz“ befasst und aufgrund seiner Ortskenntnis „gewissen Passanten Anleitung und Fingerzeige zur Grenzpassierung“ gegeben.⁵⁸ Da er glaubhaft machen konnte, an den Aktivitäten seines Bruders nicht beteiligt gewesen zu sein und diese missbilligt zu haben, wurde Karl Altenburger am 6. März 1943 schließlich freigelassen.⁵⁹

Werner Bab wurde am 11. März 1943 in das Hausgefängnis der Staatspolizeileitstelle Karlsruhe verlegt.⁶⁰ Dort wurde er mehrere Wochen in Einzelhaft gehalten und unter ständigen Misshandlungen immer wieder mit dem Vorwurf der Spionage für England und der „Rassenschande“ konfrontiert. Schließlich wurde ihm ein Schutzhaftbefehl vorgelegt, der mit Verstößen gegen die Judengesetze und dem Versuch der illegalen Überschreitung der Reichsgrenze begründet war.⁶¹ Im Sommer 1943 wurde Bab über verschiedene Stationen in das KZ Auschwitz verschleppt, wo er am 14. August 1943 unter der Häftlingsnummer 136 857 registriert wurde. Auf abenteuerliche Weise überlebte er Auschwitz nicht zuletzt deswegen, weil er als „Schutzhäftling“ und nicht als „Deportationsjude“ eingeliefert worden war.⁶²

Am 24. Februar 1943 wurde Franz Heckendorf in der Wohnung seiner Lebensgefährtin von Beamten des Gendarmerie-Kreispostens in Kitzbühel festgenommen, von wo ihn zwei Tage später Beamte der Waldshuter Gestapo abholten.⁶³ Am späten Abend des 28. Februar 1943 wurde er in das Landgerichtsge-

57 StAF, A 47/1, Nr. 1712, Bl. 57, Sondergericht Freiburg/Br.: Urteil So KLs 125/43–So AK 284/43 vom 22. März 1944 gg. Franz Heckendorf, Otto Altenburger, Nikolaus Josef Lebens und Wilhelm Martin, S. 15.

58 StAF, D 180/2, Nr. 183888, Gouvernement Militaire en Allemagne: Fragebogen Karl Altenburger, 28. August 1945, Anlage: Anmerkung zu I. Politische Mitgliedschaft, Abs. e).

59 StAF, G 723, Nr. 13, Nr. 1200 (Karl Altenburger) im Gefangenenbuch des Landgerichtsgefängnisses Waldshut 1942/43 III (7. Januar–3. Juni 1943).

60 StAF, G 723, Nr. 13, Nr. 1201 (Werner Bab) im Gefangenenbuch des Landgerichtsgefängnisses Waldshut 1942/43 III (7. Januar–3. Juni 1943).

61 Interview mit Werner Bab, 16. März 2004.

62 LABO/EB, Reg. Nr. 2294 (Bab, Werner), Bd. 2, Bl. C5, ITS Arolsen: Inhaftierungs- und Aufenthaltsbescheinigung Werner Bab, 16. September 1958.

63 LAB, A Rep. 341–02/9417, Bl. 18, Gendarmerie-Kreisposten Kitzbühel an Amtsgericht in Berlin, 26. März 1943.

fängnis Waldshut eingeliefert.⁶⁴ Der Ermittlungsführer der örtlichen Gestapo, Kriminalsekretär Josef König, reiste persönlich nach Berlin, um am 4. März 1943 Otto Altenburger an dessen Arbeitsplatz im „Neva-Grill“ festzunehmen und nach Waldshut zu transportieren, wo er im Landgerichtsgefängnis inhaftiert wurde.⁶⁵ Alarmiert von der Festnahme Heckendorfs, war Josef Lebens mit einer Freundin nach Karlsbad geflohen, wo er am 26. April 1943 von der Gestapo aufgespürt und festgenommen wurde.⁶⁶ Erst am 13. Mai 1943 wurde auch er in das Landgerichtsgefängnis Waldshut eingeliefert.⁶⁷ Eine Haftbeschwerde von Lebens verwarf das Sondergericht Freiburg am 21. Juni 1943 wegen Flucht- und Verdunkelungsgefahr und weil „der Beschuldigte nach dem jetzigen Stand der Ermittlungen der ihm zur Last gelegten Taten dringend verdächtig erscheint und seine bisherige Einlassung auch angesichts seiner Vorstrafen wenig Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben kann“.⁶⁸ Nach der Inhaftierung von Lebens als letztem der Beschuldigten eröffnete das zuständige Sondergericht beim Landgericht Freiburg am 27. Mai 1943 unter dem Aktenzeichen So KLs 125/43 So ALs 284/43 offiziell ein Ermittlungsverfahren gegen Heckendorf, Altenburger, Lebens und Martin wegen Verbrechens nach der „Volksschädlingsverordnung“ und erließ die entsprechenden Haftbefehle.⁶⁹ Damit wurden die vier Gefangenen, die bis dahin als Schutzhäftlinge des Grenzpolizeikommissariats Waldshut der Staatspolizeileitstelle Karlsruhe gegolten hatten, zu Untersuchungshäftlingen der Justiz.⁷⁰

64 StAF, G 723, Nr. 13, Nr. 1233 (Franz Heckendorf), im Gefangenenbuch des Landgerichtsgefängnisses Waldshut 1942/43 III (7. Januar–3. Juni 1943).

65 LAB, Wiedergutmachungsämter von Berlin, 22 WGA 557/61 (Altenburger, Otto), Otto Altenburger: Eidesstattliche Erklärung, 1. Oktober 1962; StAF, G 723, Nr. 13, Nr. 1252 (Otto Altenburger) im Gefangenenbuch des Landgerichtsgefängnisses Waldshut 1942/43 III (7. Januar–3. Juni 1943).

66 StAF, A 47/1, Nr. 1712, Bl. 183, Josef Lebens an die Staatsanwaltschaft Freiburg i. Br., 29. Mai 1951.

67 StAF, G 723, Nr. 13, Nr. 147 (Josef Lebens) im Gefangenenbuch des Landgerichtsgefängnisses Waldshut 1942/43 III (7. Januar–3. Juni 1943).

68 StAF, A 30/1, Nr. 21, Sondergericht beim Landgericht Freiburg/Br. (So Js 22/43/So Qs 6/43): Beschluss, 21. Juni 1943.

69 StAF, A 30/1, Nr. 23, Landgericht Freiburg i. Br.: Haftliste. Verzeichnis der in Untersuchungshaft genommenen Personen vom 1. Januar 1943 bis 31. Dezember 1943, Nrn. 208–211.

70 StAF, G 723, Nr. 13, Nr. 1233 (Franz Heckendorf), 1252 (Otto Altenburger), 147 (Josef Lebens) und 1199 (Wilhelm Martin) im Gefangenenbuch des Landgerichtsgefängnisses Waldshut 1942/43 III (7. Januar–3. Juni 1943).

Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen im Heckendorf-Verfahren übernahm im Juli 1943 der 39-jährige Erste Staatsanwalt Hans Prüfer, der 1934 der NSDAP beigetreten war und auch der SS angehört hatte.⁷¹ Mitte November 1943 legte Prüfer die Anklageschrift vor, die nach Auffassung von Heckendorfs Pflichtverteidiger wenig Zweifel daran ließ, dass in der Verhandlung „mit der Stellung eines Strafantrags auf Todesstrafe gegen Heckendorf zu rechnen war“.⁷² Nachdem Heckendorf die Anklageschrift erhalten und mit seinem Anwalt besprochen hatte, schrieb er an seine Lebensgefährtin Hilda Kosmack, es sei nun „alles verloren, wie es aussieht“: „Gott steh’ mir bei! Du mußt sofort meinem Berliner Anwalt schreiben, daß er sich um mich kümmert. Er muß unbedingt kommen, der Termin ist am 7. 12. 43 hier vor dem Sondergericht. Heute ist Totensonntag, und so ist mir auch zumute, ich habe den Glauben an die Menschheit verloren, oder ich habe als Künstler geträumt.“⁷³

Sein Berliner Rechtsanwalt Georg Thierkopf, der Heckendorf als Rechtsbeistand der Berliner Secession schon in seinem Potsdamer Prozess 1931 verteidigt hatte, durfte inzwischen aber nicht mehr als Rechtsanwalt tätig sein. Nach der Verhaftung Heckendorfs Ende Februar 1943 hatte er noch seinen Sozius und Schwiegersohn Dr. Kurt Besecke nach Kitzbühel geschickt. Danach war er wegen der jüdischen Herkunft seiner Frau Elsbeth von der Justizverwaltung zum Arbeitseinsatz freigestellt worden und seit 1. Mai 1943 als Syndikus in der Firma eines früheren Klienten und Freundes „kriegswirtschaftlich eingesetzt“.⁷⁴ Heckendorfs Verteidigung blieb daher dem vom Gericht eingesetzten Pflichtverteidiger Friedrich Fischer aus Donaueschingen überlassen. Fischer, der als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei von 1919 bis 1934 Bürgermeister von Donaueschingen gewesen war, erwies sich als Glücksfall für Heckendorf, weil er alles tat, um die drohende Todesstrafe abzuwenden.⁷⁵

71 Generallandesarchiv Karlsruhe (GLAK), RJM/P/27569, Reichsministerium der Justiz: Personalblatt Hans Prüfer; nach Wolfgang Koppel, Justiz im Zwielicht, Karlsruhe 1963, S. 118, war Prüfer nach 1945 „Oberjustizrat am Notariat in Müllheim (BW), etwa 1961 befördert“.

72 Staatsarchiv München (StAM), SpKa K 878 (Kirchner, Joachim), Friedrich Fischer: Bestätigung, 30. Januar 1946.

73 Franz Heckendorf an Hilda Kosmack, 21. November 1943, NL Franz Heckendorf, Privatbesitz.

74 Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA), Rep. 4A Pers/9173, Arbeitsamt Berlin an Kammergerichtspräsidenten Berlin, 10. Oktober 1944.

75 Stadtarchiv Donaueschingen: Mitteilung an den Verf. vom 15. Oktober 2008.

Es war aber wahrscheinlich nicht dem Wirken von Rechtsanwalt Fischer zuzuschreiben, dass Heckendorf seiner Lebensgefährtin schon eine Woche nach seinem verzweifelten Hilferuf mitteilen konnte, dass der angesetzte Termin für die Verhandlung wieder aufgehoben worden war.⁷⁶ Offensichtlich hielt das Sondergericht umfangreiche weitere Ermittlungen vor allem zu den Berliner Hintergründen der Fluchthilfeaktion für geboten: Schon am 22. März 1943 war der untergetauchte Henry Auerbach in Berlin von der Gestapo in seinem Quartier verhaftet worden und hatte einen Selbsttötungsversuch unternommen. In dessen Folge wurde er bis zum 10. April 1943 auf der Polizeistation des Jüdischen Krankenhauses in Berlin behandelt, um anschließend in das Sammellager in der Großen Hamburger Straße eingeliefert zu werden.⁷⁷ Da inzwischen die Gestapo Waldshut Interesse an einer Vernehmung Auerbachs bekundet hatte, entschied die Staatspolizeistelle Berlin Ende Juli 1943, „der Jude Henry Israel Auerbach“ werde „nicht evakuiert“, sondern „lediglich einem Konzentrationslager zugewiesen“.⁷⁸ Auerbach wurde zunächst ins Polizeipräsidium Berlin und von dort über Gefängnisse in Leipzig, Halle, Kassel, Frankfurt/Main und Karlsruhe nach Waldshut transportiert.⁷⁹ Wegen der vielen Transportunterbrechungen traf Auerbach erst am 19. August 1943 im Landgerichtsgefängnis Waldshut ein, wo er „auf Ersuchen der Gestapo“ bis Ende April 1944 inhaftiert blieb.⁸⁰ Die Waldshuter Gestapo-Beamten versuchten Auerbach in unendlichen Vernehmungen und Gegenüberstellungen eine zentrale Rolle in der Berliner Fluchthilfeorganisation nachzuweisen, während Auerbach dabei blieb und auch in einer schriftlichen Stellungnahme für den Vorsitzenden des Sondergerichts nachzuweisen versuchte, „dass ich tatsächlich direkt nichts mit der Überführung der jüdischen Familien zu tun gehabt hatte“.⁸¹ Deswegen wurde Auerbach erst nach Abschluss des Sondergerichtsverfahrens gegen Heckendorf Ende April 1944 nach

76 Franz Heckendorf an Hilda Kosmack, 28. November 1943, NL Franz Heckendorf, Privatbesitz.

77 LABO/EB, Reg. Nr. 2294 (Auerbach, Henry), Bd. 2, Bl. C8, Jüdisches Krankenhaus Berlin: Ärztliche Bescheinigung, 11. Juni 1951.

78 BLHA, Rep 36A II/Nr. 1332, Bl. 6, Staatspolizeistelle Berlin an Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg/Vermögensverwertungsstelle, 23. Juli 1943.

79 LABO/EB, Reg. Nr. 2294 (Auerbach, Henry), Bd. 2, Bl. C1, Henry Auerbach: Entschädigungsantrag für Schaden an Freiheit Henry Auerbach, 24. Mai 1951, S. 1.

80 Ebenda, Bl. C22, Landgerichtsgefängnis Waldshut: Bescheinigung, 29. August 1951.

81 Ebenda, Bl. C26, Entschädigungsamt Berlin: Verhandlungsprotokoll, 27. September 1951.

Berlin zurückgebracht, wo er bis Kriegsende im Lager Schulstraße und auf der Polizeistation des Jüdischen Krankenhauses festgehalten wurde.⁸²

Wegen der sich hinziehenden Vernehmungen Auerbachs und zusätzlichen Ermittlungen der Waldshuter Gestapo in Berlin wurde als neuer Termin für die Verhandlung vor dem Sondergericht der 21. März 1944 festgelegt, dem Heckendorf inzwischen mit einem gewissen Fatalismus entgegensah: „Ich weiß nicht, wieso das alles mich nicht mehr aufregt. Ist es das herrliche Wetter oder der kommende Frühling, oder bin ich bereits schon so abgestumpft, daß mir alles gleich ist, oder krank. In letzter Zeit wird mir öfter schwarz vor Augen und dann falle ich um. Ich weiß nicht, was das ist, aber der Arzt hat gesagt, ich bin ganz gesund. Vielleicht ist das nur ein Schwächezustand, der sich wieder gibt. Ich male jetzt wieder und das beruhigt mich und gibt mir meine innerliche Ruhe wieder, so daß ich glauben kann, daß ich als Künstler doch nachlebe und daß mein Dasein noch einen Sinn hat.“⁸³

Heckendorfs Verteidiger Friedrich Fischer hatte in den Akten „nur wenige Milderungsgründe für die Verteidigung des Herrn Heckendorf“ finden können.⁸⁴ Jetzt nutzte er den Zeitgewinn, um unter den wenigen Freunden Heckendorfs Leumundszeugen aufzutreiben, die zugleich eine mehr oder weniger zuverlässige Reputation als Nationalsozialisten vorweisen konnten: Joachim Kirchner, der Autor des Heckendorf-Bandes in der Reihe „Junge Kunst“ von 1919, war schon im Februar 1933 der NSDAP beigetreten und hatte von 1933 bis 1935 auch der SA angehört.⁸⁵ Auf ausdrücklichen Wunsch des NS-Chefideologen Alfred Rosenberg und mit Unterstützung der NSDAP-Parteikanzlei war er von Hitler zum 1. Januar 1941 zum Direktor der Universitätsbibliothek München ernannt worden.⁸⁶ Dort lebte inzwischen auch der Verleger des Junge-Kunst-Bandes, der Kunsthistoriker Georg Biermann. Dieser war zwar im Sommer 1933 ebenfalls der NSDAP beigetreten, jedoch 1937 in der Ausstellung „Entartete Kunst“ und deren Umfeld noch massiv als

82 Ebenda, Bl. C8, Jüdisches Krankenhaus Berlin: Ärztliche Bescheinigung, 11. Juni 1951.

83 Franz Heckendorf an Hilda Kosmack, 27. Februar 1944, NL Franz Heckendorf, Privatbesitz.

84 StAM, SpkA K 141 (Biermann, Georg), Fischer, Friedrich: Bestätigung, 17. Februar 1946.

85 BArch, BDC/PK/F396, Reichsschulungsamt der NSDAP und der DAF, Personalkarte Prof. Dr. Joachim Kirchner; Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Berlin 1932, Bd. 1, S. 926.

86 BArch, BDC/DS/B74, Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus an den Reichsstatthalter in Bayern, 17. Mai 1940, S. 1 f.

„Kulturbolschewist Nr. 1“ angegriffen worden, während die von ihm herausgegebenen „Jahrbücher der Jungen Kunst“ von der Gestapo als „eine einzige Propaganda für Verfallskunst schlimmster Sorte“ bezeichnet worden waren.⁸⁷ Kirchner war bereit, eine Aussage über „die außerordentliche Bedeutung Heckendorfs als Maler und vor allem auch über seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied der Berliner Secession“ zu machen, in der „auch die hohen menschlichen Qualitäten des Künstlers Heckendorf in ein besonderes Licht gerückt“ wurden.⁸⁸ Bei seiner Vernehmung in Waldshut wurde Kirchner deswegen vom Vorsitzenden des Sondergerichts gerüffelt, „dass es für einen höheren Beamten unwürdig sei, an dieser Stelle für solch einen Freund einzutreten.“⁸⁹ Eine ähnliche Bescheinigung über die künstlerische Bedeutung Heckendorfs und die „menschlichen Qualitäten des Künstlers Heckendorf“ stellte auch Georg Biermann zur Verfügung, und auch diesem wurde dafür „eine wenig freundliche Kritik“ seitens des Landgerichtspräsidenten Dr. Schmoll zuteil.⁹⁰

Der Jurist Schmoll war schon Anfang 1931 von der DNVP zur NSDAP gewechselt und nach Tätigkeiten an Amts- und Landgerichten in Donaueschingen, Freiburg und Mannheim zum Präsidenten des Landgerichts Waldshut ernannt worden.⁹¹ Als solcher fungierte er auch als Vorsitzender des Sondergerichts Freiburg bei im Landgerichtsbezirk Waldshut anhängigen Verfahren. Von der Säubungskommission der Badischen Justizverwaltung wurde er 1947 charakterisiert als „der berüchtigtste Blutrichter in Baden“, „fanatischer Anhänger der NSDAP“, „gefährlicher Denunziant“, „die übelste Erscheinung in der badischen Justiz“ sowie als „juristischer Analphabet, der nur durch die NSDAP zu Amt und Würden kam“.⁹²

87 BArch, BDC/PK/A339, Karteikarte NSDAP-Zellenkartei; Margarete Biermann, Georg Biermann, in: In memoriam Dr. Georg Biermann, 7. 7. 1880–3.4.1949, o. O., o. D., S. 7–12; BArch, BDC/RK/Z17, Der Reichsführer SS/Der Chef des Sicherheitshauptamtes an die Reichsschrifttumskammer, 18. Dezember 1937.

88 StA München, SpKa K 878 (Kirchner, Joachim), Friedrich Fischer: Bestätigung, 30. Januar 1946.

89 Hans-Martin Kirchner, Joachim Kirchner: Erinnerungen eines Beteiligten, in: Publizistik 23 (1978) 4, S. 395–397, hier S. 396.

90 StA München, SpkA K 141 (Biermann, Georg), Fischer, Friedrich: Bestätigung, 17. Februar 1946.

91 BArch, BDC/31XX/P82, Karteikarte Oskar Schmoll, NSDAP-Ortsgruppenkartei.

92 Generallandesarchiv Karlsruhe (GLAK), OLG Karlsruhe/Präsidialabteilung, Personalakten, Nr. 1744, Badisches Justizministerium im frz. Besatzungsgebiet an das Statistische Amt der Stadt Freiburg, 7. Juli 1947.

Die zusätzlichen Ermittlungen und die positiven Zeugenaussagen über Heckendorf als Künstler und Menschen hatten aber die Sichtweise des Staatsanwaltes Prüfer nicht beeinflussen können. In der Zwischenzeit hatte auch die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin Ermittlungen gegen Heckendorf eingeleitet, da dieser bei einer Fahrt ins Grenzgebiet die von ihm manipulierte Kennkarte seines Sohnes benutzt hatte. Als er damit bei der Rückkehr nach Berlin am 18. Januar 1943 bei einer Polizeikontrolle aufgefliegen war, hatte er sich außerdem den Vernehmungsbeamten gegenüber als „Professor a. D.“ bezeichnet, sodass er nicht nur eines Verstoßes gegen die Passstrafverordnung beschuldigt, sondern außerdem der unberechtigten Titelführung verdächtigt wurde.⁹³ Auf wiederholte Bitten um Überstellung Heckendorfs nach Berlin hatte Staatsanwalt Prüfer immer wieder auf das noch laufende Verfahren in Waldshut verwiesen. Am 1. März 1944 teilte er der Berliner Staatsanwaltschaft mit, er sei bereit, auch das Berliner Verfahren zu übernehmen, glaube aber, dass die Höhe der im Waldshuter Verfahren zu erwartenden Strafe eine Anklageerhebung wegen der Berliner Beschuldigungen überflüssig mache: „Gegen Heckendorf werde ich die Todesstrafe beantragen, da er etwa 15 Juden gegen Entgelt über die Schweizer Grenze geschmuggelt hat.“⁹⁴

Die Gründe für den Verzicht auf die Verhängung der Todesstrafe gegen Heckendorf lassen sich in Ansätzen aus der Begründung des Waldshuter Urteils erschließen: Tatsächlich sollte wohl vor allem das Konstrukt einer rasseideologisch definierten „Volksgemeinschaft“ nicht beschädigt werden, deren Angehörige aus ihrer rassistischen Disposition heraus instinktiv in der Lage wären, die Juden als „Gegenrasse“ zu identifizieren, und die die Bestimmung zu deren Bekämpfung bis zur Vernichtung geradezu im Blut hätten. „Juda ist zum erstenmal in seiner ganzen Nacktheit angetreten zum Kampf, und wir Deutsche waren es, die zum erstenmal den wirklichen Feind der Menschheit aufgezeigt haben. Das Schicksal hat uns eine Gnade erwiesen, dass wir den Feind der Menschheit erkannt haben, und nun wollen wir auch dankbar, tapfer und mutig diesen Kampf aufnehmen. Juda muss und wird in diesem Kampf ausgerottet werden! [...] Nicht die Masse und die Zahl, son-

93 LAB, A Rep. 341-02/9417, Bl. 11, Der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht Berlin: Anklage gegen den Kunstmaler (hs. gestrichen: Professor a. D.) Franz Heckendorf, 30. Januar 1943.

94 Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Freiburg i. Br. an Generalstaatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin, 1. März 1944.

dern der hohe rassistische Wert und der Wille seien entscheidend und garantieren den Sieg“, hatte beispielsweise Robert Ley, der Reichsorganisationsleiter der NSDAP in einer Rede in der Karlsruher Festhalle am 19. Mai 1942 erklärt.⁹⁵

Um die Fiktion der rassistisch determinierten Entschlossenheit aller Deutschen zur Ausrottung der Juden nicht infrage zu stellen, attestierte das Sondergericht Freiburg dem Angeklagten offenbar weniger „undeutsche“ Beweggründe: „Für die Angeklagten waren nicht politische Gründe die Motive ihres Handelns, sondern der Geldgewinn.“⁹⁶

Zur weiteren partiellen Entlastung der nichtjüdischen Angeklagten und vor allem des Hauptangeklagten Heckendorf griff das Gericht auf das bewährte Konstrukt einer jüdischen, wenn schon nicht Welt-, dann doch Schmuggelverschwörung zurück: Zwar seien die Straftaten der Angeklagten „recht schwerwiegender Natur“, weil sie sich mit dem „Judenschmuggel“ „vorsätzlich unter Ausnutzung der durch den Kriegszustand außergewöhnlichen Verhältnisse“ „auf die Seite unserer Feinde gestellt und zum Wohl des Reiches geplante Maßnahmen der Regierung im Krieg zu sabotieren unternommen“ hätten. Es habe sich jedoch nicht beweisen lassen, dass Heckendorf der eigentliche Organisator gewesen sei. Im Gegenteil hätten die – auf die Vernehmungen Henry Auerbachs gestützten – Erkenntnisse der Waldshuter Gestapo und daraufhin vom Gericht angeordnete weitere Ermittlungen in Berlin ergeben, „daß der ‚Judenschmuggel‘ von einer weit verzweigten Gruppe von Juden, die sich geschickt im Hintergrund hielt, aufgebaut und betrieben worden sein muß. Es müssen Paßfälscherzentralen bestanden haben, mit denen die vier Angeklagten nicht in Verbindung standen. Die Verbringung des schweren Reisegepäckes über die Grenze lag in vielen anderen Händen. Es sind nicht nur bei Altenburg, sondern an vielen anderen Stellen der deutsch-schweizer Grenze Juden illegal hinüber geschafft worden. Dies spricht dafür, daß dem Gericht nur ein kleiner Ausschnitt einer groß angelegten Aktion zur Kenntnis gelangt ist, daß aber auch Heckendorf nicht der Drahtzieher war. Er befand sich in den Händen anderer, er wurde geschoben, ohne selbst hinreichende Augenblicke [gemeint

95 LAB, A Rep. 341–02/9417, Bl. 30, „Rasse und Wille bestimmen den Sieg. Dr. Ley in Karlsruhe – Aufrüttelnder Appell des Reichsorganisationsleiters“, in: Der Führer. Das Hauptorgan der NSDAP Gau Baden, Karlsruhe, 16. Jg., Folge 138, 20. Mai 1942, S. 1.

96 Sondergericht Freiburg/Br.: Urteil So KLS 125/43–So AK 284/43 vom 22. März 1944, S. 18, StAF, A 47/1, Nr. 1712, Bl. 60.

wohl: Einblicke] zu erhalten.“ Eine „restlose Aufdeckung der Hintergründe“ sei dem Gericht nur deswegen nicht gelungen, weil die Ermittlungen in Berlin durch den Umstand behindert worden seien, dass „inzwischen infolge des Luftterrors“ – wahrscheinlicher wohl wegen der Deportation der verbliebenen Berliner Juden in der „Fabrikaktion“ – „wichtige Zeugen diese Stadt unbekanntes Aufenthaltes verlassen hatten“.⁹⁷

Erschien Heckendorf schon nach dieser Interpretation der objektiven Tatseite lediglich als von seiner Gewinnsucht verführter und die Tragweite seiner Handlungen nicht überblickender Handlanger ebenso anonymer wie mächtiger jüdischer Strippenzieher, so boten die Erklärungen Joachim Kirchners und Georg Biermanns dem Gericht den Stoff, mit dem auch die subjektive Täterseite entsprechend gedeutet werden konnte. Zwar sei Heckendorf nach Vorleben und Vorstrafen zweifellos ein „Volksschädling“ und habe nicht nur die „so wirksame Verbindung zwischen Berlin und Altenburg hergestellt“ und die Mitangeklagten Altenburger und Martin erst in die Sache hineingezogen, doch sei er nicht so geldversessen wie diese gewesen, da er sich nicht in allen Fällen von Hilfe suchenden und dafür Geld bietenden Juden habe bestimmen lassen. Vor allem aber hielt das Sondergericht Heckendorf eine Persönlichkeitsstruktur zugute, deren Beschreibung bis in die Formulierungen der Begründung des Potsdamer Urteils gegen Heckendorf von 1931 entnommen worden sein könnte: „Er ist trotz seines von moralischer Haltlosigkeit zeugenden Vorlebens kein Verbrecher, der planvoll und überlegt seine Unternehmen durchführt. Er ist eine impulsive, sprunghafte Natur, dem es gefällt, sein Leben nach Launen zu gestalten, ohne viel zu fragen, was daraus wird. Das nicht zu verkennende Künstlertum in ihm darf bis zu gewissen Grenzen berücksichtigt werden.“ Nicht aus dem Potsdamer Urteil übernommen hatten die Waldshuter Richter aber die damalige Feststellung von Heckendorfs grenzenloser Großzügigkeit und rückhaltloser Hilfsbereitschaft, da diese auch den „Judenschmuggel“ zumindest teilweise in einem anderen Licht hätte erscheinen lassen.⁹⁸

Auch hinsichtlich der generalpräventiven Wirkung war ein Todesurteil nicht unbedingt erforderlich, weil Fluchthilfe für Juden alles andere als ein Massen-

97 Ebenda.

98 StAF, A 47/1, Nr. 1712, Bl. 60 ff., Sondergericht Freiburg/Br.: Urteil So KLS 125/43–So AK 284/43 vom 22. März 1944 gg. Franz Heckendorf, Otto Altenburger, Nikolaus Josef Lebens und Wilhelm Martin, S. 18 ff.

phänomen darstellte. Im Gegensatz dazu wurden massenhaft Delikte gegen die Kriegswirtschaftsverordnung begangen, die vom Sondergericht Freiburg mit dem Tod bestraft und durch Anschlag blutroter Plakate bekannt gemacht wurden.⁹⁹ Meldungen darüber erschienen auch in der regionalen NS-Presse, um die erwünschte Abschreckung zu erzielen.¹⁰⁰ Über das Urteil gegen Heckendorf und seine drei Helfer berichtete dagegen mit einiger Verspätung lediglich die für das Grenzgebiet um Waldshut bestimmte Bezirksausgabe Süd von „Der Alemanne. Kampfblatt der Nationalsozialisten Oberbadens“. Das Regionalblatt meldete unter der Überschrift „Hohe Zuchthausstrafen für Judenknechte“, das „seltene Kleeblatt“ habe mit seiner Fluchthilfe den Juden die Gelegenheit gegeben, „im Ausland gegen unser Volk zu hetzen“, weswegen das Sondergericht die vier „Volksschädlinge wegen ihrer würdelosen Haltung“ zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt habe.¹⁰¹ Nicht nur aufgrund dieser Meldung, sondern auch wegen der Verurteilung der in Altenburg ansässigen bzw. von dort stammenden Wilhelm Martin und Otto Altenburger dürfte sich das Urteil im Grenzgebiet um Jestetten herumgesprochen und damit die vom Sondergericht angestrebte Abschreckung bewirkt haben: „Es waren deshalb harte Strafen auszusprechen, auch um abschreckend auf Andere zu wirken. Denn daß gerade an der Reichsgrenze eine recht geringe Aufgeschlossenheit bei einigen Volksgenossen für entscheidende Fragen der Haltung der Bevölkerung im Krieg vorhanden ist, haben die Aussagen der Zeugen Stadler, Henninger und Karl Altenburger erkennen lassen.“¹⁰²

Mit welcher Erleichterung Heckendorf, der fast vier Monate in Erwartung eines unvermeidlich scheinenden Todesurteils hatte leben müssen, das Urteil des Sondergerichts aufgenommen hatte, schilderte er seiner Lebensgefährtin und

99 Hensle, Die Todesurteile, S. 167 ff.

100 Vgl. z. B. „Feldpostmarder Bächle hingerichtet“, „Die Justiz schützt die Volksgemeinschaft. Gefährlicher Gewohnheitsverbrecher zum Tode verurteilt“, „Todesstrafe für Feldpostmarder“, in: Der Führer, 17. Jg., Folge 56, 57 und 75, 25. und 26. 2. sowie 16. 3. 1943, S. 2.

101 „Hohe Zuchthausstrafen für Judenknechte!“, in: Der Alemanne. Kampfblatt der Nationalsozialisten Oberbadens, die größte täglich erscheinende Zeitung Oberbadens, Verkünder für die oberbadischen Behörden. Freiburg i. Br., Bezirksausgabe Süd – Waldshut, Folge 89, 30. 3. 1944, S. 3.

102 StAF, A 47/1, Nr. 1712, Bl. 62, Sondergericht Freiburg/Br.: Urteil So KLs 125/43–So AK 284/43 vom 22. März 1944 gg. Franz Heckendorf, Otto Altenburger, Nikolaus Josef Lebens und Wilhelm Martin, S. 20.

seinem Sohn vier Tage später in einem Brief: „Die Vorsehung hat gesprochen! Der Kelch ist an mir vorübergegangen, ich lebe und habe die Hoffnung, daß die Sonne der Freiheit noch einmal für mich scheinen wird. Ihr werdet vielleicht alle ¼ Jahr mal von mir was hören, ob ich noch lebe, aber ich will jetzt leben, und der Glaube gibt mir die Kraft dazu, und ich werde all das Leid ertragen, denn ihr werdet immer an meiner Seite stehen. Seltsam formt sich oft das Leben, nur gut, daß ich nicht in die Zukunft schauen kann, sonst gäbe es nicht das große Wort Hoffnung.“¹⁰³ Damit hatte er nur allzu recht, da ihn und seine Helfer die Verurteilung als „Volksschädlinge“ in eine Kategorie von Strafgefangenen gebracht hatte, deren Vernichtung im Strafvollzug unabhängig vom gerichtlich verhängten Strafmaß längst beschlossene Sache war.¹⁰⁴

Heckendorf und seine mit ihm verurteilten Helfer wurden am 14. April 1944 in das Zuchthaus Ensisheim verlegt.¹⁰⁵ Es lag im Zentrum der elsässischen Kleinstadt Ensisheim und war durch kaiserlichen Befehl 1811 in den Gebäuden eines Jesuitenklosters aus dem 16. Jahrhundert eingerichtet worden, das bereits seit 1764 als „Arbeitshaus für Bettler“ gedient hatte. Unter deutscher Herrschaft war Ende des 19. Jahrhunderts ein zusätzlicher Zellenbau in dem mit einer sieben Meter hohen Mauer umgebenen Zuchthauskomplex errichtet worden. Der französische Staat hatte das Zuchthaus nach der 1938 erfolgten Schließung der Straflager in den französischen Kolonien genutzt, um zu Zwangsarbeit Verurteilte unterzubringen und bei Arbeiten in der Umgebung der Stadt einzusetzen.¹⁰⁶ Nach der deutschen Besetzung des Elsass 1940 waren in der für 600 Insassen ausgelegten und als ausbruchssicher geltenden Anstalt vorübergehend Kriegsgefangene untergebracht, bevor Sicherungsverwahrte aus überfüllten Anstalten im Altreich und schließlich immer mehr Strafgefangene dorthin verlegt wurden, die in den anstaltseigenen und externen Handwerksbetrieben arbeiten mussten und in den Tagesaufenthalts-

103 Franz Heckendorf an Hilda Kosmack und Günter Heckendorf, 26. März 1944, NL Franz Heckendorf, Privatbesitz.

104 Vgl. zur im Folgenden beschriebenen Entwicklung auch Nikolaus Wachsmann, *Hitler's Prisons. Legal Terror in Nazi Germany*, New Haven/London 2004, S. 284 ff. und 306 ff.

105 BLF/LEA, BEG 1986712.8 (Heckendorf, Franz), Bd. 1, Bl. 14, Maison Centrale d'Ensisheim: Certificat de Présence, 22. November 1951.

106 BArch, R 3001/25103, Reichsjustizministerium: Die Vollzugsanstalten Elsass-Lothringens. Bericht über eine Besichtigungsreise (27.–31. August 1940), 12. September 1940, S. 10 ff.

räumen einem absoluten Schweigegebot unterworfen waren.¹⁰⁷ Die meisten Strafgefangenen mussten in den etwa zweieinhalb Kilometer von Ensisheim entfernten Minen der Elsässischen Kaliwerke GmbH arbeiten, deren Bergwerke 1943 die Rekordmenge von 4,3 Millionen Tonnen des Salzes förderten, das als Kunstdünger für die Landwirtschaft kriegswichtig war.¹⁰⁸ Da die Strafgefangenen das Kalisalz in einer Tiefe von 900 bis 1100 Metern bei Temperaturen von 40 bis 50 Grad in ständig gebückter Haltung und mit primitiven Gerätschaften abbauen mussten und deswegen ihre Sterblichkeit extrem hoch war, war das Zuchthaus Ensisheim vom Reichsjustizministerium als eine der Anstalten ausgewählt worden, in denen „asoziale“ Strafgefangene durch Arbeit vernichtet werden sollten.¹⁰⁹

Einige Tage nach seiner Einlieferung konnte Heckendorf seiner Lebensgefährtin noch seinen neuen Haftort mitteilen, bevor er wie alle Zugänge des Zuchthauses Ensisheim einer sechsmonatigen absoluten Postsperrung unterworfen war: „Nun haben sich die Tore hinter mir geschlossen, und eine Welt des Grauens steht vor mir, die ich nicht kannte.“ Das Zuchthaus Ensisheim schilderte Heckendorf in seinem Brief als einen „großen Ameisenhaufen, wo furchtbar emsig gearbeitet wird“, sodass er die Nächte in seiner Einzelzelle ebenso als „Erholung“ empfand wie den Blick auf die Anstaltskirche und blühende Obstbäume im kleinen Anstaltsgarten als tröstlich. Der Zustand seiner Mithäftlinge musste ihn aber auch für sich selbst das Schlimmste befürchten lassen: „Malen kann ich bis jetzt noch nicht, aber vielleicht kommt das auch mal, hier würde ich nur Typen malen, Menschen, die ich noch nie gesehen habe, oder sind das zum Teil gar keine Menschen?“¹¹⁰

Schon sehr bald war Heckendorf selbst einer dieser „Typen“. Denn schon nach kurzer Zeit war er zur „Bergwerksarbeit“ in den Kaliminen Sainte Thérèse bei Ensisheim eingeteilt worden.¹¹¹ Die Schwerstarbeit unter widrigsten Bedingungen und die „schlechte, unzulängliche und verdorbene Ernährung“ führten dazu, dass

107 BArch, R 3001/25103, Niederschrift über die Besichtigung der Vollzugsanstalten in den der Zivilverwaltung unterstellten Westgebieten vom 21. bis 27. Februar 1941, S. 1 ff.

108 Inventaire général, ADAP (Hrsg.), Patrimoine minier d'Alsace. Le bassin potassique haut-rhinois, Lyon 2004, S. 28.

109 Wachsmann, *Hitler's Prisons*, S. 284 ff., 306 ff.

110 LAB, B Rep. 025-01, Nr. 11/13 WGA 842/57 (Heckendorf, Franz), Bl. 92 ff., Franz Heckendorf an Hilda Kosmack, 23. April 1944.

111 BLF/LEA, BEG 1986712.8 (Heckendorf, Franz), Bd. 3b, Bl. 12, Franz Heckendorf: Eidesstattliche Erklärung, 20. Juni 1949, S. 3.

Heckendorf, wie sein Mithäftling Josef Lebens beobachtete, „von Tag zu Tag kränker wurde“.¹¹² Heckendorf hatte Glück, dass er schließlich doch in die Krankenstation des Zuchthauses eingewiesen wurde. Dort kümmerte sich eine Pflegerin um ihn, von der er später nur als vom „Engel von Ensisheim“ sprach. Sie konnte schließlich bewirken, dass Heckendorf beauftragt wurde, die Zuchthauskirche zu renovieren und dort Wandmalereien anzubringen, wobei er nur unter Aufsicht des Anstalts-pfarrers stand und sogar Zugang zum Anstaltsgarten hatte.¹¹³

Im Herbst 1944 veranlasste der Vormarsch der alliierten Armeen in Frankreich die Justizverwaltung, die meisten reichsdeutschen Häftlinge aus dem Elsass ins Altreich verlegen zu lassen. Franz Heckendorf, Josef Lebens, Otto Altenburger und Wilhelm Martin wurden am 17. September 1944 zunächst in das Zuchthaus Ludwigsburg gebracht, aus dem Lebens und Altenburger dann in Außenstellen und später in andere süddeutsche Zuchthäuser verlegt wurden.¹¹⁴ Heckendorf und Martin dagegen wurden mit einem Transport von insgesamt 35 Häftlingen in das auf einem Bergrücken bei Vaihingen/Enz gelegene Arbeitshaus Kaltenstein verlegt, wo der Transport am 21. September 1944 eintraf.¹¹⁵ Von hier wurde Wilhelm Martin aber bereits am 30. November 1944 in das Zuchthaus St. Georgen-Bayreuth überstellt, während Heckendorf im Arbeitshaus Kaltenstein blieb.

Das 1843 als „Polizeiliche Beschäftigungsanstalt“ gegründete Arbeitshaus hatte der Wegsperrung gesellschaftlicher Außenseiter gedient. Nachdem die Zahl der Eingewiesenen ab 1933 sprunghaft zugenommen hatte, war sie seit 1938 kontinuierlich zurückgegangen, denn nun wurden „Asoziale“ in die Konzentrationslager verschleppt. Ab 1942 wurden in das Arbeitshaus zunehmend Strafgefangene und Sicherungsverwahrte eingewiesen, ab dem Sommer 1944 in so großer Zahl, dass selbst die für Kriegsverhältnisse berechnete Maximalbelegung von 515 Insassen

112 Ebenda, Bd. 2, Bl. 10, Josef Lebens: Eidesstattliche Erklärung, 20. Juni 1955, S. 2.

113 Telefonische Auskunft Hans-Martin Kirchner an den Verf., Oktober 2008.

114 Staatsarchiv Ludwigsburg (STAL), E 356d II, Bd. 37, Nrn. 697/44 (Altenburger, Otto) und 754 (Lebens, Josef), Index der Zuchthausgefangenen, Gefängnisgefangenen und Sicherungsverwahrten Ludwigsburg. Für die Mitteilung der Angaben aus den Gefangenenbüchern des Zuchthauses Ludwigsburg und des Arbeitshauses Vaihingen mit Schreiben vom 24. Februar 2005 ist der Verf. Herrn Dr. Norbert Hofmann, Staatsarchiv Ludwigsburg, sehr dankbar.

115 StAL, E 188b, Bd. 3, Nr. 439 (Martin, Wilhelm) und Nr. 449 (Heckendorf, Franz), Gefangenenbuch Vaihingen bis Ende November 1944.

überschritten wurde und sich Ende 1944 etwa 600 Häftlinge in der Anstalt befanden. Obwohl diese dem Arbeitshaus als „beschränkt arbeitsfähig“ zugewiesen worden waren und in der Herstellung von Körben, Bastschuhen und -taschen sowie Elektrokleinteilen eingesetzt werden sollten, waren viele der Häftlinge tatsächlich vollkommen arbeitsunfähig oder schwerkrank.¹¹⁶ Bei der absolut unzureichenden Ernährung führte das zu einem extremen Anstieg der Sterblichkeit, sodass im Jahre 1944 mindestens 103 und in den ersten drei Monaten des Jahres 1945 noch einmal 68 Häftlinge starben.¹¹⁷ Dazu trugen auch die immer brutaleren Misshandlungen durch das Wachpersonal bei, bei denen sich Oberwachtmeister Böcherer besonders hervortat.¹¹⁸ Ausgerechnet diesem unterstand die Abteilung im Obergeschoss des Zellenbaus auf dem Kaltenstein, in dessen Zelle Nr. 11 Franz Heckendorf eingewiesen worden war.¹¹⁹

Anfang März 1945 wies der Stuttgarter Generalstaatsanwalt den Leiter des Arbeitshauses an, wenn sich die alliierten Streitkräfte näherten, die als besonders gefährlich erachteten Häftlinge zu ermorden. Der Leiter erstellte daraufhin eine Liste mit den Namen von mindestens 105 Häftlingen. Nachdem er zunächst geplant hatte, diese mit vergifteter Wurst umzubringen, wollte er sie nun von der Vaihinger Gendarmerie „umlegen“ lassen, was nur an der Weigerung des Gendarmeriekreisführers scheiterte, der darauf beharrte, dass ein Generalstaatsanwalt kein Gericht sei und keine Erschießungsbefehle erteilen könne.¹²⁰ Am 4. April 1945, vier Tage vor der Einnahme Vaihingens durch französische Truppen, wurden mindestens 290 Häftlinge in Richtung Ulm in Marsch gesetzt. Von ihnen sollen auf dem Weg 22 als marschunfähig und einer als tot zurückgelassen sowie zwei auf der Flucht erschossen worden sein. Die mindestens 265 Überlebenden trafen am 11. April 1945 im Gefängnis Ulm, einer ehemaligen, 1900 errichteten Militärarrestanstalt, ein, wo sie

116 Landgericht Heilbronn: Urteil Ks 4/52 vom 7. Dezember 1953, Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, Bd. XII, S. 110 ff., hier S. 116.

117 Friedrich K. Grieb/Ernst A. Schmidt, Das Württembergische Arbeitshaus für Männer in Vaihingen. Ein Vorbericht, in: Schriftenreihe der Stadt Vaihingen (1985) 4, S. 89–112, hier S. 111, Anm. 53.

118 Landgericht Heilbronn, in: Justiz und NS-Verbrechen, S. 118, 122 f.

119 StAL, E 188b, Bd. 7, Nr. 475/44 (Heckendorf, Franz), Verzeichnis der Zuchthausgefangenen und Eingewiesenen Vaihingen.

120 Landgericht Heilbronn, in: Justiz und NS-Verbrechen, S. 154 f.

aber nicht mehr registriert wurden.¹²¹ Franz Heckendorf dürfte zu dieser Marschkolonie gehört haben, da er im Ulmer Gefängnis bereits am 13. April 1945 Mit-häftlinge porträtierte.¹²² Wahrscheinlich wurden die Häftlinge aus Vaihingen oder zumindest ein Teil von ihnen in Ulm der Gestapo übergeben, die zumindest Franz Heckendorf noch Ende April 1945 in das KZ Mauthausen verschleppte. Dort wurde Heckendorf im Chaos der letzten Kriegstage anscheinend nicht mehr als Zugang registriert, will aber den roten Winkel eines politischen „Schutzhäftlings“ getragen haben.¹²³ Im KZ Mauthausen war am 8. Januar 1943 Heckendorfs Bruder Walter als an das Reichssicherheitshauptamt ausgelieferter „Sicherungsverwahrter“ ums Leben gekommen.¹²⁴ Und in das KZ Mauthausen war nach der Evakuierung von Auschwitz am 25. Januar 1945 auch Werner Bab gelangt, bevor er in das Außenlager Melk und von dort ins Außenlager Ebensee verlegt wurde.¹²⁵ Dort wurde Bab Anfang Mai 1945 ebenso von US-Truppen befreit wie Heckendorf im Hauptlager Mauthausen.

Damit hatte Franz Heckendorf nur mit viel Glück den Vollzug des vom Sondergericht Freiburg gegen ihn verhängten Urteils wegen „Judenschmuggels“ überlebt, nachdem die Todesstrafe aus dem gerichtlich verhängten Urteil gewissermaßen in dessen Vollstreckung verlagert worden war. Das war geschehen, weil das NS-Regime die Fiktion der Homogenität der auf der Grundlage eines ethnischen Rassismus definierten „Volksgemeinschaft“ hatte aufrechterhalten wollen, während gleichzeitig im Zuge der Radikalisierung des Regimes von einer sozialrassistisch begründeten Ausgrenzung und „Ausmerze“ potenziell immer größere Teile dieser „Volksgemeinschaft“ bedroht wurden. Bemerkenswert ist schließlich, dass in dem geschilderten Fall diese nur scheinbar widersprüchlichen Aspekte des nationalsozialistischen Rassismus ohne nennenswerte Eingriffe des primär zu-

121 Grieb/Schmidt, *Arbeitshaus*, S. 112.

122 Acht zwischen 13. und 20. 4. 1945 datierte, mit Bleistift auf winzigen Zetteln gezeichnete Porträts von Mithäftlingen in Ulm befinden sich im NL Franz Heckendorf, Privatbesitz.

123 BLF/LEA, BEG 1986712.8 (Heckendorf, Franz), Bd. 3b, Bl. 11, Franz Heckendorf: Eidesstattliche Erklärung, 20. Juni 1949, S. 1.

124 Archiv der Gedenkstätte KZ Mauthausen, Konzentrationslager Mauthausen/Kommandantur: Todesfallaufnahmen, 24. Februar 1943, S. 7, Nr. 624.

125 LABO/EB, Reg. Nr. 2294 (Bab, Werner), Bd. 2, Bl. C5, ITS Arolsen: Inhaftierungs- und Aufenthaltsbescheinigung Werner Bab, 16. September 1958.

ständigen Reichssicherheitshauptamtes von der Justiz in eigener Verantwortung austariert wurden.

Nach seiner Befreiung aus dem KZ Mauthausen veranstaltete Franz Heckendorf in Wien und Salzburg Malkurse für amerikanische Offiziere und deren Frauen und bezeichnete sich etwas hochtrabend als „Professor an den Kunstakademien Wien und Salzburg“. Eine im Frühjahr 1946 von Heckendorf vorbereitete Ausstellung seiner in der Haft entstandenen Arbeiten in der Schweiz kam nicht zustande. Auch nachdem Heckendorf 1949 nach München übersiedelt war, blieben seine Versuche, künstlerisch an seine Erfolge der frühen zwanziger Jahre anzuknüpfen, schon deswegen vergeblich, weil er im Gegensatz zu der in Deutschland nachgeholten Konjunktur abstrakter Malerei einer gegenständlichen Darstellung verpflichtet blieb.¹²⁶ Seiner Anerkennung als Retter von Juden stand die Tatsache im Wege, dass das Sondergericht Freiburg i. Br. ihm „Gewinnsucht“ als einziges Motiv bescheinigt hatte, weil er sich von einigen der von ihm Geretteten für seine Risiken hatte honorieren lassen. Ende der fünfziger Jahre erzählte Heckendorf seine Version der Geschichte dem Schriftsteller Erich Maria Remarque, mit dem er seit Jahrzehnten befreundet war.¹²⁷ Doch Remarque konnte seinen Plan, Heckendorfs Fluchhilfe für Juden und deren Folgen zum Stoff eines Romans zu machen, nicht mehr verwirklichen, da Heckendorf am 17. August 1962 in München starb.

Während die Münchner Zeitungen Heckendorfs Tod nur als lokale Nachricht meldeten, widmete ihm der Berliner „Tagespiegel“ einen ausführlicheren Nachruf.¹²⁸ Anschließend geriet Heckendorf sowohl als bedeutender Berliner Künstler der Weimarer Republik wie auch als Judenretter für Jahrzehnte weitgehend in Vergessenheit.¹²⁹ Auf der Grundlage der in den letzten Jahren am Zentrum für

126 Franz Heckendorf an den künstlerischen Nachwuchs, in: Weltkunst, die Zeitschrift für Kunst und Antiquitäten, vom 15. 9. 1962, S. 7.

127 Remarque will Roman über Prof. Heckendorf schreiben, in: 8-Uhr-Blatt, München vom 8. 11. 1958.

128 Irmgard Wirth, Ekstase in der Verwandlung – Zum Tode von Franz Heckendorf, in: Der Tagesspiegel, 22. 8. 1962.

129 Die auf eine zeitgenössische Zeitungsnote gestützte Erwähnung des Sondergerichtsurteils gegen Heckendorf durch Heinz David Leuner (When Compassion was a Crime. Germany's Silent Heroes, 1933-45, London 1966, S. 69, dt.: Als Mitleid ein Verbrechen war. Deutschlands stille Helden 1939-1945, Wiesbaden 1967, S. 90 f.) blieb eine Ausnahme und führte über Jahrzehnte zu keiner intensiveren Beschäftigung mit der Fluchhilfe Heckendorfs für Berliner Juden. Ähnlich verlief Heckendorfs Rezeption als Künstler. Nachdem Mitte der

Antisemitismusforschung durchgeführten Forschungen plant jetzt die Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum zum 125. Geburtstag Franz Heckendorfs am 5. November 2013, mit einer Ausstellung an den vom NS-Regime als „entartet“ verfemten und wegen seiner Fluchthilfe für Juden zur „Vernichtung durch Arbeit“ bestimmten Berliner Maler und Judenretter zu erinnern.

1980er-Jahre zwei private Galerien in Frankfurt am Main und Berlin mit kleinen Verkaufsausstellungen an sein Werk erinnert hatten, bedurfte es der Initiative der Nachkommen, damit in einer Gemeinschaftsausstellung Arbeiten Heckendorfs und seiner Freunde Wilhelm Kohlhoff und Bruno Krauskopf vor allem aus Familienbesitz gezeigt werden konnten, bevor um die Jahrtausendwende in einer Münchner Privatgalerie Heckendorf als einer von 33 Künstlern der „Inneren Emigration“ porträtiert wurde (Kunstfreunde Bergstraße e. V., *Symphonie der Farbe*. Ausstellung – Franz Heckendorf, Wilhelm Kohlhoff, Bruno Krauskopf –, Darmstadt 1991; Galerie Bernd Dürr, München: „Verfemt! Verboten! Vergessen?“. Die Emigranten E. Bechteler, C. Rabus und Leo Putz und Werke von 33 Künstlern der „Inneren Emigration“, Ausstellung vom 3. 12. 1999–3. 3. 2002). Über diese kleinen Ausstellungen hinaus hat es außer der Präsentation einzelner Werke in Sammel- und Überblicksausstellungen bis heute weder eine große Werkschau noch einzelnen Phasen seines Schaffens gewidmete Ausstellungen gegeben, und auch ein Werkverzeichnis ist bis heute ein Desiderat geblieben.

Das „Haus des Terrors“ in Budapest: Spiegelbild der nationalen Geschichtsdeutung?

Das „Haus des Terrors“ gilt in Ungarn als der nationale, museale Erinnerungsort par excellence. Es wird als Museum, Gedenkstätte oder gar Mahnmal bezeichnet („eine Statue in Form eines Hauses“¹) und symbolisiert die staatliche Gedenkform an die „Opfer zweier Terrorsysteme“: Faschismus und Kommunismus. Als das Gemeinsame der zwei Systeme werden die „fremde Okkupation und Repression“ hervorgehoben, zunächst die deutsche, dann die sowjetische. Der Faschismus aber wird auf die Zeitspanne nach der Einsetzung des Szálasi-Regimes im Oktober 1944 reduziert. Zwei wichtige Phasen werden damit ausgeklammert: Die Horthy-Ära ab den 1920er-Jahren und die Besetzung Ungarns im März 1944, in deren Folge eine Kollaborationsregierung eingesetzt und die Deportation der ungarischen Juden durchgeführt wurden. Welches Interesse wird an dieser zeitlichen Einschränkung, der Wahl des Museumsortes sowie der Ausstellungskonzeption sichtbar?

Der Beitrag orientiert sich an folgenden Leitfragen: Welche Erinnerungsphasen lassen sich ab 1945 in Ungarn erkennen und welche geschichtlichen Narrative dominieren in der jeweiligen Periode? Wer sind dessen Träger und Akteure? Welche Faktoren beeinflussen die Auseinandersetzung mit dem Holocaust in Ungarn und wie stark ist die politische Instrumentalisierung der geschichtlichen Ereignisse?

Historischer Rückblick

Die Deportation der ungarischen Juden² erfolgte nach der deutschen Besetzung Ungarns unter Beteiligung des ungarischen Staates samt seiner wirtschaftlichen,

1 Krisztián Ungváry, *Belastete Orte der Erinnerung*, in: APuZ 29–30 (2009), S. 26–32.

2 Siehe hierzu das Standardwerk von Randolph L. Braham, *The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary*, Bd. 1–2, New York 1981; Zum Forschungsstand Randolph L. Braham,

politischen und administrativen Führung. Doch bereits im Vorfeld hatte die ungarische Regierung Maßnahmen zur Entrechtung und Verfolgung der Juden eingeleitet: 1938 beschränkte das erste antijüdische Gesetz den Beschäftigungsanteil der jüdischen Bevölkerung im Presse- und Theaterbereich, im Rechtswesen und in der Medizin auf maximal 20 %. Damit waren 50 000 Personen vom Berufsleben ausgeschlossen. Das 1939 erlassene zweite Gesetz basierte auf einer rassistischen Definition von „Jude“, die auch 62 000 zum Christentum Konvertierte einbezog. Die Bestimmungen enthielten das Verbot, durch Einbürgerung oder Heirat die ungarische Staatsbürgerschaft zu erlangen, und schränkten die gesellschaftlichen und politischen Rechte von Juden ein. 1941 erfassten die Behörden³ alle staatenlosen Juden und leiteten die Ausweisung von 23 600 Juden in die Ukraine ein. Im August 1941 ist der Großteil der Deportierten bei Kamenez-Podolsk (Körösmező) von SS-Einheiten, ungarischen Soldaten und der ungarischen Miliz grausam ermordet worden. In den Jahren 1941/42 zog der ungarische Staat Zehntausende jüdische Männer zum militärischen Arbeitsdienst (*munkaszolgálat*) ein: Sie begleiteten die regulären Militäreinheiten bis an die Front und mussten Militärdienst ohne Waffen leisten. Viele wurden 1943/44 in die Ukraine und nach Serbien verschleppt. Nur wenige überlebten diese Einsätze. 1942 beschloss ein Gesetz die Enteignung jüdischen Land- und Pachtbesitzes.

Die jüdische Bevölkerung wurde bis März 1944 zwar gedemütigt und teilweise entrechtet, doch die ungarische Regierung weigerte sich, im Sinne der von den Nationalsozialisten geforderten „Endlösung“ vorzugehen.⁴ Erst nachdem Ungarn am 19. März 1944 von deutschen Truppen besetzt und die Kollaborationsregierung unter Döme Sztójay eingesetzt worden war, begannen die Vorbereitungen zur Deportation ungarischer Juden nach Auschwitz. Unter der Führung von Eichmanns „Sondereinsatzkommando“⁵ leiteten die ungarische Polizei,

The Hungarian Jewish Catastrophe. A Selected and Annotated Bibliography, New York 1984; Randolph L. Braham (Hrsg.), The Tragedy of Hungarian Jews. Essays, Documents, Depositions, New York 1986.

- 3 Kontrollbehörde für fremde Staatsbürger (KEOKH).
- 4 Regierung unter Miklós Kállay (9. 3. 1942–19. 3. 1944).
- 5 Christian Gerlach/Götz Aly, Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden, Stuttgart/München 2002: Das „Sondereinsatzkommando des SS-Obersturmbannführers Eichmann“ war „ausschließlich für die technische Durchführung der Judentransporte zuständig“ (S. 128).

Gendarmerie und Verwaltung die Errichtung von Sammellagern ein und führten die Enteignung, Ausplünderung und den Abtransport durch. Innerhalb von zwei Monaten, vom 15. Mai bis 9. Juli 1944, wurden 435 000 Juden, die überwiegend aus den ländlichen Regionen stammten, nach Auschwitz deportiert. Der Großteil von ihnen ist unmittelbar nach der Ankunft in Auschwitz als nicht arbeitsfähig selektiert und in den Gaskammern ermordet worden. Etwa 110 000 Menschen wurden zur Zwangsarbeit in verschiedene Außen- und Nebenlager verschickt. Anfang Juli 1944 – als bereits der Großteil der Juden aus den ungarischen Provinzen deportiert worden war – verfügte Reichsverweser Miklós Horthy die Einstellung der Deportationen.

Am 15. Oktober 1944 setzten die Nationalsozialisten Ferenc Szálasi, den Führer der faschistischen Pfeilkreuzler-Partei, als Regierungschef ein. Anschließend fanden in Budapest zahlreiche antijüdische Aktionen statt, denen Zehntausende Menschen zum Opfer fielen. Im Herbst 1944 veranlassten die ungarischen Behörden die Deportation von 50 000 Budapester Juden, die größtenteils zu Fuß in Richtung österreichische Grenze erfolgte.⁶ Im November 1944 wurden zwei Ghettos errichtet. Internationale Interventionen ermöglichten das Überleben der dort festgehaltenen Juden.⁷ 1941 lebten in Ungarn 825 000 Juden, den Holocaust überlebten nur 260 000.

Erinnerungsphasen seit 1945

Die ersten Jahre nach 1945 waren für die wissenschaftliche Forschung äußerst schwierig. 1948 verwies István Bibó auf die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit dem Holocaust in Ungarn.⁸ In seinem Artikel „Unsere Verantwor-

6 Nach dem 20. November 1944 erfolgten die Deportationen per Bahn. Siehe hierzu Szabolcs Szita, Todesmärsche ungarischer Juden, in: Brigitte Mihok (Hrsg.), Ungarn und der Holocaust. Kollaboration, Rettung und Trauma, Berlin 2004, S. 115–128.

7 Weitere Zehntausende Juden konnten in Budapest versteckt mit gefälschten Papieren sowie durch Unterbringung in Gebäuden, die unter diplomatischer Immunität standen, überleben.

8 István Bibó, Zsidókérdés Magyarországon 1944 után [Die Judenfrage in Ungarn nach 1944], in: Válasz (1948) 10–11, S. 778–877. Deutsche Ausgabe: István Bibó, Zur Judenfrage. Am Beispiel Ungarns nach 1944, Frankfurt a. M. 1990.

„tung dafür, was geschehen ist“ analysierte er die spürbaren gesellschaftlichen Abwehrmechanismen gegen das „Gefühl der Schuld und Mitverantwortung“ für den ungarischen Holocaust – Mechanismen, die bis heute aufrechterhalten werden.

Ab 1948 war das Thema *ad acta* gelegt. Was die Überlebenden zu berichten und wie sich die Geschehnisse ereignet hatten, rückte in den Hintergrund. Der Blick nach vorne und der Aufbau des Kommunismus wurden richtungsweisend und leiteten die Phase des Schweigens und Verdrängens ein, die von 1948 bis 1984 dauerte. Die offizielle Geschichtsschreibung lagerte den Faschismus und die Verantwortung für den Holocaust aus, weil sie nicht in das nationale Geschichtskonzept passten, und rückte den „antifaschistischen Kampf“ in den Vordergrund: Während die deutschen Besatzer für den Holocaust und das faschistische Regime der Pfeilkreuzler verantwortlich waren, kam der ungarischen Bevölkerung die tragende Rolle im „antifaschistischen Kampf“ zu. Weder die Memoirenliteratur noch die in den 1950er- und 1960er-Jahren publizierten Dokumentensammlungen konnten eine Breitenwirkung erlangen.⁹ Lediglich kleine gesellschaftliche Kreise nahmen diese wahr.¹⁰

Die Veranstaltungen zum 40. Jahrestag des Holocaust 1984 leiteten eine intensivere wissenschaftliche und essayistische Auseinandersetzung mit dem Antise-

9 Jenő Lévai, *Szürke könyv* [Das graue Buch], Budapest 1946; Jenő Lévai, *Fekete könyv a magyar zsidóság szenvedéseiről* [Schwarzbuch über die Leiden der ungarischen Juden], Budapest 1946; Jenő Lévai, *Zsidósors Magyarországon* [Jüdisches Schicksal in Ungarn], Budapest 1948; Ernő Munkácsi, *Hogyan történt? Adatok és okmányok a Magyar zsidóság tragédiájához* [Wie ist es geschehen? Tatsachen und Dokumente über die Tragödie der ungarischen Juden], Budapest 1947; Recherchen in den ungarischen Archiven fanden Ende der 1950er-Jahre statt. Eine der wichtigen Dokumentensammlungen wurde von Ilona Benoschofsky und Elek Karsai in drei Bänden (1958, 1960, 1967) unter dem Titel „Vádirat a náciizmus ellen“ [Anklageschrift gegen den Nazismus] veröffentlicht; György Ránki, *Emlékiratok és valóság Magyarországi világháborús szerepéről* [Memoiren und Wirklichkeit über die Rolle Ungarns im Zweiten Weltkrieg], Budapest 1964; Miklós Szinai/László Szűcs (Hrsg.), *Horthy Miklós titkos iratai* [Geheimpapiere von Miklós Horthy], Budapest 1966; György Ránki et al. (Hrsg.), *A Wilhelmstrasse és Magyarország. Német diplomáciai iratok Magyarországról 1933–1944* [Die Wilhelmstraße und Ungarn. Deutsche diplomatische Akten aus Ungarn 1933–1944], Budapest 1968.

10 Krisztián Ungváry zufolge durften z. B. manche Werke von Elek Karsai nicht im Buchhandel verkauft werden.

mitismus in Ungarn ein.¹¹ Diese Entwicklung war größtenteils einer sich etablierenden ausländischen Stiftungsförderung zu verdanken, wie z. B. der Soros-Stiftung. Infolge dieser Liberalisierung und internationalen Orientierung ist 1987 das Zentrum für Jüdische Studien an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften errichtet worden; Imre Vargás „Neues Wallenberg-Denkmal“ wurde eingeweiht; ab 1988 erschien die jüdische Kulturzeitschrift *Múlt és Jövő* (Vergangenheit und Zukunft) wieder, und im gleichen Jahr wurde die ungarische Übersetzung des 1981 in den USA verfassten Standardwerks zum ungarischen Holocaust von Randolph L. Braham veröffentlicht.¹² Die offizielle Geschichtsdeutung der ausgelagerten Verantwortung für den Holocaust blieb jedoch bestehen.

Der gesellschaftliche und politische Wandel 1989/90 war von der Freisetzung der Erinnerungen begleitet. In diesem Prozess gerieten Selbstbilder und nationale Mythen in Bewegung, historische Ereignisse wurden erneut umgedeutet. Die Auslegung der faschistischen Vergangenheit veränderte sich indes nur in einer Hinsicht: Die externalisierende Version des Faschismus und der Verantwortung für den Holocaust blieb aufrechterhalten. Da aber der Kommunismus – und damit der „antifaschistische Kampf“ – auch als eine von „außen“, von „Fremden“ auferlegte Epoche interpretiert wurde, musste sie ersetzt werden. Nun war ein Zeitabschnitt gefragt, der die nationale Einheit und Unabhängigkeit Ungarns akzentuiert: Die politischen Akteure wiesen den 1920er- und 1930er-Jahren eine sinnstiftende Bedeutung zu. Dadurch erfuhr die offizielle, nationale Entlastungshistoriografie eine Stärkung und trug zur Mystifizierung der Zwischenkriegszeit sowie der Horthy-Ära (1920–1944) bei: In diesem revidierten Geschichtsbild aber gab es keinen Platz für Verbrechen, Mitverantwortung oder gar Kollaboration.¹³ Dies ist die Ursache dafür, dass die politischen Akteure den Holocaust weiter auslagern und nicht in die Geschichtsdeutung integrieren. Zugeständnisse würden ihr nationales Konzept ins Wanken bringen.

Parallel zur offiziellen Historikerkunft entwickelte sich seit Anfang der 1990er-Jahre eine rege wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Holocaust-

11 Hanák Péter (Hrsg.), *Zsidókérdés, asszimiláció, antiszemitizmus* [Judenfrage, Assimilation, Antisemitismus], Budapest 1984; Venetianer Lajos, *A magyar zsidóság története* [Die Geschichte der Juden in Ungarn], Budapest 1986.

12 Braham, *The Politics of Genocide*.

13 Vgl. hierzu Péter Niedermüller, *A nacionalizmus kulturális logikája a posztsozializmusban* [Die kulturelle Logik des Nationalismus im Postsozialismus], <http://www.c3.hu/scripta/szazadveg/16/niedermu.htm>; zuletzt eingesehen am 23. 7. 2010.

Thematik.¹⁴ In Fachzeitschriften erschienen Beiträge, die sich dem Opfer-Täter-Diskurs widmeten, die kritische Untersuchungen des Holocaust im Hinblick auf die Verantwortung des damaligen ungarischen Staates unternahmen und einen Paradigmenwechsel einleiteten. Die Möglichkeit, die historischen Ereignisse und politischen Verantwortlichkeiten offen zu benennen und zu erörtern bot sich 1994 auf einer Konferenz in Budapest, die anlässlich des 50. Jahrestages der Deportationen stattfand. Eine weitere Konferenz folgte zum 60. Jahrestag 2004 und bekräftigte diese Forschungsrichtung. So gibt es neben der etablierten Entlastungshistoriografie quasi eine Holocausthistoriografie, die überwiegend von einer jüngeren Forschergeneration geprägt wird. Diese beiden Geschichtskonzepte finden ihren Niederschlag in einer divergierenden musealen Erinnerungsarbeit: Die erste im „Haus des Terrors“ seit 2002, die zweite im „Holocaust-Gedenkzentrum“ seit 2004.

Öffentliche Erinnerungs- und Gedenkformen

Politische Akteure geben vor, woran sich die Nation erinnern und was sie außer Acht lassen soll. In diesem Sinne wird unter Geschichtspolitik der „strategische Umgang mit der Vergangenheit“ verstanden – wobei in Ungarn in Bezug auf den Holocaust durchgängig eine staatliche offizielle Geschichtsdeutung herrscht: Die Auslagerung der Verantwortung und Schuld. Dies wird deutlich in der Bezeichnung „Tragödie von 1944“,¹⁵ die ein historischer Code ist und allein die deutsche Besetzung Ungarns impliziert: Auf diese Weise wird der Holocaust nicht als Teil

- 14 László Karsai/Judit Molnár (Hrsg.), *Az Endre-Baky-Jaross per* [Der Endre-Baky-Jaross-Prozess], Budapest 1994; Judit Molnár, *Zsidósors 1944-ben az V. (szegedi) csendőrkörületben* [Das Schicksal der Juden im V. Gendarmeriedistrikt (Szeged)], Budapest 1995; Szabolcs Szita, Halálérőd. A munkaszolgálat és a hadimunka történetéhez 1944–1945 [Todesfestung. Zur Geschichte des militärischen Arbeitsdienstes und der Kriegsarbeit], Budapest 1989; Krisztián Ungváry, Budapest ostroma [Die Belagerung von Budapest], Budapest 1983; Gábor Kádár/Zoltán Vági, *Self-financing Genocide. The Golden Train, the Becher Case and the Wealth of the Hungarian Jews*, Budapest/New York 2004; vgl. Beiträge in: *Holocaust Füzetek* [Holocaust-Hefte], *História* [Historie], „Beszélő“, „Élet és Irodalom“.
- 15 Im Jahr 2004 erhielt die Jahresausstellung im „Haus des Terrors“ den Titel „Die ungarische Tragödie 1944“; Ministerpräsident Péter Medgyessy nannte die „Ereignisse“ von 1944 eine „nationale Schicksalstragödie“, www.miniszterelnok.hu/index.php?hir=977; zuletzt eingesehen am 23. 7. 2010.

der ungarischen Geschichte aufgefasst, sondern als tragisches Schicksal der Juden und als Folge der Ereignisse, die ohne Zutun der ungarischen Nation geschahen. Denn für die ungarische Nation beschreibt das Wort „Tragödie“ nur den nationalen Verlust und die eigene Opferrolle im Laufe der Geschichte:

- So bedeutet die „Tragödie von Trianon“ oder das „Trianon-Trauma“ den nationalen und territorialen Verlust von 1920. Welche Bedeutung diesem Ereignis noch heute zukommt, zeigt sich in der Bestrebung der neuen ungarischen Regierung (unter Viktor Orbán, seit Mai 2010), „den 4. Juni gesetzlich zum Tag der nationalen Einheit“ zu erklären.¹⁶ An diesem Tag im Jahre 1920 unterzeichnete die ungarische Delegation den Friedensvertrag von Trianon, in dessen Folge Ungarn zwei Drittel seines Territoriums und ein Drittel seiner Bevölkerung an die neu geschaffenen Nachbarstaaten verlor.
- Die „Tragödie von 1944“ beinhaltet den Verlust der Unabhängigkeit durch die deutsche Besetzung.
- Die „Tragödie 1945“ bezeichnet den nationalen Verlust durch die sowjetische Besetzung.

Die „Tragödie“ als verinnerlichter Code beruht einzig auf dem Opfermythos der ungarischen Nation und schließt (nichtjüdisches) nicht-ungarisches Leid aus. Als Repräsentant dieser Geschichtsauffassung gilt zweifelsohne das „Haus des Terrors“ in Budapest. Hier wird sowohl die Horthy-Ära (1920–1944) als auch die Kollaborationszeit von März bis Oktober 1944 ausgeklammert. Die Darstellung des „Faschismus“ bezieht sich lediglich auf das dreimonatige Pfeilkreuzler-Regime von Oktober 1944 bis Januar 1945.

Das „Haus des Terrors“ – Initiative und Gründung

Die Voraussetzungen dafür, ein „Haus des Terrors“ zu begründen, schuf die konservativ-liberale Regierung unter Viktor Orbán, die im Jahr 2000 eine Stiftung initiierte und das Museumsgebäude kaufte. Mit der Leitung und historischen Konzeption wurde die Historikerin Mária Schmidt betraut, die sowohl Direktorin des

16 Cyrill Stieger, Orbans Spiel mit dem Feuer, in: Neue Zürcher Zeitung, 29./30. 5. 2010; Jochen Bittner/Alice Bota, Ungarn überall, in: Die Zeit, 27. 5. 2010, S. 11.

„Instituts für das 20. Jahrhundert“ als auch Beraterin des damaligen Ministerpräsidenten Viktor Orbán war, der seit April 2010 erneut an der Spitze der Regierung steht. Die Eröffnung fand am 24. Februar 2002 statt, einen Tag vor dem ungarischen „Gedenktag für die Opfer der kommunistischen Diktatur“.¹⁷ Zur Eröffnungszereemonie versammelten sich vor dem Gebäude 100 000 Menschen mit Kerzen und ungarischen Nationalflaggen. In seiner Eröffnungsrede erinnerte Ministerpräsident Orbán daran, dass „beide Diktaturen“ in Ungarn „mithilfe fremder Armeen errichtet“ wurden.¹⁸ Betrachtet man den bis heute anhaltenden Besucheransturm, so ist dieses Haus seit 2002 zum „Wallfahrtsort“¹⁹ der Nation geworden, der die Besucher in eine doppelte Opferrolle versetzt und von jeglicher Verantwortung entlastet.

Für die Wirkmächtigkeit spielt die Standortfrage – ein zentraler, für die Öffentlichkeit wahrnehmbarer Ort –, die Symbolik – ein Gebäude im historischen Kontext – und die künstlerische Gestaltung der Ausstellungsräume eine besondere Rolle. Das „Haus des Terrors“ befindet sich in der Andrassy út 60, einem Boulevard, der das Pester Zentrum mit dem Heldenplatz verbindet. Das 1880 erbaute Wohnhaus gehörte der Familie des jüdischen Malers Izsák Perlmutter, bevor einige Räume 1937 in den Besitz der Pfeilkreuzler-Partei übergingen. Von Oktober 1944 bis Januar 1945 dienten die Kellerräume als Gefängnis und Folterkammer der Pfeilkreuzler. Im Frühjahr 1945 war im Gebäude zunächst die Kommandozentrale der kommunistischen politischen Polizei (AVO) untergebracht, danach die der ungarischen Staatssicherheit (AVH). Ab 1952 befanden sich hier Büroräume verschiedener Außenhandelsunternehmen. Es handelt sich also um ein historisches Gebäude, das nun eine symbolträchtige Außengestaltung erhielt: Ein schwarzes Passepartout hebt das Bauwerk von den Nachbargebäuden ab, wodurch die Aufmerksamkeit der Passanten auf das Museum gelenkt wird. Dieser Effekt entsteht durch die Verlängerung des Dachsimse, in das ein Pfeilkreuz (Faschismus), ein fünfzackiger Stern (Kommunismus) und das Wort „Terror“ eingestanzt sind. Bei senkrecht einfallendem Sonnenlicht werden diese Symbole auf die Hausfassade wie auch auf den schwarz gestrichenen Gehsteig projiziert.

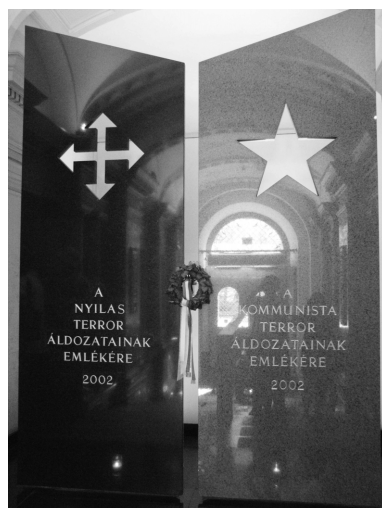
17 Dieser Gedenktag wurde im Jahr 2001 eingeführt.

18 Eröffnungsrede vom 24. 2. 2002, www.orbanviktor.hu; zuletzt eingesehen am 23. 7. 2010.

19 Krisztián Ungváry, *Belastete Orte der Erinnerung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29–30 (2009), S. 26–32.



Die Ausstellungsräume erstrecken sich auf einer Fläche von 5000 qm über drei Etagen. Im Eingangsbereich wird der Besucher von zwei riesigen, gleichgroßen und symmetrisch angeordneten Gedenksteinen empfangen, die mit folgender Aufschrift versehen sind: „In Erinnerung an die Opfer des Pfeilkreuzler-Terrors“ bzw. „des kommunistischen Terrors“.



Beide Fotos:
Bernt Müller, 2009

Der Museumsrundgang ist vorgegeben, der Besucher kann nicht abweichen oder gar zurückkehren. Gleich zu Beginn findet er sich vor einem russischen Panzer wieder,²⁰ einem Symbol der Unterdrückung und Bedrohung. Links davon ragt die „Täterwand“, rechts die „Opferwand“ in die Höhe. Was Panzer und Fotoinstallationen miteinander zu tun haben, wer die Opfer und wer die Täter sind, wird nicht erläutert. Es herrscht lediglich eine bedrückende Atmosphäre.



Foto: Bernt Müller, 2009

Die Ausstellungsräume folgen der Chronologie der Ereignisse, wobei schnell das Ungleichgewicht in der Präsentation der beiden Systeme erkennbar wird: Nur die ersten drei der insgesamt 30 Ausstellungsräume widmen sich der Darstellung der Pfeilkreuzler ab Oktober 1944. Ein Zeitabschnitt also, dem die Deportation von über 435 000 ungarischen Juden und einigen Tausend Roma vorausgegangen war. Der historische Kontext der Ghettoisierung, Enteignung und Deportation wird dem Museumsbesucher vorenthalten. Zudem fehlen Informationen zur Anzahl der Opfer des Pfeilkreuzler-Regimes wie auch zu den Tätern.²¹

20 Baujahr 1947.

21 Krisztián Ungváry, *A káosz háza* [Das Haus des Chaos], in: *Magyar Narancs*, 7. 3. 2002, S. 26 f.; Krisztián Ungváry, *A pártmúzeum* [Das Parteimuseum], in: *Magyarország Politikai Évkönyve* [Ungarns Politisches Jahrbuch] (2003) 1, S. 340–358.

Insgesamt wird der Eindruck vermittelt, als wären die Pfeilkreuzler eine Handvoll verführter Handlanger der Nationalsozialisten gewesen, die nur unter deutscher Befehlsgewalt gehandelt hätten. Was aus diesen nach 1945 geworden ist, zeigt eine Videoinstallation: Menschen in Pfeilkreuzler-Uniformen betreten eine Umkleidekabine und zeigen sich dann in kommunistischer Uniform. Womit suggeriert ist, dass der Übergang von einem Regime zum nächsten lediglich eine Frage des Uniformwechsels war: Die NS-Schergen wurden zu Schergen der Kommunisten. Nur die Verwirrten oder Geblendeten folgten dem Ideologiewandel, die Mehrheit der Bevölkerung hatte damit nichts zu tun.

Ohne weiter auf die Ausstellung einzugehen, ist festzuhalten, dass im „Haus des Terrors“ an die Opfer des Faschismus unzureichend erinnert wird. Stattdessen bietet diese staatliche Einrichtung der Mehrheitsbevölkerung einen sinnstiftenden Ort: Einen Ort, der sowohl durch die Gebäudesymbolik als auch die Ausstellungsgestaltung die Botschaft verkündet, dass Gefahren und Terrorregime stets von außen kamen, während die ungarische Bevölkerung immer Opfer unbeeinflussbarer Entwicklungen war. Ihr Leid steht im Mittelpunkt und wird mithilfe multimedialer Technik, martialischer Musik, manipulativer Bildprojektionen und diversen Rauminstallationen bekräftigt. Die mangelnde Einbeziehung der Verfolgung und Vernichtung der ungarischen Juden begründen die Museumsgestalter damit, dass hierfür ein eigenes „Gedenkzentrum“ errichtet worden sei. Dies verweist auf die Trennung der Holocaust-Thematik vom nationalen Gedenken.

Das Holocaust-Gedenkzentrum Budapest

Bei der Eröffnung des „Holocaust-Gedenkzentrums“ am 15. April 2004 betonte der ungarische Staatspräsident Ferenc Mádl, dass „diese Institution nicht nur der Erinnerungsort des Märtyrer-Judentums [ist], sondern unser aller, der gesamten ungarischen Gesellschaft“.²² Der Direktor des Gedenkzentrums²³ sah darin eben-

22 Auszüge aus den Eröffnungsreden siehe auf der Homepage des ungarischen Ministerpräsidenten: www.miniszterelnok.hu/index.php?hir=977 (Text vom 15. 4. 2004, „Köteleségünk emlékezni a holokausztra“); zuletzt eingesehen am 23. 7. 2010.

23 Damals András Darányi, inzwischen ist László Varga neuer wissenschaftlicher Direktor (Ergänzung, August 2006).

falls „nicht eine jüdische, sondern eine nationale öffentliche Institution“.²⁴ Doch wird das Gedenkzentrum diesem Anspruch auch gerecht? Sind Standort des Zentrums und seine Unterbringung in einer restaurierten Synagoge geeignet, als ein kollektiver Erinnerungsort zu fungieren?

Die Bemühungen um die Errichtung gehen auf das Jahr 1990 zurück.²⁵ An den Vorbereitungen waren neben Vertretern der Holocaust-Überlebenden auch die Budapester Jüdische Gemeinde, Vertreter der ungarischen politischen Elite und Wissenschaftler beteiligt. Unter ihnen jene Historiker, die sich – wie erwähnt – zunehmend der Täterforschung widmeten. Die Entscheidung zur Unterbringung des Zentrums in einer ehemaligen Synagoge traf die Jüdische Gemeinde, der ungarische Staat kam für die Renovierungskosten auf. Die feierliche Eröffnung fand in Anwesenheit zahlreicher in- und ausländischer Persönlichkeiten statt.²⁶

Bei der Auswahl des Standorts wurde zunächst die Synagoge in der Rumbach Sebestyén utca in Erwägung gezogen, die das räumlich-historische Umfeld der Ereignisse repräsentiert hätte. Denn in diesem Bezirk befand sich 1941 ein Internierungslager²⁷ und 1944 das ehemalige Pester Ghetto. Zudem hätte sie eine große Ausstellungsfläche geboten, um die historischen Ereignisse von 1920 bis 1945 angemessen zu präsentieren. Letztendlich fiel die Wahl auf die Synagoge in der Páva utca 39, die im Außenbezirk liegt und keinen Bezug zu den Ereignissen der Jahre 1920 bis 1945 hat.

Den Kern des Komplexes bildet die architektonisch umgestaltete Synagoge: Die grau-beigen Kalksteinmauern erinnern an eine mittelalterliche Festung sowie an eine Klagemauer. Das Gedenkzentrum wird von einer meterhohen Hofmauer umgeben, sodass es für Passanten von der Straßenseite aus nicht sichtbar ist. Die Ausstellungsräume befinden sich in den Kellerräumen der Synagoge, sie sind als dunkle, düstere Korridore gestaltet, in denen Informationstafeln mit Filmen, Fotos

24 Pálma Dobozi/Ágnes Dreissinger/Rita V. Nagy, *Holokauszt-emplék hely a viták kereszttüzében* [Der Holocaust-Gedenkort im Kreuzfeuer der Debatten], in: *Magyar Hírlap*, 13. 3. 2004.

25 Vgl. Bericht „Holocaust Múzeum. Mikor nyit, miről szól?“ [Holocaust Museum. Wann eröffnet es, wovon handelt es?], in: *Szombat*, März 2003.

26 Ungarischer Staatspräsident Ferenc Mádl, israelischer Staatspräsidenten Moshe Kacav, ungarischer Ministerpräsident Péter Medgyessy, Árpád Göncz (ehemaliger ungarischer Staatspräsident), Viktor Orbán (ehemaliger ungarischer Ministerpräsident), u. v. m.

27 Hinweis von Krisztián Ungváry.

und Dokumenten ergänzt und belegt werden. Die Dauerausstellung²⁸ thematisiert die Phasen der Verfolgung von der Entrechtung bis zur Deportation und veranschaulicht die Rolle der ungarischen Verwaltung und Gendarmerie. Das Besondere ist, dass neben dem Holocaust an den ungarischen Juden auch die Verfolgung der Roma Beachtung findet: Zur Visualisierung individueller Lebensläufe werden vier jüdische Familien und eine Roma-Familie porträtiert.

Das Gedenkzentrum ist zweifelsohne ein Ort der Information und Wissensvermittlung. Doch sechs Jahre nach der Eröffnung zeigt sich, dass diese Einrichtung nicht als kollektiver Erinnerungsort wahrgenommen wird. Die Lage weit ab vom Stadtzentrum, in einer unbedeutenden Nebenstraße, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur umständlich zu erreichen ist, die Abschirmung durch eine hohe Steinmauer und die Unterbringung der Dokumentation in den Kellerräumen einer Synagoge vermitteln den Eindruck, dass es sich um einen Erinnerungsort der jüdischen Bevölkerung handelt oder um einen Informationsort für all jene, die sich für jüdische Religion oder Geschichte interessieren. Auf internationaler Ebene indes ist das Gedenkzentrum ein anerkannter musealer Erinnerungsort. Dies spiegelt sich auch in der Besucherstruktur wider: Ausländische Touristen bilden mit 40 % – nach den Schülergruppen – die zweitgrößte Besucherkategorie.²⁹ Das Zentrum genießt internationale Beachtung und gilt als ein gelungenes Beispiel der „Holocaust-Education“ in Osteuropa.

Verborgene Gedächtnisorte

In Ungarn finden sich einige Denk- und Mahnmale, die auf lokale Initiativen zurückgehen und vornehmlich von der Jüdischen Gemeinde gestiftet wurden. Da sich diese Denkmale auf jüdischen Friedhöfen oder auf dem Areal der Gemeinden befinden, haben sie eine nur marginale öffentliche Präsenz. Einige dieser verborgenen Gedächtnisorte seien hier zumindest genannt: Auf den beiden Jüdischen Friedhöfen in Budapest (Rákoskeresztúr und Kozma utca) befinden sich das

28 Seit 2006 eröffnet.

29 <http://volksgruppen.orf.at/diversity/stories/74580>; zuletzt eingesehen am 23. 7. 2010.

„Märtyrer-Denkmal für die Arbeitsdienstler“,³⁰ die „Klagemauer für die Opfer des Holocaust“³¹ und das „Grabmal der Opfer des ungarischen Holocaust“. Das Mahnmal für die ungarischen Juden steht im Hof der Großen Synagoge in Budapest, die „Holocaust-Gedenkpyramide“³² befindet sich auf dem Jüdischen Friedhof in Győr.

Fazit

Seit 1984 umfasst das Gedenken zu den runden Jahrestagen der Deportation ungarischer Juden Ausstellungen, Konferenzen und Konzerte, wobei das Zeremonielle gegenüber dem Essenziellen überwiegt: Die offiziellen Gedenkprogramme kommen ohne die Worte „Verantwortung“, „Schuld“ oder „Kollaboration“ aus, da im nationalen Geschichtsbild keine Mittäter existieren und der Holocaust nicht als Teil der ungarischen Geschichte aufgefasst wird. Bislang haben weder das ungarische Parlament noch die Regierung eine Entschuldigung oder moralische Anerkennung ausgesprochen.³³ Seit 2001 gilt der 16. April als „Schulgedenktag für die Opfer des Holocaust“.³⁴ Wie die Schüler diesen Tag begehen, hängt hauptsächlich von der

30 Munkaszolgálatosok Mártír Emlékműve, in Erinnerung an die 196 Arbeitsdienstleistenden, die nach ihrer Rückkehr aus dem Ghetto am 11. Oktober 1944 von den Pfeilkreuzlern ermordet wurden, www.angelfire.com/ia3/study/rakoskeresztmagy.htm; zuletzt eingesehen am 23. 7. 2010.

31 A holokauszt ismert áldozatainak sírfala. Hier sind 2000 Opfer aus dem Ghetto am Klauzál Platz begraben. Siehe auf: www.angelfire.com/ia3/study/rakoskeresztmagy.htm; zuletzt eingesehen am 23. 7. 2010.

32 http://gyorjewish.org/clist/Gyor_Holocaust_Memorial_sm.jpg; zuletzt eingesehen am 23. 7. 2010.

33 Stellungnahme von Prof. Randolph L. Braham, in: Szabadság, 4. 4. 2004, <http://www.hhrf.org/szabadsag/4apr-24.htm> [nicht mehr online verfügbar]. – Vgl. auch Randolph L. Braham, A magyar holokauszt felelősei. Az őszinte szembenézés még várat magára [Die Verantwortlichen für den ungarischen Holocaust. Die ehrliche Auseinandersetzung lässt noch auf sich warten], in: Hetek, 23. 4. 2004, S. 10 f.; Interview mit Prof. Braham, in: Magyar Hírlap, 12. 3. 2004 (Artikel „Sok tanár nem ismeri a soát“ [Viele Lehrer kennen die Schoah nicht]).

34 Seit dem Schuljahr 2001/02 wird in den Schulen den Opfern des Holocaust gedacht [holokauszt áldozatainak iskolai emléknappja]. Das Bildungsministerium legte den 16. April als Gedenktag fest, da am 16. 4. 1944 das erste Ghetto errichtet wurde. Vgl. Az oktatási

Motivation und dem Engagement der Lehrer ab.³⁵ Der Historiker Randolph Braham ist der Ansicht, dass es „nicht ausreicht, sich am 16. April an den ungarischen Holocaust zu erinnern“, das Thema „muss zum festen Bestandteil des Unterrichts auf allen Bildungsstufen werden.“³⁶ Ungewiss bleibt, wann dies umgesetzt wird.

Im Zusammenhang mit der musealen Entwicklung hat sich in Ungarn seit 2001 eine janusköpfige Erinnerungskultur etabliert: Nach außen zeichnet sich eine Akzeptanz und Annahme des Holocaustgedenkens ab. Dies zeigt sich an der Einführung des Holocaust-Gedenktages (2001), an der Beteiligung an der „Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance, and Research“ und in der Dauerausstellung des „Holocaust-Gedenkzentrums“ (2006). Nach innen bleibt die nationale Geschichtsdeutung bestehen. Sie lagert den Holocaust aus und verfestigt die Trennung im nationalen Gedenken. Das „Haus des Terrors“ repräsentiert diese historischen Narrative und bietet lediglich der Mehrheitsbevölkerung einen sinnstiftenden Ort.

Insofern ist in Ungarn weniger von einer Überlagerung oder gar Konkurrenz der Erinnerung die Rede,³⁷ sondern eher von einem Nebeneinander divergierender Erinnerungskonzepte: Das „Haus des Terrors“ als staatlicher Erinnerungsort ist zentral platziert und richtet sich an die eigene Nation, die verherrlicht und entlastet wird. Das „Holocaust-Gedenkzentrum“ an der Peripherie wendet sich hauptsächlich an die internationale Öffentlichkeit, für die die Verfolgungsgeschichte der ungarischen Juden dokumentiert wird. Beide Einrichtungen konkurrieren nicht miteinander, da die Übermacht des nationalen Gedenkortes gesichert

miniszter 12/2003. (V. 23.) OM rendelete a 2003/2004. Tanév rendjéről, 2.§ (9) Iskolai megemlékezést kell tartanni (...) (b) középiskolákban és szakiskolákban a kommunista diktatúrák áldozatainak (február 25.) emléknappja, valamint a holokauszt áldozatainak (április 16.) emléknappja alkalmából.

- 35 Zum 60. Jahrestag (2004) haben einige Tausend Schüler und Studenten mit einer Lichterkette im früheren Ghetto des VII. Bezirks an die Opfer des Holocaust gedacht.
- 36 Siehe Interview mit Prof. Randolph L. Braham, in: *Hetek*, 30. 4. 2004, S. 9 (Artikel „Kérdések már vannak, a válaszokra várni kell“ [Fragen gibt es schon, auf die Antworten muss man warten]).
- 37 So wie es Regina Fritz erläutert: „Die unterschiedlichen Diktatur- und Gewalterfahrungen überlagern sich und konkurrieren um politische und öffentliche Anerkennung.“ Regina Fritz, *Gespaltene Erinnerung. Museale Darstellungen des Holocaust in Ungarn*, in: Regina Fritz/Carola Sachse/Edgar Wolfrum (Hrsg.), *Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa*, Göttingen 2008, S. 129.

ist und auf breitem Konsens beruht. Solange die politischen Akteure nicht bereit sind, die nationale Geschichtsschreibung kritisch zu hinterfragen, werden beide Stätten lediglich „Wallfahrtsorte“ einer divergierenden Anhängerschaft sein. Und bis dahin verkörpern sie das Trennende in der nationalen Erinnerung, statt gemeinsame kollektive Erinnerungsorte zu werden.

Willy Brandt, die Juden und Israel

Willy Brandt, vierter deutscher Bundeskanzler und erster sozialdemokratischer Regierungschef nach dem am Ende der Weimarer Republik gescheiterten Hermann Müller, war der einzige westdeutsche Kanzler mit einer aktiven antinationalsozialistischen Vergangenheit. Als sein bedeutendster Beitrag zur deutschen Geschichte gilt die Ostpolitik, die die Grenzen im Osten stabilisierte und langfristig zur Öffnung des Eisernen Vorhangs beitrug. Während Brandts verhältnismäßig kurzer, viereinhalb Jahre währenden Kanzlerschaft konnte die sozialliberale Koalition zudem wichtige innen- und sozialpolitische Reformen für sich verbuchen. Um diesen großen deutschen Staatsmann und seine Beziehung zu Juden und zum Staat Israel richtig beurteilen zu können, müssen weitere Kapitel seines politischen Lebenslaufs betrachtet werden. Dazu gehören seine Jahre im Exil, die vierundzwanzig Jahre lange Führung der SPD, die neun Jahre als Regierender Bürgermeister von Berlin, seine dreijährige Amtszeit als Bundesaußenminister und die über fünfzehn Jahre als amtierender Präsident der Sozialistischen Internationale (SI).¹

Dass sich Brandt nach seiner Rückkehr aus Skandinavien wegen seiner Widerstandstätigkeit im Exil, insbesondere in Berlin, mehr Sympathien von Juden erfreute als viele andere deutsche Politiker, ist verständlich – ausgenommen vielleicht Konrad Adenauer, dessen Wiedergutmachungspolitik anders als die meisten anderen seiner Vorhaben mehr von den Sozialdemokraten als von seiner eigenen Koalition unterstützt wurde. In den überlebenden Juden Deutschlands ebenso wie in den deutschen Juden in den USA und anderen Staaten, in die sie sich gerettet hatten,

1 Mein Dank gilt insbesondere Herrn Harry Scholz, dem Referenten des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD) in Bonn für seine Hilfe bei meiner dortigen Forschungsarbeit. Danken möchte ich auch Frau Petra Giertz und ihrem Vorgänger Herrn Wolfgang Stärcke im AdsD sowie den Mitarbeitern der Bibliothek. Da ich im Laufe der Jahre mit mehreren Unterbrechungen im Brandt-Archiv gearbeitet habe, ist die Registratur des benutzten Aktenmaterials nicht immer auf dem letzten Stand.

sah Brandt zum Teil Schicksalsgenossen und hoffte – nicht nur als Lippenbekenntnis – auf eine Rückkehr von jüdischen Intellektuellen und politisch bewussten Bürgern. Der rassistische Antisemitismus, der im Holocaust mündete, hatte Brandts politische Anschauungen verändert. In seiner Jugend hatte er dem Zionismus kritisch gegenübergestanden, nun aber begleitete er das zionistische Aufbauprojekt in Palästina, wohin sich mehr Juden hatten retten können als anderswohin, mit Sympathie.

Dennoch gestaltete sich Brandts Einstellung zum Staat Israel schwieriger als von beiden Seiten erwartet. Brandts idealistische Hoffnung auf eine politische Lösung, die seinem Prinzip der Ausgewogenheit zwischen Unterstützung des zionistischen Gemeinwesens und des jüdischen Staates bei gleichzeitiger Anerkennung der Interessen der arabischen Bevölkerung und später der legitimen Rechte der Palästinenser entsprechen würde, konnte bis heute nicht Wirklichkeit werden. Als pragmatischer Realpolitiker war er desgleichen an einer Freundschaft mit den arabischen Staaten interessiert, die jedoch fast alle als Feinde Israels in den Nahostkonflikt involviert waren. Brandts Pragmatismus war eng mit den deutschen Wirtschaftsinteressen im arabischen Raum und mit der Abhängigkeit von den arabischen Erdöllieferungen verknüpft; später kamen noch die Petrodollar-Investitionen in die deutsche Wirtschaft hinzu. Zugleich entsprachen die beiden außenpolitischen Ziele seiner Kanzlerschaft – die Ostpolitik ebenso wie eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Regierungen – nicht den damaligen strategischen und politischen Interessen Israels.

Nach dem Holocaust: Zustimmung zu einem „jüdischen Nationalheim“

In der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), der Brandt – nachdem er die SPD in seiner Lübecker Heimatstadt verlassen hatte – kurz nach ihrer Gründung 1931 beigetreten war, begegneten dem jungen Linkssozialisten mehr Juden als in der teils noch proletarischen Mutterpartei. Vorher war er, so seine Worte, kaum mit jüdischen Fragen konfrontiert gewesen, abgesehen von der antisemitischen Hetze, die die jungen Sozialisten verabscheuten. Wie so viele Sozialisten hegten Brandt und seine älteren Kollegen damals keine Sympathien für die zu der Zeit noch wenigen Befürworter des Zionismus. Diese Haltung änderte er erst während des Zweiten

Weltkriegs und aufgrund seines Wissens um die Ermordung von Millionen Juden Europas, über die er dank seiner Kontakte zu polnischen Sozialisten und auch als Korrespondent der Overseas News Agency (ONA), einer Tochtergesellschaft der New Yorker Jewish Telegraphic Agency, verhältnismäßig gut informiert war.² Das volle Ausmaß dieses „größten Verbrechens gegen die Menschlichkeit“³ offenbarte sich ihm aber erst beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozess.

In einem wegweisenden Beschluss vom April 1944, den Brandt in Übereinstimmung mit Vertretern des schwedischen zionistischen Hechalutz aufgesetzt hatte, sprach der Arbeitskreis der internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten in Stockholm „dem Aufbauwerk, das mit dem jüdischen Nationalheim in Palästina verbunden ist“, seine Sympathie aus – geknüpft an die Hoffnung, dass „es auch nach dem Krieg imstande sein wird, eine große Anzahl europäischer Juden aufzunehmen“, und „dass die Arbeiterbewegung zusammen mit anderen fortschrittlichen Kräften weiterhin alles tun wird, um eine Übereinstimmung der Interessen des arabischen und jüdischen Volkes zu erreichen“.⁴ Gleichzeitig betonte der Arbeitskreis die Notwendigkeit, den Antisemitismus und andere Formen der Rassenverfolgung und -diskriminierung aufs Schärfste zu bekämpfen, um den Juden die Rückkehr in ihre Heimatländer zu erleichtern und um die weitere Entwicklung des „jüdischen Nationalheims“ in Palästina sicherzustellen. In separaten Stellungnahmen wies

- 2 Über die veränderte Einstellung der sozialistischen Gruppe in Stockholm, siehe auch Brandts Rückblick vom 6. 9. 1986 im Israelisch-Europäischen Dialog in Paris, 6.–7. 9. 1986, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Bonn, Willy-Brandt-Archiv (WBA), Publikationen 1020. Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*, Hamburg 1976, S. 587. Darin war die Beschreibung seiner Wende vorsichtiger formuliert. Siehe auch mein Interview mit Willy Brandt in Bonn am 15. 11. 1982, das in *Davar* (Tel Aviv) am 26. 11. 1982 auszugsweise veröffentlicht wurde.
- 3 Willy Brandt, *Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946*, Bonn 2007, S. 105.
- 4 Willy Brandt, *Draußen – Schriften während der Emigration*, München 1966, S. 307–309; siehe auch Willy Brandt, *Berliner Ausgabe*, Bd. 2. *Zwei Vaterländer 1940–1947*, Bonn 2000, Einleitung von Einhart Lorenz, S. 30 ff.; Willy Brandt, *Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten*, Juli 1944, ebenda, S. 154–205, hier S. 188 f. Trotz seiner prozionistischen Wende hoffte Brandt auch darauf, dass der Assimilierungsprozess in Europa wieder in Gang käme und die europäischen Länder einen „Zuschuss jüdischer Intelligenz“ erhalten würden. Der Arbeitskreis hatte bereits Ende 1943 eine prozionistische Resolution der britischen Labour Party adaptiert, die sich für einen „Aufbau Palästinas als das jüdische Nationalheim“ aussprach.

Brandt darauf hin, dass jüdischen Bürgern, die nach Deutschland zurückkehren würden (und er hoffte auf eine große Anzahl), das Recht auf Wiedergutmachung garantiert würde – wie allen von den Nationalsozialisten verfolgten Deutschen. Außerdem solle ein Teil des konfiszierten NS-Vermögens denjenigen Juden zur Verfügung gestellt werden, die vorhatten, sich eine Heimat in Palästina aufzubauen.

Während des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses berichtete er als Korrespondent sozialdemokratischer Zeitungen in seiner norwegischen Wahlheimat ausführlich über den Massenmord an Millionen Juden und die Unterdrückung der slawischen Völker. Dabei bestand er stets auf einer Unterscheidung zwischen Schuld und Verantwortung, aber auch auf den von jeder Mitschuld freien Deutschen, was zu dem Zeitpunkt nicht der Haltung der jüdischen Organisationen entsprach.⁵ Versuche, deutsche Schuld auf das Ausland abzuwälzen, betrachtete Brandt als neue „nationalistische Verdrehung der tatsächlichen Verhältnisse“, auch wenn diese von Gegnern des NS-Regimes kamen.⁶ Zugleich war er darüber besorgt, dass die deutsche Bevölkerung das Entlarven der braunen Diktatur im Nürnberger Prozess kaum zur Kenntnis nahm.

Brandt und die jüdischen Belange in Deutschland

Als einer der Berliner SPD-Parlamentarier im Bundestag unterstützte Brandt, wie alle SPD-Abgeordneten, den Luxemburger Wiedergutmachungsvertrag sowie die Entschädigungs- und Rückerstattungsgesetze. Als aufstrebender Politiker profilierte er sich auch in anderen jüdischen Belangen. Auf einer Kundgebung „Versöhnung mit den Juden“, die im Februar 1952 in Berlin von Erich Lüths Initiativegruppe

- 5 Im Gegensatz zu dem moderaten American Jewish Committee sowie dem Jewish Labor Committee verlangten die American Jewish Conference, der American Jewish Congress und der World Jewish Congress ein weitgehendes deutsches Schuldbekenntnis als Bedingung für Friedensverhandlungen mit Deutschland und dessen politische Selbstständigkeit. Nachum Goldmanns Position war nicht die der Mehrheit seiner Organisation.
- 6 Willy Brandt, *Verbrecher und andere Deutsche*, S. 41 f. Brandt erwähnt angesehene Überlebende von Gefängnissen und Konzentrationslagern, die ausländische Regierungen bei Erwähnung einer Kollektivschuld mit der Gegenfrage konfrontierten, warum sie Hitler diplomatisch anerkannt und dabei unterstützt hätten, einen Vertrag nach dem anderen zu brechen.

„Friede mit Israel“, der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und der deutschen Exekutive des (von der CIA finanzierten) Kongresses für kulturelle Freiheit organisiert wurde, erklärte Brandt, dass Aussöhnung außer der materiellen Wiedergutmachung einen Sinneswandel in breiten Schichten des Volkes voraussetze.⁷ Brandt selbst hatte die Gruppe „Friede mit Israel“ seit deren Gründung unterstützt und war, wie viele andere Politiker, der christlich-jüdischen Gesellschaft beigetreten, was damals dem guten Ton entsprach. Im Winter 1951/52 kritisierte er den Schlägertrupp der Polizei, der mit Berliner Studenten zusammengestoßen war, die gegen die Aufführung eines neuen Veit-Harlan-Films protestierten. Dieser hatte sich im Dritten Reich durch seinen von Joseph Goebbels in Auftrag gegebenen antisemitischen Hetzfilm „Jud Süß“ schwer kompromittiert. Gerichtliche Klagen gegen den Regisseur jedoch wurden abgewiesen.⁸

Mit Brandts Wahl zum Regierenden Bürgermeister Ende 1957 begann für ihn ein neues Kapitel in Berlin. Paul Hertz, der aus dem Exil zurückgekehrte sozialdemokratische Politiker jüdischer Herkunft war von 1955 bis zu seinem Tod 1961 Senator für Wirtschaft und Finanzen. Joachim Lipschitz, Sohn eines jüdischen Vaters, der als „Mischling ersten Grades“ in der Wehrmacht gedient hatte und schwer verwundet worden war, reorganisierte als Innensenator den Behördenapparat. Dank seiner Reform erwies sich die Wiedergutmachungspraxis in Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern als vorbildlich. Der Senat führte u. a. kleine Renten oder einmalige Zuwendungen für bedürftige Nichtjuden ein, die in der NS-Zeit jüdischen Verfolgten geholfen hatten. In den Berliner Theatern mehrten sich jüdische Schauspieler und Regisseure, die im Exil überlebt hatten.⁹ Brandt holte Richard Löwenthal aus London nach Berlin zurück, dessen unter dem Pseudonym Paul Sering verfasste Schrift „Jenseits des Kapitalismus“ für viele Sozialdemokraten in der Nachkriegszeit wegweisend war. Davor war Löwenthal einige Jahre als Korrespondent des Londoner Observer in Berlin stationiert gewesen. Zusammen mit Brandt schrieb er eine Biografie Ernst Reuters, der Brandt als Sozialdemokrat ebenso wie als Regierender Berliner Bürgermeister ein Vorbild war. Löwenthal wurde Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität und war maßgeblich an

7 AdsD, WBA, Publikationen 1952 (1. 1.–15. 3. 1952).

8 Ebenda, Der Telegraf, 19. 2. 1952.

9 Brandt machte darauf auch in seiner Rede im New Yorker Herzl-Institut am 19. 3. 1961 aufmerksam, AdsD, WBA, Publikationen 114, 1961.

der Gestaltung der sozialdemokratischen Politik beteiligt, bis er nach dem Linksruck der Studenten und der Integration von Teilen der 1968er-Bewegung in die SPD von Brandt abrückte.¹⁰ Das eher liberale politische und kulturelle Klima in Berlin ermöglichte Kontakte zu Juden in der Diaspora und in Israel. Hierzu trug auch die gefährdete Position Berlins als Enklave in der DDR bei. Im ersten Jahrzehnt nach dem Luxemburger Abkommen zeigte Berlin zudem besonderes Interesse an den von Israel bestellten Lieferungen von Industriegütern und anderen Waren.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass Brandt auf die Hakenkreuzschmierereien im Winter 1959/60 und andere antisemitische Vorkommnisse entschlossen reagierte und nicht nur den jugendlichen Tätern, sondern allen neonazistischen Umtrieben den Kampf ansagte. Lobend hob er die spontane Bekundung des guten Willens der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, hervor.¹¹ In Verbindung mit dem Jerusalemer Prozess 1960/61 gegen Adolf Eichmann, den Mossad-Agenten von Argentinien nach Israel entführt hatten, bemühte sich Brandt, den die SPD bereits bei den Wahlen 1961 als Kanzlerkandidat vorgesehen hatte, die Befürchtungen der deutschen Bevölkerung zu zerstreuen: Eichmann war ein Verbrecher – und inzwischen urteile die Welt über die Deutschen aufgrund ihrer gegenwärtigen Taten und ihrer Einstellung zur NS-Vergangenheit.¹² Im Dezember 1961 initiierte Brandt in Berlin die Premiere von Stanley Kramers auf einer Fernsehserie basierenden Film „Das Urteil von Nürnberg“, obwohl konservative Kräfte in den USA und Deutschland auf Kramers prokommunistische Verbindungen hinwiesen.¹³

- 10 Ernst Reuter war nach dem Krieg aus seinem Exil in der Türkei nach Deutschland zurückgekehrt, verstarb aber bereits 1953. Willy Brandt/Richard Löwenthal, Ernst Reuter, ein Leben für die Freiheit, München 1957.
- 11 Willy Brandt, Erklärung vor dem Abgeordnetenhaus Berlin, 7. 1. 1960, AdsD, WBA, Publikationen 1960.
- 12 Rolf Vogel, Deutschlands Weg nach Israel, Stuttgart 1967, S. 146.
- 13 Siehe Shafir, *Ambiguous Relations: The American Jewish Community and Germany since 1945*, Detroit 1999, S. 230, 429–430. Zufällig fand die Premiere in Berlin am 14. 12. 1961 statt, an dem Tag, an dem Eichmann in Jerusalem zum Tode verurteilt wurde.

Zeichen der Ausgewogenheit

Im November 1960 besuchte Brandt Israel zum ersten Mal. Als Präsident des Deutschen Städtetages nahm er am internationalen Gemeindegkongress in Tel Aviv teil. Aufgrund seiner Funktion als Vorstandsmitglied der SPD (seit 1958) sowie als Kanzlerkandidat – ohne reelle Chance, Adenauer 1961 abzulösen – maß man seinen Reisen nach Israel im Herbst 1960 und in die USA im Frühjahr 1961 mehr Bedeutung bei als vorher. In Israel traf er Premierminister David Ben-Gurion, Außenministerin Golda Meir, ihren Vorgänger Moshe Sharett und andere führende Politiker. Da zu der Zeit keine diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel bestanden, betonte Brandt in Tel Aviv, dass es „auf Entwicklungen tatsächlicher Verbindungen und nicht allein auf das Protokoll ankommt“. Eine weitere Zusammenarbeit mit Israel solle jedoch keinesfalls so interpretiert werden, als sei sie gegen die arabische Welt gerichtet. Trotz der von Israel bereits angestrebten formellen Beziehungen und – unverbindlicher – SPD-Parteitage-resolutionen, die diese als „möglich und notwendig“ bezeichneten, ging Brandt nicht über die Bonner Außenpolitik hinaus. In Anbetracht der Hallstein-Doktrin und dem Interesse an freundschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Staaten hielt er sich in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel zurück.¹⁴

Brandts folgende Reise in die USA im März 1961 galt hauptsächlich der Kennedy-Administration, die der sozialdemokratischen Opposition in der Bundesrepublik näherstand als die Republikaner, die die CDU vorzogen. Brandt nutzte die Gelegenheit, um in seiner später viel zitierten Rede im New Yorker zionistischen Herzl-Institut der amerikanischen jüdischen Öffentlichkeit die Grundsätze seines Verhältnisses zu Juden und zu Israel darzulegen: Verbundenheit mit Israel, dessen Aufbauwerk ihm während seines Besuchs besonders imponiert hatte; deutsche Verantwortung für die Vergangenheit; Kollektivscham aber keine Kollektivschuld; Bemühungen, offen und ehrlich über das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden (in Brandts Worten: „Menschen jüdischer Herkunft“) zu sprechen.¹⁵

14 AdsD, WBA, Publikationen 107, 1960, 17. 11. 1960. Siehe auch Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Nr. 265, 1960, AdsD.

15 Brandts Rede im Theodor-Herzl-Institut New York, 15. 3. 1961, AdsD, WBA, Publikationen 114, 1961.

Wegen der schweren Erkrankung und des nachfolgenden Todes von Erich Ollenhauer, den er Anfang 1964 ablöste, war Brandt bereits im Herbst 1963 geschäftsführender Parteivorsitzender der SPD. Im November 1963 folgte Brandt einer Einladung nach Kairo. Eine Aussage auf einer Pressekonferenz rief bei der israelischen Arbeiterpartei und der von ihr dominierten Regierung Besorgnis hervor. Brandt hatte bei diesem Anlass Deutschlands Sympathien für die arabische Einheit und die Freundschaft mit den arabischen Staaten betont und darüber hinaus Verständnis für das palästinensische Flüchtlingsproblem geäußert sowie die weitere Tätigkeit deutscher Raketentechniker in Ägypten zugesichert. Er war der Auffassung, die ägyptische Politik sei Teil der Befreiungsbewegung der Dritten Welt. Israel war ebenfalls an einer Zusammenarbeit mit den afrikanischen und asiatischen Staaten interessiert, jedoch mit dem Ziel, die ihm gegenüber feindliche Einstellung von vielen dieser Länder mit Entwicklungshilfe zu neutralisieren.¹⁶

Bei Nachum Goldmann, dem Präsidenten des World Jewish Congress und bis 1968 auch der Zionistischen Weltorganisation, stieß Brandt auf mehr Verständnis. Er informierte Goldmann über sein Gespräch mit Präsident Gamal Abdel Nasser, dessen Schwerpunkt das palästinensische Flüchtlingsproblem gewesen war. In dieser Frage war Goldmann Brandt und später auch Helmut Schmidt viel näher als die israelische Schwesterpartei der SPD. Doch Goldmann, der „Staatsmann ohne Staat“, hatte in Jerusalem keinen politischen Einfluss.¹⁷

An der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel im Frühling 1965 war die SPD nicht beteiligt. Den Beschluss dazu hatte Bundeskanzler Ludwig Erhard nach der Einladung Walter Ulbrichts zum Staatsbesuch in Kairo gefasst. Die SPD, die halb geheimen Waffenlieferungen an Israel nur schweren Herzens zugestimmt hatte, sprach sich nach Aufnahme der

16 Willy Brandt, Interview mit der ägyptischen Middle East Agency, 10. 10. 1963, AdsD, WBA, Publikationen 1963; Brandts Rede bei Radio Kairo, 8. 11. 1963, Archiv der Arbeiterpartei (ILP), Beit Berl, Abt. Auswärtige Beziehungen II, 14–17–4; Brandt an R. Barkatt, Tel Aviv, 13. 12. 1963, AdsD, WBA, PV, Internationale Beziehungen, 11773. Brandt hatte den Eindruck gewonnen, dass Moshe Sharett auf dem SI-Kongress in Amsterdam im September 1963 die Gründe seiner Reise durchaus verstehen konnte.

17 Vermerk über ein Gespräch mit Nachum Goldmann in Karlsruhe (21. 1. 1964), Berlin 24. 1. 1964. Für den Fall einer allgemeinen Lösung des Flüchtlingsproblems nannte Goldmann die Zahl von 200 000 Flüchtlingen, die Israel vielleicht aufnehmen könne. AdsD, WBA, PV, Internationale Beziehungen 11773.

diplomatischen Beziehungen für eine Stärkung der freundschaftlichen Kontakte aus, plädierte aber für Zurückhaltung bei Waffenlieferungen und vergleichbaren Aktivitäten. Gleichzeitig hoffte sie auf eine Wiederaufnahme der von den meisten arabischen Staaten abgebrochenen diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik.¹⁸

Die Gründe für diese ausgewogene Politik versuchte Brandt auch Vertretern des American Jewish Committee darzulegen, mit denen er im Frühjahr 1965 zusammentraf. Er bedauerte das bisherige Fehlen einer integrierten deutschen Nahostpolitik und wies auf den Vorteil einer multilateralen Vereinbarung hin, die zu einer Regelung der Waffenlieferungen an Israel und andere Staaten beitragen würde. Das American Jewish Committee, das Deutschland verhältnismäßig aufgeschlossen gegenüberstand, bat er, von einer Erneuerung des Erziehungsprogramms der Deutschen zur Demokratie Abstand zu nehmen und diese Aufgabe, abgesehen von Expertenratschlägen, deutschen Institutionen zu überlassen.¹⁹

Als Außenminister und Vizekanzler in der von Brandt selbst nicht gewollten Großen Koalition mit der CDU (1966–1969) wurde er im Juni 1967 mit dem Sechstagekrieg konfrontiert, während dem sich Israel in großen Teilen der deutschen Bevölkerung einer nie dagewesenen Welle der Sympathie erfreute. Ähnliches war auch den Stellungnahmen der SPD- und CDU-Bundestagsfraktionen zu entnehmen. Nach der Weigerung Israels, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, schlug dies dann aber vor allem bei den Sozialdemokraten in wachsende Kritik, bei Teilen der Jusos sogar in Feindseligkeiten um. In seiner Bundestagserklärung und auf den nachfolgenden Pressekonferenzen bekräftigte Brandt die offizielle deutsche Politik der Ausgewogenheit und Nichteinmischung sowie den Wunsch nach Wiederherstellung des Friedens, fügte aber hinzu, dass diese Prinzipien „keine moralische Indifferenz und keine Trägheit des Herzens bedeuten“.²⁰ Zeitgleich bemühte sich der SPD-Geschäftsführer Hans-Jürgen Wischniewski, ein ausgewiesener Freund der Algerier und Palästinenser, um Lebensmittelsendungen für die

18 Siehe Willy Brandts Beitrag in Davar, SPD Pressemitteilungen und -informationen, 13. 5. 1965, AdsD.

19 American Jewish Committee (AJC), Gespräch mit Brandt u. a., 19. 4. 1965, New York, YIVO, AJC records, FAD-1, 1963–1970, Box 25.

20 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, 111. Sitzung, 7. 6. 1967, S. 5304.

neuen palästinensischen Flüchtlinge in Jordanien. Später wurde diese Hilfe auf 25 Millionen DM aufgestockt.²¹ Die proisraelische Haltung der Springer-Presse konnte Brandt nicht von der israelischen Hinhaltepolitik nach dem Sechstagekrieg überzeugen. Brandt befürchtete, die Militärhilfe der Sowjetunion für Ägypten und die anhaltenden Luftkämpfe über dem Suezkanal könnten die Atmosphäre des Kalten Krieges neu anheizen. Dies aber hätte die von ihm als Bedingung für die Ostpolitik angestrebte Entspannung gefährdet.

Während seines USA-Besuchs 1967 als Außenminister traf Brandt abermals mit Vertretern von jüdisch-amerikanischen Organisationen zusammen, die ihn wegen seiner antinationalsozialistischen Vergangenheit willkommen hießen. Der ehemalige Berliner Reformrabbiner Joachim Prinz, der Goldmanns Position nahestand, für das jüdische Establishment in den USA aber nicht repräsentativ war, hoffte, die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel und die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit mehreren arabischen Staaten würden dazu beitragen, dass Bonn eine Friedensregelung im Nahen Osten erzielte. Andere Vertreter waren über den Wahlerfolg der rechtsextremistischen NPD in einigen Bundesländern besorgt.²² Die ehemalige NSDAP-Mitgliedschaft des Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger dagegen stand Gesprächen mit jüdischen Vertretern nicht im Wege. Sie stimmten mit dessen – auch von Israel präferierten – eindeutigen antisowjetischen Haltung eher überein als mit der des sozialdemokratischen Außenministers.²³ Auf humanitärer Ebene versprach Brandt, den Bitten Israels wie auch denen der Juden in den USA soweit möglich nachzukommen und sich im Rahmen seiner Kontakte nach Moskau u. a. für die Belange jüdischer Auswanderer aus der Sowjetunion einzusetzen. Dergleichen tat er später auch als Kanzler, Exkanzler und als Präsident der Sozialistischen Internationale.²⁴

21 Hassan Sulick, in: Partnerschaft mit der arabischen Welt 41 (1999). Zu Wischnewskis pro-palästinensischer Haltung siehe Hans-Jürgen Wischnewski, *Mit Leidenschaft und Augenmaß*. In Mogadischu und anderswo, München 1989.

22 Treffen mit Brandt, 9. 2. 1967, New York, YIVO, AJC records, FAD-1, 1963–1970, Box 25.

23 Shafir, *Ambiguous Relations*, S. 265 ff. Zum Beispiel B'nai B'rith, William Wexler, Ein Besuch in Deutschland, März 1968, B'nai B'rith Archives, Washington D. C., Deutschland Mappe.

24 Zum Beispiel B'nai B'rith, Delegation mit David Blumberg und Brandt 1972, ebenda, BBIC Briefs, 20. 3. 1972. Jahre später intervenierte Brandt gegen die Diskriminierung sowjetischer Bürger jüdischer Nationalität bei Michail Gorbatschow, von dem er die Zusage erhielt, er

Trotz Kniefall anhaltende Irritationen

Willy Brandts Kanzlerschaft, die im Oktober 1969 begann und im Mai 1974 unerwartet zu Ende ging, rief in Israel von Anfang an Irritationen hervor. Israelische Diplomaten nahmen besorgt zur Kenntnis, dass Brandt in seiner Regierungserklärung keinerlei Hinweise auf die historischen Verpflichtungen Deutschlands gegenüber Israel gab. Stattdessen erwähnte er die guten Beziehungen zu allen Staaten des Nahen Ostens – was wiederum arabische Beobachter mit Genugtuung aufnahmen.²⁵ Dass auf die 1970 von arabischen Terroristen verübten Anschläge schnell ein Austausch deutscher Geiseln gegen verhaftete Palästinenser folgte, war in Israels Augen ein beunruhigendes Zeichen deutscher Erpressbarkeit. Ebenso belastete die Ermordung der israelischen Sportler durch palästinensische Terroristen bei den Olympischen Spielen in München 1972 das israelisch-deutsche Verhältnis, zumal bei einem weiteren arabischen Erpressungsmanöver drei der Attentäter freigelassen wurden.²⁶ Trotz heftiger Reaktionen in der israelischen Öffentlichkeit auf diese Terrorakte wie auch auf die Ausbildung deutscher Terroristen in palästinensischen Flüchtlingslagern kam es in der Folgezeit zu einer verstärkten deutsch-israelischen Zusammenarbeit gegen den arabischen Terror. Damals wurde auch eine große Anzahl vermeintlicher arabischer Terroristen aus Deutschland ausgewiesen. Sozialdemokratische Politiker, die besorgt auf Israels Befürchtungen reagierten, versuchte Brandt davon zu überzeugen, dass es für eine Änderung der deutschen Israelpolitik keinen Grund gebe – was jedoch nicht immer ganz den Tatsachen entsprach. In seiner Kölner Rede zur Woche der Brüderlichkeit im März 1971 betonte

werde der Sache nachgehen. Willy Brandt, Rede vor dem AK 1 der SPD-Bundestagsfraktion, 11. 6. 1985, Willy Brandt, Berliner Ausgabe Bd. 10: Gemeinsame Sicherheit, Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1981–1992, Bonn 2009, S. 230–236, hier S. 234.

- 25 Willy Brandt, Regierungserklärung vor dem Bundestag, 28. 10. 1969, in Bundeskanzler Brandt, Reden und Interviews, Hamburg 1971, S. 11–34, hier S. 32. Gespräch von Botschafter Elyashiv Ben-Chorin mit Egon Bahr, Elyashiv Ben-Chorin an Gideon Rafael, Leiter des israelischen Außenministeriums, 14. 7. 1970, Israelisches Staatsarchiv, Dokumente zur Auswärtigen Politik (im Folgenden ISA, DAP), 4572/39.
- 26 ILP an SPD, 7. 11. 1972, AdsD, WBA, BK4. Zur arabischen Reaktion siehe Hassan Sulick, 23. 11. 1993, AdsD, WBA, PV, Internationale Beziehungen 11773; siehe auch München 1972 – Negative Auswirkungen auf das deutsch-israelische Verhältnis, in: Amnon Neustadt, Die deutsch-israelischen Beziehungen im Schatten der EG-Nahostpolitik, Frankfurt a. M. 1983, S. 176–187.

er, dass der Name Auschwitz für Generationen ein Trauma bliebe und „die Verletzungen, die in dem dunklen Jahrzwölf der Seele der Opfer und der Täter zugefügt wurden, so rasch nicht ausheilen“ würden. Hier helfe auch kein Hinweis auf die Jugend, denn „niemand wird aus der Haft der Geschichte entlassen“.²⁷ Brandts Worte unterschieden sich von denen seines Außenministers und FDP-Kollegen Walter Scheel, der 1970 in seiner Tischrede für den israelischen Außenminister Abba Eban in Bonn mit Blick auf die Zukunft das Nachwachsen der Generationen hervorgehoben hatte. Scheel war zudem stets bemüht, den „besonderen Charakter“ der Beziehungen mit Israel zu schmälern. Die Freien Demokraten hegten, mit wenigen Ausnahmen, seit jeher geringere Sympathien für Israel als die beiden großen Volksparteien. Scheel und das Auswärtige Amt hatten beabsichtigten, in der Regierungserklärung vom Januar 1973 die Palästinenser und ihr Problem beim Namen zu nennen, was jedoch nicht gelang.²⁸

Brandt bedrückten Israels ambivalentes Verhältnis zu seiner Regierung und die Unsicherheiten der amerikanischen Juden, deren Einfluss er schätzte. Um Missverständnisse auszuräumen, entsandte er daher schon kurz nach seiner Kanzlerwahl Vertrauenspersonen in beide Länder: Nach Israel delegierte er den sozialdemokratischen Bankier Walter Hesselbach und den SPD-Schatzmeister Alfred Nau. Hesselbach reiste auch in die USA, während Horst Ehmke, Minister im Kanzleramt, sich schon vorher mit Vertretern der amerikanischen Jüdischen Gemeinde getroffen hatte.²⁹ Außer dem guten Willen der einzelnen Gesprächspartner hatten diese Missionen kaum ein konkretes Ergebnis. Dagegen gelang es der ersten Delegation von SPD-Parlamentariern unter Leitung von Herbert Wehner, der in der SPD als treuester Freund Israels galt, die Beziehungen zwischen den deutschen und israelischen Arbeiterparteien trotz der Irritationen auf Regierungsebene sogar auszubauen.³⁰

27 Brandt an Adolf Arndt, AdsD, WBA, BK-BRg., Ausgehende Post Februar 1970; Brandt, Rede anlässlich der „Woche der Brüderlichkeit“, Köln 21. 3. 1971, in: Bundeskanzler Brandt, Reden und Interviews, S. 271–283, hier S. 281.

28 Klaus Harpprecht, Im Kanzleramt. Tagebuch der Jahre mit Willy Brandt, Reinbek b. Hamburg 2000, S. 36 f.

29 Brandt an Harpprecht, 3. 11. 1970, AdsD, WBA, BK, Korr 1969–1974. Siehe auch Jerry Goodman an Bertram Gold, 28. 9. 1970, YIVO, AJC records, FAD-1, 1963–1970, Box 25; Philip Klutznick an Gold, 6. 11. 1970, AJC Archives, Box 69–71 Germany/West.

30 SPD-Reise nach Israel, SPD-Pressedienst, 5. 5. 1971, P/XXVI/85, AdsD, Bestand Wehner, HWAA001020.

Brandts Kniefall vor dem Denkmal für die Kämpfer des Warschauer Ghettoaufstands im Dezember 1970 gilt vielen als seine größte geschichtspolitische Leistung – selbst wenn dieser trotz aller Spontaneität vielleicht auch in seinen Bemühungen motiviert lag, in Israel und der amerikanisch-jüdischen Diaspora Vorbehalte abzubauen. Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung (48 %) hielt den Kniefall für übertrieben, 41 % für angemessen. Unter denen, die ihn ablehnten, waren viele ehemalige Kriegsteilnehmer. In Israel und in einigen westlichen Staaten machte er zuerst keinen großen Eindruck.³¹ Es mag zynisch klingen, aber viele Israelis zogen damals konkrete politische, wirtschaftliche und militärische Hilfe historischen Gesten vor. Langfristig jedoch wurde der Kniefall von Warschau ein bedeutendes geschichtsträchtiges Symbol.³²

Auf die Verleihung des Friedensnobelpreises an Brandt im Jahr 1971 reagierte man in Israel ähnlich verhalten. Dort fürchtete man, dass die Auszeichnung seine Position als unabhängiger Staatsmann nur festigen konnte. Übrigens waren an seiner Nominierung für den Nobelpreis von Anfang an einige prominente amerikanische Juden beteiligt: Der nach Hitlers Machtübernahme aus Deutschland emigrierte Menschenrechtsaktivist Kurt Großmann, der sich 1935 zusammen mit Brandt für die Verleihung des Friedensnobelpreises an den von den Nationalsozialisten verfolgten Journalisten Carl von Ossietzky eingesetzt hatte, war 1970 einer der ersten, der sich für die gleiche Auszeichnung Brandts aussprach. Leo Bauer, auch er jüdischer Herkunft und bis zu seinem frühen Tod Brandts enger Mitarbeiter, begab sich im Auftrag des Kanzlers nach New York. Dort setzte Roy Blumenthal, der mit Brandt befreundete Inhaber einer New Yorker Public-Relations-Firma, die Kampagne in Bewegung.³³

31 Siehe die ausführliche Studie von Michael Wolffsohn/Thomas Brechenmacher, *Denkmalsturz? Brandts Kniefall*, München 2005. Zur Umfrage siehe *Der Spiegel*, 51/1970, zitiert in Peter Merseburger, *Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist*, Stuttgart 2002, S. 616.

32 Vgl. Friedrich Kießling, Rezension von Christoph Schneider, *Der Warschauer Kniefall. Ritual, Ereignis und Erzählung*, Konstanz 2006, in: *H-Soz-u-Kult* vom 25. 9. 2006, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2006-3-217>, zuletzt eingesehen am 25. 7. 2010.

33 Peter Koch, *Eine politische Biographie*, Berlin 1989, S. 443–448.

Stolpersteine Ostpolitik und EG-Zusammenarbeit

Die größten Meinungsverschiedenheiten zwischen Brandt und der israelischen Premierministerin Golda Meir resultierten aus der deutschen Ostpolitik und aus der sich sukzessive entwickelnden politischen Zusammenarbeit der sechs, später neun Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, von der auch Israel betroffen war. Der von der Sowjetunion erklärte Abbruch der diplomatischen Beziehungen am Beginn des Sechstagekrieges, die sowjetischen Waffenlieferungen an Ägypten und Syrien, die Beteiligung sowjetischer Kampfflugzeuge am Krieg über dem Suezkanal zwischen Israel und Ägypten sowie erneute antizionistische Maßnahmen – wegen der Kampagne Israels und amerikanischer Juden für eine Auswanderung sowjetischer Juden – hatten das politische Klima zwischen Israel und der Sowjetunion fortwährend verschlechtert. Dafür entwickelte sich, teils dank Yitzhak Rabin, der damals Israels Botschafter in Washington war, eine enge strategische Zusammenarbeit zwischen Israel und den Vereinigten Staaten. Die republikanische Administration sah in Israel einen wichtigen und verlässlichen Partner, um den wachsenden Einfluss der Sowjetunion im Nahen Osten und im östlichen Mittelmeer zurückzudrängen. Dies stand der Ostpolitik Brandts entgegen, der eine Entspannung mit der Sowjetunion anstrebte und diese in die Lösung internationaler Konflikte einbeziehen wollte – so auch beim Konflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten sowie den Palästinensern. Versuche Israels, mithilfe von Kabinettsmitgliedern wie Helmut Schmidt, der der Ostpolitik anfangs kritisch gegenübergestanden hatte, die von Brandt und Scheel verfolgte Generallinie aufgrund von Sicherheitsinteressen Israels zu verändern, waren von vornherein zum Scheitern verurteilt.³⁴

Von Abba Eban, bis 1974 israelischer Außenminister, hatte Brandt selbst noch als Außenminister den Eindruck, dass dieser weder gegen die Ostpolitik noch ge-

34 Brandt an Meir, 2. 11. 1971 und Meir an Brandt, 29. 11. 1971. Brandt war vom Gespräch mit Leonid Breschnew beeindruckt. Aus diesem ging hervor, dass die Sowjetunion Wege suche, zusammen mit den USA eine weitere Zuspitzung der Lage zu verhindern. Golda Meir dagegen teilte Brandts Optimismus nicht, AdsD, WBA, BK–Brg.53; Gershon Avner, Israelisches Außenministerium an Ben-Chorin, Bonn, 3. 7. 1970, ISA, DAP, 4579/38: „Von Richard Nixons Haltung im Nahostkonflikt zu überzeugen.“ Zur deutschen Ostpolitik und Israel vgl. Carole Fink, Ostpolitik and German-Israeli Relations, in: Carole Fink/Bernhard Schaefer (Hrsg.), Ostpolitik 1966–1974, European and Global Responses, Cambridge/New York 2009.

gen eine Normalisierung der bundesdeutschen Beziehungen zu den arabischen Staaten etwas einzuwenden hatte. Doch in Jerusalem hatte Golda Meir das Sagen, nicht Abba Eban.³⁵

Wichtigstes außenpolitisches Thema für die israelischen Diplomaten wie auch für Golda Meir war jedoch die Nahostpolitik der Europäischen Gemeinschaft, von der sie, auch wenn Israel an einer wirtschaftlichen Kooperation mit der EG interessiert war, eine negative Beeinflussung der deutsch-israelischen Beziehungen befürchteten. Schon das 1971 auf französische Initiative hin von den ersten sechs Mitgliedsstaaten verfasste, doch nicht veröffentlichte Arbeitspapier forderte den Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten, mit möglichen geringfügigen Modifikationen. Zur Regelung des Flüchtlingsproblems wurde auf die Resolution der UNO-Vollversammlung von 1948 verwiesen, die vorsah, dass die Palästinenser zwischen Rückkehr oder Ansiedlung in anderen Ländern, die mit einer Entschädigung vergolten werden sollte, wählen konnten. Ein weiterer Bestandteil war der internationale Status Jerusalems.³⁶ Während seines ersten Besuchs in Israel 1971 versuchte Scheel die Wogen zu glätten, was ihm jedoch nur vorübergehend gelang.³⁷ Den Prozess zur Zusammenarbeit zwischen den EG-Staaten konnte Israel ohnehin nicht aufhalten, was auch die Konfrontationen zwischen Golda Meir und ihren Kollegen bei den Treffen der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteiführer in Helsinki und Wien 1971 und 1972 bezeugten.³⁸

Vor diesem Hintergrund wird nachvollziehbar, dass auch Brandts Reise nach Israel im Juni 1973 – der erste Besuch eines amtierenden deutschen Kanzlers – die politischen Differenzen nicht beilegen konnte.³⁹ Dennoch trug dieser Besuch wenigstens vorübergehend zu einer Verbesserung der Beziehungen bei. Dies lag teils an Brandts persönlicher Ausstrahlung, teils an Golda Meirs freundschaftlicher Be-

35 Brandt, *Begegnungen*, S. 590.

36 Neustadt, *Die deutsch-israelischen Beziehungen*, S. 163–168. Das Papier wurde nicht veröffentlicht, erschien aber in: *Die Welt*, 14. 7. 1971.

37 Chava Bitan, *Israelisches Außenministerium, Europa I, Bericht über den Besuch Außenminister Walter Scheels*, 7. 7.–10. 7. 1971, ISA, DAP, 4573/9.

38 Brandt, *Begegnungen*, S. 190 f.

39 Ebenda, S. 592–597. Einen guten Einblick geben auch die unter dem Pseudonym Caspar Hilzinger veröffentlichten Erinnerungen des Staatssekretärs Paul Frank, der Brandt begleitete: *Entschlüsselte Botschaft – Ein Diplomat macht Inventur*, München 1985, S. 259–266.

grüßung, die eine Demonstration des beiderseitigen guten Willens waren und das Versprechen einer schrittweisen deutsch-israelischen Annäherung einschlossen. Durch Hervorhebung des historischen Hintergrunds gelang es Brandt wenigstens einige der israelischen Zweifel zu zerstreuen, die in Verbindung mit dem Begriff „besonderen Charakters“ der Beziehungen aufgekommen waren.⁴⁰

Der Yom-Kippur-Krieg, der kurz darauf ausbrach und Brandts Befürchtungen einer neuen militärischen Auseinandersetzung eher recht gab als Golda Meirs Überzeugung, Israel drohe keine Gefahr, löste erneut Spannungen und Enttäuschungen im israelisch-deutschen Verhältnis aus. Anders als während des Sechstagekrieges verweigerte Bonn nun die Nutzung des deutschen Luftraums für amerikanische Waffenlieferungen. Der Protest des Auswärtigen Amtes, das im Beladen israelischer Schiffe mit amerikanischen Waffen in Bremerhaven eine Verletzung der deutschen Neutralität sah, betraf zwar in erster Linie die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA.⁴¹ Doch nicht nur die amerikanischen Juden, auch die israelische Öffentlichkeit war darüber zutiefst enttäuscht.⁴² Henry Kissinger, seit September 1973 Nixons Außenminister, warf Brandt fehlende Solidarität mit Israel vor. Kissinger, der bestimmt nicht antideutsch war, betrachtete Brandt als politischen Romantiker, während umgekehrt Brandt Kissinger als altmodisch ansah, der dem Prinzip des Mächtegleichgewichts aus dem 19. Jahrhundert verpflichtet blieb.⁴³ Nachträglich aber hatte sich Brandt von der Form distanziert, in der das Auswärtige Amt seine

40 Willy Brandt, 18. 6. 1973, Verhandlungen des deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 44. Sitzung, S. 2496 f.

41 Gespräch des Staatssekretärs Frank mit dem amerikanischen Gesandten Cash, 24. 10. 1973, Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD), Bd. 3, München 2004, # 335, S. 1638–1643; Gespräch Frank mit dem amerikanischen Botschafter Hillenbrand, 25. 10. 1973, ebenda, # 337, S. 1647–1653.

42 Aharon Yadlin, ILP, an Holger Börner, SPD, 1. 11. 1973. Mit Rücksicht auf Brandt beschuldigte Yadlin hauptsächlich das Auswärtige Amt; AdsD, Bestand Helmut Schmidt, 6027.

43 Schon im März 1970 beklagte sich Klaus Bölling über das Misstrauen des Kissingerkreises, Bölling an Brandt, 28. 3. 1970, AdsD, WBA, BK, Korr. 1969–1974. Über Kissinger und Brandt siehe Henry Kissinger, *The White House Years*, Boston 1979, S. 405–412, 529–534; ders., *Years of Upheaval*, Boston 1982, S. 143–146; Brandt, *Erinnerungen*, S. 185–195. Im Nachhinein änderte Kissinger seine Einstellung zu Brandt und würdigte dessen historisches Verdienst, anders als seine Vorgänger einen Weg gefunden zu haben, mit der Teilung Deutschlands zu leben, da die Wiedervereinigung ohne Zusammenbruch der Sowjetunion unmöglich war.

Kritik an den Schiffsbeladungen formuliert hatte, obwohl auch er über die amerikanische Behandlung Deutschlands als „Kolonie“ empört war.⁴⁴ In seiner Bundestagsrede, die er noch vor Abschluss der Kampfhandlungen hielt, wies Brandt darauf hin, dass „die Nichtparteinahme der BRD [...] keinesfalls als Gleichgültigkeit gegenüber dem Geschehen dort missverstanden werden [dürfe]. Das gebietet allen das Mitgefühl mit den Betroffenen, den leidtragenden Menschen.“⁴⁵ Diese Formulierung war im Ton vorsichtiger als die nach dem Sechstagekrieg. Gegenüber 1967 waren die deutschen Sympathien für Israel auf 57 % zurückgegangen.

Bemerkenswert ist, dass Brandt, Wehner und der damalige Verteidigungsminister Georg Leber den Vorschlag Scheels, auch Bundeswehrkontingente in die UNO-Schutztruppe für den Nahen Osten zu entsenden, einstimmig verwarfen. Brandt bemerkte: „Es sei undenkbar, was geschehen würde, wenn ein deutscher Soldat in eine Kampfhandlung mit den Israelis verwickelt werde, wenn vielleicht ein Israeli durch einen deutschen Soldaten getötet würde.“⁴⁶

Der Beschluss, den die neun EG-Mitgliedsstaaten nach Ende der Feindseligkeiten angesichts des verschärften Drucks der arabischen Staaten in der Erdölfrage fassten, ging weiter als frühere Formulierungen.⁴⁷ Er forderte die Räumung aller von Israel besetzten Gebiete und die Anerkennung der legitimen Rechte der Palästinenser. Dieser Beschluss sollte die Nahostpolitik der EG in den folgenden Jahren bestimmen – bis 1980 in Venedig auch noch die Forderung nach Beteiligung der PLO hinzukam.⁴⁸ Im November 1974, nach Brandts Rücktritt, erklärte der deutsche UNO-Botschafter – beide deutsche Staaten waren 1973 in die Völkergemeinschaft aufgenommen worden –, dass die Bundesrepublik das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser sowie ihr Anrecht auf eine staatliche Autorität bejahe.⁴⁹

44 AdsD, WBA, PV, Präsidium, 6. 11. 1973, Mappe 239 (1973); Harpprecht, Im Kanzleramt, S. 375.

45 Willy Brandt, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Legislaturperiode, 62. Sitzung, 26. 10. 1973, 3630 B.

46 Harpprecht, Im Kanzleramt, S. 369 f.

47 Erklärung der neun EG-Staaten zur Lage im Nahen Osten, Presse- und Informationsdienst des Bundestages, Bulletin 148, 14. 11. 1973.

48 Erklärung des Europäischen Rates über den Nahen Osten, 13. 6. 1980, in: Rolf Vogel (Hrsg.), *Der deutsch-israelische Dialog*, Teil 1, Bd. 2, S. 769 f.

49 Presse- und Informationsdienst des Deutschen Bundestages, Bulletin 148, 14. 11. 1974.

Auf einer Konferenz der sozialistischen Parteiführer in London im November 1973 äußerte Golda Meir ihre Verbitterung über den Beschluss der neun: Ihrer Meinung nach bedeute die Bezeichnung „Palästina“ – in arabischer Lesart – die Auslöschung des Staates Israel. Brandt seinerseits zeigte sich von „Golda Meirs Undankbarkeit“ enttäuscht. Auf ihre dringende Bitte hin hatte Brandt, trotz der deutschen Neutralität, der Lieferung eines für die israelische Luftwaffe besonders wichtigen elektronischen Geräts zugestimmt, das Israel in den Kampfhandlungen verloren hatte.⁵⁰ „Kein Wort des Dankes für die Hilfe [...], so steht es zwischen Deutschen und Juden, und ich bin nur einer von allen anderen Deutschen [...], das ändert nichts an meiner Haltung.“ Mit diesen Worten beklagte er sich im Gespräch mit seinem engen Mitarbeiter Klaus Harpprecht.⁵¹ Der Zustimmung fast aller Konferenzteilnehmer sicher, wiederholte Brandt, dass man an einer palästinensischen Identität nicht vorbeikäme. Die Parteiführer empfahlen die Bildung einer Arbeitsgruppe, die Kontakt zu den politischen Kräften im arabischen Raum aufnehmen sollte.⁵²

Gegen die Verjährungsfrist für Mord

Nach seinem Rücktritt als Kanzler 1974 gestaltete Brandt die deutsch-jüdischen und deutsch-israelischen Beziehungen weiter aktiv mit. Schmidt und Genscher übernahmen Brandts und Scheels Osteuropa- und Nahostpolitik und setzten auch die EG-Zusammenarbeit fort; die Kooperation mit Frankreich, das Israel seit Charles de Gaulle kritisch gegenüberstand, erweiterten sie sogar noch. In Jerusalem hoffte

50 Hans-Eberhard Dingels, Konferenz der sozialdemokratischen Parteien in London, 11. 11. 1973, Bonn 1973, AdsD, WBA, PV, Präsidium, 241; Klaus Harpprecht, *Der falsche Verdacht. Eine geheime Episode in der Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen*, in: *Die Zeit*, 27. 4. 2000; siehe auch Merseburger, Willy Brandt, S. 686 f.

51 Harpprecht, *Im Kanzleramt*, S. 404 f.

52 Siehe Dingels, Konferenz. Dies betraf den geplanten europäisch-arabischen Dialog, der in Israel Besorgnis auslöste. Diese Befürchtungen waren übertrieben. Wichtiger waren die arabischen Petrodollar-Investitionen in die deutsche Wirtschaft, die auch deutsche Exporte in die arabischen Staaten finanzierten. Siehe auch Neustadt, *Die deutsch-israelischen Beziehungen*, S. 239–267; Helga Haftendorn, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung*, Stuttgart/München 2001, S. 232–235.

man, dass der Besuch Yitzhak Rabins 1975 in Bonn, der erste Besuch eines israelischen Premierministers in Deutschland, mit deutscher Hilfe dazu führen würde, das schlechte europäische Klima gegenüber Israel zu verbessern. Doch trotz gegenseitiger Freundschaftserklärungen und der Versicherung, die Wirtschaftshilfe für Israel beizubehalten, kam es in den wichtigsten politischen Fragen zu keiner Annäherung der Standpunkte.⁵³ Noch vor Rabins Besuch wiederholte Brandt auf einer Tagung der SPD zur Außenpolitik die zentralen Punkte deutscher Politik in Bezug auf Israel und seine Nachbarn: Ausgewogenheit, aber nicht „blutleeren Neutralismus“; bedingungsloses Recht Israels – nach dem, was in der letzten Generation geschehen war –, in sicheren Grenzen zu existieren.⁵⁴ Auf diese Weise versuchte Brandt auch, die antiisraelischen Vorbehalte einiger Jusos und von in die SPD integrierten Neuen Linken zu entkräften. Der Parteitag der SPD vom November 1975 in Mannheim missbilligte die UNO-Resolution, die Zionismus als Rassismus bezeichnete, forderte aber zugleich die Anerkennung der legitimen Rechte der Palästinenser.⁵⁵

Die Frage eines Mitglieds der Zionistischen Exekutive in Jerusalem, ob Brandt bereit wäre, eine Erklärung zu unterzeichnen, die Zionismus „als Symbol der jüdischen Selbstbestimmung“ und Antwort des jüdischen Volkes auf jahrhundertlange Verfolgung, die im Holocaust kulminierte, bezeichnete, lehnte er jedoch ab: Trotz Solidarität mit Israel und der dortigen Arbeiterbewegung sei es nicht seine Aufgabe, zu einer jüdischen Diskussion über Zionismus und dessen Erscheinungsformen Stellung zu beziehen.⁵⁶

1965, noch bevor er Außenminister der Großen Koalition war, hatten Brandt und die Mehrheit der SPD die Verlängerung der Verjährungsfrist für Mord unterstützt, die vom Bundestag bestätigt und 1969 um weitere zehn Jahre verlängert wurde. Bei einer erneuten Debatte im Jahr 1978 wies er in einem Interview die Forderung nach Generalamnestie aller NS-Verbrecher entschieden zurück, obwohl

53 Siehe Shlomo Shafir, Helmut Schmidt: Seine Beziehungen zu Israel und den Juden, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17 (2008), S. 297–321.

54 SPD-Außenpolitische Bundeskonferenz, 17.–19. 1. 1975, Bonn, AdsD, WBA, A 3, 615; Brandt sprach am 19. 1. 1975.

55 Parteitag der SPD in Mannheim, 11.–15. 11. 1975, AdsD.

56 Eli Eyal, WZO, an Brandt, 5. 9. 1980 und Brandt an Eyal, 18. 9. 1980, AdsD, WBA, PV, PK, Bd. III.

diese in der Bevölkerung starke Resonanz fand. Sie wäre gerade „die Umkehr der unsinnigen Kollektivschuld“, die Brandt seit jeher bekämpft hatte. Im gleichen Spiegel-Interview sagte er: „Es wird Generationen dauern, bis die Hitler-Zeit überwunden ist. Aber wir sollen uns auch nicht zu sehr selbst bemitleiden. Denn ich muß ehrlich sagen, ich habe mich in den 50er Jahren gewundert, wie rasch man uns die Hand gereicht hat zur Zusammenarbeit – nach all dem, was passiert war.“⁵⁷ Die Verjährungsfrist wurde im Juni 1979 abgeschafft, hauptsächlich dank der Bemühungen Herbert Wehners.

1978 strahlte der amerikanische Fernsehsender NBC die Serie „Holocaust“ aus, die beim Publikum große Resonanz fand und bei Juden und Nichtjuden zu einer „Amerikanisierung“ des bis dahin verdrängten Holocaust beitrug. Als die Serie Anfang 1979 auch in der Bundesrepublik zu sehen war, schieden sich die Geister zwischen den sozialdemokratisch und den konservativ regierten Bundesländern. Als Kompromiss wurde die Serie im dritten statt im ersten Programm gezeigt; sie erreichte an vier Abenden 15 Millionen Zuschauer.⁵⁸ Willy Brandt und Kanzler Schmidt hatten sich von Anfang an für die Ausstrahlung eingesetzt.⁵⁹ Bei einem Teil der deutschen Zuschauer mag die Fernsehserie zu mehr Verständnis der jüdischen Katastrophe beigetragen haben. Brandt allerdings bedurfte keiner Ermahnung; er war sich bis an sein Lebensende der deutschen Verantwortung bewusst. Während der Nürnberger Friedensgespräche vierzig Jahre nach Kriegsende erinnerte er an die schmerzliche Wahrheit, an das, was in und durch Deutschland geschehen war, nicht nur „in deutschem Namen“.⁶⁰

57 „Schwamm darüber kann es nicht geben.“ Der SPD-Vorsitzende über Generalamnestie und die Verjährungsfrist für Nazi-Täter, Willy Brandt, *Die Spiegel-Gespräche 1959–1992*, hrsg. v. Erich Böhme/Klaus Wirtgen, Stuttgart 1993, S. 277–287.

58 Andrei S. Markovits/Christoph S. Allen, *The German Conscience: „Holocaust“ on German TV*, in: *Jewish Frontier* 46 (April 1979), S. 13–17.

59 Jeffrey Herf, *The Holocaust Reception in West Germany: Right, Center and Left*, in: Anson G. Rabinbach/Jack Zipes, *Germans and Jews since the Holocaust: The Changing Situation in West Germany*, New York 1986, S. 208–233.

60 SPD Materialien, 40 Jahre danach, Nürnberger Friedensgespräch, 8. 5. 1985; Willy Brandt, *Wir brauchen einen neuen Plan der West-Ost-Politik*, S. 9.

Erfolgreiche Initiativen der Sozialistischen Internationale

1976 wurde Brandt zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale (SI) gewählt. Seine wichtigste Aufgabe in der SI sah er darin, die seit ihrer Neugründung 1951 im Kern europäische Zusammensetzung um nationale Befreiungsbewegungen aus Asien, Lateinamerika und Afrika zu erweitern.⁶¹ Auch wenn die Aufnahmekriterien nicht immer den üblichen Maßstäben entsprachen, gelang es der SI – durch Brandt –, in einer Reihe von Staaten der Dritten Welt Fuß zu fassen und ihre Mitgliederzahl zu vergrößern. Dies führte wiederum dazu, dass Israels Position innerhalb der SI im Vergleich zu den 1950er- und 1960er-Jahren schwächer wurde.

Als SPD-Vorsitzender und Präsident der SI sprach Brandt 1977 auf dem Parteikongress der 1968 erweiterten und umbenannten israelischen Arbeiterpartei (nun: ILP) das palästinensische Problem an und appellierte an die israelischen Parteifreunde, den palästinensischen Arabern die Verwirklichung ihrer nationalen Identität zu ermöglichen,⁶² was damals noch auf erheblichen Widerstand stieß. Nach dem Sieg des Likud bei den Wahlen zur Knesset im Mai 1977, die der 29-jährigen Hegemonie der israelischen Arbeiterpartei (Mapai) ein Ende bereitete, hielt Brandt einen Vortrag vor der Israelitischen Kultusgemeinde Zürich. Sein Thema damals war die Frage, wie Europa zu einer friedlichen Regelung des Nahost-Konflikts beitragen könne.⁶³ 1979 begrüßte die SPD das Friedensabkommen zwischen dem israelischen Premier Menachem Begin und dem ägyptischen Präsidenten Anwar El Sadat, obwohl das palästinensische Problem weiter ungelöst war.

61 Willy Brandt, *Erinnerungen*, S. 349 ff.; Merseburger, *Willy Brandt*, S. 751–755. Brandts Politik als SI-Präsident und seine offene Hand gegenüber der Dritten Welt stießen beim neokonservativen Lager in den USA, das auf die Gefährdung westlicher Interessen hinwies, auf wachsende Ablehnung. Diese Kreise hießen auch den sogenannten Brandt-Bericht (1980) der von ihm geleiteten Nord-Süd-Kommission wegen seiner Kritik des wirtschaftlich entwickelten Westens im Vergleich zu dem verarmten Süden nicht gut. Siehe u. a. David Gress, *Whatever happened to Willy Brandt*, in: *Commentary* 76 (1983) 1, S. 55–58.

62 Willy Brandt, Rede zur Eröffnung des ILP-Parteitages, 22. 2. 1977, Sozialdemokratie-Service, Presse, Funk, Fernsehen, 22. 2. 1977, # 75777, AdSD, WBA, Publikationen 717; WDR Morgenmagazin, 23. 2. 1977, ebenda.

63 Ebenda, Mitteilungen für die Presse 273/7, 8. 6. 1977. Zu Willy Brandts Vortrag vor der Züricher Israelitischen Kultusgemeinde, AdSD, WBA, Publikationen 726.

Aufgrund von Brandts persönlichem Interesse, eine befriedigende Lösung bei gleichzeitiger Sicherung des Existenzrechts Israels wie auch des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser herbeizuführen, blieb dieses Thema im Laufe der nächsten fünfzehn Jahre eines der wichtigsten der SI.⁶⁴ Auf Initiative des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky trafen sich im Juni 1979 in Wien Brandt, Kreisky und der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat, für dessen Legitimierung Kreisky sich schon früher eingesetzt hatte. Trotz seiner jüdischen Herkunft war Kreisky ein ausgesprochener Antizionist, wohingegen Brandt infolge der Shoah das zionistische Aufbauwerk und den Staat Israel unterstützte. Die drei forderten eine globale Friedensordnung für den Nahen Osten, die sich auf die Resolutionen 242 und 338 des UNO-Sicherheitsrats stützen sollte. Ungeachtet der negativen Reaktion, die dies in Jerusalem hervorrief, versicherte Brandt seinen israelischen Parteifreunden auch weiterhin seine Loyalität.⁶⁵ Während des Libanonkriegs 1982 forderte Kreisky den Ausschluss der israelischen Arbeiterpartei aus der SI. Auch Brandt hielt die militärischen Schritte Israels für überzogen, nahm aber die Arbeiterpartei, die sich damals in der Opposition befand, in Schutz.⁶⁶ In einem nicht veröffentlichten Interview aus dem Jahre 1982 beklagte er, dass gerade zu einer Zeit, in der ein Großteil der arabischen Welt Israel als *fait accompli* zu akzeptieren bereit wäre, die israelische Regierung und die Mehrheit der Bevölkerung eine derartige Annäherung ablehne.⁶⁷ Die im Rahmen der SI gegründete Nahost-Kommission (SIMEC) besuchte mehrmals die arabischen Staaten und Israel. Ihr Vorsitzender war 1989 der als Freund der Araber und Palästinenser bekannte Hans-Jürgen Wischnewski.⁶⁸ Doch auch dessen Bemühungen blieben erfolglos.

64 Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bd. 8, Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, Bonn 2006, Einleitung von Bernd Rother/Wolfgang Schmidt, S. 13–109, hier S. 51–56; siehe auch Willy Brandt, Erinnerungen, S. 445 f.

65 AdsD, WBA, Publikationen 788. Ein Jahr vorher, am 8./9. 7. 1978, trafen sich Sadat und Shimon Peres in Wien, um die israelisch-ägyptischen Gespräche über Sadats Friedensoffensive neu zu beleben. Auch Brandt nahm zeitweilig an den Gesprächen teil, AdsD, WBA, A–B, SI8.

66 AdsD, WBA, A13 SI H6AB.

67 Willy Brandt, Unveröffentlichtes Interview mit Israel and Palestine, 9. 3. 1982, AdsD, WBA, 871.

68 AdsD, WBA, SI, 116 A–B.

Brandt versuchte über Shimon Peres und andere führende Mitglieder, die israelische Arbeiterpartei dazu zu bewegen, gegenüber den Palästinensern ein größeres Entgegenkommen zu zeigen. Auf einer SI-Konferenz 1983 im portugiesischen Albufeira traf der Vorsitzende Peres mit Issam Sartawi, einem moderaten Mitglied der PLO-Führung, zusammen. Dessen Ermordung durch palästinensische Extremisten setzte der Bekanntschaft ein jähes Ende. In seinen Erinnerungen prophezeite der erschütterte Brandt, „die Verirrungen durch den weltanschaulichen und politischen Fundamentalismus werden der Menschheit noch erheblich zu schaffen machen.“⁶⁹ Die Rückkehr der Arbeiterpartei in eine Große Koalition (1984–1990) mit dem Likud erschwerte die Verständigung zwischen dieser und der PLO; auch Peres' ohnehin kaum realistische „Jordanische Option“ wurde von den Koalitionspartnern des Likud torpediert. Der andere Partner von SPD und SI, die linksgerichtete Mapam, die später in Meretz aufging, war zu größeren Zugeständnissen bereit, hatte aber keinen Einfluss. Der 1993 in Oslo erreichte Durchbruch, den Brandt selbst nicht mehr erlebte, war ein Erfolg der Rabin-Regierung. Das Abkommen kam allerdings nicht im Rahmen der SI zustande, sondern war Ergebnis langjähriger Vorbereitungen und Kontakte über verschiedene Kanäle.

Brandts letzter Israel-Besuch im Jahre 1985 fand während der zweijährigen Amtsperiode von Peres als Premierminister statt. Bei dieser Gelegenheit hielt Brandt die Einweihungsrede für das Gustav-Heinemann-Institut an der Universität Haifa, das arabisch-jüdischen Themen gewidmet ist.⁷⁰ Bei seiner letzten Reise als SI-Präsident, während des Irak-Kuweit-Konflikts, gelang es ihm, das Zugeständnis des irakischen Diktators Saddam Hussein zur Freilassung von rund 200 Geiseln, darunter 138 Deutschen, zu erreichen. Israel und auch andere Regierungen waren über diesen diplomatischen Alleingang enttäuscht. Brandts Drängen auf einen Abzug Truppen aus Kuwait war nicht von Erfolg gekrönt.⁷¹ Die Raketenangriffe auf Israel verurteilte er als einen Akt der Aggression und drückte gegenüber Shimon Peres und dem Mapam-Vorsitzenden Elazar Granot seine Solidarität mit den

69 Brandt, Erinnerungen, S. 448.

70 Willy Brandts Besuch in Israel, 29. 1.–3. 2. 1985; Vogel (Hrsg.), Der deutsch-israelische Dialog I, Bd. 2, München 1988, S. 1175–1181.

71 Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bd. 10, Einleitung von Bernd Rother/Wolfgang Schmidt, S. 15–111, hier S. 96 ff.; siehe auch Gespräche in Bagdad, 10. 11. 1990, ebenda, S. 473–478.

Opfern des irakischen Angriffs aus.⁷² Andererseits aber weigerte er sich, wegen dessen politischer Unterstützung Saddam Husseins gegen Yassir Arafat Stellung zu beziehen.⁷³

Im September 1986, ein halbes Jahr vor Brandts Rücktritt vom SPD-Parteivorstand, fand in Paris auf Initiative der israelischen Arbeiterpartei und der Weltvereinigung der zionistischen Arbeiterbewegung ein israelisch-europäischer Dialog statt, an dem sich auch Brandt beteiligte. Dieser war, angesichts der zunehmenden Meinungsverschiedenheiten mit Israel, hauptsächlich der jüngeren Generation sozialdemokratischer und sozialistischer Führungsmitglieder gewidmet, die zur Zeit der Staatsgründung Israels noch nicht geboren oder noch Kinder waren.⁷⁴ In seiner ausführlichen Einleitung sprach Brandt von seinem eigenen Weg, der ihn zur Bejahung der zionistisch-sozialistischen Arbeiterbewegung geführt hatte. Er erwähnte die Beschlüsse, die auf dem letzten SI-Kongress in Lima zu Israel gefasst worden waren: die Selbstverständlichkeit der Existenz des Staates Israel und die Bemühungen, die arabischen Völker davon zu überzeugen; die Notwendigkeit, das Existenzrecht Israels mit dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes in Einklang zu bringen; die Ablehnung von Terrorakten und das Eintreten für eine Friedensordnung, die die beiden Weltmächte garantieren müssten und für die sich auch Europa zu engagieren hätte. Rückblickend erinnerte Brandt daran, wie sehr die europäische und internationale Arbeiterbewegung, sowohl auf intellektueller als auch auf persönlicher Ebene, von der jüdischen Intelligenz profitiert hatte: etwa der Beitrag, den die zionistische Arbeiterbewegung zur Internationale geleistet hatte, oder die Bedeutung der israelischen Erfahrung für die Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt. Andererseits kam er auf das im Laufe der Jahre veränderte Verhältnis zu Israel zu sprechen, obwohl er die These von der Entfremdung für nicht gerechtfertigt hielt. Er erwähnte auch die freundschaftlichen Beziehungen zum amerikanischen Jewish Labor Committee, das exilierten Sozialisten während der NS-Zeit geholfen hatte, sowie zum Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund, der

72 Willy Brandt an Elazar Granot, 23. 1. 1991, AdsD, WBA, AB 143E; Willy Brandt an Shimon Peres, 23. 1. 1991, AdsD, WBA, A 13 143D.

73 Siehe auch rückblickend Willy Brandt, „Warum sollen wir nicht dabeisein?“, Spiegel-Gespräch, in: Der Spiegel 7/1991, 11. 2. 1991.

74 Willy Brandt, 6. 9. 1986, Israelisch-Europäischer Dialog in Paris, 6.–7. 9. 1986, AdsD, WBA 1020.

auch weiterhin der SI angehörte.⁷⁵ Neben der nach dem Holocaust nur noch geringen Mitgliederzahl des „Bunds“ in Osteuropa existierten kleine Reste in den USA, Kanada und in einigen westeuropäischen Ländern, zu denen Brandt freundschaftliche Beziehungen unterhielt. Der Bund war auch die erste jüdische Organisation, die nach dem Krieg einer Zusammenarbeit mit den deutschen Sozialdemokraten offen gegenüberstand. Die Mapai dagegen war erst nach Jahren dazu bereit und schloss sich auch der von 1951 neu ins Leben gerufenen SI nicht gleich an.⁷⁶

Brandt im jüdischen kollektiven Gedächtnis

Im kollektiven Gedächtnis vieler Deutscher bleibt Brandt neben Konrad Adenauer auch noch fast zwanzig Jahre nach seinem Tod der bedeutendste Politiker der Nachkriegszeit. Dank des Kalten Kriegs gelang es Adenauer verhältnismäßig schnell, Deutschland mit dem Westen auszusöhnen. Der Luxemburger Wiedergutmachungsvertrag brachte eine Annäherung an Israel und an die jüdische Diaspora. Beides half, das schwer beschädigte Ansehen Deutschlands nach dem Mord an sechs Millionen Juden im Holocaust gewissermaßen zu rehabilitieren.⁷⁷

- 75 Über die im Allgemeinen guten Beziehungen zwischen SPD und Bund siehe Shlomo Shafir, Kurt Schumacher als deutscher und europäischer Sozialist, FES, Materialien zur politischen Bildungsarbeit, bearb. v. Willy Albrecht, Bonn 1988, S. 173 ff. Andererseits protestierten führende Mitglieder des Bund gegen Schumachers Gespräch mit zwei hohen Offizieren der ehemaligen Waffen-SS und wiesen seine Argumente über den Unterschied zwischen der Waffen-SS und der allgemeinen SS zurück. Siehe z. B. Schumacher an Liebman Hersch, in: Kurt Schumacher, Reden – Schriften – Korrespondenzen, Berlin/Bonn 1985, S. 895–998. Über die Hilfe des Jewish Labor Committee für die Flüchtlinge aus den deutschsprachigen Ländern 1933–1955 siehe Jack Jacobs, Ein Freund in Not: das Jüdische Arbeiterkomitee in New York und die Flüchtlinge aus den deutschsprachigen Ländern, 1933–1945, Bonn 1993.
- 76 In Brandts Text hatte sich ein Fehler eingeschlichen. Die Mapai schloss sich der neu gegründeten Internationale erst ein Jahr später an, wohingegen der Bund bereits von Anfang an dabei war.
- 77 Brandt starb am 8. Oktober 1992, lange vor Errichtung des Berliner Mahnmals für die ermordeten Juden, das 2005 eingeweiht wurde. Sein Name stand in den Aufrufen, die die Bürgerinitiative noch vor der Wiedervereinigung Deutschlands unter Leitung von Lea Rosh in Berlin veröffentlicht hatte, an erster Stelle. Siehe Lea Rosh, „Die Juden, das sind doch die anderen“. Der Streit um ein deutsches Denkmal, Berlin/Wien 1999, S. 20 f. Der Beschluss des Bundestags wurde erst im Juni 1999 gefasst.

Demgegenüber mag Willy Brandts Ziel, die Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern noch während der Teilung Europas zu verbessern und noch vor einer Wiedervereinigung Deutschlands die Grenzen im Osten anzuerkennen, mit Sicherheit schwieriger zu erreichen gewesen sein. Doch Brandts Ostpolitik war trotz des langjährigen intensiven Widerstands der konservativen Kräfte in der Bevölkerung letzten Endes erfolgreich.

Im Nahen Osten hat sich Brandts Vision bis heute nicht erfüllt. Es war genau die Unvereinbarkeit zwischen seiner Vision und Israels realpolitischen Zwängen, die zu den beiderseitigen Enttäuschungen führte. Trotz seiner antinationalsozialistischen Vergangenheit und seiner betonten Ausgewogenheit zwischen Israel einerseits und den arabischen Staaten und den Palästinensern andererseits war Brandt für die israelischen Politiker ein überwiegend schwierigerer Partner als die Christdemokraten, die ungeachtet ihrer konkreten Interessen an den arabischen Staaten den Nahostkonflikt weniger ideologisierten. Brandts Beziehungen zu Israel gingen nie so weit wie die von Herbert Wehner – oder vor ihm Carlo Schmid und später Johannes Rau. Seine Sympathie für Israel beruhte vor allem auf dem Holocaust-Trauma und der Tatsache, dass dieses Land vielen Überlebenden Zuflucht gewährt hatte, jedoch kaum auf den historischen, kulturellen und religiösen Wurzeln der Juden in Eretz Israel. Dennoch gebührt Brandt im jüdischen kollektiven Gedächtnis ein besonderer Platz: als Symbol für das „andere Deutschland“, als entschlossener Gegner des Nationalsozialismus, als Kämpfer gegen Antisemitismus und Rassismus, als Deutscher, der sich frei von jeder persönlichen Schuld stets der kollektiven Verantwortung für die größte Katastrophe in der Geschichte des jüdischen Volkes bewusst war, als Freund Israels⁷⁸ und der jüdisch-zionistischen und auch nichtzionistischen Arbeiterbewegung.⁷⁹

78 Der Begriff „Jüdischer oder primär Jüdischer Staat“ erscheint in einem Interview von Wladimir Struminski für die Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 25. 1. 1985; aufgenommen im Sammelband Andreas Wojak, Schatten der Vergangenheit. Deutsche und Juden heute, Gütersloh 1985, S. 150–158.

79 Vgl. Hans Koschnik, Willy Brandt und Israel. Erwartungen und Verstimmungen während der Ära von Bundeskanzler Brandt, Vortrag am 16. 5. 2001 im Willy-Brandt-Saal des Schöneberger Rathauses. Siehe auch den Nekrolog des amerikanisch-jüdischen Publizisten und Schriftstellers Bernard Bellush, Remembering a Mensch, in: Forward (New York), 16. 10. 1992.

Die Angst vor der eigenen Frage

Oskar Roehlers „Jud Süß – Film ohne Gewissen“

Freitagabend, ein Tag nach Filmstart von Oskar Roehlers Spielfilm „Jud Süß. Film ohne Gewissen“ im Delphi-Filmpalast in Berlin: Eine Handvoll Menschen verteilt sich in dem riesigen Raum – das muss selbstredend kein Qualitätsurteil sein. Nun ist es aber wohl tatsächlich so, dass sich kein Publikum für diesen Film finden wird, und dies aus ganz unterschiedlichen Gründen.¹

Zu einem nur geringen Teil mag es daran liegen, dass Roehler bereits nach der Premiere auf der Berlinale 2010 durch den allzu freien Umgang mit Fakten, insbesondere aber durch die fragwürdige Inanspruchnahme der eigentlich katholischen Ehefrau des Jud-Süß-Darstellers Ferdinand Marian als jüdische, Geschichtsklitte-rung vorgeworfen wurde. Ein historische Sachverhalte verkürzendes, umdeutendes und gar manipulierendes Erzählen ist allerdings vor allem mit Blick auf jene die NS-Zeit fiktionalisierenden Filme ein weitverbreitetes Phänomen, das Publikums-zahlen keinen Abbruch tut, im Gegenteil.

Weitaus signifikanter für diesen Film ist, dass er sich nicht entscheiden kann, wovon er erzählen möchte. Eigentlich sollen offenbar die Entstehungsbedingungen des NS-Propagandafilms „Jud Süß“ das Thema bilden; Roehler profiliert hierfür seine Hauptfigur, den omnipotenten, aber an mangelnden Rollen leidenden Künstler Ferdinand Marian, indem er aus Joseph Gobbels eine rheinländische Karikatur und aus dem Regisseur Veit Harlan einen devoten und hölzernen Erfüllungsgehilfen macht, den er in die Nähe Fritz Hipplers, des Regisseurs des Propagandafilms *Der ewige Jude*, rückt. Einmal meint man also einen Film über die Entstehung eines Propagandafilms im Kontext nationalsozialistischer Kulturpolitik zu sehen, der in der zweiten Hälfte die Wirkungsmacht des Films auf den Zuschauer ins Visier

1 Dieser Beitrag ist zuerst erschienen in: Zeitgeschichte-online 9 (2010): <http://www.zeitgeschichte-online.de/zol-judsuess>

nimmt, dann wieder einen Film über den Fall „Marian“, über die Manipulierbarkeit des Darstellers durch seine künstlerische Besessenheit und seinen bedingungslosen Willen zum Ruhm, der uns nach Art eines Künstlerromans präsentiert wird, und schließlich – und diese Momente sind ganz selten – einen Film über die prekäre Frage danach, ob und wie sich Ideologie und Ästhetik miteinander vereinbaren lassen und wie dies rezipiert werden kann. Das letzte Thema trägt so lange, wie der Film im Film in der Entstehungsphase begriffen ist und Marian seinem aus dem „Ghetto in Polen“ als Statist geholten jüdischen Ex-Schauspielerkollegen das halbherzige Versprechen eines künstlerisch wertvollen Films geben kann. Im Kern ist dies die ungelöste Frage nach den Modalitäten des Ästhetischen, die sich heute immer wieder etwa an den Filmen Leni Riefenstahls entzündet. Mit Blick auf den NS-Film *Jud Süß* wird zumindest diese Frage von Roehler eindeutig beantwortet, indem nach der Fertigstellung des Films im Film nur eine Lesart zugelassen wird: Es handelt sich um ein perfides Werkzeug der Propaganda, das auf der besonderen, zunächst empathiegesteuerten Interpretation des *Jud Süß* durch Marian gründet.

Während Roehler vor den selbst angedeuteten Fragen nach den Modalitäten des Ästhetischen zurückschreckt und diese daher nur streift, ist die Verführbarkeit und Käuflichkeit des Künstlers, deren radikale Ausprägung in der bloßen Performanz von Propaganda kulminiert, ein Strang, dem Roehler ebenfalls nicht zu trauen scheint. Insgesamt ruht sich der Film auf schiefen Analogien aus, indem er zwischen dem Aufstieg und Niedergang des *Jud Süß*, wie ihn die Stoffgeschichte präsentiert, und dem Fall Ferdinand Marian unguete Parallelen zieht. Roehlers Analogien hinken, denn dass der „Hofjude“ Süß Oppenheimer und der Schauspieler Marian ihre Haut zu Markte trugen, hat aus historischer und ethischer Warte gesehen je andere Bedingungen und Begründungen.

Dass Roehler auf diesen Strang allein nicht setzen möchte, zeigt nahezu jede seiner Szenen, die eine Vielfalt anderer Themen aufwerfen. Der Regisseur erzählt, wenn auch verkitscht von der Kraft der Dichtung, von den Möglichkeiten von Film und Theater, bringt symptomatische Versatzstücke des authentischen NS-Films ins Spiel, die er bearbeitet, kurz: Er häuft die Themen ohne Gespür für deren Scharnierstellen und verliert sich dadurch buchstäblich im Ungefähren.

Auf der Suche nach der Motivation und dem Zusammenhalt des filmischen Erzählens gibt nicht der Titel, sondern sein Untertitel „Film ohne Gewissen“ einen Anhalt, der sich im Übrigen (ironisch) an dem 1984 ausgestrahlten Dokumentarfilm

„Jud Süß und das deutsche Gewissen“ von Karl-Heinz Meyer orientiert. Es ist die Gewissensfrage, die, im Untertitel reißerisch als Leerstelle besetzt, die Szenen ordnet und die Themen zu bündeln versucht. Es scheint, als habe Roehler durch Absicherungen nach verschiedenen Richtungen die eigene Fallhöhe zu berechnen versucht: Das zeigt sich auch darin, dass sich seine Figuren in der Stoffgeschichte zu Jud Süß auszukennen scheinen. Damit betonen sie gleichsam, dass sie ihn nicht alleine „verbrochen“ haben, wenn sie den Bogen von Wilhelm Hauffs Jud Süß-Novelle bis zu Lion Feuchtwangers Roman spannen, Letzteren aber irrtümlich als Vorlage des NS-Films begreifen.

Die Gewissensfrage ins Zentrum eines Films zu rücken, der nicht den Jud-Süß-Film von Veit Harlan selbst, sondern die Entstehungsbedingungen dieses ideologischen Produkts thematisiert, ist ein zwar naheliegendes, aber deshalb nicht minder uninteressantes Unterfangen. Denn damit rücken die Akteure im Doppelsinn in den Blick, diejenigen nämlich, die als Regisseure, Schauspieler und Produzenten die Sehgewohnheiten und möglichen Rezeptionshaltungen der Zuschauer antizipieren müssen, um sie zu lenken. Die Frage des Gewissens konturiert zumindest all jene (wenigen) Figuren, die anders als Goebbels und Harlan keinen einförmigen, sondern einen ambivalenten Charakter besitzen. Roehler interessiert, wie es insbesondere um diese Charaktere bestellt ist, ohne hierbei ein Werturteil im Sinne einer einengenden, verabsolutierenden Interpretation liefern zu wollen. Anders formuliert könnte es darum gehen, das prekäre Wirkungsfeld der am Film Beteiligten zu entfalten, ohne sogleich von dem Hof an Verurteilungen überwältigt zu werden, der das Gewissen als Instanz umgibt. Das muss nicht heißen, dass diese Figuren mit dieser Methode in einem höheren Sinne notwendig straffrei davonkommen, sondern dass sich – abseits eines biedereren, festgefahrenen Gewissensdiskurses über die Korrumpierbarkeit des Menschen durch totalitäre Regime – neue und übergeordnete Deutungshorizonte ergeben.

Das klingt zunächst paradox, ist aber das unerreichte Ziel jener filmischen Erzählweise, der man leider eine unfreiwillige, aber umso vollkommeneren Unentschiedenheit attestieren muss. Mehr als deutlich ist der Film allein in seiner Bildersprache, die groteske Inszenierungen und grelle Kolportage als Stilmittel benutzt. Die Frauen des Films sind nach dem bewährten Muster der arischen Blondinen und der dunklen Jüdin besetzt, und dort, wo diese Polarisierung aufgebrochen wird, geschieht dies nur zum Schein, denn die dunklen Arierinnen haben sich dem

„jüdischen Wesen“ anverwandelt, sie sind verführerisch, berechnend, pervers und sexbesessen. Die optische Ausrichtung der Figuren und die sie umgebenden Utensilien sind plakativ, ohne dass dies einer immanenten Logik oder intendierten Strategie gehorcht: Peinlich genau folgt deren Ausrichtung der Ikonografie von Schuld und Unschuld (Marians Frau Anna ist im ersten Teil etwas zu oft ganz in Weiß) und führt einem vor Augen, dass jedes, wirklich jedes Utensil der Ausstattung die erzählte Geschichte mitinterpretiert. In Interviews betonte Roehler das Ziel der Wertfreiheit, einen Schuld-/Unschulddiskurs führen seine Figuren tatsächlich wenig im Mund, dafür hat er ihn im Kostüm und in der Ausstattung im Ganzen (notdürftig) versteckt. Roehler scheut auch pseudo-realistische Ghettoszene nicht, die ihre Kraft als Realitätssignale längst verloren (oder nie innegehabt) haben und deren Inflationarität kaum noch zu überbieten ist.

Schlimmer aber ist die krude Dramaturgie, die gegen Ende neben der ethischen Fragwürdigkeit auch jeder fiktionalen Kohärenz entbehrt. Marian unterscheidet nicht nur nicht mehr zwischen sich und seiner Rolle, er kommt den tatsächlichen Opfern in Gestalt jüdischer Häftlinge auch räumlich immer näher, wenn sich ihm bei der Vorführung des Films vor SS-Leuten in Auschwitz dessen radikalierende Wirkung auch physisch durch aufgeheizte und mordbereite Zuschauer-Aufseher mitteilt und er von seinem Film weg- und justament hin zu den Gräben aushebenden Häftlingen von Auschwitz läuft. Die peinliche und unglaubliche Begegnung des trunkenen, zerbrochenen Genies Marian mit den KZ-Häftlingen wohl eines Außenlagers von Auschwitz insinuiert, dass sich hier gleichsam unterschiedslos Opfer des NS-Systems begegnen. Hier brennt Roehlers Erzählweise mit ihm durch, wenn er den von Goebbels benutzten und bald achtlos weggeworfenen Künstler mit dem zum Tod durch Arbeit oder Gas verurteilten weiblichen Häftling solidarisiert und die nationalsozialistische Ideologie mithin als ein viele Menschen betreffendes Unrechtssystem verniedlicht. In dieser Szene kristallisiert sich das Problematische des Films: Roehler suggeriert hier, dass sich am Ende zwei durch das NS-System erniedrigte Gruppen als Opfer begegnen und in stillem Einverständnis ins Auge blicken. Auch zeigt diese Szene, dass Roehlers Verfahren, jede der dargestellten Szenen, egal welchen Inhalts, allein auf Marian auszurichten und zu zentrieren, sie also so zu inszenieren, dass nur nach der Wirkung auf ihn gefragt wird, Figuren zu Staffage macht und Orte wie Auschwitz auf abgründige Weise der bloßen Bebilderung seines Seelenhaushalts dienen.

Der Film weicht seinen selbst beschworenen Konsequenzen aus; er wechselt so unvermittelt und nahezu launisch die Ebenen von Satire und konventionellem Erzählen, von biederer Inszenierung und trashigen Einlagen und von Politischem und Privatem, dass die ganz große und die kleine Geschichte einmal distanzlos ineinanderfallen, sich dann wieder gegenseitig ablösen oder unreflektiert nebeneinander her laufen. Dabei würde man sich doch gerade erzählerische Sorgfalt bei der Verzahnung dieser beiden Geschichten wünschen.

Wie viel sich Roehler vorgenommen hat und welche Themen er anschneidet, zeigt der unmittelbare Beginn: Hier tritt das Theater als Medium im Film nach Art einer Apotheose auf. Für Shakespeares „Othello“ ebenso wie für den Othello verkörpernden jüdischen Schauspieler Adolf Wilhelm Deutscher ist die Zeit abgelaufen. Kultur muss fortan der Unkultur in Gestalt des wild gestikulierenden und dekretierenden Goebbels weichen, der den jüdischen Schauspieler mit einem Berufsverbot belegt. Der Jude verschwindet von der Bühne und mit ihm die kanonischen, hier hochgradig allegorisch verstandenen Texte der Moderne. Goebbels' Auftritt inmitten der Probe zu Othello markiert die Bruchstelle, die Stunde Null, das Theater muss dem Film und der jüdische muss dem arischen Schauspieler weichen, der fortan allein deshalb jüdische Figuren verkörpern muss, um sie zu perhorreszieren und ihren längst überfälligen Untergang nachhaltig zu legitimieren. Der jüdische Schauspieler nimmt das kulturelle Archiv literarischer und theatraler Texte mit sich fort, rezitiert diese noch in seinem Kämmerlein, bevor er nach Polen, dem Synonym für Ghetto und KZ, deportiert wird, um schließlich mit offenbar unzerstörbaren Bildungspartikeln zurückzukehren.

Roehlers Film zitiert wichtige Zusammenhänge an, möchte sie aber nicht erzählen bzw. näher beleuchten und weicht aus in das Konglomerat einer konventionellen Erzähl- und vor allem Bildersprache, durchsetzt mit Elementen aus Trash, Kitsch und Folklore. Aporien lässt er nicht stehen und daher nicht gelten; politisch-ethische Fragen beantwortet er allein mit privaten Verfehlungen, worin sie sich verlieren und leerlaufen.

Am Ende – es ist das Jahr 1946 – treffen Marian und der Ex-Schauspielerkollege Deutscher als Überlebender eines Konzentrationslagers in München, hier einem Ort der Lederhosensträger und amerikanischen Besatzer, noch einmal aufeinander. Und wieder bedient Roehler das mächtige Stereotyp, das den Bogen zum Anfang schlägt: Deutscher kehrt zwar nicht mit Shakespeare, wohl aber mit den Versen

Heinrich Heines auf den Lippen wieder und wirft sie dem als „Nazi“ titulierten Marian wie Flüche ins Gesicht, nachdem er ihm vom Tod seiner Frau Anna durch Vergasung erzählt hat. Den Wahrheitsbeweis seiner Geschichte erbringt Deutscher durch das Medaillon Annas mit dem Bildnis ihrer Mutter, das als mächtig aufgeladenes Utensil immer schon von brüchigen Genealogien erzählt; daraufhin lässt er Marian von der umstehenden Gruppe Überlebender zusammenschlagen. Dies geschieht ausdrücklich nicht, weil Marian der 1940 in die Wege geleiteten Auswanderung mit seiner Frau die Promotion seines Films auch in den besetzten Gebieten vorgezogen hat, sondern weil er sein Versprechen, mit Jud Süß keinen propagandistischen, sondern einen künstlerisch wertvollen Film vorzulegen, nicht gehalten hat.

Roehler antwortet immer anders, als man denkt, allerdings führt dies nicht zu überraschenden Einsichten, sondern verstärkt den Eindruck einer enormen Fliehkraft, die der Film vor seinen eigenen Fragen entwickelt.

Die Autorinnen und Autoren

WOLFGANG ASCHAUER, geb. 1958, 1985 Diplom der Geographie in Göttingen, 1991 Promotion mit der Dissertation „Zur Produktion und Reproduktion einer Nationalität – Die Ungarndeutschen“, 1999 Habilitation in Potsdam, seitdem dort als Privatdozent tätig, 2002–2008 Professor für Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas an der TU Chemnitz. Forschungsgebiete: Regionalismus, Regionalbewusstsein, Nationalitäten/Minderheiten, grenzüberschreitende Beziehungen. Aktuelles Forschungsprojekt „Roma – Zur Anatomie eines gesellschaftlichen Verhältnisses (am Beispiel Ungarns)“.

WOLFGANG BENZ, geb. 1941, seit 1990 Professor an der Technischen Universität Berlin und Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, 1992 Geschwister-Scholl-Preis, Vorsitzender der Gesellschaft für Exilforschung, Mitherausgeber der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Gastprofessuren in Australien, Mexiko, Bolivien, Belfast und Wien. Zahlreiche Veröffentlichungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, zu Nationalsozialismus und Antisemitismus.

SVETLANA BURMISTR, M. A., Studium der Linguistik, Neueren deutschen Literatur und Politikwissenschaft an der FU Berlin. Dissertationsvorhaben zu Organisation, Sprache und Techniken der nationalsozialistischen Auslandspropaganda am Beispiel der „Minsker Zeitung“. Archivarin am Zentrum für Antisemitismusforschung. Veröffentlichungen u. a.: Transnistrien, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 9, München 2009.

ULRIKE HEITMÜLLER, geb. 1967 in Hamburg, Studium der Theologie in Frankreich und Tübingen. Danach Redakteurin, seit zehn Jahren freie Journalistin in Berlin mit Beiträgen vor allem über Politik, Kriminalität und Glauben.

MICHAEL HÖTTEMANN, Studium der Soziologie, Friedens- und Konfliktforschung sowie der Amerikanistik in Marburg, derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Friedens- und Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: Antisemitismus-, Fremd- und Feindbildforschung sowie Vergangenheitsaufarbeitung und -bewältigung.

FELIX KNAPPERTSBUSCH, Studium der Soziologie, Neueren deutschen Literatur und Anglistik in Marburg, derzeit als Doktorand Mitglied im DFG-Graduiertenkolleg „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ am Institut für Soziologie der Philipps-Universität Marburg. Promotionsvorhaben über die begriffliche Bestimmung des Antiamerikanismus.

VERENA KNAUS, Studium der Geschichte an der Universität Oxford, Absolventin eines Graduiertenprogramms an der Johns-Hopkins-Universität in Bologna. Mitbegründerin der European Stability Initiative (ESI, gemeinnütziges Forschungsinstitut mit Sitz in Berlin). 2001–2004 Beraterin des für wirtschaftliche Entwicklung zuständigen EU-Beauftragten bei der UN-Verwaltung im Kosovo. 2004–2007 Leiterin des ESI-Büros in Istanbul. Publikationen zur Europäisierung der Türkei, zur wirtschaftlichen Entwicklung in Südosteuropa, zur EU-Erweiterung und zur Situation von Frauen und Minderheiten in Transitionsländern.

MONA KÖRTE, Dr. phil., habilitierte Literaturwissenschaftlerin, 2004 Max Kade Visiting Professor an der University of Virginia/USA, 2010 Kurt-David-Brühl-Gastprofessorin am Centrum für Jüdische Studien der Karl-Franzens-Universität Graz. 2010/2011 Vertretungsprofessur für Neuere Deutsche und Vergleichende Literaturwissenschaft an der TU Chemnitz. Forschungsgebiete: deutsch-jüdische Literatur des 17. bis 21. Jahrhunderts, europäische Literatur und Holocaust, Theorien der Erinnerung, literarischer Antisemitismus, Aporien kultureller Übersetzung in europäischen Texten des 21. Jahrhunderts.

JOACHIM KRAUSS, geb. 1972, M. A., Studium der Osteuropastudien, Politik, Soziologie und Geschichte an der Freien Universität, der Humboldt Universität und der Technischen Universität Berlin. Doktorand am Zentrum für Antisemi-

tismusforschung, Thema: Roma als osteuropäische „Underclass“. Veröffentlichungen u. a.: *The Roma People in Romania*, in: *Gesis: Roma in Central and Eastern Europe*, Thematic Series: Social Sciences Eastern Europe 2 (2009); *Roma in der Europäischen Union und der sozialen Wirklichkeit Rumäniens*, in: *Südosteuropa* 4 (2008); *Integration mit Widerständen. Die Roma in Rumänien*, in: *Osteuropa* 11 (2007).

JOHANNES LEICHT, geb. 1978, M. A., Studium der Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft in Berlin, Dissertation am Zentrum für Antisemitismusforschung zum Thema „Heinrich Claß (1868–1953). Eine politische Biografie zur Ideengeschichte des radikalen Nationalismus in Deutschland“.

MARKUS MECKL, geb. 1967, Dr. phil., Studium der Geschichte und Philosophie an der Technischen Universität Berlin: 1999 Promotion am Zentrum für Antisemitismusforschung über die Rezeptionsgeschichte des Warschauer Ghettoaufstands, anschließend Lektor in Riga, seit 2004 Dozent an der Universität von Akureyri in Island. Forschungs- und Publikationsschwerpunkte: Geschichte der Konzentrationslager und Mediengeschichte.

WINFRIED MEYER, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Oranienburg, z. Zt. beurlaubt und als Gastwissenschaftler am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen und zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 2010 „Dorothee-Fliess-Preis für Widerstandsforschung“ für „Unternehmen Sieben“ (1993); derzeit Fertigstellung eines Buches über den „Luftmeldekopf Südost (Dienststelle Klatt) der deutschen Nachrichtendienste und die nachrichtendienstlichen Grundlagen des deutschen Krieges gegen die Sowjetunion 1941–1945“.

BRIGITTE MIHOK, Dr. phil., Studium der Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin, 1984 bis 2004 zahlreiche Forschungs- und Arbeitsaufenthalte in Ungarn, Rumänien, Bosnien-Herzegowina und in der Republik Moldova. Seit 2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung

der Technischen Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte: Minderheiten-, Vorurteils- und Migrationsforschung, insbesondere zur Situation der Roma in Ost- und Südosteuropa, zur Geschichte des Holocaust in Ungarn und Rumänien und zur Ost-West-Migration seit 1945.

BJÖRN MILBRADT, Studium der Soziologie, Philosophie sowie Friedens- und Konfliktforschung in Marburg, derzeit Promotionsstipendiat im DFG-Graduiertenkolleg „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Arbeitsschwerpunkte: Kritische und poststrukturalistische Theorie, Wissenssoziologie, methodologische Aspekte empirischer Sozialforschung, Antisemitismus- und Nationalismusforschung. Kürzlich erschienen: „Grauzonen der Antisemitismusforschung, oder: Versuch, den ‚Zeitgeist‘ zu verstehen“, in: *Conflict and Communication Online* 9 (2010), 1.

HIL NRECAJ, Jurist, Experte für Europa- und Minderheitenfragen und langjähriger Kenner der Roma-, Ashkali- und Balkan-ägyptischen Gemeinden im Kosovo. 2005–2009 Leiter des Rechtshilfebüros des Civil Rights Program in der Region Mitrovica, einem Implementierungspartner des UNHCR. 2003–2005 Forschungen unter anderem zu Auswirkungen von Migration auf die ländliche Entwicklung im Kosovo sowie zu Stadtplanung und wirtschaftlicher Entwicklung in den Jahren nach dem Kosovo-Krieg.

ULRICH F. OPFERMANN, Dr. phil., Mitarbeiter des Aktiven Museums Südwestfalen, Siegen. Forschungsschwerpunkte: ältere und jüngere Geschichte der westdeutschen Roma und anderer Gruppen historischer Migration, regionale Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Vorläufer. Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a.: „Seye kein Ziegeuner, sondern kayserlicher Cornet“. Sinti im 17. und 18. Jahrhundert. Eine Untersuchung anhand archivalischer Quellen, Berlin 2007; „Mit Scheibenklirren und Johlen“. Juden und Volksgemeinschaft im Siegerland und in Wittgenstein im 19. und 20. Jahrhundert, Siegen 2009.

RUTH ORLI MOSSER, geb. 1987 in Wien, seit 2006 Studium der Geschichte und Regionalstudien Asien/Afrika an der Humboldt-Universität zu Berlin. Bachelor-Arbeit zum rumänischen Faschismus. 2009/2010 Stipendiatin der Stiftung „Erinne-

rung, Verantwortung, Zukunft“. Forschungsschwerpunkte: deutsch-jüdische Geschichte, europäische Erinnerungskultur, Vorurteilsforschung. Neben dem Studium als Antirassismus- und interkulturelle Trainerin mit Jugendlichen tätig.

IULIA-KARIN PATRUT, geb. 1975 in Bukarest, Dr. phil., 2005 Promotion im DFG-Graduiertenkolleg „Identität und Differenz“, Universität Trier; derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin im Sonderforschungsbereich „Fremdheit und Armut. Wandel von Inklusions- und Exklusionsformen von der Antike bis zur Gegenwart“ an der Universität Trier. Publikationen u. a.: Minderheitenliteraturen – Grenzerfahrung – Reterritorialisierung (Mithrsg., 2008); Fremde Arme – Arme Fremde. „Zigeuner“ in Literaturen Mittel- und Osteuropas (Mithrsg., 2007).

ESTHER QUICKER, Rumänistin und Hispanistin, Promotion am Lehrstuhl für Rumänische Sprach- und Literaturwissenschaft der Universität Jena zum Thema „Das Bild der Roma in der rumänischen Transformationsgesellschaft“; 2006–2010 Stipendiatin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Graduiertenkolleg „Kulturelle Orientierungen und gesellschaftliche Ordnungsstrukturen in Südosteuropa“. Zuvor u. a. Gastdozentin an der Philosophischen Fakultät der Universität Jena. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Wahrnehmung der Roma sowie zur rumänischen Sprache und Gesellschaft der Gegenwart.

JULIA SCHWARZ, 2004–2009 Studium der Neueren & Neuesten Geschichte, Politikwissenschaft und Europäischen Ethnologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Seit Oktober 2009 Mitarbeiterin des SNF-Projekts „Verstaatlichung‘ von Außenbeziehungen: Verflechtung, Fremdwahrnehmungen und kommunikative Praktiken (Frankreich, das Alte Reich und die Eidgenossenschaft, 1648–1789)“ an der Universität Bern (Promotion). Forschungsschwerpunkte: Visueller Antisemitismus, Frühneuzeitliche Außenbeziehungen.

Shlomo Shafir, Dr. phil., Studium der Geschichte an der Hebrew University of Jerusalem und an der Georgetown University, Washington D.C.; 1974–2005 Chefredakteur der Zeitschrift *Gesher*, Jerusalem. Veröffentlichungen u. a. *Ambiguous*

Relations. The American Jewish Community and Germany, Detroit 1999; Eine ausgestreckte Hand: Deutsche Sozialdemokraten, Juden und Israel, 1945–1967, Tel Aviv 1986 (hebräisch). Zahlreiche Beiträge in wissenschaftlichen Sammelbänden und Zeitschriften in Israel, den USA und Deutschland.

MATTHIAS VETTER, geb. 1960, Dr. phil., Studium der Mittleren und Neuen sowie der Osteuropäischen Geschichte und Slavistik in Heidelberg. Forschungsschwerpunkte: Judentum und Antisemitismus in der Sowjetunion. Publikationen u. a.: Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917–1939 (1995); Terroristische Diktaturen im 20. Jahrhundert. Strukturelemente der nationalsozialistischen und der stalinistischen Herrschaft (Hrsg., 1996); Beiträge zu „Jugoslawienkrieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen“ (2. aktualis. Aufl. 2007) und zum „Handbuch des Antisemitismus“ (2008 ff.).

PETER WIDMANN, Dr. phil., seit September 2010 DAAD-Fachlektor für Politikwissenschaft am Europa-Institut der Bilgi-Universität Istanbul. Bis Juni 2010 wissenschaftlicher Assistent am Zentrum für Antisemitismusforschung und Lehrbeauftragter am Institut für Gesellschaftswissenschaften und historisch-politische Bildung der TU Berlin. Veröffentlichungen zur Migrations- und Minderheitenpolitik, zu Sinti und Roma, zur politischen Rolle der Massenmedien, zu Antisemitismus, Nationalsozialismus und Islamfeindschaft.